Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1863 bis 1871

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6496

Visual Library

A1848

F. 3. 189

~~A. Fraas~~
A. Fraas

Geschichte
der
neuesten Zeit.
1815—1885.

Von
Constantin Bulle.

In vier Bänden.

Zweite, umgearbeitete und bis auf die Gegenwart fortgeführte Auflage der Geschichte der neuesten Zeit (1815—1871).

Unzulig

Dritter Band.
Von 1863 bis 1871.

Berlin,
Verlag von Leonhard Simion.
1888.

UNIVERSITÄT POTSDAM
Universitätsbibliothek
50 : 695 | P001
33298
( )-2+ | 2203

Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut
Zweigstelle Land Brandenburg
51/616

Pädagogische Hochschule Potsdam
Historisches Seminar

7 W 62

A 961 : 611

1950 : 695

Druck von Leonhard Simion in Berlin SW.

Inhalt.

Erster Abschnitt: Amerika. Seite

Mexiko und die Vereinigten Staaten vor 1860 1
Der amerikanische Sonderbundskrieg 15
Die Union nach dem Kriege und das übrige Amerika 50
Frankreich und Mexiko 64

Zweiter Abschnitt: Die Erschütterung der französischen Hegemonie.

Der polnische Aufstand 75
England 85
Frankreich und Italien 97

Dritter Abschnitt: Die Begründung der preußischen Hegemonie in Deutschland.

Der deutsch-dänische Krieg 107
Verfassungskämpfe in Preußen und Österreich 122
Die schleswig-holsteinische Verwickelung 134
Die Einleitungen zum Kriege und Italien 149
Der Krieg von 1866 168
Die Früchte des Krieges 201
Der Kampf um Süddeutschland und der Luxemburger Streit 220

Vierter Abschnitt: Zwischen Krieg und Frieden.

Der napoleonische Liberalismus 235
Österreichische Verfassungskämpfe 243
Der Niedergang des Papsttums 258
Rußland und der Orient 272
England und Belgien 284
Die spanische Revolution 288

Fünfter Abschnitt: Der deutsch-französische Krieg.

Seite
Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 293
Die Niederlagen der Rheinarmee 311
Der Zusammenbruch des Kaisertums 329
Die Rüstungen der Republik und der Fall von Metz 342
Versuche zum Entsatz von Paris 351
Die Entscheidung 372
Der Pariser Kommuneaufstand 382
Kaiser und Reich 391

Mexiko und die Vereinigten Staaten vor 1860.

Während sich so in Europa große, welterschütternde Ereignisse vorbereiteten, waren auch jenseit des Ozeans Stürme ausgebrochen, von deren Ausgang nicht allein das künftige Geschick Amerikas abhing, sondern die teils durch den auf alle Fälle unvermeidlichen Rückschlag teils durch das unmittelbare Eingreifen europäischer Mächte auch die alte Welt auf das stärkste beeinflußten. Seit der Zeit, wo die Ablösung der südamerikanischen Kolonieen von dem spanischen Mutterlande sich unwiderruflich entschieden hatte, war die europäische Politik durch die Entwickelung der Dinge in Amerika nicht eben stark berührt worden; die inneren Wirren der romanischen Republiken hatten wohl ab und zu auch auswärtige Konflikte gezeitigt, die das Tagesinteresse in Europa lebhafter beschäftigen mochten; das stetige und allseitige Erstarken der nordamerikanischen Union hatte manchen besorgten Ausblick in die Zukunft und Gefühle nicht eben freundlicher Art besonders in dem eifersüchtigen England wachgerufen; aber im ganzen war doch die europäische Diplomatie durch die Vorgänge jenseit des Meeres nicht entscheidend bestimmt worden. Jetzt traten im Anfange der sechziger Jahre in Mexiko und in der Union Ereignisse ein, die es zum allgemeinen Bewußtsein brachten, daß die alte und die neue Welt keine getrennten Machtsysteme mehr bildeten, sondern daß Auswanderung, Handelsbeziehungen und Dampferlinien Brücken hinüber und herüber geschlagen hatten, durch welche die beiderseitigen Interessen auf das engste miteinander verbunden wurden.

Die Vereinigten Staaten von Mexiko hatten ihrer Freiheit und der Verfassung von 1824 kein geordnetes und friedliches Dasein zu danken gehabt. Die Parteiungen der Liberalen und der Klerikalen dienten dem Ehrgeiz und der Habsucht wechselnder Präsidenten und Prätendenten als Aushängeschild für die Befriedigung persönlicher Gelüste und jedem derselben folgte ein Schwarm bedürftiger Anhänger, die Glück und Unglück mit dem Meister teilend als Sieger mit ihm das Land ausplünderten, als Besiegte mit ihm in eine der entlegenen Provinzen oder in das Ausland zogen um bei nächster Gelegenheit Macht und Reichtum wieder an sich zu reißen. Zerwürfnisse und Zettelungen innerhalb der beiden Lager, Abfall und Überläuferei aus dem einen ins andere fehlten dabei auch nicht und der beinahe ununterbrochene Bürgerkrieg entrollte

Parteiungen.

in eigentümlich amerikanischer Gestaltung die Bilder des mittelalterlichen Faustrechtes, verzerrt durch den Schein moderner Bildung und verschlimmert durch den Gebrauch der Waffen der Neuzeit. Hinrichtungen und Verbannungen, Gütereinziehung und Einkerkerung waren mit oder ohne gerichtliche Formen der einen Partei so geläufig wie der anderen und mit den Einheimischen litten selbstverständlich auch die Fremden unter der Willkür und Gewissenlosigkeit der Machthaber. Darüber war es zu manchen diplomatischen Verwickelungen mit dem Auslande gekommen, aber im allgemeinen scheute sich kein mexikanischer Präsident davor, denn die Unsicherheit seiner eigenen Stellung machte ihn für das Ausland fast unangreifbar. Nur eine Macht war wirklich gefürchtet in Mexiko, die große Nachbarrepublik im Norden. So sicher wie man sein durfte, daß diese, der Monroe-Doktrin getreu, keinem europäischen Staate gestatten werde sich in Mexiko festzusetzen, ebenso sicher war man, daß sie oder daß in ihr eine große Partei die Absicht habe ein Stück von Mexiko nach dem anderen abzulösen und in ihren eigenen Bund aufzunehmen.

Der spanische Krieg von 1829.

Spanien hatte im Jahre 1829 noch einmal den Versuch gemacht die verlorene Besitzung wiederzuerobern, gereizt durch die Verbannung von 22 000 seiner Landeskinder, die das Haupt der Yorkinos, wie man die Liberalen nannte, Guerrero, ein Farbiger, verfügt hatte. Aber die Landung geschah mit völlig ungenügenden Kräften und nach wenigen Monaten zwang der Kriegsminister Santana das von den Spaniern besetzte Tampico zur Übergabe. Einige Jahre später, in den Nöten des Karlistenkrieges (1836), fügte sich endlich auch das Mutterland in die Anerkennung der abgefallenen Kolonie. Guerrero wurde gleich nach Santanas Sieg von seinem eigenen Vizepräsidenten Bustamente besiegt und erschossen; gegen diesen richtete wieder Santana seine Waffen und verband sich zu dem Zweck mit Pedrazza, den er früher selbst vertrieben hatte um Guerrero zum Präsidenten zu machen; Bustamente wiederum rief den Bravo zur Hilfe, den er gleichfalls in früheren Jahren gemeinsam mit Guerrero besiegt und verbannt hatte. Der Sieg in diesem wirren Getümmel verblieb endlich Santana, der zunächst Pedrazza, dann 1833 sich selbst auf den Präsidentenstuhl setzte. Einige Jahre hielt er leidlich Ordnung, dann entzweite er sich mit dem Kongreß, der gewaltig gegen die Kirche zu wüten begann, für beinahe 100 Millionen Dollars Kirchengut einzog und obendrein Klöster und Zehnten aufhob. Noch größer ward der allgemeine Wirrwarr, in dem jeder einzelne Bundesstaat sich schließlich selbst zu helfen suchte, als der Präsident im Oktober 1835 die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten für erloschen erklärte. Be-

Texas.

sonders Texas widersetzte sich diesem Gewaltstreich ernstlich, und als Santana persönlich hineilte um die Auflehnung zu unterdrücken, ward er bei San Jacinto geschlagen und gefangen, und der abtrünnige Staat sagte sich am 2. März 1836 völlig von der Republik Mexiko los. Im Süden folgte Yucatan diesem Beispiel, und trotz aller Anstrengungen

konnten beide Länder nicht wieder in den alten Bund hineingezwungen werden.

An des gefangenen Santana Stelle erklomm Bustamente wieder den Präsidentenstuhl und brachte es durch hartnäckige Verweigerung jeder Genugthuung 1838 zu einem Kriege mit Frankreich. Die Ermordung mehrerer Franzosen und die Beschränkung der Handelsfreiheit waren die Anlässe dazu. Eine Flotte beschoß und besetzte Veracruz, der Kongreß erließ eine feierliche Kriegserklärung und jagte alle Franzosen aus dem Lande, zuletzt aber gab man unter englischer Vermittlung von beiden Seiten etwas nach: Mexiko bezahlte 600 000 Piaster und Frankreich ließ es sich gefallen, daß seinen Landsleuten der Detailhandel untersagt blieb. Einem Kriege mit England wich Santana, der inzwischen zurückgekehrt war, einige Jahre später noch im letzten Augenblicke aus, nachdem er ihn selbst erst leichtsinnig dadurch heraufbeschworen, daß er eine englische Fahne als Siegestrophäe in seinem Triumphzuge mit aufführte. Krieg mit Frankreich 1838.

Etwa drei Jahre lang, von 1841—44, behauptete sich Santana dieses Mal am Ruder; dann brach seine Macht, obgleich er nicht unrühmlich gegen Texas gekämpft hatte, durch den Abfall des Kongresses und der Truppen mit einem Schlage zusammen; er fand sich als Gefangener inmitten des eigenen Heeres und konnte von Glück sagen, daß man ihn nur auf ewig verbannte und nach Cuba entließ. Sein Nachfolger Herrera wünschte sich mit Texas zu vergleichen und erkannte dasselbe am 19. Mai 1845 als eigenen Staat an. Da aber der Vertrag zwei Bedingungen enthielt, die der Kongreß von Texas nicht anerkannte, nämlich die Grenzlinie des Rio Nueces und das Verbot des Eintritts in die Union, so wurde die Lage dadurch für Mexiko noch schlimmer als sie vorher gewesen. Truppen der Vereinigten Staaten unter General Taylor rückten in Texas ein und bezogen bei Corpus Christi am Nueces ein Lager, bereit, wenn Verhandlungen nichts fruchteten, nach Matamoros am Rio Grande del Norte, den die Union als Grenze verlangte, vorzudringen. Die Einverleibung von Texas wurde unterdessen ausgesprochen und die Abberufung der Gesandten leitete den Krieg ein. Im März 1846 überschritt Taylor den Nueces, warf die Mexikaner aus dem streitigen Gebiet hinaus und besetzte im Mai, nachdem Präsident Polk den Krieg wirklich erklärt hatte, Matamoros. Krieg mit der Union 1846.

Jahre lang hatte man sich in Mexiko sorgsam gehütet mit dem mächtigen Nachbar im Norden in Streit zu geraten; mehrmals waren durch gütliche Verträge und Entschädigungsgelder, die allerdings schließlich doch nicht gezahlt wurden, Feindseligkeiten vermieden. Auch die Union hatte trotz des Gelüstens, das ihr Süden nach Texas empfand, den Krieg nicht gesucht; die freien Staaten hegten noch immer den alten Widerwillen gegen eine Ausdehnung in dieser Richtung, und dieselbe Rücksicht, die Monroe 1819 bewogen auf den Ankauf von Texas zu verzichten, war bisher maßgebend geblieben. Allein seit Texas that- Verhandlungen über Texas.

sächlich von Mexiko getrennt war, wurde das Drängen der Sklavenstaaten lebhafter; gleich der erste Präsident des neuen Staates, General Houston, ein Virginier, beantragte in Washington die Aufnahme in die Union und wenn darauf zuerst wiederholte Ablehnungen erfolgten, so beherrschte diese Frage doch schon 1844 die Präsidentenwahl, und Polk hatte seine Würde vorzugsweise dem Umstande zu danken, daß er für die Erweiterung der Union eingetreten war. Er versuchte zunächst auf friedlichem Wege ans Ziel zu kommen. Ein außerordentlicher Gesandter, John Slidell, bot im Sommer 1845 für die Abtretung von Texas, Neu-Mexiko und Kalifornien 25 Millionen Dollars; auch nachdem Taylor den Rio Grande überschritten, wurden noch einmal für das streitige Gebiet bis zum Nueces zwei Millionen geboten. Allein in Mexiko war die Kriegspartei obenauf. Herrera ward als Friedensfreund von Peredes, dieser als zu nachgiebig von General Sales gestürzt und so hatte man den inneren und äußeren Krieg zugleich.

Siege der Union.

Die schwerste Aufgabe für die Nordamerikaner war nicht den Feind zu besiegen, sondern mit ihm zu einem Frieden zu kommen. Das erstere geschah, wo immer man zusammenstieß. Taylor rückte von Matamoros westwärts nach Monterey und erzwang die Übergabe dieser Stadt; in Santa Fé im oberen Gebiete des Rio Grande erschien eine zweite Kolonne unter Kearney, erklärte diese Gegenden (Neu-Mexiko) für einen Bestandteil der Union und wandte sich nach Kalifornien um auch dies Land, von einer Flotte unterstützt, zu erobern; manche der später berühmten Generale wie Fremont und Sherman thaten hier ihre ersten Kriegsdienste. Die eigentliche Entscheidung fiel aber nicht hier und fiel auch nicht bei Taylors Heer, obgleich dieser Santana, der wieder einmal zurückgerufen war und schnell hintereinander zum Obergeneral, Präsidenten und Diktator ernannt wurde, in einem zweitägigen Kampfe bei Buena Vista im Februar 1847 schlug. Den Hauptschlag führte vielmehr General Scott, der Ende März mit einem Heere bei Veracruz landete, Santana am 18. April in der Nähe von Xalapa (bei Cerro Gordo) schlug, dann wieder im August bei Contreras und Churubusco ein paar Siege errang und am 15. September die Hauptstadt Mexiko erstürmte. Nun aber kostete es Mühe jemanden zu finden, mit dem man Frieden schließen konnte. Santana war bereits wiederabgesetzt, Peredes sein Nachfolger wollte den Krieg, der einzige, mit dem sich etwas anfangen ließ, war Herrera, der aber vom Kongreß nicht anerkannt war. So kam denn der Friede von Guadelupe Hidalgo erst am 2. Februar 1848 zustande und erhielt seine Bestätigung erst im Mai, als der Kongreß sich damit einverstanden erklärte und Herrera wieder zum Präsidenten machte. Nicht allein Texas, sondern auch Neu-Mexiko und Kalifornien mußten abgetreten werden und die Bedingungen konnten noch für sehr glimpflich gelten, da die Union zur Entschädigung die Summe von 15 Millionen Dollars an Mexiko zu zahlen versprach. Das Land war denn auch trotz Peredes für den Frieden, und nachdem

Friedensschluß.

Bustamente die Kriegspartei bezwungen hatte, konnte Herrera mehrere Jahre so ruhig sein Amt führen wie kein Präsident vor ihm.

Für die Vereinigten Staaten war der Erwerb der drei ungeheuren Gebiete im Süden und Westen von viel größerer Tragweite, als selbst die eifrigsten Befürworter geahnt hatten. Die Entdeckung des ersten Goldes in Kalifornien, die fieberhafte Erregung, die infolgedessen alle abenteuerlichen Seelen des Ostens ergriff, die unglaublich schnelle Besiedelung und Bebauung beträchtlicher Teile des fernen Westens, konnte ja niemand vorhersehen. Was zur Erwerbung von Texas getrieben hatte, das war der alte Drang der Sklavenstaaten sich auszudehnen und ihre Zahl auf derselben Höhe mit derjenigen der freien Staaten zu halten. Davon daß dies gelang, hing das Gleichgewicht im Senate ab, in dem jeder Staat ob groß ob klein durch zwei Stimmen vertreten war, und dieses Gleichgewicht wiederum sicherte allein den südlichen Staaten den Fortbestand der Sklaverei.

Die Parteien in der Union.

Diese aber war das Losungswort gewesen, nach dem sich seit dem zweiten Jahrzehnt des Jahrhunderts die Parteien gebildet hatten. Der anfängliche Gegensatz zwischen Föderalisten und Antiföderalisten war dagegen in zweite Linie getreten. Allerdings hatte die Masse der Antiföderalisten oder Demokraten stets aus Anhängern der Sklaverei bestanden, aber ihr bedeutendster Führer, Thomas Jefferson, war ein erklärter Gegner derselben gewesen; er zitterte, wenn er im Hinblick auf diesen Bruch der Naturgesetze an die Gerechtigkeit Gottes dachte, und fragte sich besorgt, ob nicht dereinst Verwirrung, Bürgerkrieg, völliger Umsturz die Strafe für dieses Unrecht sein werde. Er kam sogar durch seinen Haß gegen die Sklaverei dazu ihr eine weitere Ausdehnung zu wünschen; denn da die Einfuhr von Negern aus Afrika mit dem Jahre 1808 verfassungsmäßig aufhören mußte, so hoffte er durch Verteilung des vorhandenen Bestandes an Schwarzen über ein möglichst großes Gebiet die dereinstige Befreiung derselben zu erleichtern. Nun war nach Norden und nach Nordwesten hin schon durch ein Gesetz von 1787 die Gründung neuer Sklavenstaaten verboten worden; das weite Hinterland über dem Ohio, das Virginien und Newyork der Union damals abtraten, war ausdrücklich jeder Art von unfreiwilliger Dienstbarkeit verschlossen worden; dafür gab es aber in dem von Frankreich 1803 gekauften Louisiana, das sich am westlichen Mississippi-Ufer unbegrenzt nach Norden erstreckte, und in den weiten Küstenländern des mexikanischen Golfes Gebiet genug, das im Bereich der Sklavenstaaten lag. Unbehindert hatten diese daher, wie schon früher durch Kentucky und Tennessee, so 1812 durch Louisiana, 1817 durch Mississippi, 1819 durch Alabama ihre Reihen verstärken können, und nur dafür war von dem Norden gesorgt, daß durch Vermont, Ohio, Indiana, Illinois und Maine die Zahl der freien Staaten gleichfalls Zug um Zug vermehrt wurde. Als aber die Sklavenstaaten 1819 auch Missouri, den nördlichsten Teil des alten Louisiana, für sich beanspruchten, erhob sich ein heftiger Wider-

Bildung neuer Staaten.

stand im Norden und es erforderte lange Verhandlungen, ehe man sich über das sog. Missouri-Kompromiß einigte das diesen Staat und alles Land südlich von 36° 30' N. B. den Sklavenstaaten überließ, damit aber ihrer Ausdehnung auch eine ganz feste Grenze gezogen zu haben schien. Freie und Sklavenstaaten standen sich jetzt völlig gleich, zwölf zu zwölf, gegenüber, und fünfzehn Jahre hindurch, von 1821—1836, trat auf keiner Seite eine Vermehrung ein. Daß dann schnell hintereinander erst Arkansas, darauf Michigan aufgenommen wurde, ließ das Verhältnis unverändert.

Die Sklavenfrage.

Ganz anders aber mußte es werden, wenn Texas der Union einverleibt und dadurch neues Gebiet zu einer unbegrenzten Reihe von Sklavenstaaten gewonnen wurde. Der alte Trost der Gegner der Sklaverei, es werde mit dem Aufhören der Einfuhr die Zahl der Neger so wenig steigen, daß ihre Verteilung auf ein größeres Gebiet den Sklavenhaltern selbst schaden werde, war längst hinfällig geworden. Die Zahl der Schwarzen wuchs vielmehr beständig, und die nördlichsten Sklavenstaaten, besonders Kentucky und Virginien, die ihren Ackerbau durch freie Arbeiter vorteilhafter bestellen konnten, hatten sich geradezu auf die Sklavenzucht geworfen und verkauften ihre Ware nach dem Süden, Virginien allein bis zu 30 000 Köpfen jährlich. Weit entfernt stehen zu bleiben wuchs die Zahl der Neger von Jahrzehnt zu Jahrzehnt um 24 bis 30 Prozent; während sie 1810 etwa $1^1/_5$ Million betrug, belief sie sich 1840 auf reichlich das doppelte, 1860 auf nahezu vier Millionen. Allerdings stieg die Nachfrage noch schneller als das Angebot. Der Baumwollenbau hatte durch die Erfindung und allmähliche Verbreitung der Reinigungsmaschine einen ungeheuren Anstoß bekommen; eine solche Maschine verarbeitete an einem Tage dasselbe Material, das sonst 300 Neger erfordert hatte; aber dieses Material zu beschaffen reichten die bei der Reinigung ersparten Neger lange nicht aus; die Produktion steigerte sich ins ungeheuere, aber sie hätte sich noch weit mehr steigern können. Charleston führte 1790 für wenig mehr als 1000 Dollars Baumwolle aus, 1857 dagegen für 130 Millionen; England bezog noch 1803 nur für 7 Millionen Dollars, dagegen 1850 schon das sechzehnfache. Und doch waren kaum 10 000 englische Quadratmeilen mit Baumwolle bebaut, während 650 000 sich dazu eigneten, wenn man nur die Arbeitskräfte dazu gehabt hätte. Begreiflicherweise steigerte sich dadurch der Preis der letzteren immer mehr, und bei der erklärlichen Faulheit und Unlust der Schwarzen, deren Leistungsfähigkeit man auf den fünften Teil von der eines Weißen anschlug, verzinste sich das in Sklaven angelegte Kapital sehr schlecht, 1860 zu weniger als einem Prozent. Da es bei allen Südstaatlern wie ein Glaubenssatz feststand, daß der Baumwollenbau nur durch Neger betrieben werden könne, gab es gegen diese zunehmende Entwertung des Grundbesitzes nur ein Mittel: die Freigabe der Negereinfuhr aus Afrika. Auf das lebhafteste verfochten die Pflanzer der Baumwollenstaaten die Rechtmäßigkeit dieser

Negereinfuhr.

Forderung; sie rühmten den Sklavenhändler als einen Diener der Civilisation, der nach Afrika gehe und einen Heiden und unnützen Menschen herbeihole um ihn zum nützlichen Mann und zum Christen zu machen; unwillig rechneten sie einander vor, wie oft sie nach Virginien oder Kentucky gehen müßten um dort für ein Schwarzfell zwischen tausend und zweitausend Dollars zu bezahlen, während sie in Afrika bessere Ware für fünfzig Dollars haben könnten; an die Begründung neuer Sklavenstaaten sei bei dem vorhandenen Vorrat von Negern immer weniger zu denken u. s. f. Aber sie hatten wenig Aussicht mit ihren Forderungen jemals durchzukommen, denn der allmächtige Dollar trennte in dieser Frage den Sklavenzüchter von dem Sklavenhalter, Virginien und Kentucky von den Baumwollenstaaten. Es blieb nur die böse Wahl durch Schaffung neuer Sklavenstaaten die Nachfrage nach Schwarzen immer mehr zu steigern oder den freien Staaten das Übergewicht zu gönnen und dann am Ende das gänzliche Verbot der Sklaverei zu gewärtigen. Wer weder das eine oder das andere wollte, dem blieb nur der Austritt aus der Union, die Begründung eines neuen, nur von Sklavenstaaten gebildeten Bundes als Ausweg übrig.

Einfluß der Südstaaten.

Gern beschritt man diesen Ausweg im Süden nicht. Eifriger als im Norden beschäftigte man sich hier mit der Politik des Landes; während der 72 Jahre von 1789 bis 1861 saßen 52 Jahre hindurch Männer des Südens, nur 20 Jahre Männer des Nordens auf dem Präsidentenstuhle; sie beriefen ihre Verwandten und Freunde zu den Ämtern und Würden der Republik, sie besetzten insonderheit auch die Offizierstellen mit Bürgern der Sklavenstaaten und konnten das um so leichter thun als in der Kriegsschule von Westpoint der größte Theil der Kadetten immerfort aus jüngeren Söhnen der Pflanzeraristokratie bestand. Die schlechte Verzinsung des Grundbesitzes nötigte schon dazu die Vermögen zusammenzuhalten und für einen Teil der Familienglieder Beschäftignng im Staatsdienste zu suchen. Der Norden dagegen, der mehr von seiner Hände Arbeit lebte und sowohl für den Ackerbau ungemessene Striche ergiebigen Bodens zur Verfügung hatte als auch in einer lebhaft sich entwickelnden industriellen Thätigkeit reichen Gewinn fand, zeigte gerade in seinen tüchtigsten Elementen geringes Interesse für die Politik und überließ sie in erschreckendem Maße ehrgeizigen und bestechlichen Männern, die nur zu oft gegen gute Bezahlung ihren Einfluß im Sinne des Südens verwandten.

Schutzzoll und Freihandel.

Aus dem Gegensatz der Rohstoffproduktion, die dem Süden, und der Industrie, die dem Norden eigen war, entwickelte sich ein neuer Zankapfel zwischen beiden, die Frage, ob hoher Schutzoll oder Freihandel das System der Union sein solle. Es gab eine Zeit, wo die Sklavenstaaten selbst geglaubt hatten die Verarbeitung der Baumwolle an sich reißen zu können; damals waren sie für den Schutzzoll gewesen und einer ihrer glänzendsten Politiker, John Calhoun von Süd-Carolina, hatte 1816 gegen den Widerspruch des Nordens einen hohen Tarif

durchgesetzt. Geraume Zeit verging, ehe man in beiden Lagern die Entdeckung machte, daß man gegen seine eigenen Interessen handele. Noch 1824, als eine abermalige Erhöhung beantragt wurde, kämpfte einer der ersten Politiker des Nordens, Daniel Webster von Massachusetts, dagegen, einer der glänzendsten Staatsmänner des Südens, Henry Clay von Virginien, dafür; aber die Mehrheit bestand jetzt doch schon aus Nordstaatlern und aus dem Süden erscholl wenig später der warnende Ruf, wenn die Union jemals ernstlich gefährdet werden sollte, so würden Maßregeln dieser Art die Ursache davon sein; vollends 1828, wo eine abermalige Erhöhung beliebt wurde, hatten beide Parteien in ganzer Linie ihren Frontwechsel vollzogen, und der Süden klagte bitter über die Tyrannei des Nordens, der eben damals in Quincy Adams (1825—29) mit großer Mühe seinen zweiten Präsidenten (der erste war sein Vater John Adams 1797—1801 gewesen) durchgesetzt hatte. Die ungeheure Höhe des Zolls, der für die wichtigsten Gegenstände der englischen Industrie auf 50—60 Prozent vom Werte stieg, gab zu diesen Klagen ein gutes Recht; aber die Strafe für diese Übertreibung blieb auch nicht aus. Bisher waren mit Ausnahme von John Adams alle Präsidenten zweimal gewählt, also acht Jahre am Ruder geblieben; Washington von 1789—97, Jefferson 1801—9, Madison 1809—17, Monroe 1817—25; Quincy Adams erlag wie sein Vater bei der Wiederwahl, es folgte ihm General Jackson von Tennessee, der dann wieder acht Jahre, von 1829—37, im Amte blieb. Er konnte allerdings in gewissem Sinne für einen Kompromißkandidaten gelten; die eigentlichen Freihändler des Südens hatten Calhoun, der jetzt ganz auf ihrer Seite stand, an die Spitze des Bundes bringen wollen, und dieser selbst, voller Ehrgeiz und erbittert über seine wiederholten Mißerfolge, lehnte sich 1832 offen gegen den Kongreß auf. Er beantragte und erreichte in seinem Heimatsstaat Süd-Carolina, daß das Zollgesetz für ungültig erklärt (nullifiziert) und der Austritt des Staates aus der Union beschlossen wurde, wenn die letztere es gleichwohl mit Gewalt durchführen wolle. Allein so leidenschaftlich wie Süd-Carolina für diesen Beschluß eintrat, ebenso entschlossen widersetzten sich alle anderen Staaten. Jackson erließ eine Proklamation, worin er seine Landsleute warnte die Schwelle des Hochverrates, an der sie stünden, zu überschreiten; kein anderer Staat folgte dem Beispiele Süd-Carolinas; Calhoun selbst wurde durch die Drohungen des Präsidenten eingeschüchtert und Henry Clay brachte endlich einen Vergleich zustande, wonach die Zölle von zwei zu zwei Jahren um ein Zehntel herabgesetzt, die Nullifikationsakte aber zurückgenommen wurde. Daß Jackson bei aller Entschiedenheit, mit der er für die Erhaltung der Union einstand, doch die Interessen des Südens sehr eifrig im Auge behielt, bewies er überdies noch durch die Aufhebung der Nationalbank, die durch ihr Papiergeldunwesen zur Bereicherung der nördlichen Kaufleute auf Kosten der südlichen Produzenten viel beigetragen hatte.

Die Nullifikation von 1832.

Die gegenseitige Erbitterung war um diese Zeit, d. h. eben als

Texas und Oregon.

Texas sich von Mexiko abriß, auf das höchste gestiegen. Kein Wunder, daß nun auch die Sklavenfrage wieder in den Vordergrund trat und die Einverleibung von Texas gefordert wurde. Allein wie Jackson den Bestand der Union dem Süden zuliebe nicht hatte gefährden wollen, so hielt sich auch sein Nachfolger van Buren (1837—41) gegenüber dem heftigen Einspruch des Nordens von eigenmächtigen Schritten fern, wodurch er es freilich mit beiden Parteien verdarb. Erst Tyler, der ihn in der Präsidentschaft ablöste (er war eigentlich nur Vizepräsident, aber der Tod Harrisons, der nur einen Monat die höchste Würde bekleidete, erhob ihn auf den Präsidentenstuhl), erst Tyler ließ durch Calhoun, den er zum Minister des Auswärtigen machte, den Vertrag mit Texas unterzeichnen und gab denselben auch nicht verloren, als der Senat seine Zustimmung verweigerte. Vorderhand verständigte man sich beiderseits über die gleichzeitige Aufnahme von Florida und Iowa. Auch für Texas selbst hätten die freien Staaten ein Gegengewicht in Wisconsin gehabt, das gleichzeitig zum Staate erhoben werden konnte; aber in den ungeheuren Hinterlanden von Texas, aus denen eine große Reihe von Staaten gebildet werden konnte, lag für das bisher beobachtete Gleichgewicht eine ernstliche Gefahr. Henry Clay und van Buren, die nach Tylers Rücktritt als Bewerber um die Präsidentschaft auftraten, wollten deshalb trotz ihrer Freundschaft für den Süden die Einverleibung wieder fallen lassen; richtiger als sie aber traf die Gesinnungen des Landes ein bisher wenig bekannter Politiker, James Polk von Tennessee, der zugleich Texas und die weiten Gebiete von Oregon, die bisher zwischen England und der Union streitig waren, zu erwerben versprach. Er wurde gegen Clay zum Präsidenten erwählt, und wie er die beiden Teile seines Programms zur Ausführung brachte, ist an verschiedenen Orten erzählt worden. Formell fiel der Ruhm Texas einverleibt zu haben übrigens noch Tyler zu, der am letzten Tage seiner Amtsführung, am 3. März 1845, das vom Kongreß genehmigte Gesetz unterzeichnen konnte.

Durch den Frieden mit Mexiko war aber nicht nur Texas, sondern auch Neu-Mexiko und Kalifornien erworben. Ersteres hatte bereits die 60 000 Einwohner, die erforderlich waren um aus einem Territorium in einen Staat umgewandelt zu werden; letzteres bekam nach der Entdeckung der Goldfeder in weniger als Jahresfrist eine noch viel größere Bevölkerung. Diese stammte in ihrer überwiegenden Mehrheit aus dem Norden und gab sich eine Verfassung ohne Sklaverei. Darüber geriet der Süden in heftigen Zorn und wollte die Aufnahme des Staates verweigern; das geringste, was er forderte, war die Verlängerung der im Missourikompromiß vereinbarten Grenzlinie des 36° 30′ N. Br. bis an den Stillen Ozean, also die Teilung Kaliforniens. Texas, das kaum aufgenommene, erhob überdies noch Ansprüche, als ob alles von Mexiko abgetretene Land ihm gehöre, und forderte für die Abtrennung Kaliforniens entschädigt zu werden; und um dem Streit noch mehr Nahrung

Clays Kompromiß.

zu geben verwickelte der Süden darein auch noch seine Klagen über die mangelhafte Ausführung der Gesetze, welche die Auslieferung flüchtiger Sklaven seitens der freien Staaten vorschrieben. Nicht die gesamte demokratische Partei des Nordens hatte jedoch Neigung mit ihren Parteigenossen im Süden durch dick und dünn zu gehen; ein Teil derselben stellte auf einer Wahlversammlung in Utica van Buren für die neue Präsidentenwahl auf und verhalf durch diesen Abfall dem republikanischen Bewerber General Taylor zum Siege. Dessen Entschluß für die Erhaltung der Union, mit deren Zerstückelung der Süden schon wieder drohte, einzutreten gab sich bereits durch die Erteilung von Marschbefehlen nach Texas kund, als ihn plötzlich der Tod dahinraffte. Jetzt erhoben die Sklavenhalter ihre Stimme noch leidenschaftlicher, allen voran der todkranke Calhoun, nächst ihm besonders Taylors Schwiegersohn Jefferson Davis, der die Rolle Calhouns weiter zu spielen gedachte. Clays vermittelndem Geiste gelang es endlich doch unter Beihilfe des stellvertretenden Präsidenten Fillmore einen Ausgleich zu finden, bei dem allerdings die Sklavenhalter am besten fuhren. Kalifornien wurde durch dieses sog. große Kompromiß von 1850 als Staat aufgenommen, alles andere von Mexiko erworbene Gebiet in Territorien geteilt, deren Bevölkerungen selbst über die Einführung der Sklaverei entscheiden sollten, Texas wirklich mit 10 Millionen Dollars abgefunden und ein neues strengeres Gesetz über die Auslieferung flüchtiger Sklaven erlassen.

Der Kansas-Streit.

Es war das Clays letzte That; bald darauf folgte er und fast gleichzeitig auch Daniel Webster Calhoun in den Tod, sodaß die drei hervorragendsten Parteiführer innerhalb kurzer Frist von der Bühne abtraten. Es schien eine Pause in dem heftigen Kampfe zu beginnen, die in Franklin Pierce von New-Hampshire, dem Präsidenten der Jahre 1853—57, der mit der größten Mehrheit, die man bisher gekannt, (254 gegen 62 Stimmen) erwählt war, einen geeigneten Repräsentanten fand. Allein schon 1854 brachen die Demokraten den Waffenstillstand. Daraus daß in dem Clayschen Kompromiß den Territorien die Entscheidung über die Sklaverei überlassen war, folgerten sie die Hinfälligkeit des Missouri-Kompromisses, das die Sklaverei nördlich vom 36° 30' ausschloß, und bewirkten den ausdrücklichen Widerruf dieser Bestimmung. Was sie dabei zunächst im Auge hatten, war die Präparation des neuen Territoriums Kansas zu einem Sklavenstaate. Aber dazu genügte der Widerruf des Missouri-Kompromisses noch nicht, denn die meisten Bewohner von Kansas waren Männer des Nordens, welche die Sklaverei verwarfen. Da scheuten sich denn die Demokraten auch vor einer zweiten gesetzlichen Gewaltthat nicht: sie brachten eine Bill durch, welche den Territorien verbot die Einführung von Sklaven zu verhindern, also sie zwang die Sklaverei zuzulassen, und erst bei ihrer Umwandlung zu Staaten ihnen die Ausschließung derselben gestattete. Diese Verhöhnung gab der entschiedenen Freiheitspartei des Nordens, die sich seit einigen

Die Freiländlerpartei.

Pädagogische Hochschule Potsdam Historisches Seminar

Jahren von den Republikanern abgezweigt und den Namen der Free-soilers oder Freiländler angenommen hatte, den Mut zu entschlossenem Auftreten, und es begann nun zwischen ihr und den Sklavenfreunden ein verzweifeltes Ringen auf dem Boden von Kansas. Von beiden Seiten wurden Einwanderer dorthin befördert, zum Teil nur um in den Wahlschlachten mitzukämpfen und dann zurückzukehren; man bekämpfte sich mit Büchse und Revolver so gut wie mit gefälschten Stimmzetteln und lügenhaften Wahlprotokollen; beide Parteien bildeten ihren besonderen Territorialkongreß und entwarfen ihre besondere Verfassung, die Sklavenhalter zuerst in Shawnee, dann die Freiländler in Topeka. Der Präsident erklärte sich für die erstere aber die Entscheidung stand dem Kongreß zu. In diesen verpflanzte sich die ganze Zügellosigkeit, Roheit und Verworfenheit, die in Kansas zu Tage getreten war. Die Präsidentenwahl mußte 133 mal wiederholt werden ehe sie ein Resultat ergab. Als der beredteste und rücksichtsloseste Führer der Freiländler, Charles Sumner, Websters Nachfolger als Senator für Massachusetts, eine glühende Rede gegen die Sklaverei gehalten hatte, überfielen ihn zwei seiner Kollegen aus dem Süden mit Guttaperchastöcken und prügelten ihn, bis er die Besinnung verlor und so, daß er lange in Lebensgefahr schwebte. Süd-Carolina aber empfing die vom Kongreß ausgestoßenen Raufbolde mit überschwenglichen Ehrenbezeugungen und schickte sie von neuem nach Washington. Solche Vorgänge mußten die Demokratie im Norden in ihrem Ansehen ungeheuer schwächen. Die bisher etwas anrüchige Freiländlerpartei gewann mächtig an Boden, und nicht allein die Republikaner sondern auch die gemäßigten Demokraten des Nordens verbanden sich mit ihr im Juni 1856 zu der neuen republikanischen Partei. Auch im Repräsentantenhause verlor die Demokratie die Mehrheit; ein Ausschuß, der zur Untersuchung nach Kansas geschickt war, deckte die Fälschungen und Gewaltthaten der Shawnee-Leute auf und empfahl die Anerkennung der Topeka-Verfassung; der Senat widersetzte sich allerdings und die Frage konnte noch nicht gelöst werden; aber wie schwer die Niederlage der nördlichen Demokratie war, lehrte die Präsidentenwahl im Herbst 1856: mehr als 1 300 000 Stimmen vereinigten sich auf einen unbedingten Gegner der Sklaverei, den General Fremont. Freilich genügten diese Stimmen zum Siege noch nicht: der demokratische Kandidat James Buchanan hatte ihrer noch fast eine halbe Million mehr. Allein bei der letzten Wahl hatte der republikanische Bewerber nur 150 000 Stimmen gehabt, die Partei hatte sich also seitdem verneunfacht und durfte bei der nächsten Wahl den Sieg erwarten.

Die republikanische Partei.

Je rücksichtsloser die Demokratie auf ihrem Wege fortschritt, um so stärker mußte die Stellung der Republikaner werden. Buchanans Kandidatur war schon eine arge Herausforderung gewesen; denn was diesen Mann dem Süden genehm machte, war das sogenannte Programm von Ostende, in dem derselbe als Gesandter in London gemeinschaftlich mit seinen Kollegen in Paris und Madrid, Mason und Soulé, die

Buchanan.

Erwerbung Cubas durch die Union vorgeschlagen hatte (1854). Das würde die Zahl der Sklavenstaaten wieder um einige vermehrt und die Republikaner für lange Zeit zu einer hoffnungslosen Minderheit gestempelt haben. Auch den obersten Gerichtshof zogen die Sklavenhalter in ihr Interesse; mit jubelndem Beifall begrüßten sie ein Urteil gegen den Neger Dred Scott, dem wie allen seinen Stammesgenossen darin das Recht Recht zu suchen abgesprochen wurde, weil ihre Rasse durch eine unüberbrückbare Kluft von den Weißen geschieden und nur als Eigentum zu betrachten sei; das Missouri-Kompromiß wurde in demselben Urteil für verfassungswidrig erklärt und dem Kongreß die Macht bestritten die Sklaverei in den Territorien zu verhindern. In Kansas, auf dessen Verhältnisse diese Entscheidung natürlich zielte, ging unterdessen alles in der bisherigen Willkür weiter. Da mit der Shawnee-Verfassung nicht durchzukommen war, entwarfen die Sklavenhalter in Lecompton eine neue und ließen sie mit 6000 Stimmen annehmen, während die Topeka-Leute sie mit 10 000 Stimmen verwarfen. Trotz Buchanans Bemühungen gelang es auch dieser Verfassung nicht durchzudringen; das Repräsentantenhaus verlangte nochmalige Abstimmung, und da diese (im August 1858) geradezu vernichtend für die Südstaatler ausfiel indem sie nur noch 1700 gegen 11 000 Stimmen in die Urne zu werfen hatten, so war es auch mit der Lecompton-Verfassung zu Ende, und Kansas wurde schließlich 1861 als freier Staat aufgenommen.

John Brown.

Der Haß gegen die Sklaverei und ihre Anhänger hielt sich natürlich auch nicht immer in den Schranken des Erlaubten. Aufrührerische Schriften wurden durch Sendlinge unter den Negern verbreitet, besondere Wanderprediger von den Abolitionisten, wie die äußerste Linke der Freiländler sich nannte, ausgeschickt. Die Erzählung der Frau Beecher Stowe von Onkel Toms Hütte war noch eines der gemäßigtesten, dabei aber eines der wirksamsten Erzeugnisse abolitionistischer Federn; andere Schriften predigten geradezu den Abbruch jedes gesellschaftlichen und geschäftlichen Verkehrs mit den Sklavenhaltern. Selbst der Gedanke die Neger zu den Waffen zu rufen wurde, freilich mit höchst ungenügenden Mitteln, zur Ausführung gebracht. Einer der freien Kansas-Leute, John Brown, versuchte am 17. Oktober 1859 mit etwa 20 Gefährten in Harpers Ferry am Potomac einen Negeraufstand zu entfachen. Allein bereits am anderen Tage wurde er mit den Seinen von dem Bundesobersten Robert Lee nach verzweifeltem Kampfe gefangen genommen und nach gerichtlichem Spruche gehängt. Den Abolitionisten galt er für einen hochherzigen Märtyrer und das Lied vom Old Johnnie war eines der beliebtesten Marschlieder unter den Truppen der Nordstaaten.

Die Ritter vom Goldenen Kreise.

Auf der anderen Seite waren die Heißsporne des Südens schon jetzt darauf bedacht sich für den Fall der Abtrennung vom Norden an den Ufern des mexikanischen Golfes neue Bundesgenossen zu sichern. Ein Geheimbund, die „Ritter vom Goldenen Kreise", plante die Begründung eines gewaltigen Sklavenstaatenbundes, der den ganzen goldenen

Kreis der Golfküsten, also Mexiko, Centralamerika, die Nordküste von Südamerika, die Antillen, mit den Südstaaten der Union verbinden sollte. Wenn das Programm von Ostende mit seinen Absichten auf Cuba ein Glied in der Kette dieser Pläne bildete, so wurden direktere Versuche in waghalsigen Abenteurerzügen unternommen. Das geeignete Werkzeug besaßen die Ritter in dem verwegenen Walker von Kentucky, der schon im Oktober 1853 einen Angriff auf Niedercalifornien machte und es vorübergehend von Mexiko trennte; doch gelang es Santana, der seit dem März 1853 wieder als Diktator in Mexiko schaltete, Anfang 1854 das abgefallene Land wieder zu unterwerfen. Walker war nicht lange um einen neuen Schauplatz für seine Abenteuer verlegen. Im Juni 1855 landete er in Nicaragua, machte sich schnell zum Herrn des Staates, an dessen Spitze er einen gewissen Rivas stellte, und schickte sich an auch die Mosquito-Küste zu erobern. Dadurch erweckte er aber den Argwohn der anderen centralamerikanischen Staaten. Im März 1856 erklärte ihm Costarica den Krieg, bald folgten Guatemala, San Salvador und Honduras nach. Auch die verzweifeltste Tapferkeit und überlegene Kriegskunst half ihm auf die Dauer gegen die Übermacht nicht; er hielt sich, im einzelnen oft siegreich, bis zum 1. Mai 1857; dann gab er das Spiel auf und entkam glücklich nach Washington. Aber schon der November fand ihn wieder an der Küste von Nicaragua, diesmal freilich mit so ungenügenden Mitteln, daß er bereits nach drei Wochen abermals fliehen mußte. Ein neues Abenteuer im Jahre 1858 verhinderte Buchanan, den es doch besorgt machte, daß die Präsidenten von Nicaragua und Costarica den Schutz Englands, Frankreichs und Sardiniens angerufen hatten. Alle diese Mißerfolge schüchterten jedoch Walker nicht ein, bis er endlich seinem Schicksal erlag. Als er im Juni 1860 seinen letzten Freibeuterzug, diesmal nach Honduras, unternahm, gerufen von den Bewohnern einiger kleiner Inseln, die England 1859 der Republik Honduras abgetreten hatte, wurde er von einem britischen Kriegsschiffe in Truxillo blokiert, mußte sich nach längerem Widerstande ergeben und wurde am 12. September erschossen. Mutiger und gewandter als irgend ein anderer Abenteurer seiner Art hatte er doch manchen Rivalen und besonders Cuba war ähnlichen Flibustierzügen wiederholt ausgesetzt. Aber mit völlig unzureichenden Mitteln unternommen scheiterten sie allesamt und würden überhaupt keiner Erwähnung verdienen, wenn sie nicht im Zusammenhange mit den Bestrebungen der Ritter vom Goldenen Kreise eine gewisse Bedeutung hätten.

Walkers Abenteuer.

Von Erfolg konnten solche Unternehmungen erst dann sein, wenn sie von den Sklavenstaaten der Union offen unterstützt wurden, wenn diese also ihre Trennung von dem freien Norden vollzogen hatten. Dann freilich war ihnen ein günstiger Ausgang sehr wohl zu prophezeien, denn die inneren Zustände waren überall so wirr und hilflos, daß ein kräftiger Anprall alles über den Haufen werfen konnte. Selbst in Mexiko, dessen Kraft ausreichte europäischen Feinden Widerstand zu

Mexiko.

leisten, würde ein amerikanischer Angriff ganz andere Aussichten gehabt haben. Der verhältnismäßig geregelten Regierung Herreras war dort 1851 unter dem Präsidenten Arista wieder ein wüster Bürgerkrieg gefolgt, der zu der schon erwähnten Rückkehr Santanas und seiner Ernennung zum lebenslänglichen Diktator im Dezember 1853 führte. Diese Lebenslänglichkeit war allerdings nicht von längerer Dauer als vorher die seiner Verbannung. Trotz der Zurückrufung der Jesuiten und des dadurch erkauften Beistandes der Geistlichkeit fand er im August 1855 das ganze Land schon wieder in so heftigem Aufstande gegen sich, daß er es vorzog abzudanken und nach Havana zu gehen. Binnen vier Monaten sah Mexiko nun fünf Präsidenten; der letzte von ihnen, General Commonfort, war der sechsunddreißigste seit 1824. Er behauptete sich vom Dezember 1855 an zwei volle Jahre, beschwor im Frühling 1857 eine neue Verfassung, stürzte sie im Dezember wieder um, ließ sich zum Diktator ernennen und verwickelte das Land in einen Krieg mit Spanien, den er mit nordamerikanischer Hilfe zu führen hoffte. Den Anlaß gaben wieder die alten Geldforderungen, die 1847 auf $5^1/_2$ Millionen Realen jährliche Rente festgesetzt und noch 1853 von Santana anerkannt waren, nun aber doch wieder angefochten wurden. Im Sommer 1855 erschien eine spanische Flotte vor Veracruz; durch Nachgiebigkeit und Zugeständnisse wurde ein vorläufiger Ausgleich erzielt, der jedoch in Madrid nicht befriedigte und durch die Ermordung einiger Spanier vollends hinfällig wurde. Ehe die Sache zum Austrag kam, schlug dann wieder Commonforts Stunde. Sein eigener General Zuloaga stürzte ihn mit Miramons Hilfe und ließ sich zum Präsidenten machen, während Benito Juarez, der Vorsitzer des höchsten Gerichtshofs, verfassungsmäßig dieses Amt für sich in Anspruch nahm und den Kongreß nach Guanaxuato berief. Das Glück stand aber auf Miramons Seite, der in einer Reihe von Schlachten die Gegenparteien schlug ohne jedoch Veracruz einnehmen zu können, das Juarez' Hauptquartier wurde. Zuloaga suchte sich durch den Beistand der Geistlichkeit zu halten und gab ihr das Recht Grundbesitz zu erwerben zurück, das Commonfort ihr genommen hatte; er verdarb es in seiner Geldnot aber mit den Besitzenden, denen er eine Zwangsanleihe auferlegte, und überdies mit England und Nordamerika, deren Bürger er gleichfalls durch Beschlagnahme von Waren zu den Kriegskosten heranzog. Halb freiwillig halb gezwungen trat er dann im Januar 1859 die Präsidentschaft an Miramon ab, der die fremden Mächte zu versöhnen suchte, aber nicht verhindern konnte, daß Juarez von Buchanan anerkannt wurde und gegen eine Summe von 400 000 Pfund der Union das Besatzungsrecht auf drei Straßen, die nach den Hafenplätzen Guyamas, Mazatlan und Tehuantepec am Stillen Ozean führten, abtrat. Mit diesen Geldmitteln ausgerüstet und obendrein im Besitz des einträglichsten Hafenzolles war Juarez seinem Gegner mehr als gewachsen und zwang ihn durch einen Sieg seines Generals Ortega im Dezember 1860 zur Flucht aus dem

Commonfort.

Juarez.

Miramon.

Verwicklungen mit dem Auslande.

Lande. Er verlegte nun selbst seine Residenz in die Hauptstadt, erneuerte die Gesetze gegen die Geistlichkeit und ließ sich am 1. Juli 1861 vom Kongreß mit diktatorischer Gewalt bekleiden. Trostlos wie er die Zustände der Republik vorfand, im Kongreß nur von einer unsicheren Mehrheit gestützt, die wenige Monate später nur mit einer Stimme seine Abdankung zurückwies, im fortwährenden Bürgerkriege mit Miramon und seinen Anhängern Zuloaga, Mejia, Marquez begriffen, brachte Juarez bei längst wieder völlig geleerten Kassen endlich auch den Konflikt mit dem Auslande zum offenen Kriege. Am 17. Juli bestätigte er einen Kongreßbeschluß, durch den die vertragsmäßigen Zahlungen an die fremden Gläubiger für zwei Jahre unterbrochen wurden. Gefährlich wie dieser Beschluß war, schien er doch gerade jetzt minder bedenklich als sonst. In den Vereinigten Staaten, die unter anderen Umständen die Gelegenheit zur Einmischung sich schwerlich hätten nehmen lassen, war soeben der blutige Kampf zwischen Süd und Nord zum Ausbruch gekommen, und wenn infolgedessen auch die benachteiligten europäischen Mächte, Frankreich, Spanien und England, um so leichter den Mut fassen konnten der Monroe-Doktrin zu trotzen, so war für sie doch ein Krieg mit Mexiko so kostspielig und schwierig, daß Juarez und der Kongreß sich leicht mit der Hoffnung trösten mochten, es werde keine derselben Lust haben sich an einem vergeblichen Versuche die Finger zu verbrennen.

Der amerikanische Sonderbundskrieg.

Gefährdung der Sklaverei.

Mit jedem Jahre von Buchanans Präsidentschaft war der Haß gegen die Union im Süden größer geworden; alles ließ sich dazu an den Einfluß der Sklavenhalter in Washington zu zerstören und den Zeitpunkt näher zu rücken, in dem ein Antrag auf Abschaffung der Sklaverei der Mehrheit sicher sein konnte. Die demokratische Partei, mittels deren der Süden bisher sein Übergewicht behauptet hatte, war im Zerfallen; die nördlichen Demokraten, mit Douglas von Illinois an der Spitze, fühlten ihren Einfluß gegenüber der rasch anwachsenden republikanischen Partei dergestalt schwinden, daß sie es für rätlich hielten sich von ihren südlichen Bundesgenossen zu trennen. Ohne sie waren die Vertreter der Sklavenstaaten eine ohnmächtige Minderheit, und wenn sie in die Zukunft blickten, mußten sie eine ununterbrochene Zunahme dieser Ohnmacht fürchten. Das Jahr 1860 brachte eine neue Volkszählung; der gewaltige Strom der Einwanderung aus Europa hatte die Bevölkerung der Nordstaaten wiederum mächtig gesteigert; nach dem Verhältnis der Bevölkerung aber wurde die unveränderliche Gesamtzahl der Repräsentanten im Kongreß auf die einzelnen Staaten verteilt: es war also gewiß, daß der Süden einen Teil seiner Sitze verlieren werde. Dazu kam, daß der Sklavenmangel immer fühlbarer wurde; nie hatte man ihn lebhafter bedauert als während der Kansas-Wirren; könnten

Steigender Einfluß des Nordens.

wir nur zehntausend Schwarze in das Territorium werfen, seufzte man im Süden, dann wäre der Sieg unser. Aber nicht die geringste Aussicht war vorhanden, daß der Norden je seine Einwilligung zu der Wiedergestattung des Negerhandels geben werde; wohl aber hatte man zu befürchten, daß die Republikaner, wenn sie durch ihre Zahl des Erfolges sicher waren, aus dem Lieblingssatze des Südens, der Schwarze sei nichts als Eigentum, den Schluß ziehen würden, daß dann die Bestimmung der Verfassung fallen müsse, wonach bei der Verteilung der Abgeordnetensitze drei Fünftel der Sklaven zu der freien Bevölkerung hinzugerechnet und so den Sklavenhaltern ein bedeutend größeres Stimmrecht als dem Norden gegeben wurde. Nicht mit Unrecht besorgte man im Süden künftig im Kongreß immer rücksichtsloser majorisiert und ausgebeutet zu werden. Eine starke Erhöhung der Einfuhrzölle, die der Kongreß schon jetzt beliebte, konnte lehren, was man in Zukunft zu erwarten habe. Der ernsteste Grund des Konfliktes blieb bei alledem doch immer die Sklaverei: sie beherrschte die Parteibildung; hätte sie überall bestanden oder wäre sie überall ausgerottet gewesen, so würde zwischen dem Nordwesten und dem Süden sich mancher Anknüpfungspunkt gegenüber dem Osten gefunden haben und die Befürchtung, die schon Washington gehegt, daß dereinst eine geographische Linie das Land durchschneiden werde, wäre vielleicht nie in Erfüllung gegangen. Wie die Dinge sich jetzt entwickelt hatten, gebot das Interesse des Südens unzweideutig den Austritt aus der Union, und es fragte sich nur, ob derselbe die Macht und das Recht dazu habe.

Tarifreform.

Das Recht zur Sezession.

Ob die Macht, das mußte der Erfolg beweisen. Was aber das Recht anging, so war es damit eigentümlich bestellt. Unzweideutige Bestimmungen gab es darüber nicht, und die Ansichten der Parteien hatten nach dem Bedürfnis der Tagespolitik hin und her geschwankt. Von Haus aus hatte die demokratische Partei als die Verteidigerin der Staatenrechte die Auflösbarkeit der Union verfochten; aber als im Jahre 1814 in den Neu-Englandstaaten Neigungen zum Austritt erwachten, da war es gerade der Süden, der den Satz proklamierte, daß kein Staat und keine Staatenverbindung das Recht habe sich der Union zu entziehen, daß jeder Versuch der Art Verrat sei. Das hinderte jedoch Calhoun, der schon damals der leitende Politiker in Süd-Carolina war, nicht, ein halbes Menschenalter später gelegentlich der Nullifikation den ersten offenen Versuch zur Sprengung der Union zu machen, wobei ihm denn Präsident Jackson und mit ihm gesamte Norden wiederum das Wort entgegenschleuderte, das zuerst im Süden erklungen war: Trennung durch Waffengewalt ist Verrat. Nichtsdestoweniger hatten späterhin angesehene nordische Staatsmänner und noch in allerneuester Zeit Republikaner wie Seward und Chase im Senate den einzelnen Staaten ausdrücklich das Recht der Loslösung zuerkannt, und in den Reihen der Demokraten herrschte wohl vielfach Bedauern über die mögliche Ausübung, aber nur vereinzelt Zweifel an der Existenz dieses Rechtes. Die große Mehrheit

der Weißen im Süden stand ungefähr auf demselben Standpunkt; der gereifte Entschluß zur Sprengung der Union war doch immer noch das Eigentum beschränkter Kreise. Diese aber wirkten auf das eifrigste dafür und suchten den Norden zu einem verletzenden Schritte zu treiben, der die Gleichgültigen unter den Südländern in den Harnisch zu bringen vermöge. Als solchen betrachteten sie die Wahl eines Präsidenten, der den Sklavenstaaten ganz fremd war; nichts würde ihnen unangenehmer gewesen sein als die Wahl eines vermittelnden Mannes wie etwa Douglas', des nördlichen Demokraten, dem zum Siege zu verhelfen ihnen sehr wohl möglich war. Sie schieden deshalb aus der demokratischen Parteiversammlung, die sich im Juni 1860 in Baltimore für Douglas erklärte, und erwählten in Richmond einen ihrer Getreuesten, John Breckenridge aus Kentucky, zum Kandidaten. Doch selbst so waren sie ihrer Sache noch nicht sicher. Um Douglas die Stimmen der Unionsfreunde im Süden zu entziehen mußte aus dessen Mitte noch ein Kandidat aufgestellt werden, der die Union zu erhalten versprach und so die Stimmen von jenem ablenkte; erst als dies von einer Versammlung in Baltimore geschehen war — John Bell von Tennessee war der Auserkorene — konnte der ganze Plan als gelungen, der Sieg der Republikaner, den diese selbst kaum so lebhaft wie die Sklavenhalter wünschten, für gesichert gelten.

Die Präsidentschaftskandidaten.

Der Ausfall der Wahl am 6. November 1860 bestätigte diese Erwartung. Abraham Lincoln von Illinois, den die Republikaner nach längerem Schwanken zwischen ihm und dem Senator Seward von New York auf ihrer Versammlung in Chicago zum Kandidaten bestimmt hatten, erhielt die meisten Stimmen, etwas über $1^3/_4$ Millionen; aber beinahe drei Millionen waren auf die anderen Bewerber gefallen, fast die Hälfte davon auf Douglas, über 800 000 auf Breckenridge, etwa 600 000 auf Bell. Der Süden hatte für Lincoln und Douglas keine 200 000, der Norden für Breckenridge und Bell etwa 350 000 Stimmen abgegeben. Wären Bells Anhänger für Douglas eingetreten, so hätte dieser den Sieg davongetragen. Daß der Süden in seiner Mehrheit nicht unbedingt für die Trennung von der Union war, ergab sich daraus, daß er 150 000 Stimmen weniger für Breckenridge als für die übrigen Kandidaten zusammen abgegeben hatte; ebenso zweifellos lehrte aber die kleine Stimmenzahl Lincolns, daß die Mehrheit des ganzen Landes nicht unbedingt gegen die Auflösung der Union war; denn wem die Erhaltung des bisherigen Bundes als erste Forderung obenan stand, der mußte Lincoln wählen; wer gegen Lincoln stimmte, erklärte sich dadurch auf alle Fälle gegen das erzwungene Verharren des Südens in der Union. Kein Wunder, wenn nach diesem Ergebnis der Wahl bei den Unionsfeinden der Glaube aufkam, sie würden ohne Kampf ihr Ziel erreichen; die beiden Regierungen, versicherten sie, würden alles in Freundschaft miteinander abmachen und dann jede ihren eigenen Weg gehen. Sollte diese Erwartung sich erfüllen, so mußte man allerdings eilen um vor

Lincolns Wahl.

Vorbereitungen zur Sezession.

dem 4. März 1861, solange Buchanan noch am Ruder saß, zustande zu kommen und mußte rüsten um die Gegner einzuschüchtern. An beidem ließen es die Führer nicht fehlen. Schon Ende Oktober hatten sie ihren Feldzugsplan entworfen; Süd-Carolina sollte mit der Austrittserklärung vorangehen, die anderen folgen. Doch hätte ihnen beinahe die versöhnliche Stimmung der Kongreßmehrheit ihre Pläne verdorben. Unter dem Eindruck von Buchanans Botschaft vom 4. Dezember 1860, die alle Beschwerden des Südens unumwunden anerkannte und ihm das Recht zum Austritt zusprach, vereinigte nämlich der alte Demokrat Crittenden aus Kentucky eine große Majorität in beiden Häusern auf ein neues Kompromiß, das allen Klagen des Südens abzuhelfen versprach und um nur die Union zu erhalten die Linie des 36° 30′ ein für allemal als Grenze zwischen Sklaven- und freien Staaten anerkannte und die strenge Handhabung des Flüchtlingsgesetzes gebot. Aber Jefferson Davis und seine Freunde wußten durch Beschleunigung ihrer eigenen Maßregeln diese wohlwollenden Absichten zu vereiteln. Schon am 20. Dezember erklärte der Kongreß von Süd-Carolina den Austritt dieses Staates, und Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana, Texas folgten schnell dem gegebenen Beispiele. Alle sieben verbanden sich am 8. Februar 1861 zu Montgomery in Alabama zu einer selbständigen Konföderation, der von den übrigen Sklavenstaaten Nord-Carolina und Arkansas sofort beitraten, während Virginien, Tennessee und Missouri langsamer folgten. Kentucky wollte am liebsten neutral bleiben; die beiden kleinen Sklavenstaaten zwischen dem Potomac und der Meeresküste, Maryland und Delaware, wurden durch ihre Lage des freien Entschlusses beraubt.

Die Konföderation von Montgomery.

Zum Präsidenten der Konföderation wurde Jefferson Davis gewählt, der früher einmal Kriegsminister der Union gewesen war und Klarheit des Blickes mit Festigkeit und Ruhe verband, aber durch Intrigen, Eitelkeit und Eigennutz sich zahlreiche Feinde im eigenen Lager schuf; Vizepräsident wurde Alexander Stephens, der noch wenige Wochen zuvor die Sprengung der Union als Wahnwitz und Frevel gebrandmarkt hatte. Für den Fall, daß der Norden doch Gewalt zu üben versuchen sollte, vertrauten sie auf den verräterischen Beistand der Minister Buchanans. Der Kriegsminister Floyd ließ in aller Eile mehrere tausend Geschütze und fast eine halbe Million Gewehre und Revolver in die südlichen Zeughäuser schaffen und schickte einen Teil des kleinen stehenden Heeres nach Texas, entfernte es also von den Punkten, wo es am nötigsten gewesen sein würde; der Marineminister Toucey zerstreute einen Teil der Schiffe in entfernte Meere und ließ einen anderen Teil abtakeln; auch der Finanzminister wurde beschuldigt seine Kassen nach dem Süden entleert zu haben. Sehr spät entschloß sich Buchanan dazu diese Männer zu entlassen und kurz vor Ablauf seiner Amtszeit noch ein anderes Kabinett zu bilden. Was geschehen war, wurde dadurch nicht mehr geändert, und als Lincoln die Präsidentschaft am 4. März 1861 über-

Verräterei im Norden.

nahm, sah er sich von allen augenblicklich verwendbaren Hilfsmitteln so gut wie völlig entblößt.

Lincoln und Seward.

Aber es schien, als ob er auch an die Zukunft keine großen Hoffnungen knüpfen dürfe; der Norden war starken Anstrengungen abgeneigt und verlangte den Frieden. Auch der Präsident war zu jedem Opfer bereit um den Krieg zu vermeiden, nur nicht zur Zerstückelung der Union. Seine unbeugsame Entschlossenheit bürgte dafür, daß er dieses Ziel nicht fahren lassen werde. Aus niedrigen Verhältnissen hatte er sich durch eigene Kraft zu der hohen Stellung, die er jetzt einnahm, emporgearbeitet. Er hatte in seinem ganzen Leben bewiesen, daß er an dem, was er für recht erkannt, ebenso unerschütterlich festhielt, wie er in bezug auf die Mittel, die zum Ziele führen konnten, gutem Rate zugänglich und lenksam war. Mehr als einmal in seiner Laufbahn hatte er seinen persönlichen Ehrgeiz großmütig dem allgemeinen Interesse aufgeopfert, aber nie durch die Aufopferung seiner Grundsätze vorübergehende Ehren erkauft. Er war nicht der Mann die Intrigen der Gegner bis in ihre Schlupfwinkel zu verfolgen und unschädlich zu machen; das verstand sein Staatssekretär Seward vortrefflich, ein Mann, der das getreue Urbild eines amerikanischen Parteipolitikers war, gewandt, verschlagen, herausfordernd; wenn es zweckdienlich schien, sein Ziel verhüllend, und geneigter auf Umwegen als geradezu darauf loszugehen, auch nicht verlegen es nötigenfalls zu wechseln. Beide Männer waren wie geschaffen einander zu ergänzen; Lincoln bürgte dafür, daß das Staatsschiff stets in den richtigen Kurs zurückkehrte, Seward sorgte, daß Wind und Wetter gehörig benutzt wurden. Keiner hätte ohne den anderen seine Gaben voll zum Besten des Ganzen verwerten können; beide wußten sich zu schätzen und vertrauensvoll zusammen zu arbeiten; jeder war der Rolle, die ihm zufiel, vollauf gewachsen, der des politischen Feldherrn Lincoln, Seward der des Chefs im diplomatischen Generalstabe.

Lincoln's Antrittsbotschaft.

Die Antrittsbotschaft des Präsidenten enthielt ein klares Programm. Lincoln erklärte, daß er die Sklaverei, wo sie bestehe, schützen und die Selbständigkeit der einzelnen Staaten achten, daß er aber keine Trennung dulden und jede Auflehnung unterdrücken werde. Die Südstaaten hatten sich fast aller Forts, die in ihrem Gebiete lagen, bemächtigt und erhoben Zölle und Hafengelder für ihre Rechnung. Lincoln erklärte seinen festen Entschluß von dem Bundeseigentum wieder Besitz zu ergreifen und die Einkünfte der Union für die Union zu erheben. In euren Händen, so schloß er seine Botschaft, und nicht in der meinigen, ihr unzufriedenen Mitbürger, liegt die Entscheidung über den Bürgerkrieg; nur dann werdet ihr einen Kampf zu bestehen haben, wenn ihr selbst die Angreifer seid.

Fall von Fort Sumter.

Diese Ruhe und Mäßigung fand im Norden großen Beifall, auch bei Douglas und den Demokraten. Zum mindesten war die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung jetzt noch gewahrt. Daß die Südstaaten kein Recht hatten das Bundeseigentum, das sich zufällig in ihren Grenzen

befand, für sich zu beanspruchen, war sonnenklar; erkannten sie das an, so war ein Ausgangspunkt für Verhandlungen gewonnen und es ließ sich vielleicht noch ein Boden finden, auf dem man sich vereinigen konnte. Aber das war es gerade, was die Südstaatler am wenigsten wollten; ihre Führer waren unwiderruflich zum Bruch entschlossen und die Verletzung des formalen Rechtes war für sie ein sehr untergeordneter Gesichtspunkt. Weit entfernt davon an eine Räumung der Forts zu denken, brannten sie vielmehr vor Ungeduld sich auch der drei kleinen Plätze zu bemächtigen, die an ihren Küsten noch von Unionstruppen gehalten wurden, Sumter bei Charleston in Süd-Carolina, Pickens bei Pensacola in Florida und Monroe in Virginien. Bisher hatten sie den Besatzungen noch den Verkehr zu Lande und die Verproviantierung gestattet und nur die Zufuhr aus See verhindert; jetzt verboten sie auch das erstere, und als Lincoln darauf am 8. April erklärte, daß er nötigenfalls mit Gewalt für die Verproviantierung sorgen werde, erhielt Beauregard, der die Truppen von Süd-Carolina befehligte, die Weisung Fort Sumter anzugreifen. Er forderte den Kommandanten, Major Robert Anderson, auf sich zu ergeben und begann, da dieser sich weigerte, die Beschießung, durch welche er nach 24 Stunden am 14. April die Räumung erzwang; Anderson erhielt jedoch mit seinen Truppen freien Abzug.

Stimmung im Norden.

Damit waren die Feindseligkeiten eröffnet, der Krieg dem Norden aufgezwungen. Weite Kreise, die bis dahin gleichgültig zugeschaut hatten, wurden durch diese Beleidigung des Sternenbanners in heftige Erregung versetzt und verlangten nun ebenso entschieden, wie sie vor kurzem noch den Frieden gewollt, einen kurzen und kräftigen Krieg um den Übermut des Südens zu brechen. Daß dazu ein jahrelanges, blutiges Ringen erforderlich sein werde, sahen nur wenige voraus. Lincoln selbst glaubte in einem Vierteljahre fertig zu werden und begnügte sich am 15. April 1861 75 000 Freiwillige auf drei Monate einzuberufen und die Häfen des Südens in Blokadezustand zu erklären. Der Wiederhall, den seine Berufung an den Patriotismus des Nordens fand, überstieg die kühnsten Erwartungen. Von allen Seiten strömten die Bürger zu den Waffen, die Regimenter wuchsen aus dem Boden, auch als am 3. Mai ein zweites Aufgebot von 60 000 Mann verlangt wurde und die Verpflichtung schon ernsthafter „auf die Dauer des Krieges" lautete, ließ der Andrang nicht nach; denn die Dauer des Krieges bemaß jeder auf die Dauer der guten Jahreszeit. An freiwilligen Geldbeiträgen liefen Millionen ein; allein im Staate New York wurden in einem Monat an 150 Millionen Mark gesammelt. Jeder wollte durch eine einmalige starke Anstrengung dazu beitragen, daß der Krieg durch einen einzigen gewaltigen Anlauf beendet werde.

Stimmung im Süden.

Im Süden faßte man die Sachlage vollkommen anders auf. Die Täuschung, der man sich hingegeben, daß der Norden durch die demokratische Partei gelähmt die Spaltung geduldig über sich ergehen lassen

werde, war zerronnen. Der Krieg war ausgebrochen und nun galt es ihn siegreich durchzuführen. Obgleich die Nordstaaten an Einwohnerzahl und Reichtum den Sonderbund weit überragten, so war die Stellung des letzteren doch vortrefflich. Vor allem hatte er den Vorteil der Verteidigung für sich; Aufgabe des Nordens war es dieses ganze ungeheure Gebiet zu unterwerfen; dem Süden konnte höchstens daran liegen einige Grenzstaaten zu erobern. Wieviel größer waren also die Aussichten, daß die Kampfeslust der Unionisten bei der gewaltigen Arbeit erlöschen, als daß die Sezessionisten des Widerstandes müde würden. Vor dem Flackerfeuer der Begeisterung im Norden scheute man sich nicht. Davis und Beauregard und jeder einzelne Mann im Süden wußten es besser, daß man sie nicht beim ersten Anlauf über den Haufen werfen werde. Nicht umsonst hatten sie auf Kosten des Bundes in den letzten Monaten ihre Vorbereitungen getroffen, nicht ungenützt den Vorsprung an Zeit gelassen, den Buchanan ihnen verschafft. Überdies war der größte Teil der Berufsoffiziere der Bundesarmee zu ihnen übergetreten und ganze Regimenter waren den Offizieren gefolgt. General Twiggs hatte in Texas schon am 16. Februar das Beispiel gegeben; nach der Räumung von Fort Sumter erklärte Lee, der Generalstabschef des Bundesgenerals Scott, seinen Übertritt, und da von den Offizieren weitaus die Mehrzahl durch Geburt dem Süden angehörte, so verstand es sich für sie von selbst, daß sie das Bundesheer verließen und in die heimische Armee eintraten. Von dem ersten Anprall hatte man also nichts zu besorgen; der eigenen Ausdauer war man gewiß; an den nachhaltigen Ernst des Nordens glaubte man nicht; aber selbst wenn man sich darin täuschen sollte, so war das kein Grund zum Verzagen. Der Süden hatte kräftige, waffengeübte, des Befehles kundige Männer genug und er hatte noch etwas, wovon man sich Wunderdinge versprach: auf seiner Seite kämpfte King Cotton, König Baumwolle, ein Bundesgenosse der im äußersten Falle europäische Hilfe mit Sicherheit zu verbürgen schien. Oder konnte England es ertragen, wenn ihm die Zufuhr eines Rohstoffes abgeschnitten wurde, von dessen Bearbeitung und Vertrieb der achte Teil seiner Bevölkerung lebte? Mußte es nicht die Aufhebung der Blokade erzwingen, sobald infolge derselben Hunger und Elend in seinen Fabrikbezirken überhandnahm? Mußte es nicht dem Kriege Einhalt gebieten, wenn er hier die Ernten zerstörte und dort die Aussaat unmöglich machte, wenn er vielleicht gar durch Befreiung der Neger die Bestellung der Baumwolle, die ohne Neger nicht möglich sei, für alle Zukunft zu vernichten drohte? So war man im Süden des besten Mutes und stand, Gewehr am Fuße, bereit den feindlichen Angriff zurückzuweisen.

King Cotton.

Die militärischen Aufgaben des Nordens ließen sich unter drei Gesichtspunkten zusammenfassen: er mußte den Sonderbund von der See so völlig abschließen, daß ihm von da keine Zufuhr besonders an Kriegsmaterial kommen konnte; er mußte einen möglichst großen Teil des aufständischen Gebietes besetzen um dessen Hilfsmittel unschädlich oder

Militärische Aufgaben.

für sich selbst nutzbar zu machen; er mußte endlich und vor allem das feindliche Heer zu vernichten suchen. Aber diese letzte Aufgabe zu lösen war die Zeit noch nicht gekommen; es gab noch keine geschlossene Hauptmacht weder hüben noch drüben, und wenn man bereits voraussehen konnte, daß die Entscheidung in Virginien liegen müsse, dessen Hauptstadt, Richmond, die Südstaatler zum Sitz ihrer Regierung machten, so wäre doch jetzt selbst durch einen großen Sieg über die dortigen Truppen des Sonderbundes noch wenig gewonnen worden. Die Führer des Nordens wußten aber recht gut, daß sie noch gar nicht imstande waren eine Schlacht zu schlagen, und immer mehr dämmerte die Einsicht, daß der Krieg nicht so kurz sein werde wie man gehofft. Was die zweite Aufgabe betraf, möglichst viel südliches Gebiet zu besetzen, so lehrte der Versuch sie zu lösen alsbald, daß man dazu ganz anderer Truppenmassen bedürfe, als bis jetzt zur Verfügung standen; Lincoln verlangte deshalb von dem Kongreß, der am 4. Juli zusammentrat, 400 000 Mann und 400 Millionen Dollars; er erhielt statt dessen 500 000 Mann und 500 Millionen. Ein gut Teil dieser Summe mußte auf die Flotte verwendet werden um sie in den Stand zu setzen die endlos lange Küstenstrecke zu blokieren und an den wichtigsten Punkten Truppen zu landen. der Bau oder Umbau von Schiffen erforderte aber Zeit, und so kam dieser Teil des Kriegsplanes erst gegen den Herbst zur Ausführung. Für den Sommer blieb als einziges Ziel die Besetzung der Grenzstaaten und zwar zunächst der noch schwankenden.

Rüstungen.

Die Grenzgebiete.

Die Linie, bis zu welcher die Unionisten sich vollkommen sicher fühlen durften, wurde durch den Ohio und allenfalls durch den Potomac bezeichnet. Denn wenn Maryland am nordstaatlichen Ufer des letzteren auch große Hinneigung zum Sonderbunde verriet und es in Baltimore am 19. April 1861 sogar zum Kampfe mit den Unionstruppen kam, so wurde durch Butlers Besetzung dieser Stadt und die Verhängung des Belagerungszustandes Mitte Mai doch solchen Gelüsten kräftig Halt geboten und die Wahlen im Juli fielen unionsfreundlich aus. Südlich von den beiden Flüssen liegen Virginien und Kentucky, zu denen als dritter Grenzstaat am linken Ufer des Mississippi Missouri kam; die Südgrenze dieser drei Staaten bildet eine fast gerade Linie, die dem 37. Breitengrade in geringem Abstande parallel läuft. Ohne daß sie einen militärischen Abschnitt bezeichnet, darf man sie als Begrenzung des Kriegsschauplatzes für die ersten Monate betrachten. Es handelte sich darum, welcher Teil den anderen auf diese oder auf die Flußlinie zurückdrängen werde. Am geringfügigsten waren die kriegerischen Bewegungen im Centrum, also in Kentucky. Hier kommandierte auf seiten der Union erst Anderson, dann Sherman, endlich Buell. Der erste erkrankte durch die übermäßige Anstrengung, den zweiten erklärten die Zeitungen für verrückt, weil er 60 000 Mann statt der 18 000, die er hatte, zur Verteidigung für nötig erklärte, der dritte erwartete wie sein Vorgänger den Angriff der Feinde, die von Tennessee aus unter Sidney Johnston und

Kämpfe in Kentucky 1861.

Zollikoffer Süd-Kentucky besetzten, aber nicht gegen den Ohio und die Hauptstadt Louisville vorzurücken wagten. Nur dieser Unentschlossenheit verdankte die Union, daß Kentucky, „wo jeder, der einen Sklaven oder ein Maultier besaß, südstaatlich gesinnt war", der Union erhalten blieb. Viel größer war die Thätigkeit auf den beiden Flügeln, in Missouri und Virginien. In Missouri maßen sich die beiden Parteien in zahlreichen Scharmützeln; der Gouverneur Jackson rüstete die Sonderbündler mit Waffen aus, aber die Unionisten, deren Kern die zahlreiche deutsche Bevölkerung von St. Louis bildete, besetzten und retteten unter der Leitung des Hauptmanns Lyon das Zeughaus und machten tags darauf, am 10. Mai, die aristokratische Jugend von St. Louis, die sich in einem Lager vor der Stadt verschanzt hatte, ohne erheblichen Kampf zu Gefangenen. Die südlichen Teile des Staates blieben aber in den Händen der Sonderbündler, und Lyon selbst fiel schon am 10. August in einem Gefechte. Sein Nachfolger Fremont verfügte über größere Truppenmassen, da aus den benachbarten Staaten allmählich die Milizen eintrafen, unter ihnen viele Deutsche, zu deren Offizieren Hecker und Sigel gehörten. Er leistete mit diesen vermehrten Kräften Tüchtiges und machte sich zum Herrn fast des ganzen Staates, aber er verdarb auch viel durch sein gewaltsames und herrisches Auftreten. Während Lincoln und der Kongreß die Sklavenfrage mit großer Zurückhaltung behandelten, erklärte Fremont am 30. August alle Sklaven in Missouri, deren Herren unionsfeindliche Handlungen nachgewiesen werden könnten, für frei. Diese Voreiligkeit wurde ihm noch zu gute gehalten und der Präsident begnügte sich die Proklamation für ungültig zu erklären. Aber Fremont hinderte auch das Ineinandergreifen der Operationen auf den benachbarten Kriegsschauplätzen; tagelang ließ er Gouverneure und Senatoren in seinem Vorzimmer warten ohne sie vorzulassen; in seinem Gefolge hatte er einen Schwarm alter kalifornischer Bekannter, Abenteurer der schlimmsten Art, deren Geldgier und schmutzige Geschäftigkeit bald auch den General selbst verdächtig erscheinen ließen. Allerdings war die Unredlichkeit in der Heeresverwaltung durchaus nichts absonderliches; die unglaublichen Summen, die auf Verpflegung und Ausrüstung der Soldaten verwendet wurden, blieben auch anderswo zum guten Teil in den Händen der Beamten, welche die Lieferungen vergaben, hangen; aber dennoch galt Fremonts Verwaltung für schlimmer als alle anderen, so daß im Oktober der Kriegsminister Cameron selbst nach St. Louis kam um die Anklagen zu prüfen. Das Ergebnis war die Abberufung des Generals, der durch Halleck ersetzt wurde. Die schlechte Jahreszeit, die inzwischen angebrochen war, machte größere Unternehmungen für die nächsten Monate unmöglich; aber dank der festen Stellung, welche Fremont der Union in Missouri verschafft, und der Vermehrung der Truppen während des Winters konnte Halleck von Cairo, an der Mündung des Ohio in den Mississippi, und von Paducah, an der Mündung des Tennessee in den Ohio, die sonderbündische Centrumsarmee in der

Kämpfe in Missouri 1861.

Fremont und die Sklaverei.

Fremonts Absetzung.

Halleck in Missouri.

Flanke bedrohen und größere Erfolge für den Wiederbeginn des Kampfes vorbereiten.

Kämpfe in Virginien. 1861.

Nicht so günstig standen die Sachen für die Union auf dem linken Flügel in Virginien. Hier fanden beiderseits die größten Truppenanhäufungen statt, und der Kriegsschauplatz selbst zerfiel wieder in verschiedene Abschnitte. Die Kette der Alleghany-Berge scheidet Westvirginien, das im Norden vom Ohio begrenzt wird, von dem Osten des Staates. Während dieser unbedingt zum Süden hielt, neigte der Westen stark zum Norden, und als General Mac Clellan, der hier kommandierte, Mitte Juli dem Feinde ein paar siegreiche Gefechte geliefert hatte, war die Herrschaft der Union in diesen Gegenden gesichert und wurde weiterhin auch durch die Umwandlung Westvirginiens in einen selbständigen, unionstreuen Staat zum Ausdruck gebracht. Östlich von den Alleghanies aber hatte der Norden einen schweren Stand. Solange am linken Ufer des Potomac Maryland noch unsicher war, durften seine Truppen diesen Fluß und somit die virginische Grenze überhaupt nicht überschreiten. Dadurch gewann der Süden Zeit beträchtliche Truppenmassen unter Beauregard dort anzuhäufen und sogar die Bundeshauptstadt Washington in nächster Nähe von Alexandria aus zu bedrohen. Bei Washington schlägt der Potomac, der bis dahin südöstlich geflossen, eine südliche Richtung ein; auf der südöstlich gerichteten Strecke nimmt er bei Harpers Ferry einen Nebenfluß, den Shenandoah, auf, der in beträchtlicher Länge den Alleghanies parallel von Südwesten herkommt. Den Halbkreis, den der untere Shenandoahlauf mit dem Potomac bildet, schließt im Süden der Rappahannock ab, ein Fluß, der bei Fredericksburg dem Potomac ganz nahe ist und in denselben münden würde, wenn dieser nicht seine südliche Richtung gerade hier wieder mit der südöstlichen vertauschte, so daß beide nebeneinander hin in die Chesapeakebai strömen. In dem fast geschlossenen, inselartigen Raume zwischen den genannten drei Flüssen liegen die Bull-Run-Berge, die ihren Namen von einem Bache haben, der südlich von Washington in den Potomac fließt. Als nun Maryland Mitte Mai der Union gesichert war und das Nordheer den Potomac unter Mac Dowell bei Washington und unter Patterson bei Harpers Ferry überschritt, ging Beauregard bis an den Bull Run zurück und nahm am Südufer bei dem Eisenbahnknotenpunkt Manassas Junction Aufstellung. Die öffentliche Meinung im Norden forderte ungestüm eine Schlacht, und da die dreimonatliche Dienstzeit der zuerst Einberufenen ihrem Ende nahte, so gab der Oberstkommandierende der Union, der alte General Scott, wenn auch widerwillig nach. Patterson rückte im Shenandoahthale, Mac Dowell gegen Manassas vor. Dem ersteren stand Joe Johnston gegenüber, der sich schleunigst zurückzog und ostwärts zu Beauregard wandte. Dabei traf er am 21. Juli auf ein Korps Mac Dowells, das dieser dem Feinde durch eine Umgehung in die linke Flanke schicken wollte, während er selbst ihn gleichzeitig von vorn angriff. Johnston aber packte jenes Korps so unerwartet im Rücken und von

Erste Schlacht von Bull-Run.

der Seite, daß es sich in wilder Flucht auflöste und die Verwirrung auch in das Hauptheer trug, das den Bull Run überschritten und bis dahin sich gut geschlagen hatte. Eine Pulverexplosion erhöhte den Schreck, die Offiziere verloren alle Macht über ihre ungeschulten Leute, in wirrem Durcheinander jagten die Massen den Brücken zu und nur auf dem linken Flügel bewerkstelligte General Blenker einen geordneten Rückzug. Die gut angelegte Schlacht endete mit einer schmählichen Niederlage. Zu kräftiger Verfolgung aber war auch Beauregards Heer zu sehr erschüttert, und so war der wirkliche Verlust der Geschlagenen (gegen 3000 Mann, zur Hälfte Gefangene) nicht allzubedeutend. Um so gewichtiger war der moralische Eindruck. Ein Gefühl der Scham bemächtigte sich des Nordens und die Erkenntnis dämmerte auf, daß man eine schwere Aufgabe vor sich habe, die nicht in kurzem Anlauf, sondern nur durch Anstrengung, Ausdauer und Ordnung gelöst werden könne. Der Kongreß verdoppelte das stehende Heer, das freilich auch so nur 40 000 Mann betragen sollte, und bewilligte außer den Anleihen die Erhöhung der Steuern und Zölle. An Mac Dowells Stelle erhielt Mac Clellan den Befehl über die Potomacarmee um bald darauf auch den greisen Scott in dem Oberkommando sämtlicher Unionstruppen abzulösen. Unermüdlich in seinen Anstrengungen die Soldaten an Disziplin zu gewöhnen und unerbittlich gegen die vielen untüchtigen und eigenwilligen Offiziere, die ihre Stellen der Wahl der Freiwilligen verdankten, vermied er, obgleich die Potomacarmee sich beträchtlich vermehrte, doch sorgfältig einen Angriff auf den schwächeren Feind; nur mit zweifelloser Überlegenheit und mit zuverlässigen Truppen wollte er den Kampf wiederaufnehmen. So blieb der Bull Run den Rest des Jahres die Trennungslinie der beiden Heere und dieser ostvirginische Kriegsschauplatz kennzeichnete sich gerade durch die Ruhe, die auf ihm herrschte, als das Feld, wo die Entscheidung sich vorbereite.

Mac Clellan.

Der Flotte gelangen, als sie thätig einzugreifen begann, noch mehrere glückliche Landungen. Dem Potomac und Rappahannock fließen in geringen Abständen weiter südlich noch der York- und der Jamesfluß parallel; an dem letzten liegt landeinwärts Richmond, die Hauptstadt Virginiens und der Konföderation. Alle vier Flüsse münden in die von Süd nach Nord sich streckende Chesapeakebai, die dem James gegenüber sich in den Ozean öffnet. Die Einfahrt in den James beherrscht Fort Monroe, das in den Händen der Union geblieben war und Richmond bedrohte. Von hier aus segelte General Butler im August südwärts und bemächtigte sich der Forts an den Sunden der nordcarolinischen Küste, Hatteras und Clark. Zu einem zweiten, größeren Unternehmen brach er im Oktober auf. Sein Hauptziel war New Orleans; aber Geschwader seiner Flotte, die über 70 Schiffe zählte, wandten sich gegen die Hafenforts an den Küsten von Süd-Carolina, Georgia und Florida. Ein halb Dutzend derselben wurde genommen und bei Beaufort, südlich von Charleston, eine Truppenabteilung gelandet. Einige

Flottenexpeditionen.

Einnahme von New Orleans.

Wochen später (im Februar 1862) wurde eine neue Expedition unter Burnside nach Nord-Carolina geschickt und Beaufort, New Bern und andere Punkte besetzt. Butlers Fahrt nach New Orleans erreichte noch zwei Monate später, aber in glänzendster Weise ihren Zweck. Die Hauptstadt von Louisiana liegt etwa zwölf Meilen landeinwärts am Mississippi. Die Einfahrt in den Fluß deckten die Forts Jackson und Philipp. Gewaltige Ketten sperrten zwischen ihnen das Fahrwasser und dahinter lag das konföderierte Geschwader. Außerdem führt aber eine zweite Wasserstraße nach New Orleans. Die Stadt liegt an dem See Pontchartrain, der mit dem Meer in Verbindung steht. Während Butler hier mit den Transportschiffen einlief und seine Truppen landete, sprengte Admiral Farragut am 26. April 1862 die Ketten zwischen den Forts, zerstörte das feindliche Geschwader und schreckte die Besatzungen von Jackson und Philipp dadurch so, daß sie sich ergaben. Auch New Orleans kapitulierte in der ersten Bestürzung, Butler zog ein und behauptete sich siegreich gegen den Versuch ihn wieder hinauszuwerfen. Die Stellung, welche die Union dadurch gewonnen, war nicht allein deshalb von höchster Wichtigkeit, weil die größte Handelsstadt des Feindes nun in ihrer Hand war, sondern mehr noch, weil man jetzt gleichzeitig von Norden und Süden aus versuchen konnte sich des ganzen Mississippilaufes zu bemächtigen.

Die Trentfrage.

Tödliche Wunden aber ließen sich von der Seeseite aus dem Feinde nicht beibringen. Die zahllosen Buchten und Sunde boten seinen Schiffen soviel Zufluchtsorte, daß die größte Flotte der Welt sie nicht hätte sperren können. Und der Sonderbund entwickelte zur See keinen geringeren Eifer als der Norden. Seine Kaper, zum Teil in England gebaut und von waghalsigen Kapitänen meisterhaft geführt, richteten in der Handelsflotte der Union gewaltige Verheerungen an. Der Verkehr mit Europa wurde trotz aller Blokaden aufrecht erhalten und für die Baumwolle reichlicher Kriegsbedarf eingetauscht. Auch die Hoffnung auf europäische Unterstützung nährte man im Süden nach wie vor. Im Oktober 1861 wurden sogar zwei Bevollmächtigte, Mason und Slidell, abgeschickt um in London und Paris Anknüpfungspunkte zu suchen. Kapitän Wilkes von dem nordstaatlichen Kriegsdampfer San Jacinto, der dies in Erfahrung brachte, glaubte durch einen kecken Handstreich dem Verdruß, der darüber in der Union herrschte, Genugthuung verschaffen zu sollen. Er hielt am 8. November den englischen Postdampfer Trent, auf dem sich die beiden Männer befanden, im Bahamakanale an und schleppte sie trotz aller Verwahrungen mit Gewalt auf sein Schiff herüber. In England erregte diese Verletzung der britischen Flagge den größten Zorn. Die öffentliche Meinung war ohnedies schon dem Norden abgeneigt, diese Beleidigung aber brachte alle Leidenschaften in Wallung. Das Recht war unzweifelhaft auf Englands Seite und die Regierungen aller Großmächte unterstützten das britische Kabinett, als es Genugthuung forderte. Kriegsrüstungen, die augenblicklich angeordnet wurden, gaben seinem Verlangen noch

Die europäischen Mächte.

größeren Nachdruck. In Amerika fehlte es nicht an Heißspornen, die trotzalledem nicht nachgeben wollten und zum Kriege mit England bereit waren. Aber die Mehrheit des Kongresses billigte doch die Haltung Lincolns und Sewards, der am 26. Dezember die englische Beschwerde als berechtigt anerkannte und die beiden Südstaatler wieder in Freiheit setzte. Dadurch wurde dem Sonderbunde eine schöne Hoffnung vernichtet; aber die Aussichten auf künftige Verwicklungen des Nordens mit den europäischen Seemächten blieben trotzdem immer noch günstig; denn eben um diese Zeit trennten England, Frankreich und Spanien in ihrem Streite mit Mexiko sich von der Union und schlugen Wege ein, die mit der amerikanischen Politik unverträglich waren; Mason und Slidell, die Wiederbefreiten, durften hoffen, daß es ihnen in Europa nicht an Gelegenheit zum Intrigieren fehlen werde.

Feldzug von 1862.

Die kriegerischen Unternehmungen des Jahres 1862 nahmen im Westen bei Hallecks Armee ihren Anfang. Er hatte beträchtliche Truppenmassen am Ohio von Cairo bis Paducah angesammelt und überdies ein Geschwader von Kanonenbooten unter Foote zur Verfügung. Ihm gegenüber standen die Südstaatler in einem Halbmond links bei Columbus an den Mississippi gelehnt, in ihrem Centrum auf Fort Henry am Tennessee und zwei Meilen östlicher auf Fort Donelson am Cumberland gestützt, mit ihrem rechten Flügel bis Bowlinggreen in Kentucky reichend. Hallecks Plan war ihre Stellung im Centrum zu durchbrechen. Foote sollte die beiden Flüsse hinauffahren, Grant mit der Landmacht ihm folgen. Ende Januar begannen die Bewegungen und ein unerwartet schneller Erfolg belohnte sie. Fort Henry war ungenügend besetzt und ergab sich nach kurzer Beschießung am 6. Februar, aber auch Fort Donelson, wo Buckner mit 15 000 Mann stand, fiel schon am 15. mit der ganzen Besatzung in Grants Gewalt. Nun konnten auch die Flügel der Konföderierten in ihren vorgeschobenen Stellungen nicht verharren; Sidney Johnston auf dem rechten zog sich von Bowlinggreen zuerst auf Nashville, die Hauptstadt von Tennessee, zurück, räumte dann auch diesen Staat völlig und wandte sich südwestlich in den Staat Mississippi um sich dem linken Flügel zu nähern. Dieser hatte Stützpunkte an den Flußfestungen, zuerst an der Insel No. 10 bei Neu-Madrid, dann an dem Fort Pillow und der zehn Meilen südlicher, hart an der Südgrenze von Tennessee gelegenen Stadt Memphis. Erst am 7. April gelang es Foote, die zehnte Insel zur Übergabe zu zwingen, ein Zeitverlust, durch den General Pope mit dem westlichen Flügel der Unionisten genötigt war weit hinter Grant zurückzubleiben, der inzwischen von Fort Henry aus in südlicher Richtung dem Laufe des Tennessee bis Pittsburg Landing an der Südgrenze des Staates gefolgt war. Auch Buell, der von Bowlinggreen den Konföderierten nachsetzte, hatte seine Verbindung mit Grant noch nicht bewirkt, als General Beauregard, der mit Verstärkungen herbeigeeilt war und den Oberbefehl über die Südstaatler übernommen hatte, am 6. April von Corinth, im nördlichsten

Fall von Fort Henry und Donelson.

Schacht von Pittsburg-Landing.

Winkel von Mississippi, gegen den Tennessee vorrückte und bei Pittsburg-Landing das Korps Shermans, der unter Grant kommandierte, angriff. Die Unionisten wurden auf den Fluß zurückgeworfen, fanden aber hier kräftige Unterstützung bei ihren Kanonenbooten und wurden über Nacht durch das Eintreffen Buells verstärkt. So waren sie imstande am nächsten Tage Beauregards Angriffe zurückzuweisen und ihn zur Umkehr nach Corinth zu zwingen; aber sie hatten über 12 000 Mann verloren und durften sich des Sieges nicht zu sehr rühmen. Ausgenutzt wurde er gar nicht; Halleck hatte reichlich 100 000 Mann bei der Hand, das beste Heer, das der Norden aufweisen konnte; aber er zögerte einen ganzen Monat, ehe er sich gegen Corinth in Bewegung setzte. Beauregard wollte es auf einen neuen Kampf nicht ankommen lassen, zumal in seiner linken Flanke Pillow und Memphis, von Admiral Foote hart bedrängt, bald fallen mußten. Noch ehe dies (am 1. und 7. Juni) geschah, räumte er seine Stellung bei Corinth mit solcher Geschicklichkeit, daß die Feinde es erst entdeckten, als er schon einen weiten Vorsprung hatte. Auch jetzt blieben die Unionisten unthätig; Halleck zankte mit Grant und ersetzte ihn durch Thomas; im Centrum stand Buell; Pope war auf den linken Flügel geschoben; aber statt nun mit dem ganzen Heere entschlossen vorzurücken und Farragut entgegenzuziehen, der nach dem Fall von New Orleans mit seiner Flotte den Mississippi hinaufgedampft war und an Port Hudson ein neues Hemmnis gefunden hatte, blieb Halleck unthätig stehen und zersplitterte seine Armee, die mit ihren wuchtigen Massen ihn zweifellos in wenigen Wochen zum Herrn des ganzen Mississippilaufes gemacht hätte. Die Veranlassung zu dieser Unthätigkeit mochte in Weisungen aus Washington und in der schlimmen Wendung liegen, die der Krieg im Osten genommen hatte, und die Mitte Juli auch die Berufung Hallecks in die Bundeshauptstadt und seine Ernennung zum Nachfolger Mac Clellans zur Folge hatte.

Beauregards Rückzug von Corinth

Mac Clellan gegen Richmond.

Dieser war den Winter über mit bestem Erfolge thätig gewesen sich eine schlagfertige Armee heranzubilden. Der Feldzugsplan, den er entwarf, wich von dem bisherigen vollständig ab. Er wollte nicht von Nord nach Süd gegen Richmond ziehen, wobei ihm die zahlreichen Flußlinien große Hindernisse bereitet hätten, sondern er gedachte bei Fort Monroe zu landen und von da auf der Halbinsel, welche der James- und der Yorkfluß bilden, westwärts gegen die feindliche Hauptstadt loszurücken. Blieb das Geheimnis gewahrt, so hatte der Plan viel Aussicht auf Erfolg; denn die Hauptmacht des Sonderbundes stand noch immer am Bull-Run, also gegen 20 Meilen nördlich von Richmond. Um sie dort festzuhalten rückten einige Divisionen am 13. März 1862 gegen Manassas Junction vor; aber zum nicht geringen Erstaunen fand man die feindlichen Linien geräumt; Mac Clellans Plan war verraten und das Südheer auf Richmond zurückgegangen. Fast gleichzeitig machte man eine zweite unangenehme Entdeckung. Am 8. März dampfte aus dem Hafen von Fort Norfolk, das Fort Monroe gegenüberliegt, ein

Merrimac und Monitor.

gepanzertes Kriegsfahrzeug, mit Hundertpfündern und einem mächtigen Eisensporn bewaffnet, auf zwei Unionsfregatten los, bohrte die eine durch den ersten Stoß in den Grund und drängte die andere auf den Strand. Es war der Merrimac; seinem Sporn, das war außer Zweifel, konnte kein Holzschiff widerstehen und an seinem Panzer prallten alle Kugeln machtlos ab. Solange er im Jamesflusse lag, konnte die Bundesflotte nicht ans Einlaufen denken, und der Beistand, den sie dem Heere Mac Clellans durch ihre Kanonen und durch Zuführung von Proviant leisten sollte, war eitel geworden. Einen Augenblick durfte man freilich hoffen den schlimmen Gegner doch unschädlich zu machen. Auch für den Norden war ein neues Fahrzeug von dem berühmten Ingenieur Ericson ersonnen worden, das Turmschiff Monitor, das tief im Wasser liegend nur seine gepanzerte Batterie den feindlichen Schüssen darbot. Schon am nächsten Tage forderte es den Merrimac heraus und fünf Stunden umkreisten und beschossen sie sich gegenseitig ohne sich irgend welchen Schaden zuzufügen. Die Sache blieb also wie sie war. Der Monitor war dem Merrimac wohl gewachsen, aber er konnte ihn nicht zerstören, und wenn der Widder zwischen die Holzschiffe fuhr, konnte das eine Turmschiff diesen die Fahrstraße in den engen Gewässern nicht freihalten ohne sie zugleich selbst zu versperren. In doppelter Hinsicht waren also die Voraussetzungen, unter denen Mac Clellan seinen Plan entworfen hatte, zunichte gemacht; als drittes kam noch hinzu, daß Lincoln den unausgesetzten Anfeindungen, welche die republikanische Partei gegen den demokratischen Obergeneral richtete, nachgab und Mac Clellans Machtbefugnis auf die Leitung der Monroe-Expedition beschränkte, während die übrigen Teile der Potomacarmee, die im Shenandoahthale und am Rappahannock blieben, seinem Befehle entzogen wurden. Dennoch beharrte Mac Clellan bei seinem Vorhaben und hatte am 5. April 90 000 Mann mit 350 Geschützen vorwärts Fort Monroe versammelt. Nur einer Änderung unterwarf er seinen Plan. Weil die Flotte ihn auf dem Jamesflusse nicht unterstützen konnte, beschloß er sich nicht mit seinem linken Flügel auf diesen, sondern mit dem rechten auf den York- und dessen Quellfluß, den Pamunkey, zu stützen, die kein Merrimac versperrte. Dabei trat ihm als erstes Hindernis das feste Yorktown nahe der Mündung des Stromes entgegen. Volle vier Wochen widerstand es seiner gewaltigen Artillerie, aber in der Nacht zum 4. Mai ward es von den Südstaatlern geräumt, weil von Norden her Mac Dowell und Banks heranzogen und sich zwischen Yorktown und Richmond zu werfen drohten. Mac Clellan drängte den Abrückenden nach und hatte mit ihnen einige Meilen westlich von Yorktown bei Williamsburg vom 5.—7. Mai lebhafte Gefechte, konnte aber nicht hindern, daß sie den Chickahominy überschritten und an diesem Nebenflusse des James eine Deckung noch Nord und Ost gewannen. Joe Johnston, der seit Beauregards Abgang nach Tennessee die Sonderbundstruppen führte, hatte hier schon vorher Befestigungen anlegen lassen, die er jetzt verstärkte;

Fall von Yorktown.

auch zog er aus allen Richtungen Truppen heran und gab unter anderem zu diesem Zwecke Fort Norfolk auf, bei dessen Räumung der Merrimac in die Luft gesprengt wurde; da Mac Clellan sich doch einmal auf den Yorkfluß stützte, schien der Unterlauf des James seine Bedeutung verloren zu haben und die Verrammelung seines Bettes oberhalb der Chickahominymündung bei Fort Darling zum Schutze Richmonds zu genügen. Nur Eine bedeutendere Heeresmacht, die ihm zur Verfügung stand, zog Johnston nicht heran, weil sie ihm gesondert bessere Dienste leistete. Das war Stonewall Jacksons Abteilung, die vom Shenandoahthale aus Mac Dowell in der Flanke bedrohte und von weiterem Vorrücken abschreckte, den General Fremont, der aus Westvirginien kam, und Banks, der ihr von Harpers Ferry entgegenzog, zurückschlug und selbst Washington so ernstlich gefährdete, daß Lincoln sich am Ende entschloß alle diese einzelnen Korps über den Rappahannock zurückzunehmen und unter General Pope, der aus Tennessee abberufen wurde, zu einem Heere zu vereinigen. Aber lange ehe es soweit kam (25. Juni) war für Mac Clellan die Hoffnung, daß jene Generale mit ihm zusammenwirken würden, durch Jacksons kühne Züge vereitelt. Sein eigener Vormarsch stockte am Chickahominy, und als es seinem linken Flügel endlich gelungen (oder von Johnston gestattet) war den Fluß anderthalb Meilen von Richmond zu überschreiten, wurde er bei Fair Oaks und Seven Pines am 31. Mai heftig angegriffen und zurückgeworfen. Von dem nördlichen Flußufer konnten nur einzelne Divisionen den Bedrängten Hilfe bringen, und obgleich der Kampf am folgenden Tage von den Unionisten wiederaufgenommen wurde, blieb Johnston doch Sieger. Eine schwere Verwundung und die angeschwollenen Fluten des Chickahominy machten jedoch auch ihm die Benutzung der Sieges unmöglich. Furchtbare Regengüsse, die in den nächsten Wochen anhielten, brachten Mac Clellans Heer in die traurigste Lage; Krankheit aller Art wüteten in seinen Reihen und das Ausreißen nahm überhand. Die Südstaatlichen, jetzt wieder von Beauregard geführt, der nach seinem Rückzug von Corinth an des verwundeten Johnston Stelle gerufen wurde, verstärkten sich umgekehrt durch immer neue Zuzüge und ließen jetzt auch Stonewall Jackson herankommen. Kaum erschien dieser am linken Ufer des Pamunkey im Rücken von Mac Clellans rechtem Flügel, als der Unionsgeneral die schwere Gefahr, in die er gebracht wurde, erkannte. Jetzt erwies es sich als ein großes Glück, daß Johnston den Unterlauf des James aufgegeben und ihn der nordstaatlichen Flotte geöffnet hatte. Denn nun konnte Mac Clellan um sich vor dem Doppelangriff Beauregards und Jacksons zu retten seinen ursprünglichen Plan wiederaufnehmen und statt an dem York (Pamunkey) an dem James Anlehnung suchen. Freilich bedurfte es dazu eines Flankenmarsches vor dem Feinde und es war nicht zu hoffen, daß er ohne schwere Kämpfe ausgeführt werden könne. Mac Clellan ergriff daher am 25. Juni selbst die Initiative; während sein linker Flügel auf dem südlichen Chickahominyufer den

Kämpfe im Shenandoahthale.

Schlachten am Chickahominy.

Mac Clellans Flankenmarsch.

Schlacht bei Richmond.

Kampf begann, sollte der rechte Flügel auf das südliche Ufer übertreten und sich hinter den Fechtenden her bis an den James schieben. Aber diesen Plan erschwerte Jackson, der herankam und auch den rechten Flügel angriff, noch ehe der Übergang vollzogen war. Gleichwohl beharrte Mac Clellan auf seinem Vorsatze und setzte ihn auch unter achttägigen blutigen Kämpfen (vom 25. Juni bis 1. Juli) durch. Als die „Schlacht von Richmond", wie man sie zusammenfassend nennt, an der beiderseitigen Erschöpfung erstarb, hatte die Bundesarmee bei Malvernhill am James eine Stellung bezogen, wo sie im Rücken durch 100 Kanonenboote vollkommen gedeckt war, durch die Flotte leicht verproviantiert werden konnte und doch noch auf zwei Tagemärsche vor Richmond stand. Aber freilich war ihre Stärke auf 60 000 Mann zusammengeschmolzen, und ein neuer Angriff war nur möglich, wenn Pope mit seinen 80 000 Mann sich über den Rappahannock zur Hilfe heranwagte. Um das zu vereiteln schickten sich die Konföderierten sofort wieder zum Vorrücken gegen Washington an. Pope hatte seinen rechten Flügel, den Banks befehligte, über den Rappahannock gegen den Rapidan vorgeschoben, der oberhalb Fredricksburg in jenen mündet. Jackson überschritt den Rapidan und traf bei Cedar Mountain am 9. August mit Banks zusammen. Nach blutigem Kampfe ging er abends wieder über den Fluß zurück, aber Halleck, der jetzt Oberstkommandierender aller nördlichen Heere war, zweifelte nicht länger an einem gemeinsamen Angriff, fürchtete für Washington und berief die Jamesarmee, an deren Spitze statt Mac Clellans inzwischen Burnside gestellt war, zurück. Am 16. schiffte sie sich ein und wurde in ihre neuen Quartiere hinter dem Rappahannock gebracht. Nun rückten auch die Südstaatler, jetzt von Lee geführt, vor und drängten die Unionstruppen bis über den Bull Run zurück. Vom 28.—30. August wurde auf dem alten Schlachtfelde heiß gestritten und vornehmlich durch die Schuld des Korps Mac Dowell das Nordheer zum zweitenmal an derselben Stelle geschlagen und auf Washington zurückgeworfen. Man erwartete, daß Lee nun gerade auf die Hauptstadt losgehen werde, und die Armee verlangte laut, daß Mac Clellan, in den sie von allen Führern das meiste Vertrauen setzte, wieder an ihre Spitze trete. Lincoln befriedigte diese Forderung sofort, Lee aber marschierte wider Erwarten links ab und überschritt unterhalb Harpers Ferry den Potomac. So standen die Sonderbundstruppen, wenige Wochen nachdem ihre eigene Hauptstadt schwer bedroht gewesen, auf feindlichem Boden. Aber es war dies doch mehr ein Triumph als ein Erfolg. Lee durfte es nicht wagen sich vom Potomac zu entfernen, weil sich sonst die Feinde von Washington und Harpers Ferry aus hinter ihm vereinigt und ihm den Rückzug abgeschnitten hätten. Seine Reiterei machte wohl kühne Streif- und Plünderungszüge, die Hauptmacht aber zog sich, sobald Mac Clellan am nördlichen Ufer des Potomac heranrückte, bis oberhalb Harpers Ferry hinter den Antietambach zurück und nahm erst hier am 17. September die Schlacht an. Mac Clellans Wunsch war, den

Rückzug der Unionisten.

Zweite Schlacht von Bull Run.

Schlacht am Antietam.

nördlichen (linken) Flügel Lees zu umgehen und dadurch seine Rückzugslinie zu bedrohen. Aber Hooker, der diese Bewegung ausführen sollte, scheiterte daran, und nur der rechte Flügel des Feindes, dem Burnside gegenüberstand, ward abends zum Weichen gebracht. Die hereinbrechende Nacht benutzte dann Lee um über den Potomac zurückzugehen; Mac Clellan aber mutete seinen Truppen weitere Anstrengungen nicht zu, sondern begnügte sich Washington gerettet zu haben. Lees Reiterführer Stuart durfte es sogar wagen einen tollkühnen Streifzug bis nach Pennsylvanien hinein zu unternehmen ohne dabei von der feindlichen Armee erheblich behelligt zu werden.

Kämpfe im Tennessee und Kentucky.

Die Stellung der beiden Heere in Virginien war jetzt nicht wesentlich anders als ein halbes Jahr früher und die beiderseitige Erschöpfung ließ eine längere Ruhezeit erwarten. Dagegen wurden nun die Kämpfe im Centrum und im Westen wieder lebhafter. Als im Juni Tennessee von dem Sonderbunde geräumt wurde, war von Hallecks großer Armee der linke Flügel den Tennessee hinauf in den Osten des Staates nach Chattanooga abgerückt. Da Pope nach Virginien abgerufen wurde, erhielt Buell hier wieder die Leitung. Seine Heeresabteilung wurde aber bedeutend vermindert, und so konnte er das Gebirge an der Ostgrenze von Tennessee und Kentucky nicht von den feindlichen Streifscharen säubern: die Pässe nach Virginien und Nord-Carolina fielen in ihre Gewalt. Im Süden wurde unterdessen gewaltig gerüstet; insbesondere organisierte General Bragg in Mississippi und Alabama ein Heer von 30—40 000 Mann, das im September sich gegen Chattanooga in Bewegung setzte. Buell fühlte sich außer stande den Kampf aufzunehmen und wich nordwärts an den Ohio zurück; die Bevölkerung von Tennessee und Kentucky strömte unter Braggs Fahnen und bald war alles in diesen Gegenden wieder in demselben Zustande wie im Sommer 1861. Aber nun eilten auch die Milizen vom rechten Ohio-Ufer wieder herbei und verstärkten Buells Armee. Anfang Oktober konnte dieser von Louisville, wo er sein Hauptquartier aufgeschlagen, wieder vordringen und zwang bei Perryville, zwölf Meilen südöstlich von jener Stadt, Bragg am 8. und 9. Oktober zum Rückzug über den Cumberland, so daß wenigstens Kentucky wieder befreit war. Im Westen am Mississippi verliefen die Dinge ähnlich, nur daß sie sich auf engerem Raum abspielten. Die Südgenerale Price und van Dorn griffen Grant, der um Memphis und Corinth kommandierte und seine Truppen sehr zerstreut hatte, im September an. Grant nahm seine vorgeschobenen Korps zurück und ließ nur den General Rosecrans vorrücken um Price bei Juka in die rechte Flanke zu fallen. Dieses Unternehmen endete am 18. September mit einer Schlappe und Rosecrans ging auf das befestigte Corinth zurück. Hier ward er nach kleineren Gefechten am 4. Oktober angegriffen und warf in blutigem Kampfe den Feind in die Flucht. Weil die Verfolgung aber nur matt war, konnte van Dorn seine Truppen im Norden von Mississippi wieder ordnen und der Erfolg war kein dauernder. Rosecrans

am Mississippi.

wurde deshalb von Grant seines Kommandos enthoben und erhielt bald darauf Buells Stellung in Kentucky. Grant selbst drang dann in den letzten Wochen des Jahres südwärts in Mississippi ein, vermochte aber die Milizen unter Pemberton, die ihm gegenüberstanden, nicht beiseite zu schieben und kehrte wieder um. Nicht glücklicher war Sherman, der auf seinen Befehl, geleitet von einem Geschwader unter Porter, von Memphis nach Vicksburg gedampft und in der Mündung des Yazoo, der oberhalb der Festung in den Mississippi fließt, gelandet war. Ein Angriff am 29. Dezember mißlang, und da nicht allein Pemberton mit bedeutenden Verstärkungen sich in den Platz warf, sondern die Südstaatler auch aus dem Arkansasflusse, der zwischen Memphis und Vicksburg in den Mississippi fällt, mit einigen Kanonenböten die Verbindungslinien Shermans bedrohten, so mußte die Belagerung Vicksburgs nochmals aufgegeben werden. Für die weiteren Operationen erhielt an Shermans Stelle Mac Clernand den Oberbefehl.

Die Sklavenfrage.

Diesem unaufhörlichen Wechsel in der Leitung der einzelnen Korps verdankte die Union vor Schluß des Jahres auch am Potomac noch eine Aufnahme der Feindseligkeiten und eine blutige Niederlage. Mac Clellan wollte nach dem Siege am Antietam sich ruhig verhalten und seine Rüstungen vervollständigen. Das bot den Republikanern, die ihn bitter haßten, einen neuen Vorwand zu seinem Sturze und sie ergriffen ihn um so lieber, als die demokratische Partei sich ernstlich rührte und ersichtlich an Einfluß wuchs. Den Prüfstein dafür bot ihr Auftreten in der Negerfrage. Je länger der Krieg dauerte, um so schwieriger wurde es für Lincoln seinen anfänglichen Standpunkt, von dem aus er die Befreiung der Sklaven unbedingt zurückwies, aufrechtzuerhalten. Schon Ende 1861 gab er soweit nach, daß er ein Gesetz bestätigte, welches alle zu kriegerischen Zwecken verwandten Neger freisprach; im März 1862 empfahl er einen Beschluß, durch welchen der Kongreß allen Staaten, welche die allmähliche Abschaffung der Sklaverei beschließen würden, den finanziellen Beistand der Union zusagte; im April 1862 genehmigte er die Befreiung der Schwarzen in der Bundeshauptstadt Washington und dem zu ihr gehörigen Bezirke Columbia. Aber damit nicht zufrieden verlangten die Abolitionisten, daß Lincoln kraft seiner kriegsherrlichen Rechte in allen aufrührerischen Staaten die Sklaverei kurzweg aufhebe. Dazu entschloß sich der Präsident schwer und als General Hunter, ähnlich wie ein Jahr früher Fremont in Missouri eigenmächtig im Mai die Neger von Süd-Carolina, Georgien und Florida für frei erklärte, vernichtete Lincoln auch diesen Erlaß. Auf die Dauer konnte er aber der immer dringenderen Forderung der Abolitionisten nicht widerstehen, und so erging denn am 22. September 1862 die Proklamation, welche in den Staaten und Teilen von Staaten, die am 1. Januar 1863 nicht ordnungsmäßig im Kongreß vertreten sein würden, die Sklaverei für mit diesem Tage erloschen erklärte. In den unionstreuen Sklavenstaaten dagegen (also Maryland, Delaware, Kentucky u. s. f.) blieb sie bestehen

Lincolns Emanzipationsproklamation.

und sollte nach des Präsidenten Absicht unter Entschädigung der Besitzer bis zum Jahre 1900 auf verfassungsmäßigem Wege beseitigt werden. Da dieser die Zustimmung von drei Vierteln aller Staaten erforderte, so konnte er so lange überhaupt nicht beschritten werden, wie ein Viertel der Staaten die Union nicht anerkannte und dieser Teil der Frage hatte deshalb für den Augenblick noch keine Bedeutung. Aber die kriegsherrliche Proklamation vom 22. September erbitterte die Demokraten gewaltig; sie erklärten sich in Versammlungen und Adressen dagegen und erreichten mit diesem Feldgeschrei in den Herbstwahlen zum Kongreß und zu den Staatsämtern in New York, Pennsylvanien und anderen Staaten den Sieg. Als Antwort der Republikaner, die zur Zeit das Heft noch in der Hand hielten, konnte man die abermalige Enthebung Mac Clellans vom Befehle der Potomacarmee betrachten, die um so ungerechtfertigter war, als der General sich jedes Schrittes gegen die Proklamation vom 22. September enthalten hatte. Zu seinem Nachfolger war Burnside bestimmt. Er wußte, daß die Partei, die ihn erhoben, einen neuen Angriff verlangte. Die Grenze der beiderseitigen Stellungen war seit dem September wieder der Rappahannock. Ihn galt es also zu überschreiten, und da am Nordufer 150 000 Unionisten, am Südufer aber nur 80 000 Feinde standen, so glaubte sich Burnside des Erfolges sicher. Am 13. Dezember 1862 kam es zur Schlacht bei Fredericksburg. Aber wenn die Stadt selbst auch genommen wurde, so prallten an den festen Stellungen hinter derselben und bei den anderen Flußübergängen alle Angriffe ab und mit 12 000 Mann Verlust mußte Burnside in seine alten Quartiere zurückkehren. Mac Clellans abwartende Kriegführung war glänzend gerechtfertigt und Burnsides Nachfolger Hooker kehrte sofort zu ihr zurück.

Erfolge der Demokraten.

Erste Schlacht von Fredericksburg.

So war um die Wende des Jahres die Lage der Union wenig erfreulich. Trotzdem verlor man in Washington den Mut nicht und zeigte das auch nach außen durch die entschlossene Art, mit der ein Anerbieten Frankreichs den Frieden zu vermitteln abgelehnt wurde. Seward wies die französische Note vom 9. Januar 1863 entschieden zurück und der Kongreß billigte das mit der Erklärung, daß jede solche Einmischung, auch wenn sie in guter Absicht unternommen werde, als eine Unfreundlichkeit gegen die Union zu behandeln sei. Nicht minder selbstbewußt trat Seward gegen England auf. Die Südstaaten hatten in Liverpool und anderen Häfen Kaper- und Panzerschiffe gekauft, gebaut oder bestellt, die dem Handel des Nordens ungeheuren Schaden schufen; besonders die Alabama, Kapitän Semmes, richtete wahre Verheerungen an. Seward erklärte nun in einem Notenwechsel mit Lord Russell Anfang 1863, daß die Vereinigten Staaten England für allen diesen Schaden verantwortlich machten und ihre Rechnung seiner Zeit einreichen würden; er forderte weiterhin, daß den im Bau begriffenen Panzerschiffen das Auslaufen untersagt werde und erzwang diese Forderung im August durch die Drohung mit einer Kriegserklärung. Der feste

Die europäischen Mächte.

Entschluß, der sich in diesem Auftreten aussprach, nicht eher zu rasten als bis der Sonderbund gedemütigt sei, fand auch in fortgesetzten Rüstungen Ausdruck. Waren nach der Schlacht bei Richmond im Sommer 1862 neue 600 000 Mann unter die Waffen gerufen, so griff man im Februar 1863 sogar zur allgemeinen dreijährigen Dienstpflicht, der alle Bürger vom 20. bis 45. Jahre unterworfen wurden und entschloß sich selbst zur Bewaffnung der Neger. Der tägliche Aufwand für Kriegszwecke belief sich auf etwa 2 Millionen Dollars, und die Bundesschuld wuchs bis Mitte des Jahres auf fast 900 Millionen an. Das Soll der Armee betrug um diese Zeit über eine Million, von der freilich ein starkes Drittel nur auf dem Papiere stand. Rüstungen.

Am Mississippi waren unterdessen die kriegerischen Bewegungen ununterbrochen fortgegangen. Mac Clernand und Porter fuhren Anfang Januar 1863 den Strom wieder hinauf und in den Arkansas hinein, wo sie Fort Hindman mit 4500 Mann am 11. zur Ergebung zwangen. Da hierdurch ihre Verbindungen mit Memphis gesichert waren, kehrten sie nach Vicksburg zurück. Wenige Tage darauf traf auch Grant dort ein und übernahm den Oberbefehl. Alle Truppen lagen auf dem rechten Flußufer Vicksburg gegenüber, weil der Anmarsch auf dem linken durch Joe Johnston verhindert wurde, der sein Hauptquartier in Jackson etwa zehn Meilen östlich von der Festung hatte. Grants Absicht war an Vicksburg vorbei zu marschieren und dann den Fluß zu überschreiten. Das war aber nur möglich, wenn es gelang die Flotte, Transportschiffe und Vorräte dort vorüberzubringen. Er hoffte dies durch Ausgrabung eines Kanales, der Vicksburg umgehen sollte, zu bewerkstelligen, aber wenngleich Wochen darauf verwendet wurden, so mißlang der Versuch doch. Nun entschloß sich Admiral Porter die Durchfahrt unter den Kanonen der Festung zu erzwingen und trotz des heftigen Feuers gelangte er in der Nacht zum 17. April mit geringen Verlusten an den verabredeten Punkt. Hierhin ließ Grant nun auch seine drei Korps unter Mac Clernand, Mac Pherson und Sherman aufbrechen und überschritt mit ihnen Anfang Mai den Fluß. Jenseits gab es einige Gefechte mit Joe Johnston, der aber zu schwach war um Jackson zu halten und sich nordwärts zurückzog. So wurde Vicksburg von Osten eingeschlossen. Die Hoffnung es durch einen Sturm zu nehmen schlug fehl und eine regelrechte Belagerung begann. Johnston, der von allen Seiten Verstärkungen an sich zog, wurde durch Sherman in Schach gehalten und konnte nicht zum Entsatz kommen. Unter diesen Umständen sah sich Pemberton genötigt am 4. Juli zu kapitulieren; die 30 000 Mann, die er bei sich hatte, wurden auf Ehrenwort entlassen, traten jedoch, wie wenigstens Halleck behauptete, fast alle sofort unter dem Vorwande ausgewechselt zu sein in Braggs Armee, die gegen Rosecrans in Tennessee focht. Der Feldzug von 1863. Fall von Vicksburg.

Der Fall von Vicksburg war von großer Bedeutung. Zur unmittelbaren Folge hatte er, daß Joe Johnston sich vor Sherman nach

Osten (Alabama) zurückzog und daß am 8. Juli der letzte feste Punkt am Mississippi, Port Hudson, sich dem General Banks ergab, der Anfang des Jahres von New Orleans ausgezogen war ihn zu belagern. Der gewaltige Fluß war also jetzt in den Händen der Union und von Porters und Farraguts Geschwadern beherrscht. Die großen Hilfsquellen, die der Aufstand im Westen besaß, waren verstopft oder konnten doch nur spärlich und langsam benutzt werden. Dem Norden dagegen stand ein großer Teil der Truppen, die bisher hier gebraucht waren, zur Verwendung im Centrum zu Gebote.

Port Hudson.

Schlacht von Murfreesboro,

Hier hatte Rosecrans, als er an Buells Statt das Kommando übernommen, den Cumberland überschritten und seinen Gegner Bragg durch die viertägigen Kämpfe am Stoneflusse oder bei Murfreesboro am 3. Januar 1863 zum Rückzug auf Chattanooga am Tennessee gezwungen. Dort aber hielt Bragg nicht allein stand, sondern bedrohte auch Rosecrans' Verbindungen, so daß dieser sich in vorsichtiger Verteidigung hielt. Damit war man in Washington unzufrieden und schickte im März Burnside durch Westvirginien nach Knoxville im Nordosten von Tennessee, damit er Rosecrans' linken Flügel decke und in enger Fühlung mit ihm zum Angriff gegen Bragg schreite. Aber auch in Richmond wußte man die Wichtigkeit dieser Stellungen zu schätzen und entsandte den General Longstreet mit 20 000 Mann um sich zwischen Burnside und Rosecrans zu drängen. So blieb die Entscheidung monatelang in der Schwebe, bis nach dem Fall von Vicksburg Rosecrans den Tennessee unterhalb Chattanooga überschritt und dadurch Bragg zur Räumung der Stadt zwang. Hinter derselben aber, am Chickamauga, machte er Halt, zog Longstreets Truppen heran und wies am 19. und 20. September die Angriffe des Unionsgenerals so blutig zurück, daß dieser sich eilend nach Chattanooga zurückzog und sich hier bald von vorn umschlossen und im Rücken durch Streifkorps, die ihm die Zufuhr abschnitten, bedroht sah. Um ihn zu entsetzen und zugleich durch einen seiner Korpsführer zu ersetzen wurde Grant im Oktober nach Chattanooga geschickt. Den Hauptangriff verschob er, bis Sherman mit den Truppen, die er von Vicksburg über Memphis herbeiführte, herangekommen war. Dann griff er die auf den Missionary-Bergen südlich von Chattanooga verschanzten Südstaatler an und zwang Bragg am 23.—25. November zum Rückzug durch die Pässe, die nach Dalton im Nordwesten von Georgien führen. Longstreet, der sich gleich nach der Schlacht von Chickamauga wieder gegen Burnside gewandt hatte und ihn in Knoxville eng umschlossen hielt, mußte Bragg bald folgen. Denn vom Schlachtfelde selbst brach Sherman in Eilmärschen gegen ihn auf und rettete den schwer bedrängten Burnside durch seine rechtzeitige Ankunft am 5. Dezember. Es war eine glänzende Siegeslaufbahn, auf die Grant und er seit der Eroberung von Vicksburg zurückschauen konnten, und der Dank des Kongresses, die Ernennung Grants zum Oberbefehlshaber aller Armeen und Shermans zu seinem Nachfolger im Westen waren wohl verdiente Ehrenbezeugungen.

am Chickamauga,

an den Missionarybergen.

Während so am Mississippi, in Kentucky und Tennessee der Norden entscheidende Erfolge davon trug, war auf dem östlichen Kriegsschauplatz das Jahr 1863 wieder reich an Wechselfällen gewesen. Ende April entschloß sich Hooker zum Angriff. Da Lees Truppen bei Fredericksburg dicht gesammelt standen, so wollte er oberhalb und unterhalb dieser Stadt den Rappahannock überschreiten. Aber diese beiden Bewegungen griffen nicht gehörig ineinander. Während er selbst am 2. Mai bei Chancellorsville, westlich von Fredericksburg, von Lee angegriffen und am 3. Mai vollständig besiegt wurde, kam Sedgeville, der unterhalb Fredericksburg übergegangen war, erst am 4. Mai in den Besitz dieser Stadt und Lee konnte sich nun, da er den einen Feind los war, leicht auch des anderen, viel schwächeren erledigen. Diese zweite Schlacht von Fredericksburg (oder Chancellorsville) kostete dem Südbunde freilich 15 000 Mann und den trefflichen Jackson, der durch einen traurigen Irrtum von den Kugeln seiner eigenen Leute fiel, aber das Nordheer hatte noch schwerere Verluste, an 20 000 Mann, und Hooker mußte wieder hinter den Rappahannock zurück. Gegen Ende des Monats begann Lee seinerseits über den Fluß vorzudringen und nötigte den Feind durch eine kühne Seitenbewegung sich bis an den Bull Run zurückzuziehen. Er schickte nämlich den General Ewell in das Shenandoah-Thal, das von den Nordstaatlern nur schwach besetzt war. Ungestüm vordringend warf Ewell seinen Gegner Milroy vollständig über den Haufen, setzte bei Harpers Ferry über den Potomac und stand so Mitte Juli im Nordwesten von Washington. Die Ereignisse vom September 1862 schienen sich zu wiederholen. Lee selbst folgte seinem Untergeneral und stand, von Hooker kaum belästigt, schon am 24. Juni mit ganzer Macht in Maryland. Auch dem Unionsheere blieb jetzt keine Wahl; es mußte gleichfalls über den Potomac um die Bundeshauptstadt zu decken. Seine Führung wurde, da Hooker sich überdies widerspenstig gegen Hallecks Befehle zeigte, dem General Meade übertragen und diesem fiel so die Rolle zu, die Mac Clellan am Antietam gespielt. Er traf das feindliche Heer unweit der Quellen des Antietam bei Gettysburg in Pennsylvanien, westlich von Baltimore. Hier kam es vom 1.—3. Juli zur blutigsten Schlacht des ganzen Krieges; beide Heere verloren zu etwa gleichen Hälften an 50 000 Mann. Lee war geschlagen und mußte zurück; aber die Art, wie er an Meades Heere vorüber nach dem Potomac zog und den hochangeschwollenen Fluß überschritt, war ein neuer Beweis seiner überlegenen Meisterschaft. Er wich nun bis hinter den Rappahannock, ja bis hinter dessen Nebenfluß, den Rapidan, zurück, während Meade in dem Winkel zwischen diesen beiden Flüssen sein Hauptquartier nahm. Im Oktober machte der Südgeneral noch einmal einen Vorstoß, vor dem das Nordheer anfangs zurückwich. Aber an den festen Stellungen, die es bezog, scheiterten die Angriffe, und ohne sie mit voller Macht zu wiederholen, kehrte Lee Anfang November in seine Verschanzungen südlich vom Rapidan zurück. Meade seinerseits überzeugte sich durch

Zweite Schlacht von Fredericksburg.

Schlacht von Gettysburg.

einen Versuch zu Ende des Monats, daß er dem Gegner dort nichts anhaben könne und so blieben auch für diesen Winter Rapidan und Rappahannock die Trennungslinien der beiden Heere.

Niederlagen der Demokraten.

Die Siege im Westen eröffneten dem Norden für das Jahr 1864 aber doch viel bessere Aussichten, als er bisher gehabt. Außerdem veränderte sich die Lage unmerklich, aber unablässig dadurch zu seinen Gunsten, daß dem menschenarmen Süden die Ausfüllung der Lücken in seinen Heeren immer schwerer fiel, während die nördlichen Truppen immer noch leicht ergänzt werden konnten und überdies an Schulung und Tüchtigkeit mehr und mehr den Vorsprung einholten, den der Sonderbund anfangs gehabt hatte. Auch gelang es Ende 1863 die friedenssüchtigen Demokraten unschädlich zu machen. Ihren äußersten Flügel, die sogenannten Copperheads, die geradezu mit dem Süden buhlten, hatte man mit Gewalt niederwerfen können, als sie Mitte Juli, gleich nach der Schlacht von Gettysburg, die zwangsweise Aushebung zum Kriegsdienste benutzten um den Pöbel von New York zum Aufstande zu reizen. Aber auch die anständige Demokratie erlitt eine schwere Niederlage, als der Kongreß im Dezember ihren Antrag Friedensverhandlungen anzuknüpfen durch die Erklärung beantwortete, daß er, solange der Krieg dauere, nur zwei Parteien, Patrioten und Verräter, kenne und jeden Vorschlag zu Verhandlungen ein- für allemal zurückweise. Alle erforderlichen Mittel an Mannschaften und Geld wurden der Regierung von neuem zur Verfügung gestellt, und das hatte umsomehr zu bedeuten, als der Präsident des Südens in denselben Tagen seinem Kongresse die bedenkliche Finanzlage des Sonderbundes unumwunden kundgeben mußte.

Flottenexpeditionen.

Es konnte das nicht wunder nehmen, da die Seeexpeditionen des Nordens, wenn sie auch sonst zu keinen glänzenden Ergebnissen führten, den Handel der Südstaaten vollständig unterbunden hatten. So war es im August 1863 gelungen die Hafenforts von Mobile in Alabama und im September wenigstens einige vor Charleston in Süd-Carolina zu nehmen und dadurch die Blokade dieser Plätze undurchbrechbar zu machen, aber die Städte selbst zu erobern gelang nicht; von der Belagerung Mobiles stand Farragut schon im September ab und Charleston wurde von Beauregard so umsichtig verteidigt, daß der Norden Anfang 1864 weitere Bemühungen aufgab. Unter den Mitteln der Abwehr, welche die Ingenieure des Südens ersannen, erzielten besonders die Torpedos große Wirkungen. Offene Häfen aber behielt der Sonderbund nur zwei, Wilmington in Nord-Carolina und Galveston in Texas, das Banks im Herbst vergeblich angriff, während er die übrigen Häfen jener Küste bis Brownsville an der mexikanischen Grenze in seine Gewalt brachte.

Die ersten Monate des Jahres 1864 verflossen auf den Hauptschauplätzen des Krieges sehr ruhig. Große Regsamkeit herrschte dagegen am unteren Mississippi, wo Sherman mit Banks verschiedene Unternehmungen vereinbarte, die es ihm ermöglichen sollten den größten Teil seiner Truppen von dort weg nach Chattanooga zu ziehen um sie bei

einem großen Einfall in Georgien, den er plante, mit verwenden zu können. Obgleich jene Unternehmungen wenig glücklich waren und am linken Mississippiufer Kerby Smith, am rechten die Reitergenerale Morgan und Forrest sich siegreich behaupteten, trug Sherman doch kein Bedenken alle irgend entbehrlichen Truppen zu seiner Hauptunternehmung heranzuziehen. Anfang Mai stand er bei Chattanooga zum Aufbruch bereit, während Grant in denselben Tagen über den Rapidan vorging. Des letzteren Ziel war natürlich Richmond. Zwei Seitenkorps sollten den Hauptangriff unterstützen. Bei Fort Monroe und Yorktown, also in den Stellungen, die Mac Clellan 1862 innegehabt, stand Butler mit etwa 30 000 Mann und dem Auftrag gegen Petersburg vorzugehen, das südlich von Richmond am Appomatox liegt, einem Flusse, der bei Bermuda Hundred in den James mündet. Die Verteidigung der Linie Petersburg-Richmond leitete Beauregard, der von Charleston herbeigerufen war und sie in großartiger Weise befestigte. Bermuda Hundred lag außerhalb seiner Werke und konnte deshalb von Butler besetzt und verschanzt werden; seinen Versuch darüber hinaus vorzudringen und Darling am James zu nehmen wies aber Beauregard am 16. Mai zurück und so kam hier zunächst der Kampf zum Stehen. Das zweite Nebenkorps Grants führte Sigel im Shenandoahthale; seine Aufgabe war von Westen gegen Richmond vorzurücken. Das zu verhindern beauftragte Lee den General Breckenridge, der in der That am 15. Mai Sigel bei Newmarket zurückschlug und dann zum Hauptheere zurückkehrte. Grant ließ es aber bei dem einen Versuche nicht bewenden, sondern ersetzte Sigel durch Hunter und gab diesem Befehl von neuem vorzurücken. Ungehindert drang derselbe bis Lynchburg am oberen James vor, stieß aber hier auf General Early, den Lee ihm entgegenschickte und der ihn Ende Juni schlug und über die Alleghanies nach Westvirginien trieb. Statt auf seinem rechten Flügel durch das Seitenkorps Deckung zu finden mußte Grant also umgekehrt das Shenandoahthal in der Hand des Feindes sehen und konnte es nicht verhindern, daß Early über Harpers Ferry in Maryland einfiel und Washington und Baltimore beunruhigte.

Der Feldzug von 1863.

Grant gegen Richmond.

Kämpfe im Shenandoahthale.

Für das Hauptheer waren diese Schlappen indes ziemlich bedeutungslos geworden, weil Grant um diese Zeit schon weit nach Süden vorgerückt war und seine Verbindungslinien auf den Wasserweg, in die Chesapeake-Bai, verlegt hatte. Die nächste Folge seines Überganges über den Rapidan war ein siebentägiges blutiges Ringen zwischen ihm und Lee gewesen, das man als die Schlacht in der Wildnis (Wilderness, vom 6.—12. Mai 1864) zusammenfaßt. Da der Übergang gegenüber dem linken Flügel Lees erfolgt war, zog der Sonderbundsfeldherr seine ganze Macht an diesen heran um eine Umgehung zu verhüten. Grant aber operierte nun gerade gegen den rechten Flügel des Feindes und suchte ihn von der Straße nach Richmond abzudrängen. Das vereitelte Lee seinerseits dadurch, daß er sich rechtzeitig bis Spottsylvania-Courthouse zurückzog, wo vom 10.—12. Mai die heftigsten Kämpfe statt-

Schlacht in der Wildnis.

Lees und Grants Manövrierungen.

fanden; im ganzen kostete diese Woche dem Norden an 30, dem Süden nahe an 20 Tausend Mann. Nach einigen Rasttagen begannen beide Teile von neuem ihre Versuche den Gegner zu umgehen; seinen Zweck erreichte keiner, aber Lee konnte sich doch nur durch einen weiteren Rückzug decken und mußte am 24. hinter den Nordanna, der mit dem Südanna zusammen den Pamunkey bildet, zurückgehen. Anfangs folgte ihm Grant in die Gabel zwischen beiden Flüssen, aber da die festen Stellungen der Südstaatler nur mit neuen furchtbaren Verlusten genommen werden konnten, entschloß er sich zu einer viel weitergreifenden Umgehung. Er kehrte auf das linke Ufer des Nordanna zurück, marschierte an diesem und dem Pamunkey abwärts und setzte bei White-House, östlich von Richmond, über den letztgenannten Fluß. Seine Landverbindung mit Washington gab er dadurch freilich etwaigen Angriffen der Sonderbündler preis, aber da er sich auf die Flotte in der Chesapeake-Bai stützen konnte, durfte er es darauf ankommen lassen. Lee hatte nicht sobald diese neue Umgehung des Gegners entdeckt, als er auch sofort den weiteren Rückzug über den Südanna antrat. Da er den bei weitem kürzeren Weg hatte, traf er glücklich noch vor seinem Gegner am Norduser des Chickahominy ein und wies Grants Versuch diesen Fluß zu überschreiten am 3. Juni erfolgreich zurück. Nicht hindern aber konnte er es, daß die Nordarmee ihren Umgehungsmarsch noch einmal wiederholte, indem sie den Chickahominy abwärts bis zu seiner Mündung in den James zog, dann diesen überschritt und bei Bermuda Hundred sich mit Butlers Heere am 14. Juni vereinigte. So stand also die ganze Potomacarmee östlich der befestigten Linie Richmond-Petersburg gegenüber, und Lees Aufgabe war es dem Verteidiger derselben, Beauregard, zu Hilfe zu kommen. Er that dies, indem er Richmond und den James passierte und südlich von Petersburg längs der Weldonbahn seine Aufstellung nahm. Da sich Grant unmittelbar nach seiner Ankunft, besonders am 18. Juni, durch wiederholte verlustreiche Stürme auf Petersburg überzeugt hatte, daß er zu einer regelrechten Belagerung schreiten müsse, so trat in den nächsten Wochen eine Art Waffenruhe ein, die nur durch ergebnislose Versuche die Weldonbahn zu zerstören unterbrochen wurde.

Grant vor Richmond.

Währenddessen hatte Sherman mit einem Heere von 100 000 Mann und 250 Geschützen seinen Vormarsch von Chattanooga aus angetreten. Die einzige Aufgabe, die Grant ihm gestellt hatte, war die Sonderbundsarmee, welche Joe Johnston befehligte, von dem Marsch nach Richmond abzuhalten, nötigenfalls aber ihr auf den Fersen zu folgen. Johnston stand bei Dalton, einige Meilen südöstlich von Chattanooga. Als er aber erfuhr, daß das Korps Mac Pherson durch die Pässe südlich von Dalton über das Gebirge gedrungen sei, während die Korps Thomas und Schofield von Norden heranrückten, wich er südwärts aus nach Resacca, hielt hier gegen doppelte Übermacht am 15. Mai tapfer stand und entschlüpfte in der folgenden Nacht glücklich nach Süden. Sherman

Shermans Zug nach Atlanta.

eilte ihm nach und vermochte durch Teilung seiner starken Armee den Feind noch mehreremal aus seinen festen Stellungen hinauszumanövrieren; doch kosteten ihm die kleinen Kämpfe des Mai fast 10 000 Mann und das war um so beachtenswerter, als Johnston bei geringeren Verlusten sich durch Heranziehung anderer Truppen um mehr als 20 000 Mann verstärkte. Furchtbare Regengüsse, die drei Wochen hindurch anhielten, machten den Vormarsch unmöglich und gaben Johnston Zeit an der Eisenbahn nach Atlanta bei Marietta auf dem Kenesawberge eine sehr feste Stellung vorzubereiten. Ein Angriff Shermans am 27. Juni wurde mit großen Verlusten zurückgeschlagen, und das einzige Mittel die Räumung des Platzes zu erzwingen war wieder die Umgehung. Dieses Manöver wurde aber um so gefährlicher, je weiter sich Sherman von seinen Magazinen entfernte, denn es bot Johnston die Gelegenheit sich auf die rückwärtigen Verbindungen des Gegners zu werfen und ihn durch Zerstörung derselben in große Not zu bringen. Der Sonderbundsgeneral mochte jedoch die Zeit für ein solches Vorgehen noch nicht für gekommen erachten; er räumte auch den Kenesaw am 3. Juli und zog sich hinter dem Chattahoochee zurück, der eine Meile nördlich von Atlanta fließt. Sherman ließ Mac Phersons Korps mehrere Meilen flußabwärts rücken und dort auf das Südufer übertreten. Das wichtige und stark befestigte Atlanta vollkommen zu umzingeln reichten seine Truppen nicht aus, zumal die einzelnen Korps enge Fühlung miteinander halten mußten, seit an Johnstons Stelle General Hood den Oberbefehl der feindlichen Armee mit dem Auftrage loszuschlagen übernommen hatte. Heftige Ausfälle, bei deren einem Mac Pherson das Leben verlor, bezeugten den veränderten Kriegsplan des Feindes; am 20. und 22. Juli wurden blutige Schlachten vor den Wällen von Atlanta geliefert, ohne daß die gegenseitige Stellung dadurch wesentlich verändert worden wäre. Ein dritter heftiger Kampf entspann sich, als Sherman am 28. eine starke Verschiebung seiner Armee nach links hin vornahm, infolge deren er die Stadt von der Westseite umschloß und die Eisenbahnlinien, welche sich südwärts ziehen, bedrohte. Seine Absicht war dieselben so gründlich zu zerstören, daß dem Feinde die Verbindung völlig abgeschnitten werde. Angesichts der starken Besatzung von Atlanta konnte das nur weiter südwärts geschehen, und das natürlichste war es durch Kavallerieabteilungen besorgen zu lassen. Sherman sandte also Mac Cook und Stoneman aus, die ihre nächste Aufgabe auch lösten und dem Feinde viel Schaden zufügten, aber selbst übel zugerichtet wurden. Auch waren die Zerstörungen, die sie angerichtet, schnell wiederausgebessert und Sherman überzeugte sich, daß er so seine Absicht nicht erreiche. Er entschloß sich also nur eine starke Truppenabteilung unter General Slocum an den Chattahoocheeübergängen zurückzulassen und mit der ganzen übrigen Armee südwärts zu ziehen, auf die Gefahr hin von allen seinen Verbindungen abgeschnitten zu werden. Die Bewegung begann am 25. August und schon am 3. September hielt es General Hood

Die drei Schlachten von Atlanta.

Räumung von Atlanta.

für geraten Atlanta zu räumen, weil ihm die Vorräte auszugehen drohten. Er bewerkstelligte seinen Abzug ohne Schwierigkeiten und erreichte in großem Bogen die Eisenbahn südlich der von Sherman zerstörten Strecke. Dem Nordheere aber ward jetzt nach einem viermonatlichen Feldzuge voll der größten Anstrengungen eine kurze Ruhezeit gegönnt um sich zu weiteren Unternehmungen vorzubereiten.

Der Fall von Atlanta, das als „Thor des Südens" und überdies durch seine Waffenfabriken und Zeughäuser von größter Bedeutung war, machte weithin durch die aufständischen Staaten tiefen Eindruck. Die Vorgänge auf dem virginischen Kriegsschauplatze konnten sich an Wichtigkeit damit nicht messen, erhöhten aber auch die Bedrängnis des Südens.

Kämpfe vor Richmond.

Ein gewaltiger Sturm auf Petersburg am 30. Juli, den in Abwesenheit des Obergenerals Meade leitete, mißlang zwar; aber am 18. August bemächtigte sich Grant der Weldoneisenbahn, nachdem er durch einen mehrtägigen Scheinangriff auf Richmond Lee verleitet hatte beträchtliche Truppenmassen auf das nördliche Jamesufer hinüberzuschicken. Die Verbindung Richmonds mit dem Inlande war jetzt auf die südwestlich laufende Danvillebahn beschränkt. Um diese erfolgreich zu decken machte Lee eine Linksschwenkung, so daß er nun mit der Front nach Süden stand und Gefahr lief auch im Rücken angegriffen zu werden. Dies zu verhindern war die Aufgabe Earlys, dessen siegreiche Kämpfe gegen Hunter zu Ende Juni früher erwähnt wurden. Der kühne Reitergeneral

am Shenandoah.

hatte sich damals durch das Shenandoahthal nach Maryland geworfen und wieder einmal Washington und Baltimore in Angst versetzt. Hunters Erscheinen bewog ihn dann zwar auf das linke Potomacufer zurückzugehen, aber hier behauptete er sich bei Harpers Ferry bis in den September. Erst als in Sheridan ihm ein ebenbürtiger Gegner mit überlegenen Truppen entgegentrat, wich er im Shenandoahthale zurück, nicht ohne bei Winchester am 17. und weiter aufwärts bei Straßburg (Fishers Hill) am 21. und 22. September hartnäckig, aber unglücklich gekämpft zu haben. Einen weiteren Rückzug mußte Lee um seiner eigenen Sicherheit willen wenn irgend möglich zu verhindern suchen. Early erhielt deshalb Verstärkungen und ging wieder gegen Sheridan vor. Am 19. Oktober griff er ihn bei Straßburg (am Cedar Creek) an, erlitt aber nach fast schon errungenem Siege doch wieder eine Niederlage. Von da ab hielt er sich in der Verteidigung, und da Lee ihm abermals Verstärkungen unter Longstreet zusandte, behauptete er sich auch am oberen Shenandoah. Bedenklich genug war jedoch auch hier die Lage für den Sonderbund geworden, und wenn Sherman imstande war von Atlanta gegen Richmond vorzudringen, so saß Lee in einer Falle, aus der es kaum einen Ausweg gab.

In dieser Bedrängnis schien dem Süden aus dem Lager des Gegners selbst eine kaum noch erwartete Hilfe kommen zu sollen. Am 4. März

Die Parteien des Nordens.

1865 ging Lincolns Präsidentschaft zu Ende, am 4. November 1864 mußte daher die Wahl seines Nachfolgers stattfinden. Die Parteien

rüsteten sich schon seit Monaten zu der großen Schlacht und verkündeten ihre Programme (Platforms). Die ersten am Platz waren die Radikalen, die sich als neue Partei von den Republikanern absonderten und von Lincoln lossagten. Ihre Platform, die am 31. Mai in Cleveland aufgestellt wurde, verlangte Unterdrückung der Rebellion, Befreiung und Gleichberechtigung der Neger, Einziehung alles Grundeigentums in den sonderbündlerischen Staaten; zum Präsidenten wurde Fremont ausersehen. Dadurch erlitten die alten Republikaner, die an Lincoln festhielten, einen beträchtlichen Verlust an Stimmen. Sie erklärten sich in ihrem Programm von Baltimore am 8. Juni gleichfalls für kräftige Fortsetzung des Krieges und für Ausrottung der Sklaverei, verwarfen aber die weitergehenden Forderungen der Radikalen. Am längsten ließen die Demokraten auf sich warten. Daß sie den Frieden wünschten, war wohl bekannt; aber noch war kein Jahr vergangen, seit der Kongreß ihre Anträge auf Verhandlungen mit dem Süden als verräterisch gebrandmarkt hatte, und ihr Programm mußte daher sehr sorgfältig und vorsichtig gefaßt werden. In Chicago am 29. August entworfen begann es mit der Erklärung unerschütterlicher Treue gegen die Union und deren Verfassung, ließ aber unmittelbar darauf die Forderung folgen, daß die Feindseligkeiten unverzüglich eingestellt und die Herstellung der Union auf friedlichem Wege versucht werde. Erlangte ihr Kandidat und das war kein geringerer als Mac Clellan, die Mehrheit, so hatte mithin der Süden die besten Aussichten doch noch seinen Willen durchzusetzen. Daß es anders kam, war vorzugsweise den Siegen Shermans und Sheridans zu danken, die rechtzeitig genug eintraten um noch auf die Massen zu wirken und die Behauptung der Platform von Chicago, daß alle Anstrengung der verflossenen vier Jahre vergebens gewesen sei, zu widerlegen. Dennoch war der Ausfall der Wahl so lange noch völlig zweifelhaft, wie die Radikalen auf ihrer Absonderung bestanden; erst als Fremont am 24. September zurücktrat und Lincolns Wiederwahl als traurige Notwendigkeit für jeden, der die Erhaltung der Union wolle, bezeichnete, ließ sich mit leidlicher Gewißheit auf den Sieg der Republikaner zählen. In der That fielen auf Lincoln beinahe $2^1/_5$, auf Mac Clellan aber $1^4/_5$ Millionen Stimmen; es war also eine Mehrheit von kaum 10 Prozent und in manchen Staaten, z. B. in New York, wo sie nur 7000 auf mehr als 700 000 Wähler betrug, sank sie unter ein Prozent hinab. Aber je schwerer er errungen war, um so jubelnder wurde der Sieg begrüßt. Man fühlte, daß die letzte und gefährlichste Krisis überwunden sei und glaubte an eine nahe Entscheidung. Alle Nachrichten aus dem Süden bekundeten untrüglich die zunehmende Erschöpfung der feindlichen Hilfsquellen. Wohl hatte es der Sonderbundskongreß noch im Juni für eine Tollheit erklärt von der Besiegung von acht Millionen Menschen zu träumen, die einmütig entschlossen seien lieber als Freie zu sterben, denn als Sklaven zu leben; größeren Eindruck als solche hohe Worte machte das Geständnis, welches Jefferson Davis in einer Rede zu Macon

Lincolns zweite Wahl.

Erschöpfung der Südstaaten.

Ende September entschlüpfte: es gehe mit den Hilfsmitteln der Südstaaten auf die Neige oder die Erörterungen der Richmonder Blätter über die Frage, ob man die Neger bewaffnen solle. Auch die Botschaft, mit der Davis am 7. November den Sonderbundskongreß wiedereröffnete, ließ trotz des schüchternen Versuches die Finanzlage als befriedigend und die militärische gar als günstig zu bezeichnen doch die schweren Sorgen, mit denen der Präsident sich trug, klar erkennen. Wie weit mußte es schon gekommen sein, wenn allen Ernstes der Ankauf von 40 000 Negern beantragt wurde, die durch das Versprechen der Freiheit zum Kampfe für ihre Herren begeistert werden sollten. Und wie zweischneidig war diese Waffe! Mehr als 40 000 heranzuziehen und sie anders als zu Pionierdiensten zu verwenden erklärte Davis selbst für nicht ratsam. Was galt da die Drohung, daß man in der Stunde der Gefahr lieber alle Schwarzen bewaffnen als sich unterwerfen werde?

Shermans Zug an die See.

Diese Stunde aber rückte schnell heran. Während Grant in seinen Stellungen vor Richmond-Petersburg den Feind enger und enger einschnürte, nahm Sherman Mitte November seine Angriffsbewegungen wieder auf. Die zwei Monate seit der Einnahme von Atlanta hatte er größtenteils auf der Suche nach General Hood zugebracht, der mit seinem ganzen Heere, etwa 35 000 Mann, nordwärts gezogen war um die Verbindungen Shermans mit Chattanooga gründlich zu zerstören. Mit der Absicht ihn daran zu hindern und womöglich zu einer Feldschlacht zu zwingen setzte Sherman ihm nach, während General Slocum mit genügenden Kräften in Atlanta verblieb, das vorher von der gesamten Bevölkerung hatte geräumt werden müssen. Hood aber ließ es auf eine Schlacht nicht ankommen; er machte einige vergebliche Handstreiche auf die wichtigeren Punkte der Eisenbahn, zog sich aber stets eilig zurück, wenn stärkere Abteilungen des Feindes anrückten. So zog er Sherman bis Dalton hin nach sich; als er dann die westliche Richtung durch Nord-Alabama einschlug, entschloß sich der Bundesgeneral zurückzukehren und die Aufgabe mit dem beweglichen Gegner fertig zu werden dem General Thomas zu überlassen, der schon vorher nach Tennessee geschickt war und dort beträchtliche Truppenmassen zur Verfügung hatte. Sherman selbst wollte jetzt mitten durch Georgien an die Seeküste marschieren; Verwundete, Kranke und alles überflüssige Gepäck wurde nach Chattanooga geschickt und dann die ganze Eisenbahn nach Atlanta vollständig zerstört. Sie zu decken war doch nicht möglich, so sollte denn wenigstens auch der Feind keinen Nutzen aus ihr ziehen. Um das Heer zu erhalten war Georgien reich genug und Sherman war entschlossen es gründlich auszubeuten. Die Verwüstung des Landes war ihm beinahe Selbstzweck geworden; er wollte zeigen, wie er selbst sagte, daß er Georgien heulen machen könne. Ein Hintergedanke dabei war durch diese Behandlung den Staat zum Abfall vom Sonderbunde zu treiben; bei manchen einflußreichen Personen glaubte Sherman die Geneigtheit dazu entdeckt zu haben; er hoffte sogar auf den Gouverneur Brown. Hilfe stand den

Lage in Georgien.

Georgiern von keiner Seite in Aussicht. Hoods Armee war weit entfernt, durch die starken Märsche in schlechter Verfassung und unfähig ohne eigene Vorräte noch einmal durch die viel verheerte Gegend von Chattanooga bis Atlanta zu marschieren. Daß sie es gar nicht beabsichtige, ließ sich daraus ersehen, daß Beauregard, welcher den Oberbefehl übernommen hatte ohne übrigens Hood die wirkliche Führung aus der Hand zu nehmen, sein Hauptquartier nach Corinth in Mississippi verlegte. Für den schlimmsten Fall aber war Thomas beauftragt ihm auf den Fersen zu folgen. Sherman selbst nahm 60 000 Mann mit sich, den rechten Flügel befehligte General Howard, den linken Slocum. Am 15. November verließ das Heer Atlanta, eine Trümmerstätte voll Flammen und Qualm; wohin es eigentlich gehe, wußten die Soldaten nicht, aber allgemein war die Meinung verbreitet, daß Grant vor Richmond auf sie warte. Von feindlichen Truppen war auf dem ganzen Marsche wenig zu sehen; die Reiterschwärme Wheelers und die von Hardee geführte georgische Miliz belästigten den Zug ab und an, aber ohne erheblichen Schaden anzurichten. An Lebensmitteln war bei der rücksichtslosen Fouragierung Shermans kein Mangel. Über Milledgeville, die Hauptstadt des Staates, ging der Marsch an den Ogeecheefluß, der südlich von dem Savannah ins Meer fällt. An beiden Ufern bewegte sich das Heer abwärts. Gegen den 10. Dezember war man vor der Stadt Savannah und bei Fort Mac Allister an der Mündung des Ogeechee in den Ossabawsund, und schon am 13. gelang es das Fort zu stürmen und dadurch die Verbindung mit einem Geschwader herzustellen, das unter Admiral Dahlgren der Ankommenden wartete. Groß war der Jubel über das glücklich durchgeführte Unternehmen, dessen Abschluß, die Einnahme von Savannah, trotz Hardees Anwesenheit in der Stadt nur eine Frage der Zeit war. Der Südbundsgeneral ließ es denn auch auf eine Belagerung oder gar auf einen Sturm nicht ankommen. Am 21. Dezember 1864 räumte er den Platz unter Zurücklassung reicher Vorräte und zog sich über den Savannah nordwärts um die beiden Carolinas zu decken, die jetzt Shermans nächstes Ziel sein mußten.

Fall von Savannah.

Eine Zeit lang freilich schien es, als ob die Siegeslaufbahn des Mississippiheeres, wie Shermans Armee noch immer hieß, hier unterbrochen werden solle. Grants Wunsch war die sieggewohnten Truppen zur See nach Richmond heranzuziehen. Indes nach Erwägung aller Umstände nahm er diesen Befehl zurück und erlaubte Sherman den Marsch zu Lande fortzusetzen. Nach kurzer Rast brach er Anfang Januar 1865 in nördlicher Richtung nach Columbia, der Hauptstadt von Süd-Carolina, auf, wobei seine Flügel jedoch sich so weit nach Osten und Westen ausdehnten, daß der Feind unsicher war, ob das Ziel des Angriffes Charleston an der Küste oder Augusta am Savannah sei. Belangreicher Widerstand war auch hier nirgends zu überwinden und Vorräte bot das Land zur Genüge; dagegen erschwerten heftige Regengüsse, schlammige Wege und angeschwollene Flüsse den Marsch sehr.

Aufbruch nach Richmond.

Kämpfe in Carolina.

Der Feind befolgte bei seiner geschwächten Heereskraft den Grundsatz alle nebensächlichen Punkte aufzugeben und deren Besatzungen Joe Johnston, der wieder zu Gnaden angenommen war, zur Bildung eines starken Heeres zu überweisen. So wurden nicht allein Charleston (am 18. Februar) und Georgetown, sondern auch (am 22.) Wilmington in Nord-Carolina geräumt, das seine Wichtigkeit eingebüßt hatte, seit General Terry am 15. Januar des Forts Fisher, das den Hafeneingang deckte, Herr geworden war. Mit den Besatzungen, die aus diesen Küstenplätzen abzogen, mit den Milizen der beiden Carolinas und den kleineren Truppenmassen, die sich im Lande befanden, sollten sich überdies noch die Trümmer der Armee Hoods verbinden, die etwa 25 000 Mann stark von Tennessee her im Anmarsch waren. Anfangs von Thomas in seinen Unternehmungen wenig behindert, war Hood Ende November siegreich in Mittel-Tennessee eingefallen und hatte versucht das feindliche Heer von der Hauptstadt Nashville abzudrängen. Durch ein glückliches Gefecht bei Franklin, 5 Meilen südwestlich von Nashville, erkämpfte sich Thomas aber den Rückzug und bei einem Angriff, den er auf Grants Drängen am 16. Dezember unternahm, schlug er den Gegner vor Nashville so vollkommen aufs Haupt, daß derselbe mit schweren Verlusten südwärts über den Tennessee entfliehen mußte. Nach kurzer Rast und notdürftiger Ersetzung seines Kriegsmaterials wurde er jetzt in Süd-Carolina erwartet. Aber noch vor ihm erreichte Sherman Anfang März die Südgrenze dieses Staates und knüpfte von Fayetteville am Kap-Fear-Strom seine unterbrochenen Verbindungen mit der Flotte, die an der Mündung dieses Flusses bei Fort Fisher lag, wieder an. Der Landmacht, die Terry dort und in Wilmington hatte, und Schofields Korps, das aus Tennessee über Baltimore herangezogen war und weiter nördlich bei Newbern stand, wurde Befehl erteilt sich am 20. März bei Goldsboro (nordöstlich von Fayetteville) mit Sherman zu vereinigen. Letzterem suchte Johnston jetzt freilich den Weg zu verlegen, aber bei seinen geringen Streitkräften zog er in der Schlacht bei Bentonsville am 19. und 20. den kürzeren und mußte nordwestlich auf Raleigh zurückgehen. Um den weiteren Feldzugsplan mit Grant persönlich zu beraten ließ Sherman jetzt seine gesamte Armee, die an 80 000 Mann zählte, unter Schofields Kommando bei Goldsboro stehen und begab sich Ende März nach City Point, Grants Hauptquartier am James. Hier hatte sich die Lage in der Hauptsache nicht geändert. Lee stand mit seinen 50 000 Mann in befestigten Stellungen vor Petersburg, die Front südwärts, den Rücken an den östlich fließenden Appomattox gelehnt. Vergebens hatte Grant am 5. Februar einen neuen Versuch gemacht sich der Danvillebahn, die am Südufer des Flusses hinführt, zu bemächtigen; dagegen konnte Sheridan diese wichtige Verbindung weiter landeinwärts auf eine große Wegstrecke zerstören, nachdem es ihm Anfang März gelungen war seinen Gegner Early aus dem Felde zu schlagen. Lee selbst sah wohl ein, daß die letzte Stunde der Rebellion

Kämpfe in Tennessee.

Zusammenkunft Shermans und Grants.

Kämpfe um Richmond.

gekommen sei und wandte sich deshalb Anfang März an Grant mit dem Anerbieten in Unterhandlungen einzutreten. Allein er wollte keine bloß militärische Abkunft treffen, sondern zugleich politische Zugeständnisse für den Süden ausbedingen, und dazu hatte Grant keine Vollmacht; Lincoln erklärte ihm vielmehr am 3. März 1865 ganz ausdrücklich, daß er alle politischen Maßregeln ausschließlich seiner eigenen Entscheidung vorbehalte. Nun machte Lee noch einen kräftigen Versuch sich zu Joe Johnston durchzuschlagen und mit diesem vereinigt durch Shermans Heer nach Süden durchzubrechen. Allein das Unternehmen scheiterte am 25. März und eine Wiederholung wurde von Tag zu Tage aussichtsloser, weil jetzt auch Sheridan mit seinen sieggewohnten Reitern den James unterhalb Richmonds überschritt und auf Grants linkem Flügel einrückte. Lincoln begab sich nun selbst zur Armee und traf dort unerwartet auch Sherman. So konnten in persönlicher Besprechung die Vorbereitungen für die letzten Schläge getroffen werden. Lincoln wünschte dringend das Blutvergießen, das von einer entscheidenden Hauptschlacht zu erwarten stand, zu vermeiden; die beiden Generale aber waren einmütig der Überzeugung, daß dies nicht möglich sei. Während Sherman nach Goldsboro zurückkehrte um mit seiner Armee, die sich inzwischen wiederverproviantiert hatte, den letzten Vormarsch anzutreten, begann Grant am 29. März den Angriff auf die Petersburger Stellungen. Bis zum 1. April trug er keinen sichtbaren Erfolg davon; an diesem Tage aber nahm Sheridan die Werke Lees, welche die Eisenbahn deckten. Damit war dem Feinde der Rückzug auf dem Südufer des Appomattox vollkommen abgeschnitten; es blieb ihm nur noch der Raum zwischen dem Nordufer und dem James. Dennoch hielt Lee auch am 2. noch stand; aber als an diesem Tage Grant sich zum Herrn der ganzen äußeren Befestigungslinie machte, konnte nur der schleunigste Rückzug das Heer noch retten. In der Nacht ward er angetreten und so sehr beeilt, wie der traurige Zustand der Truppen es irgend zuließ. Dank dem so gewonnenen Vorsprung überschritt das fliehende Heer den Appomattox weiter aufwärts, ehe Sheridans Reiter herangekommen waren. Aber es sollte nicht weit mehr kommen. Ehe es noch Fühlung mit Joe Johnstons Armee gewonnen hatte, warf sich Sheridan ihm in den Weg und trieb am 6. die völlig demoralisierten und durch Desertion arg gelichteten Reihen an den Appomattox und über diesen Fluß zurück. Von allen Seiten umstellt mußte Lee am 9. April 1865 bei Appomattox-Courthouse mit 26 000 Mann die Waffen strecken. Die Bedingungen, die Grant ihm gewährte, waren ehrenvoll genug; den Offizieren wurden Waffen und Pferde gelassen, mit ihren Mannschaften mußten sie der Union Treue geloben und konnten dann frei in ihre Heimat gehen, wo sie nicht behelligt werden sollten, solange sie ihrem Gelöbnis und den an ihrem Wohnort gültigen Gesetzen treu blieben. Sherman erhielt die Nachricht von diesem großen Ereignis, als er eben seinen Vormarsch nach Raleigh, wo er Johnston zu fassen hoffte, angetreten hatte. Da sein Gegner

Lincoln im Lager Grants.

Lees Rückzug und Kapitulation.

Shermans Vertrag mit Joe Johnston.

aber den Rückzug rechtzeitig begonnen hatte, so wäre es nicht möglich gewesen ihn zum Stehen zu bringen und zu verhindern, daß er sein Heer in Streifscharen auflöste und den Kleinkrieg begann. Um so freudiger begrüßte Sherman sein Gesuch um Waffenstillstand, das er am 14. April erhielt; für den 17. wurde eine Zusammenkunft der beiden Oberbefehlshaber bei Durham nordwestlich von Raleigh verabredet.

Lincolns Ermordung.

Eben im Begriff sich dorthin zu begeben erhielt Sherman die Meldung, daß Lincoln am Abend des 14. April, des Karfreitags, im Theater zu Washington ermordet sei. Einige leidenschaftliche Parteigänger des Südens hatten im Hause einer Frau Surrat sich zu einer scheußlichen Reihe von Meuchelmorden verschworen. Außer dem Präsidenten waren der Vizepräsident Andrew Johnson, der Minister des Auswärtigen Seward, der Kriegsminister Stanton, die Generale Grant, Sherman und andere zu Opfern ausersehen. Man wollte den Norden mit einem Schlage aller seiner Führer berauben und dadurch der verlorenen Sache des Südens einen neuen Aufschwung geben. Daß von den leitenden Männern des Sonderbundes irgend einer um diese frevelhaften Pläne gewußt, ist ebenso unerwiesen wie unwahrscheinlich; die tapferen und ehrenhaften Generale des Südens, die Lee und Johnston vor allen, sprach selbst die erbitterte öffentliche Meinung des Nordens von jedem Verdachte frei; wenn sie dagegen auf Jefferson Davis die leidenschaftlichsten Anklagen häufte, so war das ebenso gut eine Ausgeburt des ingrimmigen Hasses, wie die Verleumdung, daß er bei seiner Flucht aus Richmond ungeheuere Summen in Gold, man sprach von 6—13 Millionen Dollars mitgenommen und Sherman bestochen habe um entschlüpfen zu können. In der That zeigte schon die mangelhafte Ausführung der Mordpläne, daß sie nur mit beschränkten Mitteln entworfen waren. Nur Lincolns Mörder, ein Schauspieler Namens Booth, erreichte sein Ziel. Mit den Ortsverhältnissen genau bekannt, sprang er, nachdem der tödliche Dolchstoß geschehen, aus der Loge des Präsidenten auf die Bühne, eilte durch eine Seitenthür auf die Straße, wo ihm ein Pferd bereit stand, und galoppierte davon. Unablässig verfolgt und am 26. April eingeholt fand er im Kampfe mit seinen Gegnern den Tod. Von den übrigen Verschworenen schritt nur einer, namens Payne, zur That, indem er den erkrankten Seward in seiner Wohnung verwundete. Er, die Surrat und einige andere wurden gefangen und ein paar Monate später zum Tode geführt.

Andrew Johnson.

Lincolns Nachfolger war verfassungsmäßig der Vizepräsident Andrew Johnson aus Tennessee, also aus einem der Rebellenstaaten. Auch er hatte sich aus ärmlichen Verhältnissen durch angestrengte Thätigkeit und praktischen Verstand emporgearbeitet; aus dem früheren Schneidermeister war ein Präsident der Republik geworden. Die feinere Bildung des Geistes, die ihm durch seine Erziehung versagt war, hatte er aber auch in seiner späteren Laufbahn nicht zu erwerben vermocht; seine Sitten waren roh geblieben; es fehlte ihm das Maß und der feine Takt, selbst

der äußere Anstand; als er sein hohes Amt antrat, konnte er den Eid auf die Verfassung nur mit lallender Stimme leisten, er war betrunken. Wenn er bisher schon in seiner politischen Haltung sich gern dem radikalen Flügel der republikanischen Partei zugeneigt hatte, so drohten die aufregenden Vorgänge der letzten Tage ihn vollends zum Werkzeug blinder Rachelust zu machen. Nicht ohne Schaudern konnte man ihn in öffentlichen Reden von dem Tode als einer zu leichten Strafe des Hochverrats sprechen und die geistigen Führer des Aufstandes mit dem Strick bedrohen hören. Stanton und andere Mitglieder des Kabinetts, die bisher von Lincoln gezügelt waren, schlossen sich jetzt auch unumwunden dem radikalen Programm an, und die Versöhnungspolitik, die dem ermordeten Präsidenten vor der Seele geschwebt, schien beseitigt zu sein.

Anklagen gegen Sherman.

Die Folgen dieses Umschwungs erfuhr zunächst Sherman. Er schloß am 18. April bei Durham eine Übereinkunft mit Johnston, die nach seiner festen Überzeugung Lincolns Billigung gefunden haben würde. Sie erstreckte sich auf alle noch im Felde stehenden südstaatlichen Truppen. Es wurde ihnen der Treueid und die Ablieferung der Waffen auferlegt, dagegen eine allgemeine Begnadigung und Wiedereinsetzung in alle politischen Rechte verheißen. Durch diese Bestimmungen überschritt Sherman freilich das rein militärische Gebiet und entschied im wesentlichen schon die Frage, ob die abgefallenen Staaten sogleich wieder zu vollen Rechten in die Union aufgenommen werden sollten; allein er wußte, daß er im Geiste des früheren Präsidenten handele und daß diese Bedingungen das Ende des Kleinkrieges verbürgten. Auf die Möglichkeit, daß seine Abmachungen in Washington verworfen werden könnten, war er zwar gefaßt; daß es aber in so verletzender Form geschehen werde, wie Stanton zu thun beliebte, konnte er im Hinblick auf seine ausgezeichneten Dienste nicht erwarten. Der Präsident verwarf nicht allein die Übereinkunft vom 18. April, sondern befahl Grant sich sofort in Shermans Hauptquartier zu begeben und die Feindseligkeiten wiederaufzunehmen; Stanton sorgte durch eine amtliche Bekanntmachung dafür, daß diese Maßregeln zur allgemeinen Kenntnis kamen, und erlaubte sich dabei sogar Anspielungen, als ob der Zweck von Johnstons Verhandlungen nur sei Jefferson Davis die Gelegenheit zu geben sich mit Sherman über seine Flucht und die Rettung seiner Schätze zu verständigen. Joe Johnstons Kapitulation.

Grants rücksichtsvollem Benehmen war es zu danken, daß Sherman wenigstens noch die Ehre eines neuen Vertrages genoß; Johnston ergab sich am 26. April auf die Bedingungen hin, die Lee gestellt waren. Gegen 37 000 Mann streckten so die Waffen. Lees Armee hatte noch reichlich 26 000 Mann betragen; etwa doppelt soviel, die in den südlicheren Staaten zerstreut standen, ergaben sich in den nächsten Wochen, so daß im ganzen gegen 120 000 Mann entwaffnet wurden. Am längsten dauerte der Widerstand in Texas, wo Kirby Smith erst Ende Mai sich unterwarf.

Ende des Krieges.

Fast genau vier Jahre hatte der gewaltige Krieg gedauert und furchtbar waren die Verluste, die er beiden Teilen zugefügt; auf reichlich

eine halbe Million darf man die Zahl der Toten, auf beinahe 2 Millionen die der Verwundeten schätzen, davon je $^3/_5$ für den Norden und $^2/_5$ für den Süden. Für die Kosten des Krieges giebt das Anwachsen der Schuldenlast um $2^1/_2$ Milliarde Dollars, d. h. gegen 12 Milliarden Mark, nur einen sehr ungenügenden Maßstab; es fehlen die Anleihen des Südens, die jetzt für ungültig erklärt wurden, die freiwilligen Beiträge, die Steuern und Zölle, die für den Krieg verwandt wurden, vor allem die unschätzbaren Summen, die durch Zerstörung des Eigentums, durch Lähmung des Handels und Gewerbes, durch Verwüstung des Landes auf Jahre hinaus verloren waren. Und was hatte man dafür erreicht? Die Abschaffung der Sklaverei und die Erhaltung der Union, oder genauer gesprochen für beides eigentlich nur die Möglichkeit. Denn das eine wie das andere schwebte solange noch in der Luft, wie die Rückkehr auf den verfassungsmäßigen Boden noch nicht vollzogen war. Diese Aufgabe zu lösen lag jetzt Andrew Johnson ob, und es war eine Aufgabe, die eines ganzen Mannes bedurfte. Konnte der radikale Schneider von Tennessee mit seinem schroffen und taktlosen Wesen ihr genügen?

Die Union nach dem Kriege und das übrige Amerika.

Lincoln und die Republikaner.

Die Radikalen erwarteten nichts anderes, als daß ihr Programm dem neuen Präsidenten zur unabänderlichen Richtschnur dienen werde. Von ihrer Gnade sollte es abhängen, wann die unterworfenen Staaten wieder zum Kongreß zugelassen würden und das Recht der Selbstregierung zurückempfingen; sie wollten bestimmen, welche Stellung den Negern eingeräumt werden und daß sie an allen politischen Rechten, besonders an dem der Wahl, teilnehmen sollten. Lincoln wäre auf diese Absichten nicht eingegangen: er hatte im Senate bereits im April 1864, im Repräsentantenhause am 3. Januar 1865 einen Zusatzartikel zur Verfassung (den ersten seit 60 Jahren) durchgebracht, der völlige Aufhebung der Sklaverei aussprach, aber er hatte auch stets daran festgehalten, daß zur vollen Rechtsgültigkeit desselben noch die Zustimmung von drei Vierteln sämtlicher Staaten mit Einschluß der aufständischen, d. h. von 27, erforderlich sei; der Erteilung des Wahlrechts an die Neger war er entgegen; noch in seinen letzten Tagen leugnete er, daß bei der Verschiedenheit der schwarzen und der weißen Rasse ihre gesellschaftliche und

Johnsons Politik.

politische Gleichstellung möglich sei. Von Johnson glaubte man solche Behauptungen nicht erwarten zu dürfen, und die heftige Art seines ersten Auftretens bestärkte diese Auffassung. Ohne Beweis schleuderte er gegen Jefferson Davis die Anklage der Mitschuld an Lincolns Ermordung, ließ den Gefangenen in Ketten legen und schien entschlossen sein Todesurteil herbeizuführen; die Begnadigung, die er erließ, schloß dreizehn Klassen von Südländern aus, und wenn er sich vorbehielt besondere Gesuche der Ausgeschlossenen zu prüfen und zu gewähren, so

legte man dem kein großes Gewicht bei. Allein sehr bald änderte sich die Haltung des Präsidenten. Jefferson Davis wurde ohne Urteil gegen Bürgschaft entlassen. Die außerordentlichen Begnadigungen wurden massenhaft erteilt; als einer der ersten erbat und erhielt Lee Verzeihung. Den Bundesgouverneuren in den Südstaaten wurde die Weisung gegeben auf die Bildung der Staatenlegislaturen und die Wahl einheimischer Gouverneure hinzuwirken, wobei natürlich von jedem Wähler ein Treueid und die Zustimmung zu dem Verfassungszusatz gefordert wurde. Den Abgesandten der Südstaaten, die zu ihm kamen, stellte der Präsident nur drei Bedingungen: Annahme dieses Verfassungszusatzes, Rücknahme des Sezessionsbeschlusses und Wertloserklärung aller Anleihen, welche die Südstaaten gemacht hatten. Über das Negerwahlrecht äußerte er wohl Privatansichten, wollte aber jedem Staate die freie Entschließung überlassen und diese nur durch ein Gesetz beeinflussen, nach welchem die Vertretung im Kongreß nicht mehr wie bisher von der Bevölkerungszahl unter Zurechnung von drei Fünfteln der Sklaven, sondern von der Zahl der Wähler abhängen sollte. Daß er den Negern durch eine bestimmte Lohntaxe, wo es nötig war, ihren Lebensunterhalt sicherte, sie aber andererseits auch zur Arbeit zwang, daß er für sie die Zeugnisfähigkeit vor Gericht und den notwendigsten Schulunterricht forderte, versöhnte die Radikalen nicht: sie waren außer sich vor Zorn über die Enttäuschung, die ihnen Johnson bereitete. Solange der Kongreß nicht zusammengetreten war, besaßen sie freilich keine Mittel den Präsidenten zu hindern; kaum aber war die Session eröffnet, so begann der Kampf. Kraft des Rechtes, welches dem Sekretär des Repräsentantenhauses zustand, strich dieser alle angemeldeten Vertreter des Südens als offenkundig Unberechtigte von der Liste der Kongreßmitglieder und beraubte sie dadurch — natürlich im Einverständnis mit der republikanischen Mehrheit — bis zur Wahlprüfung ihrer Sitze. Mit großer Mehrheit, 123 gegen 36 Stimmen, beschloß das Repräsentantenhaus sodann keinen Abgeordneten aus dem Süden aufzunehmen, bis ein Ausschuß, den es in Gemeinschaft mit dem Senate niedersetzte, berichtet habe, welche der Sonderbundsstaaten zur Wiedereinnahme ihrer früheren Stellung berechtigt seien. Der Konflikt mit dem Präsidenten und der Bruch mit der bisherigen Rechtsanschauung der republikanischen Partei war damit vollzogen. Johnson und Seward standen noch immer treu zu Lincolns Lehre, daß kein Staat der Union ausscheiden und somit aufhören könne Staat zu sein, daß die verfassungsmäßige Mitwirkung der Südstaaten im Kongreß durch die Rebellion unterbrochen, aber nicht zerstört worden sei, daß es nur williger und treuer Organe in den bezwungenen Staaten bedürfe um sie wieder in den Vollbesitz ihrer Rechte treten zu lassen. Dem entsprach es, wenn Johnson am 18. Dezember 1865 in einer Proklamation ankündigte, daß drei Viertel sämtlicher Staaten, darunter acht Mitglieder des Sonderbundes, den Zusatzartikel zur Verfassung angenommen hätten und damit die völlige Abschaffung der Sklaverei Verfassungsrecht geworden

Seine Bedingungen für die Wiederaufnahme der Südstaaten.

Konflikt mit dem Kongreß.

Aufhebung der Sklaverei.

sei. Unlogisch genug ließ die Kongreßmehrheit diese Proklamation unangefochten, während sie doch auf dem Satze beharrte, daß die Sonderbundsstaaten ihr Staatenrecht verloren hätten und zu Territorien herabgesunken seien, die erst von neuem als Staaten anerkannt werden müßten. Um des erwünschten Inhaltes willen ließ sie sich den Staatsstreich, wie radikale Blätter die Proklamation nannten, gefallen; konnte es doch an anderen Gelegenheiten ihre dem Präsidenten feindliche Politik zu bethätigen nicht lange fehlen.

Die Freigelassenenämter.

Ein Gesetz über die sog. Freigelassenenämter, das im Januar und Februar 1866 von beiden Häusern angenommen wurde, eröffnete den Kampf. Es verordnete die Fortdauer dieser Ämter, die während des Krieges aus Offizieren gebildet waren um die Freigelassenen gegen ihre früheren Herren zu schützen. Bei einer Strafgewalt bis zu 1000 Dollars und einem Jahre Gefängnis beschränkten dieselben die ordentliche Rechtspflege der Einzelstaaten und gaben der Centralregierung eine außerordentliche Gerichtsbarkeit in denselben. Johnson hielt ihre Fortdauer für nicht mehr erforderlich und für unvereinbar mit der Selbständigkeit der Staaten; er verwarf daher die Freigelassenenbill, indem er von seinem Veto Gebrauch machte, und spitzte dadurch seine Stellung zum Kongreß in gefährlicher Weise zu; denn das Veto war eine seltenbenutzte Waffe und in den 76 Jahren, seit denen es existierte, nur 26mal zur Anwendung gekommen. Vollends für Johnson war der Gebrauch desselben gefährlich, weil der Kongreß von seiner Gegenwaffe Gebrauch machen, d. h. durch einen zweiten, mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß dem

Das Veto des Präsidenten.

fraglichen Gesetze trotz des Vetos Rechtskraft verleihen konnte. Nur ein einziges Mal war es bisher zu einer solchen Entwaffnung des Präsidenten gekommen; denn geschlossene Zweidrittelmehrheiten gehörten natürlich zu den Seltenheiten: auch jetzt hätten sie den Republikanern gefehlt, wenn die Vertreter der Südstaaten auf ihren Sitzen gewesen wären. Im Senate regten sich denn auch Bedenken gegen ein so scharfes Vorgehen, und während im Repräsentantenhause gar eine Vierfünftelsmehrheit das Veto außer Kraft setzte, stimmten von 48 Senatoren, nur 30 dafür und der Präsident blieb diesmal noch Sieger. Aber die Erbitterung war auf beiden Seiten jetzt auf das höchste gestiegen; Johnson stürzte sich in öffentlichen Reden mit der vollen Maßlosigkeit seiner Beredtsamkeit über die Kongreßmehrheit her, bestritt die Gesetzlichkeit der Versammlung, aus der elf Staaten ausgeschlossen seien, und erließ am 4. April 1866 eine

Umstoßung desselben.

Proklamation, welche den Krieg für beendet erklärte und die Selbstregierung der Sonderbundsstaaten wiederherstellte. Schon einige Tage vorher hatte er sein Veto zum zweitenmal gegen ein Gesetz geübt, das die civilrechtliche Stellung der Neger ordnete und den Schutz derselben den Bundesgerichten überwies. Jetzt war auch im Senat seine Sache verloren. Von den sechs Republikanern, die bei der Freigelassenenbill noch zu Gunsten des Vetos gestimmt hatten, fielen drei ab und mit 33 gegen 15 Stimmen hob der Senat am 9. April das Veto vom 27. März

auf. Das Repräsentantenhaus verfuhr natürlich ebenso und die Civilrechtsbill war trotz dem Präsidenten Gesetz.

Die öffentliche Meinung, die noch immer zwischen dem Kongreß und Johnson schwankte, wurde durch dieses Gesetz umsomehr von dem Präsidenten abgedrängt, als greuelvolle Metzeleien in Memphis, New Orleans und in verschiedenen Bezirken von Texas die Hilfsbedürftigkeit der Neger in entsetzlicher Weise veranschaulichten. Auch verdroß es das Volk des Nordens, wenn es sehen mußte, wie so mancher Rebellenführer bereits wieder, als ob nichts vorgefallen wäre, in die Politik eingriff und von Johnson in zuvorkommender Weise behandelt wurde. Trotzdem wünschte die große Mehrheit auch der Republikaner lebhaft aus den Übergangszuständen endlich herauszukommen, und es handelte sich nur um die Bedingungen, die man den Südstaaten vor ihrer Zulassung zum Kongreß stellen solle. Der Ausschuß beider Häuser, der diese Frage beriet, brauchte sehr lange Zeit um sich zu einigen; seine Anträge vom 1. Mai 1866 führten zu einem Gesetz, welches einerseits alle an der Rebellion Beteiligten bis zum 4. Juli 1870 des Wahlrechtes beraubte, andererseits die Wiederanerkennung der Rebellenstaaten von der Einwilligung in einen neuen Verfassungszusatz, den vierzehnten, abhängig machte, der den Negern das Bundes- wie das Staatsbürgerrecht sicherte, die Verteilung der Kongreßsitze nach der Zahl der Wähler ordnete, die Zulassung ehemaliger Rebellenführer zu irgend einem Amte an einen Zweidrittelsbeschluß des Kongresses knüpfte und endlich die Nichtigkeit aller Sonderbundsschulden aussprach. Es war dies insofern ein geschickter Schachzug, als Johnson, der sämtliche Südstaaten bereits wieder als vollberechtigt anerkannt hatte, in eine peinliche Lage kam, wenn einer derselben die Kongreßbedingungen annahm und dadurch mittelbar die präsidentielle Anerkennung als ungenügend kennzeichnete. Wirklich geschah dies und obendrein in Johnsons Heimatsstaat Tennessee und unter den erschwerendsten Umständen. Die Anhänger des Präsidenten konnten nämlich durch Entfernung die gesetzgebende Versammlung des Staates beschlußunfähig machen; um dies zu verhindern wurden zwei derselben von den Gegnern unter Anwendung körperlicher Gewalt festgehalten und mitgezählt. Kaum war dies geschehen, so telegraphierten die Sieger die Annahme des Verfassungszusatzes nach Washington, und der Kongreß beschloß sofort auf dieses Telegramm hin die Zulassung von Tennessee. Johnson glaubte sich fügen zu müssen; er verwahrte sich zwar gegen die Begründung der Zulassung und die Gültigkeit des erzwungenen Beschlusses, unterzeichnete aber trotz dieses Protestes das Gesetz über die Wiederaufnahme seines Heimatlandes.

Bedingungen des Kongresses für die Wiederaufnahme der Südstaaten.

Wiederaufnahme von Tennessee.

Drei Tage darauf, am 28. Juli 1866, vertagte sich der Kongreß und nun drängten sich Parteiversammlungen für und gegen den Präsidenten in schneller Folge. Manche darunter hatten doch großes Gewicht. Wenn mehr als 130 Generale und 3000 andere Offiziere sich Mitte September in Cleveland für den Präsidenten aussprachen, so konnte das

Parteibewegungen.

durch eine Gegenkundgebung Butlers, Burnsides und anderer republikanischer Heerführer nicht ungeschehen gemacht werden. Es gab Angriffspunkte genug gegen den Kongreß. Besonders daß er über der hohen Politik die praktischen Bedürfnisse des Landes unverantwortlich vernachlässigt, daß er erst in der letzten, achtundvierzigstündigen Sitzung eine lange Reihe von Finanz-, Verkehrs- und Ackerbaugesetzen durchgejagt hatte, wobei viele Mitglieder zum Abstimmen erst geweckt werden mußten, ließ sich sehr vorteilhaft gegen ihn verwenden. Aber Johnson war nicht der Mann dies recht zu benutzen; meist schadeten seine Angriffe durch ihre Form ihm selbst mehr als dem Angegriffenen. Begleitet von Männern wie Seward, Grant, Farragut, Meade, trat er im September eine Reise über New York nach Chicago an, wo dem verstorbenen Douglas ein Denkmal enthüllt werden sollte; überall hielt er Reden, erschien in Volksversammlungen, zankte sich mit namenlosen Leuten oft in witziger, immer in würdeloser Weise herum und verdarb seine Sache gründlich. Die Republikaner waren ihm beständig auf den Fersen. Sowie er eine Stadt verlassen hatte, erschienen ihre Redner hinterdrein und verarbeiteten den abgezogenen Präsidenten auf das schonungsloseste. Das Ergebnis dieses Kampfes trat in den Herbstwahlen zum Kongreß als eine völlige Niederlage Johnsons an den Tag. Ein Zweig der Republikaner, der sich zu ihm hinüberschlagen wollte, unterlag glänzend, die Demokraten büßten wenigstens einige Sitze ein, die bisherige Zweidrittelmehrheit ging neu gestärkt aus den Wahlen hervor.

Johnsons Agitationsreise.

Bis zum 4. März 1867 bestand aber noch der alte Kongreß. Kaum war er wieder zusammengetreten, so beschloß er, daß gleich nach seinem Auseinandergehen sein Nachfolger in Thätigkeit treten solle um so dem Präsidenten jede eigenmächtige, nicht überwachte Wirksamkeit unmöglich zu machen. Eine Reihe von anderen Beschlüssen bewegte sich in derselben feindseligen Richtung, und sowie der Präsident sich widersetzte, war die Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern bereit sein Veto umzustoßen. Selbst zu einer Anklage wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt verstiegen sich die radikalsten Mitglieder schon; aber der am 7. Januar 1867 eingebrachte und an einen Ausschuß verwiesene Antrag war so ungenügend begründet, daß der dem nächsten Kongreß im Juni darüber erstattete Bericht auf vorläufige Abweisung lautete und das Repräsentantenhaus dem Ausschusse nur empfahl die Sache auch ferner im Auge zu behalten.

Antrag auf Anklage gegen den Präsidenten.

Auch der Kongreß befand sich indes den Südstaaten gegenüber in einer unbehaglichen Lage. Dem vierzehnten Verfassungszusatz hatten von 36 Staaten nur 23 zugestimmt, von den Sonderbundsstaaten nur Tennessee. Unlustig längeren Wartens brachte deshalb Thaddaeus Stevens am 28. Januar 1867 den Antrag ein, der Kongreß solle selbst die Gesetzgebung für die Südstaaten in die Hand nehmen und die Art ihrer Neugestaltung anbefehlen. Schon nach acht Tagen empfahl der mit der Prüfung beauftragte Ausschuß einen Gesetzentwurf auf diesen Grundlagen. Die

Die Rekonstruktionbill.

zehn Südstaaten wurden in fünf Militärbezirke geteilt, deren Befehlshaber nicht der Präsident, sondern General Grant ernennen sollte; dieselben erhielten den Auftrag und das Recht allen Einwohnern für ihre persönlichen und Eigentumsrechte Schutz zu gewähren und, wenn es ihnen nötig schien, alle bürgerlichen Gerichte beiseite zu schieben. Über die Bedingungen der Wiederzulassung der zehn Staaten wurde nach längerer Verhandlung mit dem Senat am 20. Februar bestimmt, daß ein Konvent sämtlicher Bürger, also mit Einschluß der Neger, aber mit Ausschluß der Rebellen, zuvörderst eine Staatsverfassung genehmigt haben müsse, die mit den Gesetzen der Union in Einklang stehe und allen besagten Bürgern das Wahlrecht gebe; diese werde der Kongreß prüfen und sobald der noch immer in der Luft schwebende vierzehnte Verfassungszusatz Rechtskraft gewonnen habe, Vertreter der so umgestalteten Staaten in seine Mitte aufnehmen. Vergeblich legte Johnson auch jetzt sein Veto ein; es war durchaus zur Regel geworden dasselbe einfach durch eine zweite Abstimmung umzustürzen; wie auf diesem Wege die Aufnahme des 37. Staates Nebraska erfolgt oder dem Präsidenten das Recht höhere Beamte abzusetzen genommen war, so trat nun auch die Rekonstruktionbill, das „Neugestaltungsgesetz", wider seinen Willen in Kraft. Soviel es in seiner Macht lag, suchte er es darauf wenigstens in der Ausführung zu beschränken und griff besonders die im Sinne des Kongresses aufgestellten Wählerlisten an, die er durch Einfügung der von ihm begnadigten Rebellen zu ändern suchte. Er hatte dabei sein ganzes Ministerium außer Stanton auf seiner Seite und konnte sich auch auf den obersten Gerichtshof berufen, dessen Mehrheit in verschiedenen Einzelfällen gegen den Kongreß entschied, obgleich keines seiner Mitglieder von Johnson ernannt war. Den nächsten Widerstand dagegen hatte er von den Militärgouverneuren zu erwarten, unter denen zwei, Sheridan und Sickles, ihm entschieden feindlich gegenübertraten, zwei andere, Schofield und J. B. Thomas, ernstliche Konflikte zu vermeiden suchten und nur der fünfte, Ord, offen zum Präsidenten stand. Sheridan begann damit die von Johnson eingesetzten Civilgouverneure von Louisiana und Texas ihrer Stellen zu entheben und erhielt durch einen nachträglichen Kongreßbeschluß, natürlich abermals gegen das Veto des Präsidenten, die Bestätigung dafür. Nun ging Johnson die Geduld aus, er griff zu Maßregeln, die ihm durch Kongreßbeschlüsse geradezu verboten waren. Obgleich ihm das Recht der Absetzung entzogen war, ernannte er an Stantons Stelle, den er von der Leitung des Kriegsministeriums „einstweilen" entband, Grant, an Sheridans und Sickles Stelle zwei getreue Generale; obgleich ihm das Recht der Begnadigung genommen war, hob er durch Proklamation vom 7. September beinahe alle Ausnahmen, die er im Mai 1865 gemacht hatte, auf und beschränkte dadurch die Zahl derer, welche nach seiner Auffassung von dem Wahlrecht ausgeschlossen sein sollten, auf 2—3000. Allein seine Macht reichte nicht mehr aus solche Befehle durchzusetzen. Als am 24. September die Wahllisten in

Johnson und die Militärgouverneure.

Stantons Suspension.

den 10 Südstaaten geschlossen wurden, wiesen sie zusammen an schwarzen Wählern etwa 80 000 mehr auf als an weißen, während die Zahl der weißen Bevölkerung doch etwa doppelt so stark war wie die der schwarzen; die Wahlkommissare hatten sich an keine Begnadigungen des Präsidenten gekehrt. Kaum war der Kongreß im Dezember 1867 wiederzusammengetreten, so begannen auch die Konflikte wieder. Den Ausschußantrag jetzt den Präsidenten anzuklagen lehnte das Repräsentantenhaus am 7. Dezember noch einmal ab; dagegen beschloß es einen Dank für Sheridan, erklärte die Civilregierungen in den Südstaaten für abgesetzt und übertrug das Recht neue zu ernennen auf General Grant, so daß dieser gleichsam außerordentlicher Präsident für den ehemaligen Sonderbund war; aus dem Kriegsministerium mußte er dagegen scheiden, weil der Senat am 14. Januar 1868 die Wiedereinsetzung Stantons beschloß. Allen diesen Angriffen gegenüber entschloß sich Johnson nun zu einem handgreiflichen Gesetzesbruch: obgleich der Senat versammelt war, enthob er ohne dessen Mitwirkung Stanton am 21. Februar wiederum seines Amtes, ernannte den 70jährigen General Lorenzo Thomas zu seinem Nachfolger und traf Vorbereitungen um den bisherigen Minister mit Gewalt aus seinem Bureau zu vertreiben. Gleich anderen Tags nahm das Repräsentantenhaus mit 126 gegen 47 Stimmen den Antrag an die Klage gegen den Präsidenten beim Senate anhängig zu machen und zwei der leidenschaftlichsten Radikalen, Stevens und Bingham, erschienen am 25. Februar als Kläger vor der Barre des anderen Hauses. Am 30. März begannen die Verhandlungen unter Leitung des Oberrichters Chase, der den Senatspräsidenten in diesem Falle zu vertreten hatte, und am 17. Mai ward über den ersten Punkt der Anklage, die Absetzung Stantons, abgestimmt. Zur Verurteilung des Präsidenten gehörte eine Zweidrittelmehrheit, 36 von den 54 Senatoren, welche die 27 anerkannten Staaten repräsentierten; 35, also einer zu wenig, fällten ihr Schuldig, Johnson war freigesprochen. Daß er es war, verdankte er dem Abfall einiger Republikaner, gegen die nun beide Häuser eine Untersuchung wegen Bestechung einleiteten; sie führte zwar zu keinem Ergebnis, allein an der Wahrheit der Anklage zweifelte niemand. Für den Frieden des Landes und die Würde seiner höchsten Magistratur war der Ausgang des Prozesses nicht zu beklagen; er wirkte wie ein niederschlagendes Mittel; heftige Ausfälle der beiden Parteien gegeneinander wurden seltener: die Republikaner behandelten Johnson wie einen toten Mann, dieser selbst zog aus seiner bisherigen Haltung nur noch die unerläßlichsten Konsequenzen, unterließ aber jede Herausforderung zum Kampfe. Die Südstaaten wurden durch die augenscheinliche Ohnmacht des Präsidenten bewogen sich dem Kongresse zu beugen; Alabama ging schon im Februar 1868 mit seinem Beispiele voran, Ende April folgten die beiden Carolina, Georgien, Louisiana und Arkansas; alle sechs wurden darauf ohne weiteres auf Grund der Rekonstruktionbill zugelassen und das Veto, welches Johnson einlegte, mit großen Mehr-

Grants Stellung im Süden.

Anklage und Freisprechung Johnsons.

Wiederaufnahme der Südstaaten.

heiten gestürzt. Nur Virginien, Florida, Mississippi und Texas beharrten noch auf ihrem Widerstande und wurden deshalb von der Teilnahme an der Präsidentenwahl ausgeschlossen. An Floridas Stelle, das sich bald fügte, trat aber Georgien noch einmal, dessen gesetzgebende Versammlung ihrem Negerhasse so ungezügelten Ausdruck gab, daß der Kongreß einschreiten mußte. Erst im Jahre 1870 wurden auch diese vier Staaten in ihre vollen Rechte wiedereingesetzt und damit die letzte Lücke, welche der große Krieg in die staatsrechtlichen Institutionen der Republik gerissen hatte, ausgefüllt.

Die Abrüstung.

Andrew Johnson wurde auch von seiner eigenen Partei bei den Neuwahlen im Herbst 1868 beiseite geschoben: die Demokraten vereinigten ihre Stimmen auf Horatio Seymour, früheren Gouverneur von New York. Die ungeheuere Mehrheit aber erwählte den republikanischen Bewerber, General Grant, der demnach von 1869—1873 und da er zum zweitenmal gewählt wurde, bis zum 4. März 1877 mit der höchsten Würde des Landes bekleidet ward. Wie er die Wiederherstellung der Union vollendete, so fiel ihm die Beseitigung mancher anderen Nachwehen des Krieges zu. Die militärischen Rüstungen hatte natürlich Johnson sofort nach den entscheidenden Kapitulationen aufgehoben. Das Militärbudget war schon Ende 1865 von über 500 auf etwa 34 Millionen Dollars, die Schiffszahl der Flotte von 530 auf 117, ihre Bemannung von mehr als 50 000 auf 12 000 Mann vermindert; an Freiwilligen des Landheeres waren etwa 800 000 Mann entlassen. Nicht so leicht konnten die Finanzen wiedergeordnet werden.

Die Finanzlage.

Eine Hauptaufgabe des Kongresses mußte die Beschränkung des Papiergeldes sein, dessen Betrag während des Krieges von 200 auf 700 Millionen Dollars gestiegen war und das natürlich dem Hartgelde gegenüber stark entwertet war; sodann galt es die Schuld, welche am 31. Oktober 1865 etwa $2^3/_4$ Milliarden Dollars betrug, nach Kräften zu vermindern. Die republikanische Partei und mit ihr Johnson hielten daran fest, daß schnellste Einziehung der Schatzscheine, Umwandlung der hochverzinsten Anleihen in billigere und Auszahlung der Zinsen wie des Kapitals in Gold die leitenden Gedanken der Finanzpolitik sein müßten; die Demokraten dagegen wollten durch Bezahlung der Gläubiger in dem entwerteten Papier, das ja gesetzliche Geltung in der Union habe, dem Staatsschatze aufhelfen. Trotz der glänzenden Abwerfung dieses Vorschlages, der im Repräsentantenhause am 14. Dezember 1868 nur 6 von 160 Stimmen für sich hatte, kam die demokratische Partei bald verhüllter bald offener noch wiederholt damit zum Vorschein, allein immer erfolglos, und es gelang auf dem ehrlichen, von der Regierung eingeschlagenen Wege die Schuld bis Ende 1885 auf 1,83 Milliarden herabzubringen.

Konflikte mit England.

Selbst von ihren Urhebern nicht ernsthaft gemeint, sondern nur als ingrimmige Drohung hingeworfen war die von Sumner im Senate vertretene Forderung, daß England wegen der Unterstützung, die es mittelbar dem Sonderbunde gewährt habe, die Hälfte der Kriegskosten

zu ersetzen verpflichtet sei. Darüber aber waren alle Staatsmänner der Union einig, daß sie eine glänzende Genugthuung und eine gewisse Entschädigung für die Ausrüstung der Kaperschiffe in englischen Häfen fordern müßten. Gleich nach der Niederwerfung des Aufstandes teilte Seward dies dem englischen Kabinet mit und schlug die Bildung eines Schiedsgerichtes vor. Das lehnte Earl Russell am 30. August 1865 ab, behauptete die Rechtmäßigkeit der Haltung Englands und wollte nur die Bildung einer gemischten Kommission zugeben, welche die Ansprüche, die von der einen oder der anderen Seite erhoben werden könnten, gegeneinander abwägen solle. Die beiden Standpunkte schlossen sich so vollkommen aus, daß man hüben wie drüben die Möglichkeit eines Krieges ins Auge faßte und England besonders um Kanada besorgt war, das etwaigen Angriffen ziemlich offenstand. Auch die Feniereinfälle, deren früher gedacht wurde, mußten diese Besorgnis verstärken und die Schutzmittel, welche man dagegen vorbereitete, die Vereinigung Kanadas mit Neu-Schottland, Neu-Braunschweig und den anderen britischen Kolonieen im Norden der Vereinigten Staaten zu einer Konföderation, die in Ottawa ihre neue Hauptstadt erhielt, die Erhöhung des kanadischen Militärbudgets von 300 000 auf eine Million Pfund, die Befestigung verschiedener Plätze und ähnliche Maßregeln konnten erst allmählich Bedeutung und Kraft gewinnen. Der Präsident Johnson dachte indessen überhaupt nicht an eine kriegerische Lösung, sondern begnügte sich Erhebungen über den Umfang des angerichteten Schadens anstellen zu lassen und einen günstigen Augenblick abzuwarten. Auch das war für England ebenso peinlich wie unheimlich; denn man mußte sich sagen, daß Amerika jeden Krieg Englands mit einer anderen Macht benutzen konnte um Rache zu nehmen und dem britischen Handel durch die Ausrüstung von Kaperschiffen Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Darum nahm das britische Kabinet selbst von Zeit zu Zeit die Sache wieder auf um sie aus der Welt zu schaffen, während Seward allen Anerbietungen gegenüber auf der ursprünglichen Forderung eines Schiedsgerichts beharrte und diesem selbst die Frage zur Beantwortung überweisen wollte, ob England berechtigt gewesen sei den Sonderbund als kriegführende Macht anzuerkennen.

Kriegsgefahr.

Bis auf diesen einen Punkt hatte die Toryregierung Anfang 1868 schon nachgegeben und die unabhängigen Liberalen, die im Gegensatz zu den Whigs immer auf seiten des Nordens gestanden hatten, drängten sie auch in diesem Punkte zu weichen. Das hielt die Regierung denn aber doch mit ihrer Würde nicht vereinbar und Johnsons bedrängte Stellung eröffnete ihr überdies bessere Aussichten. Im August 1868 erschien ein neuer amerikanischer Gesandter in London, Reverdy Johnson, ein Demokrat, der gelindere Saiten aufzog, auf einem Festbankett nach dem anderen von der Notwendigkeit einer Versöhnung und der brüderlichen Gesinnung des amerikanischen Volkes sprach und am 23. November wirklich mit Lord Stanley einen Vertrag unterzeichnete, der einer gemischten Kommission in Washington die Erledigung der Sache übertrug und nur die Punkte,

Annäherungen.

über die sie zu keiner Einigung kommen könne, dem Schiedsspruch eines unbeteiligten Souveräns vorbehielt. Die große Freude, die darüber in England herrschte, wurde aber bald schmerzlich getrübt, denn der Senat verwarf den Vertrag im April 1869 mit allen gegen eine Stimme, obgleich England durch die Veränderung seiner Neutralitätsgesetze bereits ein großes Zugeständnis gemacht und den Vertrag selbst in einigen untergeordneten Punkten am 14. Januar 1869 dem amerikanischen Standpunkt noch mehr angenähert hatte. Der inzwischen zum Präsidenten erwählte Grant berief darauf Reverdy Johnson ab und beauftragte seinen Nachfolger Motley, den Geschichtschreiber der Niederlande und früheren Gesandten in Wien, die alte Politik des Zögerns wiederzubefolgen. Erst Ende 1870 wurden die Verhandlungen lebhafter wiederaufgenommen; Motley ward durch Schenck ersetzt und am 10. Februar 1871 verständigte man sich über die Bildung einer gemischten Kommission in Washington, die Vorschläge zur endgültigen Ordnung machen sollte. Sie stellte in einem Protokoll vom 8. Mai den Grundsatz fest, daß eine neutrale Macht die Ausrüstung von Kapern, überhaupt die Benutzung ihres Gebietes als Operationsbasis keinem kriegführenden Teile gestatten dürfe. Einem Schiedsgericht von fünf Mitgliedern, die England, die Union, Brasilien, Italien und die Schweiz ernennen sollten, wurde die Entscheidung übertragen, ob und in welchem Umfange England diesen Grundsatz verletzt habe; es ward demselben zugleich Vollmacht gegeben auf eine Entschädigungssumme in Bausch und Bogen zu erkennen und die Sache schien also auf dem besten Wege. Dennoch drohte alles Gewonnene noch einmal zu scheitern. Als das Schiedsgericht am 17. Dezember 1871 in Genf zusammengetreten war, meldete Amerika seine Forderungen nicht allein für den unmittelbar, sondern auch für den mittelbar ihm zugefügten Schaden an und es hieß, der letztere beziffere sich auf 12 Milliarden Mark. Natürlich erhob das englische Ministerium Einsprache dagegen und erklärte bei dem Washingtoner Vertrag nur den unmittelbaren Schaden im Auge gehabt zu haben. Amerika aber versicherte von sich das Gegenteil, und wenn es auch bereit war die Aufgabe des Genfer Schiedsgerichtes auf diesen unmittelbaren Schaden zu beschränken, so behielt es sich doch alle weiteren Ansprüche vor, wollte also den schlimmsten Anlaß zum Streite unerledigt lassen. Die Schiedsrichter selbst machten der Sache am 19. Juni 1872 dadurch ein Ende, daß sie erklärten, eine Ersatzpflicht für mittelbaren Schaden kenne das Völkerrecht gar nicht und die amerikanischen Ansprüche seien deshalb durchaus hinfällig. Dabei beruhigte sich die Union denn auch und zog ihre Forderung ausdrücklich zurück, worauf das Schiedsgericht nach gründlichen Verhandlungen die Ersatzsumme am 14. September auf $15^1/_2$ Million Dollars bestimmte. Obgleich das nur der dritte Teil des amerikanischen Anschlages war, gab man sich doch in Washington damit zufrieden und begnügte sich mit dem moralischen Siege, der durch einen zweiten Schiedsspruch wenige Wochen darauf noch erhöht wurde.

Der Vertrag von Washington.

Das Genfer Schiedsgericht.

Der Juans-Archipel.

Der deutsche Kaiser entschied nämlich am 21. Oktober 1872 auf Ersuchen der beiden Mächte einen alten Streit über die kleinen Inseln im Vancouversunde, den S. Juansarchipel. In dem Oregonvertrage von 1846 waren die Bestimmungen darüber zweideutig gefaßt und um weiteren Zwistigkeiten vorzubeugen wurde nun das unparteiische Urteil eines Dritten erbeten, das auf Gutachten des Geographen Kiepert und einiger Juristen zu Gunsten der Vereinigten Staaten ausfiel.

Die Hudsonsbailänder.

Die kleine Vergrößerung, welche der Union dadurch zu teil ward, hatte natürlich keine Bedeutung. Aber die amerikanischen Staatsmänner waren seit Beendigung des Bürgerkrieges auch sonst sichtlich beflissen das Gebiet ihres Landes zu erweitern. England gegenüber war das nur einmal zur Geltung gekommen, als die Kolonisten am Red River und Winipegsee, unzufrieden daß man ihr Gebiet mit Kanada vereinigt habe, sich zu einer gesonderten Republik Winipeg konstituierten und nun der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten dem Präsidenten empfahl England zu einer Abtretung dieses Gebietes zu veranlassen. Die Unterwerfung der Aufständischen im August 1870 vereitelte jedoch weitere Bemühungen in dieser Richtung und die Einverleibung der ungeheueren Länder, welche bis 1869 der Hudsonsbaikompagnie gehört hatten, in Kanada ging ohne den geträumten Gewinn für die Union von statten. Dagegen war noch weiter im Norden und getrennt von den Vereinigten

Alaska

Staaten das bisher russische Nordamerika erworben. Der Vertrag, den Johnson darüber mit Rußland schloß, ward vom Senate am 9. April 1867 genehmigt; die Bewilligung der Kaufsumme von $7^1/_2$ Millionen Dollars zog sich im Repräsentantenhause bis in den Juli 1868 hin, worauf das neue Territorium am 18. unter dem Namen Alaska aufgenommen wurde. Die Vollendung der großen Eisenbahnlinie, die San Francisco mit New York verbindet, knüpfte auch dieses ferne und öde Gebiet im folgenden Jahre enger an die Staaten, in denen das eigentliche Leben der Union pulsiert. Die Erbauung der Bahn aber führte zu neuen Indianerkriegen, die Blut und Geld in erschreckendem Maße verschlangen und die Ausrottung der Ureinwohner des Landes immer näher rückten. Bis 1875 sank ihre Zahl auf etwa 280 000 Köpfe, doch befand sich darunter eine doppelt so große Zahl ansässiger Familien wie fünf Jahre früher, nämlich fast 20 000.

St. Thomas.

Wenig erfolgreich waren die Versuche, die besonders Grant sehr eifrig betrieb, auf den westindischen Inseln festen Fuß zu fassen. Der natürliche Widerwille, den die Gegner der Sklaverei früher gegen eine Ausdehnung in dieser Richtung gefaßt hatten, war noch immer lebendig und besonders Charles Sumner, der Senator für Massachusetts, that alles um die Anträge des Präsidenten zum Scheitern zu bringen. Den ersten Anstoß hatte übrigens auch hier Johnson gegeben; er schloß Ende 1867 einen Vertrag mit Dänemark über den Ankauf der Inseln St. Thomas und St. Juan, konnte aber die Zustimmung des Senates nicht erhalten, und der einmal gescheiterte Plan kam trotz der günstigen

Volksabstimmung auf den Inseln nicht zur Ausführung. Grant hatte sich noch größere Dinge vorgenommen; ihm lag die Erwerbung von San Domingo und selbst von Kuba im Sinne. Hier wie dort begünstigten die Zustände solche Pläne. In San Domingo hatte die mehr als hundertjährige, durch den Ryswicker Frieden 1697 begründete Zweiteilung der Insel durch die Erhebung des östlichen Teiles gegen die spanische Herrschaft im Jahre 1822 und seine Vereinigung mit der vormals französischen westlichen Hälfte, der Republik Haiti, nur eine vorübergehende Unterbrechung erfahren. Schon 1844 löste sich San Domingo wieder ab, weil es dem Negerregimente in Haiti sich nicht anbequemen wollte. Unter der Leitung Santanas behauptete es sich gegen die Wiedereroberungsversuche seiner Nachbarn, die besonders lebhaft wurden, als der Neger Soulouque sich unter dem Namen Faustin I. zum Kaiser von Haiti aufgeschwungen hatte, die aber auch nach dessen Sturze durch den General Fabre Geffrard im Dezember 1858 nicht aufhörten. Santana hielt endlich die Rückkehr unter spanische Herrschaft für das beste Mittel Domingo sicherzustellen und rief am 8. März 1861 Isabella II. als Königin aus. Fortwährende Aufstände, mit welchen Geffrard in Haiti zu kämpfen hatte, kamen der Neuerung zu statten, aber es dauerte nicht lange, so hatten sich auch die Republikaner von Domingo verständigt und erhoben sich gegen Spanien und Santana. Eine provisorische Regierung, die sie im September 1863 einsetzten, leitete den Aufstand so erfolgreich, daß Spanien im Juli 1865 seine Truppen zurückzog. Allein damit kehrte die Ruhe nicht zurück; in wenigen Monaten wechselten drei Präsidenten und zwei von diesen, Cabral und Baez, verdrängten sich im Laufe der folgenden Jahre wiederholt gegenseitig mit bewaffneter Hand. Baez suchte sich Beistand von Haiti zu verschaffen, wo Geffrard 1867 endlich auch seinem Gegner Salnave erlegen war; allein ehe dieser ihm zu Hilfe kommen konnte, entbrannte gegen ihn selbst wieder der Bürgerkrieg und nahm eine so schlimme Wendung für ihn, daß sein Gegner, der General Nissage-Saget, Ende 1869 ihm die wichtigsten Städte Kap-Haiti und Port-au-Prince nahm und ihn im Januar 1870 verhaften und erschießen ließ. Dieser Sieg der Gegenpartei in dem Nachbarstaate verschlechterte auch Baez' Stellung in Domingo derart, daß er sich nach fremder Hilfe umsah und diese bei Grant fand. Auf Grund eines Vertrages, in dem er die Samanabai an der Nordküste der Insel für anderthalb Millionen Dollars für die Vereinigten Staaten erwarb, ließ Grant am 6. Dezember 1869 das Sternenbanner in Samana hissen; ein weiterer Vertrag stellte San Domingo unter den Schutz der Union und sollte die völlige Einverleibung vorbereiten. Allein die Abneigung gegen diese Pläne war in dem Washingtoner Senat so groß, daß Grant sie nach wiederholten Versuchen aufgeben mußte und die Insel ihren eigenen Wirren überlassen blieb. Domingo.

Damit war auch über die ähnlichen Absichten auf Kuba entschieden. Kuba.

Bei ernstlichem Willen hätte die Erwerbung dieser Perle der Antillen den Vereinigten Staaten nicht mißlingen können, denn seit lange herrschte dort die größte Unzufriedenheit über das spanische Aussaugesystem; trugen doch Kuba und Portorico mehr als ein Drittel zu den Einnahmen des Mutterlandes bei. Ein Anlauf zu Reformen, den die Regierung 1866 zu nehmen schien, endete ohne Ergebnisse; nicht einmal die Befreiung der Sklaven, die von den Plantagenbesitzern selbst als nötig anerkannt wurde, fand in Madrid Zustimmung. Unter diesen Umständen bedurfte es nur eines Anstoßes um die Gärung in offene Empörung zu verwandeln, und diesen Anstoß gab die Vertreibung der Bourbonen aus dem Mutterlande. Kaum war die Nachricht davon im Oktober 1868 auf die Insel gekommen, so brach im Osten der Aufstand los; an die Spitze traten der Advokat Cespedes und der Gutsbesitzer Aguilera, und bei den geringen Streitkräften, über welche der Generalkapitän Dulce verfügte, machten sie anfangs große Fortschritte. Als aber die Regierung größere Truppenteile hinüberschickte und ihre Anhänger auf Kuba selbst Freiwilligenkorps zu bilden begannen, geriet der Kampf ins Stehen. Von den Vereinigten Staaten aus wurde dem Aufstande unter der Hand vielfache Unterstützung zu teil; aber die Mehrheit im Senate und auch im Lande fürchtete von der Aneignung der Insel mehr Übel als Segen, und Grant war deshalb nicht in der Lage entscheidende Maßregeln zu ergreifen. Für aufgehoben durften die Annexionspläne deshalb aber keineswegs gelten.

Centralamerika. Zu den vielfachen Wirren der mittel- und südamerikanischen Republiken nahm die Union mehr und mehr eine schiedsrichterliche Stellung ein oder suchte doch meist mit Erfolg den europäischen Einfluß auszuschließen. Unerfüllte Hoffnungen knüpften sich an einen Vertrag mit Kolumbien, der im Februar 1869 den Vereinigten Staaten das Recht gab binnen 15 Jahren einen Kanal über den Isthmus von Panama anzulegen, denselben militärisch zu besetzen und selbständig zu verwalten, nach hundert Jahren aber der Republik Kolumbien zu übergeben. Ein bescheideneres Werk, eine Eisenbahn quer durch Centralamerika, von Caballos in Honduras gerade südwärts nach der Fonsecabai, wurde von amerikanischer Seite nur angeregt, aber mit europäischem Gelde zum großen Schaden der Gläubiger von dem Staate Honduras bis 1872 ausgeführt. In Südamerika fand die Union Gelegenheit als Friedens-

Südamerika. vermittlerin aufzutreten. In den sechziger Jahren hatte das immer schroffe Verhältnis zwischen Spanien und den Küstenstaaten am Stillen Ozean zum Kriege geführt. Gereizt durch die Wiederbesetzung San Domingos waren die Kongresse fast aller südamerikanischen Republiken heftig über das Mutterland hergefallen und der Plan eines großen Bundes gegen Spanien wurde lebhaft besprochen. Ehe man sich aber noch über die vorbereitenden Schritte geeinigt hatte, brachen Feindseligkeiten zwischen

Peru. Peru und Spanien aus. Ein außerordentlicher Gesandter der Königin Isabella, Salazar y Mazarredo, erschien im Frühjahr 1863 in Lima um

Genugthuung für die Ermordung eines Spaniers zu fordern; als der Präsident Pezet diese verweigerte, reiste Mazarredo ab, begab sich auf ein spanisches Geschwader, das seiner harrte, und überfiel die Chinchainseln, deren Guanolager die wichtigste Einnahmequelle Perus bildeten. Außer stande dieselben wiederzuerobern rechnete Pezet auf den Beistand der Nachbarrepubliken und brachte auch glücklich im folgenden Jahre einen Kongreß in Lima zusammen, auf dem außer Peru Chili und Bolivia, Kolumbien und Venezuela, Guatemala und Salvador vertreten waren. Aber mit der Hilfe, die er sich von diesen Staaten versprach, ward es zunächst wenigstens nichts, und als im Januar 1865 die spanische Flotte vor Callao erschien und mit einer Beschießung drohte, hielt es Pezet für das geratenste Frieden zu machen und die Räumung der Chinchas mit 3 Millionen Piaster zu erkaufen. Durch diesen Erfolg ermutigt fuhr der spanische Admiral Pareja nach Valparaiso um auch dort durch Drohungen die Befriedigung einiger Beschwerden zu erzwingen. Allein hier bezeigte sich die Regierung hartnäckiger; auf die Blokade antwortete sie mit einer Kriegserklärung, gab Kaperbriefe aus und hatte den Triumph im November ein feindliches Kriegsschiff zu nehmen. In demselben Monat siegte in Peru die Kriegspartei, die den Frieden mit Spanien verwarf, und ihr Haupt, der General Prado, schloß sofort ein Schutz- und Trutzbündnis mit Chili. Nun versuchte die spanische Flotte, jetzt von Admiral Nunez geführt, ihr Heil bald gegen den einen, bald gegen den anderen Feind. Im Februar 1866 an der südchilenischen Küste mit großen Verlusten geschlagen, bombardierte sie am 31. März Valparaiso und richtete dabei einen Schaden von mehr als 30 Millionen Mark an; dann fuhr sie nach Callao, wurde hier aber von den peruanischen Strandbatterieen am 2. Mai zum Rückzug gezwungen und gab nun weitere Angriffe auf. Der Kriegszustand dauerte jedoch fort bis im Juli 1869 die Vereinigten Staaten einen Waffenstillstand auf zwei Jahre und nach dessen Ablauf eine Verlängerung und Friedensverhandlungen in Washington vermittelten. Chili.

Ein zweiter langjähriger Krieg in Südamerika nahm seinen Ausgang von den unendlichen Parteikämpfen in der Banda Oriental oder Uruguay. Gegen den Präsidenten Aguirre erhob sich einer seiner Vorgänger Flores und ward dabei von Brasilien unterstützt, das in allerlei Grenz- und Handelsstreitigkeiten mit der Nachbarrepublik verflochten war. Eine brasilianische Flotte eroberte Ende 1864 Paysandu am Uruguay, Flores selbst bemächtigte sich mehrerer anderer Städte und bedrohte Montevideo. Arg bedrängt gaben Aguirre und seine Parteigenossen, die Blancos oder Konservativen, das Spiel verloren und Flores zog im Februar 1865 siegreich in die Hauptstadt ein. Durch die Einmischung der Brasilianer war aber die Eifersucht des Diktators von Paraguay, Solano Lopez, geweckt. Ein Sohn des Antonio Lopez, der von 1840—1862 Paraguay regiert hatte, und Großneffe des Doktor Francia, der bei seinem Tode dem Antonio die Herrschaft übergeben, Paraguay.

konnte sich Lopez beinahe als erblichen Fürsten betrachten und hielt ganz im Gegensatze zu den Präsidenten südamerikanischer Republiken die Kräfte seines Landes vollkommen in seiner Hand. Darauf gestützt glaubte er es nicht mit Brasilien und Uruguay allein, sondern auch mit den furchtbar zerklüfteten Laplataſtaaten, deren Präsident damals der General Mitre war, aufnehmen zu können, und drängte die letzteren, die der Neutralität gar nicht abgeneigt waren, durch Verletzung ihres Gebietes geradezu in die Reihen seiner Feinde, die nun Anfang 1865 eine Tripleallianz schlossen. Die heftigen aber unentschiedenen Kämpfe der ersten Jahre verdienen nicht im einzelnen erzählt zu werden. Lopez ging angreifend vor, zersplitterte aber seine Kräfte, indem er in die Länder seiner drei Gegner gleichzeitig einfiel, und mußte sich bald auf die Verteidigung zurückziehen. Mitre, der die Hauptmacht der Verbündeten gegen ihn führte, war ihm an militärischer Tüchtigkeit weitaus nicht gewachsen; besser wurde die Heerführung erst, als Anfang 1868 der brasilianische Marschall Caxias den Oberbefehl erhielt. Lopez hatte eine feste Stellung bei Humaita am .Paraguayflusse, nahe der Mündung in den Parana, bezogen und wußte den Gegnern, die ihn zu Lande und zu Wasser angriffen, durch List und Tapferkeit die schwersten Verluste beizubringen; im August 1868 sah er sich aber zur Räumung dieser Stellung und zum Rückzug nach Norden gezwungen und konnte nach einer neuen Niederlage im Dezember nicht mehr verhindern, daß die Feinde im Januar 1869 die Hauptstadt Assuncion besetzten. Die Beendigung des Krieges, die nun in naher Aussicht stand, wurde dem Schwiegersohne des Kaisers von Brasilien, dem Grafen von Eu, Sohne des Herzogs von Nemours, übertragen; er rückte dem ins Innere des Landes weichenden Diktator nach, besiegte ihn mehrfach, besonders im August bei Caraguaty und zersprengte die letzten geordneten Truppen, die ihm folgten. Mit wenigen Getreuen hielt sich Lopez noch den Winter hindurch in den Wäldern und entzog sich, von seinen Verfolgern eingeholt, am 1. März 1870 der Gefangenschaft durch den Tod. Die Sieger setzten nun eine vorläufige Regierung in Assuncion ein und schlossen mit ihr den Frieden, der dem erschöpften Lande, das vier Fünftel seiner erwachsenen männlichen Bevölkerung verloren hatte, an Stelle der bisher in Paragnay heimischen Diktatur das traurige Revolutionssystem des übrigen Südamerika brachte.

Frankreich und Mexiko.

Die Tripleallianz gegen Mexiko.

Weitaus bedeutsamer für die allgemeine Geschichte wie für die Vereinigten Staaten von Amerika war aber der Versuch diesem Systeme in Mexiko ein Ende zu machen und es durch das Kaisertum zu ersetzen. Benito Juarez hatte durch die Bestätigung des Kongreßbeschlusses vom 17. Juli 1861, der die Zahlungen an das Ausland für zwei Jahre einzustellen befahl, größeren Verwicklungen die Wege

gebahnt, als er ahnen mochte. Wider Erwarten verbanden sich Frankreich, England und Spanien am 31. Oktober 1861 um die Befriedigung der Geldforderungen ihrer Angehörigen zu erzwingen. Alle weitergehenden Pläne wurden in dem Vertrage geleugnet, jede Absicht eines Gebietserwerbes oder einer Umgestaltung der mexikanischen Verfassung ausdrücklich ausgeschlossen und daß es ernst mit diesen Beteuerungen sei, durch die Einladung an die Union dem Bündnisse beizutreten bekräftigt. Lincoln ließ diese Einladung durch Seward unbedingt ablehnen. Auch wenn der Sonderbundskrieg nicht alle Kräfte der Union vollauf in Anspruch genommen hätte, würde ein Bündnis mit europäischen gegen einen amerikanischen Staat so sehr gegen alle Überlieferungen der heimischen Politik gewesen sein, daß die unbedingte Ablehnung selbstverständlich war. Überdies war Juarez nicht allein der von den Vereinigten Staaten begünstigte Präsident, gegen den feindlich einzuschreiten die angekündigte Zahlungseinstellung keinen genügenden Grund bot, sondern es befanden sich auch unter den drei Mächten zwei, deren jüngstes Verhalten in Washington ernstlich beunruhigte. Erst wenige Monate waren verstrichen seit Spanien seine Flagge wieder in San Domingo wehen ließ, und was Frankreich betraf, so wußte man, daß Garcia Moreno, der Präsident von Ecuador, sich mit dem Plane trug ihm das Protektorat über die Republik von Quito anzutragen. Lag also die Gefahr, daß der Sonderbundskrieg ernstliche Verletzungen der Monroe-Doktrin im Gefolge haben werde, sehr nah, so verstand es sich von selbst, daß die Union trotz ihrer eigenen Bedrängnis nicht gegen, sondern für Mexiko eintrat. Seward verband deshalb mit seiner Ablehnung an dem Dreibunde teilzunehmen die Ankündigung, daß er Juarez seine Hilfe angeboten habe um die gerechten Ansprüche der Mächte zu befriedigen, mit anderen Worten, daß die Vereinigten Staaten in irgend einer Form bereit seien die Geldforderungen der europäischen Mächte an Mexiko, die auf etwa 400 Millionen Mark zu schätzen waren, auf sich übertragen zu lassen. Diese Antwort war kaum von Washington abgegangen, als die Spanier unter General Prim vor Veracruz erschienen und die Stadt am 18. Dezember 1861 ohne Widerstand besetzten; im Januar folgten ihnen die Franzosen und Engländer unter Jurien de la Gravière und Dunlop. Ein Aufruf an die Mexikaner und eine Note an Juarez beteuerte die Absicht der drei Mächte sich in die inneren Angelegenheiten des Landes nicht zu mischen; aber es war darin doch auch von der Wiedergeburt Mexikos die Rede, deren Zeugen und wenn nötig Beschützer die Bevollmächtigten sein würden, und der Vertreter Frankreichs machte seinen Kollegen gar kein Hehl daraus, daß der Kaiser Napoleon diese Wiedergeburt durch monarchische Einrichtungen am besten zu fördern glaube. Unverkennbar hing mit diesen Hintergedanken die Höhe und die schlechte Begründung der französischen Geldforderungen zusammen; sie überschritten dergestalt die Erwartungen des englischen und spanischen Kommissars, daß beide sich weigerten sie anzuerkennen. Von vornherein war also die Einigkeit

Landung der Europäer.

zwischen den drei Mächten zerstört und nur mit Mühe verständigte man sich noch über die nächsten Maßnahmen: die Forderung an Juarez den verbündeten Truppen Mitte Februar die Städte Xalapa und Orizaba zu öffnen, weil das Klima in Vera-Cruz um diese Zeit ungesund werde, und den Vorschlag einer Konferenz zwischen General Prim als Vertreter der Verbündeten und General Doblado, dem mexikanischen Kriegsminister.

Konvention von Soledad.

Zu dieser Konferenz gab Juarez seine Einwilligung; sie fand am 19. Februar 1862 in Soledad statt und führte zu einem Abkommen, in welchem die drei Mächte Juarez anerkannten, Unterhandlungen über die Befriedigung ihrer Forderungen in Orizaba zu eröffnen versprachen, dafür das Recht erhielten, diese Stadt und einige andere zu besetzen, in Veracruz aber die mexikanische Flagge wiederaufzuziehen sich verpflichteten. Der Beginn der Unterhandlungen von Orizaba wurde auf Verlangen der französischen Bevollmächtigten erst auf den 15. April angesetzt; sie wußten, daß ihr Verfahren den Absichten des Kaisers nicht entspreche, und wollten deshalb erst neue Weisungen einholen. Diese kamen unerwartet früh schon Ende Februar an und ihr Überbringer, General Almonte, einst Gesandter Miramons in Paris, jetzt von Juarez verbannt und ein leidenschaftlicher Feind desselben, bürgte schon durch seine Person dafür, daß sie mit dem Abkommen von Soledad unvereinbar seien. Er eröffnete den Bevollmächtigten, daß Napoleon ihm seine Unterstützung versprochen habe um dem Erzherzog Maximilian von Österreich die mexikanische Krone zu verschaffen; er hoffe in zwei Monaten diesen Plan verwirklichen zu können und rechne dabei auch auf die Unterstützung Englands und Spaniens. Sofort erklärten ihm Prim und Sir Charles Wyke, der diplomatische Vertreter Englands im Hauptquartier, daß sie im Gegenteil auf solche Pläne sich nicht von fern einlassen könnten, und daß sie ihm, als einem Feinde der Regierung, mit der sie unterhandelten, nicht einmal ihren Schutz gewähren würden. Die französischen Bevollmächtigten dagegen, neben dem Admiral Jurien der Graf Dubois de Saligny, ließen trotzdem Almonte nicht allein im Hauptquartier verweilen, sondern kündigten auch die Abkunft von Soledad auf und zogen ihre Truppen in die Stellungen zurück, welche für diesen

Auflösung der Tripelallianz.

Fall vereinbart waren. Nur um der Form zu genügen fand am 9. April noch eine Zusammenkunft aller Vertreter der drei Mächte statt; eine Verständigung war nicht möglich; das Protokoll konnte nur konstatieren, daß England und Spanien in dem Verfahren Frankreichs einen Bruch

Vormarsch der Franzosen.

des Londoner Vertrags vom 31. Oktober erblickten, und daß sie fortan gesondert handeln würden. Auf die Mitteilung dieser Vorgänge versprach Juarez mit ihnen in Mexiko selbst über ihre Beschwerden zu verhandeln und rief seine Landsleute zum Kriege gegen die Franzosen auf. Diese hatten inzwischen Verstärkungen erhalten und General Lorencez, der sie überbrachte, übernahm an Juriens Stelle den Oberbefehl; Almonte ließ sich unter ihrem Schutze zum Präsidenten ausrufen und sammelte um sich, was an Parteigängern unter dem General Marquez und anderen

gegen Juarez unter den Fahnen stand. Noch Ende April begann, während die Spanier und Engländer abzogen, der Vormarsch. Aber die Prophezeiung Prims, daß eine Schlappe die erste Folge sein werde, sollte sich schnell erfüllen. Lorencez wurde am 5. Mai von den Mauern Pueblas so scharf zurückgewiesen, daß er den Rückzug nach Orizaba antreten und sich dort gegen die Angriffe der Generale Zaragoza und Ortega verschanzen mußte. Almontes zwei Monate verstrichen und verdoppelten sich, ohne daß seine Pläne den geringsten Fortschritt machten, ohne daß er auch nur mit dem Namen Maximilians hervorzurücken wagte. Auch Napoleon hielt es für geraten die Herstellung der Monarchie in Mexiko noch als eine offene Frage zu behandeln. Als die Opposition im gesetzgebenden Körper gegen die Bewilligung der 15 Millionen sprach, die er für den mexikanischen Feldzug forderte, ließ er durch Billault erklären, daß unter Frankreichs Schutze die Bevölkerung selbst über die Regierungsform entscheiden solle und daß er sogar Juarez anerkennen werde, wenn die Abstimmung zu dessen Gunsten ausfalle. Als dringend erforderlich aber bezeichnete er die Besetzung der Hauptstadt durch französische Truppen, und da Lorencez den in ihn gesetzten Erwartungen nicht entsprochen hatte, schickte er den Marschall Forey mit neuen Truppen ab ihn zu ersetzen. In einem offenen Briefe vom 3. Juli 1862 teilte er demselben die Gesichtspunkte mit, von denen er sich leiten lasse, und durch die er auch das französische Volk für seine Unternehmung zu begeistern hoffte. Die Blüte Amerikas sei zwar für Europa von höchster Wichtigkeit, aber trotzdem sei es für Frankreich gar nicht wünschenswert, daß gerade die Vereinigten Staaten sich des ganzen Golfs von Mexiko bemächtigten und von da auch Südamerika beherrschten; es komme vielmehr darauf an der lateinischen Rasse jenseit des Ozeans ihre Stärke und ihren Einfluß wiederzugeben und das werde am erfolgreichsten durch die Begründung einer Monarchie oder doch einer starken Regierung in Mexiko erreicht werden. Die Mißgunst gegen die Union, die in diesem Briefe schon wenig verhüllt zu Tage trat, verleitete den Kaiser im Oktober sogar zu dem Antrag an England und Rußland gemeinsam in dem Bürgerkriege und natürlich zu Gunsten des Sonderbundes zu vermitteln, ein Schritt, der das Bündnis zwischen Juarez und den Vereinigten Staaten noch fester knüpfte und des ersteren Widerstandskraft erheblich erhöhte.

Napoleons Brief an Forey.

Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ließ auch, nachdem Forey im September den mexikanischen Boden betreten hatte, noch monatelang auf sich warten, teils weil die Jahreszeit ungünstig war, teils weil umfassende Vorbereitungen für die Verproviantierung des Heeres getroffen werden mußten; kaum daß kleinere Unternehmungen wie die Besetzung von Tampico oder Xalapa die Unthätigkeit unterbrachen. Erst Ende Februar 1863 begann der Vormarsch gegen Puebla, erst am 16. März die Belagerung dieser Stadt. Acht Wochen hindurch leistete sie mit einer Besatzung von 12000 Mann tapferen Widerstand; als aber eine Entsatzarmee unter Commonfort geschlagen und das schwere Belagerungs-

Eroberung von Puebla.

geschütz eingetroffen war, ging es schnell zu Ende; am 17. Mai ward Bresche geschossen und die Stadt erstürmt. Sofort setzte sich die Vorhut unter General Bazaine gegen Mexiko selbst in Bewegung; glaubte Napoleon doch, dort angekommen, am Ziele seiner Wünsche zu sein. Juarez hingegen gab die Hauptstadt ohne Kampf preis, verlegte die Regierung am 29. Mai nach San Luis de Potosi und rief die Bevölkerung zu erneuten Anstrengungen auf. Die Bildung einer Gegenregierung stieß somit auf keine Schwierigkeiten; kaum war Forey am 10. Juni in Mexiko eingezogen, so ernannte er eine Oberjunta, die den General Almonte, den Erzbischof Labastida und den General Salas mit der Regierungsgewalt bekleidete; eine Versammlung von etwa 180 Notabeln, die der Ernennung und und dem Rufe Foreys Folge leisteten, bestätigte ihre Vollmachten und beschloß überdies am 11. Juli den Erzherzog Maximilian als Kaiser auszurufen. Eine Deputation schiffte sich nach Europa ein und empfing am 3. Oktober von dem Erwählten die Zusicherung, daß er die hohe Aufgabe, die man ihm übertrage, zu übernehmen bereit sei sobald das mexikanische Volk in freier Abstimmung die Wahl der Notabeln bestätigt und er selbst die Bürgschaften gefunden habe, die das zu errichtende Kaiserreich vor den ihm drohenden Gefahren sichern könnten. Diese Bürgschaften erwartete er von Napoleon und teilweise auch vom Papste. Sowenig Maximilian seiner ganzen Denkweise nach dem Ultramontanismus huldigte, so konnte er doch nur auf diesen als eine willige Stütze rechnen; er mußte ihm daher zweifelsohne viele Zugeständnisse zu machen bereit sein, aber ebenso dringend mußte er wünschen darin Maß halten zu können, und das ihm zu ermöglichen war nur der Papst imstande. Die mexikanischen Prälaten, der Regent Labastida voran, erwarteten von den neuen Zuständen vor allem doch die Aufhebung der kirchenfeindlichen Gesetzgebung und die Rückerstattung der eingezogenen Kirchengüter. Sie gingen in diesen Forderungen soweit, daß weder Forey noch Bazaine, der den heimkehrenden Obergeneral seit dem 1. Oktober ersetzte, weder Almonte noch Salas, die beide doch altbewährte Ultramontane waren, davon etwas hören wollten. Enttäuscht zog sich Labastida noch vor Schluß des Jahres aus der Regentschaft zurück, legte feierlich Verwahrung gegen den Verkauf der Kirchengüter ein und schleuderte gegen die Käufer den Bann. Offenbar bedurfte Maximilian demgegenüber päpstliche Hilfe, denn die Rückgabe der eingezogenen Güter war bei dem Stande der mexikanischen Finanzen rein unmöglich; er verhandelte also mit Rom, besuchte den heiligen Vater persönlich im April 1864, ehe er sich nach Amerika einschiffte, und empfing nicht allein den päpstlichen Segen, sondern auch die Zusicherung, daß ein Nuntius mit versöhnlichen Vollmachten ihm baldigst in sein Reich folgen solle. Weit umfassender aber als diese Verhandlungen waren die, welche der erwählte Kaiser mit Napoleon zu führen hatte; auch diese brachte er persönlich während eines Aufenthaltes in Paris Anfang März 1864 zum Abschluß. Frankreich verpflichtete sich demnach

Wahl Maximilians zum Kaiser.

Maximilians Verhandlungen mit dem Papst und Napoleon.

25 000 Mann bis auf weiteres in Mexiko zu lassen und die Zahl nur allmählich zu verringern; dafür erhielt es vom 1. Juli ab je 1000 Franken jährlich für den Mann, während die Gesamtsumme der Kriegskosten bis zum 1. Juli auf 270 Millionen berechnet wurde und bei dreiprozentiger Verzinsung nach und nach abgetragen werden sollte. Als Anzahlung wurden 66 Millionen gefordert, wovon 12 Millionen unter die Gläubiger, um derentwillen die Expedition begonnen war, zu verteilen seien; weiterhin sollte die jährliche Abschlagszahlung auf alle diese Schulden zusammen 25 Millionen betragen. Jene 66 Millionen wurden in Schuldscheinen einer neuen Anlage von 6 Millionen Pfund berichtigt, die Maximilian in London zum Kurse von 63 Prozent bei 6 Prozent Zinsen abschloß.

Maximilian in Mexiko.

Als durch diese Verträge die Bürgschaften, von denen Maximilian gesprochen, gewonnen waren, empfing er die Deputation am 10. April 1864 in seinem Schlosse Miramar von neuem und nahm die Kaiserkrone endgültig an. Die allgemeine Abstimmung, die er überdies gefordert, war mittlerweile auch vollzogen, und zwar in viel größerem Umfange, als man hätte annehmen können. Denn Juarez vermochte sich den geschlossenen Kolonnen der Franzosen gegenüber nirgends zu halten; seine Generale wichen aus Potosi, Guadalaxara, Zacatecas, kurz wo der Feind erschien, zurück und die Abstimmung ging überall mit dem geforderten Erfolge von statten. Rückten dann freilich die Franzosen weiter vor, so tauchten auch die juaristischen Banden wieder auf, und zu einer Befestigung des neuen Regimentes kam es kaum in den größeren Städten. Immerhin waren unter der Bevölkerung mannigfache Sympathien für den Kaiser vorhanden, und als derselbe mit seiner Gemahlin Charlotte, der Tochter Leopolds I. von Belgien, am 29. Mai 1864 in Veracruz landete und am 12. Juni in die Hauptstadt einzog, da fehlte es neben den überschwenglichen offiziellen Huldigungen doch auch nicht an Begrüßungen, die den Stempel der Freiwilligkeit an sich trugen. Die ersten Maßregeln des Herrschers deuteten auf ein freisinniges Regiment hin, wie man es nach seiner Vergangenheit von ihm erwarten durfte. Wenn die Häupter der Rückschrittspartei, Almonte, Miramon, Mejia und der alte heimgekehrte Santana, zu Feldmarschällen ernannt wurden, so berief der Kaiser in sein Ministerium doch liberale Männer; er befahl die Aufhebung der Zensur, schuf eine Art Landwehr und die Anfänge eines regelmäßigen Heeres, bereiste fast ein Vierteljahr lang die ihm anhänglichen Provinzen und verkündete dem päpstlichen Nuntius Meglia zum Trotz die Religionsfreiheit und die Bestätigung des Verkaufs der Kirchengüter, über die Meglia unerhörterweise die versprochenen Vollmachten doch nicht mitgebracht hatte. Währenddessen fuhren die Franzosen fort die entlegeneren Provinzen zu durchstreifen; Durango und Monterey im Norden, Oaxaca im Süden der Hauptstadt, Mazatlan an der Westküste und Matamoros am mexikanischen Golf wurden Juarez' Generalen entrissen; der flüchtige Präsident mußte hoch im Norden in Chihuahua den Sitz seiner Regierung aufschlagen, und

Juarez' Bedrängnis.

Bazaine ward von seinem erfreuten Kaiser mit dem Marschallstabe ausgezeichnet. Geringe Zwischenfälle abgerechnet, entwickelte sich auch im Jahre 1865 alles in derselben Richtung wie bisher. Die kaiserliche Armee gewann an Stärke, die Fremdenlegionen, Franzosen, Belgier, Österreicher, zusammen gegen 15 000 Mann, erwiesen sich den einheimischen Banden weit überlegen, Juarez wurde selbst aus Chihuahua vertrieben und nahm seinen Aufenthalt in Paso am Rio del Norte, hart an der Grenze der Union. Maximilian glaubte den Gegner bereits völlig verjagt und verkündete in einer Proklamation vom 2. Oktober, der ehemalige Präsident habe den Boden Mexikos verlassen und wer fortan noch in seinem Namen kämpfe, könne nicht mehr als Soldat, sondern nur noch als Bandit angesehen und demgemäß behandelt werden; ein Kriegsgericht sollte jeden gefangenen Guerilla zum Tode verurteilen und die Strafe binnen 24 Stunden vollstrecken lassen. Unglücklicherweise kam dieses Dekret wirklich zur Anwendung: zwei juaristische Generale wurden auf Grund desselben am 13. Oktober erschossen. Die Wirkung war natürlich nicht die Einschüchterung, sondern die heftigste Erbitterung der Gegner. Von einem Erlahmen des Aufstandes konnte man ernsthaft ebensowenig sprechen wie von einem Erstarken des Kaisertums. Die Steuern gingen so mangelhaft ein und standen zu den Ausgaben in so schlimmem Verhältnis, daß für 1866 bei 15 Millionen Dollars Einnahme ein Defizit von 25 Millionen veranschlagt wurde. Die Gelder der Anleihe von 1864 waren längst aufgezehrt, schon im April 1865 waren neue 250 Millionen Franken angeliehen, sechsprozentig zum Kurse von 54 Prozent, also in Wahrheit nur 136 Millionen zu beinahe 12 Prozent Zinsen. Die innere Verwaltung hatte nur geringe Fortschritte gemacht, eine Verfassungsurkunde vom 10. April 1865 stand bloß auf dem Papier, die Widersetzlichkeit der Geistlichen nahm eher zu als ab, und der päpstliche Nuntius trieb seine Dreistigkeit soweit den Kaiser einen Unterthan des Papstes zu nennen und ihm das Recht zu bestreiten der Veröffentlichung päpstlicher Befehle entgegenzutreten.

Bedrückte Lage des Kaiserreichs.

Gefahrdrohender als alles dies war aber die Haltung der Vereinigten Staaten. Seit dem April dieses Jahres war der Sonderbund vernichtet und die Union stand da in voller Rüstung, wohlbefähigt trotz alles französischen Schutzes der monarchischen Regierungsform an ihren Grenzen ein schnelles Ende zu machen. Was half es Maximilian, daß alle europäischen Großmächte ihn anerkannt hatten, solange Lincoln oder Johnson sich weigerten seinen Gesandten zu empfangen und mit Juarez als dem allein berechtigten Oberhaupte Mexikos verhandelten? Als er im April 1864 die Krone annahm, hatte er sich der Hoffnung hingegeben, daß ihm die Anerkennung der Union nicht lange fehlen werde; denn Lincoln hatte bis dahin die strengste Neutralität beobachtet und Seward noch in einer Depesche vom 23. Oktober 1863 versichert, daß die Vereinigten Staaten die Einführung irgend einer vom Volke Mexikos freigewählten Regierungsform nicht verhindern würden. Sogar der Senat

Drohende Haltung der Union.

schien die Begründung des Kaisertums dulden zu wollen, denn er vermied es sich einen Beschluß des Repräsentantenhauses anzueignen, durch welchen dieses am 4. April 1864 einstimmig die Vorgänge in Mexiko verdammt und die Voraussetzung zurückgewiesen hatte, als ob der Kongreß je eine in Amerika unter europäischem Schutze auf den Trümmern einer Republik errichtete Monarchie anerkennen werde. Ein volles Jahr hindurch war dann von der Unionsregierung kein irgend verfänglicher Schritt gethan, aber nach der Beendigung des Sonderbundskrieges wurde die Sprache, die Seward gegen den französischen Gesandten führte, immer ernster. Napoleon bot aus freien Stücken die Heimkehr seiner Truppen an, wenn Präsident Johnson die Regierung Maximilians als die thatsächlich bestehende anerkennen wolle; Seward aber erklärte diese Bedingung für unerfüllbar, denn die Unzufriedenheit in den Vereinigten Staaten beruhe nicht auf der Anwesenheit einer fremden, geschweige denn gerade einer französischen Armee, sondern auf der Errichtung des Kaisertums in Mexiko. Er forderte daher am 6. Dezember und durch einen Kongreßbeschluß vom 12. gedrängt noch entschiedener am 16., daß Frankreich es zur Vermeidung drohender Gefahren mit seinen Interessen und seiner Ehre vereinbar finden möge bedingungslos seine Truppen zurückzuziehen. Thatsächlich war Napoleon auch dazu bereit; aber um die Form zu wahren mußte Drouyn de l'Huys am 9. Januar 1866 doch noch eine Bedingung stellen: die der strengsten Neutralität von seiten der Vereinigten Staaten. Auf beiden Seiten des Ozeanes wußte man recht wohl, daß diese ohnedies vollkommen gesichert und daß Maximilians Sturz auch ohne amerikanische Einmischung unvermeidlich war, sobald die Franzosen ihn verließen. Aber das ausdrückliche Versprechen Sewards den Dingen in Mexiko ihren Lauf zu lassen beseitigte doch den üblen Schein, als ob Frankreichs Banner vor dem der Union weiche, und gab dem gesetzgebenden Körper in Paris die Möglichkeit stolz zu erklären, Frankreich habe die Gewohnheit sich nur zu seiner Stunde in Bewegung zu setzen. Betrogen bei der ganzen Sache war nur der arme Maximilian. Als im Februar 1866 Baron Seillard, von Napoleon gesendet, bei ihm eintraf um ihm die Rückkehr der französischen Truppen anzumelden und dieselbe durch geeignete Bestimmungen zu regeln, war sein Schicksal entschieden. Entschlossen nicht zu weichen, suchte der Kaiser nach irgend einem Rettungsanker; ein Vertrag, den er am 11. März 1866 mit seinem Bruder, dem Kaiser von Österreich, schloß, sicherte ihm das Recht im laufenden Jahre 4000 und in jedem folgenden bis 1870 je 2000 Mann in Österreich für seine Fremdenlegion anzuwerben. Aber auch hier griff die Union erbarmungslos dazwischen; Seward erhob die entschiedenste Verwahrung gegen jede Einschiffung von Truppen nach Mexiko, und als im Mai die ersten tausend Mann in Triest zur Abfahrt bereit waren, kam wirklich aus Wien das Verbot, das auch diese Hoffnung Maximilians zu nichte machte. Bald nach dem Eintreffen dieser Unglücksbotschaft begannen die Franzosen die entfernteren Provinzen zu

Abzug der Franzosen.

räumen und die Einschiffung in Veracruz vorzubereiten; im November 1866 sollte der erste Teil, im März 1867 ein zweiter, im November der Rest ihrer Truppen die Heimfahrt antreten. Nicht zufrieden damit, entriß Napoleon der mexikanischen Regierung aber auch noch ihre beste Einnahmequelle; ein Vertrag vom 30. Juli zwang sie die Hafenzölle in Veracruz und Tampico (das übrigens zwei Tage darauf schon von den Juaristen besetzt wurde) als Entschädigung für die jährliche Zahlung von 25 Millionen Franken, die in dem Vertrage von Miramar festgesetzt war, an Frankreich abzutreten. In dieser verzweifelten Lage machte sich die Kaiserin Charlotte selbst auf die Reise nach Europa um Napoleon persönlich an seine Versprechungen zu erinnern und für mildere Bedingungen zu gewinnen. Allein ihr vierzehntägiger Aufenthalt in Paris war gänzlich ohne Erfolg; nur den einen Rat hatte der Kaiser für sie, daß sie Maximilian zur Niederlegung der Krone bereden möge, und nur das eine Versprechen, daß er um Zeit für diesen Schritt zu geben den Abzug des ersten Teiles seiner Truppen bis zum Frühjahr 1867 verschieben, dann aber das ganze Heer auf einmal zurückziehen wolle. Auch in Rom, wohin die Kaiserin sich von Paris begab, fand sie keinen Trost und keine Hilfe; die gewaltige Erregung überstieg ihre Kräfte und Anfang Oktober befiel unheilbarer Irrsinn ihren Geist. Dieser neue schwere Schlag erschütterte auch die Festigkeit Maximilians; fiel er doch zusammen mit der Ankunft eines neuen napoleonischen Boten, des Generals Castelnau, der den Auftrag hatte, ihm die Abdankung zu empfehlen und alsdann gemeinsam mit Gesandten der Vereinigten Staaten (dem General Sherman und dem Gesandten bei Juarez, Campbell) die Begründung einer neuen liberalen und republikanischen Regierung in Mexiko zu befördern. Diesen zweiten Auftrag hatte freilich Napoleon selbst dadurch unmöglich gemacht, daß er die Rückkehr seiner Truppen bis zum Frühjahr verschob; Seward antwortete auf die Mitteilung dieses Entschlusses in der ernstesten Tonart; er sprach am 23. November die Erwartung aus, daß der Kaiser in angemessener Frist durch den Telegraphen oder die Post befriedigende Aufklärungen gebe, ließ Sherman, der bereits in Veracruz war, zurückkommen, schickte Campbell zu Juarez, der seinen Sitz schon wieder in Durango aufschlug, und wies die Unionstruppen in Texas an, der besonderen Befehle des Präsidenten gewärtig zu sein. Aber wenn durch diesen Zwischenfall die geplante französisch-amerikanische Einmischung einstweilen vereitelt war, so stand sich Maximilian bei der ausschließlich amerikanischen um nichts besser. Am 21. Oktober, noch ehe er Castelnau empfangen, verließ er die Hauptstadt, in der Bazaine den Befehl übernahm, und begab sich nach Orizaba. Hier versammelte er am 24. November die Minister und den Staatsrat, erklärte, daß er seine Person für ein Hindernis des Friedens halte und zurückzutreten bereit sei, fand aber unter 22 Anwesenden nur zwei, die seine Abdankung billigten. Die anderen zwanzig forderten, daß er die Regierung fortführe, bis ein Nationalkongreß, zu dem auch die Juaristen Zutritt haben

Kaiserin Charlotte.

Maximilians Schwanken.

sollten, über die Frage, ob Republik, ob Monarchie, entschieden hätte. Es war doch eine eitle Hoffnung, daß die Gegner an einem solchen Kongreß überhaupt teilnehmen würden; machte sie doch jeder Tag im Süden wie im Norden zu Herren neuer Provinzen und verbürgte ihnen folglich den schließlichen Sieg ohne jedes Zugeständnis an den Kaiser. Vor den Franzosen hatten sie keine Angst mehr; zu offenkundig lag es vor aller Augen, daß Maximilian von ihnen nichts mehr zu erwarten habe. Wie der Moniteur schon im September zur Anzeige brachte, daß Napoleon die Ernennung zweier Franzosen zu mexikanischen Ministern nicht gestattet habe, so forderte im Dezember Bazaine seine Landsleute in der mexikanischen Armee auf sich den heimkehrenden Truppen anzuschließen; Maximilian selbst löste auf Napoleons Verlangen die Fremdenlegionen auf und empfahl auch ihnen die Heimfahrt. Ende Dezember war nur noch die Hauptstadt und die Straße nach Veracruz von den Franzosen besetzt; in Puebla standen einheimische Truppen unter Marquez; Miramon in Guadalaxara und Mejia in San Luis Potosi hatten den Rest von Maximilians Streifkräften bei sich, alles übrige Land war in den Händen der Juaristen, die bis Xalapa, zehn Meilen von Veracruz vorgedrungen waren.

Siege der Juaristen.

Noch einmal kehrte der Kaiser in seine Hauptstadt zurück nicht um den Nationalkongreß dort zu begrüßen, denn dieser Plan war als unausführbar aufgegeben, sondern um den Rat einer kleinen Versammlung von Notabeln einzuholen, die am 14. Januar 1867 zusammentrat und trotz der Abmahnungen Bazaines, der selbst in ihrer Mitte erschien, mit großer Mehrheit ihn bat nicht abzudanken. Maximilian ließ sich bereden. Er sah den Abzug der Franzosen aus der Hauptstadt am 5. Februar, er erfuhr, daß Miramon von Escobedo, einem der tüchtigsten Generale der Republikaner, geschlagen sei, er empfing eine letzte Einladung Bazaines sich den heimkehrenden Franzosen anzuschließen; aber sein Ehrgefühl sträubte sich dagegen unter dem Schutze derer, die ihn herbeigelockt, gleichsam mit dem Troß der napoleonischen Armee die Rückfahrt anzutreten. Während er Marquez in Mexiko zurückließ um die Stadt gegen den Juaristen Porfirio Diaz zu verteidigen, der von Süden her anrückte, wandte er sich selbst gegen Escobedo und bezog eine Stellung in Queretaro. Bald war er von allen Seiten umschlossen und konnte nur noch die eine Absicht hegen sich nach der Küste durchzuschlagen. Aus dem Lande erfuhr er nichts als Unglück. Die letzten französischen Truppen hatten sich am 6. März eingeschifft, die letzten französischen Schiffe zehn Tage später die Rhede von Veracruz verlassen; viel wertvolles Kriegsmaterial, das sie nicht mitnehmen konnten, hatten sie vernichtet, anderes gar für Schleuderpreise an Zwischenhändler verkauft, die in Juarez' Auftrage handelten. Marquez war Porfirio entgegengezogen und von ihm geschlagen; Puebla ward am 2. April von den Republikanern erstürmt, Mexiko kaum vierzehn Tage später belagert. Die Zeit zum Aufbruch drängte und zum 15. Mai ward er beschlossen. Aber unterdessen hatte

Der Fall von Queretaro.

der Verrat auch in der kleinen Schar, die noch zu Maximilian hielt, sein Werkzeug gefunden: ein Oberst, Miguel Lopez, unterhandelte mit Escobedo und verkaufte für 10000 Piaster den Ahnungslosen. In der Nacht zum 15. Mai ließ er republikanische Truppen heimlich in zwei Klöster von Queretaro und machte dadurch jeden Widerstand unmöglich; auf dem Hauptplatze der Stadt fand sich Maximilian umzingelt und mußte mit Miramon und Mejia sich ergeben.

Die europäischen Mächte waren lange auf dieses Ereignis vorbereitet und hatten sich ernstlich bemüht die wahrscheinliche Folge, des Kaisers Erschießung, abzuwenden. Allein selbst die Stimme der Vereinigten Staaten, die bei Juarez um Schonung bat, verhallte ungehört, wieviel mehr denn die des preußischen und der übrigen Gesandten. Eine Unterredung, die Maximilian von seinem Gegner erbat, ward ihm verweigert, ein Kriegsgericht verurteilte ihn samt Miramon und Mejia zum Tode. Unter den Anklagepunkten stand die Erschießung der Gefangenen auf Grund des Erlasses vom 2. Oktober 1865 in vorderster Reihe; den Republikanern erschien der Tod des Kaisers als eine billige Vergeltung dessen, was er selbst an anderen gethan. In der Frühe des 19. Juni ward auf dem Platze, wo er sich ergeben, an Max und seinen Schicksalsgenossen der kriegsrechtliche Spruch vollstreckt. Der Leiche ward eine ehrenvolle Behandlung zu teil; ihre Auslieferung an den Kaiser von Österreich ward nur von einem ausdrücklichen Gesuch abhängig gemacht; als dies erfolgt war, durfte General Tegetthoff auf derselben Fregatte Novara, die drei Jahre früher das Kaiserpaar nach Mexiko geführt, die Überreste des Unglücklichen nach Europa zurückgeleiten, wo sie am 18. Januar 1868 bei den Kapuzinern in Wien zur Ruhe bestattet wurden.

Maximilians Tod.

Die Zustände in Mexiko.

In Mexiko kehrte auch nach dem Sturze des Kaisertums vollkommene Ordnung nicht wieder ein; aber verhältnismäßig friedlich konnten die Zustände fortan doch genannt werden. Die Hauptstadt selbst und Veracruz ergaben sich unmittelbar nach dem Eintreffen der Todesbotschaft aus Queretaro den juaristischen Generalen; der siegreiche Präsident, dessen Amt verfassungsmäßig längst abgelaufen war, wurde wiedergewählt und hielt am Weihnachtstage einen pomphaften Einzug in Mexiko. Von den europäischen Mächten ward er nur zögernd anerkannt; lange Zeit war der preußische Gesandte der einzige europäische Vertreter. Aufstände in verschiedenen Provinzen wurden mühsam, aber glücklich niedergeschlagen, nicht die wenigsten durch Escobedo, der Juarez' beste militärische Stütze blieb, während Porfirio Diaz selbst sich gegen ihn auflehnte. Noch einmal ward nach dem Ablauf seiner Amtszeit Juarez 1871 mit der ersten Würde seines Landes bekleidet, doch überlebte er diesen Triumph nicht lange: er starb am 18. Juli 1872 und erhielt zum Nachfolger seinen langjährigen Freund und Minister Lerdo de Tejada. Handelsverträge mit auswärtigen Mächten, Eisenbahnbauten, Bemühungen zur Hebung des Unterrichts, strenge Maßregeln gegen den Klerus, Reformen

Juarez' Tod.

in der Verwaltung brachten manchen Fortschritt im einzelnen zustande ohne die Grundübel der Parteiung, der Überschuldung, der Gesetzesverachtung bewältigen zu können und in den Vereinigten Staaten erschollen von Zeit zu Zeit immer wieder die alten Stimmen, welche die Vereinigung der Grenzprovinzen mit der Union als das einzige Heilmittel ankündigten, das so lange in passenden Zwischenräumen wiederholt werden müsse, bis das Sternenbanner über den Forts von Veracruz und am Golf von Tehuantepec flattere.

Der polnische Aufstand.

Das tragische Ende Maximilians mochte jenseit des Meeres als gerechte Strafe für einen unberufenen Versuch monarchische Formen nach Amerika zu übertragen aufgefaßt werden: in Europa rief es doch ungeteiltes Mitgefühl hervor und erstickte die Stimme des Tadels, dem das abenteuerliche Unternehmen reichlich genug begegnet war. Der jugendkräftige Erzherzog — er war bei seinem Tode 35 Jahre alt — hatte seinen hochfliegenden Ehrgeiz so schwer gebüßt, daß ein natürliches Gefühl den Beurteiler weit eher auf die rühmlichen Seiten seines Wesens und seines Wagnisses als auf die Schatten, die sich darum lagerten, hinwies. Wenn es ihm geglückt wäre in diesem reichen und begünstigten, diesem zerklüfteten und frevelhaft ruinierten Lande ein dauerhaftes, schöpferisches Regiment zu begründen, welchen Ruhmeskranz würde die Geschichte, würde das Mexiko der Zukunft um die Stirne des Erretters gewunden haben! Nun es gescheitert war, durfte man da den Stein auf Maximilian werfen, der doch unbestreitbar seine Kraft, sein ganzes Selbst für die Sache, die er erkoren, eingesetzt hatte? Mußte man nicht den für alles verantwortlich machen, der das Unternehmen eingefädelt und sein williges und vertrauensvolles Werkzeug dann schmählich im Stich gelassen hatte? In der That fiel die ganze Schmach und der ganze Schaden des traurigen Ausgangs auf Napoleons schuldvolles Haupt zurück. Und nicht bloß des Ausgangs. Daß dieser Zug nach Mexiko kein gutes Ende nehmen werde, hatten die Gegner des Kaiserreichs lange vorausgesagt und jeder Schlag, der drüben gegen Maximilian fiel, ward in Europa als ein Schlag gegen den französischen Kaiser mit Schadenfreude begrüßt; über dem Wunsche Napoleon gedemütigt zu sehen ward jeder Vorteil, den das Gelingen bot, bereitwillig vergessen. Die Fülle von Verlegenheiten, die sich seit dem Bruche des Übereinkommens von Soledad für den Kaiser herausstellten, übte den stärksten Einfluß auf seine europäische Politik; die bedrängten Finanzen Frankreichs wurden durch die Millionen, die Mexiko verschlang, empfindlich belastet; ein starkes Truppenkorps, das jeden Augenblick Nachschub erfordern konnte, war der Verwendung in der Heimat entzogen; die reichen Vorräte der französischen Zeughäuser und Magazine wurden bei dem überseeischen Unternehmen vergeudet; ein Krieg mit der nordamerikanischen Union gehörte

Bedeutung der mexikanischen Expedition.

Napoleons Stellung in Europa.

zu den wahrscheinlichsten Ereignissen, sobald europäische Verwickelungen den Kaiser zu einem anderen Kriege verlockt hätten. Aber schlimmer als alles waren doch die moralischen Folgen, die Unzufriedenheit, die sich in Frankreich verbreitete, die Erschütterung des Glaubens an die Klugheit und politische Rechenkunst Napoleons, die Einbuße an Vertrauen in seine Konsequenz und politische Zuverlässigkeit. Der geheimnisvolle Schimmer überlegener, undurchdringlicher Weisheit, der seine Schläfe so manches Jahr umleuchtet hatte, war von ihm gewichen um allmählich auf ein anderes Haupt überzugehen. Daß dieser Wechsel so schnell sich vollzog, kam nicht allein, aber doch zum guten Teil auf Rechnung der mexikanischen Expedition, wo die Fehler und der Mißerfolg so handgreiflich waren, daß man sie jedermann aufweisen und jedermann zu dem Schlusse veranlassen konnte, wie in diesem Falle, so sei es mit der napoleonischen Politik auch in den anderen großen Fragen bestellt, die zu Frankreichs Nachteil entschieden wurden. Denn nur zu gern vergaßen Haß und Eitelkeit, daß in diesen anderen Fragen fremdes Recht und fremde Kraft einen Sieg davontrugen, den ihnen nicht entwunden zu haben keineswegs gegründeten Anlaß zur Klage und Verkleinerung gab. Im Gegenteil befolgte der Kaiser in vielen Stücken großherzigere und umsichtigere Grundsätze als seine heimischen Gegner; aber diese Grundsätze waren nicht dazu angethan glänzende Triumphe herbeizuführen. Der große Zug der europäischen Entwickelung war der Befriedigung der französischen Nationaleitelkeit durchaus ungünstig; das hatte Napoleon sehr wohl erkannt; einmal, bei der Einverleibung von Savoyen und Nizza, war es ihm gelungen einen Sondervorteil zu erhaschen; aber das zweite und dritte mal, wo er es versuchte, in der polnischen Frage und bei seinem Kongreßvorschlage sollte er empfindliche Schlappen erleiden. Ebendeshalb lagen ihm die Expeditionen in fremden Erdteilen so sehr am Herzen, deshalb hatte er auf den mexikanischen Feldzug so große Hoffnungen gebaut. Bitter getäuscht in seinen Erwartungen mußte er nun in Europa suchen, was er in Amerika nicht gefunden, obgleich er sich immer gelähmter und abhängiger fühlte. Solange die Aussichten Maximilians günstig waren, bewegte er sich noch frei und auf dem Boden von Grundsätzen; sobald sie eine schlimme Wendung nahmen, begann er Deutschland und Italien gegenüber nach kleinen Vorteilen zu haschen und nach kleinen Mitteln zu suchen, die, völlig ungeeignet irgend eine Frage endgültig zu lösen, nur ihn selbst unfähig machten, gegenüber einem Bismarck, der große Gedanken mit großem Geiste zu erfassen und mit großen Mitteln zu verwirklichen verstand, die leitende Rolle zu behaupten.

Rußland und Preußen.

Preußen stand mit nichten, wie die Opposition es behauptete, vereinsamt da unter den Großmächten Europas: es hatte einen Bundesgenossen gewonnen, der freilich bei den Liberalen im allerschlechtesten Rufe stand, der aber, besonders Österreich gegenüber, von größtem Werte war: Rußland. Die freisinnigen Reformen des Zaren hätten vielleicht allmählich die alte Abneigung, die seit Nikolaus' Zeiten in Deutschland

gegen den östlichen Nachbar herrschte, mildern und umstimmen können, und die Ansätze dazu waren auch bis zum Anfang des Jahres 1863 unverkennbar vorhanden. Die russische Friedenspolitik, die bessere Behandlung der Polen, die Aufhebung der Leibeigenschaft fanden den verdienten Beifall, und ohne die verdächtigen Agitationen der Slawenfreunde würde die Anerkennung wohl noch unumwundener gewesen sein. Da brach zu Anfang des Jahres 1863 der polnische Aufstand aus. Nun war von jener schwärmerischen Polenbegeisterung, die 1830 und selbst noch 1848 geherrscht hatte, im deutschen Volke nicht gerade viel mehr lebendig; unter anderen Umständen würde man dem erneuten Aufflackern der nationalen Forderungen mit nüchterner Teilnahme und vorsichtigem Egoismus zugeschaut, man würde sorgfältig bedacht haben, daß Preußen und Deutschland an der Weichsel wertvollen Besitz gegen das Polentum zu verteidigen haben. Aber diese Grundstimmung erlitt eine merkwürdige Änderung von dem Augenblick an, wo Bismarck zu Gunsten Rußlands und gegen die Polen auftrat. Der Kampf des Abgeordnetenhauses gegen die Regierung beherrschte so vollkommen die Gedankenkreise der Parteiführer, daß sie gleichsam instinktiv in das polnische Lager getrieben wurden, sobald sie erfuhren, daß Bismarck im russischen stehe. Mit großer Gelehrsamkeit und historischer Sachkenntnis stellte man im Abgeordnetenhause den Satz auf, daß die richtige preußische Politik die Begünstigung der Polen gebiete; ein Mittelreich zwischen Deutschland und Rußland sollte im Osten zur Vermeidung eines Zusammenstoßes dieselben guten Dienste leisten wie Belgien an der Westgrenze; es gab keine bessere Gewähr gegen die Gelüste der Zaren auf Ostpreußen als die Wiederherstellung eines bescheidenen polnischen Reiches, das natürlich auf Rückerstattung von seiten Preußens keinen Anspruch erheben durfte. Auch die Handelsinteressen geboten die möglichste Beseitigung der russischen Nachbarschaft. Seit vierzig Jahren klagte man über die Belästigungen des Grenzverkehrs, über die hohen Zölle, die Bestechlichkeit der Beamten, den offenkundigen Schmuggel. Alle Beschwerden und Verhandlungen waren umsonst gewesen, dem mächtigen Rußland ließen sich keine Zugeständnisse abringen, einem schwachen Polen gegenüber mußte das viel leichter sein. Solche Berechnungen waren es, auf die sich die Teilnahme für die Aufständischen stützte, und durch die man aufs neue die Unfähigkeit Bismarcks handgreiflich nachzuweisen suchte, während der Minister darin nur die alte Neigung für fremde Völker auf Kosten Deutschlands zu sympathisieren erkennen wollte, eine Krankheitsform, die, wie er spöttisch meinte, leider nur in Deutschland anzutreffen sei.

Polnische Sympathien.

Die Vorbereitungen zum Aufstande und die Vorboten desselben waren im übrigen Europa nicht für so ernstlich gehalten worden, wie sie es verdienten, und der Ausbruch kam deshalb sehr unerwartet. Mitte Januar 1863 wurde die Rekrutierung, die der Kaiser im September angeordnet, zur Ausführung gebracht. Eine geheime Weisung, die doch nicht geheim geblieben war, hatte als den Hauptzweck der Maßregel die

Der polnische Aufstand.

Entfernung der Unruhestifter hingestellt; die Behörden sollten deshalb besonders die Städte heranziehen und die Studenten, Gerichtspraktikanten und ähnliche junge Leute, die sonst von der Aushebung frei zu bleiben pflegten, diesmal nicht übergehen. Rechtzeitig gewarnt retteten sich viele der Bedrohten in die Wälder und wuchsen schnell zu kleinen Banden unter selbstgewählten Führern zusammen. Die politische Leitung der gesamten Bewegung übernahm ein geheimer Centralausschuß in Warschau. Am 22. Januar machte er den Beginn seiner Amtsführung bekannt und erließ zwei Verordnungen, durch die er den besitzlosen Haufen unter die Waffen zu locken hoffte. Die erste machte die Bauern zu freien Herren des Landes, das sie bisher gegen Fronden oder Pacht besessen; die zweite verhieß jedem mittellosen Vaterlandsverteidiger drei Morgen Grund-
Mieroslawski. besitz. An die Spitze der bewaffneten Scharen wurde Mieroslawski unter dem Titel eines Diktators berufen, die übrigen Bevollmächtigten der revolutionären Regierung blieben wie diese selbst in geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Rasch verbreitete sich der Aufstand über das ganze Königreich und griff auch nach Litauen hinüber; Posen und Galizien dagegen blieben ruhig, denn ein besonderer Erlaß der geheimen Regierung warnte davor Österreich und Preußen zu bekämpfen; Rußland sei der schrecklichste Feind und deshalb müßten alle Polen zu seiner Besiegung ihre Kräfte vereinigen. Freiwillige, Waffen und Geld forderte man von den Landsleuten jenseit der russischen Grenze, aber die Ausdehnung der Empörung auf die beiden anderen Großstaaten erkannte man mit Recht als einen Fehler. Es fragte sich nun, ob diese Vorsicht die gewünschte Folge haben und Österreich und Preußen zur Neutralität, wohl gar zu wohlwollender Neutralität bewegen werde. Für Österreich traf diese Hoffnung zu. Schon in den ersten Tagen des Februar berichtete die Warschauer Regierung erzürnt nach Petersburg über die Nachsicht, die man an der galizischen Grenze dem Aufstande bezeige und die nicht der am wenigsten merkwürdige Punkt in der Geschichte des-
Bismarcks Haltung. selben sei. Ganz anders war die Auffassung in Berlin; Bismarck nahm die Lage sehr ernst und äußerte den fremden Gesandten gegenüber die Befürchtung, daß die Russen zu schwach seien die Empörung zu ersticken. Das wollte man in Warschau natürlich nicht zugeben und beschuldigte dort den preußischen Minister, daß er den Teufel schwärzer male als er sei. Man besorgte, daß in Berlin allerlei Vergrößerungsgelüste ausgeheckt würden; Herr von Keudell, ein genauer Freund Bismarcks, der auch im russischen Polen begütert war, sollte eine Bittschrift betreiben, die eine preußische Besetzung des Landes zum Schutz gegen die Grausamkeiten der Russen forderte; die Zeitungen meldeten von einer vertraulichen Unterredung des Ministers mit dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Behrend von Danzig, in der als Ziel der preußischen Politik ein doppeltes: entweder Beihilfe zur Erstickung des Aufstandes, oder Förderung desselben, Besetzung und Annexion Polens, hingestellt war. Für welchen Weg hatte sich Bismarck entschieden? Oder hielt er sich

vielleicht zur Zeit noch beide offen? Der Zar selbst, so hieß es, sei Polens müde, eine Abtretung würde ihm nicht schwer fallen; andererseits drängte die Ausdehnung nach Osten Preußen aus seiner deutschen Stellung heraus und gefährdete seine Zukunft. Darin hätte man allerdings keinen Grund gefunden einem Bismarck diese Politik nicht zuzutrauen; aber seine Maßnahmen, die offenkundig der Unterstützung Rußlands dienten, widersprachen ihr. Schon am 31. Januar waren die vier östlichen Armeekorps unter dem Befehl des Generals von Werder vereinigt und die Reserven der Infanterie einberufen; am folgenden Tage reisten des Königs Adjutanten von Alvensleben nach Petersburg und von Rauch nach Warschau, und wiederum acht Tage später, am 8. Februar, ward eine Konvention mit Rußland abgeschlossen, über deren Tragweite die übertriebensten Gerüchte in Umlauf kamen. Trotz der Versicherung Bismarcks, daß nach wie vor die Überschreitung der Grenze durch preußische oder russische Truppen durchaus von der Einwilligung des anderen Teiles abhänge, glaubte man auf Grund von Äußerungen im französischen und englischen Parlamente, daß den Russen die Verfolgung der Aufständischen auf preußisches Gebiet gestattet und die Mitwirkung preußischer Soldaten zu diesem Zwecke zugestanden sei. Der Spott, den Bismarck über den unaustilgbaren Glauben an diese Seeschlange ergoß, reizte die liberale Partei nur noch mehr; immer von neuem kam sie auf die Konvention zurück und konnte doch über den wahren Inhalt derselben nichts aus dem Minister herauslocken. Auch das englische und das französische Kabinet regten sich sehr darüber auf. Drouyn de l'Huys lud sogar am 21. Februar Österreich und England zu gemeinsamen Schritten in Berlin ein; indes Österreich hatte selbst über den Beitritt zu der Konvention in Unterhandlung gestanden, England wünschte den Angriff unmittelbar auf Rußland zu richten, und so kam es nur zu diplomatischen Erkundigungen; schon Anfang März konnte Bismarck überdies dem englischen Ministerium erklären, daß die Konvention ein toter Buchstabe sei, da die zur Ausführung nötigen Weisungen nicht erteilt seien. Der Aufstand hatte sich um diese Zeit von den preußischen Grenzen weggezogen und überhaupt seinen drohenden Charakter verloren.

Die Februarkonvention.

Zu kriegerischen Vorfällen von größerer Bedeutung war es gar nicht gekommen. Mieroslawski spielte seine Rolle in ein paar Tagen aus. Am 17. Februar erschien er auf polnischem Boden, schon am 23. war er nach einigen unglücklichen Gefechten wieder diesseit der Grenze. Nicht viel besser ging es dem jungen Marian Langiewicz, der sich unter dem Protest Mieroslawskis am 10. März selbst als Diktator ausrief und schon am 19. nach Galizien flüchten mußte, wo ihn die österreichische Regierung bewachte. Damit war der Aufstand allerdings noch nicht erloschen; aber die Lauheit der Bauern und Bürger, die nur geringen Eifer zeigten unter die Waffen zu treten, machte einen erneuten Aufschwung wenig wahrscheinlich. Die Hauptstärke des geheimen

Kriegerische Vorfälle.

Die geheime Regierung.

Centralausschusses bestand in der Furcht, die er den russischen Beamten einzuflößen verstand und in dem Schein von Thätigkeit, mit dem er sich zu umgeben wußte. Bald verbot er die Zahlung von Steuern an die Behörden und setzte selbst Ausschüsse zur Erhebung derselben ein, bald verwarf er die Gnade des Zaren, die ihn beim Anblick so vieler frischer Grabhügel, so vieler rauchender Trümmer von Städten und Dörfern, so vielen noch nicht erkalteten Blutes hingemordeter Brüder mit Schaudern erfülle; dann erließ er wieder Strafbestimmungen für Staatsverbrechen und setzte geheime Gerichtshöfe zur Aburteilung ein, oder er bescheinigte den Empfang von 22 Millionen Gulden, die in den russischen Kassen vermißt wurden, oder schrieb seinerseits ein Zwangsanlehn von 26 Millionen aus. Während er die Grenzen gegen Österreich und Preußen fortgesetzt respektierte, zog er schon Ende März, und zwar mit bestem Erfolge, Litauen, einige Wochen später, doch nicht so erfolgreich, Rotrußland in den Aufstand hinein. Ermordungen und Mordversuche, in den Straßen Warschaus unter den Augen der kaiserlichen Polizei gegen hohe Beamte oder eifrige Werkzeuge des Russentums gerichtet, verbreiteten unheimlichen Schrecken und dienten der Nationalregierung dazu Reklame für sich zu machen, indem sie öffentlich durch Anschläge sich als Anstifterin bekannte. Kurz, die Revolution dauerte fort, obgleich sie im offenen Kampfe das Feld nicht behaupten konnte, sie dauerte fort, weil alle Patrioten mit Sicherheit darauf rechneten, daß die Westmächte und Österreich zu ihren Gunsten einschreiten würden. Solange die Tinte der Diplomaten floß, floß, nach dem bitteren Wortspiel eines polnischen Schriftstellers, auch das Blut der Polen.

Litauen und Rotrußland.

Einmischung der Westmächte und Österreichs.

Zu drei Malen, im April, im Juni und im August, wandten sich die drei Mächte an das Petersburger Kabinet um ihm Vorstellungen über sein Verfahren zu machen; gestützt auf Preußen, das ihm kräftig zur Seite trat und auf das lebhaft sich äußernde Nationalgefühl, lehnte Gortschakoff alle drei Einmischungen entschieden ab und errang sich dadurch einen Grad von Beliebtheit in seinem Lande, der ihm später erlaubte auch der öffentlichen Meinung zum Trotz die guten Dienste Preußens reichlich zu erwidern. Die ersten Noten der drei Mächte, verschieden in Wortlaut und Gedankengang, wurden dem Petersburger Kabinet am 17. April übergeben. Sie stimmten doch darin überein, daß sie Rußland an die Verträge von 1815 erinnerten, durch welche Polen eine Verfassung zugesichert sei, daß sie die periodische Wiederkehr der Aufstände für ein Zeichen tiefliegender Schäden erklärten und auf die Gefahr hinwiesen, die darin für ganz Europa liege. Gortschakoff verzichtete darauf die Gültigkeit der Verträge zu bestreiten, wahrte seinem Kaiser aber das Recht dieselben auszulegen und die geeigneten Heilmittel für die vorhandenen Schäden zu suchen und betonte sehr ausdrücklich, daß die Beunruhigung Europas zwar durch den Aufstand in Polen, der Aufstand in Polen aber durch die kosmopolitische Revolutionspartei hervorgerufen sei, die in verschiedenen Ländern Europas ihre Mittelpunkte habe; er

ersuchte deshalb die beschwerdeführenden Kabinette an ihrem Teil zur Verstopfung dieser Quelle des Mißvergnügens behilflich zu sein.

Berg und Murawiew.

Wenn die drei Mächte geglaubt hatten die Thatkraft der russischen Regierung durch ihren gemeinsamen Schritt zu lähmen, so fanden sie sich getäuscht. Vor dem 17. April hatte der Zar den Polen aus freien Stücken Verzeihung angeboten, nach demselben verdoppelte er seine Strenge. Zwar blieben Großfürst Konstantin und Wielopolski noch im Amt, aber im wesentlichen ward ihnen die Verwaltung aus den Händen genommen und teils in die des Grafen Berg, teils in die der kommandierenden Generale gelegt; nach Wilna ward zur Unterdrückung des litauischen Aufstandes der harte Murawiew geschickt. Er begann damit in allen Bezirken Kriegsgerichte und Militärverwaltung einzuführen, Adel und Geistlichkeit unter die schärfste Aufsicht zu stellen und eine zehnprozentige Steuer auf alle adeligen Güter zu legen, eine Maßregel, die um so unerträglicher war, als schon im März den Bauern die Einlieferung ihrer Pachtzinse und Ablösungsgelder in die Kreiskassen befohlen war, von denen sie den rechtmäßigen Eigentümern, den Edelleuten, bei dem geringsten Verdachte vorenthalten wurden. In Rußland jubelte man dem gewaltthätigen Manne zu, der es zu verstehen schien die Starrheit des Adels wirksam zu brechen; man war unzufrieden damit, daß in Polen nicht dieselbe Strenge walte, und das Verlangen nach der Abberufung des Großfürsten wurde immer lebhafter. Der Kaiser entschloß sich noch nicht dazu dem zu willfahren, sondern beschwichtigte die Dränger durch ein paar Abschlagszahlungen: er ließ den Erzbischof von Warschau, Felinski, der schon im März aus dem Staatsrat ausgetreten war und in einem offenen Briefe an den Zaren die Personalunion gefordert hatte, nach Petersburg bringen, als er gegen die Hinrichtung eines Priesters Protest einlegte; er beurlaubte Wielopolski und übertrug dem Grafen Berg den Vorsitz im Staatsrate. Wo sich die Gelegenheit bot, führte er eine sehr kriegerische Sprache, redete von den Feinden, die vergebens auf den Zwiespalt zwischen ihm und seinem Volke rechneten, drückte die Hoffnung aus einen allgemeinen Krieg noch vermeiden zu können und sprach zuversichtlich von der Verteidigung der Reichsgrenzen und der mit dem Reiche untrennbar verbundenen Gebiete. Adressen und Deputationen, die ihm aus allen Teilen des Landes zukamen, beteuerten ebenso kräftig die Entschlossenheit für die Unversehrtheit des Landes einzutreten und bis zu den Finnen und den Deutschen in den Ostseeprovinzen war alles zum Kampfe und zu den schwersten Opfern bereit.

Wachsende Strenge des Kaisers.

Das konnte man von den drei Mächten nicht sagen. Lord Russell erklärte wiederholt im Parlamente, daß England nicht daran denke für Polen das Schwert zu ziehen; Österreich ließ sich nicht einmal durch Frankreichs Versprechen ihm seinen Länderbestand zu verbürgen zu einer kriegerischen Politik verleiten; nur Napoleon gab sich den Anschein, als ob er zum Kriege bereit sei, und lud seine beiden Verbündeten zu weitergehenden Verabredungen ein. Die Grenzen des Einverständnisses, das

Neue Noten der drei Mächte.

er erzielen konnte, waren doch ziemlich eng gesteckt. Die drei Antwortsnoten, welche Gortschakoff am 27. Juni empfing, stimmten darin überein, daß sie von den Klagen über das polnische revolutionäre Treiben im Auslande gar keine Notiz nahmen und dem Zaren die Bewilligung von sechs Forderungen empfahlen: vollständige Begnadigung, ein polnisches Parlament, polnische Beamte, Religionsfreiheit, ausschließlichen Gebrauch der polnischen Sprache und ein neues Rekrutierungsgesetz. England und Frankreich fügten dem noch den Vorschlag hinzu, daß der Zar einen Waffenstillstand verkünden und die Unterzeichner der Wiener Kongreßakte zu Konferenzen auf Grund jener sechs Punkte einladen möge.

Gortschakoffs zweite Ablehnung.

Auch wenn der russische Kanzler die Kriegsgefahr höher geschätzt hätte, würde er diese Einmischung rundweg abgeschlagen haben. Mit leichtem Spott erwiderte er am 13. Juli, daß die Herstellung der Ruhe nicht von dem Kaiser verkündet, wohl aber von den fremden Mächten wesentlich gefördert werden könne. Die Banden, die noch unter Waffen stünden, ergänzten sich nur aus dem Auslande; sobald sie irgendwo anschwöllen, würden sie sofort zermalmt; dann aber flöhen sie über die Grenze und kämen an anderen Punkten wieder herüber. Dieses Spiel werde von den auswärtigen Revolutionsausschüssen um der guten Bühnenwirkung willen, die es bei der öffentlichen Meinung Europas hervorbringe, unermüdlich erneuert; es beruhe auf der Hoffnung Rußland dadurch schließlich doch in einen Krieg mit den Mächten zu verwickeln und werde besonders von Paris aus geleitet. Über die sechs Punkte wollte Gortschakoff vor Wiederherstellung der Ordnung keine Meinung äußern; eine Beratung mit den Kongreßmächten lehnte er schlechthin ab, da Rußlands Würde darunter leiden müßte; gern aber sei er bereit mit Österreich und Preußen zu verhandeln, die als Besitzer polnischer Gebiete gleiche Interessen mit Rußland hätten. Offenbar zielte dieser letzte Vorschlag darauf ab das Wiener Kabinett von seinen Verbündeten abzuziehen. Das mißlang aber. Graf Rechberg erklärte in unverbindlichem Tone, daß er auf solche Sonderverhandlungen nicht eingehen und die Zustände in Galizien nicht mit denen in Polen auf eine Stufe stellen lassen könne.

Dritte Einmischung.

Dann verständigte er sich mit England und Frankreich über eine dritte Sendung von Noten, die am 12. August in Petersburg übergeben wurden und in ihrem Schlußsatze wörtlich übereinstimmten. Nachdem jedes Kabinett zuvor in seiner Weise die Berechtigung der polnischen Beschwerden, die Geringfügigkeit der Unterstützung, die der Aufstand von außen erhalte, das Befremden über Rußlands Ablehnung des Kongreßvorschlages und über sein Gegenprojekt ausgesprochen, erklärten sie alle drei, daß sie Rußland die volle Verantwortlichkeit für seine Ablehnung ihrer gemäßigten und versöhnlichen Ratschläge zuschieben müßten. Das nahm Gortschakoff in einer letzten Note vom 7. September sehr höflich hin und schloß damit eine Diskussion, deren Fortdauer, wie er meinte, keine Annäherung, sondern nur eine größere Entfremdung in Aussicht stelle. Es war eine völlige Niederlage, welche die drei Verbündeten sich

geholt hatten und da jeder dem anderen die Hauptschuld daran beizumessen geneigt war, so hatte der gemeinsame Feldzug keineswegs eine Befestigung der gegenseitigen guten Beziehungen zur Folge.

Abberufung Konstantins.

Murawiew und Berg setzten unterdessen ihre Bemühungen zur Wiederherstellung der Ordnung mit der alten Strenge fort; dem letzteren ward Ende August durch die Abreise des Großfürsten Konstantin der letzte Hemmschuh abgenommen, der ihn noch behinderte. Trotzdem that er es bei seiner milderen Sinnesart dem Statthalter von Litauen, dem Henker von Wilna, nicht gleich. In den nationalrussischen Kreisen wurde Murawiew der Held des Tages; man jubelte über die Güterein-ziehungen, die er bald hier bald dort verfügte, über die unerschwinglichen Steuern, die er dem polnischen Adel auferlegte, über die Hetzjagd, die er gegen die Aufständischen losließ, indem er drei Silberrubel Belohnung für jeden unbewaffneten, fünf für jeden bewaffneten Gefangenen, den ihm die Bauern einliefern würden, versprach. Der polnische Adel Litauens wurde planmäßig zu Grunde gerichtet; entweder gab er durch offene Beteiligung an der Empörung seine Güter gradezu preis, oder er wurde durch die maßlosen Geldforderungen zum Verkauf um ein Spottgeld gezwungen. Ebenso erbittert war der Kampf gegen die katholische Geistlichkeit, deren dreiste und verbrecherische Teilnahme am Aufstande Murawiews Erlasse in den leidenschaftlichsten Ausdrücken brandmarkten. Die Erfolge entsprachen dem aufgewandten Eifer: am 15. Oktober 1863 konnte Litauen für befriedet erklärt werden. Ein goldenes Standbild des heiligen Michael, eine Ehrengabe vornehmer Damen Petersburgs, belohnte Murawiew für seine Verdienste um das Russentum; mochte aus dem Kreise der Konstantinowzen der grimmige Vorschlag ertönen ihm lieber ein goldenes Beil zu überreichen, so konnte er sich darüber mit dem rückhaltlosen Beifall der öffentlichen Meinung trösten. Die Polenfeinde hatten den vollkommensten Sieg über die Sapadniki davongetragen, und ihre tüchtigsten Kräfte strömten nach Polen um dort das Werk der Russifizierung durchzuführen. Sie warteten dabei nicht einmal ab, daß auch Berg den Widerstand völlig bezwang. Gewiß war dessen Aufgabe ungleich schwieriger als die Murawiews, weil im eigentlichen Polen die russische Bevölkerung so sehr gering war und die Rebellion sich hier viel gründlicher vorbereitet hatte. Der geheime Ausschuß spottete monatelang aller Entdeckungsversuche; der strengste Belagerungszustand, eine zehntägige Absperrung Warschaus, ein Durchspüren aller Schlupfwinkel bis in die Nonnenklöster hinein, blieb erfolglos; Verhaftungen über Verhaftungen, Geldstrafen über Geldstrafen, Masseneinquartierungen und Ausweisungen, alles war umsonst. Der Jahrestag der Revolution kam heran und noch hatte man nichts entdeckt. Unmittelbar darauf aber änderte sich die Sache. Im Januar 1864 machte man das Stadthaupt von Warschau ausfindig, Ende Februar gelang es einige Mitglieder des Centralausschusses zu verhaften und das Verstummen der geheimen Zeitung, die man bisher auf keine Weise hatte unterdrücken können,

Der Henker von Wilna.

Der Aufstand in Polen.

bewies, daß man die rechten getroffen. Bald mehrten sich die Zeichen, daß der Aufstand als hoffnungslos aufgegeben werde. Auf die spärlichen Unterwürfigkeitsadressen, die bisher mühsam zusammengebracht waren, folgten seit Mitte April Massenerklärungen aus dem Adelsstande und der Geistlichkeit; Bauerndeputationen begaben sich nach Petersburg um dem Zaren für die Beseitigung der Leibeigenschaft zu danken, die durch Verordnung vom 2. März endgültig vollzogen war; der Erzbischof Felinski, der noch immer in Petersburg festgehalten wurde, gebot die Aufhebung der Kirchentrauer, die seit seiner Abführung in Szene gesetzt war; der Pariser Revolutionsausschuß erklärte, daß seine Geldmittel dem Versiegen nahe seien, und das Haupt der flüchtigen Aristokraten, Fürst Ladislaus Czartoryski, sagte sich öffentlich von der Erhebung los. Am 18. Juni fand sich Graf Berg veranlaßt eine beschränkte Begnadigung kund zu thun und Anfang August war die Vollstreckung des Todesurteils an fünf Mitgliedern der geheimen Regierung und die Abführung von sechzehn anderen nach Sibirien gleichsam der Schlußstein in der Bewältigung des Landes.

Erlöschen des Aufstandes.

Um die Wiederkehr ähnlicher Erhebungen für die Zukunft unmöglich zu machen wurden die umfassendsten Maßregeln getroffen. Die Befreiung der Bauern war darunter die rühmlichste und wohl auch wirksamste. Hatte man schon im eigentlichen Rußland den Adel nicht eben geschont, so war davon in Polen natürlich noch weniger die Rede; die Entschädigung, die ihm in Schuldverschreibungen zu teil wurde, brachte ihm kaum die Hälfte der jährlichen Einkünfte, die er bisher durch die Fronden bezogen. Unter den Beamten polnischer Nationalität war schon während des Aufstandes gründlich aufgeräumt worden; was noch zu thun blieb, wurde jetzt gethan. Mit der Verbannung der polnischen Sprache aus dem amtlichen Verkehr konnte man in Warschau natürlich aus praktischen Gründen nicht so weit gehen wie Murawiew in Wilna, der seinen Untergebenen und den Gemeindebehörden den Gebrauch des Russischen bei schweren Strafen anbefohlen hatte; aber die Verordnung, daß alle Aushängeschilder in Warschau neben der polnischen eine ebenso große russische Inschrift tragen müßten, zeigte, daß man auch hier den Kampf gegen die Sprache nicht außer acht ließ; die amtliche Zeitung ward fortan russisch abgefaßt. Der Katholizismus, der nach Murawiews Absichten in Litauen völlig ausgerottet werden sollte, erhielt in Polen wenigstens schwere Schläge. 114 Klöster wurden am 28. November aufgehoben und ihre Insassen teils in andere Ordenshäuser teils über die Grenze gebracht; auch weiterhin sollte damit fortgefahren werden bis der Bestand auf 35 Klöster mit 360 Mönchen und 140 Nonnen herabgemindert sei; alles Klostervermögen nahm der Staat in Verwaltung und bestimmte es zum Teil für die Verbesserung der Lage der niederen Geistlichkeit. Den höheren Geistlichen dagegen, die schon während der Empörung mit schweren Abgaben belastet waren, suchte man ihre Einkünfte nach Kräften zu schmälern. Für die Ausbreitung der

Russisches Strafregiment.

Der Katholizismus.

griechischen Kirche wurden die eifrigsten Anstrengungen gemacht, vorzugsweise freilich auch wieder in Litauen und Rotrußland, wo man mit besonders gutem Erfolge die sog. unierten Griechen, die sich seit 1596 dem päpstlichen Stuhle unterworfen hatten, wieder in die orthodoxe Kirche hinüberzuziehen wußte, eine Bewegung, die nach einem Jahrzehnt ihr Ziel erreicht hatte. Auch im Schulwesen, das freilich von geringer Ausdehnung war, wurde die Russifizierung mit Eifer angefaßt und so der polnischen Nationalität überall die Axt an die Wurzeln gelegt. Wenn der milde Sinn Alexanders auch mit der Zeit ein gelinderes Verfahren walten ließ, so trat in der Sache selbst doch keine Änderung ein; die Versöhnungspläne Wielopolskis gehörten der Vergangenheit an, der Russe gebrauchte das Recht des Siegers über den besiegten, unversöhnlichen Feind, der im schroffen Gegensatze zu den Strömungen der Zeit, die überall das Prinzip der Nationalität begünstigte, schneller als je der Vernichtung entgegenzueilen bestimmt schien.

England.

Englands Stellung in Europa.

Für die Gesamtlage der europäischen Politik hatte der polnische Aufstand seine ernste Bedeutung bereits mit dem Augenblicke verloren, in welchem Gortschakoff die Einmischung des Auslandes triumphierend zurückwies. Es war ein gewichtiges Zusammentreffen, daß dieser Augenblick derselbe war, in welchem Preußen den Frankfurter Fürstentag zum Scheitern brachte. Die beiden östlichen Mächte, die fest zusammenstanden, hatten gleichzeitig und unabhängig voneinander ihre Gegner geschlagen; wenn Preußens Sieg nur Österreich unmittelbar traf, so hatte Rußland die Schlacht vor allem über Frankreich gewonnen; England, das dritte Glied des feindlichen Bündnisses, war verhältnismäßig am glimpflichsten davongekommen. Es beschloß den Feldzug gegen Rußland am 20. Oktober 1863 durch eine Note, in der Lord Russell ernst daran erinnerte, daß die Rechte Polens in derselben Urkunde enthalten seien, welche den Zaren zum Herrscher des Landes mache; — drohende Worte, denen aber die friedenssüchtige Politik, die Großbritannien seit Jahr und Tag befolgte, fast alles Gewicht raubte. England hört auf zu nehmen, es fängt an herauszugeben, mit dem ist es zu Ende, soll Bismarck gesagt haben, als um dieselbe Zeit, im November 1863, die Jonischen Inseln an Griechenland abgetreten wurden. Die offenkundige Scheu vor jeder kriegerischen Verwicklung und der vermittelnde Einfluß, den die englische Regierung bald mit bald ohne Erfolg im Auslande zu üben suchte, trugen ihr wenig Dank ein. Es gab kaum einen streitigen Punkt, in dem sie es nicht mit beiden Teilen verdorben hätte, und da sie trotz gelegentlicher Kriegsdrohungen zuletzt immer geschehen ließ, was sie bekämpft hatte, so legte man ihren Vermittlungsversuchen wenig Wert bei. Die Krämerpolitik Großbritanniens wurde zum verächtlichen Schlagworte; in Griechenland und Rumänien, in Rom und Savoyen, in Schleswig-Holstein und

Unkriegerische Vermittlungsversuche.

Polen, überall verstand es das englische Kabinett trotz der besten Absichten nichts auszurichten oder gar die Lage zu verschlimmern. Härter jedoch als in irgend einer europäischen Frage rächte sich diese Politik der lauen Begünstigung und schwächlichen Bekämpfung in dem großen Streite, der jenseit des atlantischen Ozeans ausgebrochen war. Mit allen seinen Sympathien den baumwollbauenden Südstaaten zugewandt und herzlich froh den Zusammenbruch der Union, des immer gefährlicher werdenden Nebenbuhlers, hoffen zu dürfen, waren die leitenden Staatsmänner Englands doch zu gewissenhaft oder zu ängstlich um thatkräftig für die Zersprengung der großen Republik einzutreten. Auch benutzten sie nicht, wie Frankreich es versuchte, die Zeit, in der die Kräfte der Vereinigten Staaten gelähmt waren, zur Erweiterung ihres Einflusses in Amerika. Sie gestanden dem Süden das Recht der Kriegführung zu, ließen ihn Schiffe in englischen Häfen bauen und kaufen, übersahen sogar die Vorbereitungen, die in Kanada zu einem Einfall in die Union gemacht wurden, und gewannen dadurch nichts als den Haß des Nordens. Jede Gelegenheit zum Bruch, die sich darbot, vermieden sie sorgsam, und wie sie Napoleons Antrag zur bewaffneten Einmischung in den polnischen Aufstand ablehnten, so hatten sie seine Einladung zur Unterstützung der Südstaatler verschmäht. Währenddessen litt die Arbeiterbevölkerung in den englischen Fabrikbezirken große Not; die Baumwolle blieb aus, deren Verarbeitung ihr den Lebensunterhalt verschaffte; die Spinnereien und Webereien wurden geschlossen, und nur durch großartige Unterstützungen, in denen die englische Wohlthätigkeit ihre alte christliche Milde glänzend bewährte, konnte dem ärgsten Elend vorgebeugt werden; an 60 Millionen Mark wurden durch Armensteuern und freiwillige Beiträge aufgebracht.

England und die Union.

Rückwirkend mußte diese Not in der Arbeiterbevölkerung die Unzufriedenheit mit ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Stellung erhöhen. Trotz aller Reformbills waren in dem freien England doch die unteren Klassen immer noch politisch einflußloser als in den meisten übrigen Ländern Europas. An den Wahlen zum Parlamente konnte kaum ein Siebentel der erwachsenen Männer teilnehmen, und wenn beispielsweise die städtischen Wähler in den 30 Jahren seit der großen Reformbill von 280 000 auf 510 000 Köpfe gestiegen waren, so stand diese Zunahme keineswegs im Verhältnis zu dem Wachsen der Bevölkerung: der Prozentsatz der Arbeiterklasse war sogar von 31 auf 26 Prozent heruntergegangen. Gleichwohl machte die Regierung seit dem Jahre 1860 keinen neuen Versuch das Wahlgesetz zu verbessern; eingestandenermaßen nicht deshalb, weil ihre Mitglieder die Zweckmäßigkeit verkannten, sondern weil Lord Palmerston nichts davon wissen wollte. Die unabhängigen Liberalen wie Locke King und Baines vermochten für ihre jährlich wiederholten Anträge die Mehrheit nicht zu gewinnen, so nahe sie ihr auch manchmal kamen. Der alte Palmerston — er vollendete im Oktober 1864 sein achtzigstes Lebensjahr — wußte mit jugendlicher Rüstigkeit die Mehrheit bei seiner Fahne zu halten und oft genug durch seine alt-

Parlamentsreform.

gewohnten Scherze auch die Gegner zu entwaffnen. Sein Wunsch die Hand am Staatsruder zu sterben war auch der Wunsch des Landes. In dem Arbeiterstande aber machte die Forderung einer neuen Reform beständige Fortschritte; die Gewerkvereine schrieben sie auf ihr Banner und die großen Städte sahen wieder wie in früheren Jahren Massenversammlungen unter freiem Himmel, vor denen neue Männer aus den Arbeiterklassen, die Odger, Bradlaugh u. a., feurige Reden hielten, und bei denen es auch an heftigen Zusammenstößen mit der Polizei nicht fehlte. Nicht besser stand es mit Irland. Soviele Übelstände in den letzten Jahrzehnten auch abgestellt waren, so dauerten doch die Grundübel fort; die Armut der irischen Bevölkerung verglichen mit dem Reichtum des zum großen Teil englischen Adels, die glänzenden Einkünfte der anglikanischen Kirche aus einem so überwiegend katholischen Lande, die Hetzereien der nationalen Führer und die Gegendemonstrationen der Orangisten, alles das ließ eine Beruhigung der Insel nicht zustande kommen. Von verhängnisvoller Bedeutung wurde auch für Irland der amerikanische Bürgerkrieg. Von den Hunderttausenden, die in den letzten Jahrzehnten von der grünen Insel nach der Union übergesiedelt waren, hatte ein großer Teil in den Reihen der Nordstaaten tapfer für das neue Vaterland gefochten. Aber die Gedanken an die heimische Insel hatten sie darüber nicht verloren, und als nun der Bürgerkrieg zu Ende ging, bildeten sich unter ihnen Verschwörungen um die Herrschaft der Engländer in Irland zu brechen. Unter dem Namen der Fenier entstand ein großer Geheimbund in Nordamerika, der sich schnell nach Europa verzweigte. Im Sommer 1865 entdeckte man die ersten Spuren seiner Thätigkeit, und die Regierung war sofort darüber aus sich der Führer zu bemächtigen. In der That gelang es im September eine Anzahl Verschworener ausfindig zu machen und Einblick in die Organisation des Bundes zu gewinnen; selbst das Oberhaupt desselben, John Stephens, fiel etwas später in die Hände der Obrigkeit, entwischte aber nach kaum vierzehn Tagen aus dem Gefängnis und trieb sich dann noch über ein Vierteljahr auf der Insel herum, ehe er sich im März 1866 nach Paris in Sicherheit brachte.

Not in Irland.

Die Fenier.

Alles das machte die Lage der Regierung unbehaglich genug. Nur auf einen Glanzpunkt konnte sie hinweisen und der wurde ihr allerdings hoch angerechnet: die Finanzen des Landes befanden sich in der vortrefflichsten Ordnung. Wenn William Gladstone bei der Vorlage des Staatshaushaltes seine jährliche große Rede hielt und trotz der schlechten Zeiten immer wieder Überschüsse in Rechnung setzen, immer wieder die Abschaffung oder Verringerung lästiger Zölle beantragen konnte, dann wiederhallte das Haus von lauten Beifallsrufen und die Presse des Landes machte sich zum Echo der dankbaren Huldigungen, die dem geschickten Finanzmanne gezollt wurden. Die unausgesetzte Förderung der Freihandelspolitik knüpfte zugleich das Band zwischen der Regierung und der Manchesterpartei fester, das sonst durch die Hinausschiebung

Finanzpolitik der Whigs.

der Parlamentsreform bedenklich gelockert wurde. Volles Genüge that den Aposteln der Sparsamkeit freilich auch Gladstones Verwaltung nicht, und noch im Jahre 1865, ein Vierteljahr vor seinem Tode, lehnte Cobden den Vorsitz im Rechnungsamte ab, weil er den täglichen Ärger über die anstößige und unnütze Vergeudung der Staatsgelder nicht würde ertragen können. Daß der Vorwurf, den er damit erhob, nicht ganz ungegründet war, bewies bald nachher die Entdeckung eines argen Unfugs, den der Lordkanzler Westbury bei der Besetzung einträglicher Stellen hatte einreißen lassen. Seine Kollegen gaben zwar ihrer Überzeugung von der persönlichen Makellosigkeit des arg Angefeindeten dadurch Ausdruck, daß sie ihn im Kabinett zu halten suchten; aber das Unterhaus, das die Sache durch einen Ausschuß hatte untersuchen lassen, zwang ihn am 3. Juli 1865 durch ein Tadelsvotum doch zum Rücktritt.

Der Westbury-Skandal.

Bei den Neuwahlen, die gleich darauf stattfanden, gewann das Ministerium eine Mehrheit von 70 Stimmen, aber die Zukunft der liberalen Partei war trotzdem in Wolken gehüllt. Der Westbury-Skandal hatte ihr ernstlich geschadet und noch größere Aufregung erzeugte die Grausamkeit, mit der im Oktober ein Negeraufstand in Jamaika von dem Statthalter Eyre unterdrückt wurde. Die Regierung hielt es nicht für geraten diesen Beamten zu decken und schickte einen Untersuchungsausschuß nach der Insel, der die Hinrichtung von 330 Negern konstatierte. Das Fenierunwesen war trotz des Belagerungszustandes und der scharfen Verurteilungen, die bis zu 20 Jahren Deportation lauteten, im beständigen Aufschwung begriffen; auch die Bewegung für die Parlamentsreform nahm zu. Unter diesen Umständen war es für die Whigs beinahe ein Glück zu nennen, daß am 14. Oktober 1865 der greise Palmerston, der Hauptgegner der Reform, aus dem Leben schied. Es war ein reiches Wirken im öffentlichen Dienste, das damit zu Ende ging, und die dankbare Trauer des Volkes zeigte, daß es die mehr als fünfzigjährige politische Laufbahn des Verstorbenen wohl zu schätzen wußte. Bei mehr als einer Gelegenheit hatte Old Pam, wie man ihn kurz zu nennen pflegte, dem britischen Nationalstolze die höchste Befriedigung verschafft; er war durch sein scharfes, mutiges, witziges Dreinreden und Dreinfahren im Parlamente wie im diplomatischen Verkehr der Liebling des Volkes geworden und hatte seit langem das Vorrecht genossen, daß man mit seinen Ansichten über innere Politik nicht allzuscharf ins Gericht ging. Trotz aller Frische, die er sich erhalten, war er doch schon seit Jahren nicht mehr der Feuerbrand von 1848; sonst hätte die auswärtige Politik, die Earl Russell in seinem Kabinett leitete, nicht jenes merkwürdige Gemisch von Belehrungssucht und Thatenscheu, die diesen Staatsmann, und von befehlendem Tone und kurzem Entschlusse, die Palmerston charakterisierten, zeigen können. Und wie die äußere Politik durch diese Mischung verdorben wurde, so auch die innere: Russells aufrichtiges Interesse für die wichtigen Reformen, an denen er so erfolgreich gearbeitet, war durch Palmerston lahmgelegt und konnte erst nach

Aufstand in Jamaika.

Palmerstons Tod.

dessen Tode wieder zur Geltung kommen. Allerdings war Russell durch seine 73 Jahre und durch den Übertritt ins Oberhaus auch ein anderer geworden; aber er hatte sich doch genug von den Anschauungen seiner Mannesjahre bewahrt um die Unerläßlichkeit der Reform anzuerkennen und sie jetzt eifrig zu fördern. Die Hauptaufgabe dabei fiel Gladstone zu, der durch Palmerstons Tod Führer des Unterhauses wurde. Gleich in der ersten Sitzung, die das neue, durch Clarendon als Minister des Äußeren ergänzte Kabinett nach dem Tode seines bisherigen Leiters hielt, wurde beschlossen die Vorarbeiten zu einer neuen Reformbill zu beginnen; doch wollte man sich zuerst darauf beschränken das Wahlrecht auszudehnen, die sehr nötige Änderung der Wahlbezirke aber und die Sicherung des Wahlverfahrens gegen Bestechung einstweilen vertagen. Die Gefahr dadurch zwischen zwei Feuer zu kommen konnte das Ministerium nicht verkennen, aber es war sehr die Frage, ob sie sich überhaupt vermeiden ließ. Der Reformbund, der sich im Lande gebildet hatte, ging mit seiner Forderung des allgemeinen Wahlrechts soweit, daß jedes Whig-Regiment auf seinen Beistand verzichten mußte, und die Tories waren umgekehrt gegen jede Reform. Eine gewisse Stärkung erlangte das Kabinett gleich nach der Parlamentseröffnung im Februar 1866 durch den Eintritt von Grey, Stansfield und einigen anderen fortgeschrittenen Liberalen; aber dafür büßte es nicht nur die Unterstützung der Iren ein, die statt Abhilfe für ihre Beschwerden zu finden durch die Aufhebung der Habeas-Korpus-Akte noch mehr gereizt wurden, sondern es verdarb es auch durch seine Reformvorschläge mit dem rechten Flügel der Whigs, der sich unter Lord Grosvenors Führung denselben unter dem Vorwande widersetzte, daß sie nicht über einen Teil der Reform beraten könnten ohne den Gesamtplan der Regierung zu kennen. Gladstones Vorschläge waren gemäßigt genug; er wollte etwa 400 000 neue Wähler schaffen, die Hälfte davon aus dem Arbeiterstande; ungefähr 170 000 rechnete er auf die ländlichen Bezirke, in denen fortan ein Pachtzins von 14 Pfund gefordert wurde; 60 000 auf die städtischen Mieter von ganzen Häusern, 150 000 auf die Mieter von Etagen, sofern sie mindestens 10, oder von einzelnen Stuben, sofern sie 7 Pfund Miete zahlten; der Rest kam auf einige andere Klassen, Besitzer von Sparkassenbüchern zu 50 Pfund u. s. f. Im ganzen stieg dadurch die Zahl der ländlichen Wähler auf 550 000, die der städtischen auf 510 000, d. h. zusammen auf den vierten Teil der erwachsenen Bevölkerung. Kaum hatte Gladstone diesen Vorschlag dem Unterhause am 12. März vorgelegt, so beschlossen die Tories und die Adullamiten, wie man Grosvenors Partei nannte, sich ihr zu widersetzen. Obgleich nun die Regierung bei der zweiten Lesung eine Mehrheit von fünf Stimmen gewann, so lag die Sache doch so bedenklich, daß es nötig schien den Adullamiten ihren Vorwand zu entreißen und vor der dritten Lesung einen Gesetzentwurf über die Änderung der Wahlbezirke einzubringen. Auch dieser war sehr schonend abgefaßt; 49 kleinere Städte unter 8000 Einwohnern sollten von ihren zwei

Reformbill.

Die Adullamiten.

Vertretern je einen verlieren und dafür 26 Grafschaften, 16 englische und 7 schottische Städte ein erweitertes Wahlrecht erhalten. Allein die abtrünnigen Whigs wurden dadurch nicht versöhnt. Schnell hintereinander am 28. Mai und am 18. Juni errangen sie bei der Spezialberatung der Gesetze mit zehn und elf Stimmen den Sieg über die Regierung, das erste Mal, indem sie ein Gesetz gegen die Bestechung verlangten, das zweite Mal indem sie statt 7 Pfund Miete 7 Pfund Steuerwert forderten, was einer Miete von etwa 9 Pfund entsprach und die Arbeiter aus dieser Wählerklasse völlig ausschied.

Sturz der Whigs.

Unter diesen Umständen beschloß das Kabinett zurückzutreten und den Tories das Staatsruder zu überlassen. Am 6. Juli 1866 übernahm Earl Derby die Geschäfte; sein Sohn Lord Stanley erhielt das auswärtige Amt, Disraeli die Führung des Unterhauses; die Adullamiten lehnten die ihnen angebotenen Stellen ab. Auf die Weiterführung der Reform verzichtete Derby natürlich, verwahrte sich aber dagegen ein prinzipieller Feind des erweiterten Wahlrechts zu sein. Da die Whigs zunächst nicht daran dachten dem neuen Ministerium Schwierigkeiten zu machen und die Adullamiten es unterstützten, so war eine Auflösung des Parlamentes nicht nötig. Im Lande freilich erwachte eine um so ungestümere Bewegung für die Reform: in London, Birmingham, Manchester, in Edinburg, Glasgow, Dublin und in vielen anderen Großstädten begannen wieder die Massenversammlungen und John Bright, Stuart Mill u. a. forderten laut das allgemeine Stimmrecht. Der Druck, der dadurch auf die Regierung geübt wurde, machte sich bald bemerklich; in den leitenden Kreisen der Tories erkannte man, daß die Bewegung sich nur durch Zugeständnisse entwaffnen lasse, daß ohne solche ein neuer Ministerwechsel, ein neues Parlament und eine neue, radikalere Reformbill unvermeidlich seien. Derby regte die Frage daher im Kabinett schon im Herbst 1866 an, und Disraeli begrüßte das Unterhaus im Februar 1867 mit einer Reihe von Resolutionen, die eine mäßige Reform in Aussicht stellten, immerhin aber die Möglichkeit offenließen die Sache zu verschleppen. Sobald er jedoch sah, daß diese Anerbietungen nicht genügten, ging er einen Schritt weiter und näherte sich in einer Rede vom 25. Februar schon sehr den Vorschlägen, die Gladstone im letzten Jahre gemacht hatte. Derby und die Mehrheit des Kabinetts waren damit einverstanden; einige widerstrebende Mitglieder mußten austreten. Am 18. März legte Disraeli die Bill dem Unterhause vor. Die Punkte, in denen sie sich von der Gladstoneschen unterschied, beispielsweise die Erteilung eines doppelten Wahlrechts an gewisse Klassen, die Bestimmung des Pachtwertes in den Grafschaften auf 15 statt 14 Pfund, die Belassung von zwei Abgeordneten für die Städte über 7000 statt über 8000 Einwohner, wurden nun der Gegenstand eines eifrigen Parteikampfes. Die Adullamiten, die sich in ihrer Absonderung von der liberalen Partei immer unbehaglicher fühlten, kehrten unter Gladstones Führung zurück und dem Ministerium blieb der geschlossenen Mehrheit

Reformbill der Tories.

gegenüber keine andere Wahl als zurückzutreten oder nachzugeben. Zögernd und schrittweise that Disraeli das letztere, nicht zum Vorteile seiner Stellung im Hause; man wußte, daß um am Ruder zu bleiben er alle Abweichungen von der Gladstoneschen Bill preisgeben würde und als eines der ausgeschiedenen Mitglieder des Kabinetts entrüstet fragte, mit welchen Bestimmungen der Bill dasselbe denn eigentlich stehen oder fallen wolle und Lord Stanley darauf die Auskunft verweigerte, war ein herzliches Gelächter die Antwort des Hauses. Bei der Spezialberatung nahm das Zurückweichen des Ministeriums einen beschleunigten Gang an; in manchen Punkten ließen die Beschlüsse auch den früheren liberalen Entwurf noch hinter sich zurück und aus den Reihen der Adullamiten erscholl die bittere Klage, daß unter dem konservativen Regiment eine wahrhaft demokratische Sintflut hereingebrochen sei. Die einzige Hoffnung der Gegner war jetzt das Oberhaus; aber zur Verwerfung der ganzen Maßregel fehlte diesem der Mut und wenn es eine lange Reihe von Beschränkungen wieder in die Bill einführte, so geschah das ohne jede Aussicht damit durchzudringen; einige der schlimmsten wurden sogar auf die bloße Kunde von der Unzufriedenheit der Unterhausmehrheit freiwillig wiederaufgehoben, die übrigen preisgegeben, sobald das Unterhaus sie verworfen hatte. Nur in einem Punkte fügte dieses sich einem Zusatze der Lords, indem es einwilligte, daß in den Städten, welche drei Abgeordnete ins Parlement schickten, jeder Wähler nur zwei Stimmen abgeben dürfe, wodurch die Minderheit die Möglichkeit erhielt sich des dritten Sitzes zu versichern. Am 13. August 1867 ward die Bill in der Fassung des Unterhauses von den Lords angenommen, am 15. von der Königin bestätigt. Ihre Wirkungen reichten über die Gladstoneschen Vorlagen hinaus, sowohl was die Erweiterung der Wahlberechtigung als was die Verteilung der Abgeordnetensitze betraf; daß schließlich alle Städte unter 10 000 Einwohnern auf je einen Vertreter beschränkt, vier rotten boroughs ihres Wahlrechts ganz beraubt und dafür vier großen Städten je drei Abgeordnete zugestanden wurden, waren Erfolge, die voraussichtlich den fortgeschrittenen Liberalen zu gute kommen mußten. Die ganze Tragweite des neuen Gesetzes auch nur annähernd zu bemessen war schlechterdings unmöglich; Graf Derby sprach die Gefühle nicht bloß seiner eigenen Partei, sondern auch vieler Gegner aus, als er die Bill einen Sprung ins Dunkle nannte. Nur die Überzeugung, daß bei der immer höher steigenden Bewegung dieser Sprung durch jede Verzögerung tiefer und gefährlicher werden müsse, brachte das Gesetz zustande. Es hatte übrigens nur Bezug auf England und Wales; die entsprechenden Bestimmungen für Schottland und Irland erfolgten erst im Juli 1868; das Land war mit dem Gebotenen zufrieden und die Bemühungen der Reformvereine noch radikalere Änderungen durchzusetzen verliefen ebenso im Sande, wie die Bestrebungen Stuart Mills auch den Frauen, die einen selbständigen Haushalt führten, das Stimmrecht zu verschaffen. Als im November 1868 zum erstenmal nach dem neuen Gesetze gewählt

Verhandlungen darüber.

Annahme derselben.

Weitere Reformen.

wurde, ergab sich eine ganz überraschend starke Vermehrung der Wahlkörperschaften; allein in England und Wales wurden über 2 Millionen Stimmen abgegeben, während Gladstone die auf Grund seiner Bill Berechtigten auf wenig mehr als eine Million veranschlagt hatte; Schottland wies dagegen nur 140 000, Irland (bei doppelt so großer Einwohnerzahl) gar nur 80 000 Wähler auf, die wirklich gewählt hatten.

Das neue Unterhaus.

Das Ergebnis der Wahlen war eine Mehrheit von 116 Stimmen auf Seiten der Liberalen; der aristokratische Charakter des Unterhauses aber blieb völlig gewahrt; ein starkes Drittel der Vertreter bestand aus künftigen Peers oder nahen Verwandten derselben; dazu kamen über 150 Baronets und Großgrundbesitzer, gegen 120 Kaufleute, Rheder und Industrielle ersten Ranges und (verteilt unter diese Klassen) ebensoviel Direktoren von Eisenbahngesellschaften. Dagegen war weder ein Arbeiter gewählt noch einer der Advokaten, die sich der Arbeiterbewegung angeschlossen, und mehrere der angesehensten Radikalen des früheren Hauses, wie Stuart Mill oder Milner Gibson, hatten sich vergebens um ein neues Mandat beworben.

Die irische Frage.

Die eine brennende Frage, die Wahlreform, war also durch das Toryministerium zum Besten des Landes, wenn auch mit großem Schaden für die Partei, geordnet worden. Um so drohender erhob sich noch vor ihrer Erledigung das irische Gespenst. Die ganze Größe des Übels trat der Nation im Verlaufe der Jahre 1866 und 1867 immer entsetzlicher vor Augen. Während von den Vereinigten Staaten aus Einfälle bewaffneter Fenier in Kanada versucht wurden, dauerte nicht bloß in Irland selbst die Verschwörung fort, sondern verbreitete sich auch unter die irische Arbeiterbevölkerung der englischen Großstädte. Seitens der Regierung wurde kein Mittel der Strenge und der Vorsicht versäumt. Die

Fenieranschläge.

Häupter der Fenier, die man im Juni 1866 bei dem Einfall in Kanada gefangen hatte, wurden zum Tode verurteilt: in Irland selbst wurde unter Zustimmung der Whigs der Ausnahmszustand von Halbjahr zu Halbjahr verlängert; Kriegsschiffe umkreisten die Küsten, die Polizei ward mit Hinterladern bewaffnet, in England hielt man für alle Fälle die Milizen in Bereitschaft. Trotzdem wagten sich die Fenier an das aussichtslose Unternehmen eines regelrechten Aufstandes, der Anfang März 1867 begann, aber in wenigen Tagen fast ohne Blutvergießen niedergeschlagen wurde. Die gefangenen Führer sahen in englischen Gefängnissen ihrer Verurteilung entgegen. Um sie zu befreien schritt der Bund zu neuen Gewaltanschlägen. Schnell hintereinander, am 19. September und am 13. Dezember, wurden Manchester und London die Schauplätze greulicher Szenen. Dort ward die Polizei überfallen, die zwei Gefangene transportierte, und außer vielen Verwundeten blieb ein Toter auf dem Platze; hier ward gar der Versuch gemacht das Gefängnis von Clerkenwall durch eine Pulverexplosion in die Luft zu sprengen, und zahlreiche Opfer erlagen diesem Frevel. Ein unheimliches Grauen ergriff die friedliche Bevölkerung bei dem Gedanken an einen Feind, der

vor solchen Mitteln nicht zurückbebte; die Bürger stellten sich der Polizei zu außerordentlichem Hilfsdienst zur Verfügung, und durch den Verrat eines Mitwissers kam man den Thätern glücklich auf die Spur. Mit äußerster Strenge wurden die Schuldigen bestraft, und wenigstens das erreichte man dadurch, daß ein heilsamer Schreck die Verschworenen von ähnlichen Greuelthaten zurückhielt. Aber unmöglich konnte sich die öffentliche Meinung dabei beruhigen. Es mußte etwas geschehen um die Quelle solcher Frevel zu verstopfen. Von der Toryregierung war keine gründliche Beseitigung der Mißstände zu erwarten, die zu eng mit ihrem Klasseninteresse zusammenhingen, als daß die Minister, selbst wenn sie gewollt, ihre Partei hätten zwingen können; das Land rief nach den Liberalen, und die Liberalen entzogen sich dem Rufe nicht.

Russell und Mill.

Fast gleichzeitig erhoben der greise Russell und John Stuart Mill ihre gewichtigen Stimmen um die Heilung der beiden schlimmsten Wunden zu fordern, an denen Irland litt. Russell forderte die Einziehung der Einkünfte, welche die anglikanische Staatskirche im Belaufe von etwa 12 Millionen Mark aus Irland zog, und ihre Verwendung zum Besten des Landes; Mill drang auf eine Revolution in den ländlichen Verhältnissen Irlands, indem er die Umwandlung der gedrückten irischen Pächter in freie Eigentümer ihrer Äcker verlangte. Das war denn freilich mehr, als auch die Whigs zu gewähren bereit waren; für sie lag schon in der Beseitigung der kirchlichen Übelstände eine gewaltige Schwenkung; derselbe John Russell, der jetzt dafür eintrat, hatte keine zwei Jahr früher als Minister einen ähnlichen Antrag im Oberhause zurückgewiesen, und im Unterhause hatte sich auch 1867 noch keine Mehrheit dafür gefunden. Doch war schon damals Gladstone dafür eingetreten und Russell hatte im Oberhause wenigstens die Einsetzung einer Kommission zur Ermittlung der statistischen Verhältnisse durchgesetzt. Die Tories nahmen ihrem Ministerium dieses Zugeständnis sehr übel und eine große Reihe angesehener irischer Protestanten verbat sich in einer Adresse die Aufhebung der kirchlichen Privilegien. In Wahrheit konnte jener Ausschuß für ein bloßes Scheinmanöver gelten, denn noch im folgenden März hatte er sich nicht einmal konstituiert. Die Regierung gedachte auch jetzt mit einigen geringfügigen Besserungsvorschlägen sowohl im Pacht- wie im Kirchenwesen davon zu kommen; ihre Haupthoffnung setzte sie darauf, daß es ihr gelingen werde durch die Begründung einer katholischen Universität in Irland die Bischöfe gleichsam zu bestechen und durch die Geistlichkeit dann die Gemüter zu beruhigen. Dagegen brach nun bei der ersten Gelegenheit, die sich bot, im Unterhause ein heftiger Sturm los. Adullamiten und Iren, Radikale und Whigs fielen über Disraeli und den Minister für Irland, Lord Mayo, her; Bright verglich die Regierung mit einem Quacksalber, der auf dem Lande Pillen gegen Erdbeben verkaufe; selbst ein paar Tories kündigten ihren Führern den Gehorsam auf; Gladstone erklärte, daß er den Willen des Hauses durch bestimmte Anträge auf Abschaffung der irischen Staatskirche erforschen werde. Am 23. März 1868

Absichten der Tories.

Gladstones Anträge auf Abschaffung der irischen Staatskirche.

brachte er sie ein; am 3. April ward der erste, der die Abschaffung im Prinzip aussprach, mit 328 gegen 272 Stimmen angenommen und am 30. mit der noch gewachsenen Mehrheit von 68 Stimmen in dritter Lesung bestätigt.

Disraeli Ministerpräsident.

Nach der üblichen Praxis hätte Disraeli jetzt sofort das Haus auflösen oder zurücktreten müssen. Von der ersten Maßregel ließ sich kein Erfolg erwarten, die liberale Mehrheit würde nur verstärkt zurückgekehrt sein; überdies waren die irische und schottische Reformbill noch nicht fertig und man hätte daher noch nach dem alten Gesetze wählen müssen, was mit Recht für mißlich erachtet wurde. Von dem Rücktritt des Kabinetts wollte aber Disraeli erst recht nichts wissen; denn seit dem 28. Februar hatte er das Ziel seiner Wünsche erreicht: er war Ministerpräsident geworden. Der alternde Graf Derby fühlte sich den parlamentarischen Stürmen nicht mehr gewachsen und trat zurück; die konservative Partei hatte keinen fähigeren Mann als Disraeli, und wie sehr sich auch ihr aristokratischer Stolz dagegen sträubte, sie mußte den Kaufmannssohn, den Litteraten, den Abkömmling eines spanischen Juden sich als Haupt der Regierung gefallen lassen. Von dieser so schwer erklommenen Höhe ohne die dringendste Not schon nach wenigen Wochen wiederherabzusteigen war nicht Disraelis Absicht; er kündigte dem erstaunten Hause am 4. Mai

Verhalten des Ministeriums.

an, daß die Königin seine Entlassung nicht angenommen habe und daß die Befragung des Landes, wenn man ihn nicht durch ein Mißtrauensvotum früher dazu zwinge, erst im Herbst nach dem neuen Wahlgesetz stattfinden solle. Trotz aller Entrüstung der Opposition wünschte doch niemand das Damoklesschwert, mit dem man die Drohung einer früheren Auflösung verglich, zum Fallen zu bringen; denn die Kosten einer doppelten Parlamentswahl in einem Jahre, erst nach dem alten, dann nach dem neuen Wahlgesetz, behagten auch den Whigs nicht. Es blieb also bei Vorwürfen und Anklagen von unerhörter Heftigkeit, ein Mißtrauensvotum ward nicht eingebracht. Dagegen wurde auf Gladstones Antrag die Königin ersucht nicht durch neue Ernennungen zu irischen Pfründen die Ordnung der Kirchenfrage im Sinn der Liberalen zu erschweren, und als sie darauf eine zustimmende Erklärung gegeben, durch ein Gesetz jede derartige Ernennung bis zum 1. August 1869 eingestellt. Das Oberhaus verwarf dasselbe freilich am 29. Juni mit beinahe 100 Stimmen Mehrheit; allein da die Königin ihre Zusage gegeben hatte, war das unwesentlich, und aus der großen Stimmenzahl der Gegner brauchte man um so weniger Besorgnisse zu schöpfen, als ein Teil derselben ausdrücklich dem Prinzip zustimmte und die schwierige Frage nur nicht so hastig lösen wollte.

Adresse an die Königin.

Die Neuwahlen im November zwangen dann Disraeli doch zum Rücktritt; noch ehe das Parlament sich wieder vereinigte machte er am

Rücktritt der Tories.

2. Dezember 1868 Gladstone Platz, der an Russells Stelle die Führung der Liberalen übernahm. Manche Verdienste des gestürzten Torykabinetts wurden auch in den Reihen der Gegner willig anerkannt; besonders war

man mit der Reformbill, die allerdings für ein unfreiwilliges Verdienst gelten konnte, durchaus zufrieden; dasselbe galt von einigen Gesetzen, welche die Macht der anglikanischen Kirche in England selbst etwas beschränkten, z. B. die Dissidenten von den Steuern für die Staatskirche befreiten. Die Finanzverwaltung Disraelis hatte Gladstone selbst mehrfach gebilligt; den Ankauf aller Telegraphenlinien durch den Staat erkannte man als eine bedeutende Verbesserung des Verkehrs, finanziell erwies sie sich allerdings als ein schlechtes Geschäft; daß gleich beim Beginn der Toryverwaltung, am 27. Juli 1866, der Great Eastern nach mehrfachen mißlungenen Versuchen die Legung eines unterseeischen Drahtes von Valentia in Irland nach Neufundland glücklich beendete, war zwar rein zufällig, gab aber doch dem zeitigen Ministerium einen gewissen Schimmer. Die auswärtige Politik Lord Stanleys unterschied sich von der seines Vorgängers durchaus nicht, und dieser, Lord Clarendon, hätte, wie Derby es ihm angeboten, in das Kabinett eintreten können ohne eine andere Richtung einzuschlagen. Nur ein Akt der auswärtigen Politik zeugte von größerer Entschlossenheit und gereichte dem Ministerium wirklich zur Ehre: das war der Feldzug in Abessinien.

Der abessinische Feldzug.

In diesem Lande hatte einer der vielen Teilfürsten sich zum alleinigen Herrscher aufzuschwingen verstanden. Unter dem Namen Theodor und mit dem Titel eines Negus hatte er einen Zustand der Ordnung hergestellt, wie er seit Jahrhunderten bei diesen zerklüfteten Stämmen nicht bekannt gewesen war. Europäischer Gesellschaft und Belehrung nicht abgeneigt gestattete er, der selbst mit seinem Volke dem koptischen Christentum, einer durch jüdische Lehren und Zauberunwesen entstellten Sekte, anhing, englischen Missionaren in seinem Lande ziemlich freie Bewegung. Je fester er sich aber auf dem Throne fühlte, um so eigenwilliger und unberechenbarer wurde er, und bald mußten nicht bloß seine Unterthanen, sondern auch die Europäer, die sich in seine Nähe hatten locken lassen, seine Launen fühlen. Während jene sich infolgedessen gegen den Tyrannen erhoben und eine allgemeine Empörung das Land wieder in die alten Wirrnisse zurückwarf, wurden die Europäer, unter ihnen der englische Konsul Cameron und mehrere englische und Schweizer Missionare, in ein paar festen Plätzen gewaltsam zurückgehalten und sahen einem traurigen Ende entgegen. Die englische Regierung hatte, seit sie Kunde davon empfangen, nichts versäumt um die Freilassung der Gefangenen zu bewirken; aber weder ein eigenhändiger Brief, den die Königin Ende 1866 dem Negus schrieb, noch Stanleys Drohungen hatten Erfolg. Trotz aller Friedensliebe und der unverkennbaren Schwierigkeit des Unternehmens war daher ehrenhalber ein bewaffnetes Eingreifen nicht zu umgehen. Mit großer Sorgfalt wurden Ende 1867 die Vorbereitungen getroffen und 4000 Europäer und 8000 Sepoys, vortrefflich bewaffnet und vorsorglich ausgerüstet, unter dem Befehl Sir Robert Napiers an der Küste des roten Meeres bei Zula, südlich von Massaua, gelandet. Der Argwohn der fremden Regierungen, besonders der ägyptischen und

Landung in Zula.

türkischen, als ob die Absicht der Engländer die dauernde Besetzung dieser Küstenstriche sei, wurde durch unzweideutige Erklärungen entwaffnet, und das Unternehmen fand von dieser Seite her bereitwillige Förderung. Um die Jahreswende rückte die Vorhut unter Oberst Merewether in südlicher Richtung vor und besetzte Antalo und andere Punkte, wo große Vorräte angesammelt wurden, um dem vordringenden Heere eine gesicherte Rückzugslinie zu bereiten. Demselben Zwecke diente ein Bündnis, das Napier mit Kasa, dem Fürsten von Tigre, einer der nördlichsten Provinzen Abessiniens, schloß. Nachdem so jedem Gebote der Vorsicht Genüge geleistet war, brach das Heer Mitte März gegen Magdala auf, die stärkste Feste Theodors, in die er seine Gefangenen geschleppt hatte und die er selbst verteidigte. Der Vormarsch war von ungeheueren Schwierigkeiten begleitet; es galt Pässe von 3000 Meter Höhe und tiefeingeschnittene Flußthäler zu überschreiten; die Rückzugslinie bis Antalo genügend zu decken war ganz unmöglich. Der Negus verstand es jedoch nicht aus diesen Umständen Nutzen zu ziehen und griff die Engländer erst an, als sie von der Hochebene von Dalanta, die von Magdala durch eine 1000 Meter tiefe Schlucht getrennt wird, am 10. April 1868, dem Karfreitag, unter Sir Charles Staveley ins Thal hinabstiegen. Seine beinahe vierfache Übermacht half ihm nichts, da die weittragenden Büchsen der Gegner seine Scharen beim Herabstürmen von der Höhe niederstreckten, ehe sie noch ins Gefecht kommen konnten. Der Eindruck des Kampfes, der den Engländern nur 20 Verwundete, den Abessiniern allein 800 Tote und fast doppelt so viel Verwundete gekostet haben soll, war gewaltig; anderen Tages erklärte sich Theodor zur Herausgabe der Gefangenen bereit; aber sich selbst auszuliefern, wie Napier verlangte, ertrug er nicht. Nachdem er die Europäer ins englische Lager geschickt, stellte er den Seinen frei zu fliehen; mit 16 Mann, die ihm treu blieben, trotzte er am Ostermontag der Beschießung und dem Sturme und gab sich, als der Feind in die Thore eindrang, durch einen Pistolenschuß selbst den Tod. Zufrieden die ihm gestellte Aufgabe glücklich gelöst zu haben, zerstörte Napier, der den Beinamen von Magdala erhielt, die Bergfestung und kehrte mit dem gefangenen Sohne Theodors bereits am 17. April nach Zula zurück, von wo er sich am 1. Juni wieder nach Bombay einschiffte. Daß England sein Wort hielt und keinen Küstenpunkt in Besitz nahm, wurde ihm von allen Seiten hoch angerechnet. Die Versuchung dazu war in der That nicht gering. Einmal hatte der Krieg statt 40 Millionen, wie Disraeli veranschlagt hatte, 160 Millionen Mark gekostet, und wenn die Engländer wirklich zu der engherzigen Krämernation herabgesunken waren, für die man sie ausgab, so mußte dieser Preis für die Befreiung von etwa 60 Personen gewiß unverhältnismäßig hoch erscheinen; sodann aber stand die Eröffnung des Suezkanals in nächster Aussicht, der mit französischem Gelde und französischem Geiste gebaut dem Einflusse Englands völlig entzogen war, während dieses doch an ihm, als dem nächsten Wege nach Ostindien,

Einnahme von Magdala.

Rückkehr der Engländer.

das größte Interesse haben mußte. Durch die Aneignung der abessinischen Küste hätte es sich den mangelnden Einfluß sicher erworben, und in Frankreich zweifelte man deshalb nicht, daß es die Gelegenheit wahrnehmen werde. Der verschiedene Geist, der die Politik der beiden Länder leitete, trat hier zum Nachteil Frankreichs in der denkbar schärfsten Weise ans Licht, und die Engländer säumten nicht die Aufmerksamkeit darauf hinzulenken. Als Gegenstück zu ihrem abessinischen Feldzug diente ihnen Napoleons mexikanisches Abenteuer. Selbst Disraeli konnte es sich nicht versagen im Parlamente die Eroberung Mexikos durch Cortez mit Napiers Zuge zu vergleichen, und die Ähnlichkeit beider in bezug auf die Schwierigkeiten, die Unähnlichkeit in betreff der Beweggründe hervorzuheben — eine Gegenüberstellung, die jedermann sofort auf den neuesten Cortez und seine nichts weniger als uneigennützigen Pläne übertrug.

Abessinien und Mexiko.

Frankreich und Italien.

Vollständig gescheitert, wie diese Pläne im Jahre 1868 bereits waren, übten sie doch noch immer ihre Nachwirkung auf die Stellung Frankreichs und hatten seine Politik mehrere Jahre hindurch sogar vollkommen beherrscht. Zu tief in die Wirren jenseit des Ozeans verflochten, fand Frankreich in den verhängnisvollsten Augenblicken sich derart gelähmt, daß es in die europäischen Verhältnisse gebietend einzugreifen nicht die Macht hatte; zu ernstlich durch die Mißerfolge in der neuen Welt geschädigt glaubte der Kaiser sein geschmälertes Ansehen durch die gefährlichsten Versuche in Europa wiederauffrischen zu müssen. Selbst sein Auftreten in der polnischen Frage war durch den mexikanischen Feldzug schon stark beeinflußt, obgleich dieser eben damals den günstigsten Verlauf nahm. Auch so erforderte er die schärfste Aufmerksamkeit und starke Hilfsmittel und ließ dem Kaiser jedenfalls nicht die Kraft ohne England es bis zum Kriege mit dem Zaren zu treiben. Dennoch wagte er es eine starke Sprache zu führen und setzte sich so dem empfindlichen Rückschlag aus, der eintrat, als diese Sprache taube Ohren fand. England, dessen Minister stets den Gedanken eines Krieges für Polen zurückgewiesen hatten, konnte sich begnügen Rußlands hartnäckiger Weigerung eine Drohung für die Zukunft entgegenzustellen; Napoleon fühlte sich außer stande es dabei zu lassen und verfiel so auf den Plan eines enropäischen Kongresses, der ihm von je am Herzen gelegen hatte, und der ihm jetzt über den peinlichen Mißerfolg hinweghelfen sollte. Die Eröffnung des gesetzgebenden Körpers am 5. November 1863 bot ihm die Gelegenheit Frankreich durch die unerwartete Veröffentlichung dieses Vorhabens zu überraschen.

Frankreich und Mexiko.

Der Kongreßvorschlag.

Daß der Kaiser diese Form wählte um die Kongreßidee der Welt bekannt zu machen ließ schon erkennen, daß Erwägungen der inneren Politik derselben nicht fern geblieben waren. Wie stramm das Regiment,

das er in Frankreich führte, auch sein mochte, es konnte nicht verhindern, daß die alten Parteien am Leben blieben und bei günstiger Gelegenheit sich auch bemerkbar machten. Durch die liberalen Zugeständnisse vom November 1860 war ihnen das erleichtert worden. Die Adreßdebatte, welche fortan wieder wie ein glänzendes und aufregendes Feuerwerk die Arbeiten der parlamentarischen Körperschaften eröffnete bot den fünf Oppositionsmännern im gesetzgebenden Körper genügend weiten Spielraum um ihre Beschwerden und Hoffnungen darzulegen; im Senate eignete sich der Prinz Napoleon die Rolle eines demokratischen Oppositionsredners an und erging sich, wie die Tagesereignisse es fügten, in Angriffen auf den Papst oder den Zaren, in Brandreden für die Polen oder die Italiener. Die Mehrheit ließ natürlich weder hier noch dort je ein feindliches Wort in die Antwortsadressen einschlüpfen, sondern sorgte dafür, daß sie der unumwundenste Ausdruck unterthänigster Bewunderung blieben. Dennoch mehrten sich die Fälle, in denen der Kaiser unangenehm an die Fortdauer feindlicher Strömungen erinnert wurde. Seine italienische Politik hatte den hohen Klerus doch sehr empfindlich gekränkt, und wie der Papst selbst unter die ausgesuchten Schmeicheleien, mit denen er den Schirmherrn Roms von Zeit zu Zeit bedachte, gelegentlich auch ein bitteres Wort mischte, so gaben manche der hohen Prälaten Frankreichs ihrem Unwillen über die Freundschaft mit dem kirchenräuberischen Viktor Emanuel sehr derben Ausdruck. Wenn Dupanloup, der gewandte Bischof von Orleans, gegen die verhüllten Redewendungen und Zweideutigkeiten eiferte, mit denen der kaiserliche Broschürenschreiber Laguerronnière die weltliche Herrschaft des Papstes anfocht, so verglich sein Amtsbruder in Poitiers die Handlungsweise Napoleons geradezu mit der des Pontius Pilatus, der Christus hätte retten, ohne den man Christus nicht hätte kreuzigen können, und der Erzbischof von Tours drohte Fürsten und Ministern, Schriftstellern und Offizieren, die an dem schuldvollsten und barbarischesten Vorgange unserer Zeit teilgenommen, mit dem rächenden Strafurteil der Geschichte. Mächtig genug war diese Strömung in Frankreich; fanden sich in dem getreuen Senat doch etwa 60 gegen 80 Stimmen, die dem Kaiser die weltliche Herrschaft des Papstes empfehlen wollten; aber Napoleon verhehlte sich nicht, daß er mit halben Zugeständnissen die Gunst dieser Eiferer doch nicht wiedergewinnen könne, und daß er um sie vollauf zu befriedigen sein Werk von 1859 von Grund aus wiederzerstören müßte. Er erwiderte also die geistlichen Anfeindungen, die im Frühjahr 1861 am heftigsten waren, in ungewöhnlich scharfer Weise dadurch, daß er Österreichs und Spaniens Einladung zur gemeinsamen Beschützung des Papstes an Cavours Todestage rundweg ablehnte und am 15. Juni das Königreich Italien anerkannte. Die schnell aufeinanderfolgenden Besuche, die er im Herbst von den Königen von Schweden, Preußen und Holland in Compiègne erhielt, bekundeten ein beflissenes Hinneigen zu den protestantischen Mächten, und die Ernennung Foulds zum Finanzminister am

Die parlamentarische Opposition.

Der Klerus.

Anerkennung Italiens.

14. November 1861 kennzeichnete sich dadurch als ein liberaler Fortschritt, daß mit Fould zugleich auch seine Reformvorschläge für die Finanzverwaltung angenommen wurden. Diese bestanden erstens darin, daß die einzelnen Ministerien fortan nicht mehr über die ihnen bewilligten Summen derart frei verfügen durften, daß sie Überschreitungen an einem Posten durch Ersparnisse an einem anderen ganz unüberwacht decken konnten, sondern diese Freiheit nur innerhalb der einzelnen, freilich sehr groß bemessenen Kapitel des Haushaltsgesetzes behielten; zweitens aber darin, daß der Kaiser auf sein Recht in Abwesenheit der Kammern selbst den Ministerien neue Ausgaben zu bewilligen Verzicht leistete. Er ließ sich die Gelegenheit natürlich nicht entgehen Frankreich auf solche Großmut sehr nachdrücklich aufmerksam zu machen und ihm vorzuhalten, daß nur ein Erwählter des Volkes also handeln könne, während ein legitimer Fürst in den Vorrechten der Krone immer nur ein heiliges Gut, das man nicht anrühren dürfe, ein Erbteil der Väter, das ungeschmälert auf den Sohn übergehen müsse, erblicken werde. Der gute Eindruck, den er damit zu machen hoffte, wurde aber völlig aufgewogen durch die scharfe Drohung, welche der Moniteur wenige Tage darauf den Blättern erteilte, die nach dieser ersten Verbesserung der Verfassung neue und größere verlangten und dafür die Belehrung hinnehmen mußten, daß dieser Grundvertrag zwischen Kaiser und Volk nach wie vor jeder Erörterung und jedem Angriff entzogen bleibe. Ein deutlicheres Geständnis, daß der Boden des Kaiserreiches noch immer unsicher sei, konnte kaum abgelegt werden, und die Bewegungen der feindlichen Parteien, die an die Öffentlichkeit traten, gaben, spärlich wie sie waren, doch die vollste Bestätigung. Die gärende Unzufriedenheit der studierenden Jugend von Paris, des Löwen vom Quartier latin, wie sie in einem ingrimmigen Liede sich selbst nannte, trat in mancherlei Tumulten zu Tage; wahrhaft blutlechzende Töne erklangen in jener Hymne:

Foulds Finanzverwaltung.

Das Quartier latin.

Schwarz lag die Nacht auf Frankreichs Gauen,
Daß man den Feind nur tastend fand;
Langjähr'ge Nacht, o Nacht voll Grauen,
Verzeih', daß Schlaf uns übermannt!
Jetzt bei des Morgens erstem Wehen
Erfüllt er seine Pflichten streng:
Ihn zu erspähen,
Den er zum Fraß sich ausersehen,
Der Löwe vom Quartier latin.

Fünf Kön'ge nur hat er gefressen —
Klein ist die Zahl für hundert Jahr,
Dem langen Haß kaum angemessen! —
Sie sind verdaut auch ganz und gar.
Er stirbt, wenn nicht der lang Erharrte
Zum letzten köstlichsten Festin
Bezahlt die Karte:
Ihn lüstert sehr nach Bonaparte,
Den Löwen vom Quartier latin!

Solcher Prahlereien hätte man in den Tuilerien spotten mögen, wenn der Student nicht „von je zum Vortrab auserkoren" auch jetzt „der Blusen Schar" hinter sich gehabt hätte. Die völlige Abwendung der hauptstädtischen Bevölkerung von dem kaiserlichen Regimente ließ sich immer deutlicher wahrnehmen, wenn sie auch erst durch die Wahlen des Jahres 1863 urkundlich beglaubigt wurde. Paris war vielleicht nicht mehr in demselben Grade wie vor fünfzehn Jahren der ausschließlich maßgebende Mittelpunkt Frankreichs; es war in seiner freien revolutionären Bewegung durch die breiten Boulevards, die es durchzogen, durch die geschickt verteilten Kasernen, durch die Forts, die rings um seinen Mauern lagen, beschränkt; durch diese Fesselung hatte es auch an moralischem Einfluß bei den revolutionären Parteien verloren, Lyon und Marseille, obgleich auch von dem Bonapartismus wohl behütet, machten ihm in den Hoffnungen der Demokratie den Rang streitig. Aber das Erwachen des alten Geistes, die kaiserfeindlichen Kundgebungen, die man im Quartier latin wagte, vor allem die Wahl oppositioneller Volksvertreter gaben ihm schnell in dieser Richtung seine frühere Stelle wieder. Die alte Gefährlichkeit aber war und blieb verloren, nicht allein wegen der erwähnten Verteidigungsanstalten, sondern auch weil die konservativen Parteien, in Paris ohnmächtig, in den Provinzen an Stärke gewannen und ein schweres Gegengewicht gegen die Hauptstadt und die übrigen demokratischen Großstädte in die Schale warfen. Für den Kaiser war dieses Erstarken der Konservativen aber auch nur ein zweifelhafter Gewinn; für den Augenblick mochte noch nirgends die Absicht vorwalten ihn zu beseitigen und das Königtum der älteren oder der jüngeren Linie wiederherzustellen, aber als Zukunftstraum lebte diese Hoffnung in vielen Seelen. Ansätze zur Opposition konnten selbst in der Mehrheit des gesetzgebenden Körpers nicht völlig unterdrückt werden; es war ein ganz ungewohntes Schauspiel, als in denselben Tagen, wo das Quartier latin mit starken Truppenmassen besetzt wurde, der Kaiser den Antrag auf Bewilligung einer Jahresrente für den Grafen von Palikao zurückziehen mußte, weil der zur Prüfung niedergesetzte Ausschuß sich einstimmig dagegen erklärte; es war in demselben März des Jahres 1862, wo Jules Favre und seine Genossen heftiger als je über die Fälschung der öffentlichen Meinung durch die Presse, über die Verderblichkeit der Scheinwahlen, über die Verschwendung in den Ausgaben loszogen, wo sie die Abschaffung der Sicherheitsgesetze, die Räumung Roms, die Zurückziehung der Truppen aus Mexiko forderten. Natürlich erfolglos, da die getreue Mehrheit in allen diesen Stücken die Regierung unterstützte und nur ein paar abtrünnige Klerikale sich als übereifrige Freunde des Papstes mit den Feinden desselben vereinigten um dem Kaiser, der den mittleren Weg verfolgte, ihr Mißfallen fühlbar zu machen. Napoleon verschärfte vielmehr gerade jetzt seinen Gegensatz zu den Römlingen, indem er die Besatzung von Rom verminderte, an die Stelle des gut päpstlichen Generals Goyon den minder entschiedenen Montebello zum

Die Bedeutung von Paris.

Die konservativen Parteien.

Forderungen der Opposition.

Die römische Frage.

Befehlshaber ernannte und in einer Note an seinen Gesandten in Rom andeutete, daß bei der fortgesetzten Unbeweglichkeit des Papstes Frankreichs Politik endlich einmal die Besetzung von Rom nicht mehr gestatten könnte ohne die Gemüter noch mehr zu verwirren. Der Minister des Äußeren Thouvenel, der Gesandte beim heiligen Stuhle Lavalette, und Benedetti, der Gesandte in Turin, durften für die charakteristischen Dolmetscher dieser drohenden Haltung gelten; ihnen gegenüber vertraten Walewski und Drouyn de l'Huys, ganz besonders aber die Kaiserin, die Nachgiebigkeit gegen Rom, von der allein sie Sicherung für die napoleonische Dynastie erwarteten. Die völlige Auslieferung der Tiberstadt an die Italiener hatte außer dem Prinzen Napoleon kaum einen Verteidiger in der Umgebung des Kaisers aufzuweisen, die Ansprüche des Turiner Parlamentes wurde samt ihrer Befürwortung durch England von Thouvenel kurz zurückgewiesen; das äußerste Zugeständnis, das er in der Ferne sehen ließ, war, daß der Kaiser Rom den Römern überlassen werde. Aber ernstlich war auch diese Möglichkeit kaum ins Auge gefaßt, wenigstens nicht in dem Sinne, wie sie Italien allein hätte befriedigen können: als Übergang zur völligen Vereinigung mit dem Königreiche. Unwillig wandten sich daher die entschiedeneren Politiker der Halbinsel von Napoleon ab und richteten ihre Blicke zum Teil auf Deutschland, zumeist aber auf England, das zuerst von allen Großstaaten Viktor Emanuel anerkannt hatte, und von dem man sich keiner selbstsüchtigen Politik glaubte versehen zu dürfen. Bewaffneten Beistand, den man jedenfalls umsonst erbeten hätte, brauchte man ja nicht, sondern nur diplomatische Förderung und private Geldunterstützung; das eine wie das andere war in ganz Europa nirgends zu finden, wenn nicht auf den britischen Inseln.

Italien und Frankreich.

Vor einem Angriff Österreichs oder Spaniens konnte Italien seit Mitte 1861 ziemlich sicher sein; ein Freischärlerzug, den der spanische General Borjes noch im September unternahm, mißlang völlig, obgleich in Kalabrien, wo die Landung stattfand, die Räuberbanden, die König Franz von Rom aus unterhielt, zur Mitwirkung bereit waren und wenn irgendwo dann hier ein solches Unternehmen Aussichten auf Erfolg hatte. Nichtsdestoweniger entbehrte die Stellung Italiens in dem europäischen Staatenvereine der Festigkeit noch gar sehr. Nach Cavours Tode war kein Staatsmann aufgetreten, der die Zügel straff zu halten vermocht hätte. Sein nächster Nachfolger, der Toskaner Ricasoli, war ein ehrenfester Charakter, aber sein starres Beharren auf den einmal gefaßten Beschlüssen machte dem „eisernen Baron" viele Feinde und beraubte ihn des Einflusses auf die Kammermehrheit, deren er um so dringender bedurfte, als auch Viktor Emanuel ihm nicht sehr hold war. Bei Napoleon hatte er vollends nur auf abgünstige Gesinnungen zu rechnen; denn mit Recht wurde es ihm vor allen zugeschrieben, daß des Prinzen Napoleon Bewerbungen in Toskana 1859 so glänzend gescheitert waren. Zwar erkannte Frankreich gerade, als Ricasoli das Staatsruder

Die übrigen Großmächte.

ergriff, das Königreich Italien an; aber dieses Zugeständnis hatte noch der verstorbene, nicht der neue Minister errungen, und die Bemühungen des letzteren durch Napoleons Vermittelung eine Versöhnung mit dem Papste zu bewirken wies Thouvenel schlechthin zurück. Der Brief, den Ricasoli unter dem 10. September 1861 an den Papst richtete, und die Vorschläge, die er ihm darin machte, verdienten allerdings die Bezeichnung, daß sie allzuradikal seien: sie forderten die Abtretung Roms und gewährten dem heiligen Vater dafür nur eine Dotation, zu der alle katholischen Nationen beitragen sollten, und die unbeschränkte Herrschaft über Kirche und Geistlichkeit. In dieser Richtung ging Ricasoli mit Preisgabe der staatlichen Aufsichtsrechte soweit, daß auch der eifrigste Anhänger der Cavourschen Lehre von der freien Kirche im freien Staate stutzig werden mußte. Die Stellung des Ministers litt darunter umsomehr, als er sich mit dem thätigsten seiner Kollegen, Minghetti, wegen des Regionalsystems, dessen eifriger Verfechter jener war, überworfen hatte und durch dessen Austritt aus dem Kabinett zu derselben Zeit einen Teil seiner Anhänger verlor, wo Rattazzi, das Haupt der gemäßigten Linken, von Paris aus ermutigt, gegen ihn zu intrigieren begann. Schon im März 1862 forderte er seine Entlassung, weil die Kammer ihm ein Vertrauensvotum verweigerte, und Rattazzi trat an seine Stelle. Auch dessen Regiment war indessen nicht von langer Dauer. Daß Preußen (am 22. Juli 1862) und Rußland das Königreich jetzt anerkannten, war im Grunde ein Verdienst Ricasolis, der durch seine Ehrlichkeit Zutrauen erweckt und die Verhandlungen glücklich eingeleitet hatte. Rattazzi stieß bei ihnen auf entschiedenes Mißtrauen und mußte sich erst durch eine unzweideutige Maßregel in Gunst setzen. Die Gelegenheit bot sich schnell. In der Aktionspartei glaubte man auf die neuen Minister, unter denen sich Depretis, Persano und Pepoli befanden, rechnen zu können und entwarf deshalb Pläne zu Aufständen in den slawischen Provinzen Österreichs und der Türkei, die mit der Landung Garibaldis in Albanien beginnen sollten; von der weiteren Entwicklung hoffte man eine solche Lähmung Österreichs, daß ein Angriff auf Venetien erfolgreich unternommen werden könne. Ein Aufruf Kossuths vom 10. April forderte die unterjochten Stämme zur Erhebung auf. Garibaldi hielt in Genua eine Generalversammlung von mehr als 200 Vereinen, die sich zu seinem Programm bekannten, und durchkreuzte die Lombardei um überall Schützengesellschaften zu gründen. Schon sammelten sich an der tiroler Grenze und in Brescia die Freiwilligen um auf ein gegebenes Zeichen loszuschlagen, als Rattazzi auf dringenden Befehl Napoleons etwa 100 von ihnen und einige Führer verhaften ließ. Je fester Garibaldi und seine Freunde darauf gerechnet hatten, daß die Minister ein Auge zudrücken würden, um so größer war jetzt ihr Zorn. In seiner ersten Gestalt mußte das Unternehmen aufgegeben werden, zumal auch England zu verstehen gab, daß es die Landung in Albanien verhindern werde; aber schnell entschlossen änderte Garibaldi seinen Plan und wählte

Ricasolis Verhandlungen mit dem Papste.

Ministerium Rattazzi.

Garibaldis Angriff auf Rom.

sich den Kirchenstaat zum Arbeitsfeld. Im Juni erschien er plötzlich in Sizilien, wo er von Bixio und Pallavicino, den obersten königlichen Beamten, als von alten Freunden ungehindert zu bleiben hoffte. Bald sammelten sich Parteigenossen um ihn, und wohin sie kamen, verkündeten sie unter heftigen Schmähungen auf Napoleon die Losung: Rom oder Tod! Auch das konnte Rattazzi natürlich nicht hingehen lassen; er berief Pallavicino ab und sandte den General Cugia mit bedeutenden Verstärkungen auf die Insel. Ein Manifest des Königs vom 3. August verkündigte, die Stunde Rom zu nehmen habe noch nicht geschlagen; wer dazu auffordere, rufe zum Bürgerkriege auf und werde die Strenge der Gesetze erfahren. Trotzdem schiffte sich Garibaldi am 24. August mit etwa 3000 Mann in Catania ein und landete in derselben Gegend wie am 19. August 1860. Aber der Ausgang war ein anderer. Die Bevölkerung wollte von dem Abenteurer nichts wissen und ließ die Ankömmlinge ohne Unterstützung, so daß sie sich sogleich in das Gebirge Aspromonte werfen mußten. Alle Ortschaften umher waren von königlichen Truppen besetzt. Da ergriff Mutlosigkeit viele der Garibaldiner. In wenigen Tagen machte sich die Hälfte der Leute aus dem Staube, und kaum 1500 waren es, die am 28. August 1862 von dem Obersten Pallavicini angegriffen wurden. Ein kurzes Gefecht, in dem beide Seiten je 29 Tote und Verwundete hatten, endete mit der Ergebung der Abenteurer. Garibaldi selbst war durch eine Kugel am rechten Fuße verwundet. Er wurde gefangen nach dem Fort Varignano am Golf von Spezzia gebracht, und als er geheilt war, nach Caprera entlassen; auch seinen Genossen wurde am 5. Oktober Amnestie erteilt. Aspromonte.

Rattazzi empfand sehr wohl, daß der furchtbare Zorn, welchen dies Einschreiten gegen den vergötterten Helden erregte, seinen Sturz herbeiführen werde, wenn er nicht irgend ein bedeutendes Gegengewicht in die Wagschale zu werfen vermöge. Durando, der Minister des Auswärtigen, forderte deshalb in einem Rundschreiben vom 10. September die Beseitigung der weltlichen Herrschaft des Papstes. Er erreichte das gerade Gegenteil von dem, was er gewollt. Napoleon glaubte in seiner Nachgiebigkeit gegen Italien einhalten und der Gegenpartei wieder die Oberhand geben zu müssen: Ende September wurde Lavalette aus Rom abberufen und am 15. Oktober auch Thouvenel entlassen. An des letzteren Stelle trat Drouyn de l'Huys, an die des ersteren Graf Sartiges; auch Benedetti in Turin erhielt in dem Grafen Latour d'Auvergne einen Nachfolger von minder italienfreundlicher Gesinnung. Es bedurfte der Note vom 26. Oktober, welche die Auslieferung Roms verweigerte und nur die Förderung von Reformen im Kirchenstaat verhieß, nicht mehr um Rattazzis Stellung vollends zu untergraben. Das Parlament erklärte sich auf Boncompagnis Antrag gegen ihn, und da der König in die Auflösung desselben nicht willigen wollte, trat das Kabinett am 1. Dezember 1862 zurück. Rattazzis Sturz.

Von da ab ruhten die Verhandlungen über die römische Frage

längere Zeit; denn erst trat durch die Vertreibung des Königs Otto die Wiederbesetzung des griechischen Thrones, dann bald nach dem Beginn des neuen Jahres der polnische Aufstand in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Für Napoleon so gut wie für seine Gegner in Frankreich waren alle diese Fragen der äußeren Politik zugleich innere Fragen; der gesetzgebende Körper, der im Jahre 1857 gewählt war, beendete jetzt seine letzte Session, und für die Wahlbewegung griffen alle Parteien begierig nach dem Stoffe, den ihnen die diplomatischen Verhandlungen boten. Persigny, der als Minister des Inneren die Aufregung dieser Wochen zu zügeln hatte, leistete das Mögliche. Während er laut verkündete, daß die Abstimmung frei sei, erneuerte er das Verbot aller Wahlversammlungen von mehr als zwanzig Personen, und schrieb den Präfekten vor öffentlich die Bewerber zu bezeichnen, die des Vertrauens der Regierung genössen; nur so könne man das aufrichtige Gemüt der Bevölkerungen vor den Kunstgriffen der Sprache und den zweideutigen Glaubensbekenntnissen schützen, mittels deren die Faktionen, die Trümmer der gestürzten Regierungen, die Wähler hintergehen möchten. Selbst gegen einzelne Männer richtete der geschäftige Minister seine gewandte Feder, indem er in einem langen Schreiben den Seinepräfekten anwies die Wahl von Thiers auf das Äußerste zu bekämpfen. Der bedenklichste Gegner war die klerikale Partei. Sie hütete sich natürlich sich als Feindin des Kaisers zu bezeichnen; aber wenn sie neben der Achtung die Überwachung der Regieruug auf ihr Banner schrieb, wenn der wohlbekannte Erzbischof von Tours und der streitbare Dupanloup von Orleans mit fünf anderen Prälaten zum Kampfe für die religiöse Freiheit und zur Verteidigung der weltlichen Unabhängigkeit des Papstes aufriefen, so konnte sich die Regierung über die Tragweite dieser Opposition nicht täuschen. Einen großen Vorsprung hatte sie, von allem anderen abgesehen, durch die kurz bemessene Frist gewonnen, binnen deren die Wahlen erfolgen sollten. Am 8. Mai 1863 wurden die Abgeordneten entlassen, am 31. bereits schritten die Wähler zur Urne. Weitaus in den meisten Bezirken gab es kaum einen ernstlichen Gegenbewerber, und weitaus die meisten Kandidaten der alten Parteien erlagen den Machtmitteln der Regierung; aber wenn auch nur 34 Abgeordnete unter 283 trotz aller Präfektenkünste über die Günstlinge der Regierung siegten, so war dies schon ein empfindlicher Schlag, und er wurde noch empfindlicher dadurch, daß sich unter den Siegern Thiers und Berryer befanden, daß Paris ohne Ausnahme nur gegnerische Kandidaten gewählt hatte, daß die Stimmenzahlen der alten Parteien mancherorten hart an die Mehrheit hinanstreifte. Von praktischer Bedeutung war die Vermehrung der Opposition in der Kammer allerdings nicht; hatten früher, wenn es hoch kam, zehn Stimmen sich gegen die Regierung erklärt, so waren es jetzt dreimal soviel, eine verschwindende Minderheit blieben sie doch; in den meisten Fällen gingen sogar die zwanzig Klerikalen mit dem Ministerium, und es blieben nur vierzehn, die zu

Wahlen in Frankreich.

Zunahme der Opposition.

der Fahne der alten Fünf standen. Aber der ernste Wink, den diese Wahlen enthielten, ward von Napoleon trotzdem sehr wohl verstanden. War es Prahlerei gewesen, wenn die Studenten im Jahr zuvor von dem Volke gesungen hatten, das in gerechtem Grimme ob all der Lügen ohne Zahl den Moniteur durch ihre Stimme zum drittenmal verwarne, so lag hier eine zweite Verwarnung durch das allgemeine Wahlrecht doch offenbar vor. Napoleon suchte ihr zunächst durch einen Ministerwechsel gerecht zu werden. Billault, der sich als Sprechminister seiner Aufgabe stets vollkommen gewachsen gezeigt hatte und in der That eine der schätzbarsten Kräfte des Kaiserreichs war, wurde am 24. Juni an Walewskis Stelle Staatsminister; aber ehe er noch vor die neue Kammer treten konnte, ereilte ihn am 13. Oktober der Tod, und Rouher nahm seinen Platz ein. Persigny wurde durch den wenig bedeutenden Boudet ersetzt; Baroche erhielt das Justiz-, Duruy das Unterrichtsministerium; der Vorsitz im Staatsrate wurde im Oktober Rouland an Rouhers Stelle übertragen und zu Vizepräsidenten derselben Körperschaft Forcade, Chaix d'Estange und Vuitry ernannt. Es waren alles in allem die tüchtigsten Männer, über welche der Kaiser verfügen konnte, und einige von ihnen konnten auch zu den ehrenhaftesten Männern Frankreichs gezählt werden und erwarben sich große Verdienste nicht nur um den Kaiser, sondern auch um das Land. Mehr aber als durch innere Reformen wollte Napoleon auch fernerhin durch glänzende Aktionen nach außen die Franzosen bestechen, und dazu sollte ihm als Ratgeber Drouyn de l'Huys dienen, der bei allem sonstigen Wechsel in seinem Ministerium verblieb.

Ministerwechsel.

Allein gerade über der auswärtigen Politik schwebte unausgesetzt ein Unglücksstern. Nur dem blödesten Auge konnte die Niederlage entgehen, die sich der Kaiser Rußland gegenüber geholt hatte; sie zu vertuschen oder gar in einen Sieg zu verwandeln war deshalb jetzt sein sehnlichster Wunsch, und das Mittel, das er zu diesem Zwecke ersonnen, war eben der europäische Kongreß, von dem er dem neuen gesetzgebenden Körper in der Eröffnungsrede Kunde gab. Mit freundlichen Worten, ohne jeden Anflug von Mißstimmung; begrüßte er die Abgeordneten und wünschte sich Glück zu dem Ergebnisse der Wahlen, nur obenhin die Meinungsverschiedenheiten berührend, die hier und da hervorgetreten seien. Ausführlich verweilte er bei den Unternehmungen in den fremden Erdteilen, die soviel getadelt würden, obgleich sie doch nicht aus einem vorher überlegten Plane, sondern aus der Macht der Umstände erwachsen seien, und obgleich sie die Keime reicher Zukunftsfrüchte und hohen Ruhm für die französischen Waffen in sich trügen. Dann ging er zu der polnischen Frage über; er bedauerte, daß Rußland den uneigennützigen Rat der drei Mächte nicht angenommen habe, aber er leugnete, daß nun keine andere Wahl sei als zu schweigen oder den Krieg zu erklären; der dritte Weg, den er erwählt habe, sei die Berufung eines europäischen Gerichtshofes, der nicht die polnische Frage allein, sondern

Eröffnung der Kammer.

alle die anderen, die noch ungelöst seien, ordnen müsse. Die Verträge von 1815, rief er aus, haben aufgehört zu bestehen: fast überall sind sie gebrochen, in Griechenland, in Belgien, in Frankreich, in Italien, an der Donau; Deutschland regt sich um sie zu verändern, England hat sie durch die Abtretung der jonischen Inseln in hochherziger Weise modifiziert, Rußland tritt sie in Warschau mit Füßen. Um an die Stelle dieses krankhaften und unsicheren Zustandes dauerhafte und regelmäßige Verhältnisse zu setzen, um die gerechten Bestrebungen der Völker vor engherzigen Berechnungen zu schützen, um den Umsturzgeist der radikalen Parteien unschädlich zu machen, dazu bedürfe es eines Kongresses, und nur geheime Pläne, die das Tageslicht scheuen müßten, könnten die Regierungen abhalten der Einladung, die er an sie richte, Folge zu leisten.

Der Kongreßvorschlag.

Es war ein gewagtes Spiel, das der Kaiser spielte, als er so in voller Öffentlichkeit Vorschläge machte, deren Ausführung für ihn damit zur Ehrensache wurde ohne doch ausschließlich in seiner Hand zu liegen. Um den Ruhm des Gelingens ganz allein zu ernten hatte er mit keiner Macht, auch nicht mit England, sich vorher verständigt; und doch brauchte nur von einem einzigen der großen Kabinette eine Weigerung einzulaufen, so hatten alle übrigen es sehr bequem ihre Ablehnung in die Form der Annahme zu kleiden, indem sie unter der Voraussetzung beitraten, daß alle Großmächte sich beteiligen würden. Was daraus wurde, wenn einer der Mächtigen fehlte und die übrigen unbekümmert darum ihre Beschlüsse faßten, hatte die Welt ja soeben erst in kleinerem Maßstabe auf dem Frankfurter Fürstentag gesehen; aber trotz des völligen Mißerfolges, der dort erzielt war, schien Napoleon sich gerade dieses österreichische Projekt zum Vorbilde genommen zu haben. Auch er wollte eine persönliche Zusammenkunft der Fürsten, denen er unter dem Datum des 4. November 1863 persönliche Einladungen zuschickte; auch er teilte die Ziele, denen er nachstrebte, nur in allgemeinen Umrissen, nicht aber in einer ausgearbeiteten Durchführung den fremden Kabinetten mit und hoffte auf die Macht der Überrumpelung; auch er machte endlich den Versuch trotz der Weigerung einer Großmacht sein Vorhaben doch ins Leben zu rufen. Die meisten Fürsten antworteten, wie vorauszusehen war, zuvorkommend und bereitwillig, daß sie dem Vorschlage des Kaisers beiträten; andere, wie Preußen, forderten die Aufstellung eines Programms vor dem Beginn der Verhandlungen; die deutschen Mittel- und Kleinstaaten behielten sich vor ihre Entscheidung durch einen Beschluß am Bunde zu treffen; England allein lehnte mit kühlem Bedauern den ganzen Vorschlag als unpraktisch ab. Allgemeine Kongresse, so meinte Earl Russell am 25. November, setzten einen vieljährigen Kriegszustand wie den dreißigjährigen oder die napoleonischen Kriege voraus; der Schlächterei müde und durch Kriegslasten erschöpft sei dann jedermann zur Nachgiebigkeit und zu Opfern bereit. Zur Zeit aber sei von solcher friedfertigen Stimmung nirgends etwas zu bemerken: der Kongreß würde daher nicht

Scheitern des Kongresses.

allein ohne Ergebnis auseinandergehen, sondern viele Mitglieder würden sich voraussichtlich in schlechterer Stimmung trennen als die, in der sie zusammengetreten.

Bedeutung des Zeitpunktes.

Damit war der ganze Plan begraben; der Vorschlag eines engeren Kongresses, den Drouyn namens des Kaisers am 8. Dezember machte, fiel wirkungslos zu Boden; noch wenige Wochen und an der Eider donnerten die Kanonen, die gründlicher als ein Kongreß die Verträge von 1815 zertrümmerten und dauerhafter als eine napoleonische Fürstenversammlung die gerechten Bestrebungen der Völker gegen engherzige Berechnungen schützten. Für den französischen Kaiser war der Ausbruch dieses Krieges eine fühlbare Erleichterung; trumphierend konnte er darauf hinweisen, daß er den Weg ihn zu vermeiden gezeigt habe, daß seine Behauptung von der Morschheit der bestehenden Verträge eine neue Bestätigung finde. Er ahnte noch nicht, daß mit diesem Kriege eine Entwickelung begonnen, die ohne ihn, trotz ihm und endlich gegen ihn ihren Gang nehmen sollte, daß der „wenig ernsthafte" Mann, der in Berlin die Karten in die Hand genommen, sie nicht wiederherausgeben, sondern die Führung Europas immer entschiedener an sich reißen werde. Noch fühlte er sich im Vollbesitze seiner Macht, und durch ein erstes Mißlingen nicht abgeschreckt erwartete er seine Stunde um den Kongreßvorschlag zu erneuern. Die hinhaltende Politik, die ihm die europäischen Verhältnisse einstweilen auferlegten, ließ ihm um so freiere Hand jenseit des Ozeans, und zuversichtlich hoffte er, durch einen großen Erfolg in Mexiko gekräftigt, in nicht zu ferner Zeit seinen Willen auch in Europa durchsetzen zn können.

Der deutsch-dänische Krieg.

Dänemark und Schleswig-Holstein.

Noch ehe die Antworten auf die Einladung zum Kongreß eingelaufen waren, traf die überraschende Nachricht ein, daß am 15. November 1863 König Friedrich VII. von Dänemark, der letzte rechtmäßige Herzog von Schleswig-Holstein, gestorben sei. Die Stunde war also gekommen, wo das Schicksal des vielgeprüften Landes sich entscheiden mußte; entweder trat das Londoner Protokoll von 1852 jetzt in Kraft und der Gesamtstaat Dänemark war gerettet, oder die Elbherzogtümer trennten sich, wie es ihr gutes Recht war, von dem verschwisterten Königreiche und begannen im engsten Bunde mit Deutschland ein neues und selbständiges staatliches Dasein. Sie hatten ihrerseits die Erbfolgeordnung des Londoner Protokolls niemals anerkannt; ebensowenig hatte der deutsche Bund ihr zugestimmt, und selbst von der Augustenburgischen Familie, auf welche die Krone der Herzogtümer übergehen mußte, lag kein vollgültiger Verzicht vor. Nur das zeitige Haupt derselben, Herzog Christian, hatte sich verpflichtet nichts gegen das Londoner Protokoll zu unternehmen, weil er nur dadurch eine Entschädigung für seine Güter, die Dänemark eingezogen hatte, erlangen konnte, aber sowohl sein Bru-

der, der Prinz von Noer, wie sein Sohn, der Erbprinz Friedrich, hatten ihre Ansprüche ausdrücklich verwahrt. In Kopenhagen trug man gegen alle diese Lücken in der Rechtsgiltigkeit der beabsichtigten Thronfolge eine hochmütige Mißachtung zur Schau. Regierung und Reichsrat hatten am 31. Juli 1853 auf Grund des Londoner Protokolls ein neues Thronfolgegesetz erlassen und betrachteten damit die Frage als gelöst; den Widerstand der Herzogtümer gedachten sie bis zum Inkrafttreten des neuen Zustandes durch eine gründliche Danisierung zu brechen. Jedes Mittel ward angewendet um deutsche Sprache und Sitte zwischen Eider und Königsau zu ertöten, dänische Predigt und dänischer Unterricht wurden auf alle Weise ausgebreitet und durch Verfolgung der Deutschgesinnten, durch Anstellung national-dänischer Beamten ein System der Einschüchterung und Korruption begonnen, von dem man sich glänzende Erfolge versprach. Der kühnste Schritt, den man wagte, war der Erlaß einer Gesamtverfassung. In den diplomatischen Verhandlungen mit den deutschen Großmächten hatte sich Dänemark 1852 ausdrücklich verpflichtet die bisherige Verfassung der Herzogtümer zum Ausgangspunkte zu nehmen und bei den nötigen Änderungen die Stände zu Rate zu ziehen. Statt dessen bestimmte der König jetzt zunächst, daß die Entwürfe neuer Provinzialverfassungen, welche er den Ständen 1854 vorlegen ließ, in denjenigen Punkten, die sich auf die Abgrenzung der provinzialen und der gemeinsamen Angelegenheiten bezögen, keiner Beratung der Stände unterliegen sollten, obgleich beispielsweise die Einkünfte der Domänen der Gesamtstaatskasse überwiesen werden sollten. Unmittelbar darauf, am 26. Juli 1854, verkündete er aus eigener Machtvollkommenheit die neue Reichsverfassung, an deren Spitze der Satz stand, daß alle die Angelegenheiten gemeinsame seien, die nicht ausdrücklich den einzelnen Landesteilen reserviert wären; dem Reichsrate wurden lediglich beratende Befugnisse beigelegt; von den 50 Mitgliedern sollten 30 auf Dänemark fallen. Aber gegen diesen Entwurf erhob sich der dänische Reichstag und verlangte für den Reichsrat das volle Beschlußrecht; eine Auflösung und Neuwahl vermochte diese Opposition nicht zu brechen, der König gab nach, berief ein neues Ministerium unter dem Vorsitz des Herrn von Scheel und erließ dann, im Einverständnis mit der dänischen Volksvertretung, die Gesamtstaatsverfassung vom 2. Oktober 1855. Für die Herzogtümer war das eine neue Verschlimmerung ihrer Lage. Auch nach dieser Verfassung waren sie im Reichsrat in hoffnungsloser Minorität; ihre 33 Vertreter hätten gegen die 47 Dänen selbst dann nichts durchzusetzen vermocht, wenn sie sämtlich der nationalen Partei angehört hätten; nun sollten aber obendrein 8 vom König ernannt werden, und das konnten natürlich nur dänischgesinnte Männer sein. Ferner hatte diese dänische Majorität künftig eine so starke Stellung, daß auch eine den Herzogtümern wohlgesinnte Regierung diese nicht schützen konnte, und endlich wurden die Befugnisse des Reichsrates erweitert, so daß er selbst zum Verkauf der Domänen berechtigt war. Die dazu nötigen Abänderungen

Die dänische Gesamtstaatsverfassung.

der Provinzialverfassungen wurden wiederum durch Verordnung (für Holstein am 24. Juni 1856) getroffen. Alle Proteste der Stände gegen diese Gewaltmaßregeln blieben erfolglos; auch das diplomatische Eintreten der deutschen Großmächte hatte nur Scheinzugeständnisse zur Folge. Während die Verhandlungen darüber noch schwebten wandten sich nun die lauenburgischen Stände im Oktober 1857 mit einer Klage an den Bund und erreichten wirklich, daß dieser im Februar 1858 die dänische Regierung aufforderte die Gesamtstaatsverfassung für Holstein und Lauenburg außer Kraft zu setzen. Eine Zeit lang suchte man sich in Kopenhagen auch diesem Beschluß zu entziehen und schritt sogar auf der betretenen Bahn noch weiter fort, indem man dem Reichsrate Gesetzentwürfe über einen neuen Zolltarif und Gemeinsamkeit des Zollwesens sowie über Verstärkung der Land- und Seemacht vorlegte. Als der Bundestag aber hauptsächlich auf Preußens Betreiben am 12. August unter Androhung der Exekution binnen drei Wochen eine bestimmte Erklärung verlangte, lenkte man ein, machte in Frankfurt, Wien und Berlin vertrauliche Mitteilungen über die beabsichtigte Lösung und hob dann am 6. November die Gesamtstaatsverfassung für Holstein-Lauenburg sowie ein paar andere angefochtene Gesetze auf, berief auch den holsteinschen Landtag zu ferneren Verhandlungen auf den Januar 1859 nach Itzehoe. Die Ausführung der Bundesexekution ward infolgedessen wirklich verschoben und die dänische Regierung nur verpflichtet keine Gesetze ohne die Genehmigung der holsteinschen Stände zu erlassen. Aber binnen kurzem glaubte sie den Bund schon wieder hinreichend eingeschläfert um sich dieser Verpflichtung entschlagen zu können und stellte am 4. Juli 1860 eigenmächtig das holsteinisch-lauenburgische Budget für das laufende Jahr fest. Bei der gesteigerten politischen Regsamkeit, die der italienische Krieg im Gefolge hatte, bemächtigte sich nun aber die öffentliche Meinung der Frage, und in Deutschland wie in Dänemark, besonders aber in Schleswig-Holstein selbst, stiegen die Wogen höher. Der schleswigsche Landtag mit seiner gutdeutschen Zweidrittelmehrheit hatte bereits zu Anfang des Jahres in freimütiger Sprache die ihm entrissenen Rechte zurückgefordert und die dänischen Unbilden in ihrer empörenden Roheit so scharf an den Pranger gestellt, daß die ermattete Teilnahme des deutschen Volkes wieder zu frischem Leben erwachte. Dänische Antworten waren darauf nicht ausgeblieben, und als nun Oldenburg von neuem die Exekution beantragte, da der Erlaß des holsteinschen Budgetgesetzes ein Zurücktreten Dänemarks von dem bisherigen Einvernehmen bekunde, fing man in Kopenhagen an zu rüsten und suchte sich den Beistand Frankreichs, Rußlands und Schwedens zu verschaffen. Die Unerquicklichkeit des Hin- und Herzerrens der Verhandlungen zwischen Frankfurt und Kopenhagen erweckte aber auch im dänischen Volke Mißbehagen. Der Gedanke in bezug auf Holstein sich zu fügen und Schleswig dafür um so stärker zu fesseln fand weitere Verbreitung als er je gehabt; die eiderdänische Partei, die ihn verfocht, begründete einen

Beschwerden am Bunde.

Exekutionsdrohungen.

Die Eiderdänen.

eigenen Verein, dessen Name, der Danevirkeverein, schon sein Programm enthielt, und verlangte in ihren Zeitungen und in Adressen an den König die Entlassung des Ministeriums Hall, das der Gesamtstaatspartei angehörte. Aber dieses selbst entzog sich der eiderdänischen Tagesströmung nicht, sondern bekannte sich ziemlich unumwunden zu dem Danevirkeprogramm und nahm Orla Lehmann, der es mit entworfen hatte, im September 1861 als Minister des Inneren in seine Mitte auf. Eine ehrliche Befriedigung auch nur der besonderen holsteinschen Landeswünsche war damit allerdings durchaus nicht ins Auge gefaßt; man begnügte sich, als der Bundestag dem oldenburgischen Antrage entsprechend am 7. Februar 1861 wirklich wieder mit Exekution drohte und England lebhaft zum Entgegenkommen mahnte, die holsteinschen Stände im März zusammenzurufen, ihnen den Staatshaushalt zur Begutachtung vorzulegen und damit ganz unannehmbare Vorschläge über die Stellung Holsteins zu dem übrigen Staate zu verbinden. Da die Stände sich darauf nicht einlassen wollten, so ergriff das dänische Kabinett den Ausweg Holsteins Anteil an den gemeinsamen Ausgaben nach dem seiner Zeit von Preußen gebilligten Normalbudget von 1856 zu bemessen und erreichte dadurch glücklich, daß der Bundestag am 12. August 1861 noch einmal von der Exekution abstand. Das preußische Kabinett aber nahm sich jetzt nicht bloß Holsteins, sondern auch Schleswigs mit regerem Eifer an; es forderte am 5. Dezember 1861 Aufklärungen über die weiteren Absichten Dänemarks und verwahrte sich ebensowohl dagegen, daß Holstein als abgesondertes Glied dem mit Schleswig zu einem Gesamtstaate vereinigten Dänemark gegenübergestellt werde, wie gegen die unablässige Verfolgung deutschen Wesens nördlich von der Eider, in der es eine Verletzung der Zusagen vom 29. Januar 1852 erblicken müsse. Auch die beiden deutschgesinnten Schleswiger im dänischen Reichsrate, der im Januar 1862 wiedereinberufen war, erhoben nachdrücklich ihre Stimme und protestierten dagegen, daß die Gesamtstaatsverfassung von 1855, nachdem sie durch das Ausscheiden Holsteins schon seit drei Jahren in ihrem Wesen völlig verändert sei, dennoch in Kraft erhalten und Schleswig dadurch zum willenlosen Opfer Dänemarks herabgedrückt werde. Die Reichsratsmehrheit wußte darauf nicht besser zu antworten, als indem sie die Protestierenden ihres Sitzes für verlustig erklärte; die deutschen Großmächte aber und mit ihnen der Bundestag begnügten sich mit einer allgemein gehaltenen Verwahrung gegen alle rechtlichen Folgen, die aus dem Fortbestand der Verfassung von 1855 entspringen könnten; über bestimmte gemeinsame Forderungen vermochten sie nicht sich zu einigen. Voll der besten Hoffnung, daß der deutsche Angriff wieder einmal abgeschlagen sei, feierte man in Dänemark lärmende Feste zu Ehren des Königs von Schweden, zur Feier der Schlacht von Idstedt und zur Verbrüderung der skandinavischen Studenten, als sehr störend am 24. September 1862 ein Vorschlag des Grafen Russell auftauchte, der die Aufhebung der Verfassung von 1855, die Einführung eines zehn-

Zugeständnisse an Holstein.

Schleswig.

Englische Vorschläge.

jährigen Normalbudgets und im übrigen eine völlig getrennte Verwaltung und Gesetzgebung für Dänemark, Schleswig, Holstein und Lauenburg empfahl. Vergebens beteuerte Hall, daß dieser Vorschlag die Zerstückelung der Monarchie bedeute, daß die enge Verbindung Schleswigs mit Dänemark eine Frage über Leben und Tod sei; Russell blieb bei seiner Meinung und konnte sogar die Versicherung beifügen, daß Rußland und Frankreich derselben Ansicht seien, was denn gar bald durch Noten aus Paris und Petersburg bestätigt wurde. Nun glaubten die Dänen sich nur durch schnelles und trotziges Handeln vor weiterem Drängen retten zu können. Die Minister stellten sich in ihren Noten an die deutschen Mächte offen auf den eiderdänischen Standpunkt, und der Reichsrat richtete am 21. Januar 1863 eine Adresse von derselben Färbung an den König. Stürmische Volksversammlungen schlossen sich dieser Forderung an, und am 30. März versprach ein königliches Patent ihren Wünschen zu willfahren. Unbekümmert um die Verpflichtungen von 1852, unbekümmert um die uralte Verbindung der beiden Herzogtümer, unbekümmert um den Widerspruch aller Großmächte, schickte sich Dänemark an Schleswig förmlich einzuverleiben. Aber auch so verleugnete das Ministerium seinen Ursprung aus der Gesamtstaatspartei nicht; es suchte die Bande zwischen Holstein und den anderen Provinzen so stark wie irgend möglich zu belassen; vor allem sollte das Heer für alle Teile des Staates gemeinsam bleiben, die holsteinschen Truppen sollten nach Dänemark verlegt und von dänischen Offizieren befehligt werden dürfen, zu den Kosten aller gemeinsamen Einrichtungen sollten Holstein und Lauenburg ein für allemal nach Maßgabe des Budgets von 1856 beitragen. Dieser Anmaßung gegenüber drohte der Bund am 9. Juli 1863 abermals mit der Exekution; doch Hall, der eben in lebhafter Verhandlung mit dem in Kopenhagen weilenden schwedischen Minister des Äußeren, Grafen Manderström, stand, antwortete sehr zuversichtlich mit einem Hinweis auf fremde Hilfe, die Dänemark nicht fehlen werde, und legte dem Reichsrat am 28. September die neue Verfassung zur Beratung vor. Nun ging auch den deutschen Mächten die Geduld aus: am 1. Oktober beschlossen sie die Exekution einzuleiten. Auch bei dieser Lage der Dinge hatte Dänemark noch neun Wochen zum Besinnen; denn so lange währten die Fristen, welche die Bundesexekutionsordnung von 1820 vorschrieb; allein man dachte in Kopenhagen an kein Nachgeben; die Verfassung wurde beraten und am 13. November 1863 mit 41 gegen 16 Stimmen angenommen.

Patent vom 30. März. 1863.

Das einzige, was jetzt noch einen Bruch verhüten konnte, war die Weigerung des Königs die Verfassung zu bestätigen. Von Friedrich VII. war eine solche Weigerung nicht zu erwarten. Da ereilte ihn plötzlich, am zweiten Tage nach der Annahme des neuen Grundgesetzes, zu Glücksburg in Schleswig ein jäher Tod. Die wichtige Entscheidung war seinen Händen entrissen und dem Protokollprinzen, Herzog Christian von Glücksburg, überlassen. Für diesen war die Wahl doppelt ernst. Wohl stand

Tod Friedrichs VII.

sein Recht auf den dänischen Thron unbestritten fest, allein der Pöbel von Kopenhagen hätte es nicht anerkannt, wenn er die Verfassung zu bestätigen gezaudert hätte; bestätigte er sie aber, so verletzte er eben jenes Londoner Protokoll, auf dem ausschließlich seine Rechte auf Schleswig-Holstein beruhten. In dieser bedenklichen Lage überwog die nähere Gefahr, und gedrängt von der stürmisch aufgeregten Bevölkerung der Hauptstadt unterzeichnete der neue König Christian IX. am 18. November 1863 die verhängnisvolle Urkunde.

Bewegung in Deutschland.

Mit Blitzesschnelle verbreitete sich die Kunde von dem wichtigen Doppelereignis durch ganz Deutschland und überall erscholl als Antwort der einmütige Ruf: Hoch lebe Friedrich VIII., der rechtmäßige Herzog von Schleswig-Holstein! Die politische Aufregung, die in den letzten Jahren durch den Nationalverein und seine Gegner, durch die neue Ära und den Verfassungskampf in Preußen, durch die Schützen-, Turn- und Sängerfeste erweckt war, verband sich jetzt mit der stachelnden Kraft, welche der Sache der Herzogtümer von je eigen gewesen. Selbst unter den deutschen Regierungen glaubten nicht wenige die Stunde zum Handeln gekommen; die Landtage, die gerade bei einander waren, erhoben ihre Stimmen zu Gunsten der nationalen Sache; in Stuttgart, Dresden, Darmstadt, bald auch in München und Berlin erklärten sie sich für den Herzog Friedrich von Augustenburg; noch lauter erklang die Forderung des Volkes in den Zeitungen und Flugschriften, in den Adressen und Beschlüssen zahlloser Versammlungen. Ungeduldig verlangte man von den Regierungen schnellstes Handeln; in der Auswahl der Gründe war man nicht ängstlich; das Erbrecht des Herzogs ward ebenso scharf betont wie das unverjährbare Recht der deutschen Nation; Demokraten und Legitimisten, Nationalvereinler und Großdeutsche fanden einen Boden, auf dem sie gemeinsam nach einem Ziele ringen konnten. In den Herzogtümern selbst verstummte jede gegnerische Stimme; Ständemitglieder huldigten dem „angestammten" Landesfürsten; Tausende von Beamten verweigerten Christian IX. den Eid; Massenversammlungen riefen den Bund zur Hilfe herbei. Der neue Herzog zauderte jedoch in sein Land zu eilen; in seiner Ansprache verzichtete er ausdrücklich darauf das Volk zu den Waffen zu rufen: er begab sich nach Gotha, dessen Herzog neben dem Großherzog von Baden der erste Fürst war, der ihn anerkannte, bildete ein Ministerium Samwer-Francke, schrieb ein Anlehen aus, traf Einleitungen zur Gründung eines Freiwilligenkorps und wandte sich vor allem an den Bund.

Herzog Friedrich.

Der Bundestag.

Diesem lag nun die wichtige Entscheidung ob, welchen der beiden Thronbewerber er anerkennen wolle. Entschied er sich, wie das Volk verlangte, für Friedrich VIII., so war der Exekutionsbeschluß vom 1. Oktober hinfällig; hielt er den letzteren aufrecht, so erkannte er damit im Grunde schon Christian IX. an. Der sächsische Minister von Beust erfand einen Mittelweg; die Gesandten beider Bewerber sollten einstweilen abgewiesen und die Exekution in eine Besetzung des Landes

bis zur Entscheidung der Hauptfrage verwandelt werden. Mit der Abweisung der beiden Gesandten waren Österreich und Preußen einverstanden, und so erfolgte sie bereits am 28. November; den Exekutionsbeschluß zu stürzen reichte aber Sachsens Anhang nicht aus; mit 8 gegen 7 Stimmen wurde am 7. Dezember beschlossen an ihm festzuhalten. Bismarck rechtfertigte dieses Verhalten im Abgeordnetenhause wie in einem Rundschreiben vom 4. Dezember dadurch, daß er die Rechtsverbindlichkeit des Londoner Protokolls als zweifellos hinstellte: nur aus diesem stamme überdies Preußens Berechtigung auch für Schleswig einzutreten; sich davon lossagen heiße einen europäischen Krieg entfachen. Aber die öffentliche Meinung in Deutschland war eben willens auch einem solchen Kriege Trotz zu bieten. Die feindliche Haltung Preußens deuchte den meisten offener Vaterlandsverrat und stachelte zu neuen Demonstrationen an. Überall wurden Geldsammlungen eröffnet, vielerorten Wehrvereine gebildet um Freiwillige für den heiligen Kampf einzuüben. Die Ausschüsse des National- und des Reformvereins traten am 6. Dezember in Nürnberg zusammen und beriefen gemeinschaftlich auf den 21. eine Versammlung deutscher Kammermitglieder nach Frankfurt. Etwa 500 an Zahl erklärten diese den Londoner Vertrag für unverbindlich, Friedrich VIII. für den rechtmäßigen Herzog und bildeten einen Ausschuß von 36 Mitgliedern zur Leitung der Bewegung und zur Entfaltung jeder gesetzlichen Thätigkeit im Sinne des Volkswillens. Auf die Fürsten der Mittel- und Kleinstaaten verfehlte dieser kräftige Druck seine Wirkung nicht: der eine nach dem anderen, schon am 17. Dezember auch König Max von Bayern, erkannte den Augustenburger an; aber Preußen und Österreich blieben unerschüttert. Wohl verwahrte sich Bismarck lebhaft gegen die Mißdeutungen seiner Politik; nicht einen Fußbreit deutscher Erde, nicht einen Titel deutschen Rechtes wolle er opfern; aber den richtigen Weg zu finden sei Sache des Königs und nicht einer vielköpfigen Versammlung, die aus Dilettanten in der Politik bestehe und die volle Sachlage gar nicht kenne. In derselben Weise beantwortete der König die Adresse des Hauses, die am 18. Dezember die Besorgnis aussprach, Bismarcks Politik werde die Verträge von 1852 neu bekräftigen und das Land auf lange hinaus schädigen. Aber damit wurde das Mißtrauen nicht beschwichtigt und das Volk jubelte den Abgeordneten zu, als sie ein paar Wochen später (am 22. Januar 1864) mit 275 gegen 51 Stimmen die 12-Millionenanleihe verweigerten, die Bismarck forderte, und auf Schulze-Delitzsch' Antrag erklärten, da Preußen seine Großmachtstellung mißbrauche, die Herzogtümer von neuem an Dänemark auszuliefern im Begriff sei und den Bürgerkrieg herausfordere, so würden sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sich einer solchen Politik widersetzen. Auch die österreichische Regierung erfreute sich nicht der Unterstützung ihres Abgeordnetenhauses; denn wenn dasselbe auch ein förmliches Mißtrauensvotum mit großer Mehrheit ablehnte, so setzte es doch die Summe von 10 Millionen Gulden,

Die Großmächte und das Volk.

Die preußischen Abgeordneten.

die das Ministerium forderte, auf wenig mehr als die Hälfte herab und Redner, wie Rechbauer und Herbst, vertraten nachdrücklich den national-deutschen Standpunkt.

Exekution in Holstein.

Verletzend genug für die Volkswünsche waren in der That die Schritte, welche die Großmächte thaten. An der Besetzung Holsteins waren beide zunächst nicht beteiligt. Der Exekutionsbeschluß vom 1. Oktober 1863 hatte Sachsen und Hannover die Ausführung dieser Maßregel übertragen, die nur im Notfall von Österreich und Preußen unterstützt werden sollten. Dieser Notfall trat nicht ein. Außerordentliche Abgesandte Englands und Frankreichs, Lord Wodehouse und General Fleury, hatten in Kopenhagen ernstlich zum Nachgeben geraten, und als am 23. Dezember 1863 der sächsische General Hake mit 10 000 Sachsen und Hannoveranern die holsteinsche Grenze überschritt, räumten die Dänen unter Protest das Land und die Bundesbevollmächtigten übernahmen die Verwaltung ohne Schwierigkeit. Sie ließen es geschehen, daß überall die Bevölkerung den Herzog Friedrich als Landesherrn ausrief, daß am 27. Dezember in Elmshorn eine Massenversammlung von 20 000 Köpfen ihn einlud nach Holstein zu kommen, und daß er dieser Aufforderung entsprechend am 30. seinen Wohnsitz in Kiel aufschlug. Der Bundestag billigte die Haltung seiner Bevollmächtigten und verwarf mit 10 gegen 6 Stimmen am 2. Januar 1864 den Antrag der Großmächte den Herzog auszuweisen. Auch die Auflösung des 36-Ausschußes und die Unterdrückung der Wehrvereine und der übrigen Mittelpunkte der schleswig-holsteinschen Bewegung verweigerten die Mittel- und Kleinstaaten, unbesorgt um die Gefahren, mit denen dieses „Netz revolutionärer Elemente" einer preußisch-österreichischen Note vom 31. Dezember zufolge die Zukunft Deutschlands bedrohen sollte. Der Gegensatz zwischen den Großmächten und der Mehrheit der übrigen Staaten erreichte eine Höhe, wie kaum im Anfang der zwanziger Jahre; und diesmal stand ungleich kräftiger als damals die öffentliche Meinung hinter den Kleinen. Bismarcks Bereitwilligkeit die Rechte Christians IX. anzuerkennen und sich besten Falls mit der Personalunion zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein abfinden zu lassen galt für nichts geringeres als Vaterlandsverrat; auf Schritt und Tritt sich diesen schwarzen Plänen zu widersetzen war das Wenigste, was man von jeder deutschen Regierung forderte. Mit Unwillen sah man Österreich, das soeben noch um die Gunst der Kleinen gebuhlt hatte, widerstandslos sich in den Geleisen der preußischen Politik bewegen: aber der eigentliche Haß richtete sich doch gegen Bismarck, den man ausnahmslos und mit Recht für den leitenden Geist der neuen großmächtlichen Freundschaft hielt. In allem, was er that und vorschlug, sah man nur das Widerwärtige, den nationalen Forderungen Widerstrebende; die Anknüpfungspunkte und Überleitungen, mittels deren das bestehende internationale Recht den Ansprüchen des deutschen Volkes angenähert werden sollte, bemerkte man nicht und konnte man unter den obwaltenden Verhältnissen, zumal bei Bismarcks Vergangen-

Zwiespalt zwischen den Großmächten und dem Bunde.

Die Lage Schleswigs.

heit, nicht bemerken. Als Österreich und Preußen am 14. Januar in Frankfurt beantragten von Dänemark die Aufhebung der Novemberverfassung, soweit sie Schleswig betreffe, zu fordern und, falls diesem Verlangen nicht genügt werde, auch Schleswig von Bundes wegen als Pfand zu besetzen, fand die Mehrheit darin nur eine mittelbare Anerkennung der Rechte Christians IX., und forderte eine Besetzung Schleswigs zu Gunsten Friedrichs VIII. Mit 11 gegen 5 Stimmen lehnte sie den Antrag der Großmächte ab und protestierte sofort gegen die Erklärung derselben nunmehr auf eigene Hand die abgelehnte Maßregel in Ausführung bringen zu wollen.

Beginn des Krieges.

In Wien und Berlin kümmerte man sich nicht um diesen Protest, sondern schritt schnell zur That: schon am 16. Januar 1864 erging an Dänemark das Ultimatum binnen 48 Stunden die Verfassung zurückzunehmen. Die Entscheidung in dieser schwierigen Stunde lag nicht mehr in den Händen des alten Ministeriums. Am Weihnachtstage hatte Hall dem Könige seine Entlassung eingereicht und der eiderdänischen Partei die Erbschaft überlassen: Bischof Monrad bildete aus ihrer Mitte ein neues Kabinett, in das er zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten den Gesandten in Berlin, Quaade, berief. Diesen Männern war der Rücktritt von der Verfassung fast noch unmöglicher als ihren Vorgängern. Kaum aber hatten sie das Ultimatum abgelehnt, so erhielt Feldmarschall Wrangel den Befehl mit 70 000 Mann in Schleswig einzurücken. Etwa ein Drittel seiner Armee bestand aus Österreichern unter dem Feldmarschallleutnant von Gablenz; diese bildeten das Centrum und sollten über Rendsburg auf Schleswig rücken; auf dem rechten Flügel mit der Marschrichtung Kiel-Eckernförde standen die brandenburgische Division Manstein und die westfälische Wintzingerode unter dem Prinzen Friedrich Karl; auf dem linken Flügel 10 000 Mann preußischer Garden unter General von der Mülbe. Die dänische Armee hielt, reichlich 30 000 Mann stark, unter General de Meza die Danevirke besetzt, eine Linie von Befestigungen, die sich gegen 11 Stunden weit von Schleswig aus west- und ostwärts erstreckte und für schwer zu nehmen galt. Am 1. Februar überschritten die Verbündeten die Eider. Prinz Friedrich Karl war der erste am Feinde. Nach kleinen Scharmützeln mit dänischer Infanterie und zwei Kriegsschiffen in der Bucht von Eckernförde suchte er am 2. die Schanzen von Missunde auf dem östlichen Flügel der Danewirke zu stürmen und so den Übergang über die Schlei zu erzwingen. Allein es mißlang, und ein etwas überschwänglicher Tagesbefehl, welcher jedem, der sagen könne: Ich bin ein Kanonier von Missunde! die Antwort: Siehe da, ein Tapferer! versprach, vermochte nicht die Schlappe zu verdecken. Währenddessen waren die Österreicher gegen die mittlere Hauptstellung vorgerückt und bestanden am 3. bei Oberselk und Jagel einen heißen Kampf, dessen Ergebnis die Erstürmung des Königsbergs war, der einen Teil der Danevirke beherrschte. Sofort wurden die Vorbereitungen zum Angriff auf das Hauptwerk getroffen. Zur Erleichterung desselben

Missunde.

sollte Prinz Friedrich Karl am 6. zwei Meilen östlich von Missunde bei Arnis und Cappeln von neuem den Schlei-Übergang versuchen. Da
Räumung der Danewirke. nahmen die Sachen eine unerwartete Wendung. De Meza entschloß sich dem Angriff auszuweichen; zu dauerndem Widerstande war er zu schwach, und das Vorgehen des Prinzen Friedrich Karl würde ernstlich seinen Rückzug bedroht haben; ein Kriegsrat, den er am 4. hielt, billigte die Räumung der vielgepriesenen Verteidigungslinie, und in der Nacht zum 6. Februar wurde sie in aller Stille verlassen. Der Prinz erhielt die Nachricht noch spät am Abend und begann sofort den Übergang; die Meldung aber, die er ins Hauptquartier sandte, erhielt man dort erst in der Frühe des 6., wodurch für die Verfolgung kostbare Zeit verloren
Oversee. ging. Nachmittags gelang es zwar Gablenz bei Oversee, südlich von Flensburg, den feindlichen Nachtrab zum Stehen zu bringen und ihn nach blutigem Ringen aus dem Orte zu werfen; den weiteren Rückzug aber vermochte er nicht zu hindern. Die preußische Garde war infolge verspäteter Benachrichtigung soweit zurück, daß sie an diesem Tage gar nicht eingreifen konnte; Prinz Friedrich Karl bedurfte die Zeit fast bis zum Dunkelwerden zum Schlei-Übergang und verlor so jede Fühlung mit dem Feinde; die Österreicher erklärte Gablenz für zu erschöpft zu weiterer Verfolgung. So konnte sich denn die Hauptmasse der Dänen unbehindert in die Halbinsel Sundewitt werfen, auf welcher die mächtigen Düppeler Schanzen ihr Schutz boten; ein anderer Teil unter dem Generalleutnant von Hegermann-Lindenkron zog sich nach Jütland auf die Festung Fridericia zurück. Sie hier anzugreifen lag zunächst nicht in dem Plane der Verbündeten, deren Absicht nur die Besetzung von Schleswig war. Es galt also fürerst nur die Düppeler Schanzen zu erobern, und da zu diesem Zweck schweres Belagerungsgeschütz beschafft werden mußte, trat eine unvermeidliche Pause in der Kriegführung ein.

Die Mittelstaaten. Auf manche der deutschen Regierungen hatten die Erfolge der großmächtlichen Waffen doch tiefen Eindruck gemacht; die bisherige Majorität zeigte sich erschüttert. Als Wrangel am 12. Februar Altona, Kiel und Neumünster trotz der Verwahrung des Bundesgenerals Hake „aus militärischen Gründen" besetzen ließ, gab der Bundestag sofort seine nachträgliche Genehmigung. Auf einer Konferenz, welche die Minister von neun Staaten am 18. Februar in Würzburg hielten, wurde zwar beschlossen die Einberufung der holsteinschen Stände, die Verstärkung der dortigen Bundestruppen und die Bestellung eines Bundesfeldherrn zu beantragen; aber aus allen diesen Vorsätzen wurde nichts; ja ein Antrag den Londoner Vertrag für ungültig zu erklären fiel am 25. Februar mit 9 gegen 7 Stimmen durch, und Sachsen suchte bereits unverkennbar eine Annäherung an die Großmächte, indem es am 3. März die Frage anregte, ob nicht eine Beteiligung des Bundes an dem Kriege durch Pflicht und Ehre geboten sei. Die öffentliche Meinung verharrte freilich unverändert in ihrem Mißtrauen gegen die Bismarcksche Politik und suchte, besonders in Süddeutschland, den König von Bayern dahin zu

drängen, daß er persönlich die Führung der Bewegung übernehme. Allein die Erkrankung und der unerwartete Tod des beliebten Fürsten zerstörte am 10. März auch diese Hoffnungen. Seinem Sohne und Nachfolger, Ludwig II., machte es schon seine Jugend unmöglich eine leitende Rolle zu spielen.

Einmarsch in Jütland.

Unterdes hatten die Verbündeten auch die jütische Grenze überschritten: am 18. Februar war die preußische Garde in Kolding eingerückt. Österreich billigte diesen Schritt nicht; aber wie es bisher in allem Preußen gefolgt war, so wurde auch jetzt durch eine Sendung des Generalleutnants Edwin von Manteuffel sein Widerspruch beseitigt und auch Gablenz ermächtigt in Jütland vorzudringen, was er vom 7. März an unter glücklichen Kämpfen bei Veile, Skanderup und anderen Orten mit großer Gemächlichkeit that.

Die europäischen Mächte.

Den Unterzeichnern des Londoner Protokolls wurde davon am gleichen Tage Mitteilung gemacht und zugleich die Bereitwilligkeit der beiden Mächte erklärt gegen die Räumung Düppels auch Jütland wiederzuräumen und auf dieser Grundlage an Konferenzen über den Friedensschluß teilzunehmen. Weitergehende Forderungen erlaubten die fremden Mächte sich schon jetzt nicht mehr zu stellen. Besonders England war von seinen weitgehenden Anmaßungen mehr und mehr zurückgekommen. Ende Dezember hatte Lord Russell in Frankfurt ein paar sehr drohende Noten übergeben lassen, in denen er die einstweilige Aufrechterhaltung des Bestehenden und die Anerkennung des Londoner Vertrages forderte. Als er damit weiter nichts als eine ziemlich grobe Antwort von seiten Beusts erreichte, wandte er sich an Frankreich mit dem Vorschlage einer gemeinschaftlichen bewaffneten Einmischung. Aber Napoleon trug aus vielen Gründen Bedenken sich darauf einzulassen. Er durfte das Nationalitätsprinzip, das er überall sonst beschirmte, in den Elbherzogtümern nicht mit Füßen treten; er hoffte, wenn er Bismarcks Politik bis zu einem gewissen Punkte förderte, auf Gegendienste von dessen Seite; er vergalt England nicht ungern die Verlegenheit, die es ihm selbst bereitet, da es im vergangenen Jahre sich an dem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland nicht beteiligen wollte; vor allem, er war in Mexiko zu sehr gebunden um einen großen Krieg zu wagen. Einen unglücklicheren und gewagteren Krieg als den mit Deutschland, so antwortete Drouyn am 28. Januar der Einladung Russells, gebe es für Frankreich nicht, und der Kaiser werde sich also nicht darauf einlassen. Rußlands Haltung war gleichfalls stark beeinflußt durch die Verlegenheiten, die ihm noch immer aus den polnischen Unruhen erwuchsen; es fühlte sich zudem der preußischen Politik zu Dank verpflichtet und hielt deshalb seine Sympathieen für Dänemark in bescheidenen Grenzen. Eine Konferenz der Londoner Vertragsmächte war somit das Höchste, was von allen Seiten erstrebt wurde. Ende März willigten die kriegführenden Staaten in diesen Vorschlag und der Zusammentritt wurde auf den 12. April angesetzt. Weil aber der Vertreter des Deutschen Bundes, Herr von Beust, an diesem

Die Londoner Konferenz.

Tage noch nicht in London sein konnte und die Gesandten von Österreich und Preußen ohne ihn nicht beginnen wollten, verzögerte sich die Eröffnung bis zum 25. April. Diese Frist wurde von der preußischen Armee noch zu einem entscheidenden Schlage verwertet. Wochenlang war außer Rekognoszierungsgefechten vor den Düppeler Schanzen nichts von Bedeutung vorgefallen. Die Dänen hatten ihre Stellungen befestigt und in dem Panzerschiff Rolf Krake ein vortreffliches Verteidigungsmittel herbeigeschafft. Erst am 17. März kam es zu einem ernsthafteren Kampfe, der die Preußen in den Besitz des Vorterrains bis auf etwa 1500 Schritt von den Schanzen brachte; am 30. wurde die erste Parallele eröffnet. Aber während so alles zur Eröffnung des ernsten Artillerieangriffes vorbereitet wurde, betrieb der Prinz gleichzeitig im tiefsten Geheimnis ein ganz anderes Unternehmen. In der Nacht zum 2. April wurden bei Ballegard, der Nordspitze Alsens gegenüber, 50 schwere Geschütze aufgestellt, alle verfügbaren Pontons und Böte wurden dorthin geschafft und die Brigade Göben bestimmt mittels derselben nach der Insel hinübergebracht zu werden. Gelang das Unternehmen, so war die Stellung von Düppel umgangen und der Krieg entschieden. Das Geheimnis war vortrefflich bewahrt und nur eine Vorbedingung mußte eintreffen: ruhige See, denn dem heftigeren Schlage der Wellen waren die Pontons nicht gewachsen. Unglücklicherweise erhob sich ein stürmischer Nordwest, der auch die Nacht hindurch anhielt. Damit war der ganze Plan vereitelt, denn längeres Zögern verriet den Dänen die Absicht und setzte sie in den Stand Gegenmaßregeln zu treffen, die alle Hoffnung auf Gelingen zerstörten. So wurde denn nun der direkte Angriff gegen Düppel als einziges Ziel ins Auge gefaßt; am 7. April begann die Beschießung aus 66 Geschützen, welche den Feind bald zum Verstummen brachten; in den nächsten Tagen folgte die Anlegung weiterer Parallelen und endlich am Ostermontag, 18. April, der Sturmangriff, eingeleitet durch eine zwanzigstündige ununterbrochene Beschießung aus 102 Geschützen. Am 10 Uhr brachen die sechs Sturmkolonnen vor und setzten sich in weniger als einer halben Stunde in den Besitz der vordersten sechs Schanzen, fast ebenso schnell in den der zweiten Linie. Dann kam der Angriff eine Weile zum Stehen, aber schon um 12 Uhr waren die Dänen bis in den Brückenkopf zurückgeworfen und wieder zwei Stunden später hatten die letzten von ihnen das Festland geräumt. Ihr Verlust betrug gegen 5000 Mann, zur größeren Hälfte unverwundete Gefangene; 120 Geschütze fielen in die Hände der Sieger, die ihrerseits an 1200 Tote und Verwundete zählten. Da es unmöglich war dem Feinde nach Alsen zu folgen, beschloß Wrangel den Sieg durch entschlossenes Vordringen in Jütland auszunutzen. Zu der Garde, die in den letzten Tagen auch nach Düppel herangezogen war, wurden andere Truppenteile gefügt, das so gebildete Korps unter den Befehl des bisherigen Generalstabschefs Wrangels, Vogel von Falckenstein (den am 30. April Generalleutnant Moltke ersetzte), gestellt, und sofort der Vor-

Kämpfe vor Düppel.

Erstürmung der Düppeler Schanzen.

Vormarsch bis zum Lymfjord.

marsch begonnen. In wenigen Tagen war Jütland bis zum Lymfjord von Feinden gesäubert und Wrangel konnte für den 1. Mai eine Kontribution von 650 000 Thalern als Ersatz für die Blockierung deutscher Häfen und die Wegnahme deutscher Schiffe ausschreiben. Auch der letzte feste Punkt, den die Dänen behaupteten, Fridericia, war, von Gablenz beschossen, ein paar Tage nach dem Beginn der Konferenzen, am 29., von dem Feinde nachts geräumt. Einen Angriff auf Fünen, den die preußische Heeresleitung plante, wies das österreichische Kabinett zurück.

Auch jetzt stellten die Dänen dem Abschluß eines Waffenstillstandes noch allerlei Hindernisse entgegen; auf ihren Inseln glaubten sie sobald nichts befürchten zu brauchen. Erst am 11. Mai kam auf 4 Wochen die später bis zum 26. Juni verlängerte Waffenruhe zustande. Die förmlichen Konferenzen nahmen ihren Anfang. Beust verlangte die Anerkennung der Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins unter seinem rechtmäßigen Herzog Friedrich VIII.; daß diese Forderung dem Willen des deutschen Volkes entspreche, konnte er mit der Adresse beweisen, die 1353 Abgeordnete der Einzelstaaten an ihn gerichtet hatten. Aber ohne den Beistand der beiden Großmächte war er doch ohnmächtig und dieses Beistandes entbehrte er zunächst. Preußen that freilich sofort einen großen Schritt der Annäherung. Nachdem die Kanonen gesprochen hatten und soviel Blut vergossen war, konnte Bismarck unbedenklich den Londoner Vertrag als verfallen bezeichnen; Dänemark selbst habe ihn durch den Krieg zerrissen. Allein was er und mit ihm Österreich forderten, war trotzdem mehr geeignet die fremden Mächte als das deutsche Volk zu befriedigen: sie schlugen nämlich am 17. Mai die Vereinigung Schleswig-Holsteins zu einem durch Personalunion mit Dänemark verbundenen Staate vor. Erst als der dänische Gesandte diesen Vorschlag rundweg ablehnte, gingen sie weiter und erklärten die Anerkennung Friedrichs VIII., der in den Augen Deutschlands die besten Erbrechte und überdies die unbedingte Zustimmung der Schleswig-Holsteiner habe, für die einzige noch mögliche Lösung. Freilich stimmte ihnen darin nur Herr von Beust zu; aber auch England gab jetzt Dänemarks Sache soweit verloren, daß es höchstens Nordschleswig ihm noch retten zu können hoffte. Seine Teilungsvorschläge fanden jedoch hüben wie drüben unbedingte Zurückweisung: den Dänen war nicht einmal die Schleilinie genug, während Preußen nicht daran dachte die Stellung von Düppel aufzugeben. Aus dieser Verlegenheit glaubte Palmerston endlich den bequemsten Ausweg zu finden, wenn er die Lösung der Grenzfrage durch einen Schiedsrichter empfehle. Er dachte sich darunter keinen anderen als Napoleon. Daß Dänemark sich weigern werde darauf einzugehen, zog er gar nicht in Rechnung; bei Österreich setzte er mit Recht die größte Bereitwilligkeit voraus; Preußens mutmaßliche Ablehnung aber war die lockendste Möglichkeit, die er sich denken konnte. Er sah infolge derselben bereits das Bündnis der deutschen Großmächte gesprengt und den französischen Kaiser in heftigem Zorne wegen der ihm widerfahrenen Beleidigung, und

Die Londoner Konferenz.

Die Anerkennung des Erbprinzen.

Vergebliche Verhandlungen.

kaum war von Berlin, aber freilich auch von Kopenhagen und Wien, die ablehnende Antwort eingelaufen, so machte er noch einmal den Versuch Napoleons Mitwirkung zu einer kriegerischen Drohung zu erlangen. Der Erfolg war doch kein besserer als früher: der französische Kaiser wollte nur dann darauf eingehen, wenn England bereit sei ihm die Ausnutzung eines Sieges im französischen Interesse zu gestatten und dazu hatte man doch in London keine Lust. Selbst das sehr dänenfreundliche Unterhaus billigte nach langen Debatten auf Kinglakes Antrag am 9. Juli das Verhalten der Regierung, das sich inzwischen doch schon als völlig unfruchtbar erwiesen hatte. In Deutschland aber begann eine neue mächtige Agitation und bald lagen die Erklärungen von 350 Volksversammlungen und Vereinen gegen alle Teilungspläne vor. So blieb der Konferenz nichts übrig, als sich am 26. Juni ohne Ergebnis aufzulösen und noch einmal den Waffen das Wort zu gönnen.

Eroberung von Alsen.

Diese sprachen mit unerwarteter Schnelligkeit. An Wrangels Stelle war am 18. Mai Prinz Friedrich Karl als Oberbefehlshaber getreten; in der Führung der Armee von Düppel ersetzte den letzteren Herwarth von Bittenfeld. In der Nacht zum 29. Juni führte dieser seine Truppen, wenig behelligt von dem gefürchteten Rolf Krake, den die Strandbatterieen in Schach hielten, über den Alsensund, trieb das dänische Heer bis Mittag in die Halbinsel Kekenis und nötigte es so mit einem Verlust von 1200 Toten und Verwundeten, 2800 Gefangenen und 97 Kanonen nach Fünen hinüberzuflüchten. In den folgenden Tagen rückten Gablenz und Vogel von Falckenstein in Jütland über den Lymfjord vor, zwangen den Generalleutnant von Hegermann sich gleichfalls nach Fünen einzuschiffen und pflanzten am 13. Juli ihr Banner am Kap Skagen auf. Auch zur See, wo sie ihrer Überlegenheit so sicher gewesen waren, begünstigte das Glück die Dänen nicht. In der ersten Hälfte des Krieges, vor dem Waffenstillstande, war es zu zwei Seetreffen gekommen, am 17. März an der Ostküste von Rügen bei Jasmund und am 9. Mai bei Helgoland. In dem ersten Gefechte forderte ein kleines preußisches Geschwader unter Kontreadmiral Jachmann (3 Schiffe mit 43 Kanonen) den vierfach überlegenen Feind tapfer heraus und kehrte ohne Verlust nach Swinemünde zurück. Bei Helgoland wurde der österreichische Admiral Tegetthoff, der ein österreichisch-preußisches Geschwader befehligte, durch den Brand seines Flaggenschiffes Schwarzenberg zwar zum Rückzug nach der Elbe gezwungen, so daß die Dänen den Sieg für sich beanspruchen durften, aber dieser Sieg war doch ein gänzlich fruchtloser. Seit dem Ende des Waffenstillstandes war es zu größeren Seeunternehmungen nicht gekommen; aber ein paar kleine Schlappen entmutigten die Dänen sehr. Daß der Rolf Krake so wenig leistete, widersprach aller Erwartung; ein Scharmützel bei Dornbusch in der Ostsee am 2. Juli endete mit dem Rückzug einer dänischen Fregatte vor ein paar preußischen Kanonenbooten und in der Nordsee bemächtigten sich die Verbündeten der westfriesischen Inseln Sylt, Föhr u. s. f. und

Kämpfe zur See.

bekamen dabei mehrere dänische Kanonenbote und deren Befehlshaber, den kühnen Kapitän Hammer, in ihre Gewalt. Die Nachricht von diesem Vorgange verstärkte den niederschlagenden Eindruck, den der Verlust Alsens und Jütlands in Kopenhagen hervorrief; man fing an sich auch auf den Inseln nicht mehr sicher zu fühlen und eine feindliche Landung für möglich zu halten. Das eiderdänische Ministerium Monrad, das an dem Könige niemals eine Stütze gehabt und nun auch das Vertrauen des Volkes verloren hatte, trat am 8. Juli zurück und der König bildete ein Kabinett aus ehemaligen Gesamtstaatsmännern mit dem Auftrage Friedensverhandlungen zu beginnen. Am 12. Juli machte Bluhme, der neue Minister des Äußeren, dem Feinde Mitteilung davon und schon am 18. ward in Christiansfelde eine Waffenruhe bis zum Schluß des Monats vereinbart, während deren in Wien die Friedensunterhandlungen gepflogen werden sollten. Sie führten am 1. August zum vorläufigen Abschluß, der dann ein Vierteljahr später, am 30. Oktober 1864, endgültig durch den Wiener Frieden bestätigt wurde. König Christian entsagte allen seinen Ansprüchen an die Herzogtümer und erkannte zum voraus alle Verfügungen an, welche Preußen und Österreich bezüglich derselben treffen würden; einige Grenzdistrikte in Nordschleswig wurden gegen eingeschlossene Gebietsteile, die bisher zu Jütland gehört hatten, eingetauscht; auf den Ersatz der Kriegskosten verzichteten die beiden Mächte, behielten sich aber vor sie von den Herzogtümern sich erstatten zu lassen; endlich übernahmen sie für die letzteren einen Teil der dänischen Staatsschuld im Betrage von über 20 Millionen Thalern.

Umschwung in Kopenhagen.

Der Wiener Friede.

Die Teilnahme Europas hatte sich während der ganzen Dauer des Krieges fast ausschließlich Dänemark zugewandt. Von einem wirklichen Verständnis der Streitfrage war im Auslande nur sehr vereinzelt eine Spur zu finden; im allgemeinen empfand der Fremde nur das begreifliche Mißbehagen, das jemanden beschleicht, der zwei Große einen Kleinen zu Boden werfen sieht; und daß diese beiden Großen Österreich und Preußen waren, Österreich, so lange Jahre hindurch der Hort des Absolutismus und der Willkür, Preußen, das widerwillige Opfer Bismarckscher Despotie und militärischer Überbürdung, ließ jedem Unkundigen die Behauptung nur um so glaublicher erscheinen, daß es sich hier im Grunde um einen Kampf der Reaktion gegen den Liberalismus handle und daß die Freisinnigkeit der dänischen Verfassung von 1863 ihre Hauptschuld in den Augen der preußischen und österreichischen Staatsmänner gewesen sei. Die Dänen ließen sich diese Auffassung sehr gern gefallen und fanden sie durch den konservativen Charakter des Ministeriums Bluhme bestätigt. Die Abneigung gegen ein Kabinett, das dem Lande einen opfervollen Frieden gebracht, kam der dänischen Fortschrittspartei, die sich mit dem volkstümlichen Namen der Bauernfreunde geschmückt hatte, sehr zu statten und da mit dem Verlust Schleswigs die bisherige Verfassung notwendig abgeändert werden mußte, fehlte es nicht an Stoff zu heftigen Kämpfen. Schon über die Frage, ob der Rumpf des

Die Haltung Europas.

Dänische Parteikämpfe.

weiteren Reichsrats, in dem die Schleswiger mit gesessen hatten, oder ob der engere Reichstag, in dem nur Jütland und die Inseln vertreten waren, zur Abänderung befugt sei, entspann sich ein bitterer Streit; Regierungsanträge auf Beschränkung des Wahlrechts und Einführung zweijähriger Budgetperioden gaben neuen Stoff. Bluhme suchte sich durch Neuwahlen im Mai 1865 zu helfen, gewann aber keine Mehrheit und machte im November dem Grafen Frijs-Frijsenborg Platz, der denn glücklich sowohl mit dem Reichsrat wie mit dem Reichstag die neue Verfassung vereinbarte. Der heftige Parteigegensatz dauerte aber fort und die Bauernfreunde gewannen immer mehr Boden im Lande, ohne daß der König sich entschließen konnte ihnen die Regierung anzuvertrauen. Seine eigene Stellung zum dänischen Volke, die von vornherein sehr unbefriedigend gewesen war, besserte sich daher auch nicht wesentlich und eine volle Aussöhnung lag fast ebenso fern, wie die Wiederkehr eines freundlichen Verhältnisses zwischen dem dänischen und dem deutschen Volke.

Verfassungskämpfe in Preußen und Österreich.

Bismarcks erste Erfolge.

Mit voller Befriedigung durfte dagegen der leitende Staatsmann Preußens auf den Weg zurückzuschauen, den er seit Jahresfrist zurückgelegt hatte. Ohne von der Treue, die selbst einem drückenden Vertrage gebührte, abzuweichen, ohne die Gefahr eines europäischen Krieges, die nahe genug lag, näher zu rücken, ohne sich von der feindlichen Haltung der eigenen Landesvertretung, von der tiefgehenden Aufregung des deutschen Volkes, von dem Drängen der übrigen Bundesfürsten beeinflussen zu lassen, hatte Bismarck das höchste Ziel aller Patrioten, die völlige Lostrennung der Herzogtümer von Dänemark, auf seinem Wege erreicht, hatte er die Schritte der österreichischen Staatsmänner nach seinem Willen gelenkt, hatte er dem preußischen Namen militärisch und politisch den langentbehrten Glanz zurückgegeben. Aber wieviel auch schon gewonnen war, es blieb doch fast noch mehr zu thun übrig. Die staatlichen Verhältnisse der Herzogtümer mußten neugeordnet werden. Eine weite Kluft trennte die preußischen Pläne von den Forderungen des deutschen Volkes und der Schleswig-Holsteiner wie von den Absichten der österreichischen Regierung. Diese, welche selbst nicht daran denken konnte an der Nord- und Ostsee Länderbesitz zu erwerben, war durchaus geneigt dem Bundestag und dem deutschen Volke zu willfahren und Friedrich VIII. einzusetzen; Preußen dagegen meinte es mit den Ansprüchen, die es von Christian IX. im Wiener Frieden erworben hatte, ernstlicher, und war entschlossen dieselben, wenn nicht zur völligen Einverleibung der Herzogtümer, so doch dazu zu benutzen die Streitkräfte derselben zu Land und See sich dienstbar zu machen. Schon frühzeitig war die öffentliche Meinung auf diese Absichten hingewiesen worden, am deutlichsten durch eine Adresse, die Graf Arnim-Boytzenburg

Preußens Zielpunkte und Bedingungen.

und andere Konservative am 11. Mai 1864 an den König gerichtet und in der sie ein Schutzverhältnis oder die völlige Einverleibung der Herzogtümer als wünschenswerteste Lösung erbeten hatten. Unter welchen Bedingungen Preußen geneigt sei die Einsetzung Friedrichs VIII. einzuräumen, entwickelte Bismarck dem Prinzen persönlich in einer Unterredung, die er mit ihm am 1. Juni hatte; er forderte die Abtretung einiger befestigten Punkte, das Aufsichtsrecht über den projektierten Nordostseekanal und einen Militärvertrag. Zu seinem Unglück glaubte der Prätendent davon noch mancherlei abdingen zu können, machte Schwierigkeiten hinsichtlich der Landabtretungen und erklärte, der Militärvertrag dürfe jedenfalls nicht so umfassend sein wie der mit Sachsen-Koburg abgeschlossene. Durch ungeschickte Drohungen mit dem Bunde und sogar mit Österreich verdarb er seine Stellung vollends und machte es seinen Freunden am preußischen Hofe, zu denen selbst der Kronprinz gehörte, sehr schwer für ihn einzutreten. Die Stimmung in den Herzogtümern war noch so unentschieden, daß die Einwilligung des Prätendenten in Bismarcks Forderungen das Aufkeimen jedes Widerstandes verhindert haben würde. Jetzt aber wurde derselbe künstlich großgezogen. Jeder Äußerung zu Gunsten der preußischen Forderungen folgte eine Antwort im Sinne des Erbprinzen; wenn eine Versammlung von Prälaten und Rittern am 8. August die Gemeinschaft der Diplomatie und des Heerwesens mit Preußen empfahl, so betonte kaum 14 Tage später der Städtetag von Neumünster die Selbständigkeit des Landes, die durch den Anschluß an Preußen nicht gefährdet werden dürfe. Das Mißtrauen gegen Bismarck erwies sich schnell als so mächtig, daß die Dankbarkeit dagegen verschwand. Schon im Oktober, ehe noch der Friede unterzeichnet war, hatte die Augustenburgische Agitation das Land so unterwühlt, daß Preußen eine Befragung der Stände über die Zugeständnisse, die es forderte, nicht mehr wagen durfte. Die Folge davon war, daß man in Berlin die endgültige Lösung hinauszuschieben sich entschloß und die völlige Verschmelzung Schleswig-Holsteins mit dem preußischen Staate ernstlicher ins Auge faßte. Diese fand nun freilich gar wenig Anklang in den Herzogtümern selbst wie im übrigen Deutschland; sogar die Freunde der preußischen Vormacht sahen darin eine Gefährdung der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands. Wenn in Preußen selbst das staatliche Bewußtsein stark genug war um auch die liberalen Gegner Bismarcks zu der heimlichen Anerkennung zu nötigen, daß die Einverleibung doch das wünschenswerteste Ziel sei, so machte die erregte Parteistimmung und die wachsende Vergiftung des Verfassungskonfliktes es doch nur wenigen scharfblickenden und mutigen Männern möglich auch offen dafür einzutreten. Erfolgreicher als irgend ein zweiter erhob Heinrich von Treitschke in den Preußischen Jahrbüchern seine warm zu Herzen dringende Stimme um den alten Grundsätzen der nationalen Partei zum Siege über die augenblickliche Verbitterung zu verhelfen; Mommsen, selbst ein Schleswig-Holsteiner, und andere folgten ihm und

Die Stimmung in den Herzogtümern.

Die Opposition in Preußen.

wenn die Wirkung ihrer Worte noch nicht gleich zu Tage trat, so war der Stoß, den die Schwärmerei für den Augustenburger in Tausenden von Gemütern durch sie erhielt, doch ein gewaltiger. Aber die leitenden Köpfe der Opposition konnten sich, wie die Dinge nun einmal lagen, doch zu keiner offenen und vertrauensvollen Unterstützung Bismarcks verstehen: zu tief waren sie durch den bisherigen Verlauf des Verfassungsstreites verletzt worden, und zu nichtig waren die Hoffnungen auf eine ehrliche Versöhnung mit dem Ministerium. Die Landtagssession, welche den Neuwahlen vom Oktober 1863 folgte, hatte nicht den leisesten Schimmer einer Annäherung gezeigt; über die Preßordonnanz vom 1. Juli, über die Wahlumtriebe der Regierung, über das Wehrgesetz und das Budget von 1864 entbrannten heiße Kämpfe und die verdächtige Politik Bismarcks in der schleswig-holsteinischen Frage bot ein neues Schlachtfeld, auf dem die Gegner ingrimmig aneinander gerieten. Nachdem die Abgeordneten zuguterletzt jede Anleihe ohne ihre Genehmigung für verfassungswidrig und auf alle Zeiten unverbindlich erklärt hatten, schloß eine königliche Botschaft am 25. Januar 1864, also acht Tage vor Beginn des Krieges, den Landtag und ein Beschluß des Ministeriums bestimmte die Grundsätze, nach denen die budgetlose Regierung geführt werden solle. In die Kriegs- und Siegesklänge mischten sich die unerfreulichen Berichte über die Maßregelungen liberaler Beamten und die Hetzereien der regierungsfreundlichen Presse, die im Geiste schon das „innere Düppel" gleich dem äußeren erstürmt sah. Wie gering die Umstimmung im Volke war, lehrten die Nachwahlen im Herbst 1864, die fast alle zu Gunsten der Opposition ausfielen, und wenn der Ruhm der preußischen Waffen allüberall mit Jubel begrüßt wurde, so war man doch weit entfernt davon der Umgestaltung des Heeres einen erheblichen Anteil daran beizumessen. Weder der Hinweis der Thronrede vom 15. Januar 1865 auf den Zusammenhang zwischen der Reorganisation und dem siegreichen Kriege, noch die Lobrede Eulenburgs auf die Eleganz, mit der das umgestaltete Heer den Feind geschlagen, am allerwenigsten aber die Beteuerung des Herrenhauses, daß der Sieg die erste Frucht der neuen Heeresverfassung sei, gewannen der Regierung auch nur eine einzige Stimme im Abgeordnetenhause. Die Thronrede sprach den dringenden Wunsch des Königs aus, daß der Gegensatz zwischen Regierung und Landtag seine Ausgleichung finden möge; Graf Eulenburg bot jeden anderen Ansatz des Budgets als Prüfstein dafür an, daß das Ministerium sich in Abstriche fügen würde; lassen Sie diesen Streitpunkt aus der Welt verschwinden, rief er aus, dann wird uns der zweijährige Kampf als Lehre dienen für künftige Zeiten und mehr als wir jetzt ahnen zur Entwickelung des Verfassungslebens beitragen; — aber alles das waren doch nur Worte, von thätlichem Entgegenkommen der Regierung war nichts zu merken, und die Abgeordneten glaubten daher selbst einer Antwortsadresse auf die Thronrede sich enthalten zu sollen; ein paar warme Worte, mit denen der Präsident Grabow der

Die Landtagssession von 1864,

von 1865.

Fortdauer des Konfliktes.

kriegerischen Vorgänge gedachte, durch die Preußens verpfändete Ehre ruhmreich eingelöst und die Scharte von Olmütz ausgewetzt sei, lieferten den einzigen Beweis, daß auch die Opposition die Bedeutung der jüngsten Ereignisse nicht verkannte. Vergebens bemühten sich einige liberale Abgeordnete ihre Freunde zu einer Kundgebung für den engen Anschluß der Herzogtümer an Preußen zu bewegen; Carlowitz empfahl dem Hause sich für die Erwerbung des Kieler Hafens und einen Flottenvertrag mit Schleswig-Holstein zu erklären; Michaelis beantragte eine Resolution, die ganz in Bismarcks Sinne die Zugeständnisse bezeichnete, welche Preußen von dem Augustenburger fordern müsse; Twesten und manche andere patriotisch und nüchtern denkende Männer sprachen sich zu Gunsten dieses Antrags aus; aber die große Mehrheit der Fortschrittspartei verwarf ihn, weil sie das Ministerium um jeden Preis stürzen und es zu dem Zweck überall bekämpfen wollte. Da der Antrag auf Einverleibung des eroberten Landes, den Wagener namens der Conservativen stellte, mit noch größerer Mehrheit verworfen wurde, so ging die Session zu Ende, ohne daß die zweite Kammer irgend welchen Beschluß über eine Frage gefaßt hatte, die doch jedermann im Lande, die ganz Europa beschäftigte. Wurde darüber schon mancher, der in dem Verfassungskampfe treu zur Mehrheit stand, stutzig, so verstärkte die lediglich verneinende Haltung, die das Haus auch zu vielen anderen Vorlagen der Regierung einnahm, diesen Eindruck. Militärgesetz und Budget sah das Volk wohl ohne Verwunderung in derselben Weise wie bisher zu Fall gebracht; aber daß die Abgeordneten die nachträgliche Genehmigung der Kriegskosten im Betrage von etwa 70 Millionen Mark verweigerten, daß sie den Flottengründungsplan, der innerhalb zwölf Jahren etwa 100 Millionen Mark auf die Wehrkraft Preußens zur See verwenden wollte, einfach verwarfen, daß sie einer Anleihe behufs Ausdehnung des Eisenbahnnetzes sich widersetzten und der preußischen Bank die Ermächtigung versagten ihren Geschäftsbetrieb auf ganz Deutschland zu erstrecken, das alles erregte viel Befremden und wurde mindestens von den nächst Beteiligten als eine Schädigung der Landesinteressen aufgefaßt, für die das Abgeordnetenhaus verantwortlich sei. Das strenge Festhalten an dem Satze, dieses Ministerium dürfe in keinem Punkte unterstützt werden, mußte zu sehr unliebsamen Folgerungen führen, und ab und zu konnte selbst die Fortschrittspartei ihm nicht treu bleiben. In der Eisenbahnfrage bewilligte eine Mehrheit von 70 Stimmen die Mittel zum Bau dadurch, daß sie der Regierung den Verkauf von Aktien, die sich im Besitze des Staates befanden, gestattete, und als die Verträge über die Fortdauer des Zollvereins vorgelegt wurden, hatte geradezu niemand Lust sie um des Prinzipes willen zu verwerfen. Wie sich die deutschen Regierungen trotz alles Sperrens im Laufe des Jahres 1864 eine nach der anderen dem vielangefochtenen französischen Handelsvertrage gebeugt hatten, so lag doch auch für das Abgeordnetenhaus eine peinliche Notwendigkeit darin, daß es dem Siege der verhaßten Regierung gleichsam

Unfruchtbarkeit der Session.

Der Zollverein.

das letzte Siegel aufdrücken mußte, als es die Zollvereinsverträge genehmigte; wenn es in dieser Frage unbeschadet seiner sonstigen Opposition das Ministerium von Anfang an zum Heile des Landes ehrlich unterstützt hatte, warum, so hörte man fragen, konnte es nicht ebenso in anderen wichtigen Dingen handeln? Ein Blick in die liberalen Zeitungen, besonders in die des außerpreußischen Norddeutschland, lehrte, daß die Fortschrittspartei aus der Session von 1865 jedenfalls nicht gekräftigt hervorgegangen war, daß sich neue, der Regierung freundlichere Strömungen in der öffentlichen Meinung vorbereiteten. Wenn sie nicht erfolgreicher zum Durchbruch kamen, so lag das lediglich an dem verletzenden Auftreten des Ministeriums. Eine Forderung zum Zweikampf, die Bismarck an den Abgeordneten Virchow richtete, weil derselbe Zweifel an seiner Aufrichtigkeit geäußert, eine Drohung Roons: der Streit könne aus einer Rechts- zu einer Existenzfrage werden, wodurch die Beseitigung der Verfassung in Aussicht gestellt zu sein schien, eine Fülle von scharfen Worten, die während der fünfmonatlichen Session vom Ministertisch gefallen waren, die fortgesetzte Bevormundung der städtischen Behörden, die Maßregelung der Beamten, der Vereine und der Presse, die Beeinflussung der Gerichte, deren Unabhängigkeit Männer wie Twesten und Gneist für gebrochen erklärten, und so viele andere verwandte Klagen hielten auch die, welche der äußeren Politik Bismarcks mehr und mehr sich zuneigten, in der Opposition gegen das Ministerium fest. Die fünfzigjährige Jubelfeier der Vereinigung des Rheinlandes mit Preußen verlief kalt, in gedrückter Stimmung; die Liberalen schlossen sich vielerorten davon aus, der König selbst konnte nicht in dem verdrossenen Köln, sondern mußte in Aachen am 15. Mai 1865 die Hauptfeier begehen; dasselbe Köln aber bereitete sich zu einem glänzenden Feste vor, das ein liberaler Verein unter Führung des Stadtverordneten Classen-Kappelmann am 22. Juli den fortschrittlichen Abgeordneten zu geben gedachte und das zu verhindern die Regierung offenbare Gesetzwidrigkeiten und Gewaltmaßregeln nicht scheute. Vom Rhein bis zum Pregel gab es keine große Stadt, die nicht in den Kampf gegen die Regierung verwickelt gewesen wäre; Berlin sah innerhalb dreier Monate von neun Stadtratswahlen acht vernichtet; Königsberg erhielt einen konservativen Landrat zur Verwaltung des Bürgermeisteramtes, da das Ministerium der von den Stadtverordneten getroffenen Wahl hartnäckig die Bestätigung versagte; ähnlich ging es in zahllosen anderen Fällen. Dafür verweigerten dann die städtischen Behörden in Köln oder Trier, in Essen oder Münster die geforderte Teilnahme an den Jubelfesten, lehnten in Stettin den feierlichen Empfang des Kronprinzen ab oder unterließen in Königsberg wohl gar die Erleuchtung und Beflaggung an des Königs Geburtstag, in einem so königstreuen Volke, wie das preußische seit alters gewesen, Vorgänge von ernster Bedeutung, Zeugnisse für den Beginn einer Umwandlung des sittlich-politischen Urteils, die jedem monarchisch gesinnten Manne beunruhigender erscheinen mußten als die

Symptome der Verbitterung.

revolutionären Ausschreitungen des Jahres 1848 oder die Mordversuche eines Tschech oder Oskar Becker.

Die Lage in Österreich.

Für die auswärtige Politik Preußens war der innere Streit nicht in dem Maße ein Hindernis, wie man wohl hätte erwarten können; hauptsächlich deshalb nicht, weil der nächste Gegner, den man bekämpfen mußte, Österreich, sich in ganz ähnlicher Lage befand. Bis über den Frankfurter Fürstentag hinaus, bis in den Beginn der schleswig-holsteinschen Bewegung hinein war die Schmerlingsche Politik, die sich auf die deutsche Bevölkerung stützte und Ungarn in den Einheitsstaat hineinzwingen wollte, im Aufsteigen begriffen; in Deutsch-Österreich und in einem großen Teile von Deutschland glaubte man an ihren Erfolg, und dieser Glaube gab ihr Kraft. Aber das Scheitern des Fürstentages und das Bündnis mit Preußen gegen Dänemark waren zwei harte Schläge für Schmerling; die Entfremdung, die im Gefolge derselben zwischen Wien und den Mittelstaaten eintrat, bedrohte die Grundlage seines Systems, und Rechbergs Entfernung aus dem Auswärtigen Amte war die Vorbedingung für den Wiedergewinn des Verlorenen; es war unmöglich, daß man gleichzeitig die Großdeutschen beleidigte und sich doch auf die großdeutsch gesinnte Bevölkerung Österreichs stützen wollte. Der Sturz Rechbergs, dem es kaum noch vergönnt wurde den Frieden mit Dänemark zu unterzeichnen, bedeutete daher unzweifelhaft einen Sieg Schmerlings; Graf Mensdorff-Pouilly, der am 27. Oktober 1864 die Leitung der auswärtigen Politik übernahm, hatte als dringendste Aufgabe die verlorene Fühlung mit den Mittelstaaten wiederherzustellen, oder wie das Abgeordnetenhaus sich in seiner Antwort auf die Thronrede am 6. Dezember ausdrückte: die bundesrechtlichen Beziehungen zu den deutschen Staaten zu pflegen, die Bande mit denselben durch Reformen der Bundesverfassung enger zu knüpfen und den bundeswidrigen Sonderbestrebungen Preußens entgegenzutreten. Aber dieser Auftrag war leichter gegeben als ausgeführt, und wenn Schmerling vom österreichischen Standpunkt aus die schleswig-holsteinsche Frage mit Recht als gänzlich verfahren bezeichnete, so wußte doch weder er noch das Abgeordnetenhaus die Wege anzugeben, auf denen sie wieder ins richtige Gleis gebracht werden könne. Überdies gab es an anderen Sorgen nur gar zu viele. Als der weitere Reichsrat im November 1864 wiederzusammentrat, blieben die tschechischen Mitglieder aus und verstümmelten dadurch die hohe Körperschaft noch mehr als früher. In den einzelnen Ländern war die Opposition gegen den Einheitsstaat sichtlich gewachsen; im Prager Landtag hatten die Tschechen die Mehrheit gewonnen, in Tirol erhob die Partei der Glaubenseinheit mit ungeminderter Kraft ihre Stimme, in Krain, Dalmatien, Triest kam es zu mißliebigen Kundgebungen der Slowenen und Italiener; Venetien erlebte in Friaul sogar einen kurzen Aufstandsversuch und in Padua hochverräterische Demonstrationen der Studenten, Ungarn beharrte in seinem Widerstande und die Ersetzung Forgacz's durch den Grafen Zichy, der recht geflissentlich seine Wünsche für die Februarver-

Annäherung an die Mittelstaaten.

Die Opposition in den Landtagen.

fassung bei einem Festmahl in Wien kundgab, reizte die Deakisten und die Altkonservativen zu lebhaften Gegenäußerungen; Galizien war durch die Verhängung des Belagerungszustandes aus Anlaß des polnischen Aufstandes mundtot gemacht. Daß die Regierung verfassungsmäßig zu dieser Sicherheitsmaßregel berechtigt gewesen sei, konnte nicht geleugnet werden, aber gleichwohl entwickelte sich daraus ein ernstlicher Streit mit dem Abgeordnetenhause. Dieses verlangte, daß nach seinem Zusammentritt ihm die kaiserliche Verordnung vorgelegt werde, und bestritt ihre Gültigkeit für den Fall, daß der Reichsrat seine Zustimmung versage; das Ministerium aber gab dem Verfassungsparagraphen, welcher ihm das Recht erteilte in Abwesenheit des Reichsrates dringende Verfügungen zu treffen, und es nur verpflichtete der Landesvertretung späterhin Gründe und Erfolge eines solchen Schrittes darzulegen, die weitgreifende Bedeutung, daß eine Genehmigung des Reichsrates selbst nachträglich nicht von nöten sei; ja es gestand zu, daß nach seiner Auffassung mittels dieses Paragraphen sogar die Verfassung geändert werden könne, eine Erklärung, die das ganze bestehende Recht von dem Willen des Kaisers abhängig machte und an ihrer Tragweite dadurch nichts einbüßte, daß Schmerling beteuerte, mit seinem Willen werde das Kind die Mutter nicht verschlingen, der Paragraph die Verfassung nicht umbringen. War doch, als diese Worte am 16. Juni 1865 fielen, die Stellung des Ministers schon völlig untergraben und sein Sturz nur noch wenige Tage entfernt. Die ganze Dauer der Reichsratssession war eine einzige Kette von Niederlagen für den gewandten Vorkämpfer des Einheitsstaates gewesen. Vergebens suchte er das gelockerte Band, das ihn mit seiner Partei verknüpfte, durch vertrauliche Verhandlungen mit den Führern und durch große Versammlungen von 80 bis 100 Mitgliedern, die er zu sich lud, wiederzufestigen; vergebens kam er dem Wunsche die Ausgleichung mit Ungarn zu beschleunigen, der schon in der Antwort auf die Thronrede ausgesprochen war, entgegen, indem er die Einleitungen zur Wiederberufung des ungarischen und des kroatischen Landtags traf; es blieben der Punkte, in denen er nicht weichen konnte und in denen die Mehrheit nicht weichen wollte, zu viele, als daß ein herzliches Einverständnis zu erreichen gewesen wäre. Vorlagen, die das Haus verlangte, wie ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz oder der Friedensvertrag mit Dänemark, wurden verweigert, Interpellationen über Interpellationen blieben unbeantwortet, im Finanzausschuß, der über den Staatshaushalt für 1865 beriet, kamen die Gegensätze so aneinander, daß die Minister sich weigerten in demselben zu erscheinen. Diese Finanzfragen waren weitaus der schlimmste Stein des Anstoßes. Das Jahr 1864 war mit einem Defizit von 27 Millionen Gulden über den Voranschlag hinaus geschlossen; reichlich 7 Millionen waren mehr ausgegeben, etwa 20 Millionen weniger eingenommen worden, als das Budget bestimmte. Um den dringenden Anforderungen des täglichen Bedarfes zu entsprechen hatte sich das Ministerium dann Unregelmäßigkeiten erlaubt, Gelder, die ihm zur Einziehung

Schmerlings Stellung erschüttert.

Finanzlage.

von Münzscheinen und zu ähnlichen Zwecken bewilligt waren, anderweitig verwandt. Erregte das natürlich, als es bekannt wurde, großen Unwillen, so war doch schon vorher über das Maß der möglichen Ersparnisse ein heftiger Zwist entbrannt; der Finanzausschuß und nach seinen Anträgen das Haus strich von den Ausgaben so viel, daß ein Defizit von etwa $7\frac{1}{2}$ Million übrigblieb; die Absetzung von beinahe 13 Millionen für Heer und Flotte hatte sich das Ministerium gefallen lassen, aber etwa 6 Millionen, die das Haus außerdem noch strich, wollte es nicht fahren lassen. Es fand dabei eine Stütze am Herrenhause, das die Summe des Defizits wieder auf beinahe 14 Millionen erhöhte; aber diese Stütze war zu schwach, als daß sie dem schwankenden Ministerium einen Halt hätte bieten können. Länger als vier Jahre hatte der Kaiser auf Schmerlings Wegen ausgeharrt; jetzt sagte er sich, daß er dem erstrebten Ziele ferner sei als je: in Ungarn rührte sich keine Hand zu einem Ausgleich mit Schmerling; selbst die Altkonservativen waren nicht zur Versöhnung mit ihm bereit, während sie dem Kaiser Hoffnung machten sich mit anderen Männern zu verständigen; über den Reichsrat hatte der Minister jede Herrschaft verloren; nicht in den unbedeutendsten Punkten vermochte er bei der Budgetdebatte dem Finanzausschuß gegenüber die Mehrheit auf seine Seite zu ziehen. So reifte der Entschluß des Kaisers von ihm zu lassen und die Februarverfassung aufzugeben. Ein Besuch in der ungarischen Hauptstadt Anfang Juni 1865 diente dazu das zerrissene Verhältnis zu einem Teile des magyarischen Adels wiederherzustellen, wobei Graf Moritz Esterhazy, der des Kaisers besonderes Vertrauen genoß, die wichtigsten Vermittlerdienste leistete. Es wurde für einen glänzenden Empfang des Monarchen gesorgt, und dieser erklärte dem Erzbischof-Primas, daß es sein entschiedener Wille sei Ungarn möglichst zu befriedigen. Währenddessen erlitt das Ministerium im Reichsrat eine letzte entscheidende Niederlage: zur Deckung des Defizits und zur Leistung von Geldzahlungen an die Bank forderte der Finanzminister von Plener am 8. Juni eine Anleihe von 117 Millionen; der Finanzausschuß aber beschloß schon zwei Tage später mit 20 gegen 5 Stimmen darauf nicht einzugehen, und alles, worauf das Haus selbst sich einließ, war die Bewilligung von 13 Millionen für die dringlichsten Bedürfnisse, eine Bewilligung, die mit scharfen Beschlüssen gegen das ganze Finanzsystem verbunden war. Wenige Tage darauf, am 26. Juni 1865, entließ der Kaiser aus eigenem Antrieb die Hofkanzler für Ungarn und Siebenbürgen, Zichy und Nadasdy, und ersetzte den ersteren durch Majlath, einen erbitterten Gegner Schmerlings. Diesen Wink konnte das Ministerium nicht mißverstehen: es bat sofort um seinen Abschied, nur Mensdorff-Pouilly und der Kriegsminister Franck waren bereit zu bleiben. Wochen vergingen, ehe für die scheidenden Räte der Krone sich Nachfolger gefunden hatten; schweigend erwartete das Land und erwartete der Reichstag die Entscheidung des Kaisers. An ernstliche Verhandlungen war in dieser gespannten Lage ja doch nicht zu

Schmerling und die Magyaren.

Schmerlings Sturz.

denken, und nur das Budget für 1865 fand noch zur Befriedigung der Abgeordneten seine Erledigung. Auf Befehl des Monarchen wurde die italienische Armee auf den Friedensstand gesetzt und dadurch fast alle Ersparungen, welche das Abgeordnetenhaus forderte, ermöglicht; auch das Herrenhaus stimmte ihnen nunmehr zu, und man gab sich der Hoffnung hin mit einem Defizit von 8 Millionen davonzukommen: wenige Monate später verkündete der neue Finanzminister, daß es in Wahrheit 80 Millionen betragen werde, weil die Einnahmen um 48 Millionen hinter dem Anschlag zurückgeblieben und für Rückzahlungen an die Bank 24 Millionen erforderlich seien, die gar nicht in Ansatz gebracht waren.

Schluß des Reichsrats.

Ohne Ahnung dieser Enttäuschung versammelte sich der Reichsrat am 27. Juli 1865 zum letztenmale um von dem Erzherzog Ludwig Viktor im Namen des Kaisers mit anerkennenden Worten entlassen zu werden. Von einem Staatsstreich enthielt die Thronrede nicht die leiseste Andeutung; sie versicherte nur, daß der Kaiser schleunigst eine Verständigung mit der östlichen Hälfte des Reiches suchen werde; aber trotzdem ahnte man sehr wohl, daß eine verhängnisvolle Wendung bevorstehe, und zweifelnd sprachen die Abgeordneten beim Abschiede die Hoffnung aus sich in den alten Sitzungsräumen dereinst wiederzusehen. Die Minister erhielten

Ministerium Belcredi.

noch an demselben Tage ihre Entlassung; Graf Belcredi als Präsident, Graf Larisch für die Finanzen und der bisherige Minister des Äußeren Graf Mensdorff bildeten den Kern des neuen Kabinetts, das nach ihnen das Dreigrafenministerium genannt wurde. Ihr Programm ließ noch zwei Monate auf sich warten; erst am 20. September verkündete ein kaiserliches Manifest den Völkern Österreichs, was über sie beschlossen sei. Franz Josef versicherte, daß er an seinem Diplom vom 20. Oktober 1860 festhalten werde; aber die Form der Ausführung, welche dasselbe durch die Februarverfassung erhalten, bedürfe der Änderung, da sie in der östlichen Reichshälfte auf unüberwindliche Rechtsbedenken gestoßen sei. Die Verfassungen der einzelnen Länder zwar sollten in Kraft bleiben (und in der That waren die Landtage bereits auf Ende November einberufen), aber das Band, welches der engere Reichsrat um die deutsch-slawischen Provinzen geschlungen, könne nicht fortdauern, solange der weitere Reichsrat nicht von allen Seiten anerkannt sei; sobald mit Ungarn darüber eine Verständigung erzielt sei, werde der Kaiser dieselbe der

Suspension der Februarverfassung.

gleichgewichtigen Entscheidung der übrigen Kronländer unterbreiten, bis dahin aber müsse er die Wirksamkeit der Reichsvertretung sistieren und dem Ministerium die Wahrnehmung der Landesinteressen ohne parlamentarische Mitwirkung anvertrauen.

Mit gelassener Befriedigung nahmen die Ungarn, mit jubelnder Zustimmung die Tschechen und Slowenen, mit heftiger Mißbilligung die Deutschen diesen Staatsstreich auf. Am schwersten wurden die letz-

Siebenbürgen.

teren in Siebenbürgen dadurch betroffen: Friede mit Ungarn war ohne die Preisgabe des Großfürstentums nicht zu erkaufen und sein Schicksal war bereits besiegelt, als der Landtag zum 20. November nicht auf

Grund der Verordnungen von 1863, sondern nach den vormärzlichen Bestimmungen berufen wurde. Denn dadurch erhielten die Magyaren ihre alte künstliche Mehrheit gegenüber den Deutschen und Rumänen wieder und es hätte des Beamtenwechsels, der gleichzeitig stattfand, nicht bedurft um am 6. Dezember den Beschluß zu erwirken, daß Vertreter Siebenbürgens nach Pest abgeordnet werden sollten um dort über die Vereinigung beider Länder zu beraten. Als dieser Beschluß die kaiserliche Genehmigung erhalten hatte, wurde der Landtag Anfang Januar 1866 vertagt und das einzige Zugeständnis an die Deutschen bestand darin, daß er später wiedereinberufen werden solle um die Pester Abmachungen zu bestätigen, ein Zugeständnis, das bei der magyarischen Mehrheit des Landtags ohne jeden sachlichen Wert war.

Kroatien.

Minder günstig war die Lage für die Magyaren in Kroatien; zwar hatten sie hier auf dem Landtage, der am 12. November eröffnet wurde, eine sehr starke Partei für sich, aber die Mehrheit war doch nationalgesinnt und gegen die Verbindung mit Ungarn. Durchaus überraschend mußte es daher sein, daß bei der Beratung einer Adresse an den Kaiser am 9. Februar 1866 ein der Vereinigung günstiger Zusatz mit 99 gegen 94 Stimmen angenommen wurde. Allein dieser augenblickliche Erfolg verlor schon am nächsten Tage viel von seiner Bedeutung, als bei der Schlußabstimmung die ganze Minderheit sich zurückzog und die Mehrheit sich spaltete, so daß nur 78 Abgeordnete die Adresse annahmen; und als dann am 9. März bei der Wahl von Deputierten nach Pest denselben gar die Weisung mitgegeben wurde dafür zu sorgen, daß Kroatien selbständig in der Centralregierung vertreten sei, als infolgedessen die magyarische Partei ihren Gegnern die Vornahme der Wahl allein überließ, da hatte sich der Sieg wieder in eine Niederlage verwandelt und es war vorauszusehen, daß die Deputation in Pest keine Verständigung erzielen werde. Drei Forderungen waren es, über die man sich nicht vereinbaren konnte: die Kroaten wollten ihr Verhältnis zu Ungarn erst dann regeln, wenn ihr eigenes Verhältnis zum Gesamtstaate geordnet, d. h. wenn ihnen eine Vertretung in der Centralregierung zugestanden sei; sie beanspruchten zweitens die Stadt Fiume für ihr dreieiniges Königreich und sie forderten drittens, daß eine besondere Urkunde über die Krönung des Kaisers zu ihrem Könige ausgestellt werde, daß diese Krönung also für einen von der ungarischen Krönung gesonderten Akt gelten solle. Das wollten die Magyaren alles nicht zugeben und so wurden die Unterhandlungen im Juni 1866 abgebrochen.

Der ungarische Landtag.

Der ungarische Landtag trat erst am 14. Dezember 1865 zusammen. Bei der Wahlbewegung hatte sich die radikale Partei einer sichtlichen Zurückhaltung beflissen, und da Majlath im Gegensatzs zu Bays Verfahren im Jahre 1860 die Komitatsversammlungen noch nicht wieder ins Leben gerufen und damit den Leidenschaften ihren gefährlichsten Tummelplatz verschlossen hatte, so waren die Deakisten entschieden als

Sieger aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Sie kamen dem Könige ebenso versöhnlich entgegen wie dieser ihnen. In seiner Thronrede gab Franz Josef die Schwarzenberg-Schmerlingsche Lehre von der Rechtsverwirkung ausdrücklich preis und erwartete dafür von den Vertretern, daß sie auch ihre Theorie von der Rechtsbeständigkeit der achtundvierziger Gesetze aufgeben würden. Formell, das gestand er ihnen sogar zu, unterliege dieselbe keinem Einwande mehr, aber die Durchführung jener Gesetze sei unmöglich; sie müßten derart umgestaltet werden, daß eine gemeinsame Behandlung der gemeinsamen Reichsangelegenheiten im Sinne des Oktoberdiploms eintreten könne; den Weg, der dahin führe, zu finden und die Ordnung des Verhältnisses Ungarns zu Siebenbürgen und Kroatien, das seien die dringenden Aufgaben dieses Landtages, nach deren Erledigung er die Weihe der Krönung mit dem Diademe des heiligen Stephan empfangen wolle.

Annäherungen.

Die nächsten Äußerungen des Landtags, die Wahl Szentivanyis zum Präsidenten, Andrassys zum Vizepräsidenten und die Einladung der Kaiserin zu einem Besuche in Ungarn zeugten deutlich von dem versöhnlichen Geiste der Mehrheit, den das Land im Januar 1866 durch den glänzenden Empfang bestätigte, welchen es dem Kaiserpaar bereitete. Und dennoch drohten die Wege noch einmal völlig auseinanderzugehen. Auch die Deakisten glaubten eine Vereinbarung so lange nicht annehmen zu sollen wie zwei Forderungen nicht erfüllt seien: die Einsetzung eines besonderen ungarischen Ministeriums und die Wiederbelebung der Komitatsverfassung: ein Antrag Apponyis sich mit der theoretischen Anerkennung der Rechtsbeständigkeit zu begnügen fiel durch; die Mehrheit beschloß am 24. Februar 1866 eine Adresse, in der sie die Vollziehung der achtundvierziger Gesetze in jenen beiden Punkten forderte, ein Verlangen, das doch jedenfalls keine politische Unmöglichkeit enthalte. Der Kaiser nahm das aber sehr ungnädig auf, lehnte am 3. März die doppelte Forderung ab und bestand darauf, daß der Landtag seine Vorschläge über das zukünftige Verhältnis Ungarns zur Gesamtmonarchie sofort in Angriff nehme. Und wirklich fügten sich die Deakisten. Ein Ausschuß wurde niedergesetzt um die Grundlagen einer Vereinbarung zu entwerfen, und nur daran hielt man fest, daß diese Vereinbarung nicht ins Leben

Delegationsprojekt.

treten dürfe, solange jene beiden Forderungen nicht erfüllt seien. Am 25. Juni hatte der Ausschuß seine Arbeit vollendet; die parlamentarische Gemeinschaft mit der westlichen Hälfte verwarf er durchaus; gemeinsame Ministerien für gewisse Angelegenheiten erkannte er als zulässig an, und da somit auch ein gemeinsames Budget nötig war, so empfahl er die Bildung von Delegationen des engeren Reichsrates und des ungarischen Landtages, die sich darüber in getrennten Sitzungen und durch schriftlichen Verkehr verständigen sollten; nur wenn das nicht gelinge, sollten sie zusammentreten und durch absolute Mehrheit entscheiden. Auch für die Genehmigung dieser ihrer Vorschläge wollten sie denselben Weg einschlagen, nur mit dem Unterschiede, daß hierbei die Delegationen sich

nicht verschmelzen durften, sondern schlimmsten Falls der Kaiser die streitigen Punkte auf Grund der ihm unterbreiteten Daten entscheiden solle.

Eine Äußerung des Monarchen oder eine Beschlußfassung des Landtages über diese Vorschläge erfolgte zunächst nicht; ein großer Krieg hatte wenige Tage zuvor begonnen und es war keine Zeit zu Verfassungsverhandlungen; am 26. Juni wurde der Landtag auf unbestimmte Zeit vertagt wie vorher schon die der übrigen Provinzen. Das Bild der Spaltung, das die wichtigsten von ihnen entrollt hatten, war wenig erfreulich gewesen. In Galizien verlangten die Polen für ihr Königreich einen besonderen Hofkanzler, verwarfen aber den Vorschlag der Regierung und die Forderung der Ruthenen das Land nach den Nationen in zwei Statthaltereibezirke zu teilen. In Böhmen vergrößerte sich die tschechische Mehrheit durch den Austritt des Fürsten Carlos Auersperg und einiger anderen Deutschen, die durch Tschechen ersetzt wurden; während Herbst einen Antrag auf Prüfung des Septemberpatentes einbrachte, und Plener jede Adresse, die nur Parteianschauungen Ausdruck gebe, bekämpfte, beschloß die Mehrheit dem Kaiser ihren wärmsten Dank für die Sistierung der Verfassung zu sagen. Der Nationalitätenstreit erreichte eine bedenkliche Höhe und machte sich in besonders gehässiger Weise in Judenhetzen Luft, die der Regierung im Februar 1866 zu militärischen Maßregeln einen auch aus anderen Gründen erwünschten Anlaß gaben. Verhältnismäßig friedlich sah es in Mähren aus, wo Giskra mit einer Adresse gegen das Septemberpatent nicht durchdringen konnte, aber auch die tschechische Partei dank einer kleinen vermittelnden und mäßigenden Gruppe keine Erfolge auf dem Landtage erringen konnte. In Ober- und Niederösterreich dagegen, in Kärnten und Steiermark, in Salzburg, in Vorarlberg und Schlesien wurden Adressen und Resolutionen gegen den Staatsstreich beantragt und meistens gegen geringe Minoritäten angenommen. Die Ausdrücke, in denen sich diese Beschlüsse bewegten, streiften zum Teil hart an Majestätsbeleidigung und gaben Zeugnis von der heftigen Erregung, in welche die Deutsch-Österreicher durch den Umschwung des Regierungssystems versetzt waren. Die vier Jahre parlamentarischen Lebens hatten den öffentlichen Geist schon zu sehr aufgerüttelt, der Glaube an die Lebensfähigkeit der Februarverfassung war zu tief eingewurzelt, als daß man sich jetzt ohne ingrimmigen Schmerz das Errungene wiederentrissen sehen konnte. Dazu kam die ernstliche Befürchtung, daß Ungarn und Slaven das Heft an sich reißen und die Deutschen, die so lange die Herrscher gewesen, die sich als die Gründer des Kaiserstaates betrachten durften, als hilflose Minderheit unterdrücken würden. Auf die endliche Beseitigung der vieljährigen Finanznot wagte man jetzt gar nicht mehr zu hoffen; das Geständnis des erwähnten Defizits von 80 Millionen, die Veröffentlichung des Finanzgesetzes für 1866 mit einem Ausfall von 40 Millionen, der vom Kaiser verfügte Abschluß einer Anleihe von 90 Millionen, und zwar zu den allertraurigsten Bedingungen, das waren Thatsachen, die zu der Wiederkehr des

Die übrigen Kronländer.

Die Deutschen.

Vertrauens, von welcher der Finanzminister in seinem Berichte an den Kaiser sich baldige Besserung der Staatseinkünfte versprach, sehr wenig stimmten. Der einzige tröstliche Umstand war, daß man im Heerwesen wirklich zu sparen bemüht war, und daß die auswärtige Politik deshalb kriegerische Verwickelungen zu vermeiden suchte. Aber andererseits waren diese eingestandene Friedensliebe und die Abrüstung des Heeres auch Elemente der Schwäche, die ein so gewandter Gegner, wie Österreich ihn in Herrn von Bismarck hatte, sich nicht entgehen ließ.

Die schleswig-holsteinsche Verwickelung.

Die Großmächte und der Bund.

Gegner aber waren Österreich und Preußen geblieben, auch als sie Seite an Seite gegen Dänemark kämpften und die Bundestagsmehrheit gleichgültig beiseite schoben; nur hatte Graf Rechberg, solange er die österreichische Politik leitete, sich stets nach kurzem Widerstreben den Forderungen Bismarcks gefügt, während Graf Mensdorff sich von dieser Nachgiebigkeit frei zu machen suchte, soweit er das gebunden durch die Maßnahmen seines Vorgängers konnte. Nur sehr lässig unterstützte er Preußen bei der Durchführung des ersten Schrittes, den dieses zur Erreichung seiner ferneren Ziele that, bei der Entfernung der Bundestruppen aus Holstein. Schon in den entscheidenden Julitagen, wo nach der Eröffnung von Friedensunterhandlungen die preußischen Bataillone vor dem Feinde entbehrlich wurden, hatte Bismarck der Exekutionsarmee sein Mißfallen über ihre Anwesenheit sehr deutlich kundgegeben. Reibe-

Rendsburg.

reien zwischen Preußen und Hannoveranern, die gemeinsam Rendsburg besetzt hielten, und die Entfernung preußischer Fahnen, die zur Alsener Siegesfeier ausgehängt waren, durch den hannoverschen Oberstleutnant Dammers veranlaßten den Befehl an den Prinzen Friedrich Karl sich zum Herrn der Festung zu machen. Dieser teilte also am 21. Juli 1864 dem Bundesgeneral Hake mit, daß General Goeben mit 6000 Mann die Stadt besetzen werde, und ohne sich um den Protest desselben zu kümmern rückten die preußischen Truppen noch an demselben Tage ein. Hake zog es nun vor es nicht auf einen blutigen Zusammenstoß ankommen zu lassen und die Bundesversammlung billigte das; aber mit Worten ging man in Frankfurt und den mittelstaatlichen Residenzen dafür um so gewaltiger los. Kammern und Schleswig-Holstein-Vereine unterstützten die Regierungen in ihren Beschwerden über diese kränkende Gewaltthat und der Bundestagsausschuß beriet über das Maß der Genugthuung, das er fordern müsse. Bismarck dagegen erklärte sehr ruhig, daß er weder das Abrücken der Hannoveraner verlangt noch gegen ihre Rückkehr etwas einzuwenden habe, und nach monatelangem Zaudern mußte man sich wirklich damit zufrieden geben, daß die Bundestruppen am 27. November mit allen militärischen Ehren noch einmal in die Stadt einzogen.

Als das geschah, waren zwischen Wien und Berlin die Verhand-

lungen über die gänzliche Entfernung der Bundestruppen aus Holstein bereits im besten Gange. Der Krieg war zu Ende, die Bundesexekution gegenstandslos geworden, also, schloß Bismarck, hatten die Sachsen und Hannoveraner kein Recht mehr in dem Herzogtum zu bleiben; Preußens Absicht konnte es nicht sein übermäßig starke Truppenteile dort zu lassen, die Anwesenheit des Exekutionsheeres hätte es aber im Hinblick auf die Möglichkeit eines Konfliktes mit dem Bunde dazu gezwungen; überdies fand die augustenburgische Partei an den Bundesbevollmächtigten keine verächtliche Stütze. Während also die siegreichen Truppen der Großmächte unter Zurücklassung von Friedensgarnisonen abzogen, verlangte Bismarck am 29. November in Dresden und Hannover den Abmarsch auch des Exekutionsheeres; nicht einmal eine vorgängige Beschlußfassung am Bundestage wollte er zulassen, sondern einfach den Abzug der Truppen dort zur Anzeige gebracht wissen; die Ansammlung der 13. Division bei Minden, der 6. bei Berlin gab dieser Forderung Nachdruck, und der Fürst von Hohenzollern reiste nach Wien um den Widerstand Österreichs zu brechen. In Hannover fügte man sich sofort in das bittere Muß; Herr von Beust aber hoffte auf Beistand von Wien und Frankfurt, brachte die Staatskassen auf dem Königstein in Sicherheit und rief die Beurlaubten ein. Doch als Österreich wiederum einen Schritt zurückwich und zufrieden, daß Preußen seinen Widerspruch gegen die vorgängige Beschlußfassung in Frankfurt fallen ließ, gemeinschaftlich mit ihm am 1. Dezember den Antrag einbrachte die Exekution für erloschen zu erklären, war auch für Sachsen kein Widerstand mehr möglich; es stimmte wohl mit Bayern, Württemberg und drei anderen Kurien gegen den Antrag, hatte aber allen Grund froh zu sein, daß die Mehrheit nicht auf seiner Seite war, und genau ein Jahr nach dem Frankfurter Exekutionsbeschlusse vom 7. Dezember 1863 übernahmen die preußisch-österreichischen Bevollmächtigten aus der Hand der sächsisch-hannoverschen die Verwaltung des Landes.

Abzug der Bundestruppen aus Holstein.

Die Frage über die endgültige Stellung der Herzogtümer konnte nun nicht länger verschoben werden. Für die öffentliche Meinung in Deutschland war sie überhaupt keine Frage mehr: sechzehn Rechtsfakultäten hatten den Ansprüchen des Herzogs von Augustenburg, die in den Augen des Volkes an sich schon für unantastbar galten, auch noch die wissenschaftliche Bestätigung gegeben, Preußen und Österreich hatten sie auf der Londoner Konferenz anerkannt, die große Mehrheit der Bundesfürsten war seit langem für sie eingetreten. Einige freilich hatten sich nicht entblödet — denn als unerträgliche Anmaßung erschien das den Schleswig-Holsteinvereinen — selbst Ansprüche geltend zu machen. Am besten gewaffnet trat der Großherzog von Oldenburg auf, dem der Kaiser von Rußland seine eigenen Anrechte überließ; Prinz Friedrich von Hessen, die herzoglich sächsischen und anhaltinischen Höfe folgten, zuletzt erschien auch Preußen mit einigen alten Aktenstücken, die ein Erbrecht der Hohenzollern auf gewisse Teile des Landes nachweisen

Die holsteinschen Prätendenten.

sollten. Ernsthaft gemeint war das von Bismarck doch nicht; es sollte nur dazu beitragen die allgemeine Rechtsüberzeugung zu erschüttern und die Erbfolge in das Licht einer verwickelten Streitfrage zu rücken. Die wirkliche Grundlage der preußischen Annexionsbestrebungen war der Wiener Friede; dieser hatte alle Rechte, welche König Christian IX. besessen, auf Österreich und Preußen übertragen; das Bestreben Bismarcks mußte es also sein nachweisen zu lassen, daß Christian IX. rechtmäßiger Herr in den Herzogtümern gewesen sei. Für Lauenburg konnte das kaum mit Erfolg bestritten werden, und hier begann daher schon im Oktober einer der einflußreichsten Großgrundbesitzer, Graf Bernstorff-Gyldensteen, den Anschluß an Preußen offiziell zu betreiben; er bewog Ritter- und Landschaft zur Absendung einer Deputation nach Berlin und erwirkte dort die Zusicherung, daß der König die Einwilligung des Kaisers von Österreich zu erlangen suchen und dann das Ländchen in derselben Weise wie früher Neuenburg mit seiner Krone vereinigen werde. Für Schleswig-Holstein aber mußte das Besitzrecht Christians IX., wenn es überhaupt vorhanden war, gegen die geachtetsten und gelehrtesten Rechtskundigen verteidigt werden, und die Schicklichkeit gebot daher eine wissenschaftliche Prüfung preußischerseits anzustellen, mit der Ende Dezember 1864 die Kronsyndiker beauftragt wurden. Ihr Gutachten fiel ganz im Bismarckschen Sinne aus: sie erklärten den augustenburgischen Verzicht von 1852 für vollgültig, den Protest, welchen Herzog Friedrich 1859 dagegen erhoben, für nichtig, und Preußen und Österreich für die rechtmäßigen Besitzer des Landes. Wog ihr Urteil als ein parteiisches und bestelltes in der öffentlichen Meinung auch nur wenig, so bot es doch für die diplomatische Verfolgung der preußischen Ansprüche einen wertvollen Rückhalt.

Lauenburg.

Gutachten der preußischen Kronsyndiker.

Bismarck war indes keineswegs entschlossen die Einverleibung um jeden Preis zu erzwingen; er war bereit dem Herzog Friedrich das Land zu überlassen, sobald derselbe durch unauflösliche Verträge die Hilfsquellen der Herzogtümer zur Verfügung der preußischen Krone stellen wollte. Solange das nicht geschehen war, konnte allerdings von seiner Einsetzung nicht die Rede sein und mußte die Agitation für die Einverleibung als ein kräftiger Drücker geschickt benutzt werden. Dabei gingen nun die Wege Österreichs und Preußens vollständig auseinander. Man war in Wien in der That weit eher geneigt gegen die Abtretung eines Stückes von Schlesien Schleswig-Holstein vollständig an Preußen zu überlassen als diesem zu gestatten, daß es die militärische und diplomatische Oberhoheit von Herzog Friedrich erwerbe und so seine Macht erweitere, ohne daß Österreich irgend ein Gewinn zugefallen wäre. Da König Wilhelm die Andeutungen, mit denen Graf Karolyi den Verzicht auf Südschlesien berührte, schlechterdings zurückgewiesen hatte, so verlangte Graf Mensdorff am 5. Dezember die unverweilte Einsetzung des Augustenburgers, während ein Bundesschiedsgericht die Ansprüche der übrigen Bewerber erledigen könne. Bismarck erklärte darauf am

Österreich und die Annexion.

13. Dezember mit Bestimmtheit, daß vor der Einsetzung des Augustenburgers die Stellung Preußens zu den Herzogtümern geregelt sein müsse; er empfahl nochmals die wirkliche Einverleibung in Preußen, erhielt aber darauf nur die alte Antwort, daß Österreich für diesen Fall statt der gebotenen Geldsumme ein Stück preußischen Gebietes fordern müsse. Es fehlte somit an jedem Boden der Verständigung und das einzige, was man thun konnte, war eine erträgliche Form der gemeinsamen Regierung in den Herzogtümern auszufinden. Man schuf also unter der obersten Civilbehörde, die aus dem österreichischen Bevollmächtigten von Halbhuber und dem preußischen von Zedlitz bestand, eine besondere Landesregierung, die ihren Sitz in Schloß Gottorf bei Schleswig nahm und von deren Verfügungen Berufung an die Civilbehörde gestattet war. Wie lange diese vorläufige Ordnung Bestand haben werde, ließ sich nicht voraussehen; Bismarcks seinerseits meinte, er habe Geduld und Preußen könne es ruhig abwarten, daß jemand den Versuch mache seine Truppen aus Düppel zu vertreiben, mit dem Augustenburger waren seit dem Abschluß des Wiener Friedens alle Verhandlungen abgebrochen; gegen seine Anhänger in den Elblanden wurden preußischerseits alle Hebel in Bewegung gesetzt. Aber von den Adelskreisen und gewissen Bezirken Nordschleswigs abgesehen, fand die Berliner Politik bei der Bevölkerung nur sehr geringen Anklang. Während Scheel-Plessen um die Jahreswende mit Mühe 16 Unterschriften für eine Adresse fand, welche die Monarchen von Österreich und Preußen um den engsten Anschluß Schleswig-Holsteins an das letztere bat, und während die Nationalpartei, die sich im Februar in Rendsburg bildete, für ihre Forderung, daß Preußens berechtigter Einfluß im Lande vor der Einsetzung des Augustenburgers gesichert sein müsse, nur wenige Hunderte von offenen Bekennern zu werben vermochte, schlossen sich an 60 000 Schleswig-Holsteiner der Erklärung an, die bei der Kieler Messe, dem sog. Umschlag, Mitte Januar 1865 von 40 angesehenen Männern zu Gunsten des Herzogs Friedrich und der freien Mitwirkung des Landes bei der Bewilligung der preußischen Forderungen erlassen wurde, und die Gesamtheit der Schleswig-Holsteinvereine entschied sich auf ihrer Rendsburger Abgeordnetenversammlung am 26. Februar in demselben Sinne.

Agitation in den Herzogtümern.

Das war ein Standpunkt, von dem aus mit Bismarck nicht zu verhandeln war. Der betrachtete seinen König als den nur durch Österreichs Mitbesitz beschränkten Herrn des Landes; verzichtete König Wilhelm auf diese seine Rechte, so konnte das nur nach Erfüllung der Bedingungen geschehen, die zu stellen ihm gut schien und an denen niemand herumzumarkten befugt war. Selbst Österreichs Zustimmung war nur insofern nötig, als ohne sie alles beim alten und Preußen also im Besitze der gemeinschaftlich ausgeübten Souveränität bleiben mußte: man konnte in Wien nach Bismarcks Meinung wohl verhindern, daß Preußen freiwillig auf einen Teil seiner Rechte verzichtete, nicht aber erzwingen, daß es diejenigen Ausflüsse der Machtvollkommenheit fahren lasse, die es

Die Februarbedingungen.

behalten wollte. Den Umfang derselben legte Bismarck am 22. Februar in einer Note an den Gesandten in Wien dar. Er verlangte darin die Abtretung der Ufer des Alsensundes mit Sonderburg und Düppel, der Feste Friedrichsort und einiger anderer Punkte am Kieler Hafen, sowie der Mündungen des Nordostseekanals, dessen Anlage damals eifrig betrieben wurde; über diesen Kanal sollte Preußen die Aufsicht führen, in Rendsburg, das zur Bundesfestung bestimmt war, die Besatzung stellen. In wirtschaftlicher Beziehung sollte Schleswig-Holstein durch den Eintritt in das preußische Zollsystem und durch die Übergabe der Post und der Telegraphen aufs engste mit Preußen verbunden, nicht minder auch in bezug auf Heer und Flotte ganz nach Art einer preußischen Provinz behandelt werden; die gesamte preußische Militärgesetzgebung sollte ohne weiteres in Kraft treten, der Fahneneid dem Könige geleistet werden. Erst nach Sicherstellung dieser Forderungen war Bismarck bereit die Länder ihrem neuen Souverän zu übergeben; für den Fall aber, daß seine Vorschläge auf Schwierigkeiten stießen, behielt er sich volle Freiheit vor.

Verhandlungen am Bunde.

Diese Schwierigkeiten machten sich denn nun sofort von allen Seiten geltend. Österreich lehnte die preußischen Forderungen am 5. März nicht allein ab, sondern trat von den Verhandlungen, die ja doch zu keiner Vereinbarung führen könnten, völlig zurück. Dagegen nahm es bereitwillig Kenntnis von einem Antrage, den Bayern, Sachsen und Darmstadt am 27. März am Bunde einbrachten, und der das Vertrauen aussprach, die beiden Mächte würden die Herzogtümer nunmehr endlich dem Erbprinzen übergeben. Der preußische Gesandte ließ gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß dieses Vertrauen ein völlig irriges sei, daß sein König vielmehr sowohl die eigenen wie die oldenburgischen Ansprüche zu wahren die feste Absicht hege; trotzdem wurde der Antrag am 6. April von Österreich und acht anderen Stimmen gegen Preußen, Hannover, Kurhessen, Mecklenburg, Oldenburg und die freien Städte angenommen. Der Erbprinz schöpfte zu seinem Unglück aus diesen Vorgängen den Mut auch seinerseits die Februarbedingungen zu verwerfen. Nachdem Bismarck sie ihm am 20. März hatte mitteilen lassen, unterwarf er sie am 31. in einer Note an seinen Bevollmächtigten in Berlin, Herrn von Ahlefeldt, einer Prüfung, die zwar von Versicherungen der Opferwilligkeit überfloß, aber gerade die wichtigsten Punkte, wie die über das Heer-, Post- und Telegraphenwesen beanstandete und die Zustimmung der schleswig-holsteinschen Landesvertretung wie eine selbstverständliche Bedingung behandelte. Freilich hätte der Herzog um anders aufzutreten den Mut haben müssen mit seiner eigenen Partei zu brechen; denn keine acht Tage vorher hatte der engere Ausschuß der Schleswig-Holsteinvereine erklärt, die Ableistung des Fahneneides an den König von Preußen, die Einführung der preußischen Militärgesetzgebung und die Übergabe der Zoll-, Post- und Telegraphenverwaltung seien Forderungen, denen die Bevölkerung den zähesten Widerstand entgegensetzen

Die Schleswig-Holstein-Vereine.

werde. Und dieser Erklärung mußte man umsomehr Gewicht beilegen, als sie in der preußischen Hauptstadt nach eingehenden Beratungen mit dem 36-Ausschuß und mit preußischen Abgeordneten erlassen war und also den Stimmungen in den Herzogtümern wahrscheinlich eher einen abgeschwächten als einen zu scharfen Ausdruck gab. Für Bismarck mußte in alledem nur ein Anreiz liegen durch Thaten zu zeigen, daß ihn dergleichen nicht irre mache. Dem Augustenburger antwortete er mittelbar, indem er in Wien die Erwartung aussprechen ließ, man werde dort einem Vertrage, den Preußen etwa mit dem Großherzog von Oldenburg abschließen könnte, keine Schwierigkeiten in den Weg legen, ein Vorschlag, den Graf Mensdorff selbstverständlich ablehnte; aber für den Erbprinzen war damit doch die Gewißheit gekommen, daß seine Rolle, soweit es von Bismarck abhing, ausgespielt sei. Allerdings ließ sich Mitte April die preußische Politik noch einmal unerwartet versöhnlich an; zum allgemeinen Erstaunen beantragte Bismarck in Wien die Berufung einer schleswig-holsteinschen Landesversammlung, die sich, freilich nur mit beratender Stimme, über die Februarforderungen äußern sollte; wie die öffentliche Meinung in den Herzogtümern war, zweifelte doch niemand daran, daß jede Landesvertretung, nach welchem Wahlgesetz sie auch gewählt werden mochte, augustenburgisch sein werde, und der neue Schachzug des preußischen Ministers galt deshalb für eine Annäherung an den Erbprinzen. Aber bald genug wurde es klar, daß der Schein getrogen habe. Der umfängliche Notenwechsel, den Bismarck über die Frage eröffnete, ob die Landesvertretung nach dem Wahlgesetz von 1854, oder nach dem von 1848, oder auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts berufen werden solle, lehrte schon, daß es ihm mit der Ausführung seines Vorschlages nicht sehr eile; und während die Verhandlungen darüber noch schwebten, mischte sich plötzlich der Großherzog von Oldenburg ein, protestierte am 22. Mai gegen irgend eine Wahl, die vorgenommen werde, solange die augustenburgische Nebenregierung in Kiel noch existiere, und bot dadurch Preußen in demselben Augenblicke, wo Österreich ihm durch Annahme des Wahlgesetzes von 1854 den Vorwand zu weiterer Zögerung raubte, einen neuen Anlaß die Berufung der Landesversammlung hinauszuschieben. Österreich hatte sich durch zu viele Erklärungen für den Erbprinzen gebunden, es hätte durch jede Maßregel gegen ihn sich mit den Mittelstaaten und der öffentlichen Meinung zu unheilbar verfeindet, als daß ein Schwanken in diesem Punkte möglich gewesen wäre. Und ebendarauf baute Bismarck. Während die Zeitungen meldeten, er gedenke den Augustenburger gewaltsam auf eine Festung zu schleppen, und während Herr von Zedlitz die bevorstehende Geburtstagsfeier des Prätendenten auf alle Weise zu hindern suchte, ließ Bismarck am 3. Juli in Wien erklären, er wolle von den Februarforderungen alles fallen lassen, was Österreich beanstande, wenn dieses seine Rechte dem Oldenburger abtrete und den Augustenburger preisgebe. Nach Ablehnung auch dieses Anerbietens begann Bismarck

Die Berufung der Stände.

Der Großherzog von Oldenburg.

Wachsende Verwickelungen.

nicht allein offen den Kampf gegen die Kieler Nebenregierung: er machte auch gar kein Hehl daraus, daß er in diesem Kampfe das Vorspiel des Krieges mit Österreich sehe; selbst dem französischen Botschafter in Wien, dem Herzog von Gramont, sprach er das rückhaltslos aus, als derselbe Mitte Juli nach Karlsbad kam, wo Bismarck mit dem Könige zur Kur verweilte. Die Lage des Kaiserstaates war gerade in diesen Wochen so trübselig, daß die Hoffnung seine Staatsmänner durch Kriegsdrohungen einzuschüchtern guten Grund hatte; der Bruch des Kaisers mit dem Schmerlingschen System, die Ratlosigkeit, was nun zu beginnen sei, die drückende Finanznot, die eben beschlossene Verminderung der Armee, alles das kam Preußen zu statten. In der That schien Mensdorff denn auch einen Teil der bisher bestrittenen Forderungen jetzt einräumen zu wollen; der preußische Gesandte in Wien, von Werther, begab sich nach Karlsbad um seinem Könige Mitteilung davon zu machen, und daraus daß der Monarch wenige Tage später aus dem böhmischen Bade nach Gastein, also weiter von seinen Staaten weg und tiefer in Österreich hineinreiste, mochte man schließen, daß die Kriegsgefahr geschwunden sei. Allein auf ebendieser Reise ward am 21. Juli in Regensburg ein Ministerrat gehalten, zu dem nicht die Mitglieder des Kabinetts allein, sondern auch Moltke und die Gesandten in Wien und Paris beschieden waren, und dieser Ministerrat erklärte die Zugeständnisse Österreichs für ungenügend und stellte die Befähigung Preußens den Krieg aufzunehmen fest. Bismarck selbst teilte die Eindrücke, die er hier in Regensburg gesammelt, zwei Tage später in Salzburg sehr offenherzig dem bayerischen Minister von der Pfordten mit: es handele sich nur um ein Duell zwischen den beiden Großmächten, das bald zu Ende sein werde, wenn das übrige Deutschland neutral bleibe; Österreich sei weder gerüstet, noch habe es die Mittel zu rüsten: ein einziger Stoß, eine Hauptschlacht, und Preußen werde die Bedingungen diktieren können. Bleibe Bayern neutral, so werde ihm die Erbschaft Österreichs in Süddeutschland zufallen; denn über den Main denke Preußen sein Machtgebiet nicht zu erstrecken; eine strenge Neutralität, nötigenfalls eine bewaffnete, liege deshalb in Bayerns eigenem Interesse. Von der Pfordten war doch weit davon entfernt diesem Rate zu folgen; in Verbindung mit Beust und Dalwigk glaubte er trotz der so oft bewiesenen Ohnmacht des Bundes durch einen Antrag in Frankfurt zur Beruhigung beitragen zu können und empfahl am 27. Juli unter der Form einer Anfrage die Berufung der schleswig-holsteinschen Stände und ähnliches mehr. Währenddes kam Beust über Wien nach München gereist, wo auch Varnbüler aus Stuttgart sich einstellte, und die drei suchten ohne sich nur untereinander einigen zu können nach Mitteln die Eintracht unter den Großmächten zu erhalten.

Kriegsgefahr.

Ministerrat in Regensburg.

Die Mittelstaaten.

Mancherlei Vorgänge in den Elbherzogtümern verschärften unterdessen den Streit. Am 25. Juli ließ Herr von Zedlitz zwei augustenburgische Litteraten, beides geborene Preußen, der eine, Frese, sogar Mitglied des Abgeordnetenhauses, ohne Mitwirkung des österreichischen

Konflikte zwischen Zedlitz und Halbhuber.

Kommissars verhaften und ausweisen. Zu so offenem Ausdruck wie durch den Protest, welchen Herr von Halbhuber gegen diesen „in rechtlicher und gesetzlicher Beziehung ungültigen Gewaltschritt" erließ, war der Zwiespalt zwischen beiden Bevollmächtigten bis dahin doch noch nicht gekommen. Nicht einmal als Halbhuber Anfang April der Landesregierung befohlen hatte die auf Ersuchen des Herrn von Zedlitz gewährte Beihilfe bei der Übersiedelung der Danziger Flottenstation nach Kiel einzustellen, war der Gegensatz so schroff gewesen; denn Zedlitz hatte ja nur ein Ersuchen gestellt und Halbhuber nur eine Verfügung der Landesregierung aufgehoben; auch waren die Vorbereitungen in Kiel darum durch preußische Offiziere nicht minder eifrig fortgesetzt, so daß, ein verständlicher Wink, gerade in diesen Tagen, am 20. Juli, die Flottenstammdivision von Danzig in Kiel eintreffen konnte. Andere Anlässe zum Streit waren jeder für sich genommen doch wenig bedeutend gewesen, wenn sie auch in ihrer Gesamtheit eine ansehnliche Masse von Ärger und Abgunst aufgehäuft hatten. Es ließ sich nicht verkennen, daß der preußische Bevollmächtigte fast jedesmal den Zank herbeigeführt hatte, bald durch sein barsches Auftreten gegen die Augustenburger, bald durch den Versuch die Landesregierung durch persönliche Teilnahme an ihren Beratungen einzuschüchtern, bald wieder durch ein erkünsteltes Liebäugeln mit den Dänen Nordschleswigs, deren Klagen über das Schreckensregiment der deutschen Patrioten, d. h. also der Augustenburger, Fürst Hohenlohe-Ingelfingen in besonderer Mission untersuchen und für begründet erklären mußte. Alles das hatte bei dem österreichischen Kommissär und im ganzen Lande heftigen Unwillen erregt, aber es war doch nichts gegen das willkürliche Eingreifen des preußischen Bevollmächtigten bei den neuesten Ausweisungen. Das ganze Land brauste auf über diesen despotischen Schritt, der ebensowohl das österreichische Mitbesitzrecht wie die bestehenden Gesetze mit Füßen trat. Zu mehr als Worten konnte es hier im Norden natürlich nicht kommen: die Entscheidung lag in Wien und Gastein; aber daß der letzte Tropfen, der den Eimer zum Überlaufen bringen werde, nunmehr gefallen, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei, das glaubte man an der Eider zu fühlen und zweifelte nicht, welche Partei man ergreifen müsse.

Der Gasteiner Vertrag.

Allein das drohende Kriegswetter sollte sich noch einmal verziehen; Österreich bedurfte des Friedens dringend und der König von Preußen wünschte ihn trotz der Siegesgewißheit seines ersten Rates ebensosehr. An geschäftigen Vermittlern und Vermittlerinnen fehlte es hüben wie drüben nicht; besonders thätig waren Franz Josefs Mutter, die Erzherzogin Sophie, geborene Prinzessin von Bayern, und ihre Schwester Elisabeth, die Witwe Friedrich Wilhelms IV.; als diplomatischer Unterhändler diente der österreichische Gesandte in München, Graf Blome, der eifrig zwischen Wien und Gastein hin und her reiste. Für eine endgültige Lösung ließ sich freilich keine Grundlage finden; die Erhaltung des Friedens hing also davon ab, daß beide Teile darauf verzichteten

die Sache schon jetzt zum Austrag zu bringen, und daß man Waffenstillstandsbedingungen ersann, die einige Gewähr der Dauer boten. Wir verkleben die Risse, meinte Bismarck. Das dringlichste war dem zwiespältigen Zustande in Schleswig-Holstein, wo der eine Kommissar verbot, was der andere befahl, ein Ende zu machen; das konnte ohne Schädigung des einen oder des anderen Teils nur durch räumliche Abgrenzung der Befugnisse geschehen, und so einigte man sich denn darüber, daß unbeschadet des gemeinsamen Besitzrechtes Österreich fortan in Holstein, Preußen in Schleswig befehlen solle; doch wurde für den Kieler Hafen zu Gunsten Preußens eine Ausnahme gemacht, und auch in Rendsburg sollte jedes zweite Jahr das Kommando an Preußen übergehen. Außerdem wurden diesem einige Militärstraßen durch Holstein, ein eigener Post- und Telegraphendienst, der Bau einer Eisenbahn und des Nordostseekanals, sowie der Eintritt der Herzogtümer in den Zollverein zugestanden. Für Lauenburg endlich verzichtete der Kaiser auf seinen Mitbesitz völlig und ließ sich dafür mit einer Summe von $2^1/_2$ Million dänischer Reichsthaler abfinden. Bis zum 15. September sollte dieser Vertrag ins Leben treten; für den Austausch der Ratifikationen wurde eine Zusammenkunft der beiden Monarchen verabredet.

Beurteilung desselben.

In Gastein war es, wo am 14. August 1865 diese Verabredungen von Bismarck und Blome getroffen wurden; in Salzburg wurden sie am 19. von den beiden Fürsten bestätigt und König Wilhelm begleitete zum Zeichen der Versöhnung den Kaiser noch nach Ischl um dort den Friedensstifterinnen einen Besuch zu machen. Bismarck aber, der mit dem Ausgang der Verwickelung vielleicht am wenigsten zufrieden war, wurde von dem Könige an dem Tage, an welchem die Gasteiner Konvention ins Leben trat, in den Grafenstand erhoben. Von vergänglichem Werte, wie dieser Vertrag war, sicherte er doch Preußen erhebliche Vorteile; der Erwerb von Lauenburg, der Besitz von Kiel, vor allem die ausschließliche Herrschaft in Schleswig, wo auch der Bund nicht einmal den Schein eines Rechtes zur Einmischung hatte, alles das waren Schritte, die geradewegs Bismarcks Ziel zuführten; es gab in dem Vertrage keine Bestimmung, die einen Sieg Österreichs, ein Zurückweichen Preußens bedeutet hätte. Schon das würde genügt haben um demselben die schlechteste Aufnahme in Deutschland wie in ganz Europa zu bereiten; allein es fehlte auch nicht an anderen Angriffspunkten, die sich zumal für den diplomatischen Kritiker noch viel bequemer darboten. Eine Cirkulardepesche Drouyns de l'Huys erging sich in den heftigsten Klagen über diese Konvention, die ebensowohl die europäischen Verträge wie das Erbrecht, das Nationalprinzip wie den Volkswillen mißachte, die keine andere Grundlage als die Gewalt, keine andere Rechtfertigung als die Bequemlichkeit der beiden Teilungsmächte habe, die ein Verfahren erneuere, dessen das heutige Europa entwöhnt sei und für das man nur in den traurigsten Zeiten der Geschichte Vorbilder zu finden vermöge. Auch Lord John Russell hielt mit seinem Urteile nicht zurück, aber die

Die fremden Mächte.

Ähnlichkeit seiner Ausdrücke mit denen der französischen Depesche war kaum geeignet die Wirkung seines Rundschreibens zu erhöhen. Daß sich die beiden fremden Minister auch zu Verteidigern der Volkswünsche gegen die deutschen Großmächte aufwarfen, erregte selbst in preußenfeindlichen Kreisen Mißstimmung; man bedurfte solcher Unterstützung in der That nicht; war doch an Resolutionen und Protesten gegen die Konvention auch innerhalb der deutschen Grenzen kein Mangel, und von einer thätlichen Einmischung des Auslandes würden nur sehr vereinzelte Eiferer etwas haben hören wollen. Von der einzigen Stelle, die man gern zu entschiedenem Eingreifen hätte fortschreiten sehen, von dem Bundestage, erwartete man doch im Ernste nichts mehr. Die Mitteilung des Gasteiner Vertrages bewog den schleswig-holsteinschen Ausschuß auch den bayerischen Antrag vom 27. Juli einfach beiseite zu legen, und wenige Tage darauf entfernten die Ferien den ganzen Bundestag bis Ende Oktober vom Schauplatz. Trotzdem blieb er doch der einzige gesetzliche Ort, wo die Schleswig-Holsteiner ihre Klagen vorbringen konnten und so reichten etwa zwei Drittel der Mitglieder der letzten Ständeversammlung einen Protest in Frankfurt ein, dem sich etwa dreißig Städte des Landes und über hundert Schleswig-Holsteinvereine anschlossen. Um das übrige Deutschland erfolgreich in den Kreis dieser Bewegung hineinzuziehen war durch den 36-Ausschuß für den 1. Oktober ein neuer Abgeordnetentag einberufen; wirklich fanden sich auch 272 Teilnehmer ein; allein da die Bayern mit den Frankfurtern und Nassauern bereits die Mehrheit bildeten, da Württemberg allein so viel Vertreter zählte wie Österreich, Preußen, Sachsen und Hannover zusammen, da fast die Hälfte der deutschen Staaten überhaupt nicht vertreten war, und die acht Preußen sich alle bis auf Frese und einen Gesinnungsgenossen der Abstimmung enthielten, so konnten die Beschlüsse zu Gunsten des Selbstbestimmungsrechtes der Schleswig-Holsteiner und gegen den Rechtsbruch des Gasteiner Vertrags oder gar die Aufforderung zur Steuerverweigerung, die an die österreichischen und preußischen Abgeordneten gerichtet wurde, keine große Wirkung üben. Die Absageschreiben, welche vonseiten mancher Eingeladenen veröffentlicht wurden, dienten zum Teil mehr zur Klärung der Lage als die Versammlung selbst. Wenn Twesten schrieb: wir ziehen jede andere Möglichkeit einer Niederlage des preußischen Staates vor; Beschlüssen, die gegen dessen Macht und Zukunft gerichtet sind, wird die Mehrheit der preußischen Abgeordneten niemals zustimmen; so sah man daraus, daß der leidenschaftliche parlamentarische Kampf, der in Preußen fortdauerte, daß die persönlichen Gefährdungen, denen gerade Twesten ausgesetzt war, doch bei diesem Manne, den man mit mehr Recht als Frese für den Typus eines preußischen Abgeordneten ansehen durfte, das Staatsgefühl nicht abgeschwächt habe, und mit Spannung durfte man der neuen Session des Landtags entgegenschauen, die am 15. Januar 1866 eröffnet werden sollte.

Der Bundestag.

Der Abgeordnetenhaus.

Twestens Schreiben.

Der preußische Landtag.

In der Thronrede, die Bismarck verlas, gab der König der Überzeugung Ausdruck, daß bei unbefangener Prüfung des bisher Erreichten und des fernerhin Erstrebten genug der Ziele zu finden seien, in denen alle Parteien sich eins wüßten; über die fortgesetzten Kränkungen, denen die Mehrheit preisgegeben war, vermißte man aber jedes einlenkende Wort. Infolgedessen glaubte der Präsident Grabow beim Antritt seines Amtes das Bild der herrschenden Zustände in ganzer Schwärze entrollen zu müssen; die gehässigen Angriffe der reaktionären Presse gegen die vielverhöhnten und gemaßregelten Volksvertreter, die chronisch gewordene Verfassungskrisis, der Stillstand der politischen Gesetzgebung, die Beseitigung aller freisinnigen Grundsätze aus der Verwaltung des Staates lieferten die Farben zu dem dunklen Gemälde, in dem auch die schleswig-holsteinsche Frage, die durch die Gasteiner Konvention noch mehr verwickelt sei, und die gefährdete bundesstaatliche Einigung Deutschlands nicht fehlten. Irgend einen versöhnlichen Zug, irgend eine Lichtseite des Ministeriums Bismarck suchte man vergebens in der Rede des Präsidenten; aber eine erschöpfende Darstellung aller vorhandenen Beschwerden war sie gleichwohl noch lange nicht, wie die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses alsbald lehrten. In den kriegsschwangeren Julitagen des verwichenen Jahres hatte die Regierung mit der Direktion der Köln-Mindener Eisenbahn einen Vertrag geschlossen, durch den sie die Aktien der Gesellschaft, welche der Staat besaß, zum Betrage von fast 30 Millionen Thalern in bares Geld verwandelte und sich dadurch die Mittel zur Kriegführung verschaffte; wie sie damals bereits die Zustimmung der Landesvertretung zu diesem Geschäfte für überflüssig erklärt hatte, so verweigerte sie jetzt jede Auskunft darüber, während ein Ausschuß des Hauses auf Antrag Laskers das ganze Geschäft für verfassungswidrig und rechtsungültig erklärte. Die Maßregeln zur Unterdrückung des Kölner Abgeordnetenfestes, das in denselben Tagen stattgefunden, wurden auf eine Beschwerde Classen-Kappelmanns gleichfalls von dem Hause für verfassungswidrig erklärt und gerichtliches Einschreiten gegen die beteiligten Beamten gefordert. Gegen den Erwerb von Lauenburg konnte man nicht aus dem Grunde auftreten, der am nächsten zu liegen schien: wegen der Entschädigungsgelder, die Österreich erhalten hatte; denn dadurch daß der König diese Summe auf den Kronschatz übernommen, war das Bewilligungsrecht des Landtags umgangen; aber da die Verfassung die Zustimmung der Volksvertreter forderte, wenn der Monarch die Regierung in einem fremden „Reiche" übernehme, so glaubte man doch auch die Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußen für rechtsungültig erklären zu dürfen, wie sehr sich auch Bismarck bemühte aus Schlegels Shakespeareübersetzung und der Reichsverfassung von 1849 nachzuweisen, daß ein Herzogtum kein Reich sei. Mehr als alles dies erbitterte die Opposition jedoch ein Beschluß des Obertribunals vom 29. Januar 1866, der die Redefreiheit der Abgeordneten zu gefährden drohte und um so gehässiger war, als er nur durch die Mitwirkung

Neue Konflikte.

Lauenburg.

Das Obertribunal

zweier vom Justizminister ernannter Hilfsrichter eine Mehrheit von einer Stimme gefunden hatte. Die Abgeordneten Twesten und Frenzel waren wegen einiger Reden, die sie in der letzten Session gehalten, wegen Verleumdung verfolgt, die Anklage aber von den Gerichten erster und zweiter Instanz abgewiesen worden, und zwar auf Grund der verfassungsmäßigen Redefreiheit, wie sie zweimal, 1853 und noch im Januar 1865, vom Obertribunal ausgelegt war. Gleichwohl wandte sich der Staatsanwalt auch jetzt wieder an den höchsten Gerichtshof, und dieser fand nun aus, daß die Verfassung nur die Meinungen der Abgeordneten, nicht aber die Anführung falscher und beleidigender Thatsachen für straflos erkläre. Für die wissenschaftliche Rechtfertigung dieser Unterscheidung mochten sich erhebliche Gründe beibringen lassen und an der Gewissenhaftigkeit auch der beiden Hilfsrichter mochte kein Makel haften, das eine blieb doch unumstößlich stehen, daß der Justizminister Graf zur Lippe diese beiden Männer in das Gericht hineingeschoben hatte um eine Mehrheit zu bilden, die einen ihm genehmen Entscheid herbeiführen sollte. Und auch das konnte man mit Sicherheit annehmen, daß die Regierung in der Ausnutzung der neuen Verfassungsdeutung nicht lässig sein, daß eine lange Reihe von Prozessen der Verurteilung Twestens und Frenzels folgen, daß die Debatten des Abgeordnetenhauses der beständigen lauernden Überwachung des Staatsanwaltes ausgesetzt sein würden. Als einzige Waffe blieb auch hier wieder der Beschluß, den Hoverbeck beantragte: die Entscheidung des Obertribunals für verfassungswidrig zu erklären. Aber diese Waffe wurde durch den häufigen Gebrauch stumpf, und wie wenig Bismarck sie fürchtete, zeigte sein Schreiben vom 18. Februar, mittels dessen er die Entgegennahme der Beschlüsse über Lauenburg, das Kölner Abgeordnetenfest und den Obertribunalentscheid einfach ablehnte. Das Haus ging seinerseits über dieses Schreiben ebenso ablehnend zur Tagesordnung über; aber was wollte daraus werden? War man schon soweit gekommen, daß man auf beiden Seiten die Streiche des Gegners nicht mehr fühlte und nicht mehr fürchtete? Dann war eine Verständigung, ja auch nur eine Annäherung unmöglicher als je; zu bloßen Scheingefechten ohne jeden praktischen Ausgang war aber die Zeit durchaus nicht geeignet; die Waffenruhe mit Österreich hatte bereits wieder ihr Ende erreicht und die auswärtige Politik nahm Bismarcks ganze Aufmerksamkeit in Anspruch; so erfolgte denn am 22. Februar ganz unerwartet die Vertagung auf den 23., und die Ankündigung, daß an diesem Tage der Schluß der Session erfolgen werde. Eine lebhafte Aufforderung Grabows an das Land seinen Vertretern treuzubleiben und eine Thronrede voll heftiger Klagen und Anklagen waren die letzten Töne, in denen die Disharmonie dieser Session verklang.

Plötzlicher Schluß der Session.

Die Gewißheit, daß das Land einem großen Kriege entgegensteuere, hatte das Abgeordnetenhaus noch nicht; aber in dem Dunkel der diplomatischen Verhandlungen war alles bereits soweit gediehen, daß jeden Tag eine Enthüllung erfolgen konnte, und diese durfte den Landtag nicht

mehr bei einander finden. Bismarck hatte die Verklebung der Risse, die in Gastein vorläufig gelungen war, keinen Augenblick für dauerhafte Arbeit gehalten. Wenn zwischen dem österreichischen Statthalter von Holstein, dem Freiherrn von Gablenz, und dem preußischen Befehlshaber in Schleswig, dem Freiherrn von Manteuffel, auch äußerlich ein besseres Einvernehmen und Anbequemen bestand, als zwischen Halbhuber und Zedlitz, so war der politische Gegensatz doch um nichts gemildert; man hütete sich nur ihn ungeschwächt an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Einen Augenblick gelang es sogar den Schein zu verbreiten, als ob die beiden Großmächte wieder ganz ein Herz und eine Seele wären.

Der Feldzug gegen die Revolution.

Nach dem Frankfurter Abgeordnetentage vom 1. Oktober 1865 machten sie dem Senate in gleichzeitigen Noten ernste Vorstellungen darüber, daß er die Bundesstadt zum Tummelplatze von Umsturzbestrebungen werden lasse und den 36-Ausschuß dort dulde, den Graf Mensdorff ein in Permanenz erklärtes Organ der deutschen Revolutionspartei nannte. Der Senat verbat sich darauf in sehr entschlossenem Tone alle Drohungen, da er ebenso selbständig und unabhängig sei wie die anderen Bundesglieder, und Herr von Beust unterstützte ihn nach Kräften, während Hannover und Mecklenburg — denn allen Regierungen waren die großmächtlichen Noten mitgeteilt worden — mit lebhafter Genugthuung von diesem Feldzuge gegen die Revolution Kenntnis nahmen. Damit war die Sache denn abgethan, zu einem Antrag am Bunde, den man hätte erwarten

Der Bundestag.

sollen, kam es nicht. Auch die schleswig-holsteinsche Frage tauchte nach der Beendigung der Ferien in der Eschenheimer Gasse nur noch auf um förmlich von der Tagesordnung abgesetzt zu werden. Bayern, Sachsen und Darmstadt erneuerten am 4. November in bestimmterer Form ihren Antrag auf Berufung der holsteinschen Stände und Aufnahme Schleswigs in den Bund; als sie aber am 18. November trotz der Unterstützung Badens, der sächsischen Herzogtümer, Braunschweig-Nassaus und der Fürstenkurie gegen acht Stimmen unterlagen, erklärten sie ihre bundesmäßige Thätigkeit in dieser Sache mit einer lauten Verwahrung gegen jede Rechtsverletzung für abgeschlossen.

Das konnte dem Grafen Bismarck nur genehm sein. Der 36-Ausschuß war verstummt, die Opposition am Bundestage war verstummt; es kam nun darauf an auch die Augustenburger zum Schweigen zu bringen. Herr von Manteuffel entwickelte zu dem Zwecke eine große

Manteuffels Regiment in Schleswig.

Thätigkeit. Als dem Erbprinzen bei einem Besuche in Eckernförde große Huldigungen zu teil wurden, bestrafte er das Städtchen durch Einquartierung, und ließ den Fürsten wissen, daß der König trotz aller Gnade, die er stets für seine Person und sein Haus gehabt, doch den Befehl erteilt habe ihn im Wiederholungsfalle zu verhaften; dasselbe verkündete der preußische Staatsanzeiger. Allen Zeitungen ward bei strenger Strafe verboten den Prätendenten als Herzog, als Friedrich VIII. oder irgendwiesonst als Landesherrn zu bezeichnen; den holsteinschen Blättern, die das doch thaten, wurde der Vertrieb in Schleswig entzogen.

Unter den Beamten ward eine scharfe Auslese gehalten; viele im Kampf gegen die Dänen ergraute Männer wurden ihrer Stellen enthoben und wohl gar durch willfährige Werkzeuge der früheren Fremdherrschaft ersetzt. Doch brach Manteuffel auf der anderen Seite entschieden mit dem vormaligen Buhlen um die Gunst der nordschleswigschen Dänen; unbarmherzig schnitt er jede Hoffnung auf Abtretung der Grenzbezirke ab und sprach wiederholt davon, daß Preußen keine sieben Fuß herausgeben, daß er sie eher mit seinem Leibe decken werde. Einen rückhaltlosen Vernichtungskrieg hatte er den Schleswig-Holstein- und den Kampfgenossen-Vereinen geschworen: unter den verschiedensten Vorwänden wurde bald hier bald dort einer aufgelöst, und vor Ende des Jahres waren sie im Norden der Eider alle verschwunden. Auch den Adressen und Petitionen machte er ein jähes Ende; sie richteten sich vornehmlich auf die Berufung der Ständeversammlung; Manteuffel erklärte nicht allein, daß davon keine Rede sein könne, sondern erneuerte auch eine dänische Verordnung, die alle Eingaben in allgemeinen Landessachen mit Strafe belegte. Wenn er zum Ersatz dafür bestimmte Stunden für Privataudienzen ansetzte, so hieß das zum Schaden noch den Spott hinzufügen.

Gablenz in Holstein.

Der Versuchung solcher drakonischen Amtsführung gegenüber sich selbst in liberalem Glanze zu zeigen konnten Österreich und Herr von Gablenz persönlich nicht lange widerstehen. Ich will hier im Lande nicht als türkischer Pascha regieren, lautete das verständliche Programm, das er den Manteuffelschen Schroffheiten entgegensetzte. Wo er auf höheren Befehl die preußischen Angriffe auf das Augustenburgertum unterstützen mußte, geschah es in mildester Form. Ein Regierungsrat bereiste die Städte des Landes um den Zeitungsredaktionen freundschaftliche Weisungen zu erteilen; ein persönlicher Besuch des Statthalters versüßte dem Erbprinzen die Warnung wieder nach Schleswig zu gehen und den Kummer sich auch in den holsteinschen Blättern des Herzogtitels und der VIII beraubt zu finden; gegen die beabsichtigten Petitionen um Einberufung der Stände sollte ein Schreiben an die Landesregierung genügen, in dem der Statthalter sich für behindert erklärte derartige Bittschriften wirksam zu unterstützen. Allein so dankbar die Holsteiner bei jeder Gelegenheit, schon um Preußen zu ärgern, das wohlwollende Regiment Österreichs anerkannten, so waren sie doch nicht willens sich durch freiwillige Rücksichten dieselben Fesseln anzulegen, in die Herr von Manteuffel die Schleswiger schmiedete. Auf den 23. Januar 1866 wurde also nach Altona eine Massenversammlung ausgeschrieben um in einer Adresse die endliche Berufung der Stände zu erbitten. Vergebens wandte sich die Regierung in einem Erlaß an den patriotischen Sinn der Bevölkerung; vergebens drohte die Polizei mit Gewaltmaßregeln; alles was sie erreichte war vonseiten der Parteiführer das Versprechen, daß man auf förmliche Beschlüsse verzichten wolle. Dafür gaben denn die sämtlichen Redner dem allgemeinen Verlangen um so kräftigeren Ausdruck, und das Hoch der 3—4000 Männer auf ihren

Die Altonaer Versammlung.

rechtmäßigen Herzog Friedrich VIII. war für Bismarck ein ebenso triftiger Grund zur Beschwerde wie irgend eine Resolution; daß eines der rührigsten Mitglieder des 36-Ausschusses und Abgeordnetentages, der Darmstädter Metz, auf der Versammlung eine Rolle gespielt, bot ihm noch einen besonders erwünschten Anknüpfungspunkt um Österreich zu zu beschuldigen, daß es den Kampf gegen die Revolution nicht allein vernachlässige, sondern sogar behindere.

Gereizter Notenwechsel.

Bereits ein paar Tage früher, am 20. Januar, hatte er in Wien auf die Gefahr hinweisen lassen, die dem herzlichen Einvernehmen beider Kabinette durch die österreichische Politik in Holstein drohe; für den aufregenden Charakter derselben verschaffte er sich ein Zeugnis von dem stets bereiten Scheel-Plessen und 18 Genossen, die ihm am Tage der Altonaer Versammlung eine Adresse anfertigten, in der sie als Gegenmittel gegen die entsittlichende Wühlerei des Augustenburgertums abermals die baldige Vereinigung der Herzogtümer mit Preußen unter Wahrung ihrer eigentümlichen Einrichtungen erbaten. So gerüstet erklärte er dem Wiener Kabinett am 26. Januar 1866, daß die Stellung der beiden Großmächte an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt sei; Reden wie die in Altona gehaltenen zuzulassen sei ein Zurückweichen von dem Kampfe gegen die Revolution, sei geradezu ein Angriff auf Preußen, das sein Besitztum — und das bleibe Holstein nach wie vor, wenn es auch der Loyalität Österreichs als Pfand anvertraut sei — nicht gefährden lassen dürfe und wolle; auf ausdrücklichen Befehl des Königs beklage er sich darüber, daß solche revolutionäre Bestrebungen sich unter dem Schutze des Doppeladlers entfalten dürften, und verlange Klarheit darüber, ob Österreich nicht mehr den Willen habe mit dem Berliner Kabinett zusammenzugehen; in diesem Falle werde Preußen für seine Politik wieder volle Freiheit gewinnen und davon den Gebrauch machen, der in seinem Interesse liege. Dem entschlossenen Tone dieses Schriftstücks setzte Mensdorff am 7. Februar eine nicht minder entschlossene Antwort gegenüber. Gleichfalls auf ausdrücklichen Befehl seines Herrn lehnte er jede Rechenschaft über die Zulassung der Altonaer Versammlung oder irgend einen anderen Akt der Verwaltung Holsteins ab; der Kaiser halte es nicht für glaublich, daß König Wilhelm die Einwilligung in die Annexion zum Maßstabe der Beziehungen zwischen beiden Staaten machen werde; an dem Wiener Kabinett liege es nicht, wenn die gemeinsame Politik der beiden Mächte auf Hindernisse stoße; es habe derselben schon große Opfer gebracht, indem es sein Verhältnis zu den Mittelstaaten schweren Beeinträchtigungen ausgesetzt habe; es wolle auch jetzt durch so manche Wahrnehmungen von gestern und heute sich nicht verleiten lassen die ganz anders geartete Politik Preußens zum Gegenstande der Besprechung zu machen. Damit war denn der Bruch vollzogen. Bismarck begnügte sich dem Grafen Karolyi als Antwort einfach mitzuteilen, daß er die herzlichen Beziehungen zu Österreich, wie sie seit dem dänischen Kriege bestanden als gelöst betrachte; sie seien auf den Standpunkt zurückgeführt,

Bruch zwischen Preußen und Österreich.

den sie vor dem Kriege gehabt, d. h. nicht besser und nicht schlimmer als die zu jeder anderen Macht. Im Schoße des preußischen Kabinetts aber veranlaßte er eine Prüfung der Frage, ob man durch die Umstände genötigt sei sich auf einen Krieg vorzubereiten. Unter Zuziehung des Gesandten in Paris von der Goltz, Moltkes, Manteuffels und anderer Militärs fand die Erörterung darüber unter dem Vorsitz des Königs in einem Ministerrate vom 28. Februar statt. Die Antwort lautete verneinend; daß aber damit keine Änderung in der bisherigen Politik eingetreten sei, ließ sich aus der Antwort auf die Scheel-Plessensche Adresse ersehen, die am 2. März erfolgte und die Annexion für das wünschenswerteste, die Erfüllung der Februarbedingungen aber für unerläßlich erklärte.

Der Ministerrat vom 28. Februar.

Die Einleitungen zum Kriege und Italien.

In der That war der Ministerrat, obgleich er sich gegen kriegerische Rüstungen aussprach, doch von der Unvermeidlichkeit des Krieges überzeugt; das ergab sich aus dem Auftrag, welchen von der Goltz mit nach Paris nahm: er sollte durch seinen dortigen italienischen Kollegen Nigra das Florentiner Kabinett einladen einen General zu politisch-militärischen Besprechungen nach Berlin zu schicken. Mit dieser Einladung war der Gedanke beseitigt, der von manchem am Hofe begünstigt wurde: durch die Verbürgung Venetiens die Einwilligung Österreichs in die Annexion der Herzogtümer zu erkaufen. Es stand jetzt der Entschluß fest mit Italien gegen Österreich, nicht auf Kosten Italiens mit Österreich zu gehen. Die wichtigste Frage war also vorab die, ob man in Florenz den Mut zu einem Bündnis mit Preußen habe, oder, was ziemlich gleichbedeutend war, ob Napoleon dieses Bündnis erlaube. Nach allem, was er bisher in dieser Beziehung erkundet, durfte sich Bismarck diese Frage bejahen.

Preußens Beziehungen zu Italien.

Schon bald nach seinem Eintritt ins Ministerium hatte er sich Italien genähert und durch den italienischen Gesandten in Berlin die Versicherung erhalten, daß in einem preußisch-österreichischen Kriege Italien auf Preußens Seite stehen werde. Weitere Folgen hatte dieses Anfragen und Antworten nicht gehabt. An der Spitze des Turiner Kabinetts stand damals Farini, der im Dezember 1862 an Rattazzis Stelle getreten war. Sehr bald aber ward diese bedeutende Kraft dem Vaterlande entrissen; die Symptome einer Gehirnerweichung, die sich schon während seiner fieberhaften Thätigkeit im Jahre 1860 angedeutet hatten, traten stärker hervor, und wenn er auch bis in den März 1863 im Amte verblieb (er starb 1866 in einer Irrenanstalt), so fiel die Leitung des Ministeriums doch Minghetti zu, der am 24. März auch zum Präsidenten ernannt wurde. Die Lage des Landes war nicht bloß in Rücksicht der auswärtigen Verhältnisse und nicht bloß infolge der mazzinistischen Wühlereien eine ernste; auch das Räuberunwesen in Neapel und die

Erste Anfrage 1862.

Ministerium Minghetti.

Das Räuberunwesen.

schwere Geldnot wurden äußerst bedrohlich. Gegen jenes hatten auch die vorhergehenden Ministerien nach Kräften, aber ohne Erfolg angekämpft. In den zwei Jahren seit dem Fall von Gaeta hatten die königlichen Truppen allerdings über 6000 Briganten unschädlich gemacht; mehr als 1000 davon waren standrechtlich erschossen, 2400 im Kampfe gefallen; die anderen saßen in den Gefängnissen oder arbeiteten in den Bergwerken. Cialdini und Lamarmora, die nacheinander die Oberleitung dieses blutigen Kleinkrieges führten, griffen mit Kraft ein, aber alle Anstrengung war vergebens, weil die Geistlichkeit das Brigantentum begünstigte und der Kirchenstaat den Bedrängten bald eine Zuflucht, bald neuen Nachschub bot. König Franz von Neapel, der noch immer in Rom verweilte, sparte kein Geld um diese Vorkämpfer seiner Rechte zu unterstützen und fand in mehreren Kardinälen eifrige Gehilfen. Solange dieser Zustand fortdauerte, war wenigstens in den Abruzzen und den Grenzprovinzen eine Besserung nicht zu erreichen. Nicht hoffnungsvoller stand es um die andere große Not des Landes, die Finanzen. Jahr für Jahr schloß mit einem Defizit ab, so daß von 1859—1864 die Mehrausgabe gegen die Einnahmen fast 2800 Millionen betrug und Minghetti, der selbst das Finanzministerium leitete, die Aufgabe ungelöst seinem Nachfolger Sella überlassen mußte, als er im Herbst 1864 durch die Lösung der römischen Frage, die er mit Napoleon vereinbart, aus dem Amte gedrängt wurde.

Italienische Finanzen.

Die französische Besatzung, welche nun seit 15 Jahren in Rom stand, war für Napoleon im Grunde eben so lästig wie für Italien, da sie einerseits die Bewegungspartei leidenschaftlich reizte und andererseits eine gewisse Mitschuld an allem, was der Papst that und nicht that, auf Frankreich zu laden schien. Besondere Vorteile brachte sie aber nicht; der Schatten der französischen Fahne deckte den Papst ebenso sicher wie die Anwesenheit einiger Regimenter. Es war deshalb kein schweres Opfer, wenn der Kaiser im Sommer 1864 sich gegen den General Menabrea, der ihn in Vichy besuchte, zur Abberufung seiner Truppen bereit erklärte falls Italien die Sicherheit des Papstes verbürgen wolle. Minghetti und der Minister des Äußeren, der Mailänder Visconti Venosta, eröffneten darauf Unterhandlungen und brachten am 15. September eine Konvention zum Abschluß, in der Italien sich verpflichtete den Papst nicht anzugreifen, vielmehr gegen Angriffe von außen zu verteidigen. Was bei einem Aufstande in Rom selbst geschehen solle, wurde nicht gesagt; in einem nachträglichen Notenaustausch verständigte man sich dahin, daß für diesen Fall beide Teile freie Hand behielten. Die Franzosen versprachen Rom binnen zwei Jahren zu räumen; innerhalb dieser Frist werde der Papst seine eigene Armee neubilden können. Eine schwere Verbindlichkeit war es, daß Italien sich mit einem Teile der kirchenstaatlichen Schulden nach Maßgabe des von ihm erworbenen Gebietes zu belasten versprach; doch hätte das Land alles das geduldig angenommen ohne eine andere Bestimmung, die nicht in der Konvention, sondern in

Die Septemberkonvention.

einem Protokoll von demselben Tage ihren Platz fand. Viktor Emanuel versprach seine Hauptstadt zu verlegen. Wohin? wurde nicht gesagt, aber auf beiden Seiten war man über Florenz, das Azeglio schon länger empfohlen hatte, einverstanden. Die Bedeutung dieser Maßregel wurde von Napoleon anders aufgefaßt als von den italienischen Ministern; jener sah darin einen Verzicht auf Cavours Programm: Rom die Hauptstadt! diese betrachteten Florenz nur als Station auf dem Wege nach Rom. Mindestens trösteten sie sich damit und gedachten andere damit zu trösten; einstweilen sollte dieses Protokoll noch strenges Geheimnis bleiben. Aber schon am 20. September wurde es bekannt, und nun brach in Turin ein ungeheurer Sturm der Entrüstung aus. Zu Gunsten Roms wäre man bereit gewesen das große Opfer zu bringen und von dem Range der Hauptstadt, den man jahrhundertelang bekleidet, zu dem einer Provinzialstadt hinabzusteigen; aber zu Gunsten von Florenz? Mehrere Tage nacheinander kam es in dem sonst so ruhigen und getreuen Turin zu Aufläufen und Zusammenrottungen, die mit den Waffen zerstreut werden mußten. Dem Groll der Bewohner, den Viktor Emanuel im Innersten teilte, mußte das Ministerium weichen; am 24. September 1864 gab ihm der König seine Entlassung und beauftragte Lamarmora mit der Neubildung.

Verlegung der Hauptstadt.

Septembertumulte in Turin.

Obgleich der neue Präsident selbst und mit ihm seine bedeutendsten Kollegen Lanza und Sella Piemontesen waren, konnte er doch nicht daran denken die Septemberkonvention fallen zu lassen. Eine Rente von einer Million, welche der alten Hauptstadt vom Parlamente zugesprochen wurde, sollte den Verdruß und den materiellen Schaden, welchen sie litt, ein wenig mindern. Im Senate stimmten 134 gegen 47, von den Deputierten 317 gegen 70 für die Verlegung, und der König selbst genehmigte sie widerwillig am 12. Dezember. Noch einmal zuckte der Übermut der Turiner im folgenden Monat auf, als die gerichtlichen Verhandlungen über die Septembertumulte bevorstanden. Aber die plötzliche Abreise des Königs nach Florenz am 3. Februar 1865 bewirkte einen Umschlag der Stimmung und von einer Deputation eingeladen, von den Arbeitervereinen festlich empfangen, kehrte der König drei Wochen später noch auf wenige Monate nach Turin zurück. Die 600jährige Geburtsfeier Dantes, des großen Florentiners, die am 14. Mai mit allgemeiner Begeisterung gefeiert wurde, war der erste festliche Akt, dem der König in der neuen Residenz beiwohnte. An demselben Tage hielt der Senat in Turin seine letzte Sitzung. In der Parteibildung des Parlaments wirkte aber der Unwille der Piemontesen noch lange nach; sie trennten sich von der „Konsorteria", der großen Mischpartei, welche auf Cavours „Programm" stand, und bildeten als die „Permanenten" nicht allein durch ihre Zahl, sondern auch durch ihre parlamentarische Erfahrung einen einflußreichen Klub, dessen Haltung, weil sie durch persönliches Mißvergnügen mehr als durch sachliche Gründe beeinflußt war, nur schwer berechnet werden konnte.

Ministerium Lamarmora.

Die Permanenten.

Finanznot. Schon in Turin hatte sich übrigens das Ministerium mit Ernst der Finanzlage zugewandt. Sella fand den Staatsschatz leer, während binnen drei Monaten 298 Millionen zu bezahlen waren. Er half durch den Verkauf von Domänen und Eisenbahnlinien, durch die Ausgabe von Schatzscheinen, die Erhöhung der Steuern auf Salz, Tabak, Getreide und des Briefportos, durch Vorauserhebung der Grundsteuer des Jahres 1865, wozu sich nach dem Vorgange von Brescia fast das ganze Land bereit erklärte, so daß am Jahresschluß von 120 Millionen schon über 95 eingegangen waren. Der König entsprach dieser patriotischen Haltung des Landes in seiner Weise dadurch, daß er auf $3^1/_2$ Million seiner Civilliste verzichtete. Alles das half aber nur herzlich wenig; wirkliche Besserung konnte nur eintreten, wenn die römische und die venetianische Frage eine Verminderung des Heeres und der Flotte gestattete. Die friedliche oder kriegerische Lösung dieser Fragen erschien als notwendige Vorbedingung für die Gesundung der Finanzen. Der Septembervertrag forderte dringend dazu auf in Rom sein Heil zu versuchen. Allerdings zeigte der Papst nicht die geringste Neigung von seiner bisherigen Politik abzulassen. Seine Antwort auf die Konvention vom 15. September war das Rundschreiben (die Encyklica) vom 8. Dezember 1864 mit ihrem Anhängsel, dem Syllabus, einer Zusammenstellung der herrschenden Irrlehren. Eigentlich blieb von den Einrichtungen der europäischen Gesellschaft so gut wie gar nichts von der päpstlichen Verdammung frei; die parlamentarische Vertretung der Völker, die Gewissensfreiheit der Nichtkatholiken, die Preßfreiheit, die selbständige Entwickelung des Schulwesens, die staatliche Ehegesetzgebung, alles das und zahlloses sonst wurde verworfen. Aber seine ganz besonderen Spitzen hatte dieser Syllabus doch für Italien, das den heiligen Vater seines weltlichen Besitzes zum großen Teil beraubt, das die Klostergüter eingezogen, die Geistlichen zu Staatsdienern gemacht, die Civilehe eingeführt hatte und ebendarüber aus war die geistlichen Körperschaften aufzuheben, lauter Einflüsterungen des Teufels, welche das Rundschreiben mit Abscheu verwarf. Trotzdem bot sich dem italienischen Kabinett eine Gelegenheit zu friedlichen Verhandlungen. Pius IX., der gegen Viktor Emanuel immer ein gewisses persönliches Wohlwollen bewahrte, schrieb demselben nämlich am 6. März 1865 einen eigenhändigen Brief und erklärte sich zu einer Vereinbarung über die vielen unbesetzten Bistümer bereit. Daraufhin wurde Vegezzi, ein dem Papst genehmer Mann, nach Rom gesandt um Verhandlungen anzuknüpfen. Gern hätte das Ministerium die Zahl der 230 Bischöfe beträchtlich vermindert; wurde sie auf 59, für jede der Provinzen einen, herabgesetzt, so zählte ein Sprengel doch immer nur durchschnittlich 350 000 Seelen, ein Drittel von dem, was er in dem gut katholischen Belgien umfaßte. Aber nicht allein dieser Antrag, sondern die ganze Verhandlung scheiterte, da die jesuitische Umgebung des Papstes, die ihn sich einen Augenblick hatte entschlüpfen lassen, inzwischen wieder vollkommen seiner mächtig geworden war. Im Juli

Encyklica und Syllabus.

Vegezzi in Rom.

wurden die Verhandlungen abgebrochen, und Vegezzi kehrte nach Florenz zurück.

Hoffnungen auf Venetien.

Was Venetien anlangte, so waren die Hoffnungen auf einen friedlichen Erwerb sehr gering. Wohl hatte Nigra, der Gesandte in Paris, im November 1864 gemeldet, daß Österreich das Königreich anerkennen wolle, wenn dieses entwaffne, und hatte hinzugefügt, späterhin sei nach Drouyns Meinung vielleicht eine Abtretung Venetiens zu erwarten, wenn sich für Österreich eine Entschädigung z. B. in den Donaufürstentümern biete; aber diese allgemeinen Zusagen hatten keinen Wert und zu einer Entwaffnung war Lamarmora, dessen ganzer Stolz das vielfach nach preußischem Muster gebildete Heer war, umsoweniger bereit, als er voraussah, daß dann die Neuwahlen von 1865 eine ganz radikale Kammer liefern würden. Alle seine Hoffnungen gingen deshalb auf einen Krieg mit Österreich und mit Wohlgefallen beobachtete er die wachsende Entfremdung zwischen den deutschen Großmächten. Kam es zwischen beiden zum Bruch, so war auch er zu der Antwort bereit, welche Farini 1862 gegeben hatte, daß Italien an Preußens Seite zu finden sein werde — den einen Fall ausgenommen, welchen er sehr wohl für möglich hielt, daß Österreich vor Ausbruch des Krieges Venetien freiwillig abträte.

Bismarcks zweite Anfrage.

In dieser Lage und Stimmung befanden sich Italien und Lamarmora, als vor der Gasteiner Konvention Graf Usedom, der preußische Gesandte in Florenz, die Frage, wie Italien sich in einem preußisch-österreichischen Kriege verhalten werde, wirklich wiederholte. Lamarmora antwortete mit Vorsicht: ernsthafte, bestimmt gefaßte Vorschläge werde er sorgsam prüfen; aber Italien könne sich nicht von Preußen als Drohmittel brauchen lassen; auch müsse er Napoleons Ansichten vorher erkunden. Diese gingen dahin, daß man ja nichts übereilen solle, daß aber Frankreich der freien Entschließung Italiens kein Hemmnis bereiten werde. So wäre denn ein Bündnis wohl mit gutem Erfolge angebahnt worden, wenn nicht unerwartet schnell der Gasteiner Vertrag die Möglichkeit des Krieges wiederbeseitigt hätte. Voll Mißtrauens glaubte nun Lamarmora, es sei Bismarck und Usedom überhaupt nicht ernst gewesen, sie hätten ihn nur als Vogelscheuche benutzen wollen. Dieser Verdacht wurzelte sich so tief bei ihm ein, daß er durch kein Mittel wiederausgerissen werden konnte; ja er bewirkte sogleich eine völlig veränderte Politik.

Verminderung des Heeres.

Die Ausgaben für Heer und Flotte, welche bis dahin ungemindert geblieben waren, wurden zunächst um 70 Millionen herabgesetzt, und dieser Weg nach Sellas Austritt aus dem Ministerium von seinem Nachfolger Scialoja noch entschiedener verfolgt. Lamarmora selbst erklärte es für einen Fehler, daß man in den letzten 5 Jahren eine halbe Milliarde zu viel auf das Heer verwandt habe. Die Aushebung der Rekruten unterblieb und bis zum 1. März 1866 sollte die Armee auf 140 000 Mann vermindert sein.

Dagegen sollte nun ein Versuch gemacht werden Venedig durch

Malaguzzi in Wien.

Güte, sei es für Geld sei es für Landerwerb im Osten, von Österreich zu erlangen. Graf Malaguzzi aus Modena, der am Wiener Hofe gut gelitten war, reiste am 10. Oktober 1865 dorthin ab mit der Ermächtigung bis zu einer Milliarde zu bieten. Aber was Österreich für das kleine Lauenburg zugestanden hatte, schlug es für Venedig rundweg ab, und Malaguzzi mußte Anfang Dezember das völlige Scheitern seiner Sendung melden. Allerdings wünschte man auch in Wien sich mit Italien besser zu stellen um Preußen dieses Bundesgenossen zu berauben; aber man hatte nicht den Mut den einzig ausreichenden Preis dafür zu zahlen. Versprechungen eines Handelsvertrages und einer halben Anerkennung, die durch Frankreichs Vermittelung gemacht wurden, besaßen keine Zugkraft. Wenn Preußen daher von neuem anfragte, so fand es zwar krankhaftes Mißtrauen, aber dabei doch viel Geneigtheit zu gemeinsamer Aktion vor.

Bismarck in Biarritz.

Bismarck hatte seit Gastein nichts unterlassen um den erklärlichen Unwillen Lamarmoras zu beschwichtigen; auch den Umweg über Paris verschmähte er dabei nicht: bedurfte er doch der Kenntnis von Napoleons Gesinnungen auch um ihrer selbst willen. Die Verhandlungen, die er mit dem französischen Kaiser im Oktober 1865 in Biarritz pflog, sind in zuverlässiger Weise nicht bekannt geworden; unerfreulich konnte das Ergebnis für den preußischen Minister nicht gewesen sein; auf der Rückreise hatte er gegen Nigra den Krieg mit Österreich als unvermeidlich bezeichnet und in bezug auf Italien geäußert, wenn es nicht da wäre, müßte man es erfinden. Auch wurden die Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages mit dem Zollverein, die längere Zeit unterbrochen waren, wiederaufgenommen und führten am 31. Dezember 1865 zum Abschluß. Viktor Emanuel erhielt den schwarzen Adlerorden, dessen er bis dahin noch nicht für würdig befunden war, und alle Zollvereinsstaaten erkannten das revolutionäre Königreich zu Österreichs Kummer an. Die Ratifikation des Vertrags erfolgte am 12. März 1866. So war also das Verhältnis zwischen beiden Kabinetten äußerlich ein recht gutes, als in Berlin jener Minister- und Kriegsrat vom 28. Februar stattfand und nun zum drittenmal, wenn auch verschleiert, an Italien die Frage erging, wie es sich zu einem österreichisch-preußischen Kriege stellen werde.

Handelsvertrag Italiens mit dem Zollverein.

Revolution in Rumänien.

Gerade in diesem Augenblicke kam dem italienischen Minister diese Frage nicht sehr gelegen. Wenige Tage vorher hatte sich in Bukarest ein Ereignis zugetragen, auf das er die Hoffnung gründete, in friedlicher Weise Venetien zu erwerben: der Hospodar Kusa war gestürzt. Der Jubel, mit dem die Rumänen diesen Fürsten begrüßt hatten, war schnell verklungen; schon im Mai 1864 sah Kusa keinen anderen Weg mit den widerspenstigen Kammern fertig zu werden, als daß er sie auseinanderjagte, ein neues Wahlgesetz und einen Zusatz zur Verfassung dekretierte und beides nach napoleonischer Sitte durch Volksabstimmung bestätigen ließ. Der Erfolg war glänzend; 680 000 Stimmen erklärten sich für,

nur 1300 gegen den Staatsstreich, Dankadressen liefen in Massen ein, Statuen wurden dem Retter des Vaterlandes errichtet und die Großmächte mitsamt der Pforte billigten das Geschehene. Aber die Freude war von kurzer Dauer. Eigenmächtige Maßregeln, nicht eben alle verwerflicher Art, die Aufhebung der Fronden, die Einführung der Erblichkeit des Thrones (obgleich Kusa um einen Erben zu haben ihn erst adoptieren mußte), die Monopolisierung des Tabaksverkaufes, Verhaftungen und Verbannungen mehrten den Anhang der feindlichen Bojarenpartei; anfangs 1866 glaubte diese einen Aufstand wagen zu dürfen. In der Nacht zum 24. Februar drang General Golesco mit 40 Verschworenen in das Schlafzimmer des Fürsten, zwang ihn zur Abdankung und Entfernung aus dem Lande und bildete eine vorläufige Regierung. Aus diesen Vorgängen schöpfte Nigra und auf seine Anregung Lamarmora die Hoffnung nach einem in Italien längst beliebten Plane Österreich durch den Erwerb Rumäniens zum Verzicht auf Venetien bewegen zu können. Napoleon, dessen Mitwirkung Nigra mit Genehmigung Lamarmoras in einer Audienz von 28. Februar erbat, bezweifelte freilich, daß man sich in Wien darauf einlassen werde. Allein er deutete doch zugleich an, daß es vielleicht gelingen könne Österreich dazu zu zwingen. Lamarmora möge die kriegerischen Eröffnungen, die ihm seit einigen Tagen von Bismarck gemacht seien, benutzen um ein Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen abzuschließen; das werde die österreichischen Staatsmänner zur Nachgiebigkeit veranlassen. Schnell genug stellte sich jedoch heraus, daß auch England und Rußland von jenem Tausche nichts hören wollten; der Zar erklärte auf das bestimmteste, daß er sich mit allen Kräften widersetzen werde, und so mußte Nigra schon am 17. März melden, daß es mit diesem Vorhaben nichts sei. Immerhin war es jedoch nicht unmöglich, daß man, wenn die Frage offenblieb, noch einmal darauf zurückkam; in Preußens Interesse lag es also, daß sie erledigt werde, und da der Graf von Flandern, der Bruder des Königs der Belgier, die ihm angebotene Krone ausschlug, da überhaupt kein europäischer Prinz, wie die Rumänen es wünschten, Lust haben konnte ein Vasall des Sultans zu werden, so betrachtete die öffentliche Meinung es wohl kaum mit Unrecht als ein patriotisches Opfer auf dem Altar der Bismarckschen Politik, als Prinz Karl Ludwig von Hohenzollern-Sigmaringen, den die Volksabstimmung am 20. April, die gesetzgebende Kammer am 13. Mai 1866 erwählte, diesen Ruf annahm und trotz des Widerspruches einer in Paris zusammengetretenen Konferenz der Großmächte, trotz der Drohungen der Pforte sich im tiefsten Geheimnis durch Österreich in sein neues Land begab und am 22. Mai seine dornenvolle Laufbahn als Karol I. von Rumänien begann.

Italienische Pläne.

Prinz Karl von Hohenzollern.

Lamarmora hatte inzwischen nach Napoleons Rate gehandelt und die Einladung Bismarcks einen General nach Berlin zu entsenden in der Hoffnung angenommen, daß diese Demonstration die österreichischen Staatsmänner dem rumänischen Tauschprojekt zugänglich machen werde.

Govone nach Berlin.

General Govone, der mit der Sendung betraut wurde, entdeckte aber zu seinem großen Leidwesen alsbald, daß Bismarck an ein sofortiges Bündnis gar nicht denke, daß vielmehr, wie ihm der preußische Minister gleich in ihrer ersten Unterredung am 14. März sagte, noch Monate verstreichen würden ehe der Krieg beginnen könne. Nicht um die schleswig-holsteinsche Frage, sondern um die Neugestaltung Deutschlands werde es sich dann handeln. Des italienischen Bündnisses bedürfe er zunächst dazu um König Wilhelm allen sonstigen Einflüssen zum Trotz auf dem betretenen Wege festzuhalten. Preußen verpflichtete sich, das war Bismarcks Idee, wenn es einmal den Krieg begonnen, ihn nur mit Italiens Zustimmung zu enden und diesem den Erwerb von Venetien zu verbürgen; Italien dagegen sollte sich schon jetzt anheischig machen Preußen in jedem Falle in den Krieg zu folgen, wenn dieses den Zeitpunkt für gekommen erachte. Bismarck hatte indes schwerlich gehofft diesen Vorschlag durchzusetzen; er rückte deshalb gleich mit einem zweiten, etwas abgeschwächten Plane heraus, nach welchem Italien erst von einem bestimmten, näher zu beredenden Augenblick an, z. B. sobald Preußen ein deutsches Parlament zusammenberufe, gebunden sein solle. Aber auch das leuchtete Govone nicht ein. Da er sich bewußt war, daß er selbst gegen Preußen kein ehrliches Spiel vorhabe, argwöhnte er eine gleiche Hinterlist bei Bismarck, und glaubte, dieser wolle das Bündnis nur als Drohung gegen Österreich benutzen um die Auslieferung der Elbherzogtümer zu erzwingen; oder auch, er wolle Italien außer stand setzen einen gütlichen Ausgleich wegen Venetiens zu treffen, den Österreich etwa anbieten könnte um gegen Preußen freie Hand zu haben. Bismarck drückte daher seine Forderungen noch weiter herunter und schlug ganz einfach den Abschluß eines Bündnis- und Freundschaftsvertrages ohne besondere Ziele vor. Zu allen drei Vorschlägen erklärte sich Govone nicht für ermächtigt und erbot sich nur sie nach Florenz zu melden.

Bismarcks erste Vorschläge.

Mißtrauen der Italiener.

Das Mißtrauen der Italiener fußte nicht allein auf den früheren Erfahrungen, die gelehrt hatten, daß der preußische König sehr schwer zu einem Kriege mit Österreich zu bewegen sei, sondern nicht minder auf der für sie überraschenden Entdeckung, daß Bismarck die Frage der Elbherzogtümer jetzt als untergeordnet, die der Bundesreform aber als die Hauptsache behandele. Dieser Verwandlung des Zieles trauten sie nicht, und daß es im Grunde gar keine Verwandelung sei, vermochten sie nicht zu übersehen. Überdies war der preußische Minister amtlich mit diesen weiteren Plänen noch nicht hervorgetreten, sondern ließ erst eben jetzt durch die ihm freundlichen Blätter den Gedanken verbreiten, daß in Ermangelung eines preußisch-österreichischen Einverständnisses die Lösung der schleswig-holsteinschen Frage mit der Umgestaltung des Bundes in Zusammenhang gebracht werden müsse. Was lag näher als zu fürchten, daß dies nur ein neues Mittel sei um Österreich zur Nachgiebigkeit zu bewegen, zumal man nichts von preußischen Rüstungen hörte, während in Wien die kriegerischen Vorbereitungen doch ernstlich

begonnen hatten. Ein Marschallsrat unter dem Vorsitze des Kaisers beriet vom 7.—13. März über die nötigen Maßregeln und von den Korpsführern, die zur Teilnahme daran nach der Hauptstadt beschieden waren, blieben einzelne, besonders Benedek, der Oberstkommandierende in Venetien, auch nach Beendigung der Konferenzen in Wien; aus Ungarn wie aus anderen Provinzen lief die Nachricht ein, daß Truppensendungen nach Böhmen angeordnet seien; am 16. März verlautbarte gar, daß auch Sachsen im tiefsten Geheimnis die Reserven einberufen habe. Wenn Preußen trotzdem unthätig blieb, so konnte es ihm mit dem Kriege nicht ernst sein. Andere bedenkliche Anzeichen kamen hinzu. Am 17. März richtete Karolyi an Bismarck die amtliche Frage, ob Preußen entschlossen sei die Gasteiner Konvention zu zerreißen und den Bundesfrieden zu brechen, und der preußische Minister antwortete darauf natürlich mit einem unumwundenen Nein. An demselben Tage sollte Govone seine Antrittsaudienz beim Könige haben; aber sie wurde abbestellt, weil der Monarch sich unpäßlich fühle, in Wahrheit, wie die Italiener glaubten, weil es österreichischen Einflüssen gelungen sei den verhängnisvollen Empfang zu verhindern. Endlich bot ebenjetzt England seine guten Dienste an, und wenn es damit von Bismarck auch nach Wien an den wahren Friedensstörer verwiesen wurde, so war diese vermittelnde Thätigkeit doch für Italien ein Grund mehr zur Vorsicht.

Österreichische Rüstungen.

Austausch friedlicher Erklärungen.

Bismarck war in diesen Tagen allerdings in einer gefährlichen Lage, und einen Augenblick scheint er wirklich die einzige Rettung in einem plötzlichen Ausbruch des Krieges, den Italien leicht durch ein Freikorps bewirken konnte, gesehen zu haben. In heftiger Aufregung machte er am 19. März dem Gesandten Barral diesen Vorschlag. Aber da kam er schlecht an. Die Italiener, besorgt überlistet zu werden, hofften doch statt dessen die Preußen zu überlisten; noch war das rumänische Projekt im Schwange, und Govone rieb sich schon im Geiste die Hände aus Freude darüber, daß mittels desselben, wie er mit einem italienischen Sprichwort an Lamarmora schrieb, die Natter den Charlatan beißen werde. Auf Bismarcks Andeutungen versprach Barral nur einen Bericht nach Florenz. Aber schon am nächsten Tage war auch der preußische Minister von seinen Vorschlägen zurückgekommen; wahrscheinlich hatte er in der Zwischenzeit Kenntnis von einer Note erhalten, die Mensdorff am 16. März an die befreundeten deutschen Höfe gerichtet hatte. Darin erklärte Österreich seine Absicht die schleswig-holsteinsche Frage an den Bundestag zu verweisen und forderte die Regierungen auf in Frankfurt die Mobilmachung ihrer vier Armeekorps zu beschließen. Das war ein zweifelloser Bruch des Gasteiner Vertrages, eine offenkundige Kriegsdrohung gegen Preußen. Mit dieser Note bewaffnet konnte Bismarck leicht die Bemühungen seiner Gegner vereiteln und den König von dem bösen Willen Österreichs überzeugen. Er brauchte jetzt keinen Gewaltschritt Italiens mehr zu wünschen, sondern kam auf seinen Vorschlag eines Freundschaftsvertrages zurück, in den die Bestimmung

Plan einer italienischen Offensive.

Plan eines Bündnisses auf zwei Monate.

aufgenommen werden sollte, daß man beim Eintritte kriegerischer Ereignisse einen Schutz- und Trutzvertrag unterzeichnen werde, über den man sich mittlerweile zu verständigen hätte. Auch dieser Gedanke fand aber bei den Italienern keine Gnade; Govone ward der Sache ganz überdrüssig, zumal die rumänischen Träume seit dem 17. vereitelt waren, und bat am 22. März Lamarmora um die Erlaubnis zurückzukehren; Barral dagegen schlug auf eigene Hand ein Schutz- und Trutzbündnis auf zwei Monate vor. Acht Tage früher hatte Bismarck eine solche Frist noch für durchaus ungenügend gehalten; aber die österreichische Note vom 16. März hatte die Entwickelung sehr gefördert. Nach dem Vorgange des Wiener Kabinetts konnte sich jetzt auch das preußische an seine deutschen Bundesgenossen wenden und ihnen seine Absichten vollkommen

Preußische Note vom 27. März.

enthüllen. Es geschah das am 24. März. Nicht mehr um die augenblickliche Sicherung des preußischen Staates handele es sich, sondern um die ganze Zukunft desselben und damit um die Zukunft Deutschlands, das in seiner zeitigen Verfassung keine europäische Krisis ertragen könne ohne Gefahr zu laufen dem Schicksal Polens zu verfallen. Die Note schloß mit der Frage, wieweit Preußen auf die Hilfe seiner Bundesgenossen rechnen könne, wenn es von Österreich zum Kriege gezwungen werde.

Bündnisentwurf vom 27. März.

Damit war also die Schwenkung vollzogen, für die Bismarck eine längere Frist in Aussicht genommen hatte; neben und über den Elbherzogtümern stand jetzt die Frage der Neugestaltung Deutschlands. Der Ausbruch des Krieges war dadurch so viel näher gerückt, daß der Barralsche Vorschlag eines Bündnisses auf kurze Zeit annehmbar erschien; Bismarck begnügte sich statt der zwei Monate drei zu verlangen. Napoleon, den Nigra bei jeder neuen Wendung um seinen Rat fragen mußte, riet den Italienern dringend darauf einzugehen; es sei im höchsten Maße wünschenswert den König von Preußen auf diese Weise dem Kriege entgegenzudrängen; eine Erneuerung des Vertrages nach Ablauf der drei Monate werde stets zu erreichen sein. Von einer preußisch-italienisch-französischen Tripelallianz, für die ihn Nigra gemeinsam mit dem Prinzen Napoleon zu gewinnen suchte, wollte er nichts hören, weil das Land gegen den Krieg sei. Die verlockenden Aussichten auf die Rheingrenze, mit der sie ihn zu ködern hofften, thaten keine Wirkung, weil der Kaiser wohl wußte, daß sie in keiner Weise von Bismarck ausgingen.

Eine Erkrankung, die diesen mehrere Tage ans Bett fesselte, verzögerte die Vereinbarung des Entwurfes bis zum 27. März. Der Hauptinhalt war, daß Italien sich verpflichtete, sobald Preußen zur Durchführung der Bundesreform die Waffen ergriffen habe, auch seinerseits Österreich den Krieg zu erklären, und daß beide Teile nur dann zum Rücktritte von diesem Vertrage berechtigt seien, wenn Italien Venedig und Preußen ein gleich stark bevölkertes Stück der österreichischen Monarchie im Frieden erwerben könne. Auf die Zusicherung von Welschtirol, das die Italiener gleichfalls gern gehabt hätten, wollte sich König Wilhelm nicht einlassen und ebenso bestand er darauf, daß die anderen

deutschen Staaten, die Österreich möglicherweise unterstützen würden, in dem Vertrage gar nicht erwähnt wurden.

Lamarmora und Napoleon.

Lamarmora, der Nigras Berichten merkwürdig geringen Glauben schenkte, zögerte mit der Genehmigung des Entwurfes, bis er der Zustimmung Napoleons auch auf anderen Wegen sicher geworden war; erst als ihm durch den Grafen Arese, den er mit dem Vertragsentwurf nach Paris geschickt, und den Prinzen Napoleon, der plötzlich eine Kunstreise nach Italien antrat, diese Gewißheit geworden war, gab er am 3. April die Vollmacht zur Unterzeichnung und nach Erledigung einiger Weiterungen, die über Nebenpunkte entstanden waren, wurde der Vertrag am 8. April vollzogen. Es war nur eine Frist von drei Monaten, für welche Italien sich gebunden hatte; während dieser kurzen Spanne Zeit mußte der Krieg zum Ausbruch kommen, wenn Preußen nicht Gefahr laufen wollte ihn doch ohne Bundesgenossen zu führen. Bismarck ging deshalb mit größter Schnelligkeit ans Werk. Gleich am Tage nach der Verständigung mit Barral, am 28. März, befahl eine königliche Ordre die Kriegsbereitschaft; am Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages, am 9. April, reichte Herr von Savigny, der preußische Gesandte in Frankfurt, den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlamentes ein. Die Ankündigung dieses Schrittes, die in dem Rundschreiben vom 24. März enthalten gewesen war, hatte fast überall nur ungläubige Hörer gefunden; das Volk konnte sich nicht davon überzeugen, daß es in ernsthafter Absicht geschehe, wenn ein Bismarck solche Vorschläge mache, und die Regierungen sahen darin nur den Versuch die Verwirrung zu steigern. Bayern machte in dieser Beziehung eine Ausnahme; schon am 31. März erklärte von der Pfordten seine Geneigtheit auf Bundesreformpläne einzugehen und verband damit nur das naturgemäße Verlangen, daß die beiden Großmächte mittlerweile eine Art von Waffenstillstand abschließen sollten, indem sie die Versicherung austauschten, daß sie eines gewaltsamen Angriffes sich unbedingt enthalten würden. Österreich war von diesem Vorschlage ohne Zweifel bereits vorher unterrichtet und ließ an demselben 31. März in Berlin erklären, daß den Absichten des Kaisers nichts ferner liege als ein Angriff auf Preußen; Bismarck konnte darauf natürlich nicht umhin im Namen seines Königs genau dasselbe zu erklären: aber es war doch eine große Täuschung, wenn man glaubte durch solchen Austausch von Worten irgend etwas gewonnen zu haben. Für Österreich, das von dem Entwurfe des preußisch-italienischen Bündnisses gleich nach dem 27. März über Paris Kenntnis erhalten hatte, kam alles darauf an die Verhandlungen bis zum Verlaufe der drei Monate in die Länge zu spinnen, und darauf richtete es sein Verhalten ein, indem es den Gegner bald reizte, bald vor ihm zurückwich. Graf Mensdorff hatte kaum die preußische Friedensbotschaft erhalten, als er das weitere Verlangen stellte, daß die am 28. März befohlene Kriegsbereitschaft rückgängig gemacht werde; er hielt sich dazu für voll berechtigt, weil in Österreich noch keine der Verfügungen getroffen sei,

Preußischer Reformantrag.

Österreichische Anschläge.

Abrüstungsvorschlag.

die dazu dienten einen großen Krieg vorzubereiten; nur unbedeutende, kaum nennenswerte Verschiebungen von Truppenkörpern hätten stattgefunden. Als Bismarck am 15. April darauf erwiderte, die Begriffe unbedeutend und kaum nennenswert seien sehr dehnbar und die preußischen Vorkehrungen entsprächen nur dem wohlbekannten Maße der österreichischen, ging Mensdorff noch einen Schritt weiter und versprach die Truppenverschiebungen vom 25. April ab rückgängig zu machen, wenn Preußen an demselben oder dem folgenden Tage sein Heer auf den Stand vom 27. März zurückführen wolle. Kaum aber war von Berlin am 21. April die Zusage eingetroffen, daß der König, der mit Genugthuung Kenntnis von diesem Vorschlage genommen habe, die Abrüstung in demselben Maße und in denselben Zeiträumen anzuordnen bereit sei, wie dies österreichischerseits geschehen werde, so glaubte man in Wien auch schon am Ziele zu sein, und beschloß noch selbigen Tages die italienische Armee auf den Kriegsfuß zu setzen, wovon Karolyi am 23. mit der unschuldigsten Miene „um jedes Mißverständnis zu vermeiden" in Berlin Mitteilung machte, während an den übrigen Höfen die Ansammlung italienischer Truppen bei Bologna und Piacenza als Grund für die neuen, unerwarteten Maßregeln angeführt wurde.

Rüstung gegen Italien.

Aber damit war das Spiel auch zu Ende. Weder Bismarck noch Lamarmora konnten sich dergleichen bieten lassen. Dem letzteren ging zwar aus Paris die Mahnung zu ruhig zu bleiben, denn Napoleon kannte den österreichischen Plan und wußte, daß Italien nichts zu befürchten habe; umsomehr aber drängte ihn das italienische Parlament und Lamarmora entging einem von der Linken beantragten Mißtrauensvotum am 26. April nur dadurch, daß er sofort Gegenrüstungen befahl und am 27. den fremden Höfen die Mobilmachung anzeigte; die einmütige Unterstützung der sonst so gespaltenen Kammer zeigte ihm, daß er das Rechte getroffen. Aber auch Bismarck war der österreichischen List sofort entschlossen gegenübergetreten. Am 30. April erklärte er die Abrüstung auch in Venetien für unerläßlich und am 2. Mai versprach er Govone im Namen des Königs Preußens Unterstützung über den Vertrag vom 8. April hinaus auch dann, wenn Italien von Österreich angegriffen werde.

Italienische Gegenrüstungen.

Offenbar drohte der Plan Mensdorffs zu scheitern; wollte er ihn retten, so mußte er seine Karten offener zeigen und Italien geradezu zum Vertragsbruch auffordern. Es konnte das nur auf dem Wege über Paris geschehen. Am 5. Mai ließ Napoleon Nigra zu sich rufen und teilte ihm mit, er habe von Österreich den förmlichen Vorschlag erhalten, daß es Venetien an Frankreich behufs der Wiederabtretung an Italien überlassen wolle, wenn man ihm gestatte sich durch preußisches Gebiet zu entschädigen und wenn Italien von seinem Bündnis mit Preußen abstehe. Lamarmora geriet über diese Nachrichten in die größte Herzensangst. Zu lebhaft empfand er die Schmach, mit der er sich und sein Land durch solchen Vertragsbruch bedecken würde; auch mußten

Bedingter Verzicht auf Venetien.

ihm gewichtige Zweifel aufsteigen, ob er dem sich aufbäumenden Ehrgefühl der Italiener mit solch verächtlicher Politik werde standhalten können: auf der anderen Seite drohte der Zorn Napoleons, wenn er ablehnte, winkte der müheloſe Gewinn Venetiens, wenn er annahm. Der Entschluß, den er in dieser Not faßte, kennzeichnet seinen Charakter. Umgehend antwortete er Nigra: es sei eine Ehrensache den Vertrag zu halten; aber da derselbe am 8. Juli erlösche, so könne man sich ja durch einen Kongreß helfen. Neun Wochen konnten darüber leicht verstreichen und waren sie abgelaufen, dann hatte Italien wieder freie Hand, dann ließ es sich mit Venetien für seine Neutralität bezahlen und sah ruhig zu, wie Preußen dafür Schlesien verlor.

Lamarmoras Kongreßvorschlag.

Napoleon war über diesen Plan nicht wenig erfreut. Die Verwickelungen dieser Tage bereiteten ihm eine innere Befriedigung, wie er sie lange nicht gekannt. Alles schien in Fluß zu kommen, die Verträge von 1815 gerieten ins Wanken, die Rheingrenze war kein zu kühner Traum. Man glaubte, er wünsche selbst an dem bevorstehenden Kriege teilzunehmen. Als er am 6. Mai in Auxerre eine Rede hielt, in der er seinen und Frankreichs „Abscheu" gegen die Verträge von 1815 aussprach, da verglichen seine Zeitungsschreiber dieses Wort einem Kanonenschusse, der durch Europa halle und keiner Deutung bedürfe. Aber eine friedliche Erwerbung der Rheinlande hätte er doch bei weitem vorgezogen und dazu bot ein Kongreß die Gelegenheit. Wenn Bismarck recht ins Gedränge geriet, wenn er in die Lage kam ohne Bundesgenossen gegen Österreich und Frankreich kämpfen zu müssen, sollte er dann nicht den Widerstand gegen die Abtretung deutschen Bodens fahren lassen, da er doch sonst mit den gegebenen Verhältnissen so gut zu rechnen wußte? Napoleon nahm also mit größter Freude den Kongreßvorschlag an, den fast gleichzeitig auch England aus eigenem Antriebe anregte.

Von Napoleon gebilligt.

Aber eine große Schwierigkeit stellte sich diesem Plane entgegen: man konnte nicht mit Aussicht auf Erfolg zu einem Kongresse zusammentreten, während Europa von Waffen starrte. Der letzte Notenwechsel zwischen Österreich und Preußen hatte zur Folge gehabt, daß in Berlin am 4. und 8., in Wien am 6. Mai der Befehl zur Mobilmachung erging. Auch die deutschen Mittelstaaten waren stark im Rüsten. Sachsen hatte Bismarcks Aufforderung vom 27. April auch seinerseits zu entwaffnen abgelehnt und sich am 5. Mai hilfeflehend an den Bundestag gewandt. Mit neun gegen fünf Stimmen beschloß dieser am 9. Mai beruhigende Erklärungen von Preußen zu fordern. Am nächsten Tage ordnete dann auch Bayern die Mobilmachung an, Württemberg war schon lange mit kriegerischen Vorbereitungen beschäftigt, andere Staaten folgten. Der König von Hannover schloß sogar schon mit dem Kaiser von Österreich eine Übereinkunft, wonach seine Armee sich bei Stade mit den in Holstein stehenden Österreichern vereinigen sollte. Von keinem der Großen oder der Kleinen war vorauszusetzen, daß er geneigt sein werde

Abrüstung und Einladung.

zuerst zu entwaffnen; selbst Lamarmora erklärte schon am 11. Mai aus Rücksicht auf die Stimmung des Landes, daß er den Kongreß nur ohne Abrüstung annehme. So lag darin schon ein schweres Hindernis einer Verständigung. Aber auch die Form der Einladung zum Kongreß war keine leichte Sache. Ein erster Vorschlag, den Frankreich auf Grund mündlicher Verhandlungen mit England und Rußland machte, befriedigte diese beiden Mächte nicht und erst am 28. Mai kam eine gleichlautende Einladung zustande, die ganz allgemein die schleswig-holsteinsche Frage, den italienischen Streit und die Reform des Deutschen Bundes, soweit sie Europa interessiere, als Gegenstände des Kongresses bezeichnete.

Agitation gegen Bismarck.

Um diese Zeit betrachtete Graf Bismarck den ganzen Plan schon als völlig mißlungen. Schwere Wochen waren an ihm vorübergegangen. Während er mit dem Aufgebot aller Kräfte für Preußen und Deutschland arbeitete, waren ihm nicht bloß seine ausländischen Gegner entgegengetreten: das preußische Volk selbst hatte sich ihm widersetzt, wie es nur konnte, und ein jugendlicher Fanatiker, Julius Cohen, ein Stiefsohn des flüchtigen badischen Republikaners Karl Blind, hatte durch Meuchelmord ihn aus dem Wege zu schaffen gesucht. Von Hohenheim, der württembergischen Landwirtschaftsschule, war er nach Berlin gereist und feuerte am 7. Mai Unter den Linden aus nächster Nähe, zum Teil im Handgemenge mit dem Grafen, der ihn schnell packte, fünf Revolverschüsse auf den verhaßten Mann ab ohne ihn erheblich zu beschädigen. Wer bürgte dafür, daß nicht der nächste Tag einen ähnlichen Frevel brachte? Die zitternde Aufregung, die ganz Deutschland durchwallte, die leidenschaftliche Wut, die außerhalb Preußens durch keine Schranken auch nur äußerlich in Zucht gehalten wurde, konnten wie leicht! zu Verbrechen reizen. An sich mochten alle die Volksversammlungen und Parteibeschlüsse, die von Entrüstung schäumten und gegen die friedensbrecherische Politik der preußischen Regierung den bewaffneten Widerstand Deutschlands aufriefen, nicht gar zu schwer wiegen; aber sie steigerten doch die Erhitzung, in welche sich viele der mittelstaatlichen Regierungen schon hineingeredet und machten die Neutralität des übrigen Deutschland, die Beschränkung des Krieges auf ein Duell zwischen Preußen und Österreich immer unmöglicher.

Kriegerische Strömungen in den Mittelstaaten.

Vereinsamt waren außerhalb Preußens die Stimmen, die gegen den allgemeinen Lärm anzukämpfen suchten: die städtischen Behörden in Leipzig, die den König um Frieden baten, die Kammern in Wiesbaden und Darmstadt, welche die Mittel zum Kriege verweigerten, die hannoverschen Liberalen mit Bennigsen an der Spitze, die einen Ministerwechsel forderten, oder die badischen, die auf Bluntschlis Antrag Neutralität beanspruchten. Als Ende Mai fast überall die Landtage zusammentraten, widerhallten sie von heftigen Angriffen auf Preußen und in Stuttgart ließ sich selbst der leitende Minister zu einem Vae victis gegen die nordische Großmacht hinreißen. Die Bewilligung der geforderten Kriegsgelder stieß meist nur auf kleine

Minderheiten; die Forderung für den Frieden zu wirken ward wohl laut genug erhoben, aber dahinter ertönte stets der Ruf sich dem Friedensbrecher — und das sollte nun einmal Preußen sein — entgegenzustellen. Wo ein Minister nicht unbedingt in dies Horn stieß, mußte er fallen, so die Kriegsminister in Stuttgart und Kassel, einige Wochen später auch Mathy in Karlsruhe, wo Roggenbach das auswärtige Amt schon im Herbst 1865 dem österreichisch gesinnten Freiherrn von Edelsheim eingeräumt hatte. Was es mit den Vermittelungsversuchen der Mittelstaaten auf sich hatte, war leicht zu erraten. Sie veranstalteten in Augsburg am 22. April, in Bamberg am 14. Mai diplomatische, in Stuttgart am 11. Mai militärische Konferenzen, beantragten am 19. Mai in Frankfurt allgemeine Abrüstung und erhoben den Antrag fünf Tage später zum Beschluß, kurz sie waren ungemein geschäftig, aber ohne jeden Erfolg. Von einem ernsthaften Eingehen auf das preußische Reformprojekt war keine Rede. Das freilich wurde durch Bayerns Bemühungen glücklich erreicht, daß der preußische Antrag vom 9. April, der zunächst ja nur die Berufung eines Parlamentes forderte, am 21. einem Ausschuß überwiesen wurde, ohne daß nach Österreichs Verlangen Bismarck vorher seine Reformideen mitgeteilt hatte; aber in diesem Ausschuß ruhte er nun doch wochenlang, und kam selbst dann nicht in Fluß, als Herr von Savigny sich persönlich Weisungen vom Grafen Bismarck geholt hatte und wenigstens mündlich einige ganz allgemein gehaltene Grundzüge mitteilte. Die Vereine und Versammlungen hielten sich von dem preußischen Antrage scheu zurück, wenn sie ihn nach ihrer Vergangenheit nicht geradezu verunglimpfen konnten. Auch der Abgeordnetentag, der am 20. Mai noch einmal in Frankfurt zusammenkam und nach tobenden Debatten und pöbelhaften Tumulten mit knapper Mehrheit Neutralität und Parlament forderte, wagte doch nicht diese seine Forderung mit der preußischen zu identifizieren.

Der preußische Reformantrag.

Auch in Preußen selbst traten liberale Männer nur spärlich und arg angefeindet zu Bismarcks Gunsten ein. Seit Ende März war der laute Ruf nach Frieden die Hauptäußerung der öffentlichen Meinung. Mit Nachdruck forderte die Kölnische Zeitung die Entfernung Bismarcks und empfahl die Abtretung der Grafschaft Glatz für Schleswig-Holstein. Andere Blätter stimmten ein. Die Behörden der rheinischen Städte und die Handelskammern wandten sich an den König den Frieden zu erbitten; Berlin selbst schloß sich dieser Bewegung an, die bald bis Königsberg reichte. Der entgegengesetzten Ansicht gaben zuerst am 26. April 64 Altliberale in Halle Ausdruck: sie traten für das von Preußen geforderte Parlament und wenn es sein müsse für den Krieg ein; nicht diesen Krieg, wohl aber die Umkehr auf dem betretenen Wege erklärten sie für ein nationales Unglück. Eine wertvolle Unterstützung ward ihnen am 15. Mai durch eine gleichgesinnte Adresse der städtischen Behörden von Breslau, der Stadt, welche den Kriegsgefahren doch am meisten ausgesetzt war und die nun dem Könige die alte Opferwilligkeit von 1813 zusicherte,

Die öffentliche Meinung in Preußen.

nicht ohne dabei die feste Zuversicht auszusprechen, daß die Weisheit des Herrschers die Mittel finden werde, durch Beseitigung des inneren Konfliktes die Kampfbegeisterung zu wecken. Erfreulich wie diese Kundgebungen waren, blieben sie doch zu vereinzelt in dem allgemeinen „Friedensgewimmer" um Bismarck eine erhebliche Stütze zu gewähren.

Französische Rheingelüste.

Die Rheinländer, die von allen am eifrigsten waren Bismarck zu stürzen, ahnten nicht, wie angestrengt dieser arbeitete die Begehrlichkeit Napoleons nach rheinischem Boden zu überlisten. Daß allerlei Anforderungen von Paris aus laut geworden seien, wußte man wohl; schon im März verwahrte sich die Stadt Saarbrücken dagegen an Frankreich geopfert zu werden, denn die Kohlenbezirke der Saar, so hieß es damals, habe Bismarck in Biarritz dem Kaiser Napoleon versprochen. Aber der heftigste Angriff, den der preußische Staatsmann auszuhalten hatte, erfolgte doch erst, als der Kongreßvorschlag in Gang kam. Govone war es, der sich zum ersten Mittelsmann der französischen Gelüste machte. Er war Anfang Mai über Paris nach Florenz berufen, und kehrte am 20. auf demselben Wege zurück. Bismarck zeigte sich über die Zumutungen, deren Überbringer der Italiener war, natürlich keineswegs erstaunt und sein Widerstand schien jenem nicht allzuschwer zu brechen; versicherte der Minister doch, daß er selbst viel weniger Deutscher als Preuße sei, und verwies immer nur auf den König, den man nur im alleräußersten Augenblick zu Abtretungen bewegen könne. Darauf rückte denn Benedetti selbst mit des Kaisers Forderungen heraus, die alles Land bis zur Mosel umfaßten. Bismarck bewahrte auch jetzt seine Gelassenheit und vertröstete den Gesandten, wie es scheint, auf seine eigene Anwesenheit in Paris, wohin er sich zum Kongreß begeben und persönlich mit dem Kaiser verhandeln werde. Selbstverständlich nahm er, und ebenso Lamarmora, die Einladung zum Kongresse an; das Gehässige ihn zum Scheitern zu bringen überließ er mit Zuversicht Österreich. In der That mußte dieses sicher sein von dem Kongresse ohne Venetien zurückzukehren; es wollte daher auch eine Bürgschaft haben, daß es eine Entschädigung, nämlich Schlesien, erhalte, und kleidete dieses Verlangen in die Form der Bedingung, daß keine der zur Zeit geladenen Mächte auf dem Kongreß einen Machtzuwachs erhalten dürfe. Was es selbst in Venetien verlor, wollte es in Schlesien wiedergewinnen; Preußen mochte in Schleswig-Holstein sich schadlos halten, und Italien sollte wohl den Kirchenstaat wiederherstellen, wie die Einladung auch des Papstes zum Kongreß, die zweite Bedingung Österreichs, vermuten läßt. Für Napoleon genügte die erste um sich mit Entschiedenheit dagegen zu erklären; sollte keine Macht, also auch Frankreich nicht, einen Zuwachs erhalten, so war der Krieg in seinen Augen dem Kongreß weit vorzuziehen, zumal Österreich ihm erklärte, daß es nach wie vor bereit sei Venetien gegen gleichwertige Eroberungen in Deutschland abzutreten. Am 4. Juni gab demgemäß Gramont die Erklärung ab, daß die österreichischen Vorbehalte den Kongreß unmöglich machten.

Govones Anträge.

Benedetti.

Scheitern des Kongresses.

Bis zu diesem Tage hatte denn auch Bismarck, dessen Reise nach Paris nunmehr ja wegfiel, die erneuerten französischen Forderungen endgültig abgelehnt. Um so dringender wünschte er jetzt den baldigen Ausbruch des Krieges und Österreich kam ihm dabei sehr wirksam zu Hilfe. Am 1. Juni gab es in Frankfurt die Erklärung ab, daß nach dem Scheitern aller Versuche sich mit Preußen über Schleswig-Holstein zu verständigen das weitere nunmehr Sache des Bundes sei, dessen Entscheidungen der Kaiser bereitwillig anerkennen werde; überdies wurde Gablenz dazu ermächtigt die holsteinschen Stände auf den 11. Juni nach Itzehoe zu berufen. Damit war ein zweifelloser Vertragsbruch vollzogen; denn vor dem Beginn des dänischen Krieges, am 16. Januar 1864, hatten sich die beiden Großmächte verpflichtet die Erbfolgefrage und die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer nur im gegenseitigen Einverständnisse festzustellen; jetzt übertrug Österreich die Entscheidung dem Bunde. Es übertrug ihm aber gleichzeitig dadurch auch die Entscheidung über die Fortdauer der Gasteiner Konvention, und darauf gestützt machte Manteuffel in Bismarcks Auftrag am 6. Juni dem Statthalter Gablenz die Anzeige, er werde, da der frühere ungeteilte Gemeinbesitz nunmehr wiederhergestellt sei, nächsten Tages zur Wahrung der preußischen Rechte Holstein wieder besetzen und stelle den Österreichern frei in Schleswig einzurücken. Gablenz machte davon keinen Gebrauch, sondern zog sich unter Protest von Kiel nach Altona zurück, versammelte dort seine Truppen, die Brigade Kalik, und lehnte jede Verständigung mit Manteuffel ab. Dieser erklärte darauf durch Erlaß vom 10. Juni, daß er die oberste Regierungsgewalt auch in Holstein übernehme, die bisherige Landesregierung auflöse und den Baron Scheel-Plessen zum Oberpräsidenten beider Herzogtümer ernenne; an demselben Tage wurde Itzehoe besetzt, der österreichische Kommissar zur Ständeversammlung verhaftet und die Eröffnung des Landtags verhindert. Gablenz antwortete am 11. mit einer letzten Ansprache an die Schleswig-Holsteiner: seine Truppen seien zum Widerstande zu schwach, er müsse der Gewalt weichen, und verließ am anderen Tage das Land. Der Erbprinz von Augustenburg, der seine persönliche Freiheit mit Recht gefährdet glaubte, folgte sogleich diesem Beispiele.

Berufung der holsteinischen Stände durch Gablenz.

Einmarsch der Preußen in Holstein.

Abmarsch der Österreicher.

Auch in Frankfurt hatte Österreich inzwischen am 9. Juni feierlichen Protest eingelegt: zwei Tage später beantragte es gegen die Verletzung der Bundesakte, deren sich Preußen durch den Einmarsch in Holstein schuldig mache, die Mobilmachung aller nichtpreußischen Bundesarmeekorps. Trotz Savignys Einspruch wurde die Abstimmung auf den 14. angesetzt. Auf Preußens Seite standen an diesem Tage Baden, Luxemburg, Mecklenburg, Oldenburg, die thüringischen Staaten außer Meiningen, die drei Hansestädte, zu Österreich die vier Königreiche, und die beiden Hessen; das waren sieben Stimmen gegen sieben. Die Entscheidung lag bei Braunschweig-Nassau und der Fürstenkurie; innerhalb der letzteren waren drei Stimmen für, drei gegen den Antrag, die

Austritt Preußens aus dem Bunde.

siebente, Bückeburg, war gar nicht instruiert; dennoch erklärte sich der stimmführende Gesandte für Österreich, und ebenso verfuhr trotz Braunschweigs Widerspruch Nassau. Da Savigny gar nicht stimmte, sondern gegen den ganzen Antrag auf Grund des Bundesrechts, das nur eine Exekution, keine Mobilmachung gegen Bundesglieder kenne, protestierte, so faßte der österreichische Präsidialgesandte das Ergebnis dahin zusammen, daß mit neun gegen sechs Stimmen der österreichische Antrag angenommen sei. Nunmehr erhob sich Herr von Savigny um in Erfüllung einer ernsten Pflicht den Bundesbruch für vollzogen, den bisherigen Bundesvertrag für erloschen zu erklären; aber sein König betrachte damit die nationalen Grundlagen, auf denen dieser Bund erbaut gewesen, nicht als zerstört; die Einheit der deutschen Nation sei über die wechselnden Formen erhaben und es gelte jetzt einen neuen Ausdruck für dieselbe zu finden. Indem der Gesandte den Entwurf einer neuen Bundesakte, der den einzelnen Regierungen schon am 10. Juni mitgeteilt war, auf den Tisch der Bundesversammlung niederlegte, erklärte er seine bisherige Thätigkeit für beendet und verließ den Saal.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Der gesandtschaftliche Verkehr zwischen Wien und Berlin war von Österreich schon am 12. Juni abgebrochen; Karolyi verabschiedete sich von seinem italienischen Kollegen mit der Versicherung: wir werden nicht immer Feinde sein; siegen wir über Preußen, so ist Venetien Ihnen gewiß. Diese Erklärung beruhte auf einem Vertrage, den Gramont am 9. Juni in Wien geschlossen hatte und der den Austausch Venetiens gegen Schlesien stipulierte. Andererseits hatte Napoleon von Preußen die Zusicherung erhalten, daß keine Frage, die Frankreichs Interessen berühre, ohne dessen Mitwirkung geordnet werden solle. Daraufhin faßte er nunmehr den Entschluß ohne zu rüsten die weitere Entwickelung der Dinge abzuwarten. In einem offenen Briefe an Drouyn de l'Huys vom 11. Juni leugnete er alle Vergrößerungsgelüste ab; nur in dem einen Falle, daß die Karte Europas zum ausschließlichen Vorteil einer Großmacht verändert werden und die Nachbarprovinzen durch frei ausgedrückten Wunsch ihre Vereinigung mit Frankreich fordern sollten, könne letzteres an die Erweiterung seiner Grenzen denken. Den bevorstehenden Krieg führte er auf drei Gründe zurück, darauf daß Preußens geographische Lage schlecht abgegrenzt sei, daß Deutschland das Bedürfnis einer besseren politischen Verfassung empfinde und daß Italien seine Unabhängigkeit gesichert sehen wolle. Als Heilmittel für diese drei Übelstände galten ihm: für Preußen ein Zuwachs an Kraft und Zusammenhang im Norden; für Deutschland eine engere Vereinigung und bedeutsamere Rolle der Mittelstaaten unter Aufrechterhaltung der einflußreichen Stellung Österreichs; für Italien der Erwerb Venetiens gegen eine angemessene Entschädigung. Frankreichs Interessen ständen jedoch bei der Frage, ob diese Ziele durch den Krieg erreicht würden, nicht auf dem Spiele; was er, der Kaiser, verlangen müsse, die Bewahrung des europäischen Gleichgewichts und die Erhaltung Italiens, sei

Napoleons Programm.

gesichert, auch ohne daß er zum Schwerte greife; eine aufmerksame uneigennützige Neutralität sei deshalb die Politik, die er sich vorgeschrieben.

Kurhessen und Hannover.

Auf diese Neutralität Frankreichs gestützt hatte Preußen fast alle Truppen aus den Westprovinzen nach Sachsen und Schlesien ziehen können um sie dort gegen den Hauptfeind zu verwenden. Von der Schlagfertigkeit der deutschen Mittelstaaten hatte man in Berlin eine so geringe Meinung, daß man ihnen nur die allerbescheidensten Streitkräfte entgegenstellte. Nach der Abstimmung vom 14. Juni mußte man gewärtigen, daß auch Kurhessen und Hannover sich dem österreichischen Bündnis anschließen würden. Es war das ein völliger Bruch mit der preußenfreundlichen Politik, welche beide Staaten seit dem Ausbruch des dänischen Krieges befolgt hatten. Sowohl König Georg wie Kurfürst Friedrich Wilhelm haßten die volkstümliche Bewegung, die sich durch ganz Deutschland zu Gunsten Schleswig-Holsteins erhoben, zu bitter, als daß sie mit den übrigen Mittelstaaten hätten gemeinsame Sache machen können. Der Kampf gegen die Revolution, den die beiden Großmächte auf ihre Fahne schrieben, hatte ihren vollsten Beifall, und als Österreich sich von Preußen trennte und den Mittelstaaten und damit der öffentlichen Meinung zuwandte, blieb man in Kassel und Hannover im preußischen Fahrwasser. Das änderte sich erst, als Bismarck mit seinem Plane eines deutschen Parlamentes hervortrat. Auch ohne daß er seine Vorschläge für die Reform des Bundes mitteilte, wußte doch jedermann, daß sie auf eine Stärkung des preußischen Einflusses, auf eine Schmälerung der Souveränetätsrechte der übrigen Fürsten abzielen würden. Dagegen aber sträubte sich der Stolz des Welfenkönigs aufs äußerste. Seine Empfindlichkeit in diesem Punkte war aus dem Kultus, den er mit der Größe und dem Ruhm seines Hauses trieb, nur zu wohl bekannt. Mehr als einmal hatte er im Laufe des letzten Jahres bei festlichen Gelegenheiten sein Glas darauf geleert, daß der Geist der echten Monarchie, daß die Treue für das Welfenhaus bis an das Ende aller Dinge in seinem Lande walten möge, und die Geschmacklosigkeiten, deren er sich fähig zeigte, sobald es die Verherrlichung seines Stammes galt, hatten ihm gutmütigen und bitteren Spott reichlich eingetragen. In seiner Umgebung war niemand, der mit dem Willen ihm nach dieser Richtung Zügel anzulegen auch den Einfluß verbunden hätte; die Königin und die Günstlinge bestärkten ihn vielmehr durch Schmeicheleien darin. Graf Borries war wieder zu hohem Ansehen gelangt, und seine Ernennung zum Präsidenten des Staatsrats hatte im Herbst 1865 die halbwegs liberalen Minister Windthorst, Hammerstein, Erxleben und Lichtenberg zum Rücktritt bewogen; unter ihren Nachfolgern waren Bacmeister und Leonhardt die bedeutendsten. Ohne ihr Wissen hatte der König Ende April, als die Krisis sich verschärfte, sich dem Kaiser von Österreich gegenüber verpflichtet seine Truppen bei Stade zu konzentrieren und mit der Brigade Kalik zu vereinigen. Als dann Bismarck infolge der

hannoverschen Rüstungen am 9. Mai den Abschluß eines Neutralitätsvertrages forderte und ein erweiterter Ministerrat dem Könige dringend empfahl darauf einzugehen, hatte dieser wirklich nachgegeben und Verhandlungen angeknüpft. Allein auf die Meldung von diesen Vorgängen traf am 20. Mai des Königs Halbbruder, der österreichische General Prinz von Solms-Braunfels, in Hannover ein und bewirkte durch Versprechungen von Gebietsvergrößerung und durch falsche Nachrichten von einem preußisch-französischen Bündnis einen abermaligen Umschwung, so daß Bismarck die Neutralitätsverhandlungen als abgebrochen betrachten mußte. Alle Versuche den König noch umzustimmen, ein Besuch des Großherzogs von Oldenburg, eine auf Bennigsens Antrag beschlossene Adresse der zweiten Kammer, waren erfolglos: Hannover stimmte am 14. Juni in Frankfurt gegen Preußen. Auch an diesem und dem nächsten Tage wurden noch einmal alle Hebel angesetzt um den König zur Umkehr zu bewegen; nochmals stellte Bennigsen den Antrag, die Kammer solle den Rücktritt des Ministeriums, Aufhebung der Mobilmachung und strenge Neutralität verlangen: Forderungen, die um die nämliche Stunde von Herrn von Bischoffshausen auch im kurhessischen Landtag erhoben wurden: aber hier wie dort blieben die Regierenden jeder Warnung unzugänglich, sie verschmähten die goldene Brücke, die ihnen geboten wurde.

Ablehnung des preußischen Ultimatums.

An demselben 15. Juni überreichten die preußischen Gesandten in Hannover, Kassel und Dresden Preußens Ultimatum: noch vor Ablauf des Tages sollten die drei Regierungen die Abrüstung ihrer Truppen anordnen und die preußischen Reformvorschläge annehmen; dafür werde ihnen Preußen ihr Gebiet und ihre Souveränetätsrechte nach Maßgabe dieser Vorschläge verbürgen; für den Fall der Ablehnung aber werde der König sich als im Kriegszustande mit ihnen befindlich betrachten und dementsprechend handeln.

Der Krieg von 1866.

Einmarsch der Preußen in Hannover und Kurhessen.

Diesen Worten Nachdruck zu geben, standen gegen Hannover und Kurhessen drei Truppenkörper bereit: 16 000 Mann unter Manteuffel bei Altona, etwa 14 000 unter General Goeben bei Minden, 20 000 unter Beyer bei Wetzlar. Den Oberbefehl über die gesamte Macht erhielt Vogel von Falckenstein. Die hannoversche Armee, gegen 20 000 Mann, und die kurhessische, etwa halb so stark, waren weder vereinigt noch vollständig gerüstet. Aber auch dieser Umstand hielt die Fürsten nicht von ihrem kriegerischen Entschlusse ab. Der Kurfürst von Hessen versagte dem preußischen Gesandten von Röder in einer leidenschaftlich erregten Audienz die Annahme des Ultimatums, der König von Hannover empfing spät in der Nacht, umgeben von seiner Familie, Vertreter der städtischen Behörden um ihnen zu erklären, daß er als Christ, Monarch und Welf die preußischen Forderungen, deren Erfüllung das Königreich mediatisieren würde, nicht bewilligen könne, und daß er seinen Truppen

befohlen habe sich um Göttingen zu sammeln. Er selbst begab sich in ihre Mitte, während der Kurfürst, der seine Armee südwärts zur Vereinigung mit den Bayern schickte, trotzig in Wilhelmshöhe blieb und allem weiteren den Widerstand der Unthätigkeit entgegensetzte.

Die Besetzung beider Länder durch die Preußen zu verhinden wären die beiden Armeen selbst vereinigt nicht imstande gewesen; wohl aber konnten sie gemeinschaftlich ihren Marsch nach Süden gegen Beyer erzwingen und dann in Verbindung mit den oberdeutschen Truppen ein erhebliches Gewicht in die Wagschale werfen. König Georg aber säumte zu lange sein Land zu verlassen: er hoffte darauf, daß die Bayern durch den Thüringer Wald zu ihm heranziehen und in schnellem Umschlag Manteuffel und Goeben wieder aus dem Lande werfen würden. Während er in dieser Hoffnung bei Göttingen seine Rüstungen vervollständigte, trafen am 17. Juni von Minden, am 18. von Harburg aus die Preußen in der Hauptstadt ein und Vogel von Falckenstein übernahm die Verwaltung des Königreiches. Auch die kurhessische Hauptstadt wurde am 18. von den Preußen erreicht und der Kurfürst einige Tage später gefangen nach Stettin abgeführt. Die drei preußischen Truppenteile hatten sich also teils schon vereinigt teils erheblich genähert. Eine weitere Verstärkung stand ihnen durch einige thüringische Kontingente in Aussicht. Preußen richtete nämlich am 16. Juni an alle norddeutschen Staaten den Antrag auf Grund der Reformvorschläge vom 10. Juni mit ihm ein Bündnis zu schließen und ihre Truppen in Kriegsbereitschaft zu setzen. Voran den übrigen, die mit wenigen Ausnahmen doch bald folgten, nahm der Herzog von Koburg-Gotha diese Einladung an, und seine Truppen besetzten Gotha und Eisenach, über welche Stadt die gerade Verbindungslinie der Hannoveraner und Bayern führte. Einem entschlossenen Angriff der ersteren wären diese schwachen Streitkräfte allerdings auch mit den Verstärkungen, die ihnen aus Erfurt, Magdeburg, Berlin zugingen, nicht gewachsen gewesen; aber da die Bahn von Hannover über Magdeburg-Halle nach Eisenach vollständig in der Gewalt der Preußen war, so hätte Vogel von Falckenstein mit Leichtigkeit das Korps Manteuffel dorthin werfen und so dem feindlichen Vormarsch einen Riegel vorschieben können. Er unterließ das, trotzdem Moltke ihn am 21. telegraphisch dazu aufforderte, und setzte den Marsch auf Göttingen fort, wo er die Hannoveraner noch anzutreffen glaubte; auch dem Beyerschen Korps, das bis an die Werra östlich von Kassel vorgedrungen war und sich anschickte dem abziehenden Feinde in die rechte Flanke zu fallen, erteilte er Befehl flußabwärts nach Münden zu marschieren. Dadurch erhielt die hannoversche Armee, deren Kommando der König dem General von Arentsschild übertragen hatte, trotz der bei Göttingen verlorenen Tage die Möglichkeit doch noch bei Eisenach durchzubrechen; am 21. überschritt sie die preußische Grenze in der Richtung auf Heiligenstadt und rückte über Mühlhausen und Langensalza auf Gotha und Eisenach vor. Am 24. wäre sie in der Lage gewesen die schwachen

Besetzung von Hannover und Kassel.

Truppenteile, die ihr gegenüberstanden, beiseite zu schieben; allein dieser günstige Augenblick blieb unbenutzt, da man unsicher über die Stärke des Feindes und schwankend in den Entschlüssen Verhandlungen mit dem in Gotha kommandierenden Obersten Fabeck begonnen hatte, in die auch der Herzog von Koburg-Gotha vermittelnd eingriff. Die von Moltke geforderte Kapitulation lehnte der hannoversche Bevollmächtigte, Major Jacobi, natürlich ab und bot nur die Neutralisierung der Armee für längere Zeit an, wenn man ihr freien Durchmarsch nach Süddeutschland gewähren wolle. Auch der Generaladjutant des Königs, Dammers, der am 24. die Leitung der Verhandlungen übernahm, hielt diese Forderung aufrecht, schickte aber gleichzeitig nach Langensalza die Aufforderung zum Angriff zu schreiten, da er sich von der Schwäche des Feindes überzeugt hatte. Gleichwohl verpflichtete er sich dem Herzog gegenüber zu einer Waffenruhe bis zur Ankunft des preußischen Generals von Alvensleben, dessen Abreise von Berlin telegraphisch angezeigt worden war, und kehrte mittags am 24. nach Langensalza zurück um seinem Könige Meldung von diesen Vorgängen zu machen. Als nun trotzdem der Angriff des Feindes wirklich ins Werk gesetzt wurde, glaubte der in Gotha zurückgebliebene Major Jacobi diesen Bruch der Verpflichtung verhindern zu müssen, und schickte an die vorrückenden hannoverschen Offiziere nach Mechterstedt (zwischen Gotha und Eisenach) und nach Eisenach die Anzeige von der zugestandenen Waffenruhe. Infolgedessen wurde der Angriff wiedereingestellt und auch von diesen Truppenführern eine Waffenruhe bis zum 25. morgens 8 Uhr geschlossen. Diese Frist genügte um den Preußen ausreichende Verstärkungen zuzuführen; die ersten Abteilungen des Beyerschen Korps trafen in Eisenach ein; andere Truppen kamen mit der Eisenbahn von Kassel her; das Detachement Flies von Manteuffels Korps langte über Halle in Gotha an. Unter diesen Umständen hatte Alvensleben am Morgen des 25. seine Zusammenkunft mit dem Könige im Hauptquartier Groß-Behringen; auch jetzt noch sträubte sich der Monarch in die preußischen Bedingungen zu willigen, nahm aber Bedenkzeit bis zum 26. Juni 10 morgens und ließ bis dahin die Verlängerung der Waffenruhe abschließen. Von dieser Abkunft erhielt Falckenstein durch den nach Berlin zurückkehrenden Alvensleben keine Mitteilung und gab daher, als er nachmittags in Eisenach eintraf und genügende Streitkräfte zu seiner Verfügung vorfand, trotz der Vorstellungen Goebens die nötigen Befehle um anderen Tags in aller Frühe von Eisenach aus zum Angriff schreiten, während die Hannoveraner sich auf Langensalza und hinter die Unstrut zurückzogen. Zum wirklichen Angriff kam es am 26. nicht; denn eben noch zur rechten Zeit wurde Falckenstein von Berlin aus der Abschluß des Waffenstillstandes mitgeteilt. Allein auch die erhoffte Konvention sollte nicht zustande kommen; obgleich die Frist bis 10 Uhr morgens am 26. abgelaufen war, ohne daß Georg V. die preußischen Bedingungen angenommen hatte, begab sich mittags ein neuer Bevollmächtigter, der Oberst vom Generalstabe Döring,

nach Langensalza um als Ultimatum die Entwaffnung der hannoverschen Armee zu fordern; sie wurde von dem Könige verweigert, und damit waren die Unterhandlungen abgebrochen.

Noch einmal jedoch sollten die preußischen Streitkräfte zersplittert werden; auf falsche Nachrichten von dem Anmarsche der Bayern entsandte Falckenstein den größten Teil der Division Beyer an die Werraübergänge oberhalb Eisenachs und begab sich selbst nach Kassel um auftragsgemäß das Militärgouvernement von Kurhessen zu übernehmen. Bei Gotha stand daher nur das Detachement Flies, dessen Widerstand zu brechen die Hannoveraner wohl vermocht hätten. Statt dessen setzten sie ihren Rückzug über die Unstrut fort und die telegraphischen Meldungen von dieser Bewegung erweckten in Berlin den Glauben, daß sie in östlicher Richtung zu entkommen suchen würden. Um dies zu verhindern wollte Flies, der über etwa 9000 Mann verfügte, sich ihnen an die Fersen heften und rückte am 27. morgens von Gotha gegen Langensalza vor. Das Gros des Feindes war schon hinter der Unstrut, die in einer Entfernung von ungefähr einer halben Meile nördlich von jener Stadt fließt. Da Arentsschild die Stärke der Preußen anfangs überschätzte, gab er seinen anfänglichen Plan Langensalza zu behaupten auf und nahm bei Merxleben hinter dem Flusse, nordöstlich von der Stadt, eine Defensivstellung ein. Unbehindert konnten die Preußen daher Langensalza selbst besetzen, und ebenso den Raum bis zum Flusse, wo sie sich auf zwei Hügeln, dem Judenberg und dem östlich davon gelegenen Erbsberg, und in dem Badewäldchen zwischen diesen Hügeln und der Unstrut festsetzten. Ganz vergeblich aber waren alle Versuche gegen den doppelt so starken Feind und seine weit überlegene Artillerie die Brücke von Merxleben zu erstürmen. Vielmehr ging Arentsschild, der inzwischen die Schwäche des Feindes erkannt hatte, nachdem der Kampf beinahe vier Stunden gedauert und die letzte preußische Reserve ins Gefecht geführt war, gegen 2 Uhr zum Angriff über und zwang Flies zum Rückzug bis hinter Langensalza. Heldenmütig hielt die preußische Landwehr auf dem Erbsberg stand; langsam räumte sie den Judenberg; erfolgreich wiesen die Infanteriebataillone zu Quarrés formiert die glänzenden Angriffe der trefflichen hannoverschen Reiterei zurück: um 4 Uhr war aller gewonnene Boden doch wiederverloren und eine Fortsetzung des Kampfes hätte schlimme Folgen haben müssen. Allein im hannoverschen Lager war man so vollständig planlos, daß man die Schlacht abbrach, zumal ein Verlust von 1400 Mann an Toten und Verwundeten für die kleine Schar sehr empfindlich war. Dadurch wurde der Sieg zur Niederlage. Bis zum nächsten Morgen waren nicht allein von Eisenach soviel Truppen nach Gotha gezogen, daß kein Durchbruch mehr gelingen konnte, sondern es war auch Manteuffel über Mühlhausen weit genug herangekommen um an einem neuen Kampfe teilzunehmen. Von allen Seiten von überlegenen Truppenmassen umringt, überdies kaum noch für einen Tag mit Lebensmitteln versehen, mußte König Georg seine Einwilligung

Schlacht von Langensalza.

Kapitulation von Langensalza.

zu einer Kapitulation geben: Falckenstein sandte einen Bevollmächtigten nach Langensalza und in der Frühe des 29. kam der Vertrag zum Abschluß. Noch im letzten Augenblicke schien eine neue Schwierigkeit dadurch zu entstehen, daß von Berlin aus Manteuffel beauftragt wurde die Kapitulation zu unterzeichnen, wie er denn auch bestimmt war für Falckenstein das Oberkommando zu übernehmen. In der That wurden denn auch von ihm die näheren Bedingungen der Übergabe mit Arentsschild geordnet. Der König und der Kronprinz durften ihren Aufenthaltsort außerhalb des Königreichs frei wählen, ihr Privatvermögen ward ihnen gelassen; die Offiziere behielten ihre Waffen und versprachen nicht gegen Preußen zu kämpfen; die Truppen wurden in ihre Heimat befördert, das gesamte Kriegsmaterial mit Fahnen und Standarten den Preußen übergeben. So war vierzehn Tage nach dem entscheidenden Bundesbeschluß einer der Feinde völlig gedemütigt und entwaffnet, sein Land in der Gewalt des Siegers. Nicht viel besser sah es mit Kurhessen aus, wenn dessen Truppen auch an den Main entkommen waren. Das übrige Norddeutschland war dem preußischen Bündnisse beigetreten und rüstete; ein Gesandter nach dem anderen stellte in Frankfurt seine Thätigkeit ein, ein Landtag nach dem anderen bewilligte die Mittel um die Landestruppen zum Kampf an Preußens Seite mobil zu machen. Und während die Heere der süddeutschen Staaten nutzlos hin und herzogen ohne dem Feinde nahe zu kommen, war auf dem Hauptschauplatze des Krieges das Königreich Sachsen gleichfalls bereits in der Hand der Preußen, das österreichische Heer aber in einer Reihe von harten Kämpfen schwer getroffen und aller Siegeszuversicht beraubt.

Die drei preußischen Hauptarmeen.

Die preußische Hauptmacht stand Mitte Juni an der sächsisch-österreichischen Grenze von Torgau bis Neiße in drei großen Heeren zusammengeschart. Das Centrum bei Görlitz, Pommern, Brandenburger und Thüringer (Korps II, III und IV), bildete gegen 110 000 Mann stark unter Führung des Prinzen Friedrich Karl die Erste Armee. Auf dem rechten Flügel, also bei Torgau, standen reichlich 50 000 Rheinländer und Westfalen (Korps VII und VIII) unter dem Befehle Herwarths von Bittenfeld; sie erhielten die Bezeichnung Elbarmee. Die sog. Zweite Armee endlich, beinahe 150 000 Mann, Preußen, Posener, Schlesier (Korps I, V und VI) und Garde, wurde vom Kronprinzen geführt und bildete um Neiße herum den linken Flügel. In Reserve standen außerdem um Berlin etwa 25 000 Mann unter dem General von der Mülbe. Alle angeführten Zahlen bezeichnen übrigens nicht die Anfangsstärke, die um etwa ein Sechstel geringer anzunehmen ist, sondern die Summe der während des ganzen Krieges den einzelnen Armeen zugewiesenen Leute. Die Durchschnittsstärke der drei Heere betrug gegen 260 000 Mann mit 800 Geschützen.

Die österreichische Armee.

Auf feindlicher Seite standen ihnen gegenüber die Sachsen, von ihrem Kronprinzen Albert geführt, an 22 000 stark, und sieben österreichische Armeekorps, 230 bis 250 000 Mann, unter dem Oberbefehl

Benedeks. Nur das erste dieser Korps, Clam-Gallas, und ein Teil des dritten, die aus Holstein gekommene Brigade Kalik, war in Böhmen, die ganze übrige Macht hatte sich im nördlichen Mähren um Olmütz herum versammelt. Ein Angriff auf Schlesien, also auf die Armee des Kronprinzen, war der voraussichtliche Zweck dieser Aufstellung.

Besetzung von Sachsen.

Die weitgedehnte Front der preußischen Heere mußte sich verkürzen, sobald Sachsens politische Haltung zweifellos wurde. Erklärte es sich für neutral, so war ein Linksabmarsch der Ersten und der Elbarmee geboten; trat es auf Österreichs Seite, so mußten diese beiden Heere durch den rechtselbischen Teil des Königreiches gegen die Nordspitze Böhmens vorrücken. Daß Kronprinz Albert bei der Entfernung Benedeks nur auf Clam-Gallas gestützt dem weit überlegenen Feinde keinen Widerstand leisten, sondern sich in die böhmischen Grenzpässe zurückziehen werde, war mit Sicherheit anzunehmen. Die Entscheidung möglichst bald herbeizuführen war Aufgabe der Diplomatie. Bismarck stellte deshalb in Dresden am 15. Juni dieselbe Forderung wie in Kassel und Hannover; bis Mitternacht solle der König sich für Annahme der preußischen Reformvorschläge und unbewaffnete Neutralität erklären, oder Preußen werde sich als im Kriege mit Sachsen befindlich betrachten. Die Antwort fiel aus, wie zu erwarten stand, und gleichzeitig begann die sächsische Armee unter Zerstörung der Eisenbahnen und Elbbrücken sich nach Böhmen zurückzuziehen. Früh am 16. rückte darauf Herwarth von Torgau aus am linken Elbufer vor, überschritt am 17. bei Riesa den Fluß und war am 18. in Dresden. Hinter ihm her rückte das Reservekorps von der Mülbes, das am 19. Leipzig besetzte und das Verbleiben der Elbarmee überflüssig machte. Diese stellte Fühlung mit der Ersten Armee her, welche Bautzen und Zwickau besetzte, und rückte bis zum 22. an die Grenze vor.

Einleitende Märsche.

Aber auch die Zweite Armee war mittels eines Rechtsabmarsches von Neisse über Glatz bis Landshut dem Centrum in diesen Tagen ein bedeutendes Stück näher gekommen. Die Möglichkeit dazu hatte Benedek selbst geboten, indem er vom 17. an links abmarschierend von Olmütz nach Josefstadt vorging. Sobald die Nachricht von dieser Bewegung, die den Verzicht auf einen Einfall in das südliche Schlesien zu enthalten schien, in Berlin einlief, erteilte Moltke dem Kronprinzen den Befehl zu jenem Flankenmarsch und wies alle drei Armeen am 22. an die Grenze zu überschreiten und Gitschin als gemeinsames Marschziel ins Auge zu fassen. Eine eigentliche Kriegserklärung war zwischen den beiden Hauptmächten gar nicht ausgetauscht worden. Beide Monarchen wandten sich mit Ansprachen an ihre Völker, Franz Josef am 17., König Wilhelm am 18. Der österreichische Kaiser versprach, da der unheilvollste Krieg, ein Krieg Deutscher gegen Deutsche, nun einmal unvermeidlich geworden sei, im Vertrauen auf seine gerechte Sache und im Gefühle seiner Macht nicht eher zu ruhen, als bis er seinem Reiche und den verbündeten deutschen Staaten die freie innere Entwickelung

Beginn des Krieges.

gesichert und ihre Machtstellung in Europa befestigt habe. Der König von Preußen erinnerte daran, wie Österreich nicht vergessen wolle, daß seine Fürsten einst Deutschland beherrscht, wie es in dem jüngeren Preußen keinen natürlichen Bundesgenossen, sondern nur den feindlichen Nebenbuhler erblicke. Alte, unselige Eifersucht, rief er aus, ist in hellen Flammen wiederaufgelodert. Preußen soll geschwächt, entehrt, vernichtet werden. Gegen Preußen werden deutsche Fürsten zum Bundesbruch verleitet. Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, deren Kampfgeschrei ist: Erniedrigung Preußens. Es sei ein Kampf auf Leben und Tod gegen die, welche den Staat des großen Kurfürsten, des großen Friedrich, der Freiheitskriege von der Stufe herabstoßen möchten, worauf seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung ihn erhoben. Aber mit Gottes Hilfe werde dieses Preußen stark genug sein das lose Band, welches Deutschland bisher zusammengehalten habe und das jetzt von den Gegnern zerrissen sei, kraft der Rechtsmacht des nationalen Geistes fester und heilvoller zu erneuern.

Stimmung des preußischen Volkes.

Es hätte dieser markigen Worte nicht mehr bedurft um den Mut und die Treue des preußischen Volkes zur höchsten Opferwilligkeit anzustacheln. Sowie der Krieg gewiß war, schwanden alle Beschwerden und Einwendungen, die bis dahin von friedliebenden Bürgern gegen Bismarcks schneidige Politik erhoben waren; das volle Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, der tiefberechtigte Stolz auf den kerngesunden, ruhmvollen Heimatsstaat, die freudige Aussicht in eine glorreiche Zukunft, die Preußen und Deutschland endlich an das Ziel ihrer Wünsche bringen werde, Pflichtgefühl und Begeisterung im herrlichsten Bunde, durchzuckten das ganze Volk, und erfüllten es mit Mut und Kraft wie in den glänzendsten Tagen seiner Vergangenheit. Es war kein eitler Siegesrausch, dem man sich voreilig hingab; es war kein Vergessen der schweren Opfer und Gefahren, die bevorstanden; aber es war die Stimme des nationalen Gewissens, die den endlichen Sieg verbürgte, und der Glaube an das ungeschriebene göttliche Recht, der nicht trügen konnte. Jetzt erkannte man den König wieder, den man so lange verkannt hatte; jetzt huldigte man in dem entschlossenen Diener des Fürsten dem Diener einer höheren Macht, „der Rechtsmacht des nationalen Geistes"; jetzt flossen die aufgeregten Fluten des politischen Lebens, die so heftig gegeneinander angestürmt waren, alle in dem einen gemeinsamen Bette der Vaterlandsliebe nach der einen gemeinsamen Richtung, bereit die Dämme zu durchbrechen, die feindliche Mißgunst aufgeworfen hatte, und alles, was Widerstand leistete, unaufhaltsam hinwegzuschwemmen.

Österreichischer Übermut.

Die spannungsvollen Tage der einleitenden Märsche brachten in Hülle und Fülle die Prahlereien der österreichischen und süddeutschen Zeitungsblätter und Kammerredner, sie brachten aber auch die Kunde von dem entschlossenen Vorrücken der preußischen Truppen, deren „affenartige Geschwindigkeit" man in Wien hochmütig verspottete und mit dem

Hinweis auf Benedeks geheimen und vorsichtigen, aber zerschmetternden Kriegsplan lächerlich zu machen suchte. Dieser Kriegsplan lief darauf hinaus mit der ganzen Macht der Nordarmee sich auf Friedrich Karl und Herwarth zu stürzen und unbekümmert um den Kronprinzen die „Jagdpartie" nach Berlin zu eröffnen. Clam-Gallas und die Sachsen wurden deshalb angewiesen sich bis hinter die Iser zurückzuziehen und die Linie dieses Flusses, der hier ostwestlich mit leichter Richtung nach Süden fließt, von Turnau bis Münchengrätz zu halten. Dem Hervorbrechen der preußischen Heere aus den Gebirgspässen ward also kein Widerstand geleistet; ungehindert betrat die Elbarmee schon am 22., Prinz Friedrich Karl am 23. den feindlichen Boden. Nach einem leichten Gefechte bei Sichrow besetzte die thüringische Division Horn am 26. abends Turnau und rückte dann noch eine Meile flußabwärts Herwarth entgegen um die Brücke von Podol zu besetzen. Hier aber traf sie die österreichische Brigade Poschacher, die sich zwischen die beiden preußischen Armeen schieben sollte, und es entspann sich, auf preußischer Seite vom General Bose, auf österreichischer von Clam-Gallas geleitet, ein mehrstündiges Dorfgefecht in mondheller Nacht, das mit dem Rückzuge der Österreicher und einem Verluste von 700 Mann, darunter 500 Gefangenen, endete. Herwarth war an diesem Tage nur bis Hühnerwasser, nordwestlich von Münchengrätz gekommen, und hatte dort die Österreicher mit noch größerem Verluste zurückgeworfen; die Preußen verloren in beiden Treffen zusammen nur etwa 150 Mann. Zum Angriff auf Münchengrätz, das von 60 000 Feinden gedeckt war, mußte aber das Eintreffen größerer Heeresteile abgewartet werden und der 27. Juni verstrich daher ohne Kampf. Clam-Gallas benutzte diese Frist um durch Besetzung der wichtigsten Punkte seine Rückzugslinie nach dem östlich gelegenen Gitschin zu sichern, und als am 28. die beiden preußischen Führer mit sieben Divisionen ihn bei Münchengrätz angriffen, vermochte er sich einer eigentlichen Schlacht zu entziehen, wenn er auch gegen 1500 Gefangene bei den Rückzugsgefechten einbüßte. Vor Gitschin nahm er in einem großen Viertelskreis mit der Front gegen Nordwesten von neuem Aufstellung um die Ankunft des dritten Korps, die Benedek ihm für den 29. ankündigte, abzuwarten. Aber statt der Freunde rückten nachmittags von Turnau, also von Nordwesten, die brandenburgische Division Tümpling, etwas später von Münchengrätz, also von Westen, die Pommern unter General Werder an. Schon hatten sie beträchtlich an Boden gewonnen, als Clam-Gallas von Benedek Befehl erhielt sich südöstlich über Horitz und östlich über Milletin auf die Hauptarmee zurückzuziehen. Er brach daher um 7 Uhr den Kampf ab, überschritt die Czidlina, die durch Gitschin fließt, und ließ die Sachsen zur Deckung des Rückzuges in der Stadt zurück. Einige Stunden später wurden diese von den Preußen überfallen und die Stadt im nächtlichen Straßenkampf erobert. Der Tag hatte dem Feinde gegen 5000 Mann gekostet, darunter 2000 Gefangene, während die Preußen nur etwa 1000 Tote und Ver-

Benedeks Plan.

Podol.

Hühnerwasser.

Münchengrätz.

Gitschin.

wundete einbüßten. Prinz Friedrich Karl hatte damit das ihm vorgeschriebene Marschziel erreicht; er gönnte den Truppen einen Ruhetag und rückte erst am 1. Juli bis Horitz und Milletin vor, während Herwarth südwestlich davon bei Smidar an der unteren Czidlina Stellung nahm. Gleichzeitig gelang es über Milletin hinaus auf dem linken Flügel Fühlung mit den Vortruppen der kronprinzlichen Armee und damit die Sicherheit zu gewinnen, daß auch diese aller Hindernisse Herr geworden sei.

Die zweite Armee.

In der That hatte die zweite Armee mit weitaus den größten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Auf der drei bis vier Meilen langen Gebirgsstrecke, durch deren Pässe sie in Böhmen einfallen mußte, konnte Benedek ihr an 200 000 Mann gegenüberstellen, während ihre eigene Stärke nur 125 000 Maun betrug. Der Kronprinz hatte die Überschreitung der Grenze für das Centrum, die Garde, auf den 26. Juni bestimmt, das heißt einen Tag früher als für die Ostpreußen unter Bonin auf dem rechten, und die Posener unter Steinmetz auf dem linken Flügel. Infolge einer tiefen Einbucht der preußischen Grenze stand die Garde nämlich hinter den beiden Flügeln erheblich zurück; auch war der bei Eipel mündende Seitenpaß, den sie benutzen sollte, schwieriger und länger, als der nördliche Hauptpaß von Trautenau und der südliche von Nachod. Trautenau und Eipel liegen an dem Flüßchen Aupa, das zwischen beiden Orten seine östliche Richtung in einem rechten Winkel mit der südlichen vertauscht; es fließt in einem tiefen Thale, dessen

Trautenau.

rechtes Ufer den Abhang eines großen Plateaus bildet. Nur bis auf dieses Plateau waren die Österreicher und zwar nur mit einer Brigade von Gablenz' Korps gekommen, als um 8 Uhr morgens am 27. die Vortruppen Bonins in Trautenau einrückten. Niemand hatte ihnen den Weg durch die Pässe verlegt und völlig ungenügend war auch der Widerstand, den sie in der Stadt (wie man fälschlich glaubte auch von seiten der Bürger) und an dem Plateaurande fanden. Sie erstürmten denselben und rückten südwärts vor, und so sicher war Bonin des Erfolges, daß er den angebotenen Beistand der Gardedivision Hiller von Gärtringen, die kaum eine Meile entfernt nördlich von Eipel stand, ablehnte. Nachmittags aber änderte sich die Lage. In vorteilhafter Stellung hatte Gablenz die Ankunft seiner noch fehlenden Brigaden abgewartet; gegen 5 Uhr ging er zum Angriff über und warf mit seiner Übermacht die Preußen über den Plateaurand in den Aupagrund hinab. Waren seine eigenen Verluste auch drei- bis fünfmal stärker gewesen als die der Preußen (die Angaben schwanken zwischen 3600 und 5700 Mann), so hatte er doch unzweifelhaft den Sieg gewonnen und der Erfolg war um so größer, als Bonin ohne Not über die Grenze zurückging und den nächsten Tag völlig unthätig blieb.

Dafür griff nun aber am 28. Juni die Garde ein. Von Eipel stieg sie westwärts früh morgens in einer Schlucht das Plateau hinan und stand im Rücken von Gablenz' rechtem Flügel, den dieser durch

das Korps Festetics gedeckt glaubte. Durch einen verhängnisvollen Irrtum hatte Festetics aber zwei gleichnamige Dörfer verwechselt und befand sich, ohne daß Gablenz es ahnte, mehrere Meilen von dem Orte, den Benedek ihm angewiesen hatte. Nur Bonins Unthätigkeit rettete jetzt die Österreicher vor der Vernichtung und gestattete Gablenz die Front zu ändern. Aber daß Hiller von Gärtringen die Dörfer Burkersdorf und Soor erstürmte, daß die zweite Gardedivision Plonski den ganzen Plateaurand umging und Trautenau wiedernahm, konnte er nicht verhindern; mit 8000 Mann Verlust, darunter über die Hälfte an Gefangenen, erkaufte er mühsam in ehrenvollem Kampfe den Rückzug westwärts nach Pilnikau, und brachte aus der Doppelschlacht von Trautenau nur 17 000 Mann seines etwa 30 000 zählenden Korps zurück. Gablenz, so durften die preußischen Berichte melden, war vollkommen geschlagen.

Nachod und Skalitz.

Dasselbe Schicksal erlitt an denselben Tagen dem linken Flügel des Kronprinzen gegenüber der Feldmarschallleutnant Ramming. Auch er kam, wie Gablenz, am 27. zu spät um Steinmetz den Vormarsch aus dem Passe von Nachod zu verlegen; denn statt bei seinem Anrücken von Süden her geradewegs auf Nachod zu marschieren, rückte er nach Skalitz vor, das eine Meile westlich von Nachod liegt, und fand dann, als er halbwegs zwischen beiden Orten dem vordringenden Steinmetz entgegentrat, diesen bereits zu stark, als daß er ihn noch hätte überwinden können. Mit angeblich 6000 Mann Verlust wurden die Österreicher nach Skalitz beiseite gedrängt und hier „in ihrer ursprünglich beabsichtigten Aufstellung" an diesem Tage, obgleich es erst 2 Uhr war, nicht mehr behelligt, da Steinmetz erst alle seine Truppen aus den Pässen heraushaben wollte. Das genügte den Österreichern um in Verbindung mit der Niederlage Bonins die schönsten Siegesnachrichten über den 27. Juni in die Welt zu senden. Aber der nächste Tag verwandelte, wie bei Trautenau den Sieg in Niederlage, so hier die verhüllte Niederlage in eine offene. Wie schwer Rammings Korps bereits erschüttert war, gestand Benedek mittelbar dadurch zu, daß er es durch das des Erzherzogs Leopold ablösen ließ. Auch dieses sollte aber nur bis 2 Uhr am 28. bei Skalitz stehen bleiben, und wenn dann kein Angriff erfolgt sei, südwestlich nach Josefstadt an der Elbe zurückgehen; der Plan des Oberfeldherrn war, an diesem Flusse dem Kronprinzen verteidigungsweise Widerstand zu leisten und währenddes mit den meisten Truppen nach Gitschin abzurücken um dort mit Clam-Gallas und den Sachsen den Prinzen Friedrich Karl zu schlagen. Steinmetz' Angriff auf Skalitz und der Sieg der Garde bei Soor machte diesen Plan zunichte. Der preußische General ließ seine Truppen eine Schwenkung nach rechts machen und drang an die Aupa gelehnt, an der auch Skalitz liegt, mittags gegen die Stadt vor. Es war ein furchtbar erbitterter Kampf, der den Österreichern nach ihren eigenen, wohl übertriebenen Angaben beinahe 12 000 Mann kostete, jedenfalls aber wieder 2500 Gefangene in die Hände der Preußen brachte und mit dem Rückzug des Erzherzogs

auf Josefstadt endete. Ihm dorthin zu folgen lag nicht in Steinmetz' Operationsplan, der ihn nordwestlich gegen Königinhof an der Elbe und auf die gerade Straße nach Gitschin wies. Auf diesem Wege hatte er sich am 29. in seiner linken Flanke noch des Korps Festetics zu erwehren, Schweinschädel. das er bei Schweinschädel, westlich von Skalitz, mit 1000 Mann Verlust zurückwarf um dann unbehelligt Königinhof zu erreichen. Ebendorthin war Prinz August von Württemberg an diesem Tage mit der Garde gerückt und hatte das Städtchen gegen eine Brigade des Korps Festetics erstürmt; Bonins Ziel war Arnau, das etwas weiter elbaufwärts liegt; am 30. Juni, einem Ruhetage, lagen alle drei Korps, denen der größte Teil des schlesischen unter General Mutius nachrückte, engverbunden an der Elbe und stellten die Fühlung mit der ersten Armee her.

Lage der Österreicher. Kaum acht Tage waren verstrichen seit die ersten Preußen den feindlichen Boden betreten hatten, und schon waren Clam-Gallas und die Sachsen, Gablenz, Ramming, Erzherzog Leopold, Festetics, d. h. sechs von den acht feindlichen Korps, schwer, zum Teil vernichtend geschlagen, schon hatte die feindliche Armee in sechs großen und vielen kleineren Kämpfen an 40 000 Streiter eingebüßt, und nur noch zwei Korps, Thun und Erzherzog Ernst, waren unberührt. Benedek selbst verzweifelte und riet dem Kaiser telegraphisch am Morgen des 1. Juli Frieden zu schließen, da eine Katastrophe der Armee unausbleiblich sei. Nicht die geringere Zahl der Kämpfer konnte ihm diese Befürchtung eingegeben haben; denn immer noch waren die beiden Heere sich fast gleich und der kleine Unterschied wurde überreichlich dadurch aufgehoben, daß die Österreicher sich zu einer Verteidigungsschlacht die vorteilhaftesten Stellungen wählen und sie festungsartig vorbereiten konnten. Aber was die Lage so verzweifelt machte, das war die offenkundige Überlegenheit der preußischen Truppen.

Die beiderseitigen Führer. Den einen Bonin ausgenommen hatten sich alle preußischen Korps- und Divisionsführer mit Ruhm bedeckt; die glänzende Anlage des Kriegsplanes bewährte die hohe Meisterschaft des Generalstabschefs Helmut von Moltke; und die Durchführung der gegebenen Weisungen seitens der einzelnen Armeen bewies, daß Blumenthal und Voigts-Rhetz, die Generalstabschefs des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Karl, würdige Gehilfen des leitenden Kopfes waren. Nun die drei Heere auf engem Raume sich vereinigt hatten, erschien auch der König selbst, von Moltke, Bismarck und Roon begleitet, in ihrer Mitte. Am 29. Juni reiste er von Berlin ab, am 2. Juli war der Siebzigjährige in Gitschin. Alles war zum entscheidenden Schlage bereit. Da mochte denn dem österreichischen General wohl sorglich zu Mute werden. Kein Vorgang der letzten Tage, selbst nicht der Sieg von Trautenau, war geeignet sein Selbstvertrauen oder das Vertrauen auf seine Ratgeber und Korpsführer zu beleben. Der Generalstabschef von Henikstein und der Generalquartiermeister Krismanic, beides tüchtige und gewissenhafte Leute, waren doch dem großen Gegner nicht entfernt gewachsen und wurden überdies

am 3. Juli von Wien aus ihrer Stellen enthoben und durch den noch unbedeutenderen Generalmajor von Baumgarten ersetzt. Unter den Korpsführern hatte Clam-Gallas sich vielleicht am tüchtigsten gezeigt, aber gerade er war in Benedeks Augen der schuldigste, Erzherzog Leopold trat „aus Gesundheitsrücksichten" nach der Schlacht von Skalitz zurück; Ramming, Festetics, selbst Gablenz hatten sich nicht bewährt. Ebenso bedenklich wie diese Unfähigkeit der Führer war die Haltung der Truppen. Gewiß hatten die meisten an den meisten Orten tapfer gekämpft; aber die große Zahl der Gefangenen zeugte von der Unzuverlässigkeit vieler italienischer und ungarischer Regimenter, die das ganze Heer erschüttern mußte. Am vorzüglichsten hatte sich bisher die österreichische Artillerie bewährt, deren gezogene Geschütze der preußischen entschieden überlegen waren; die Kavallerie dagegen hatte den hochgespannten Erwartungen nicht entsprochen, sondern in der preußischen einen durchaus ebenbürtigen Gegner gefunden, und die Infanterie endlich, die doch den Ausschlag geben mußte, zog nicht allein gegen das Zündnadelgewehr, sondern ebensosehr gegen die größere Intelligenz, Ausdauer und sittliche Kraft des Feindes den kürzeren. Gewiß ließ sich trotzalledem noch immer eine günstige Wendung für Österreich hoffen; durch die großen Verluste der letzten Tage war doch vorzugsweise die Spreu vom Weizen gesondert; benutzte man jetzt die Erfahrungen der schweren Woche, bezog man eine feste Stellung, die der Artillerie eine große Rolle zu spielen erlaubte, sammelte man alle Streitkräfte, die man bisher zersplittert hatte, auf einem Punkte, so brauchte man der Entscheidung noch keineswegs so hoffnungslos, wie Benedek es that, entgegenzusehen. Es lag in der Hand der Österreicher, ob sie diesseit oder jenseit, östlich oder westlich der Elbe den Feind empfangen wollten. Benedek zog es vor den Fluß, der hier nordsüdlich fließt und durch die Festungen Josefstadt und Königgrätz gedeckt ist, im Rücken zu behalten und dadurch zwar einerseits sich den Rückzug zu erschweren, aber sich andererseits auch vor einer Umgehung zu sichern. Parallel der Elbe, von Nord nach Süd, fließt westlich von Königgrätz die Bistritz in einem tief eingeschnittenen sumpfigen Grunde. Zwei Straßen überschreiten sie, die eine westlich von Königgrätz bei Nechanitz, die andere nordwestlich bei Sadowa; die letztere führt in derselben Richtung weiter nach Horitz, die andere nach Smidar; auf jener rückte also Friedrich Karl, auf dieser Herwarth heran. Beide Straßen vereinigen sich kurz vor Königgrätz miteinander und mit einer dritten, von Norden, also von Königinhof herkommenden, auf der man des Kronprinzen gewärtig sein mußte. Etwa in der Höhe von Sadowa überschreitet auch diese Straße bei dem Dorfe Ratschitz einen Bach, die Trotina, die als Deckung gegen Norden dienen konnte. Der Raum zwischen Sadowa und Ratschitz wird östlich von dem ersten Dorfe durch den Swiepwald, südwestlich von dem letzten durch den Berg von Horenowes gesperrt; zwischen Wald und Berg liegt in der Senkung, doch selbst wieder auf einem kleineren Hügel, das Dorf Maslowed.

Die beiderseitigen Heere.

Konzentrierung der Österreicher bei Königgrätz.

Der Bistritz-Abhang von Sadowa südwärts bis Nechanitz ist fast überall steil und unersteigbar; nur unmittelbar südlich von Sadowa ist er gesenkter, aber von einem zweiten dichten Walde, dem Holawalde, bedeckt, an dessen Nordrande die Sadowa-Königgrätzer Straße entlang führt. An dieser Straße liegt etwa halbwegs, gerade südlich von Maslowed, das Dorf Rozberitz, derart, daß dieser Ort die Süd-, Maslowed die Nordost- und Sadowa die Nordwestspitze eines fast gleichschenkeligen, rechtwinkeligen Dreiecks bilden. Inmitten der Ostseite dieses Dreiecks liegt das Dorf Chlum, gerade westlich von demselben inmitten der Südwestseite das Dorf Lipa, zwischen beiden Dörfern der Berg von Chlum und an dessen Nordabhange am Rande des Swiepwaldes das Dorf Cistowes. Dem Berg von Chlum südwestlich gegenüber endlich, durch die Chaussee von ihm getrennt, erhebt sich, nicht viel niedriger als er, die Höhe von Lipa.

Stellung der Österreicher.

Hier war es, wo Benedek persönlich seinen Standpunkt nahm. Zu seiner Linken, im Holawalde und an den Bistritzübergängen von Sadowa und weiter südwärts, stand das Korps Gablenz; zu seiner Rechten, auf dem Berge von Chlum gegen den Swiepwald, Erzherzog Ernst; diese beiden Korps bildeten sein Centrum. Zum linken Flügel bei Nechanitz und den auf dem Plateau gelegenen Dörfern Prim und Problus bestimmte er die Sachsen und hinter ihnen als Reserve Erzherzog Leopold (jetzt Generalmajor Weber); die für den rechten Flügel bestimmten Korps Festetics und Thun sollten erst wenn der Kronprinz wirklich angriffe, in die Linie von Chlum nach der Trotinamündung einrücken, und so im rechten Winkel „als defensiver Haken" nordwärts gewandt sich an die westwärts gekehrte Schlachtordnung des Centrums und des linken Flügels anschließen. Einstweilen aber blieben sie rückwärts von Rozberitz mit den Korps Ramming und Clam-Gallas, der schweren Reiterei und der Artillerieresерve in Bereitschaft.

Die preußischen Heere.

Es war im Laufe des 1. und 2. Juli, daß Benedek diese Anordnungen ausführen ließ. Der Kronprinz bemerkte schon am 1., wie das rechte Elbufer, Königinhof gegenüber, von den Österreichern verlassen wurde, Prinz Friedrich Karl erhielt von den Ansammlungen erst nachmittags am 2. Kunde. Er kam eben von Gitschin zurück, wo er den König besucht hatte und wo für den 3. eine doppelte Rekognoszierung, seitens der Ersten Armee über Sadowa nach Königgrätz, seitens der Zweiten am östlichen Elbufer gegen Josefstadt beschlossen war. Die Meldung, daß die ganze österreichische Armee zwischen Elbe und Bistritz stehe, bewog ihn sofort den Kronprinzen zu ersuchen mit der ganzen Garde oder mit noch mehr Truppen am westlichen Elbufer vorzustoßen, da er selbst entschlossen sei den Feind über Sadowa an die Elbe zu drängen. Voigts-Rhetz eilte sofort nach Gitschin, wo er in einem Kriegsrate nach Mitternacht des Königs und Moltkes Genehmigung für diese Pläne erwirkte. Herwarth und der Kronprinz erhielten sogleich noch direkten Befehl mit Tagesgrauen aufzubrechen; die Erste Armee setzte sich schon zwei Uhr nachts in Bewegung.

Schlacht von Königgrätz.

Obgleich auch sie einen erheblichen Marsch bis an den Feind zu machen hatte, mußte sie doch weit früher an ihn kommen als der entferntere und später aufbrechende Kronprinz. Dichter Regen erschwerte den Marsch und erweichte die Straßen. Der König selbst, der übrigens persönlich die Anwesenheit des ganzen feindlichen Heeres hinter der Bistritz bezweifelte, fuhr um 5 Uhr dem Heere nach, stieg gegen 8 Uhr zu Pferde und kam an die Bistritz, als eben die preußische Artillerie von den diesseitigen Höhen den Kampf mit den Batterien jenseits begonnen hatte. Etwa zwei Stunden dauerte dieser Geschützkampf; da fuhren die am weitesten vorgeschobenen feindlichen Batterien ab, und die preußische Infanterie bemächtigte sich Sadowas und der südlicheren Übergänge. Von seinen drei Korps hielt Friedrich Karl die Brandenburger in der Reserve; die Pommern und die thüringische Division Horn erhielten den Auftrag durch den Hellwald gegen Lipa vorzudringen; die andere thüringische Division Fransecky war als linker Flügel weiter nordwärts über die Bistritz geschickt um durch den Swiepwald gegen Cistowes und Chlum vorzurücken. Vom Kronprinzen war um diese Zeit noch nichts zu sehen; Herwarth war zwar schon um 8 Uhr nach fünfstündigem Marsche in Nechanitz angekommen, brauchte aber mindestens vier Stunden um seine drei Divisionen über den Fluß zu schaffen. Die Hauptarbeit lag also seit 10 Uhr den Truppen in den beiden Wäldern ob. Schon die Division Horn und das pommersche Korps, die im Holawalde gegen Gablenz kämpften, hatten einen furchtbar schweren Stand; stundenlang hielten sie sich wacker trotz aller Verluste; gegen 1 Uhr aber mußte der Prinz die Brandenburger aus der Reserve heranziehen um zu verhüten, daß Benedek sein Centrum durchbreche. Weit schrecklicher noch war die Lage Franseckys im Swiepwalde, denn gegen ihn sandte Benedek Thun und Festetics ins Gefecht, diesen von Chlum und Cistowes aus nordwärts, jenen von Maslowed und Horenowes westwärts. Vierfach an Infanterie, noch mehr an Geschützzahl dem Gegner überlegen rückten sie vor, ihn von zwei, bald von drei Seiten umschließend. Von 9 bis 11 Uhr behaupteten sich die tapferen Thüringer und suchten in dreimaligem Sturme aus dem Walde vorbrechend sogar Maslowed dem Feinde zu entreißen; dann aber drangen die Österreicher unter schmetternder Musik mit ungeheuerer Übermacht vor und schoben die gelichteten Bataillone Schritt um Schritt bis in die äußersten Waldzipfel zurück. Entschlossen hier zu sterben leisteten die Ermatteten den letzten Widerstand, den zwei Bataillone, welche Horn von Sadowa gegen Cistowes entsandte, nur wenig erleichterten: da erschienen in der höchsten Not, zwischen 12 und 1 Uhr von Maslowed her preußische Reiter, die Vorboten des Kronprinzen; gleichzeitig erlahmte der Angriff der Österreicher; Thun und Festetics zogen ihre Regimenter zurück: ein Telegramm aus Josefstadt hatte Benedek gemeldet, daß der Kronprinz nahe, und nun galt es schleunigst gegen diesen Front zu machen; durch eine schnelle Rückwärtsschwenkung bildeten die beiden Korps den

defensiven Haken, der ihnen vorgeschrieben war, und hinderten kaum noch, daß Franseckỳ, der den vierten Teil seiner Infanterie verloren hatte, Cistowes besetzte.

Nun erst machte Benedek eine Hauptanstrengung um bei Sadowa die Reihen Friedrich Karls zu durchbrechen. Zu den Korps Gablenz und Erzherzog Ernst zog er Teile der Reserven heran um den Holawald wiederzunehmen. Obgleich jetzt auch die Brandenburger mit im Kampfe standen, schien es kaum möglich, daß die Preußen sich hielten; von der Nähe des Kronprinzen wußte der König noch nichts; der Rückzug der Infanterie wurde ernstlich erwogen; die Kavallerie ward zusammengezogen um ihr zur Aufnahme zu dienen. Da um 2 Uhr, im verhängnisvollen Augenblick, ehe der schwere Entschluß noch gefaßt war, sprengte Voigts-Rhetz vom linken Flügel heran, meldete dessen Erlösung und die Ankunft der Zweiten Armee. Nun war von keinem Rückzuge mehr die Rede. Von neuem gingen die unvergleichlichen Bataillone vor, nahmen den Wald, überschritten den Rand und schickten sich an die Höhe von Lipa zu stürmen, als sie auch schon zur Linken auf der Höhe von Chlum die Truppen des Kronprinzen erblickten, und von Problus zur Rechten die Siegeskunde von Herwarth vernahmen.

Dieser war mit seinen Rheinländern und Westfalen erst gegen 2 Uhr zum Angriff auf das Plateau gekommen. Unter schweren Verlusten erklomm er den ungedeckten Abhang und nahm binnen einer Stunde die Dörfer Prim und Problus; nur schrittweise konnte er Boden gewinnen, denn die Sachsen fochten in vortrefflicher Stellung mit ausgezeichneter Tapferkeit; aber der Besitz von Problus entschied über den Besitz des ganzen Plateaurandes bis Sadowa hin; die Batterien, die von dortaus sieben Stunden Feuer und Verderben unter die Preußen gespieen, mußten abfahren und die Verbindung des rechten preußischen Flügels mit dem Centrum war hergestellt.

Noch entscheidender freilich war der Schlag, den der Kronprinz ausführte. Die ersten auf dem Schlachtfelde waren Hiller von Gärtringen mit seiner Gardedivision und Zastrow mit einer Division Schlesier, die vereint die Batterien auf dem Berge von Horenowes zum Abzug zwangen, noch ehe Thun und Festetics ihre neuen Stellungen vollständig bezogen hatten; so befand sich östlich von Maslowed in ihrer Schlachtordnung eine breite Lücke. In diese drang, begünstigt von dem dicken Pulverdampfe, Hiller von Horenowes aus ein und stürmte trotz des mörderischen Geschützfeuers den Abhang von Chlum hinauf, während ein Teil seiner Bataillone sich südwärts gegen Rozberitz wandte und auch diesen Ort nahm. Wohl mochte Benedek die Schreckensnachricht unglaublich erscheinen; wohl nahm er alle seine Reserven zusammen um die verlorenen Punkte wiederzugewinnen; wohl gelang es gegen 4 Uhr der großen Übermacht Rozberitz noch einmal zu stürmen und dadurch wenigstens die Rückzugslinie frei zu machen: aber gegen den festen Schlüssel der ganzen Stellung, gegen Chlum, vermochte er nichts; der ersten Gardedivision kamen Teile

der zweiten (Plonsky) zu Hilfe; von Cistowes rückten Bonins Ostpreußen heran; von Problus her kamen die Westfalen, vom Holawalde die Brandenburger; die zweite Gardedivision erstürmte Lipa; da mußte er denn wohl das Spiel verloren geben; Gablenz und Erzherzog Ernst erhielten Befehl zum Rückzug, den die vorgeschickte Reiterei tapfer deckte; um $4^1/_2$ Uhr begann die Verfolgung.

Der König selbst stellte sich an die Spitze der Kavallerie von Friedrich Karls Armee und begegnete in Lipa der zweiten Gardedivision. Mit unbeschreiblichem Jubel begrüßten die Truppen den greisen Herrscher; die Offiziere stürzten sich auf seine Hände sie zu küssen, und der König ließ sich die Huldigung gefallen. So ging es vorwärts, immer noch im Kanonenfeuer, vorwärts von einer Truppe zur anderen, und überall nicht endenwollendes Hurrahrufen. Das sind Augenblicke, schrieb der glückliche Sieger anderen Tags seiner Gemahlin, die man erlebt haben muß um sie zu begreifen! Aber auch die blutigen Kampfesscenen spielten noch fort. Zwischen Problus und Rozberitz kam es zu einem furchtbaren Reitergefecht, und schrecklich sah das Schlachtfeld aus, das der König unmittelbar darauf beritt. Am Thalrand der Elbe geriet er selbst noch in so heftiges Granatenfeuer, daß Bismarck, der stets an seiner Seite war, ihn in einer Weise daraus entfernte, wie es kein anderer gewagt hätte. So begeistert war der alte Herr über seine Truppen, daß er das Sausen und Einschlagen gar nicht zu merken schien. Immer wieder fand er Bataillone, denen er danken und guten Abend sagen mußte, bis er richtig wieder ins Feuer hineingeraten war. Es ist mir aber doch lieber so, meinte Bismarck, als wenn er die Vorsicht übertriebe, und dann hat er so viel darüber hören müssen, daß er es künftig lassen wird; ich glaube auch kaum noch an eine Schlacht.

Den Kronprinzen traf der König erst, als es Abend wurde, gegen 8 Uhr; unter herabstürzenden Thränen empfing er aus den Händen des Vaters den Orden pour le mérite. Unzweifelhaft hatte er in dem gewaltigen Ringen dieses Tages die Rolle Blüchers bei Waterloo gespielt; ohne sein rechtzeitiges Eintreffen wäre die Schlacht zur Niederlage geworden oder hätte doch am folgenden Tage von neuem begonnen werden müssen. Furchtbar und schmerzlich waren die Verluste schon an diesem einen Tage gewesen. Der tapfere Hiller von Gärtringen hatte in dem Augenblicke das Leben eingebüßt, wo der Besitz von Chlum gesichert war; ein zweiter General Hiller war in Herwarths Reihen gefallen; der Erbprinz Anton von Hohenzollern hatte vier Gewehrkugeln im Bein und erlag seinen Wunden. Über 1800 tote, 7000 verwundete Preußen deckten die Wahlstadt. Aber weit größer waren freilich die Verluste der Österreicher, die zu 24 000 Toten und Verwundeten noch 20 000 Gefangene vermißten. 160 Geschütze und 5 Fahnen waren die Beute des Siegers. Eine noch weiterreichende Ausnutzung durch sofortige Verfolgung hinderte die Ermüdung der Preußen und der Schutz, welchen das feste Königgrätz den Geschlagenen bot; so ward den Fliehenden ein

Vorsprung gestattet, der sich nachher nicht mehr einholen ließ und es ihnen ermöglichte sich im Lager von Olmütz zu sammeln. Das Korps Gablenz und die Reiterei rückten geradeswegs auf Wien, dessen Sicherung das nächste Ziel der österreichischen Heeresführung sein mußte.

Eindruck der Schlacht.

Groß wie der Jubel in Preußen und Norddeutschland war die Bestürzung, ja die Verzweiflung in Wien. Bis in die letzten Tage hatten selbst die leitenden Kreise nicht die entfernteste Ahnung von dem schlimmen Stande der Dinge gehabt. Um so vernichtender wirkte jetzt die Nachricht von Königgrätz. Mit fieberhafter Erregung wurden am Schlachttage selbst die widersprechenden Nachrichten aufgenommen und besprochen; man fühlte, daß Österreichs Schicksal auf dem Spiele stehe, man machte sich auf eine große Trauerbotschaft gefaßt, aber die schreckliche Meldung, die der Morgen des 4. Juli brachte: die Nordarmee existiert nicht mehr! überbot doch alle Befürchtungen. Aber nachgeben, Frieden suchen durfte man trotzdem nicht, wenigstens nicht mit den Preußen; lieber wollte man in Ermangelung eigener Kraft den Kampf um den Preis der größten Opfer mit fremder Hilfe fortsetzen. Wo diese zu finden und wem Opfer zu bringen seien, lag ja auf der Hand. Man mußte Italien durch die Abtretung Venetiens befriedigen und Napoleon in den Krieg zu verwickeln suchen. Italien gegenüber nachzugeben war vom Standpunkt der militärischen Ehre betrachtet sehr wohl möglich; denn auf den Schlachtfeldern zwischen Etsch und Mincio hatten die österreichischen Waffen ihren alten Ruhm behauptet und mit geringeren Kräften einen rühmlichen Sieg davon getragen. Allerdings durfte Viktor Emanuel nach dem Bündnis vom 8. April ohne Preußen keinen Frieden schließen; aber wenn Napoleon es ihm gebot, war er dann imstande es zu verweigern? und wenn man die italienische Kriegführung genau beobachtete, zeigte sie dann nicht deutliche Spuren der Unlust, der Zwiespältigkeit, der Friedenssehnsucht? Von der gewaltigen Energie und Einheit des preußischen Feldzugsplanes war jedenfalls südlich der Alpen nichts zu bemerken. Wäre es nach den Vorschlägen Moltkes gegangen, so würden die Italiener das hindernde Festungsviereck durchkreuzt oder umgangen und ihren Vormarsch mit möglichster Beschleunigung in das deutsche Österreich gerichtet haben. Eine Freischar unter Garibaldis Führung hätte außerdem nach dem Vorschlage, den Usedom am 17. Juni an Lamarmora richtete, an der dalmatinischen Küste landen sollen um nach Ungarn hin vorzudringen und dieses Land zur Empörung zu reizen, eine Aufgabe, der gleichzeitig ein Flüchtlingskorps, das Klapka in Preußisch-Schlesien bildete, von Norden aus dienen sollte. Das wären Stöße, so meinte Usedom mit Recht, die nicht mehr die Gliedmaßen, sondern das Herz der österreichischen Monarchie träfen, die für Italien den Sieg und seine Frucht, die Erwerbung Venetiens, endgültig und unwiderruflich machen würden. Aber Lamarmora wollte von diesen Ratschlägen nichts hören; er hielt sie für gefährlich und fand es überdies beleidigend, daß man ihm von

Der Krieg in Italien.

Die Usedomsche Note.

Berlin aus Vorschriften erteilen wolle. Usedoms Note erhielt er nicht mehr in Florenz und nicht mehr als Ministerpräsident. Er hatte dieses Amt an Ricasoli, das Ministerium des Äußeren an Visconti Venosta, den bisherigen Gesandten in Konstantinopel, abgetreten, um selbst den Oberbefehl zu übernehmen. Man schickte ihm das wichtige Aktenstück ins Hauptquartier nach und er empfing es am 19. Juni, als er eben die Kriegserklärung nach Mantua abschicken wollte; allein anstatt es ernsthaft zu prüfen, legte er es verdrossen beiseite und würdigte es selbst nach einer zweiten Aufforderung nicht einmal einer Antwort. Er hatte seinen eigenen Kriegsplan und sah keine Veranlassung sich von diesem abbringen zu lassen. Lamarmoras Verhalten.

Und doch waren auch im italienischen Lager gewichtige Stimmen mit ihm keineswegs einverstanden. Während er der Ansicht huldigte, man müsse die Österreicher in ihren Festungen einschnüren und dürfe dann erst mit den überschüssigen Streitkräften an weitere Unternehmungen denken, verlangte Cialdini im Sinne des preußischen Planes ein Vordringen über den unteren Po im Osten der Festungen. Das Ansehen dieses Generals war so groß und seine Ungefügigkeit so bekannt, daß Lamarmora es für das beste hielt ihm freien Spielraum zu lassen; er übertrug ihm also den Oberbefehl über eines der vier Korps, die ins Feld rückten, wies ihm seine Stellung am unteren Po bei Ferrara an und verabredete mit ihm, daß sie sich gegenseitig durch eine starke Demonstration unterstützen wollten, wenn Cialdini über den Po oder wenn Lamarmora über den Mincio gehen werde. Wer von beiden aber zuerst den Flußübergang versuchen solle, darüber verständigten sie sich nicht; jeder nahm im stillen für sich diese Ehre in Anspruch. Lamarmora befehligte unmittelbar drei Korps, die von Durando, Cucchiari und Rocca geführt zusammen mindestens 120 000 Mann zählten; Cialdinis eines Korps war wenigstens so stark wie zwei der anderen zusammen, sodaß die italienische Feldarmee sich auf reichlich 200 000 Mann belief. Die Österreicher, von Erzherzog Albrecht geführt, hatten dem zur Schlacht bei weitem nicht die Hälfte entgegenzustellen; wenn ihre ganze Südarmee auch auf dem Papiere 190 000 Mann betrug, so blieb davon für die Operationen im Felde lange nicht die Hälfte, vielleicht 75—85 000 Mann, über. Schon dieser geringen Stärke wegen glaubte Lamarmora einen Angriff nicht befürchten zu müssen, zumal Nigra aus Paris am 15. Juni berichtete, die Österreicher würden einer Schlacht aus dem Wege gehen. Trotz der Einsprache des Königs, der die Gefährlichkeit dieser Voraussetzung lebhaft empfand, beschloß der General am 23. den Mincio zu überschreiten, Cucchiari zur Beobachtung von Mantua auf dem rechten Flügel zurückzulassen, mit dem linken Flügel (Durando) sich zwischen Peschiera und Verona zu schieben und mit dem Centrum (Rocca) über die Etsch vorzurücken um Cialdini die Hand zu reichen, der in der Nacht zum 25. über den Po gehen wollte. Lamarmora und Cialdini. Übergang über den Mincio.

Custozza. Man hatte im italienischen Lager keine Ahnung davon, daß um diese Zeit Erzherzog Albrecht mit seiner ganzen Armee bereits auf dem Hügellande östlich von Peschiera bis nach Verona hin zur Schlacht bereit stand. Mit der größten Heimlichkeit war das Heer über die Etsch in diese Stellung hinübergezogen und die Maßregel war auf das vollkommenste gelungen. Der Rand der Hügelkette erstreckt sich von Valeggio am Mincio bis Sommacampagna nordostwärts, von da bis Bussolengo an der Etsch nördlich; südlich von Sommacampagna liegt in der Ebene Villafranca, mittwegs zwischen Sommacampagna und Valeggio Custozza am Tione, einem Bache, der hier das Hügelland durchschneidet und südwärts in die Ebene fließt. Durando war mit seinem Korps von Valeggio nordwärts in das Hügelland gerückt und führte einen zersplitterten Kampf mit den Österreichern, die ihn nicht über den Tione kommen ließen und schließlich auf den Mincio zurückwarfen. Der heißeste und wechselvollste Kampf fand bei Custozza statt, das mehrfach genommen und verloren wurde. Während desselben stand der größte Teil von Roccas Korps in nächster Nähe südöstlich bei Villafranca, wo er früh morgens in der Richtung von Goito angekommen war; aber nachdem er einen wütenden Reiterangriff der Österreicher abgeschlagen hatte, verhielt er sich den ganzen Tag über unthätig, wie dringend auch die Divisionskommandanten Bixio und der Kronprinz Humbert um die Erlaubnis zum Dreinschlagen baten. Als gegen Abend, nachdem Custozza von den Österreichern mit Sturm genommen und die dort stehenden Italiener in die Flucht geworfen waren, ein zweiter Angriff auf Villafranca unternommen wurde, wiesen sie denselben ab, mußten ihre Stellung nun aber auch aufgeben und marschierten mit klingendem Spiel an den Mincio zurück. Lamarmora selbst hatte in den Nachmittagsstunden vollständig den Kopf verloren; er verließ das Schlachtfeld und ging nach Goito, dritthalb Meilen von Custozza. Es heißt, daß der König seine Befehle durchkreuzt, vielleicht gar Roccas Unthätigkeit verschuldet habe.

Rückzug der Italiener. So schmerzlich diese Niederlage für das italienische Ehrgefühl sein mußte, so war doch im Grunde nicht gar soviel verloren. Nur eines der vier Korps war geschlagen, die drei anderen ganz oder fast ganz ungeschwächt. Der Feind hatte kaum 200 Mann weniger verloren als die Italiener; das wollte bei einer Zahl von etwa 8000 nicht viel sagen, zumal die Österreicher den Abgang viel schwerer empfinden mußten. Weiter als bis auf das westliche Mincio-Ufer zurückzuweichen lag für Lamarmora gar kein Grund vor und wenn er doch Befehl erteilte hinter den Po zu gehen, so bewog ihn dazu vorzugsweise der Ärger über Cialdinis Meldung, daß er nach dem unglücklichen Ausgang der Schlacht bei Custozza am südlichen Po-Ufer bleiben werde und den begonnenen Übergang wieder rückgängig gemacht habe. Bei reiferer Überlegung und als man erfuhr, daß Erzherzog Albrecht nicht nachdränge, wurde denn auch der Rückzug eingestellt und das Heer blieb am Oglio. Auch Cial-

dini, der bis Modena zurückgegangen war, kehrte in seine bisherige Stellung zurück und versprach am 29. Juni in Parma persönlich dem Obergeneral, daß er den Übergang von neuem mit allen Kräften unternehmen wolle. Trotzdem weigerte sich Lamarmora die Führung der Armee zu behalten, während auch Cialdini sie nicht annehmen wollte. So herrschte Zwiespalt und Unklarheit im italienischen Lager und die Österreicher hatten volle Freiheit unbehelligt und unbeobachtet ihre Truppen aus Venetien wegzuziehen und der Nordarmee zuzuführen. Als der Befehl dazu nach der Königgrätzer Schlacht von Wien aus erteilt wurde, standen die Italiener soweit vom Feinde, daß sie bei dem besten Willen die Ausführung nicht mehr erheblich hätten erschweren können.

Abtretung Venetiens.

Nichtsdestoweniger bedeutete der Abmarsch der Südarmee natürlich den Verzicht auf Venetien; denn sobald die Italiener davon erfuhren, war zu erwarten, daß sie nachrückten und auch die Grenze von Deutsch-Österreich überschritten. Dies zu verhindern gab es nur ein Mittel und Franz Josef ergriff es. Am 5. Juli trat er seine italienischen Besitzungen dem Kaiser Napoleon ab und ersuchte ihn den Frieden mit Viktor Emanuel zu vermitteln. Nicht auch den Frieden mit Preußen; vielmehr gedachte er sich jetzt mit allen Kräften auf diesen Feind zu werfen und hoffte dabei Napoleon auf seiner Seite zu sehen. Allein der französische Kaiser war zum Kriege weder vorbereitet noch geneigt; allerdings erklärte der Kriegsminister Randon, daß sich sofort 80 000 Mann in Bewegung setzen könnten und legte einen Mobilisierungsplan vor, der 400 000 Mann auf dem Papiere zeigte; der Ministerrat beschloß infolgedessen am Abend des 5., daß anderen Tages die Kammern berufen werden sollten, um die nötigen Gelder zu bewilligen; aber in der Nacht zum 6. änderte der Kaiser, der anfangs eingewilligt hatte, seinen Entschluß; er ließ die Kammern nicht berufen und ging auf die österreichische Einladung nur unter der Bedingung ein, daß seine Vermittelung sich auch auf Preußen erstrecke. Als Grundlage derselben hielt er die Vorschläge fest, die er in seinem Briefe vom 11. Juni aufgestellt hatte und da in diesen die Erhaltung des österreichischen Einflusses in Deutschland und (von Venetien abgesehen) die Unversehrtheit des österreichischen Gebietes ausgesprochen war, so fügte sich Franz Josef, wohl überzeugt, daß Preußen sich weigern und so den Kaiser doch zum Kriege treiben werde. Der Jubel, der über diese Wendung in Paris ausbrach, war ungeheuer. Die Straßen prangten im Schmuck der Trikolore, eine glänzende Beleuchtung der Hauptstadt feierte den Sieg des Kaisers, in den überschwänglichsten Tönen priesen die ergebenen Zeitungen den Ruhm und die Macht Frankreichs. Napoleon selbst beeilte sich Viktor Emanuel das Ereignis anzuzeigen. „Das italienische Heer", so telegraphierte er am 5., „hat Gelegenheit gehabt seine Tapferkeit zu zeigen; daher ist weiteres Blutvergießen unnötig und Italien kann leicht durch eine Übereinkunft mit mir Venetien erlangen; ich schreibe an den König

Napoleons Vermittelung.

von Preußen um ihm wie Ew. Majestät einen Waffenstillstand als Einleitung zu Friedensverhandlungen vorzuschlagen."

Nationaler Unwille in Italien.

Wie ein Blitzstrahl traf diese Nachricht das Ehrgefühl aller patriotisch gesinnten Italiener. Nicht als durch eigene Kraft erworben, sondern als ein Geschenk aus der Hand des mächtigen Beschützers sollte Venetien mit dem Mutterlande vereinigt, nicht um den Preis des eigenen Blutes, sondern durch den Verrat an Preußen sollte das Kriegsziel erreicht, der Friede geschlossen werden. Selbst Lamarmora fand es außerordentlich schmerzlich, daß Napoleon auf Kosten der Ehre Italiens Preußen am Vordringen hemmen wolle; er nannte es erniedrigend Venetien als ein Geschenk von Frankreich anzunehmen, und fürchtete, das Heer werde auf diese Weise alles Ansehen verlieren, Italien nicht mehr zu regieren sein. Visconti Venosta ließ gleich am 5. unumwunden in Paris erklären, ohne Preußens Zustimmung werde Italien die Feindseligkeiten nicht einstellen, und fügte gewandt die Gelegenheit benutzend hinzu, daß es auch die Abtretung von Südtirol verlangen müsse. Ricasoli war, glühend vor Scham über die Rolle, die man ihm zumutete, selbst zum Kriege mit Frankreich entschlossen, wenn dieses, wie die französischen Diplomaten androhten, Venedig als sein Eigentum betrachten und den Italienern den Einmarsch verbieten wollte, zu welchem Zweck es ja, wie der französische Gesandte höhnisch geäußert haben soll, nur einen Korporal und vier Mann zu entsenden brauche. In ehrenhafter Weise gab man diesen Entschlüssen sofort auch durch die That Ausdruck. Noch am

Cialdinis Übergang über den Po.

5. Juli erhielt Cialdini Befehl den Brückenkopf von Borgoforte am Südufer des Po anzugreifen und erzwang in der folgenden Nacht die Räumung; in der zum 8. wurden drei Brücken über den Fluß geschlagen und am frühen Morgen der Übergang von 80 000 Mann begonnen; auch die Entsendung Garibaldis nach Ungarn ward vom Ministerrat beschlossen, wenn sie gleich nicht mehr zur Ausführung kam. Um jeden Preis sollte Cialdini die abziehenden Österreicher einzuholen suchen; allerdings ein schwieriger Auftrag, der mit der äußersten Kraftanstrengung doch nur soweit gelöst werden konnte, daß Medici am 21. Juli nördlich von Bassano bis an den Feind kam und ihn in ehrenvollem Kampfe

Garibaldis Einfall in Tirol.

zurückwarf. Gleichzeitig drang Garibaldi mit seinen Freiwilligen von der Westseite des Gardasees in Tirol ein, und beide Generäle hofften sich in Trient zu vereinigen. Auch an die Flotte wurden die größten Anforderungen gestellt; binnen acht Tagen, so forderte Ricasoli von dem Admiral Persano, muß das feindliche Geschwader zerstört und Istrien besetzt sein. Nicht ohne Grund rechnete man gerade zur See auf einen

Krieg zur See.

glänzenden Erfolg über die Österreicher. An 300 Millionen Franken waren binnen fünf Jahren in die Flotte gesteckt worden und den sieben Panzern des Feindes konnte man 24 gegenüberstellen; auch an Holzdampfern war die italienische Flotte dem Gegner überlegen; nur an Segelschiffen hatte dieser das Übergewicht. Aber man vergaß bei diesen siegesfreudigen Berechnungen, daß zur See viel weniger als zu Lande

die Zahl den Ausschlag giebt; man wußte nicht, mit welch unverzeihlicher Nachlässigkeit die Ausrüstung der eigenen Flotte betrieben war; man kannte nicht die unermüdliche Sorgfalt, mit welcher Tegetthoff, der feindliche Admiral, die Lehren des amerikanischen Krieges studiert und die neuen Kampfesweisen, die sich daraus ergaben, eingeübt hatte. Vom Admiral bis zum Matrosen, vom Kapitän bis zum Maschinisten war in der österreichischen Marine jeder einzelne ganz anders geschult als in der italienischen, und die höhere Lenksamkeit und Verwendbarkeit der Schiffe, die dadurch erzielt wurde, verdoppelte ihre Zahl. Tegetthoff war denn auch voll kühnen Selbstvertrauens; schon Ende Juni erschien er vor Ancona und forderte Persano, der dort lag, vergebens zum Kampfe heraus; jetzt lauerte er in Pola auf den Augenblick, wo der Feind ihm Gelegenheit zum Schlagen geben werde. Ihn dort anzugreifen wagte Persano nicht; als ihm Ricasoli befahl seine Unthätigkeit zu brechen, wandte er sich gegen die Insel Lissa, beschoß die Befestigungen derselben am 18. und 19. Juli, versuchte auch, aber ohne Erfolg, Truppen zu landen. Als er so den größten Teil seiner Kohlen schon verbraucht hatte, erhielt er früh am 20. die Nachricht, daß Tegetthoff nahe. In drei Keilen, voran die sieben Eisenpanzer, den Max, das Flaggenschiff, an der Spitze, dann die großen Holzschiffe, vom „Kaiser" geführt, endlich die kleineren Fahrzeuge, kamen die Österreicher gegen die feindliche Flotte heran, die ihrerseits in zwei langen Reihen Aufstellung nahm; die erste Reihe bildeten 12 Panzer, in drei durch breite Zwischenräume geteilten Gruppen, die zweite, in beträchtlichem Abstande, die Holzschiffe. Die Mittelgruppe führte der Re d'Italia, das Flaggenschiff Persanos; aber der Admiral selbst war nicht auf demselben, sondern fuhr an Bord des kleinen Affondatore zu dem hintersten Keil der österreichischen Schiffe ohne auch nur dort etwas auszurichten. Tegethoff hingegen brach durch einen der Zwischenräume und griff die Mittelgruppe von hinten an; mit vier Panzern warf er sich auf den Re d'Italia, dem nur der Palestro zu Hilfe kam, während die italienischen Holzschiffe sich scheu zurückhielten und die übrigen Panzer von den österreichischen Holzschiffen vollauf beschäftigt wurden. Nachdem er dann das feindliche Hauptschiff von allen Seiten umstellt, fuhr er plötzlich mit seinem Max gegen dessen Breitseite und brachte ihm einen furchtbaren Riß bei. In wenigen Minuten strömte das Meer ein, und das stolze Fahrzeug sank mit der ganzen Bemannung. Dem Palestro gelang es zwar zu entkommen, aber eine Kugel hatte sein Kohlenmagazin entzündet, das Feuer griff um sich und drang in die Pulverkammer; vergebens forderte der Kapitän die Mannschaft auf das Schiff zu verlassen; wie er selbst, so wollten seine Leute auf ihrem Schiffe untergehen: eine furchtbare Explosion verkündete den Augenblick, wo die Tapferen den Seemannstod starben. Auf österreichischer Seite ging kein Schiff verloren, wenn auch der Kaiser sich brennend zurückziehen mußte; alle seine Fahrzeuge brachte Tegetthoff glücklich durch die feindlichen Reihen

Schlacht bei Lissa.

und nahm Aufstellung mit dem Rücken gegen Lissa. Persano aber beeilte sich, solange seine Kohlen reichten, nach Ancona zurückzukehren, und verlor im Hafen selbst noch den Affondatore, der unter sehr verdächtigen Umständen sank. So war die Schlacht bei Lissa eine noch weit peinlichere Niederlage geworden als die von Custozza, und so entmutigend wirkte diese Enttäuschung, so traurig war außerdem der Zustand der Flotte, daß die Minister keinen Admiral finden konnten, der einen zweiten Angriff zur See gewagt hätte.

Vormarsch der Preußen.

Die Preußen hatten unterdes ihren Sieg gehörig ausgenutzt. Nachdem ein Waffenstillstand, den Gablenz am 4. Juli nachsuchte, kurzerhand abgelehnt war, begann am nächsten Tage der Vormarsch, der die siegreichen Heere am 6. und 7. Juli über die Elbe führte. Nur das schlesische Korps unter Mutius blieb zur Beobachtung von Königgrätz und Josefstadt zurück; die Besetzung von Prag und Nordböhmen ward dem Reservekorps Mülbe übertragen, das aus Sachsen nachrückte. Der Kronprinz marschierte auf Olmütz, Friedrich Karl auf Brünn, Herwarth auf Iglau. Diese Bewegungen erlitten durch Napoleons Vermittelungserbieten keine Unterbrechung. Es traf den König bereits in der Nacht zum 5. Juli in Horitz und enthielt, wie das an Viktor Emanuel gerichtete, den Vorschlag eines Waffenstillstandes. Wollte man Frankreich nicht ganz in das österreichische Lager treiben, so konnte von einer schroffen Ablehnung nicht die Rede sein. Der König antwortete also umgehend, daß er grundsätzlich nichts gegen den französischen Vorschlag habe, daß er aber Italiens Zustimmung und der Einwilligung Österreichs in die Hauptforderungen Preußens vorher sicher sein müsse; um dieses Verhalten zu begründen ward am 7. der Prinz Reuß aus dem Hauptquartier nach Paris geschickt. Dort kämpften im kaiserlichen Rate die Kriegs- und die Friedenspartei noch immer einen harten Kampf. Drouyn de l'Huys war der Hauptverfechter eines entschlossenen Zugreifens; er forderte die Aufstellung von 80 000 Mann am Rhein und war überzeugt, daß diese Drohung Preußen gefügig machen werde. Meldete doch Benedetti, daß von Berlin bis zum Rhein nicht 15 000 Mann ständen und daß Frankreich durch eine bloße Demonstration die Lage beherrschen könne. Freilich hatte derselbe Gewährsmann schon im Juni berichtet, daß der König so wenig wie sein geringster Unterthan die Möglichkeit einer Abtretung am Rheine zulasse; aber das war der Kriegspartei ganz recht; denn an dem Siege ihrer Waffen zweifelte sie nicht, und die Grenzerweiterung, die sie durch Anwendung von Gewalt zu erreichen hoffte, war natürlich viel bedeutender als die, zu der sich auf dem Wege der Verhandlungen die Gelegenheit bieten konnte. Die Friedenspartei hingegen, besonders Rouher und Magne, war von der Unbesiegbarkeit des französischen Heeres nicht in gleicher Weise durchdrungen und wies den Kaiser darauf hin, wie sehr die Armee durch die mexikanische Expedition in ihrer Schlagfertigkeit gelähmt sei. Sie empfahl deshalb nur eine Abschlagszahlung zu fordern, etwa die Grenzen des

Die französische Vermittelung.

ersten Pariser Friedens, ohne damit übrigens, wie Rouher betonte, eine Quittung für die Zukunft auszustellen; in wenigen Jahren, prophezeite er, werde Süddeutschland einen neuen Zankapfel abgeben, und dann müsse Frankreich schneller bei der Hand sein als diesmal. Diese Trinkgeldspolitik, wie Bismarck sie nannte, trug den Sieg davon. Am 10. Juli beschloß der Ministerrat Österreichs Hilfsgesuch abzulehnen und durch Benedetti im preußischen Hauptquartier eine Grenzberichtigung zu fordern.

Hier waren inzwischen in Voraussicht des Kommenden die ernstesten Verhandlungen gepflogen worden. Was Frankreich eigentlich wolle, wußte man noch nicht; aber das stand bei dem Könige fest, daß er lieber abdanken als ohne Vergrößerung Preußens aus diesem Kriege zurückkehren wolle. Napoleons mangelhafte Rüstung war den leitenden Kreisen sehr wohl bekannt; Moltke erklärte, daß Preußen schlimmsten Falls imstande sei den Krieg zugleich an der Donau und am Rhein zu führen; kein Wunder also, wenn in der kriegerischen Luft des Hauptquartiers die waghalsigsten Entschlüsse Verteidiger fanden. Demgegenüber war es Bismarcks Aufgabe Wasser in den brausenden Wein zu gießen und daran zu erinnern, daß Preußen nicht allein in Europa lebe sondern drei Nachbarn habe. Er wollte nicht ohne Not wie ein leichtsinniger Spieler den großen Gewinn, dessen er sicher war, noch einmal auf eine Karte setzen, und der König billigte seine gemäßigten Ratschläge. Als Benedetti in der Nacht zum 12. Juli im Hauptquartier eintraf und es anderen Tags nach Brünn begleitete, behandelte der Minister die Abtretungsforderungen ausweichend, hob hervor, daß Frankreich und Preußen ja allerdings jetzt in der Lage seien gemeinsam die Karte von Europa umzugestalten und ließ auch wohl ein Wort von Belgien und selbst von der Pfalz fallen oder sich gefallen. Es waren das ja Themata, die nicht zum erstenmale zur Verhandlung kamen, und denen gegenüber es Bismarck stets als seine Aufgabe ansah durch hinhaltende Äußerungen, die sich aber nie bis zu einem Versprechen verstiegen, Frankreichs eigentümliche Einbildungen zu schonen anstatt durch Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden zu gefährden. So gelang es ihm diese Frage der Grenzberichtigung bis zur Rückkehr nach Berlin zu verschieben, allein in bezug auf die Friedensbedingungen war das nicht möglich; hier kam es darauf an fest auf dem Unerläßlichen zu bestehen und in den notwendigen Punkten nachzugeben. So verzichtete Bismarck auf eine Gebietserweiterung auf Kosten Österreichs oder Sachsens, gestand den deutschen Staaten südlich vom Main das Recht zu einen gesonderten Bund zu schließen und versprach die nördlichen Bezirke von Schleswig an Dänemark zurückzugeben, wenn die Bevölkerung in freier Abstimmung diesen Wunsch ausspreche. Dagegen bestand er auf dem Austritt Österreichs aus dem Bunde, auf der Begründung eines Norddeutschen Bundes unter Preußens Führung, auf dem Rechte mit Süddeutschland eine nationale Verbindung herzustellen

Das preußische Hauptquartier.

Ergebnis der Verhandlungen.

und auf der vollen Freiheit Preußen durch die eroberten Gebiete nördlich vom Main zu vergrößern. Bedeutend wie diese Errungenschaften waren, erschienen doch auch die Verzichte nicht gering, und Bismarck war der erste später in der Kammer einzugestehen, daß nicht alles wünschenswerte erreicht sei, und anzudeuten, daß Frankreich in seinen Forderungen die Grenzen der Mäßigung überschritten habe. In dem ersten Entwurfe, den Napoleon am 16. Juli an Bismarck gelangen ließ, war das in noch weit höherem Maße der Fall; denn er enthielt nichts von preußischen Vergrößerungen in Norddeutschland. Erst als Bismarck erklärte, daß der König sich darauf in keinem Fall einlassen werde, gab man in Paris nach und überließ es Preußen diesen Punkt mit Österreich selbst zu ordnen. Frankreich betrachte sich nicht als Schiedsrichter, der beiden Parteien die Lösung vorschreibe, so hieß es in einer Depesche vom 19. Juli, auch nicht als Unterhändler, der unmittelbaren Anteil an den Vereinbarungen nehme, sondern es wünsche nur nichts zu unterlassen um die kriegführenden Mächte auf einen gemeinsamen Boden zu bringen. Unter diesen Umständen war Preußen bereit eine fünftägige Waffenruhe zu bewilligen um während derselben direkt mit Österreich zu verhandeln, und da aus dieser Waffenruhe der Friede hervorging, so erlosch mit ihrem Beginn, Mittags am 22. Juli, der Krieg, fast genau einen Monat nachdem die ersten Preußen die österreichische Grenze überschritten hatten.

Der Waffenstillstand.

Der Einzug des Feindes in die Hauptstadt wurde dadurch den Österreichern erspart, während er ohnedies unabwendbar gewesen wäre. Die preußische Armee war in der vollen Stärke, mit der sie die Grenze überschritten, gegen die Donau vorgerückt; alle Lücken, welche Krankheit und Schlacht gerissen oder die Zurücklassung beobachtender Truppenteile, z. B. vor Königgrätz und Olmütz, hervorgerufen hatte, waren durch reichlichen Nachschub ausgefüllt. Trotz der Cholera, die in bedenklichem Umfang in dem Heere ausbrach, war dasselbe von dem besten Geiste erfüllt. Unsere Leute sind zum Küssen, schrieb Bismarck nach Haus: jeder so todesmutig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen freundlich gegen alle, kein Plündern und kein Sengen, bezahlen was sie können und essen verschimmeltes Brot; es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Manne bei uns sitzen, sonst könnte das alles nicht sein! Die moralische Überlegenheit, die dem Sieger als schönste Frucht des Sieges in den Schoß fällt, hatte sich auch bei den kleineren Gefechten der letzten Wochen vollauf bestätigt. Gablenz war mit seinen Truppen ohne Kampf bis an die Donau gelangt; auch von den Korps, die mit Benedek vom 10. bis 12. Juli im Lager vor Olmütz eintrafen, wurden die Sachsen und Erzherzog Ernst unbehelligt mit der Eisenbahn nach Wien geschafft. Ebendorthin sollten auch die übrigen Korps aufbrechen. Den Befehl dazu erteilte Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custozza, den der Kaiser an Benedeks Stelle zum Oberbefehlshaber

Die preußische Armee.

Rückzug der Österreicher.

ernannt hatte, und der durch Vertrauen atmende Armeebefehle den Geist der Truppen zu heben bemüht war. Daß ihm dies bei den Besiegten von Königgrätz nicht gelang, zeigten die Gefechte südlich von Olmütz. Benedek hatte die Absicht auf beiden Ufern der March nach Preßburg zu marschieren; allein als den Vorrückenden bei Tobitschau am rechten Ufer Bonin mit Teilen des I. Korps entgegentrat und sie am 15. Juli nördlich auf Olmütz zurückwarf, verzichtete der Feldherr auf das rechte Marchufer und zog alle seine Truppen auf das linke. Ja, als preußische Reiterei unter General Hartmann über den Fluß setzte und an demselben Tage bei Prerau den Vortrab von Gondrecourt (früher Clam-Gallas) angriff, ließ Benedek auch diese Straße fallen und ging über die kleinen Karpathen ins Thal der Waag um in diesem südwärts auf Komorn zu marschieren. Dadurch entfernte er sich beträchtlich von Wien und seine Ankunft vor der Hauptstadt wurde weit hinausgeschoben; erst am 22. Juli trafen seine vordersten Truppen in Preßburg ein. Auch die aus Italien herangezogenen Korps waren an diesem Tage, als der Waffenstillstand begann, nur teilweise angekommen und nicht vor dem 26. vollzählig versammelt. Die preußischen Armeen standen dagegen der Hauptstadt so nahe, daß ihre Vorposten des Abends die erleuchteten Fenster sehen konnten. Die vorderste Linie bildete die Elbarmee auf dem rechten, die Friedrich Karls auf dem linken Flügel; der Kronprinz stand weiter rückwärts. Auf dem linken Marchufer befand sich Franseckỳ mit den Thüringern, denen noch unmittelbar vor Beginn der Waffenruhe ein freilich unfruchtbarer Erfolg zu teil wurde. Am Morgen des 22. rückte Franseckỳ nämlich gegen Thun und eine Brigade von Gablenz' Korps vor, die nordöstlich von Preßburg, links an die March, rechts bei Blumenau an die Karpathen gelehnt, standen. Schon war General Bose mit einem Teil der Truppen auf Gebirgspfaden dem Feinde in den Rücken gefallen, als die Mittagsstunde den Feindseligkeiten ein Ende machte. Beide Teile rückten friedlich aneinander vorüber in die Stellungen, welche ihnen durch die Bedingungen der Waffenruhe angewiesen waren.

Tobitschau.

Preßburg.

Vier Tage später, am 26. Juli, wurde in Nikolsburg der Friede geschlossen. Österreich gab darin seine norddeutschen Verbündeten, Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt, vorbehaltlos der preußischen Regierung preis, nur für Sachsen erwirkte es den Fortbestand in seinen bisherigen Grenzen, freilich als Teil des künftigen Norddeutschen Bundes. Die süddeutschen Staaten fanden, wenigstens soweit sie südlich vom Main lagen, ihre Selbständigkeit gewährleistet; im übrigen aber waren sie Preußen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und erst für den 2. August wurde ihnen das Recht eingeräumt an dem Waffenstillstande teilzunehmen. Bis dahin konnten die preußischen Truppen ihren Siegeslauf noch ungehindert fortsetzen.

Präliminarien von Nikolsburg.

Infolgedessen gingen die Feindseligkeiten zwischen Preußen und Süddeutschland, wie sie zuletzt ihren Anfang genommen, so auch zuletzt zu

Der Krieg gegen Süddeutschland.

Ende. Erst nach der Schlacht bei Königgrätz war der erste Zusammenstoß mit den Bayern erfolgt. Den Oberbefehl über diese und zugleich über das achte Bundeskorps führte der 71jährige Prinz Karl von Bayern, ein Oheim des Königs. Nach einer Übereinkunft, die sein Generalstabschef von der Tann am 14. Juni in Olmütz mit Benedek getroffen, sollte dieser die allgemeinen Weisungen erteilten, dabei aber die Deckung Bayerns und der übrigen verbündeten Staaten berücksichtigen. Für den Fall eines unglücklichen Friedens wurde Bayern zugesichert, daß es nur in gleichem Verhältnis mit den anderen Bundesgenossen eine Schmälerung seiner Grenzen erleiden und für etwaige Abtretungen schadlos gehalten werden solle, eine Abrede, die kaum eine andere Deutung als zu Ungunsten Badens zuließ. Die bayerische Armee sollte am 15. Juni, 40—50 000 Mann stark, in Franken bereitstehen, sich dann westwärts dem achten Bundeskorps nähern und mit diesem zusammen in nordwestlicher Richtung zum Angriff schreiten. Die Führung des achten Korps ward dem Prinzen Alexander, Bruder des Großherzogs von Hessen und Schwager des Kaisers von Rußland, übertragen; unter ihm befehligten General Hardegg die Württemberger, Prinz Wilhelm von Baden die Badenser, General Perglas die Darmstädter, Graf Neipperg eine aus Österreichern, Kurhessen und Nassauern gemischte Division. Die höchste Stärke des ganzen Korps betrug etwa 55 000 Mann, von denen ein Teil überdies die Besatzung von Mainz bildete. Die Kriegsbereitschaft und Disziplin fast aller dieser Truppen ließ viel zu wünschen übrig; in dem buntscheckigen Hauptquartier befand sich fast kein Offizier, den Prinz Alexander sich selbst ausgewählt; seit 26 Jahren war das Korps nicht zu gemeinsamen Übungen vereinigt gewesen. Mit sehr geringen Hoffnungen übernahm der Prinz den Oberbefehl, zugleich aber ließ auch er im Bewußtsein der Kriegserfahrungen, die er im Kaukasus und 1859 in Oberitalien gesammelt, es an Fügsamkeit gegen die Befehle des bayerischen Prinzen mangeln. Dieser hatte seinen Aufmarsch am Main am 21. Juni vollendet und gedachte den Hannoveranern nach Fulda entgegenzuziehen; widersprechende Nachrichten über deren Lage brachten aber Unsicherheit in seine Maßregeln, zumal er die Verbindung mit dem achten Bundeskorps zu erhalten bedacht sein mußte. Erst infolge der Meldung, daß die Hannoveraner bei Langensalza gesiegt hätten, und einer telegraphischen Aufforderung des Kaisers von Österreich wurde am 29. Juni energisch der Marsch nach Norden angetreten und am 30. bis Schleusingen und Suhl fortgesetzt. Da traf die Nachricht von der Kapitulation der Hannoveraner ein und nun mußte der Operationsplan von neuem geändert werden: die Armee sollte nördlich von der Rhön ins Fuldathal marschieren um sich dort mit dem achten Korps zu vereinigen. Prinz Alexander aber hatte sich nur sehr oberflächlich an die Verabredungen gehalten, die zwischen ihm und dem bayerischen Heerführer am 26. in Schweinfurt getroffen waren, indem er zwar seinen rechten Flügel nach Hersfeld, die Badenser aber auf Wetzlar und die Württemberger auf

Kreuz- und Quermärsche.

Gießen richtete. So standen denn zu derselben Zeit, wo die Preußen nach der Kapitulation von Langensalza bei Eisenach vereinigt waren, die 80—90 000 Mann, über welche Prinz Karl verfügte, auf der weiten Linie von Ilmenau bis Wetzlar zerstreut, und die Mainarmee, wie Falckensteins Truppen seit dem 1. Juli genannt wurden, hatte die Möglichkeit sich auf die vereinzelten Gegner zu werfen. Allerdings begannen diese sofort sich einander zu nähern um bei Fulda dem Feinde gemeinsam entgegenzutreten; dieses Vorhaben aber kam nicht mehr zur Ausführung. Falckenstein entsandte Beyer auf der Straße von Eisenach gegen Fulda, während Goeben, dem Manteuffel folgte, auf dem linken Flügel am Ostabhange der Rhön vorrückte um den aus Thüringen heranziehenden Bayern den Weg zu verlegen. Am 3. und 4. Juli kam es zwischen ihnen und den bayerischen Divisionen Zoller und Hartmann zu einer Reihe von Gefechten um Dermbach herum, bei Zella, Wiesenthal, Roßdorf, Fischbach. Preußischerseits waltete nur die Absicht ob, den Feind an weiterem Vordringen zu hindern, nicht aber ihm zu folgen und sich dadurch von der Straße nach Fulda-Frankfurt zu entfernen. Dies gelang vollkommen. Prinz Karl gab sogar, da er die ganze Mainarmee sich gegenüber glaubte, die Stellungen, die seine Truppen tapfer behauptet hatten, auf und zog sich am Nachmittag südwärts zurück. Seine Kavallerie, die unter dem 70jährigen Fürsten von Thurn und Taxis um Fulda stand und so die Verbindung mit dem Prinzen von Hessen herstellte, that dies in wenig ehrenvoller Weise. Sie war, gleichfalls am 4., nördlich bis Hünfeld vorgegangen, stieß hier auf den Vortrab Beyers, griff an, ward aber durch ein paar mörderische Kanonenschüsse so geschreckt, daß sie in völlig aufgelöstem Zustande nach Fulda zurückjagte. Thurn und Taxis räumte also die Stadt, und wenn nunmehr eine Vereinigung der Bayern mit dem achten Korps noch stattfinden sollte, so mußte sie weiter südlich auf der Linie Schlüchtern-Brückenau-Kissingen geschehen. In diesem Sinne erteilte denn auch Prinz Karl dem Prinzen Alexander seine Befehle. Der aber erhielt nicht sobald die Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz, als er auch die Verbindung mit den Bayern am 6. ganz preisgab und sich schleunigst auf Frankfurt und Hanau zurückzog. Nun änderte Falckenstein gemäß den ihm vom großen Hauptquartier erteilten Weisungen sein Marschziel, das bis dahin Frankfurt war, um sich zuerst auf die Bayern zu werfen. Von Fulda aus schwenkte er links ab durch die Rhön nach Brückenau und ließ von dort am 10. Juli Goeben und Manteuffel östlich gegen Kissingen, Beyer, den er selbst begleitete, südwärts gegen Hammelburg vorrücken. Um Kissingen entspann sich ein heißer Kampf. Das rechte Saalufer mußten die Bayern bald aufgeben, aber die Flußübergänge verteidigten sie hartnäckig. Dennoch gelang es den Preußen gegen Mittag südlich von der Stadt über eine schlecht zerstörte Laufbrücke vorzudringen und dadurch den Feind zur Räumung der unteren Stadt und der steinernen Saalbrücke zu zwingen. Aber in zähem Widerstande verteidigten

Anmarsch der Mainarmee.

Dermbach.

Hünfeld.

Kissingen.

die Bayern auch jetzt noch alle haltbaren Punkte in und hinter dem Orte, bis das Gefecht gegen 5 Uhr eine halbe Meile nordöstlich von Kissingen erstarb. Durch das Eintreffen der Division Stephan ermutigt griffen sie dann zwar nochmals an; allein der dreistündige Kampf, dem erst die Dunkelheit ein Ende machte, brachte keine Wendung des Schicksals. Die Hauptehre des Tages gebührte Goeben und insbesondere der Brigade Wrangel; Manteuffel, der nördlich von Kissingen über die Saale gehen sollte, war nur wenig ins Gefecht gekommen; Beyer hatte bei Hammelburg den Flußübergang durch einen heftigen Sturmangriff schnell erzwungen. Prinz Karl aber war durch diesen Schlag so entmutigt, daß er den Rückzug auf Würzburg befahl.

Falckenstein, der am 11. aus dem großen Hauptquartier die Weisung erhalten hatte sich möglichst schnell in den Besitz der Mainlinie zu setzen, wandte sich nunmehr gegen den Prinzen von Hessen. Beyer sollte über Gelnhausen, Goeben über Aschaffenburg gegen Hanau marschieren, Manteuffel zunächst diesen Abmarsch den Bayern gegenüber verdecken und dann Goeben folgen. Prinz Alexander hatte inzwischen den Plan Frankfurt zu verteidigen auch wieder aufgegeben und beschlossen sich am südlichen Mainufer den Bayern zu nähern. Infolgedessen glaubten nicht allein der Herzog von Nassau und der Großherzog von Darmstadt, sondern auch die Bundesversammlung auf ihre Rettung bedacht sein zu müssen; sie verlegte am 11. Juli ihren Sitz nach Augsburg in das Hotel zu den drei Mohren. Die Erdwerke, die vor Frankfurt aufgeworfen waren, wurden wieder zerstört und die Besatzung rückte ab. General Beyer traf unter diesen Umständen bei seinem Vormarsch auf keinen Feind mehr; Goeben aber stieß östlich von Aschaffenburg auf die hessische Division, die er am Abend des 13. bei Laufach trotz wiederholter Angriffe zurückwarf. Da Prinz Alexander den Mainübergang bei Aschaffenburg nicht preisgeben durfte, solange ein Teil seiner Truppen noch auf dem rechten Ufer des Flusses war, so sandte er noch abends die österreichische Brigade Hahn mit der Eisenbahn zur Unterstützung der Hessen ab und ließ den Kampf am 14. erneuern. Aber die Truppen, meist Italiener, fochten schlecht und wurden schlecht geführt, so daß Goeben schon mittags in die Stadt einziehen konnte, der Feind aber außer 600 Toten und Verwundeten 1500 Gefangene verlor. Angriffsweise über den Main vorzugehen war Goeben zu schwach; Beyer stand weit nördlich, Manteuffel war zwei Tagemärsche zurück. Falckenstein ließ daher das achte Bundeskorps stehen und gewährte ihm die Möglichkeit sich bei Würzburg mit den Bayern zu vereinigen. Sein nächstes Ziel war jetzt Frankfurt, das er denn auch am 16. Juli ohne Schwierigkeit erreichte, und das nun den ganzen Zorn der Preußen fühlen sollte.

Laufach und Aschaffenburg.

Frankfurt.

Vor allem wurde der Senat und das Militär aufgelöst und die Regierung von Falckenstein selbst übernommen; der Bürgermeister Fellner und Senator Müller führten unter seiner Oberleitung die Geschäfte fort,

einige Senatoren wurden verhaftet, mehrere Zeitungen unterdrückt und der einjährige Sold der Mainarmee im Betrage von etwa sechs Millionen Gulden der Stadt als Kontribution auferlegt. Kaum waren diese Maßregeln angeordnet, als Falckenstein einen königlichen Befehl vom 11. Juli erhielt, der ihn zum Gouverneur von Böhmen ernannte und den Oberbefehl über die Mainarmee Manteuffel übertrug. Dem letzteren, der schon in Schleswig-Holstein kommandierender General gewesen war, wurde dadurch eine Stellung zu teil, auf die er ein Anrecht hatte und die ihm auch vor Beginn des Feldzuges, als man noch auf einen Kriegsschauplatz in Schleswig-Holstein, vielleicht gar gegen die Dänen, gefaßt sein mußte, zugedacht war. Gegen Falckensteins Kriegführung wurden trotz ihrer Erfolge manche schwerwiegende Einwendungen erhoben; man fand, daß durch seine Schuld die Konzentration der Truppen bei Langensalza zu langsam bewirkt sei, und stand bei seiner Abberufung noch unter dem Eindruck, daß er im Gegensatz zu den Absichten der obersten Heeresleitung statt gegen die Bayern vielmehr gegen Frankfurt und das achte Bundeskorps operiere. Noch ehe er das Kommando Manteuffel übergab, erhielt er den Befehl die Kontribution der Stadt auf 25 Millionen Thaler zu erhöhen; die Ausführung dieses harten Auftrages war die erste Handlung des neuen Oberbefehlshabers. In seiner schroffen Weise erklärte er dem Bürgermeister Fellner, er wolle ihm gern einen Schein schreiben, daß er erst auf die Drohung hin, Frankfurt werde sonst geplündert und in Brand gesteckt werden, in die neue Zahlung gewilligt habe; alle Vorstellungen von der Unmöglichkeit eine solche Summe aufzubringen wies er zurück; lange blieb die schwere Drohung über der Stadt schweben und Fellner, der diese Angst nicht mehr ertragen konnte, gab sich selbst den Tod. Erst als der Senator Müller ins Hauptquartier nach Nikolsburg beschieden wurde, beruhigte sich die Stimmung wieder etwas und nach dem Abschluß des Friedens wurde die Forderung natürlich zurückgezogen. Auch die sechs Millionen Gulden wurden der inzwischen mit Preußen vereinigten Stadt nachträglich vom Staate wiederabgenommen.

Abberufung Falckensteins.

Die militärischen Operationen wurden von Manteuffel am 21. Juli mit bedeutend verstärkten Kräften wieder begonnen. Abgesehen von preußischen Truppen, die zu ihm gestoßen waren, hatte er auch die oldenburgisch-hanseatische Brigade an sich gezogen und verfügte im offenen Felde über reichlich 60 000 Mann. Auch erwuchs ihm eine bei längerer Dauer des Krieges sehr wesentliche Hilfe daraus, daß von Leipzig aus eine zweite Reserve-Armee unter dem Großherzog von Mecklenburg sich nach Nürnberg in Bewegung setzte. Andererseits waren allerdings jetzt auch Prinz Karl und Prinz Alexander, die zusammen an 100 000 Mann unter ihrem Befehle hatten, einander so nahe gerückt, daß ihre Vereinigung täglich in ihrer Macht lag: die Bayern standen um Würzburg, das achte Bundeskorps hinter der Tauber, die vier bis fünf Meilen westlich von Würzburg bei Wertheim von Südosten her

Manteuffels Vormarsch.

Kämpfe an der Tauber.

dem Maine zufließt. Ein erstes Gefecht fand am 23. Juli bei Hundheim zwischen dem preußischen Vortrab und der badischen Division statt und endete trotz des großen Machtunterschiedes mit dem Rückzug des Prinzen Wilhelm auf Werbach an der Tauber. Hier ward er am 24. von den Oldenburgern und Hanseaten, die von Beyer unterstützt wurden, angegriffen und räumte nach geringem Widerstande auch diese Stellung um sich auf Würzburg zurückzuziehen. Gleichzeitig überschritt Flies, der jetzt die früher von Manteuffel befehligte Division führte, die Tauber bei Wertheim, und auf dem rechten Flügel bei Tauberbischofsheim erzwang Goeben in heißem Kampfe den Übergang gegen die Württemberger, bei denen Prinz Alexander selbst zugegen war. Die Bayern aber standen währenddes ruhig einige Meilen rückwärts bei Würzburg und erwarteten hier, daß Prinz Alexander sich ihrem linken Flügel anschließe und daß die Preußen sie angriffen. Diese drangen denn auch trotz ihrer Minderzahl am 25. in doppelter Richtung vor; Beyer von Werbach und Flies von Wertheim aus griffen die Bayern bei Helmstadt an und warfen sie auf Roßbrunn zurück; Goeben marschierte in nordöstlicher Richtung von Tauberbischofsheim gegen Würzburg, stieß bei Gerchsheim wieder auf den Prinzen Alexander und zwang ihn auch

Die Preußen vor Würzburg.

diese Stellung aufzugeben. Ihn zu verfolgen erlaubte die starke Erschöpfung der Truppen nicht, und der Prinz konnte deshalb am anderen Tage unbehindert den Main überschreiten, während die Bayern sich die Möglichkeit dazu erst durch tapfere Rückzugsgefechte erkämpfen mußten. Am Abend des 26. aber standen beide Korps glücklich hinter dem Flusse, während die Preußen Würzburg gegenüber Stellung nahmen und ihre Batterien gegen den Marienberg, die am linken Mainufer gelegene Citadelle, zu errichten begannen.

Friedensverhandlungen.

Zu einem ernstlichen Angriffe sollte es aber nicht mehr kommen. Schon seit einigen Tagen weilte Herr von der Pfordten im Hauptquartier zu Nikolsburg, und wenn er einen Waffenstillstand auch erst für den 2. August erlangte, so ward ihm daneben doch die Zusicherung, daß Manteuffel angewiesen werden solle keine weitere Entscheidung durch die Waffen zu suchen. Nur um die Besetzung eines möglichst großen Stückes von Bayern, die bei den Friedensverhandlungen gute Dienste leisten konnte, zu erleichtern wurde der sofortige Waffenstillstand versagt, und die Folge war denn auch, daß am 31. Juli Würzburg kapitulierte und Nürnberg von dem Großherzog von Mecklenburg besetzt wurde. Auch Württemberg und Hessen-Darmstadt schickten ihre Minister ins preußische Hauptquartier und erlangten dasselbe wie Bayern. Der Großherzog von Baden schlug einen anderen Weg ein; am 29. Juli berief er seine Truppen von der Armee ab, bildete ein neues Ministerium, Mathy, Jolly, Freydorff, und erklärte seinen Austritt aus dem alten Bunde; am 3. August folgte dann auch seinerseits in Nikolsburg der Abschluß eines Waffenstillstandes. Nassau, Kurhessen und Frankfurt wurden so wenig wie Hannover zu Verhandlungen zugelassen; ihre staatliche Selbständigkeit

war durch den Krieg vernichtet und nur eine Privatabfindung der entthronten Fürsten konnte noch in Frage kommen.

Neue französische Einmischung.

Es begannen nunmehr mit den einzelnen Staaten die Unterhandlungen über die Friedensschlüsse. Keiner derselben war imstande den preußischen Forderungen aus eigener Kraft noch Widerstand entgegenzusetzen und dennoch zogen sich die Verhandlungen in die Länge; man hoffte in den süddeutschen Hauptstädten auf Napoleon. Nur der Großherzog von Baden verschmähte es den französischen Beistand anzuflehen; aus all den anderen Hauptstädten gingen Bittgesuche nach Paris und fanden dort wohlgefällige Aufnahme und Befürwortung. Aber Napoleon wollte auch für sich selbst nicht leer ausgehen. Kaum waren der König und Bismarck wieder in Berlin angelangt, so erhielt Benedetti zu seinem eigenen Mißbehagen den Befehl in Rücksicht auf die Vergrößerung Preußens Abtretungen am Rheine zu verlangen. Es handelte sich um die Rheinpfalz und Rheinhessen mit Mainz. Der Gesandte zog es vor dem Grafen Bismarck zunächst schriftliche Mitteilung zu machen und erst anderen Tages, am 6. August, sich persönlich die Antwort zu holen. Als er vernahm, daß der König Napoleons Verlangen rundweg abschlage, drohte er mit Krieg; Bismarck aber erwiderte gelassen: Nun gut, dann ist Krieg; aber dem Kriege werde die Revolution folgen und der Kaiser möge sich fragen, wer dieser am besten trotzen könne, er oder König Wilhelm. Mit dieser Antwort traf Benedetti am 11. August in Paris ein und Napoleon hielt es für geraten den Plan fallen zu lassen und alle Verantwortlichkeit auf Drouyn zu schieben, der eigenmächtig während des Kaisers Abwesenheit in Vichy die Sache angeregt habe. Er entließ den Minister sogar und übertrug dem Gesandten in Konstantinopel, Moustier, bis zu dessen Ankunft aber dem Minister des Innern, Lavalette, das auswärtige Amt. Die Vergrößerungspläne ließ er deshalb doch keineswegs fahren; nur wandte er jetzt seine Blicke von Deutschland auf Belgien und Luxemburg. Benedetti kehrte mit dem Auftrage zurück die Einverleibung Luxemburgs und den bewaffneten Beistand Preußens zur demnächstigen Eroberung Belgiens zu fordern. Bismarck befolgte diesem neuen Verlangen gegenüber wieder seine Zögerungspolitik; er machte an dem Vertragsentwurf in fünf Artikeln, den ihm der Gesandte vorlegte, seine Ausstellungen, ließ ihn nach Paris zurückgehen, wo Napoleon und Rouher in eigenhändigen Korrekturen seinen Einwürfen Rechnung trugen, schützte dann das Bedenken vor, der Kaiser wolle ihn durch diesen Vertrag nur mit England verfeinden und reiste endlich auf sein Gut Varzin ab, wo er bis in den Dezember verblieb.

Benedettis Forderungen.

Drouyns Rücktritt.

Anschläge auf Belgien.

Die Schutz- und Trutzbündnisse.

Den deutschen Staaten gegenüber aber wußte er aus den französischen Forderungen den größten Vorteil zu ziehen. Von der Pfordten erschrak nicht wenig, als er sah, daß Napoleon, von dem er Hilfe erhoffte, sich selbst auf Bayerns Kosten bereichern wollte; Württemberg und Baden wußten gleichfalls recht gut, daß die Entschädigungen, welche

Frankreich in dem Entwurf vom 5. August für Bayern in Aussicht genommen hatte, von ihnen hätten geliefert werden müssen. Alle drei Staaten beeilten sich deshalb nicht allein ihren Frieden mit Preußen zu machen, sondern auch ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis anzunehmen, das Bismarck ihnen vorschlug und durch das sie dem Könige von Preußen im Kriege den Oberbefehl über ihre Truppen übertrugen.

Die Friedensschlüsse.

Am 13. August wurden mit Württemberg, am 17. mit Baden, am 22. mit Bayern beide Verträge unterzeichnet. Alle drei Staaten mußten mäßige Summen, acht, sechs, dreißig Millionen Gulden, zum Ersatz für die preußischen Kriegskosten zahlen, Bayern überdies ein paar Grenzbezirke, Gersfeld, Orb und Caulsdorf in Thüringen, etwa 10 Quadratmeilen mit 33 000 Einwohnern, abtreten. Hessen-Darmstadt, dessen Minister Dalwigk in das Geheimnis der Schutz- und Trutzbündnisse nicht eingeweiht wurde, kam schlechter weg; es mußte am 3. September außer einigen anderen Bezirken die Landgrafschaft Hessen-Homburg, die ihm kurz vor dem Kriege durch den Tod des letzten Landgrafen zugefallen war, zusammen 20 Quadratmeilen mit 75 000 Einwohnern, herausgeben, drei Millionen Gulden zahlen, preußische Besatzung in Mainz aufnehmen und mit seinen nördlich vom Main gelegenen Provinzen in den Norddeutschen Bund eintreten. Noch später kam mit den beiden kleinen thüringischen Staaten, die zu Österreich gehalten, mit Meiningen und Reuß ä. L. der Friede zustande; beide hatten erst militärisch besetzt werden, der Herzog von Meiningen zu Gunsten seines Sohnes abdanken müssen, ehe sie durch den Eintritt in den Nordbund den Frieden erkauften. Noch später fügte sich der König von Sachsen in das Unvermeidliche; sein langes Säumen rief sogar die Befürchtung im Lande wach, es handle sich um einen Wechsel des Herrscherhauses, der Großherzog von Weimar sei zur Nachfolge berufen; der Friedensschluß vom 21. Oktober ließ jedoch in der Beziehung alles beim alten; dem Königreiche wurden 10 Millionen Thaler Kriegskosten und außer dem Beitritt zum Norddeutschen Bunde noch verschiedene untergeordnete Verpflichtungen auferlegt, deren wichtigste der sofortige Verzicht auf seine diplomatische Vertretung im Auslande war.

Der Prager Friede.

An den Friedensverhandlungen mit Österreich, die von den Herren von Werther und von Brenner in Prag geführt wurden, nahm als Vertreter Italiens General Menabrea teil. Nur schwer hatte sich das Florentiner Kabinett trotz seiner Niederlagen im Felde darein gefunden, daß es auf die Erwerbung von Welschtirol verzichten müsse. Dank seinen Zögerungen war der Abschluß des Waffenstillstandes erst am 11. August in Cormons erfolgt; am 13. traf Menabrea in Prag ein. Zwischen Preußen und Österreich war alles schnell geordnet; schon am 23. August wurde der Friede auf Grundlage der Nikolsburger Übereinkunft geschlossen; die Geldentschädigung, welche Preußen empfing, belief sich auf 20 Millionen Thaler; andere 20 Millionen wurden auf die Kriegskosten, die Österreich von Schleswig-Holstein zu fordern hatte

und für die Verpflegung der preußischen Truppen seit Ende Juli abgerechnet. Der Vereinigung Venetiens mit Italien gab Franz Josef ausdrücklich seine Zustimmung; in dem am 3. Oktober mit Menabrea geschlossenen Frieden erhielt er dafür die Summe von 35 Millionen Gulden bar und die Übernahme von etwa 65 Millionen als Anteil Venetiens an der österreichischen Schuld. Das Dekret der Einverleibung unterzeichnete Viktor Emanuel erst am 4. November, nachdem General Leboeuf in Napoleons Namen die Stadt Venedig dem Gemeinderat übergeben und eine allgemeine Abstimmung bei 650 000 Ja nur 69 Nein aufgewiesen hatte. Mit dem Einzuge des Königs in seine neue Stadt und den glänzenden Festlichkeiten, die sich daran schlossen, endete dieser wechselreiche Abschnitt in dem Leben des jungen Staates und es fehlte jetzt nur noch Rom und das Erbteil Petri in der nationalen Gemeinschaft, deren Ausbildung abermals so sichtlich vom Glücke begünstigt worden war.

Italien und Venetien.

Die Früchte des Krieges.

Für Deutschland und vor allem für Norddeutschland begann mit der Beendigung des Krieges die keineswegs mühelose, aber erhebende und gedeihliche Arbeit sich seine neuen Staatsformen zu schaffen. Wohl war es für den Patrioten ein trauriger Gedanke, daß der Main das Vaterland fortan in zwei Hälften scheiden werde; unmöglich konnte dieser Zustand von Dauer sein; unmöglich konnten diese oberdeutschen Stämme, die unter sich kaum minder verschieden waren als im Vergleich mit ihren nordmainischen Landsleuten, dazu verdammt sein auf alle Zeiten seitab von dem großen Strome des nationalen Lebens eine kränkelnde Sondereristenz zu führen und in der alten staatlichen Verkümmerung ihre edlen Kräfte zu vergeuden. Allerdings war unter dem lebenden und tonangebenden Geschlecht ja der Preußenhaß so tief gewurzelt, daß die Mehrheit der Süddeutschen ihre Abtrennung als eine Befreiung, als eine Rettung vor der Verpreußung begrüßen mochte; aber gar locker saßen diese Gedanken doch bei der heranwachsenden Generation, die nicht durch längst gefaßte Vorurteile behindert wurde die Lehren der jüngsten Tage zu verstehen, und auch gar manchem ehrlichen Preußenfeinde, der mit seinen alten großdeutschen Lieblingsgedanken nicht so schnell brechen konnte, trat doch die Notwendigkeit sich dem Geschehenen anzubequemen näher und näher und zwang ihn, vorerst vielleicht nur im stillen, zu dem Geständnis, daß bei der einzigen Wahl, welche die Macht der Ereignisse jetzt noch gestattete, die enge Verbindung mit dem Norden dem hilflosen Schwanken zwischen Österreich und Frankreich doch weitaus vorzuziehen sei. In Preußen selbst und in den ihm verbündeten Staaten beklagte man umgekehrt die Trennung von Süddeutschland gerade jetzt sehr schmerzlich; aber bei nüchterner Überlegung konnte die Klage sich doch kaum zur Anklage gegen Bismarck steigern. Wäre man auch bereit

Deutschland und die Mainlinie.

gewesen einen Krieg mit Frankreich zu wagen um die Stammesgenossen bis zum Bodensee für den neuen Bund zu gewinnen, so lag doch offen vor Augen, daß ihr Eintritt viele feindliche und zerstörende Elemente in den Stand gesetzt hätte das Band, welches man zu weben im Begriff war, zu lockern und zu gefährden. Unzweifelhaft konnte die Verfassung eines Norddeutschen Bundes viel einheitlicher werden als die eines alldeutschen, in dem auch Bayern und Württemberg Platz finden sollten; unzweifelhaft konnten die widerstrebenden Parteien des Südens, wenn sie mit denen des Nordens sich verbanden, viel nützliches verhindern, viele ganze Maßregeln zu halben abschwächen. Traurig wie es war, mußte man sich doch einstweilen bei dem Gedanken beruhigen, daß die Mainlinie ein notwendiger Haltepunkt sei, eine Station, wie Miquel von Osnabrück sich im Reichstage ausdrückte, auf der man Kohlen und Wasser einnehme und Atem schöpfe um dann bald weiterzugehen.

Die Beilegung des Konfliktes in Preußen.

Unter solchen Gesichtspunkten konnte die traurige Notwendigkeit wohl gar als eine heilsame erscheinen, wenigstens für solange, als die drei großen Aufgaben noch ungelöst waren, die Norddeutschland fürerst zu verarbeiten hatte. Die erste und dringendste, gleichsam die Vorbedingung für die beiden anderen, war die Herstellung des inneren Friedens in Preußen. Nur mit Hilfe der liberalen Partei, die dadurch versöhnt wurde, konnte dann weiter die allmähliche Verschmelzung der neu erworbenen mit den alten Provinzen und die Vereinbarung über die Verfassung des Nordbundes erreicht werden. Die Herstellung des inneren Friedens war durch die glänzenden Siege des umgestalteten Heeres bedeutend erleichtert worden. Bei der Neuwahl der Abgeordneten, die unter dem Eindruck der ersten Freudenbotschaften am Tage von Königgrätz vollzogen wurde, erlag beinahe die Hälfte der bisherigen Vertreter der veränderten Volksstimmung. Die Konservativen gewannen fast 100 Sitze, die Fortschrittspartei schmolz auf 70 bis 80 zusammen. Zudem brachten viele von diesen, die im Februar als heftige Gegner der Regierung aus Berlin geschieden waren, friedlichere Gesinnungen mit zurück; es wurde in ihrer Mitte unverhohlen ausgesprochen, daß nach solchen Ereignissen niemand mehr daran denken könne die Minister wegen der Reorganisation zur Verantwortung zu ziehen, daß es aber trotzdem Pflicht der Landesvertretung sei sich fördernd an den bevorstehenden großen Aufgaben zu beteiligen. Nicht alle Mitglieder der Fortschrittspartei vermochten freilich diesen Standpunkt einzunehmen und die Mißhelligkeiten, zu denen dies im Laufe der Landtagsverhandlungen führte, veranlaßten am 24. Oktober 24 Abgeordnete zum Ausscheiden aus der Fraktion und zur Gründung einer neuen Partei, die der auswärtigen Politik Bismarcks ihren vollen Beistand versprach, bezüglich der inneren Verwaltung aber die Pflichten einer wachsamen und loyalen Opposition zu erfüllen beabsichtigte. Auf Grund dieses doppelten, zugleich nationalen und liberalen Programms nahm sie die Bezeichnung der nationalliberalen Partei an, und gewann als solche bald den maßgebenden Einfluß in

Die Nationalliberalen.

Preußen wie in Norddeutschland, obgleich die erzürnte Fortschrittspartei nichts unterließ um diese Erfolganbeter, diese Hurrahschreier und Bismärcker zu verunglimpfen.

Die Indemnität.

Als der König am 5. August 1866, eben von den böhmischen Schlachtfeldern heimgekehrt, den Landtag persönlich eröffnete, war die künftige Parteibildung noch völlig unübersehbar. Alles hing davon ab, ob der Monarch den Liberalen die Hand zur Versöhnung und zu gemeinsamer Arbeit bieten oder ob er sie zurückstoßen und nur auf die Konservativen sich stützen werde. Die Kreuzzeitungspartei hatte es nicht an Bemühungen in der letzteren Richtung fehlen lassen; allein eine Besprechung, die Kleist-Retzow und andere ihrer Häupter mit dem Grafen Bismarck vor dessen Heimkehr in Prag hatten, belehrte sie, daß der Minister entschlossen sei der Verfassung ihre volle Geltung zurückzugeben. Die Thronrede beseitigte auch für die Öffentlichkeit jeden Zweifel, der darüber etwa noch herrschen konnte. Rückhaltlos erkannte der König an, daß die Staatsausgaben der letzten Jahre der gesetzlichen Grundlage entbehrt hätten, und sprach das Vertrauen aus, daß der Landtag der Regierung die Indemnität, welche sie dafür fordern wolle, bereitwillig erteilen und damit den bisherigen Konflikt für alle Zeit zum Abschluß bringen werde. Die Minister bestätigten diesen Wunsch persönlich in entgegenkommenden Ausdrücken und legten am 13. August das Indemnitätsgesetz vor. Natürlich wollten weder der König noch die Regierung dieses Einlenken im Sinne einer Abbitte verstanden wissen; er habe nicht anders handeln können, als er gehandelt, erklärte der Monarch beim Empfang der Adresse des Abgeordnetenhauses; er würde unter gleichen Umständen stets wieder genau ebenso handeln müssen; aber zum zweitenmal, fügte er nachdrücklich hinzu, werden solche Umstände eben nicht wieder vorkommen. Das beruhigte die bisherigen Bundesgenossen Bismarcks wenigstens halb; obgleich sie die Schwenkung, die der Minister vollzogen, nicht verkannten, so gaben sie der Indemnität doch widerstrebend ihre Zustimmung. Im Abgeordnetenhause beharrten nur die Polen, Katholiken und etwa 30 Fortschrittsmänner auf ihrem Widerspruch, während 230 gegen 75 Mitglieder am 3. September die Vorlage genehmigten und das Herrenhaus sie fünf Tage später einstimmig annahm.

Sonstige Landtagsverhandlungen.

Auch so blieben freilich noch mancherlei Fragen, die zu neuen Zerwürfnissen führen konnten, wenn die nationalliberalen Elemente der Fortschrittspartei es an Nachgiebigkeit fehlen ließen. Der neue Präsident der zweiten Kammer, von Forckenbeck, dem Grabow in versöhnlicher Absicht freiwillig diesen Ehrenplatz eingeräumt hatte, und neben ihm einzelne Abgeordnete, besonders Twesten, Lasker, Michaelis, Unruh, wußten jedoch die Schwierigkeiten zu ebnen. Mit fast demselben Stimmverhältnis wie bei dem Indemnitätsgesetz wurden der Regierung am 25. September 60 Millionen Thaler zur Deckung der Kriegskosten bewilligt und wurde ihr gestattet den geleerten Staatsschatz wieder zu füllen, doch mit der Beschränkung, daß er nicht mehr als 30 Millionen

Thaler enthalten dürfe. Dem Wunsche des Königs die Verfügung über $1^1/_2$ Millionen zu erhalten um dieselben unter die hervorragendsten Heerführer zu verteilen, stimmte die große Mehrheit des Hauses nicht allein zu, sondern sie reihte in die Liste des Königs, die Roon und Moltke, Herwarth, Steinmetz und Falckenstein umfaßte, auch noch den Grafen Bismarck ein, und Hoverbecks Versuch diesen und Roon wieder zu streichen scheiterte am 5. Dezember an einer Mehrheit 219 Stimmen. Der wahre Prüfstein für die Möglichkeit eines Zusammenwirkens der Nationalliberalen mit dem Ministerium war indes die Beratung des Haushaltes für 1867. Hier gab es so viele Punkte, in denen die Opposition nicht nachgeben durfte, daß die friedliche Stimmung nicht selten doch wieder in eine kriegerische umschlug; eine beträchtliche Reihe von Beschlüssen fiel gegen die Regierung aus, bei der Beratung des Justizetats griff Lasker den Minister zur Lippe heftig an, vor allem drohte beim Militäretat der alte Streit wiederaufzuleben. Eine Mehrheit von 14 Stimmen verwahrte sich vor der Bewilligung der geforderten 44 Millionen am 10. Dezember ausdrücklich gegen die Folgerung, als ob sie damit auf die gesetzliche Regelung der Heeresumgestaltung Verzicht leisten wolle, und nur der Abfall einiger Mitglieder vereitelte dann (bei 163 gegen 153 Stimmen) den Antrag von Virchow und Vaerst die 44 Millionen nur als Pauschsumme zu bewilligen, die Streichung der Reorganisationskosten im nächsten Jahre also offenzuhalten. Dank dem vermittelnden Antrage von Reichenheim, der $41^1/_2$ Millionen als fortlaufende Ausgaben, den Rest als Extraordinarium bewilligte, kam ein Etat zustande, der am 18. Dezember fast einstimmig angenommen wurde und dem auch Bismarck, trotz der vielen Mängel, die er habe, zustimmte um seine Achtung vor dem Budgetrecht des Hauses zu bethätigen. So war also, nicht ohne große Mühen, zum erstenmal solange es eine preußische Verfassung gab, der Staatshaushalt vor Beginn des neuen Jahres gesetzlich geregelt und das verfassungsmäßige Regiment in seiner wichtigsten Bestimmung zur Wahrheit geworden. Demgegenüber trat alles, was diese Landtagssession außerdem an förderlichen Gesetzen brachte, selbst der Ausbau des Eisenbahnnetzes, die Aufhebung des Salzmonopols, die Beseitigung der Wuchergesetze, in den Hintergrund; nur die Maßregeln zur Einverleibung der neuen Provinzen und zur Begründung des Nordbundes konnten an historischer Bedeutung damit verglichen werden.

Das Militärbudget.

Die Annexionen.

Das Gebiet, um welches die Annexionen Preußen vergrößerten, betrug alles in allem 1308 Quadratmeilen mit 4,3 Mill. Einwohnern, so daß der Umfang des ganzen Staates auf 6400 Quadratmeilen und die Bevölkerungszahl auf 23,6 Mill. stieg. Schleswig-Holstein wurde von den übrigen Erwerbungen getrennt behandelt, weil man vorher einen Ausgleich mit dem Großherzog von Oldenburg zu erreichen wünschte, dessen Ansprüche regierungsseitig zu oft anerkannt waren, als daß man sie einfach hätte beiseiteschieben mögen. Am 27. Oktober willigte

derselbe denn auch in einen Vertrag, der ihm das Amt Ahrensböck in Holstein und eine Million Thaler zusicherte. Wie Hannover, Kurhessen Nassau und Frankfurt durch Gesetz vom 21. September, so wurde nunmehr Schleswig-Holstein am 24. Dezember mit der preußischen Monarchie verschmolzen. Von allen Seiten war man darüber einverstanden, daß den neuen Provinzen manche berechtigte Eigentümlichkeiten zu belassen seien, und da eine sofortige gesetzliche Regelung dieser Verhältnisse nicht möglich war, so räumte man der Regierung bis zum 1. Oktober 1867 das Recht der Diktatur ein und bestimmte, daß erst an dem genannten Tage die preußische Verfassung in Kraft treten solle. Die Abneigung der Bevölkerungen gegen den Verlust ihrer staatlichen Sonderexistenz trat in Hannover und Frankfurt sehr grell hervor; hier wie dort waren es nur Minderheiten, die den neuen Zustand freudig begrüßten; die große Masse der Gleichgültigen aber wurde von dem Adel und den Beamten so erfolgreich bearbeitet, daß sie sich zunächst ganz und gar in den Dienst der Preußenfeinde stellte. Der König suchte persönlich durch wohlwollendes Entgegenkommen die Aufregung und Erbitterung nach Kräften zu dämpfen. Er erkannte die sittlichen Beweggründe, die gar manchen fest an die Vergangenheit knüpften, rückhaltlos an und äußerte wohl, er würde seine neuen Unterthanen minder schätzen, wenn sie nicht, wie die Hannoveraner, zu deren Deputation er diese Worte sprach, Schritte zur Erhaltung ihrer früheren Herrschers bei ihm gethan hätten. Die persönliche Lage der entthronten Fürsten wünschte er so sorgenfrei und angenehm wie möglich zu gestalten und ließ deshalb Verhandlungen mit ihnen anknüpfen, die ihnen glänzende Abfindungssummen in Aussicht stellten. Der Kurfürst von Hessen, der seit Ende Juni 1866 in Stettin sich in Gefangenschaft befand, erkaufte sich schon am 17. September die Freiheit und den Genuß seiner bisherigen Einkünfte durch einen Vertrag, in dem er seine Unterthanen ihres Eides entband; mit dem Herzog von Nassau kam ein Jahr später, am 22. September 1867, ein Abkommen zustande, das ihm einige seiner Schlösser und eine Summe von etwa 15 Millionen Gulden überwies, und wenige Tage darauf, am 29. September, schloß der frühere hannoversche Minister Windthorst für seinen vormaligen Herrn einen Vertrag, der diesem die Zinsen eines Kapitals von 16 Millionen Thalern verhieß, ohne daß er ausdrücklich auf seine Krone verzichtete. Trotz der Unzufriedenheit, die über diese Freigebigkeit im Landtage herrschte, fügten sich viele Abgeordnete doch dem Drucke, den Bismarck durch die Drohung mit seinem Rücktritt ausübte, und am 1. Februar 1868 wurde der Vertrag mit 254 gegen 113 Stimmen genehmigt. Zur Ausführung kam derselbe aber nicht. Wenige Tage darauf feierte König Georg in Hietzing bei Wien, wo er seine Wohnung aufgeschlagen, seine silberne Hochzeit. Waren schon früher aus Anlaß von Familienfesten häufig Deputationen aus seinem Lande bei ihm erschienen um ihn ihrer Anhänglichkeit zu versichern, so trafen an diesem Tage etwa 1200 Personen

Stimmung der Neupreußen.

Welfische Agitationen.

mittels Extrazuges ein und der König selbst trank bei einem großen Bankette auf die Wiederherstellung seines Thrones. Ernsthafter als das waren die kriegerischen Rüstungen, die er unausgesetzt betrieb. Aus seinem früheren Heere waren einige hundert Mann ihm treu geblieben und zu einer Welfenlegion formiert; um den Zuwachs derselben zu erleichtern war sie anfangs in Holland untergebracht, das von Militärpflichtigen, die sich dem preußischen Dienst entziehen wollten, leicht erreicht werden konnte. Bismarcks entschiedenes Auftreten veranlaßte jedoch die Niederlande der Legion die Gastfreundschaft aufzukündigen, und nicht anders verfuhr die Schweiz, als Zürich zum Sammelplatz erkoren wurde. Nun wandte sich König Georg durch seinen Minister des Auswärtigen Platen-Hallermund an Napoleon, und dieser gestattete den Legionären, die von der Wiener Polizeidirektion mit Pässen versehen wurden, truppweise in Lothringen, in der Champagne, in Orléans, in Amiens zusammenzubleiben und öffentlich militärische Übungen anzustellen. Die straflose Rückkehr, die König Wilhelm den Irregeführten anbot, blieb unbenutzt. Ein Pariser Blatt, Situation, das von König Georg begründet war, hetzte überdies unablässig die Franzosen gegen Preußen auf. Vergebens rief man in Berlin die Vermittelung verwandter Höfe an um den entthronten Monarchen zur Einstellung dieser Feindseligkeiten zu bewegen; man erreichte nichts, sondern mußte nur erleben, daß der, wie es schien straflose, Trotz den Kurfürsten von Hessen zur Nacheiferung verlockte, die sich in Denkschriften an die europäischen Höfe, geheimen Aufrufen an die Hessen, Dankschreiben für Geburtstagsgeschenke und dergleichen mehr kundgab. Daraufhin riet Bismarck dem Könige das Vermögen beider Fürsten mit Beschlag zu belegen, die Zinsenzahlung also einzustellen. Es geschah dies für den König von Hannover schon durch Erlaß am 2. März 1868, der am 29. Januar 1869 vom Abgeordnetenhause gebilligt wurde; in bezug auf den Kurfürsten wurde die gleiche Maßregel einen Tag später beschlossen; die Bestimmung, daß die Aufhebung der Beschlagnahme nur durch Gesetz erfolgen könne, gab diesen Beschlüssen thatsächlich beinahe die Bedeutung eines Rücktritts von den Verträgen. Über die Zinsen durfte das Ministerium frei verfügen; sie sollten nach Bismarcks Worten dazu verwandt werden die Reptilien, die den deutschen Staat feindlich belauerten, bis in ihre Höhlen zu verfolgen, eine verhängnisvolle Ermächtigung, die dem Ministerium eine finanzielle Macht gab, deren Einwirkung auf die Presse sich bald in unerfreulicher Weise bemerklich machte. Denn so nützlich und notwendig es sein mochte in den neuen Provinzen die feindliche Strömung auch durch ministerielle Zeitungen einzudämmen, so wurde dadurch doch ein Heer von Korrespondenten großgezogen, das sich mehr und mehr auch in unabhängigen Blättern einzunisten verstand, die Selbständigkeit und den anständigen Ton der deutschen Presse empfindlich schädigte und seine Verunglimpfungen weiterhin mehr gegen den Liberalismus als gegen das unschädlich gewordene Welfentum richtete.

Beschlagnahmegesetz.

Reptilienfond.

Mit kaum geringeren Bedenken wie die reichen Abfindungssummen für die entthronten Fürsten begrüßte die öffentliche Meinung den Entschluß der Regierung den neuen Provinzen einen großen Teil ihrer Selbstverwaltung durch Überweisung von bestimmten Fonds zu erhalten und zu erleichtern. Kurhessen gegenüber geschah dies durch königliche Verordnung noch während der Diktatur am 16. September 1867; betreffs Hannovers wurde die Sache nach heißen Debatten im Februar 1868 geordnet. Während die Nationalliberalen und ein Teil der Konservativen, die sich unter dem Namen der Freikonservativen von der Mutterpartei abgesondert hatten, die Regierung unterstützten, machten die Fortschrittsmänner und die Altkonservativen so entschiedene Opposition, daß nur eine Mehrheit von fünf Stimmen zu dem Ministerium stand. Bismarck verhehlte die politische Wichtigkeit dieser Parteigruppierung nicht; das Band zwischen ihm und seiner alten Partei, das seit Königgrätz gelockert war, erhielt dadurch einen gewaltigen Riß und wurde durch die fast einstimmige Genehmigung, die das Herrenhaus dem hannoverschen Provinzialfonds erteilte, nur dürftig wiederzusammengeheftet. Es konnte dadurch nicht stärker werden, daß der Graf sich bereit erklärte auch für die alten Provinzen ähnliche Fonds zu beantragen und dadurch die Decentralisation der Verwaltung zu fördern; denn in dieser Verheißung lag zugleich doch auch die Drohung den Provinzialständen in ihrer veralteten Gestalt ein Ende zu machen und durch eine neue Provinzialordnung Vertretungen zu schaffen, denen man so gewichtige Aufgaben übertragen konnte. Mittelbar enthielt deshalb diese Erklärung Bismarcks ein ganzes Programm innerer Reformen, die nur unter dem heftigsten Widerstande der Konservativen durchgeführt werden konnten, und deren allmähliche Verwirklichung die Kluft zwischen dem leitenden Staatsmann und seiner alten Partei immer mehr vertiefen mußte.

Die Provinzialfonds.

Reform der Provinzialverfassung.

In den neuen Provinzen erwies sich die finanzielle Selbständigkeit und das Maß von Selbstverwaltung, das man ihnen damit gab, als ein sehr wirksames Mittel um die Mißstimmungen zu beschwichtigen. Solche Mittel nicht zu verschmähen war aber Grund genug vorhanden, denn naturgemäß konnte die Umwandelung in preußische Provinzen nicht ohne schmerzliche Schnitte vor sich gehen, und nicht alle Beamten, welche in die neuen Landesteile entsendet wurden, vermochten die straffe Pflichterfüllung, an die sie gewöhnt waren, den leichteren mittelstaatlichen Gepflogenheiten ausgleichend anzubequemen. Auch aus den Ministerien kamen während der Diktatur Verordnungen, die selbst den Preußenfreunden als unbegründete Neuerungen mißfielen und die rückgängig zu machen nicht immer leicht war. An Klagen fehlte es deshalb nicht, aber dennoch vollzog sich der schwierige Prozeß im allgemeinen rascher als man hoffen konnte.

Die Neupreußen.

Bismarck hatte allen Grund damit zufrieden zu sein, daß er seine ersten Pläne, die westlichen Provinzen völlig umzubilden und Stücke derselben mit Stücken der neuen Erwerbungen zu neuen Einheiten zu

verschmelzen, eine Provinz Rheinfranken, Thüringen, Niedersachsen zu schaffen, aufgegeben und dem Gewichte Rechnung getragen hatte, das man in Hessen und Hannover auf die alte Zusammengehörigkeit legte. Von bester Wirkung war es, daß man um die Wünsche der Bevölkerungen kennen zu lernen Beratungen mit Vertrauensmännern veranstaltete und daraus die Provinzialverfassungen für Hannover, Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein hervorgehen ließ. Daß sich die Regierung dabei überall auf den Liberalismus stützen mußte, trat auch in den Personenfragen an den Tag, wie denn Rudolf von Bennigsen Landesdirektor in Hannover wurde. Besonders langsam lebte sich Frankfurt in die neuen Verhältnisse ein, obgleich die Stadt einen raschen Aufschwung nahm und der König ihr persönlich viel Wohlwollen bezeigte; er erkannte nicht allein die Kriegskontribution von 1866 als preußische Staatsschuld an, sondern erleichterte die schwierigen Verhandlungen bei der Sonderung des bisher nicht getrennten städtischen und Staatseigentumes dadurch, daß er aus eigenen Mitteln zu den zwei Millionen, welche die Regierung für die Abtretung gewisser Gebäude u. dgl. als höchste Entschädigung anbot, eine dritte fügte, ein Gnadengeschenk, das man in Frankfurt als solches zwar nicht gelten lassen wollte, aber doch trotz des Zornes der Demokratie annahm. In Kurhessen und Nassau errang die liberale, mit den neuen Zuständen einverstandene Partei sehr schnell die Herrschaft; in Hannover behauptete allerdings das Welfentum, auf die orthodoxe Geistlichkeit und den Adel gestützt, einen mächtigen Einfluß, aber verglichen mit den Parteiverhältnissen vor der Annexion hatte doch ein bedeutendes Anwachsen der Preußenfreunde stattgefunden; in Schleswig-Holstein endlich waren die Anhänger des Augustenburgers zu sehr durch ihre bisherige Politik gebunden, als daß sie den Segen der neuen Verhältnisse sofort hätten anerkennen mögen; aber auch hier war für eine nahe Zukunft ein vollständiger Umschwung der Stimmungen zu erwarten, und der Anschluß an die Fortschrittspartei, die ja in ihrem Gegensatz zum Ministerium verharrte, war der gewiesene Weg, auf dem sich die unzufriedenen, aber gutdeutschen Bewohner dieser Nordmarken in das fremdartige preußische Staatswesen finden konnten.

Der Liberalismus.

Die nächste Gelegenheit dazu bot die Mitarbeit an der Begründung des Nordbundes und die Teilnahme an seiner Befestigung. Kaum von den böhmischen Schlachtfeldern heimgekehrt, hatte Bismarck begonnen Hand an dies große Werk zu legen. Ein vorläufiges Bündnis auf die Dauer eines Jahres sollte die Zeit zur Verständigung über die Verfassung des Bundes sowohl unter den Regierungen wie mit einem konstituierenden Reichstag gewähren. Auf die Einladung Bismarcks vom 4. August 1866 erklärten sich 15 Staaten, die Großherzogtümer Oldenburg und Weimar, die Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Koburg-Gotha und Altenburg, die Fürstentümer Waldeck, Detmold, Bückeburg, Reuß j. L., Rudolstadt und Sondershausen, die Städte Hamburg, Bremen und Lübeck, am 18. August dazu bereit, die beiden Mecklenburg folgten mit einigen

Die Begründung des Nordbundes.

Vorbehalten am 21.; Sachsen, Darmstadt, Meiningen, Reuß ä. L., mit denen der Kriegszustand noch fortdauerte, traten in den Friedensschlüssen bei. Den Landtagen der einzelnen Staaten wurde durch die Vorlage des Wahlgesetzes zum Reichstage Gelegenheit gegeben sich über ihre Stellung auszusprechen. Unbeschadet mancher unerfüllbaren Wünsche, die hier und da erhoben wurden, waren alle doch bereit wesentliche Teile ihrer Rechte dem künftigen Parlamente abzutreten; aber die mächtigsten unter ihnen, besonders das preußische Abgeordnetenhaus, weigerten sich das im voraus zu thun, ehe durch die Bundesverfassung Sicherheit geboten sei, daß der Reichstag auch wirklich alle die Befugnisse erhalten werde, welche die Landtage verlören. Es geschah dies in Preußen in der Form, daß in dem Wahlgesetz dem nächsten außerordentlichen Reichstage nur die Beratung, nicht die Vereinbarung der Bundesverfassung zur Aufgabe gestellt wurde, daß die Abgeordneten sich selbst also die Annahme oder Verwerfung dieser Verfassung vorbehielten. Ungern ließ Bismarck sich auf diese Beschränkung ein; denn was dem preußischen Landtage recht war, war allen anderen Kammern und Kämmerchen billig; die Verhandlungen wurden somit durch diesen Beschluß sehr vervielfacht und erschwert; aber andererseits durfte man den moralischen Druck, den das fertige Verfassungswerk ausüben werde, im voraus für stark genug halten um alle böswillige Opposition unschädlich zu machen. Erwies sich doch schon jetzt in einer einzelnen Frage das nicht einmal vollkommene Einverständnis der Regierungen als mächtig genug um eine lebhaft erhobene Forderung der liberalen Parteien zu hintertreiben. Bismarck war der Ansicht, daß dem allgemeinen Stimmrecht gegenüber eine Beschränkung der Wählbarkeit auf die wohlhabenden Klassen nötig sei und daß diese am leichtesten erzielt werde, wenn die Reichstagsmitglieder keine Diäten erhielten. So eifrig nun auch der Liberalismus diese Bestimmung, die einem großen Teile der gebildeten Stände den Eintritt in das Parlament verschloß, bekämpfte, so drang sie doch durch und nur in einigen Kleinstaaten willigten die Regierungen ein den Abgeordneten für dies eine Mal von Staats wegen Tagegelder zu zahlen.

Das allgemeine Wahlrecht.

Die Verhandlungen der Regierungen über den Entwurf der Bundesverfassung fanden unter Bismarcks Vorsitz vom 15. Dezember 1866 bis zum 9. Februar 1867 in Berlin statt. Ungeachtet des allgemeinen Entgegenkommens zeigte sich doch auch hier wieder, wie schwer es war, eine volle Übereinstimmung unter so vielen Regierungen und in so vielen und verwickelten Punkten zu erreichen. Gewisse Wünsche und Beschwerden blieben denn auch unerledigt und wurden am 7. Februar in einem Schlußprotokolle niedergelegt; aber die Unterzeichnung des Verfassungsentwurfes erfolgte doch unbeschadet derselben von allen Seiten. Mit Weimar und etwa der Hälfte der Kleinstaaten schloß Preußen überdies am 4. Februar einen Militärvertrag ab, der die Truppen derselben mit der preußischen Armee verschmolz, ihnen dafür aber während der nächsten sieben Jahre einen Erlaß von zusammen 225 Thalern für den Mann

Der Verfassungsentwurf.

gewährte. Sachsen andererseits bedang sich am 7. Februar durch besonderen Vertrag aus, daß sein Heer ein eigenes Armeekorps bilden solle, dessen Befehlshaber indes der König von Preußen ernannte und das ganz nach preußischer Art organisiert werden mußte. Den Oberbefehl über alle Bundestruppen erhielt verfassungsmäßig in Krieg und Frieden der König von Preußen; die gesamte preußische Militärgesetzgebung, insbesondere also die allgemeine Wehrpflicht, wurde auf den ganzen Bund ausgedehnt; die Stärke des Heeres sollte ein Prozent der Bevölkerung von 1867 betragen und alle zehn Jahre neu geordnet werden; zur Bestreitung der Kosten waren ein- für allemal 225 Thaler für den Mann berechnet. Ebenso unbeschränkt wie über das Heer gebot der König von Preußen über die Bundesflotte; er wählte selbst die zwei Staaten, die neben Preußen in einem Ausschusse für das Heer und einem anderen für das Seewesen sitzen sollten. In allen anderen Bundesangelegenheiten stand ihm als erblichem Präsidenten die ausübende Gewalt zu, die er durch einen Bundeskanzler wahrzunehmen hatte; die Gesetzgebung lag dem Bundesrat und dem Reichstag ob. Im Bundesrate erhielten die 18 kleinen Staaten je eine Stimme, Schwerin und Braunschweig je zwei, Sachsen vier, Preußen siebzehn, so daß die Gesamtzahl 43 betrug. Fünf ständige Ausschüsse, die aus einem Vertreter des Präsidiums und zwei vom Bundesrat gewählten Mitgliedern bestanden, wurden für Zoll- und Steuerwesen, Handelssachen, Eisenbahnen (mit Post und Telegraphie), Justiz und Rechnungswesen eingesetzt. Damit waren zugleich die Gebiete der Bundesgesetzgebung bezeichnet, deren nähere Abgrenzung in anderen Paragraphen sorgfältig vollzogen wurde; sie zu erweitern konnte nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Die Einnahmen des Bundes setzten sich aus Zöllen und Verbrauchssteuern zusammen; den Hansestädten, die nicht gezwungen werden sollten in den Zollverein zu treten, wurden dafür jährliche Abfindungssummen (Aversa) auferlegt; reichten diese Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht hin, so wurden die fehlenden Summen als Matrikularbeiträge nach der Bevölkerungszahl auf die einzelnen Staaten verteilt.

Der erste Reichstag.

Einundsiebzig Artikel in 14 Abschnitten waren es, aus denen dieser Verfassungsentwurf bestand; der einundsiebzigste besagte, daß weiterhin das Verhältnis zu Süddeutschland durch besondere Verträge geordnet werden solle. Zunächst hatte nun der Reichstag den Entwurf zu prüfen. Nachdem die Wahlen am 12. Februar 1867 stattgefunden, wurde er am 24. eröffnet. Mit warmen Worten begrüßte der König in der Thronrede diese Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben habe. Er gedachte der vergangenen Zeiten der Zerrissenheit und Ohnmacht, wo Deutschland für fremde Mächte das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergegeben; er ermahnte den Reichstag sich nicht durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen zu lassen, nicht das Erreichbare dem Wünschenswerten zu opfern, nicht den günstigen Augenblick zur Errichtung eines Gebäudes

Potsdam Pädagogische Historisches Seminar

zu versäumen, dessen Vollendung man getrost der Zukunft überlassen könne. Den Süddeutschen bot er offen die Hand zu weiterer Verständigung; dem Ausland rief er zu, daß nur zur Abwehr, nicht zum Angriff die deutschen Stämme sich geeinigt; die Vertreter aber forderte er auf rasch und sicher die große Arbeit durchzuführen und so den Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter in Erfüllung zu bringen.

Die Parteien.

Die Zusammensetzung des Reichstags war derart, daß man an dem redlichen Willen der Mehrheit sich mit den Regierungen zu verständigen nicht zweifeln konnte. Schon die Wahl Simsons zum Präsidenten sprach dies aus, und daß der Herzog von Ujest und Rudolf von Bennigsen ihm zur Seite gestellt wurden, lehrte, daß die Entscheidung bei Parteien ruhe, die mit den schroffen Gegensätzen der preußischen Konfliktszeit brechen wollten. Der Herzog von Ujest war der Repräsentant der freikonservativen Partei, die sich im Gegensatz zu dem altkonservativen brandenburgisch-pommerschen Landadel vorzugsweise aus der hohen Aristokratie zusammensetzte; der Herzog von Ratibor, Fürst Pleß, Graf Bethusy-Huc, der hannoversche Graf Münster waren hervorragende Mitglieder der Partei, der die Gegner nicht unwitzig späterhin den Namen der Botschafterfraktion beilegten. Rudolf von Bennigsen gehörte zu den Führern der Nationalliberalen, und trug im Verein mit seinem Landsmann Miquel, dem Nassauer Braun, dem Kurhessen Ötker und anderen Abgeordneten der neuen Provinzen nicht wenig dazu bei innerhalb der neuen Partei die persönlichen Abneigungen gegen Bismarck, die mißliebigen Erinnerungen an die Konfliktszeit und den gereizten Ton der Debatte, zu dem die Altpreußen, selbst die Twesten und Lasker, doch immer wieder hinneigten, in engere Grenzen zu bannen. Die unzufriedenen liberalen Abgeordneten aus den neuen Provinzen, besonders die Augustenburger aus Schleswig-Holstein, führten der Fortschrittspartei, die aber trotzdem kaum auf 20 Köpfe kam, erwünschte Verstärkung zu; ihre konservativen Landsleute suchten dagegen weniger Fühlung mit den altpreußischen Gesinnungsgenossen, die sich des Eintritts von Moltke, Steinmetz, Falckenstein in ihre Fraktion rühmen durften, als mit den Partikularisten, die vorzugsweise das Königreich Sachsen entsandt hatte und die sich zu einer bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung zusammenthaten. Diese nahm zum Teil auch die Katholiken auf, die sich noch zu keiner eigenen Partei zusammenschlossen, wohl aber schon jetzt durch Mallinckrodt und Windthorst den neuen Bund so heftig angriffen, daß eines der ersten geflügelten Worte Bismarcks ihnen vorhielt, wie der Abfall der Welfen und der Sieg der Ultramontanen die Ursache von Deutschlands Zerrüttung gewesen seien. Ganz fremd und ablehnend verhielten sich endlich die Polen, die zwei Dänen, die Nordschleswig schickte, und die Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie.

So gering an Zahl diese letzteren auch waren, so hatten sie doch in ungeahntem Maße Einfluß auf weite Kreise des Volkes gewonnen.

Selbst der Zwiespalt, der nach Lassalles Tod unter ihnen ausbrach und in dem persönlichen Ehrgeize ihrer Führer reichliche Nahrung fand, lähmte ihre Wirksamkeit nur vorübergehend. Bernhard Becker, der zunächst die Parteileitung übernahm, war dieser Aufgabe allerdings wohl kaum gewachsen, und Herr von Schweitzer, der Redakteur des Parteiblattes, das unter dem Titel der Sozialdemokrat seit 1865 in Berlin erschien, genoß einerseits aus persönlichen Gründen geringer Achtung und stieß andererseits durch die Erklärung, er sehe in Deutschland nur noch zwei aktionsfähige Kräfte: preußische Bajonette und deutsche Proletarierfäuste, alle partikularistischen Arbeiter zurück. Obendrein drohte der Partei das Geld auszugehen, mit dem die Gräfin Hatzfeldt, die mit Becker verfeindet war, sie bisher versorgt hatte. Daß Becker, um diesem Übelstande vorzubeugen, das Präsidium 1865 an Tölcke abtrat, der es dann wieder nach kurzer Zeit dem Hamburger Perl übergab, aus dessen Händen es endlich im Mai 1867 Schweitzer empfing, war auch kein sehr förderlicher Umstand; am verhängnisvollsten aber war es, daß sich in Liebknecht eine Persönlichkeit fand, die entgegen dem nationalen Standpunkte Lassalles und Schweitzers die Bewegung mit den Bestrebungen der Londoner Internationalen zu verschmelzen suchte.

Diese hatte kurz nach Lassalles Tode sich eine feste Organisation gegeben. Schon während der fünfziger Jahre waren allerlei kurzlebige Versuche gemacht um die kommunistisch gestimmten Flüchtlinge, die sich aus aller Herren Ländern in der englischen Hauptstadt zusammenfanden, durch einen festen Bund zu vereinigen; allein sie scheiterten an dem unendlichen Hader und der ungefügen Eitelkeit, die in diesen Kreisen herrschten. Das geistige Haupt der Kommunisten war Karl Marx, der schon vor 1848 ins Exil gegangen war, dann während der Revolution in Köln die Rheinische Zeitung herausgab, aber frühzeitig von der Erfolglosigkeit seiner Propaganda überzeugt nach London zurückkehrte. Hier gab er sich gründlichen Studien hin, deren Frucht mehrere wissenschaftlich bedeutende Schriften waren; zu einer praktisch-agitatorischen Thätigkeit fehlte ihm die Befähigung, und nur wenige eifrige Schüler, unter ihnen Liebknecht, hielten trotz seines streitsüchtigen und verbissenen Wesens bei ihm aus; mit Lassalle, der offen bekannte seinen Schriften die schärfsten Waffen zu verdanken, konnte er schon deshalb auf die Dauer nicht zufrieden sein, weil jeder Anflug nationalen Sinnes ihm tödlich verhaßt war. Trotzdem ging die Begründung der Internationalen eigentümlicherweise von der Verwendung für ein hoffnungsloses nationales Interesse aus. Die polnische Revolution von 1863 erweckte bei englischen und französischen Arbeitern so lebhafte Sympathien, daß sie gemeinsam für sie zu wirken beschlossen. Durch die Londoner Weltausstellung von 1862, die von französischen Arbeitern auf Staatskosten besucht war, hatten sich engere Beziehungen zwischen den Pariser und Londoner Führern herausgebildet; so gingen denn jetzt Deputationen in der polnischen Sache hinüber und herüber und für den 28. September 1864 wurde endlich

eine internationale Versammlung von Arbeitern in London veranstaltet, auf der die polnische Angelegenheit bald gegenüber der Arbeiterfrage in den Hintergrund gedrängt wurde. Man wählte einen Centralrat, damit er die Statuten eines allgemeinen Arbeitervereins entwerfe und einen internationalen Kongreß berufe. Anfänglich war die Tendenz noch keineswegs kommunistisch, wie sich darin zeigte, daß Mazzini um die Ausarbeitung der Statuten ersucht wurde. Aber als er dieselben vorlegte, wurden sie von Marx und den anderen Kommunisten lebhaft angegriffen und schließlich verworfen. Nun trat der deutsche Fanatiker an die Stelle des italienischen und entwarf das kommunistische Programm, auf dem die Internationale sich begründete und das sie auf ihrem ersten Kongreß in Genf 1866 genehmigte. Die Vertretung desselben in Deutschland fiel Wilhelm Liebknecht zu.

Bis zum Sommer 1865 hatte dieser mit Schweitzer zusammen am Sozialdemokrat gearbeitet; um diese Zeit aber überwarf er sich mit ihm und ging nach Leipzig, wo er an dem Drechsler Bebel, der in dem Ausschusse des Verbandes der Arbeiterbildungsvereine die bedeutendste Rolle spielte, einen höchst wertvollen Gehilfen fand. Diese Vereine hatten bisher treu zur Fortschrittspartei gehalten; es war der erste glänzende Erfolg Liebknechts, daß sich im Mai 1866 die Mehrheit derselben aus Haß gegen Preußen von ihr lossagte. In der nächsten Zeit vermied er es noch sich den Lassalleanern schroff entgegenzustellen und war sichtlich bemüht seine kommunistischen Ideen zu verschleiern; er wußte die politischen, radikal-demokratischen Tendenzen in den Vordergrund zu schieben, wie denn Bebel auf Grund eines derartigen Programmes, das im August 1866 auf einer Versammlung in Chemnitz entworfen wurde, in den konstituierenden, Liebknecht selbst im Herbst neben ihm in den ersten ordentlichen Reichstag kam. Er verstand es sich mit der süddeutschen Volkspartei in gutem Einvernehmen zu erhalten und suchte auch Schweitzer, freilich umsonst, zu sich herüberzuziehen.

Die Zeitumstände begünstigten währenddessen unausgesetzt das Wachstum der verschiedenen Fraktionen. Das allgemeine Stimmrecht gab nicht allein die Möglichkeit den Parteigenossen greifbare Erfolge zu zeigen, sondern vor allem auch tüchtig zu wählen; im Reichstage, wo im Herbst 1867 neben Bebel und Liebknecht auch Schweitzer und zwei andere Genossen erschienen, konnten ungestraft aufreizende Reden gehalten werden, die weite Verbreitung fanden. Die Freizügigkeit und die allmählich fortschreitende wirtschaftliche Reformgesetzgebung beförderte die Beweglichkeit des Arbeiters und seine Interessen an öffentlichen Dingen. Daß daraus zugleich innere Spaltungen erwuchsen, schwächte die Kraft des Sozialismus nicht. Obgleich es der Gräfin Hatzfeldt, die sich wie mit Becker so mit Perl und Schweitzer gründlich überworfen hatte, auf der Erfurter Generalversammlung 1866 gelungen war, einen Teil der Arbeiter zu sich herüberzuziehen und ihnen in Mende einen ihr ergebenen Präsidenten zu bestellen, so blieb die Hauptpartei doch selbst nach

Abzweigung dieser „weiblichen Linie“ so stark, daß auf dem Hamburger Vereinstage im August 1868 über 80 Städte und 7200 Mitglieder vertreten waren. Wenige Tage darauf, am 6. September, vereinigte Bebel seine Arbeitervereine in Nürnberg; es waren ihrer 111 mit etwa 14000 Genossen. Allerdings waren unter diesen noch viele, die auf dem Boden von Schulze-Delitzsch standen; gerade dieser Vereinstag war dazu ausersehen mit ihnen zu brechen. Eine Mehrheit von zwei Dritteln erklärte sich für die Grundsätze der Internationalen und veranlaßte dadurch 37 Vereine zum Austritt. Liebknechts Bestreben war nun eifrig darauf gerichtet, auch in dem Schweitzerschen Vereine Fuß zu fassen. Er suchte zunächst noch eine persönliche Verständigung mit seinem Rivalen; da diese mißlang, klagte er ihn öffentlich an ein Regierungssozialist und Verräter zu sein, und forderte ihn auf ihm zum Beweise dieser Anklage auf dem nächsten Vereinstage freie Rede zu gestatten. Schweitzer ging darauf ein und im März 1869 fand das Turnier in Barmen statt. Es fiel zu Gunsten des Angeklagten aus, und wenn dessen Stellung dadurch schon gekräftigt wurde, so hob sie sich noch mehr, als er im Sommer die weibliche Linie bewog sich mit der männlichen wiederzuvereinigen und so dem Zwist unter den eigentlichen Lassalleanern, freilich nur für ein paar Monate, ein Ende zu machen.

Aber Liebknecht war dadurch nicht entmutigt. Er wußte sogar aus ebendieser Vereinigung der beiden Linien Vorteil zu ziehen. Mehrere Führer zweiten Ranges, besonders der Braunschweiger Bracke, zürnten über die Versöhnung und gingen aus Ärger zu den Internationalen über. Gemeinsam mit ihnen beriefen Liebknecht und Bebel die „Ehrlichen“, wie sie ihre Anhänger im Gegensatze zu den Verrätern nannten, zum 7. August 1869 nach Eisenach und gründeten hier, nachdem sich der Arbeiterverband Bebels tags zuvor als solcher aufgelöst hatte, aus diesem und zahlreichen österreichischen und Schweizer Vereinen die sozialdemokratische Arbeiterpartei, der 262 Delegierte im Namen von angeblich 150000 Auftraggebern beitraten. Ein offenes kommunistisches Bekenntnis enthielt auch das Eisenacher Programm noch nicht, aber Liebknecht hatte recht, wenn er die darüber Murrenden vertraulich tröstete: in der Abschaffung aller indirekten Steuern zu Gunsten einer einzigen progressiven Einkommen- und Erbschaftssteuer seien die letzten Konsequenzen des Kommunismus verborgen. Als Organ der Ehrlichen erschien fortan unter seiner Leitung der Volksstaat in Leipzig, und dieser vertrat bald so rücksichtslos die Ansichten von Marx und der Internationalen, daß der bisher noch immer vermiedene Bruch mit der süddeutschen Volkspartei unvermeidlich, und durch die Zustimmung zu den Beschlüssen der internationalen Versammlung in Basel, die das Erbrecht und das Privateigentum an Grund und Boden verwarf, schon im Herbst 1869 vollzogen wurde.

Charakteristisch genug war es, daß Schweitzer, obgleich doch sein Verein mit der Internationalen nichts zu thun hatte, mit der größten

Eile auch seinerseits den Baseler Beschlüssen beitrat. Wenn durch irgend etwas, so war dadurch bewiesen, daß es auch für ihn und seine Partei keinen Halt mehr gab, daß die Furcht überflügelt zu werden sie zu jedem Extrem zu treiben vermochte. Und in der That waren denn auch alle diese Richtungen trotz ihrer gegenseitigen Anfeindungen einig darin, daß sie nicht allein den Haß gegen die Besitzenden nährten, sondern auch die Vaterlandsliebe je länger je mehr erstickten und die überlieferte Religiosität der arbeitenden Klassen durch atheistische und materialistische Anschauungen zu verdrängen suchten. Für das materielle Wohl ihrer Anhänger zu sorgen entwickelten sie viel geringeren Eifer; mußten sie doch befürchten durch erfolgreiche Arbeit in dieser Richtung die Unzufriedenheit, aus der sie ihre besten Kräfte sogen, selbst zu beseitigen und so ihren Parteitendenzen zu schaden. Mit unleugbarer Geschicklichkeit wußten sie aber der Fortschrittspartei auch die Waffen zu entreißen, mit denen diese die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern suchte. Nachdem der norddeutsche Reichstag 1868 den Arbeitern die Koalitionsfreiheit gegeben hatte, d. h. das Recht sich zu verbinden um gemeinsam ihr Interesse gegen die Arbeitgeber zu verteidigen, organisierten Max Hirsch und Franz Duncker die Gewerkvereine um durch dieselben die Arbeiter bei der Fortschrittspartei festzuhalten. Eine unglücklich verlaufende große Arbeitseinstellung in Waldenburg gab jedoch dieser Bewegung schon 1869 einen schweren Stoß, und da von sozialistischer Seite gleichfalls Gewerkvereine gegründet wurden, so hatten die fortschrittlichen bald gegen diese eine sehr unvorteilhafte Stellung und bereiteten ihren Gegnern in vielen Fällen geradezu das Feld vor. Besonders in Berlin knüpfte sich das Aufsteigen der Sozialdemokratie wesentlich an die Gewerkvereinsbewegung, und ihre Macht wurde bald so groß, daß die Fortschrittspartei es kaum noch wagen durfte allgemeine Versammlungen zu berufen, wenn sie nicht die Leitung den Gegnern überlassen wollte. Eine sehr thätige, ebenso gewissenlose wie geschickt redigierte Presse, weit mehr aber eine ausgedehnte und planmäßig geleitete Agitation durch gutbezahlte Wanderprediger, die in allen Künsten der Aufwiegelung schulmäßig unterrichtet, ihre Schlagworte und Irrlehren unermüdlich zu wiederholen und ihren gläubigen Zuhörern wie unangreifbare Wahrheiten einzuflößen verstanden, sorgten dafür, daß die Bewegung im beständigen Wachsen blieb, während die liberale Partei nur langsam und nachdem schon viel Boden unrettbar verloren war, eine kräftige Gegenwirkung als unerläßlich erkannte. Die Schulzeschen Genossenschaften waren nicht darauf eingerichtet gerade in den Arbeiterkreisen großen Einfluß zu üben und im ganzen unterschätzte der Liberalismus die Bedeutung der neuen Bewegung schon deshalb, weil sie auf dem parlamentarischen Schlachtfelde nur mit geringen Kräften auftreten konnte.

Die Verfassungsdebatten.

Die Punkte, über welche die Mehrheit mit dem Grafen Bismarck, der als Präsident der Regierungsbevollmächtigten die Verfassung dem Reichstage am 4. März vorlegte, in Zwiespalt geriet, waren zahlreich

genug, zum Teil freilich von geringer Tragweite. Nicht weniger als vierzig Abänderungen fanden schließlich die Zustimmung der Regierungen. In den Hauptfragen beharrte Bismarck jedoch bei den Vorschlägen des Entwurfes: so wies er mit Entschiedenheit die Bildung eines Bundesministeriums und eines Oberhauses zurück. Das eine wie das andere erschien ihm unverträglich mit der Wirksamkeit des Bundesrates, der gewissermaßen die Elemente von beidem in sich trage. Das Oberhaus erfreute sich auch bei den Abgeordneten nur geringer Sympathien, das Bundesministerium aber wurde von den Nationalliberalen sehr zäh festgehalten. Auf den Namen kam es ihnen freilich nicht an; sie wollten aber die Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige direkt von dem Präsidium ernannt und dem Reichstage gegenüber verantwortlich gemacht haben. Es kam dabei zu Abstimmungen, in denen Stimmengleichheit oder eine Stimme Mehrheit den Ausschlag gab. Bismarck sprach mit tiefem Schmerze seine Überzeugung aus, daß der Block, der mühsam bis nahe an die Spitze gewälzt sei, zurückrollen, daß das vollständig unannehmbare Amendement der Nationalliberalen die Verfassung zum Scheitern bringen werde. Die Folge davon war, daß bei der entscheidenden Abstimmung über einen von Bennigsen beantragten Zusatz 140 gegen 127 Stimmen denselben verwarfen. Ebenso unterlagen Anträge auf die Gewährung gewisser Grundrechte und die Zulässigkeit direkter Bundessteuern; dagegen wurde trotz Bismarcks Einspruch der Antrag auf Bewilligung von Diäten mit 136 gegen 130 Stimmen angenommen, und in der Militärdebatte nach Forckenbecks Vorschlag die Stärke des Heeres (ein Prozent der Bevölkerung) und die Ausgaben für dasselbe (225 Thaler für den Mann) nur bis zum 31. Dezember 1871 bewilligt. Nachdem die ganze Verfassung so in erster Beratung mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen war, erklärte Bismarck am 15. April, daß die Regierungen in allen anderen Stücken nachzugeben bereit seien, nur nicht bezüglich der Diäten und des Heeres. Den ersten Punkt ließ der Reichstag darauf sofort fallen; um den zweiten durchzusetzen nahm Bismarck zu einer Drohung mit seinem Rücktritt seine Zuflucht. Ujest und Bennigsen brachten darauf mit 180 Mitgliedern den Antrag ein: die Einnahmen des Militäretats mit 225 Thalern für jeden Mann der jetzt bewilligten Heeresstärke auch über das Jahr 1871 hinaus bis zu weiterer gesetzlicher Regelung bestehen zu lassen, die Ausgaben aber von diesem Zeitpunkt ab jährlich zu ordnen — ein Vorschlag, der mit 202 gegen 80 Stimmen zum Beschluß erhoben und am 17. April auch von Bismarck namens der Regierungen angenommen wurde. Wenige Stunden später schloß der König den Reichstag unter dankbarer Anerkennung der Opfer, die von allen Seiten, von den Regierungen wie von den Vertretern, gebracht seien um das große Werk zu sichern. Deutschland saß im Sattel: jetzt mußte sich zeigen, ob es wirklich, wie Bismarck in der Debatte vom 11. März prophezeit hatte, allein werde reiten können.

Schlußberatung.

Das nächste war die Bestätigung der Bundesverfassung durch die

Landtage der Einzelstaaten. Sachsen eilte den übrigen voran: am 3. und 4. Mai stimmten seine Kammern fast einmütig der Vorlage zu. In Preußen dagegen bekämpfte die Fortschrittspartei den Entwurf sehr heftig. Waldeck, Virchow und Hoverbeck stellten in einem langen Antrage alle Klagen zusammen und forderten die Regierung auf unter Berücksichtigung dieser Punkte neue Verhandlungen mit den anderen Staaten zu beginnen. Die große Mehrheit der Abgeordneten, auch viele, die den Beschwerden der Fortschrittspartei sachlich zustimmten, 226 gegen 91, nahmen dagegen am 8. Mai in erster, am 31. in zweiter Lesung die Verfassung an, und das Herrenhaus genehmigte sie am 1. Juni gar einstimmig. In den kleineren Staaten war von Widerspruch natürlich noch weniger die Rede, nur in Waldeck lehnte die Landesvertretung die Bundesverfassung einstimmig ab um dadurch den Fürsten zum Abschluß eines Vertrages zu drängen, der die Verwaltung des Landes auf zehn Jahre an Preußen übertrug und die schwer mit Steuern überbürdete Bevölkerung erheblich entlastete, obgleich dem Lande sein Anteil an den Domänen für die Dauer des Vertrages zu Gunsten des Fürsten verloren ging. Auch von den anderen Kleinstaaten mit Ausnahme der beiden Mecklenburg und Braunschweigs wurde noch eine Reihe von Sonderverträgen mit Preußen geschlossen, kraft deren dieses überall die Verwaltung des Heeres, der Post und der Telegraphen ausschließlich in die Hand nahm. Die Bundesverfassung selbst trat am 1. Juli in Kraft, Graf Bismarck ward zum Kanzler, der Geheimrat Delbrück, ein Mann von freisinnigen Grundsätzen, hervorragender Arbeitskraft und langjähriger Erfahrung besonders in Handels- und Zollangelegenheiten, zum Vorstande des Kanzleramtes ernannt. Der Bundesrat eröffnete seine Sitzungen am 15. August und am 31. fanden die Wahlen zu dem ersten ordentlichen Reichstage statt, der am 10. September 1867 in Berlin zusammentreten sollte.

Annahme in den Einzelstaaten.

Die innere Entwickelung des Nordbundes nahm von da an im engsten Zusammenhange mit der inneren Entwickelung Preußens immer unzweideutiger einen liberalen Charakter an. Von hervorragendem Einfluß war dabei die Mitwirkung der nationalliberalen Partei, und zwar vorzugsweise ihrer Mitglieder aus den neuen Provinzen und den kleineren Bundesstaaten. Zumal unter den ersteren befanden sich Männer von hoher politischer Befähigung. Leichter als mit den kaum versöhnten Gegnern der Konfliktszeit konnte Bismarck sich mit ihnen in schwierigen Fragen verständigen; stärker als jene waren sie, die in der Heimat vielfach angefeindeten, auf den Zusammenhalt mit der Regierung angewiesen. Der Richtung, in der sie vorwärtsdrängten, widersetzten sich wohl manche unter den preußischen Ministern, die sich von ihren alten Anschauungen nicht losmachen konnten; aber dafür wandte sich Bismarck um so entschiedener den Nationalliberalen zu. Die alten Genossen kurzerhand beiseite zu schieben würde ihm allerdings, selbst wenn er es gewollt hätte, bei der Dankbarkeit, die der König den Ministern der

Wachsender Einfluß der Liberalen.

Konfliktszeit bewahrte, kaum möglich gewesen sein; er mußte deshalb die Nationalliberalen lange über die zwei Seelen im Ministerium und über seine unbegreifliche Verbindung mit den Eulenburg, Mühler und Lippe klagen lassen; aber auf die Dauer ließ sich der Systemwechsel doch nicht ohne Wechsel der Personen ermöglichen. Der Justizminister Graf zur Lippe räumte zuerst seinen Platz und erhielt am 5. Dezember 1867 in dem Hannoveraner Leonhardt einen Nachfolger, der thätig an eine Umgestaltung des Rechtswesens ging und von der nationalen Partei sehr günstig aufgenommen wurde. Er wies zwar die liberalen Neigungen, die man ihm zuschrieb, in schroffer Weise zurück und beschwor ein Jahr nach seinem Amtsantritt im preußischen Landtag einen gewaltigen Sturm gegen sich herauf, als er trotz des gegenteiligen Beschlusses der Abgeordneten die Absicht aussprach auch fernerhin Hilfsrichter an das Obertribunal zu berufen; aber dieser Zwist wurde bald dadurch beigelegt, daß man die Hilfsrichter durch die Errichtung von drei neuen Ratsstellen bei dem höchsten Gerichte entbehrlich machte, und der rege Eifer, den der Minister für die Justizreform entfaltete, beseitigte allmählich die entstandene Mißstimmung. Die Erfolge gerade auf diesem Gebiete entsprachen in der That allen berechtigten Hoffnungen. Über den Rahmen der Bundesverfassung hinaus verfochten Miquel und Lasker erfolgreich die Ausdehnung der Bundeskompetenz auf das ganze bürgerliche Recht; die sächsische Regierung ergriff die Initiative um die Einsetzung eines Bundesoberhandelsgerichts zu beantragen, das in Leipzig seinen Sitz erhielt; vor allem aber wurde in der kurzen Zeit bis zum 25. Mai 1870 die Beratung eines neuen Strafgesetzbuches vollendet und damit ein Werk geschaffen, das trotz mancher Schwächen von hoher nationaler Bedeutung war. Bei den Verhandlungen darüber fehlte es natürlich nicht an heftigen Kämpfen; an der Frage, ob die Todesstrafe beibehalten werden sollte, drohte sogar die ganze Vorlage zu scheitern, da Bismarck sich unbedingt weigerte in diesem Punkte nachzugeben. Auch bei anderen Gelegenheiten kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen; man hörte den Kanzler mehr als einmal offen oder von fern mit seinem Rücktritt drohen, und die nationalen Parteien fanden sich dann nicht selten in die Notwendigkeit versetzt an ihrer besseren Einsicht Opfer zu bringen. Andererseits war Bismarck doch noch vorsichtig genug sich auf seine Unentbehrlichkeit und beispiellose Volkstümlichkeit nicht ungebührlich zu steifen. Wenn seine große Reizbarkeit, die Frucht des aufreibenden Dienstes der letzten Jahre, ihn gelegentlich zu hartem und herrischem Auftreten hinriß, so war er doch in diesem Zeitraum stets wieder bereit zu beschwichtigen, Kompromißvorschläge anzubieten oder anzunehmen und Wunden, die er geschlagen, wiederzuheilen. Um einem neuen Konflikte vorzubeugen brachte er Opfer, die ihm sehr schwer werden mußten. So forderte der Reichstag 1868, daß die Verwaltung der Bundesschulden seiner Überwachung unterliegen solle; lieber als daß er dies zugegeben hätte, verzichtete der Graf auf die beantragte Anleihe von 10 Millionen Thalern,

Ministerwechsel in Preußen.

Justizreformen.

Bismarck und der Liberalismus.

die für Flottenzwecke bestimmt war, und gab dann schließlich einem Mittelwege seine Zustimmung, der die Überwachung der preußischen Oberrechnungskammer zuwies, die zu dem Zwecke durch Mitglieder des Bundesrats und des Reichstags verstärkt wurde. Unerbittlich blieb er in einem Punkte, den Waldeck alljährlich wieder zur Sprache brachte, in der Verweigerung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten; auch der Errichtung von Bundesministerien widersetzte er sich mit der alten Heftigkeit, als Lasker und Graf Münster sie wiederanregten. Er hatte an den Reibereien im preußischen Ministerium genug und wünschte nicht sie durch einen neuen Kreis ebenbürtiger Kollegen verdoppelt zu sehen. Welche Kämpfe er mit diesen seinen Amtsgenossen auszufechten hatte, ließ sich einigermaßen aus der Haltung entnehmen, die Graf zur Lippe beobachtete, als er sich nach seinem Austritt aus der Regierung zum Führer der verbittertsten Opposition im Herrenhause aufwarf. Bismarck hatte zu lange Jahre mit den strengkonservativen Elementen der ersten Kammer auf vertrautem Fuße gelebt, als daß es ihm leicht geworden wäre vollständig mit ihnen zu brechen. Er suchte die Fäden, die ihn mit der Kreuzzeitungspartei verbanden und die immer lockerer wurden, festzuhalten, solange er konnte, ein Bemühen, das ihm dann wieder von liberaler Seite Angriffe zuzog. Eine wertvolle Stütze innerhalb des preußischen Ministeriums erhielt er am 2. Dezember 1869 durch die Ernennung Delbrücks zum Minister ohne Portefeuille, und noch einige Wochen früher durch die Beförderung Camphausens zum Finanzminister. Von der Heydt, der beim Ausbruch des Krieges von 1866, als Bodelschwingh den Mut verlor, diesen Posten übernommen hatte, trat jetzt wieder zurück, weil der Landtag in die Steuerzuschläge nicht willigen wollte, die er zur Deckung eines auf $5^1/_2$ Millionen Thaler veranschlagten Defizits forderte. Sein Nachfolger, bisher Präsident der Seehandlung, war ein Mann von gemäßigtem aber bewährtem Freisinn, und seine Wahl wurde um so freudiger begrüßt, als er mit dem besten Vertrauen in die Finanzen Preußens der augenblicklichen Verlegenheit durch eine Verminderung der Schuldentilgung, nicht aber durch eine Erhöhung der Steuern abzuhelfen versprach. Einige Wochen später, im Februar 1870, schien auch der Kultusminister Mühler, mit dem Bismarck sich am allerwenigsten verständigen konnte, aus dem Amte scheiden zu sollen; er reichte dem Könige seine Entlassung ein, und da er auch im Abgeordnetenhause jeglicher Stütze entbehrte, schien die Annahme des Gesuches zweifellos; aber gerade die ungestümen Angriffe, die von einzelnen Abgeordneten gegen ihn erhoben wurden, das Fort mit diesem Minister! das geradeso wie einst in der Konfliktszeit erscholl, mochten den König bewegen das Gesuch abzulehnen. Daß Bismarck im Kabinett bei wichtigen Abstimmungen nicht in der Minderheit blieb, dafür boten neben Delbrück, Leonhardt und Camphausen doch auch Roon und Eulenburg einige Gewähr, indem sie zwischen den starrkonservativen Mühler, Itzenplitz, Selchow und den Bismarckianern vermittelten. Eulenburg ging auf die Reform der Kreis-

Delbrück und Camphausen.

und Gemeindeverfassungen ein und zeigte sich für die Wünsche der liberalen Parteien nach und nach empfänglicher; Roon hatte nie zu den eigentlichen Kreuzzeitungsmännern gehört und war in der deutschen Politik mit Bismarck vollkommen einverstanden. So erwies sich denn von den zwei Seelen des Ministeriums die liberalere in der Regel als die stärkere, und vollends in der Verwaltung des Norddeutschen Bundes traten partikularistisch-konservative Ansprüche Preußens sowenig hervor, daß Bismarck gelegentlich mit Recht sagen konnte: der Süden wolle deshalb nichts von dem Eintritt in den Nordbund wissen, weil dieser ihm zu liberal und national, im ganzen also zu nationalliberal sei.

Der Kampf um Süddeutschland und der Luxemburger Streit.

Stimmung in Süddeutschland.

Zu diesem Ausspruch, bei dem der Kanzler nur Baden ausnahm, gab allerdings das Verhalten der großen Masse in Süddeutschland vielfache Berechtigung. Wenn die Hinneigung zu Frankreich sich nur in engen Kreisen hervorwagte und das Buhlen mit den „herzigen Französlein, die daran schuld sind, daß wir nicht Mußpreußen werden können", sich auf ein paar ultramontane oder radikale Winkelblätter beschränkte, so war die Anlehnung an Österreich dafür in um so weiteren Kreisen ein Glaubensartikel, und alle Großdeutschen schauten wieder eifrig nach Wien, seit Kaiser Franz Josef den Freiherrn von Beust, den vormals sächsischen Minister, in seinen Rat berufen hatte und ihm den größten Einfluß gestattete. Dadurch erwachte in vielen Gemütern, die mit ehrlicher Treue an ihren großdeutschen Träumen hingen, die Hoffnung, daß sich doch noch ein Weg finden lassen werde das „dreigeteilte" Vaterland wiederzueinigen. Ob man zu dem Zweck erst einen südwestdeutschen Bund schließen, und ob dieser Bund in ein engeres Verhältnis zu dem Norden oder in ein gleich enges auch zu Österreich treten solle, darüber gingen die Ansichten dann freilich wieder auseinander.

Der Südbund.

Bei den praktischen Staatsmännern jedoch stand es fest, daß ein eigentlicher Südbund schon wegen der Eifersucht der einzelnen Staaten unmöglich sei, und daß die Schutz- und Trutzbündnisse, die dem Könige von Preußen die Führung im Kriege überwiesen, daß die Notwendigkeit den Zollverein zu erhalten, in den Österreich ja doch nicht eintreten konnte, die engere Verbindung mit dem Nordbunde außer Frage stellten. Nur der württembergische Minister Varnbüler ließ sich der Mehrheit seines Landtags zu Gefallen so vernehmen, als ob deren Wunsch, eine gemeinsame parlamentarische Vertretung des Südens, ein sogenanntes Verfassungsbündnis, herzustellen nicht allein möglich, sondern sogar schon in der Vorbereitung begriffen wäre. In Wirklichkeit wollten doch selbst die meisten Kammern von einem so aussichtslosen Versuche nichts hören; nur die ersten Kammern in Bayern und Hessen, die zweite Kammer in

Württemberg waren ihm günstig gestimmt und fanden in einzelnen Parteiversammlungen und Parteiblättern Unterstützung. In Baden sprachen sich beide Kammern mit der größten Entschiedenheit für den Eintritt in den Nordbund aus, und die Minister, Männer wie Mathy und Freydorff, waren damit höchlichst einverstanden, wenn sie auch zur Zeit noch auf die Verwirklichung dieses Wunsches verzichten mußten; der naturnotwendige Gang der Entwickelung werde, so trösteten sie die Ungeduldigen, von selbst die Vereinigung herbeiführen, die zu beschleunigen nicht ohne Gefahr sei; über die Notwendigkeit und nationale Pflicht dieser Vereinigung gebe es gar keine Meinungsverschiedenheit, sondern nur über die Art derselben; die zu bestimmen liege aber nicht in der Hand der Südstaaten, für die der Anschluß an Norddeutschland eine Existenzfrage sei, sondern in der Preußens, dessen Verteidigungsstellung ohne jene stärker sei als mit ihnen. Zurückhaltender als in Baden war man in Bayern. Für den Südbund fand sich auch in München kaum ein Für- Bayern.
sprecher; von den Pfordten erklärte, daß er keinen Schritt zur Verwirklichung dieses französischen Projektes gethan habe. Für den Eintritt in den Nordbund erhob sich freilich auch nur die Linke, die Völk, Brater, M. Barth; beinahe alle Parteien aber forderten engeren Anschluß an Preußen, in der Hoffnung dadurch unter Mitwirkung eines freigewählten Parlamentes die Einigung Deutschlands und die erfolgreiche Abwehr fremder Angriffe zu sichern. In der ersten Kammer fand dieser Beschluß der Abgeordneten einen lebhaften Verteidiger in dem Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst; aber die Mehrheit blieb doch bei dem Wunsche stehen, daß der König sich jedem Angriff auf deutsches Gebiet mit allen Kräften widersetzen möge. Bei der patriotischen Gesinnung des Monarchen war die Erfüllung desselben im voraus gesichert; König Ludwig wünschte aber im gegebenen Falle besser gerüstet aufzutreten als 1866 und von vornherein zu Preußen ein besseres Verhältnis anzubahnen, als von der Pfordten das bei seiner Vergangenheit konnte. Als den geeigneten Mann dazu erkannte er den Fürsten Hohenlohe. Auf Hohenlohe.
Grund einer ausführlichen Denkschrift über Bayerns Stellung in Deutschland, die er sich von ihm ausarbeiten ließ, berief er ihn am 31. Dezember 1866 ins Ministerium des Äußeren. Vor dem Landtage wies der neue Minister am 19. Januar 1867 den Eintritt in den Nordbund ebenso entschieden zurück wie die Gründung des Südwestbundes; er betonte, daß Bayern nicht vereinsamt in Europa stehen bleiben könne, daß es der Anlehnung an eine Großmacht bedürfe; diese Großmacht sei aber weder Frankreich noch Österreich, sondern ganz ausschließlich Preußen; als letztes Ziel seiner Politik bezeichnete er die Herstellung eines Verfassungsbündnisses mit der Gesamtheit der anderen deutschen Staaten; bis es aber möglich sei dieses Ziel zu erreichen, versprach er durch den freisinnigen Ausbau der inneren Staatseinrichtungen Bayern das Selbstbewußtsein und das Vertrauen in die eigene Lebensfähigkeit zurückzugeben. Zugleich suchte er mit den anderen süddeutschen Staaten Grundzüge einer

gemeinsamen oder doch gleichartigen Wehrverfassung zu vereinbaren und erzielte wirklich auf den Militärkonferenzen in Stuttgart vom 3. bis 5. Februar 1867 und durch wiederholte spätere Verhandlungen unter Anlehnung an die preußischen Einrichtungen in den wesentlichsten Punkten ein Einverständnis.

Die Schutz- und Trutzbündnisse.

Es waren nicht unerhebliche Opfer, welche die Durchführung dieser Pläne den süddeutschen Staaten auferlegte, und die Gegner bedienten sich der finanziellen Bedenken geschickt als des schützenden Schildes um ihre politischen Gegengründe zu verbergen. In den dadurch veranlaßten Debatten enthüllte Fürst Hohenlohe zuerst das Geheimnis der mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse. Bismarck gab dazu um so lieber seine Zustimmung, als der Augenblick dieser Veröffentlichung auch Frankreich gegenüber sehr günstig war. In dem gesetzgebenden Körper zu Paris waren die anmaßlichsten Worte gegen Deutschland gefallen und Napoleon selbst schickte sich eben an durch den Erwerb von Luxemburg die Vergrößerungsgelüste der Franzosen zu beschwichtigen. Da kam die Veröffentlichung der Augustbündnisse am 18. März 1867 gerade recht um jeden Zweifel an der Haltung Süddeutschlands im Keime zu ersticken und die Erklärung von 119 bayerischen Abgeordneten, daß Bayern seine Pflichten gegen Deutschland treu erfüllen werde, die Beschlüsse zahlreicher Volksversammlungen auch in den anderen Südstaaten bezeugten die Befriedigung, welche die überraschende Kunde bei der Mehrheit der Bevölkerung erweckte.

Napoleons Verhalten.

Für Napoleon war die Entwickelung der deutschen Frage allerdings immer peinlicher geworden. Persönlich von Mißgunst gegen das Nachbarvolk, in dessen Mitte er einen Teil seiner Jugend verlebt hatte und dessen politische Einigung er doch für unvermeidlich hielt, ungleich freier als die große Masse der Franzosen fühlte er sich doch außerstande ihre Vorurteile und Mißstimmungen zu überwinden und suchte sie deshalb wenigstens auf alle Weise zu besänftigen. Wo sich die Gelegenheit bot, wurden die vorteilhaften Seiten des neuen Zustandes hervorgekehrt. Am weitesten ging in dieser Beziehung ein Rundschreiben, das Lavalette als stellvertretender Minister des Äußeren am 16. September 1866 versandte; es begrüßte die Zersprengung des eisernen Gürtels, mit dem der Deutsche Bund und seine beiden Großmächte bisher Frankreich umspannt hätten; abgesehen von Spanien sei in dem früheren Europa kaum ein festländischer Staat gewesen, mit dem Frankreich eine Allianz habe schließen können; jetzt sei die Freiheit der Bündnisse das Prinzip, welches den Erdteil regiere, und gegenüber dem drohenden Anwachsen Rußlands und der Vereinigten Staaten, die vor Ablauf des Jahrhunderts je 100 Millionen Menschen zählen würden, liege es in dem Zukunftsinteresse der mitteleuropäischen Völker ihrer Zersplitterung ledig zu werden. Frankreich habe durch die großen Umwandlungen nichts verloren; nirgends bemerke es Vorgänge, die sein Glück stören könnten; ein dauerhafter Friede scheine gesichert. Doch eine Lehre ergebe sich

allerdings aus dem letzten Kriege: die Notwendigkeit zur Vervollkommnung der militärischen Einrichtungen zu schreiten. Und damit wurde denn auch ernst gemacht. Ein Ausschuß, dessen Seele der General Niel war, legte schon im Dezember 1866 einen Gesetzentwurf vor, der eine aktive Armee und eine Reserve von je 420 000, sowie eine Mobilgarde von 390 000 Mann zu schaffen vorschlug.

Die öffentliche Meinung in Frankreich.

Aber die öffentliche Meinung ließ sich weder durch diese Rüstungen noch durch die rosige Darstellung der europäischen Lage begütigen und zu ihrem Wortführer machte sich besonders Thiers. Er verdammte die Einheit Deutschlands wie die Italiens und schilderte die Lage Frankreichs im März 1867 als so traurig, daß auch nicht ein einziger Fehler mehr gemacht werden dürfe. Sehr verständig äußerte sich dagegen Ollivier, der die Rechtmäßigkeit des Norddeutschen Bundes anerkannte, die Mainlinie als eine vorübergehende Schranke und das Werk Bismarcks als festgegründet betrachtete. Seine Ausführungen übertrafen selbst Rouhers Verteidigungsrede an Sachgemäßheit; denn der Minister, der nicht in Abrede stellte, daß ihn die Schlacht von Königgrätz mit patriotischer Beklemmung erfüllt habe, während er Thiers gegenüber behauptete auch nicht einen einzigen Fehler gemacht zu haben, erging sich in rätselhaften Drohungen gegen Preußen, falls dieses die tolle Anmaßung haben sollte bis an die Zuyder See vorzudringen, und schlug damit eine Tonart an wie Granier von Cassagnac, der für Frankreich seine natürlichen Grenzen forderte und prahlerisch zum Kriege aufrief.

Der Luxemburger Streit.

Den eigentlichen Sinn dieser Worte verstanden zunächst nur wenige Eingeweihte; Napoleon war eben darüber aus Luxemburg zu erwerben um dadurch den Ärger der Franzosen über die preußischen Erfolge zu besänftigen. In mancher Hinsicht konnte es gar kein geeigneteres Objekt für die französische Vergrößerungssucht geben als das kleine Großherzogtum, das beinahe herrenloses Gut schien. Durch die Auflösung des Deutschen Bundes unabhängig geworden, wegen seiner offenkundig undeutschen Gesinnung von Bismarck gar nicht zum Eintritt in den Norddeutschen Bund aufgefordert, mit Holland nur durch Personalunion vereinigt und für dessen König ein ziemlich unsicherer und daher unbequemer Besitz, hatte es doch auf der anderen Seite in der deutschen Geschichte eine bedeutende Rolle gespielt, war ein Glied des deutschen Zollvereins und hatte in seiner Hauptstadt, der starken Festung, eine preußische Besatzung. Die Einverleibung in Frankreich war also für Deutschland zweifellos ein Verlust, groß genug um die Schadenfreude der Franzosen zu befriedigen und doch zu geringfügig um deshalb einen Krieg zu wagen. Überdies hatte Bismarck das Ausscheiden des Ländchens aus Deutschland schon zugegeben, weshalb sollte er da nicht, die Zustimmung des Großherzogs und der Einwohner vorausgesetzt, auch in die Verbindung mit Frankreich willigen? So wurde die Sache denn vorsichtig eingeleitet, wahrscheinlich durch Vermittelung der Königin von Holland, die über ihrem Haß gegen Preußen längst vergessen hatte,

daß sie eine württembergische Königstochter war. Eine holländische Note vom 20. Februar 1867 klagte in Paris über die fortdauernde preußische Besatzung und sprach den Argwohn aus, daß es in Bismarcks Plänen liege die Niederlande in Abhängigkeit von Deutschland zu bringen. Napoleon ließ darauf am 28. Februar antworten, daß er sich für die Räumung Luxemburgs verwenden werde, daß aber die beste Lösung doch wohl der Verkauf der Landes an Frankreich sei, und dem holländischen Könige leuchtete das ein. Bald waren die näheren Bedingungen verabredet, und Napoleon übernahm es Preußens Zustimmung zu erwirken. Doch ehe noch Benedetti die ersten Eröffnungen deshalb gemacht hatte, verriet der König von Holland die Sache dem preußischen Gesandten durch die ängstliche Anfrage, wie Preußen sich wohl dazu verhalten würde, und nun war binnen wenigen Tagen das Geheimnis öffentlich. Im Norddeutschen Reichstage stellte Bennigsen am 1. April mit 70 Genossen an Bismarck die Frage, was er zu thun gedenke, und verhieß ihm in feuriger Rede unter lauter Zustimmung des Hauses die einmütige Unterstützung aller Parteien zu entschlossenem Widerstande. Die Antwort des Grafen war vorsichtig und friedlich; doch konnte man daraus entnehmen, daß er in die Einverleibung Luxemburgs nicht willigen werde. Den fremden Großmächten war das höchst unerwünscht; ihnen erschien der Gegenstand zu unbedeutend, als daß er Anlaß zu einem großen Kriege werden dürfe; Beust meinte einen Ausgleich durch einen Tausch gefunden zu haben, mittels dessen Napoleon ein Stück von Belgien, Belgien aber Luxemburg erhalten haben würde; doch scheiterte dieser Vorschlag an der Weigerung Leopolds II. Dagegen fand ein anderer Ausweg des österreichischen Ministers großen Anklang: danach soll Luxemburg wie Belgien neutralisiert werden, Frankreich also den Ankaufsplan und Preußen sein Besatzungsrecht aufgeben. Es war das immerhin ein großes Zugeständnis des Berliner Kabinetts; denn es hatte seine Garnison in Luxemburg nicht auf Grund des erloschenen Bundesverhältnisses sondern auf Grund eines europäischen Vertrages vom 3. November 1815, es gab also ein Recht auf, das schwer zu bestreiten war. Indessen Bismarck erklärte sich um seine Friedensliebe zu beweisen dazu bereit, wenn die Großmächte die Neutralität Luxemburgs wie die Belgiens verbürgen wollten. Zur Verständigung darüber schlug Fürst Gortschakoff eine Konferenz in London vor, zu der der König von Holland die Einladungen erließ. Am 7. Mai trat dieselbe zusammen; unter den Großmächten war zum erstenmal Italien, außer ihnen Belgien, Holland und Luxemburg vertreten. Die Verhandlungen nahmen einen schnellen Verlauf; schon am 11. wurde ein Vertrag unterzeichnet, kraft dessen die Mächte eine Gesamtbürgschaft für die Neutralität Luxemburgs übernahmen, Preußen die Räumung und der König-Großherzog die Schleifung der Festung versprach. Der Gesamtbürgschaft wohnte indessen, wie sich bald herausstellte, nur ein sehr geringer Wert bei; die englischen Minister erklärten nämlich im Parlamente, daß

Die Londoner Konferenz.

sie dieselbe für erloschen ansähen, sobald einer der Unterzeichner sich von ihr lossage. Da nun Luxemburg bei seiner geographischen Lage nur von Mächten, die zu den Unterzeichnern gehörten, bedroht werden konnte, so erlosch nach dieser Deutung die Bürgschaft für die Neutralität in allen Fällen, wo sie hätte in Kraft treten sollen. Das Recht sich einzumischen behielten die Unterzeichner allerdings nach englischer Auffassung auch dann noch; aber die Pflicht fiel weg und mit der Pflicht natürlich gerade das, was der Bürgschaft ihren Wert gab.

Taufkirchens Sendung nach Wien.

Die Haltung Österreichs während dieses Luxemburger Streites war sichtlich darauf berechnet gewesen den Frieden zu erhalten; denn so sehr Beust Preußen haßte, so war die Stunde doch noch nicht gekommen, in der er sich erfolgreich an einem Kriege hätte beteiligen können, und deshalb suchte er den Ausbruch zu verschieben. Fürst Hohenlohe, der bayerische Minister, der eine Versöhnung zwischen Wien und Berlin aufrichtig wünschte, ließ sich dadurch zu der Hoffnung verleiten, es werde ihm gelingen diese Versöhnung zu vermitteln. Sein Programm ging dahin die süddeutschen Staaten durch einen weiteren Bund mit Norddeutschland und den dadurch begründeten Gesamtbund dann wieder durch eine völkerrechtliche Allianz mit Österreich zu verknüpfen. Graf Bismarck, dem Hohenlohe diese Pläne durch einen besonderen Gesandten, den Grafen Tauffkirchen, Mitte April vorlegen ließ, zeigte sich nicht abgeneigt sie zu verfolgen; um jedoch durch eine Annäherung an Österreich die erprobte Freundschaft mit Rußland nicht zu gefährden, stellte er die Bedingung, daß „seine Karten für Rußland offen liegen müßten"; übrigens glaubte er versichern zu können, daß man in Petersburg bereit sei für längere Zeit die orientalische Frage nicht aufzurühren und somit den gefährlichsten Anlaß zum Streit mit Osterreich zu vermeiden. Herr von Beust wollte indes von diesen Vorschlägen nichts wissen; eines Bündnisses zur Rückendeckung gegen Frankreich, wie Bismarck und Hohenlohe es wollten, bedurfte er nicht, da er durch den Gesandten in Paris, den Fürsten Metternich, auf dem besten Fuße mit Napoleon stand; über die Stellung Süddeutschlands zu Preußen wollte er nicht einmal eine Meinung äußern um auch nicht den Schein der Verantwortlichkeit für ein weiteres Hinausgehen über die Bestimmungen des Prager Friedens, der schon durch die Augustbündnisse beeinträchtigt sei, auf sich zu nehmen; Graf Tauffkirchen, der sich von Berlin nach Wien begeben hatte, kehrte also ohne Erfolg nach München zurück.

Hohenlohes Pläne.

Hohenlohe nahm nun mit verdoppeltem Eifer die Versuche zu einer Verständigung unter den Südstaaten auf. Er hatte damit um so größere Eile, als die öffentliche Meinung in Baden und Hessen laut den Eintritt in den Nordbund forderte; dort unterzeichneten im Laufe des Mai fast alle Abgeordneten eine Erklärung in diesem Sinne, hier wurde ein Antrag in dieser Richtung trotz Dalwigks Widerspruch am 4. Juni 1867 von der Kammer mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Bayerns Interesse war es jedenfalls solche Schritte der einzelnen Staaten zu verhindern.

Bismarck hatte zwar im konstituierenden Reichstage erklärt, daß er den Eintritt eines einzelnen Staates nur dann für zulässig ansehe, wenn Österreich seine Einwilligung dazu gebe; aber er hatte doch auch, wenigstens in bezug auf Südhessen, die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß diese Einwilligung nicht ausbleiben werde, und durch die Annahme eines von Lasker und Miquel gestellten Amendements war dafür gesorgt, daß verfassungsmäßig der Eintritt jedes einzelnen Staates auf Antrag des Bundespräsidiums durch Gesetz erfolgen konnte. Wenn nun auch Dalwigk sich nicht entblödete dem Drängen der hessischen Kammer einen österreichischen Protest gegen den Eintritt Südhessens in den Norddeutschen Bund entgegenzustellen, so konnte ein Mann wie Hohenlohe doch seine Politik nicht auf solche Mittelchen bauen. Ihm lag es ja nicht daran die Vereinigung mit dem Norden überhaupt zu verhindern, er wollte nur für Bayern eine ausgedehnte Selbständigkeit wahren, deren Aufopferung ihm überflüssig schien. Dazu war der von ihm eingeschlagene Weg der zweckmäßigste. Ein wirkliches Verfassungsbündnis der vier Südstaaten war viel gefährlicher für den Partikularismus: tagte nördlich und südlich vom Main ein nationales Parlament, dann trat gewiß ein, was Bismarck im Reichstage prophezeit hatte; diese beiden Parlamente waren nicht länger auseinander zu halten als die Gewässer des Roten Meeres nach dem Durchzug der Kinder Israel. Beschränkte man sich aber, wie Hohenlohe es wollte, darauf, gewisse Angelegenheiten für gemeinsame zu erklären, die dann im Norden vom Reichstage, im Süden aber von den einzelnen Ständekammern beraten wurden, so war die bayerische Selbständigkeit allerdings in weitem Umfange gerettet. Auch Varnbüler war mit diesen Plänen einverstanden, und beide Minister erließen am 16. Mai eine Einladung zum Beitritt an Baden und Hessen. Den badischen Staatsmännern genügte dies Projekt aber nicht; sie erklärten sich wohl zu Verhandlungen bereit, stellten aber zugleich die Forderung, daß nicht die süddeutschen Ständekammern, sondern der durch süddeutsche Mitglieder verstärkte Reichstag die gemeinsamen Angelegenheiten berathen müsse. Ebenso faßte Graf Bismarck die Sache auf und kam, ehe sich Hohenlohe noch weiter in sein Projekt verrannt hatte, mit einem Schachzuge dazwischen, der die Verhandlungen schnell in das richtige Geleise rückte.

Der Zollverein.

Durch die Friedensschlüsse waren die Zollvereinsverträge wieder in Kraft gesetzt, doch mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist. Am 28. Mai zeigte Bismarck an, daß die Kündigung zum 1. Januar 1868 erfolgen werde und lud gleichzeitig die süddeutschen Minister zu Konferenzen über die Erneuerung des Zollvereins auf den 3. Juni nach Berlin. Hier legte er ihnen einen Entwurf vor, nach dem die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen sowie über die Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks in Zukunft bei einem Zollbundesrat und Zollparlament ruhen sollte, beide gebildet aus den durch süddeutsche Mitglieder verstärkten Organen des Nordbundes. Damit war den

bayerischen Projekten der Boden unter den Füßen weggezogen; Baden und Württemberg nahmen die Bismarckschen Vorschläge sogleich an, Hessen nach kurzem Bedenken; Hohenlohe konnte sich schwerer dazu entschließen, nachdem aber Tauffkirchen noch einige Zugeständnisse erhandelt hatte, besonders die Vermehrung der bayerischen Stimmen im Zollbundesrat von vier auf sechs, fügte auch er sich, und am 8. Juli 1867 wurden die neuen Verträge auf die Dauer von acht Jahren in Berlin unterzeichnet.

Kampf um die neuen Verträge.

Das war eine neue Brücke über den Main, fester noch und breiter als die, welche die Schutzbündnisse gebaut. Sollten die Süddeutschen jetzt an den schwersten Pflichten des Nordbundes teilnehmen, sollten sie die preußischen Heereslasten tragen und dieselben Zölle und Steuern zahlen, dann mußte über kurz oder lang auch das Verlangen unwiderstehlich werden, an den Rechten teilzunehmen, welche die Verfassung des Nordbundes gewährte, und aus dem Zollparlamente ein Vollparlament zu machen. Die Verträge vom 8. Juli erwiesen sich daher bald als ein starkwirkender Gärstoff bei der Umbildung der Parteien, die in ganz Süddeutschland im Gange war. Alles was der Annäherung an den Nordbund feind war, suchte sie zu Fall zu bringen; alles was die engste Verbindung mit Preußen wünschte, klammerte sich an sie und erklärte ihre Durchführung für eine Lebensfrage. Dabei waren die letzteren von vornherein im Vorteil. Nicht allein, weil die Regierungen auf ihrer Seite standen, weil die Bevölkerungen Badens und Hessens vollständig für die nationale Politik gewonnen waren und den beiden Königreichen also eine unhaltbare Isolierung drohte, weil demgemäß die materiellen Interessen sich überall regten und städtische Behörden, Gewerbe- und Handelskammern die Erhaltung des Zollvereins um jeden Preis forderten, sondern auch deshalb, weil die Nachwirkungen des Jahres 1866 sich immer mehr geltend machten, weil die anregenden und fruchtbaren Verhandlungen des Norddeutschen Reichstags auch die Süddeutschen mächtig anzogen und weil die nationale Erregung durch die Luxemburger Kriegsgefahr und die zweideutige Haltung Österreichs und Frankreichs immer neue Nahrung erhielt. Den schwersten Stand hatte die deutsche Partei in Württemberg, wo demokratische Stimmungen, ein hochgesteigertes Stammesgefühl und die Abneigung gegen die strengeren Ansprüche eines großen Staatswesens der ehemaligen großdeutschen Partei ihre meisten Anhänger erhielten. Auch suchte hier das Ministerium, obgleich es bei den Anhängern der großdeutschen „Volkspartei" ebenso schlecht angeschrieben war wie bei den Nationalen, die letzteren auf alle Weise am Aufkommen zu hindern und begünstigte die Demokratie, deren Abneigung gegen Preußen Varnbüler durchaus teilte. In Bayern übernahm der Ultramontanismus die Führung im Kampfe gegen den Nordbund. Er richtete seine Angriffe zunächst allerdings nur auf das Ministerium Hohenlohe, das durch innere Reformen, besonders durch den Entwurf eines Schulgesetzes, den Einfluß der Geistlichkeit zu brechen suchte. Die

Bayern.

Mehrheit der zweiten Kammer war noch gut liberal und deutsch gesinnt, dabei aber von so zweifelloser Anhänglichkeit an das Königshaus, daß alle Verleumdungen in dieser Richtung wirkungslos verhallten. Bis zu den nächsten Wahlen, die erst 1869 stattfanden, war deshalb der Reichsrat die einzige Stütze der Ultramontanen. Aber sie wußten schon jetzt durch Versammlungen und Adressen, noch mehr aber durch die Einwirkungen von der Kanzel und aus dem Beichtstuhl die Gemüter zu bearbeiten und das Feld für die Wahlen zu bestellen.

Die badischen und hessischen Kammern sowie das bayrische Abgeordnetenhaus nahmen die Zollverträge im Oktober gegen verschwindende Minderheiten an; der Reichsrat zu München dagegen machte mit allen gegen drei Stimmen auf Antrag des Fürsten Löwenstein-Werthheim seine Zustimmung davon abhängig, daß Bayern sein Vetorecht in Zollvereinssachen erhalten bleibe. Ohne zu glauben, daß diese Bedingung Aussicht auf Gewährung habe, hielt Hohenlohe es doch für das Rätlichste den Gegnern volle Klarheit zu verschaffen und reiste mit dem Führer der Opposition, dem Freiherrn von Thüngen, noch am selben Tage, dem 26. Oktober, nach Berlin um mit Bismarck zu verhandeln. Dieser hatte nicht den geringsten Anlaß ein so gefährliches Zugeständnis zu machen, er durfte sich auf die Stärke der öffentlichen Meinung verlassen. Ein Dutzend Deputationen und etwa 80 Telegramme, die zu gunsten der Verträge mittlerweile beim Reichsrate eingelaufen waren, die Drohungen der Presse und der unverhohlene Unwille des Königs, bekehrten denn auch zusammen mit den Nachrichten, welche Thüngen heimbrachte, die Widerspenstigen, und am 31. Oktober wurden die Verträge mit 35 gegen 13 Stimmen genehmigt; zu den Unbekehrbaren gehörten bezeichnender Weise drei königliche Prinzen und drei katholische Prälaten.

Württemberg. Durch die Entscheidung in Bayern war nun auch der Entschluß der württembergischen Kammer unweigerlich gegeben. Trotz der heftigen Artikel des Beobachters, des leitenden Blattes der Volkspartei, und trotz der leidenschaftlichen Mahnrufe Moritz Mohls, der seinen Haß gegen den Zollverein ein ganzes Menschenalter treu bewahrt hatte, beugten sich bis auf 16 Unversöhnliche auch die Gegner der Notwendigkeit, so daß der Vertrag mit 73 Stimmen genehmigt wurde. Bei dem Austausch der Ratifikationen am 6. November 1867 wurden auch die Augustbündnisse von 1866 noch einmal neu bekräftigt, denn auch sie waren von den Gegnern angefochten und nur in Württemberg von den Kammern ausdrücklich bestätigt worden. Bismarck erklärte jetzt, daß sie die unerläßliche Ergänzung zu den Zollvereinsverträgen seien, und die öffentliche Meinung stimmte rückhaltslos den Worten des nassauischen Reichstagsabgeordneten Karl Braun zu, der jede Gemeinschaft in Handel und Wandel zurückwies, wenn die Gemeinschaft zu Schutz und Trutz verweigert werde.

König Wilhelm in Paris. Man hatte um so mehr Anlaß die Unauflösbarkeit dieser Waffenbrüderschaft zu betonen, als Württemberg für jeden Kriegsfall das Recht

beanspruchte zu prüfen, ob das Bündnis es zur Teilnahme am Kampfe verpflichte, und als andererseits die Gefahr eines Krieges mit Frankreich unvermindert fortdauerte. Nach der Beilegung des Luxemburger Streites trat allerdings eine Annäherung zwischen Berlin und Paris ein. Eine internationale Ausstellung, die am 1. April 1867 in der französischen Hauptstadt eröffnet ward, gab dem Könige Wilhelm Anlaß Napoleon einen Besuch abzustatten und dadurch seine versöhnlichen Gesinnungen zu bezeugen. Doch spielten selbst in diese friedliche Kundgebung die politischen Gegensätze hinein. Kaiser Alexander II., der gleichfalls seinen Besuch in Paris zugesagt hatte, wünschte zusammen mit seinem preußischen Oheim bei Napoleon zu verweilen. Eine solche Bekräftigung der russisch-preußischen Freundschaft war aber dem Tuilerienhofe sehr unbequem, und Etikettenfragen sollten den Vorwand bieten sie zu hintertreiben. Der Zar bestand jedoch auf seiner Absicht und gab nur so weit nach, daß er einige Tage vor dem Könige eintraf und auch vor ihm wieder abreiste; doch waren beide fast eine Woche lang zusammen in Paris, und unerwartete Zwischenfälle vereitelten vollends Napoleons Hoffnung den Zaren zu sich herüber zu ziehen. Die polnischen Flüchtlinge und ihre demokratischen Gesinnungsgenossen unter den Franzosen beleidigten den Zaren, wo er sich sehen ließ, durch Hochrufe auf Polen, und am 6. Juni schoß ein junger Insurgentenführer Namens Berezowski gar ein Terzerol auf ihn ab. Glücklich der Gefahr entronnen, verließ Alexander Paris doch sehr mißgestimmt, und die Zeichen des Beifalls, welche dem Attentäter gespendet wurden, der Eifer, mit dem sich 36 Advokaten zu seiner Verteidigung anboten, das Urteil der Geschworenen, die das Vorhandensein mildernder Umstände zugaben, hielten dieses Mißbehagen auch über den ersten Eindruck hinaus lebendig.

Attentat auf den Zaren.

Um so fester suchte Napoleon nun den Kaiser von Österreich an sich zu fesseln und fand dabei an Beust den treuesten Gehilfen. Bei jeder Gelegenheit betonte dieser das Recht Österreichs sich gegenüber den Verträgen zwischen dem Nordbunde und den Südstaaten auf die Verfügungen des Prager Friedens zu berufen. Wie er Dalwigk den Vorwand bot den Eintritt Südhessens in den Nordbund zu verweigern, so suchte er Hohenlohe und Varnbüler von ihren Verhandlungen mit Bismarck abzuschrecken. Seine ganze Politik hatte augenscheinlich nur den Zweck möglichst viele Streitpunkte mit Preußen offen zu erhalten und dabei mit Napoleon im engsten Vertrauen zu bleiben. Eben sollte die Reise Franz Josefs nach Paris diesem Zwecke gewichtigen Vorschub leisten, als die Kunde eintraf, daß Kaiser Maximilian von Mexiko in Queretaro erschossen sei. Unmöglich konnte der Bruder des Gemordeten jetzt den Mann besuchen, der in letzter Linie dies schwere Schicksal zu verantworten hatte; ja die Gefahr lag vor, daß der Schatten des ritterlichen Erzherzogs der bisherigen Intimität der beiden Kaiser für immer ein Ende machen werde. Das zu verhindern war der nächste

Frankreich und Österreich.

Zweck, den Napoleon verfolgte, als er nun seinerseits mit seiner Gemahlin dem österreichischen Herrscherpaar einen Beileidsbesuch abstattete. Auf der Durchreise von den Königen von Württemberg und Bayern begrüßt, traf er am 18. August in Salzburg ein und fand hier Franz Josef und die Kaiserin Elisabeth, außerdem aber, obgleich er selbst ohne Minister gekommen war, auch Beust und Andrassy. Die Versöhnung, zu der man beiderseits sehr geneigt war, kam schnell zu stande; das politische Einverständnis in allen wichtigen Fragen wurde befestigt, der russischen Politik im Oriente gegenüber auch bestimmte Verabredungen getroffen. Mit Preußen wollte man noch Frieden halten und nur die künftige Katastrophe vorbereiten. Vor allzu blindem Vertrauen in Beusts Kriegslust mochte den Kaiser jedoch Andrassys kühle Haltung und die Sprache der Wiener Zeitungen warnen. Erklärte eine der einflußreichsten doch geradezu, daß die deutschen Provinzen Österreichs zu Preußen und Deutschland stehen würden, wenn Beust einen Krieg an Frankreichs Seite führen wollte. Der ganze Verlauf der Zusammenkunft hätte das Vertrauen in den Frieden befestigen können, wenn nicht die französische Presse von Angriffen auf Preußen gestrotzt und Napoleon selbst unmittelbar darauf bei einer Reise durch Nordfrankreich inmitten der üblichen Friedensbeteuerungen der schwarzen Punkte gedacht hätte, die den Horizont zu verdunkeln drohten. Bismarck gab der Stimmung Deutschlands bei all diesen Beunruhigungen den würdigsten Ausdruck in einem Rundschreiben vom 7. September; er wies im Namen des nationalen Gefühles jede fremde Vormundschaft zurück, erkannte die Entscheidung über das Maß der Annäherung an den Norddeutschen Bund ausschließlich den süddeutschen Regierungen zu und sprach seinerseits die größte Bereitwilligkeit aus jedem Wunsche nach Erweiterung und Befestigung des nationalen Bandes entgegenzukommen. Der Reichstag, der am 10. September wieder zusammengetreten war, gab dieser Politik in einer Adresse, die der Präsident Simson dem Könige nach der Burg Hohenzollern überbrachte, seine vollste Zustimmung, und in dem jubelnden Empfang, den der preußische Herrscher fast aller Orten im Süden fand, in den Begegnungen mit seinen oberdeutschen Bundesgenossen, selbst in der Zusammenkunft, die er am 22. Oktober in Oos bei Baden-Baden mit Franz Josef hatte, als dieser nach Paris reiste um Napoleons Besuch zu erwidern, konnte man in Verbindung mit der fast gleichzeitigen Annahme der Zollvereinsverträge wertvolle Bürgschaften für die Befestigung der deutschen Zustände und damit auch eine Gewähr für die Erhaltung des Friedens sehen.

Die Salzburger Zusammenkunft.

König Wilhelm in Süddeutschland.

Die Gegner des Norddeutschen Bundes gaben aber deshalb den Kampf keineswegs auf, sondern vereinigten jetzt alle ihre Anstrengungen dahin die nationale Partei bei den Wahlen zum Zollparlamente zu schlagen. Ihre wirksamste Waffe blieb der Hinweis auf die Höhe des Militärbudgets, das schon jetzt durch die Einführung des Zündnadelgewehres in Baden und Württemberg, die erhöhte Rekrutierung, die ver-

Die Wahlen zum Zollparlament.

längerte Dienstzeit und andere Dinge, in denen man sich allmählich Preußen näherte, erheblich anschwoll, bei dem Eintritt in den Nordbund aber noch höher steigen mußte. Trotzdem glaubte Mathy gerade durch diesen Eintritt die deutsche Partei in Baden vor dem Abfall der Massen, die durch Demokraten und Ultramontane unabläßig bearbeitet wurden, schützen zu können. Aber Bismarck ging auf den Antrag, den jener Ende November stellte, nicht ein: er wollte, wie er später im Reichstag sich ausdrückte, den Milchtopf nicht abfahnen, damit der Rest nicht sauer werde. Mathys Befürchtung, die übrigens von den eigenen Parteigenossen kaum geteilt wurde, ging aber wirklich in Erfüllung, umsomehr als durch seine Erkrankung, die am 4. Februar 1868 mit dem Tode endete, der Einfluß der Regierung bei den Wahlen sehr beeinträchtigt wurde. Von 14 Abgeordneten brachten die Gegner sechs durch, ein Triumph, der fast noch größer war als die völlige Niederlage der deutschen Partei in Württemberg, das neben 6 Regierungsmännern 11 erklärte Preußenfeinde entsandte. In Bayern gehörte von 48 Abgeordneten der vierte Teil den Nationalen an, die Ultramontanen hatten 26, die Regierung 9 durchgebracht. Am günstigsten war das Ergebnis in Südhessen, wo vier von sechs Deputirten nationalliberal waren. Alles in allem hatten etwa 300 000 Wähler für die „Preußen" gestimmt, etwa 400 000 für die Ultramontanen und Demokraten, gegen 150 000 für die Mittelpartei; von 85 Abgeordneten waren 24 national, 15 Regierungsleute, 46 Feinde der preußischen Spitze. Um dies Ergebnis zu erzielen hatten die Gegner kein Mittel verschmäht: hier hatte die Angst vor dem Lutherischwerden, dort die Furcht vor einem Franzosenkriege, hier die Drohung mit unerschwinglichen Steuern, dort die haarsträubendste Schilderung des preußischen Heerwesens die Gemüter eingeschüchtert. Die Armut des Nordens und der behäbige Wohlstand des Südens mußten zu wirksamen Gegensätzen herhalten; bezahlen, Soldat werden und Maulhalten, so hieß es, seien die drei Paragraphen der preußischen Verfassung, die doch niemand gegen die württembergische Freiheit werde eintauschen wollen; der Ruin des Weinbaues und der Tabakspflanzungen wurde als unvermeidlich prophezeit; die norddeutschen Landjunker und der Berliner Schwindel mit Arzneimitteln, die Bismarcksche Blut- und Eisenpolitik und die Hungersnot, die eben in Ostpreußen herrschte, das bunteste Gemisch wahrer, verdrehter und erlogener Thatsachen, alles war gut und willkommen gewesen um dem Bauern und Kleinbürger den Eintritt in den Nordbund als das erschreckendste Ereignis darzustellen: selbst das „Lieber französisch!" hatte man auszuspielen gewagt. Da lautete denn freilich der Wahlruf der Nationalen, wenn sie von preußischer Zucht und Strammheit sprachen, wenn sie die Mängel der norddeutschen Bundesverfassung eingestanden, wenn sie von Pflichterfüllung redeten, die auch vor materiellen Opfern nicht zurückscheuen dürfe, wenig verlockend, und man brauchte kaum daran zu denken, daß diese Bevölkerungen vor nicht zwei Jahren gegen den Norden in den

Waffen gestanden hatten um den Ausfall der Wahlen begreiflich und keineswegs entmutigend zu finden.

Für den Augenblick freilich war er bedauerlich genug. Denn mit den norddeutschen Partikularisten, den „Bundesstaatlich-Constitutionellen" den Konservativen und den rein verneinenden Fraktionen der Ausländer und der Sozialdemokraten bildeten die Großdeutschen im Zollparlamente regelmäßig eine Mehrheit, wenn es sich darum handelte, die Thätigkeit desselben einzuschränken. Bei der Präsidentenwahl am 28. April 1868 errangen freilich die nationalen Parteien für ihre Kandidaten, Simson, Fürst Hohenlohe und Herzog Ujest, den Sieg. Als aber der Darmstädter Metz den Antrag auf eine Adresse einbrachte, in der von der vollständigen Einigung des Vaterlandes die Rede war, wurde derselbe mit 186 gegen 150 Stimmen abgelehnt. Und doch war der Redekampf, der dieses Ergebnis hatte, für die Besiegten erfreulicher als für die Sieger; denn die versöhnliche Art, in welcher Bennigsen die Adresse empfahl, bewog den Freiherrn von Thüngen unerwartet maßvoll zu antworten, ja zum großen Kummer der Donauzeitung und ähnlicher Blätter zu versichern, daß er und seine Genossen es mit dem Zusammengehen des Südens und des Nordens nicht schlechter meinten als die Nationalen. Der rechte Mut sich zu den Hetzereien zu bekennen, denen so viele von ihnen ihre Wahl zu danken hatten, fehlte eigentlich der gesamten süddeutschen Fraktion; sie begnügten sich jede Abschweifung der Debatten von den Vorlagen zu verhüten und die Verhandlungen möglichst trocken zu erhalten. Der Handelsvertrag mit Österreich, der fast einstimmig genehmigt, die Petroleumsteuer, die mit großer Mehrheit verworfen wurde, der Tabakszoll, den man nur um die Hälfte des Betrages erhöhte, den der Bundesrat gefordert, das waren Gegenstände, die in der That mit der nüchternsten Geschäftlichkeit behandelt werden konnten. Aber dennoch brach gelegentlich die patriotische Leidenschaft mächtig hervor, und als der Württemberger Probst vor der Ausdehnung der Befugnisse des Parlamentes warnte, weil irgendwo an einem Berge eine Lawine hange, die durch einen solchen Beschluß leicht ins Rollen gebracht werden könne, da erwiderte ihm nicht allein Bismarck unter lautem Jubel: er solle bedenken, daß der Appell an die Furcht in deutschen Herzen nimmermehr ein Echo finde, sondern auch Völk rief stürmischen Beifall hervor, als er den Gegnern, die trotz des neuen Frühlings noch mit Schneeballen würfen, spöttisch zurief, es werde ihnen der Schnee bald ausgehen, denn unaufhörlich schreite der Frühling in deutschen Landen vorwärts.

Das erste Zollparlament.

Zweite und dritte Session.

Wer freilich einen schnellen Anschluß Süddeutschlands erhofft hatte, dem mußte der Verlauf des ersten Zollparlamentes große Enttäuschung bereiten, und aus den noch trockneren und geschäftsmäßigeren Sessionen der Jahre 1869 und 1870 war auch kein Trost zu schöpfen. Handelsverträge wurden genehmigt, Tarife verändert, die Zölle auf Roheisen und Reis herabgesetzt, der auf Kaffee erhöht, die Petroleumsteuer wiederholt verworfen. Man konnte die Wichtigkeit aller dieser Beschlüsse voll-

kommen anerkennen und doch mit den nationalgesinnten Süddeutschen bekümmert darüber klagen, daß das Zollparlament seiner wichtigsten Aufgabe zum Vollparlamente zu werden kaum ein Schrittchen näher gekommen sei. Obendrein feierten in den Südstaaten die Partikularisten erhebliche Triumphe: selbst um Baden stand es eine Weile bedenklich. Zwischen dem Ministerium Jolly und der liberalen Partei entstanden Mißhelligkeiten, die im November 1868 eine in Offenburg abgehaltene Versammlung von Landtagsabgeordneten zur förmlichen Lossage von der Regierung brachten. Kaum aber nahmen die Abtrünnigen wahr, wie infolgedessen die Ultramontanen ihr Haupt erhoben und in zahlreichen Adressen den Großherzog um Auflösung der Kammer und Entlassung des Ministeriums bestürmten, so traten sie von ihrer Opposition zurück und beschlossen im Mai 1869, abermals in Offenburg, sich mit der Regierung zu versöhnen. Diese suchte sich auf jede Weise dem Nordbunde zu nähern und erreichte dies besonders in militärischer Beziehung dadurch, daß der preußische General Beyer das Kriegsministerium übernahm. Den vollen Eintritt in den Nordbund zu gewähren verweigerte Bismarck nach wie vor, und man mußte sich in Baden mit der dankbaren Anerkennung begnügen, die Lasker und Blankenburg im Reichstage am 24. Februar 1870 den tapferen Vorkämpfern der Einheit aussprachen, und die im ganzen Norden den lautesten Widerhall fand.

Konflikte in Baden.

Sehr viel schlimmer stand es in Württemberg, wo die Partei des Beobachters ihren Kampf gegen die Verpreußung erfolgreich fortsetzte. Die demokratische Richtung dieser Partei erschwerte es Herrn von Varnbüler wohl manchmal mit ihr zusammenzugehen; aber lieber als der deutschen Partei gönnte er doch noch diesen Republikanern den Sieg. Wenige Monate nach den Zollparlamentswahlen mußte auch der Landtag erneuert werden. Da forderten denn die Radikalen ganz unverhüllt die Beseitigung der Zoll- und Schutzbündnisse, die Einführung der schweizer Wehrverfassung, die Gründung eines Südbundes. Ironisch meinte der Beobachter, um den Preis einiger Kronen sei dieser jedenfalls zu haben, und sein Redakteur, Karl Mayer, der selbst in den Landtag gewählt wurde, stellte wohlwollend dem Könige eine Geldentschädigung in Aussicht, wenn das Volk dereinst die Fürstenherrschaft wie andere Feudallasten ablöse. Nur wenige Stimmen fehlten dieser Partei an der Mehrheit in der Kammer, die deutsche und die Regierungspartei mußten deshalb zur Wahrung des bestehenden Rechtszustandes eng zusammenhalten, aber mehr für einen Varnbüler zu thun war den Römer, Hölder, Elben nicht wohl zuzumuten. Die eigentümlichen Folgen dieses Zustandes ergaben sich besonders deutlich bei der Adreßdebatte im Dezember 1868. Die deutsche Partei und die Linke setzten zusammen ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium durch, die deutsche Partei und die Regierungsanhänger eine Bestätigung der Verträge, und die Regierungspartei mit der Linken endlich die Ablehnung des ganzen Entwurfes. Eine ruhige Fortbildung der partikularen Gesetzgebung war

Zustände in Württemberg.

bei diesen Parteiverhältnissen unmöglich; die großen politischen Gegensätze beherrschten die Gemüter so sehr, daß man es beispielsweise dem Kriegsminister zum Vorwurf machte, als er die Uniformen des billigeren Preises wegen zum Teil in preußischen Fabriken bestellte. Kampflustig bereitete sich die Linke für die Session von 1870 vor; überall im Lande blühten die Volksvereine, und mit 150 000 Unterschriften bedeckt strömten die Adressen in Stuttgart zusammen, die von der Kammer die Beseitigung des Wehrgesetzes, die Einführung des Milizsystems forderten. Schon glaubte die Partei den Sieg wirklich errungen zu haben, als der Finanzausschuß die Herabsetzung des Militäretats befürwortete und infolgedessen der Kriegsminister Wagner seine Entlassung forderte. Aber die Ministerkrisis, die dadurch entstand, nahm eine überraschende Wendung. Der König wollte die Heerverwaltung nur in den Händen eines Mannes wissen, der treu zu den Verträgen stand. Als solcher war der Oberst von Suckow wohlbekannt; als im Jahre vorher die öffentliche Meinung Süddeutschlands durch die Broschüre eines vormals sächsischen Leutnants, der unter dem falschen Namen Arkolay schrieb, in die Besorgnis versetzt war, der Norddeutsche Bund könne den Süden gar nicht gegen Frankreich verteidigen, hatte Suckow in sachkundiger Weise diesen Alarm gedämpft. Jetzt war er bereit das Budget um eine halbe Million Gulden zu vermindern und doch das Heer in gutem Stande zu erhalten; er forderte aber die Entfernung des Kultusministers Golther, des einzigen Mannes im Kabinett, welcher der Volkspartei genehm war; mit Varnbüler und Mittnacht glaubte er sich verständigen zu können. Zur gewaltigen Bestürzung der Linken, die schon in ihrem Triumphe schwelgte, kam diese Kabinettsbildung wirklich zustande, und die sofortige Vertagung der Kammer nahm ihr sogar die Gelegenheit ihrer Entrüstung anders als in Beobachterartikeln und Erklärungen Luft zu machen.

Die bayerischen Patrioten.

Mit besserem Glücke hatten die Patrioten, d. h. die ultramontanen Partikularisten, in Bayern gearbeitet. Die Wahlen vom 22. Mai 1869 schafften ihnen eine zweite Kammer, in der 79 ihrer Anhänger gegen 55 Liberale und 20 Regierungsmänner die Mehrheit bildeten. Trotzdem blieb Hohenlohe am Ruder und wartete den Zusammentritt des Landtags ab. Durch verschiedene Umstände stellte sich da das Verhältnis so, daß beide Parteien in genau derselben Stärke von je 72 Stimmen auftraten. Fest geschlossen schritten sie beide zur Wahl des Präsidenten und trotz siebenmaliger Abstimmung blieb das Ergebnis unverändert dasselbe: Stimmengleichheit für den nationalgesinnten Professor Edel und den ultramontanen Ministerialrat Weis. Der König erteilte infolgedessen den Befehl zur Auflösung der Kammer, aber die Neuwahlen fielen noch ungünstiger für Hohenlohe aus; neben 80 Patrioten schickte das Land am 25. November nur 74 Nationale nach München. Einige Minister, der des Kultus Gresser und der des Innern Hörmann, bestanden nun auf ihrer Entlassung, Hohenlohe aber blieb auf Bitten des Königs auch jetzt noch. Kaum waren die Kammern im Januar 1870

wieder bei einander (die zweite nunmehr natürlich unter dem Vorsitz des Dr. Weis), so begannen die Angriffe. Der Reichsrat ging mit einer scharfen Adresse voran; ein evangelischer Prälat, von Harleß, hatte sie entworfen und sechs königliche Prinzen stimmten für sie, trotz des Wunsches, den der Monarch ihnen eröffnet, sie möchten der Sitzung fern bleiben; nur 12 Reichsräte standen zur Regierung. Um über seine persönliche Gesinnung nicht den leisesten Zweifel aufkommen zu lassen verweigerte König Ludwig darauf die Annahme der Adresse, zeichnete die 12 Reichsräte in demonstrativer Weise aus und verbot den Prinzen bis auf weiteres den Hof. Doch war Hohenlohe gegen den Widerspruch beider Kammern nicht zu halten. Er blieb nur noch um in der Adreßdebatte des Abgeordnetenhauses, die nicht weniger als zwölf Tage dauerte, seine Politik gegen die Angriffe Jörgs und der anderen Patrioten zu verteidigen. Am 15. Februar trat er zurück und empfahl dem Könige als Nachfolger den Gesandten in Wien, Grafen Bray-Steinburg, der am 7. März sein Amt antrat. Dessen Politik war zwar auch nicht völlig die der Patrioten, aber sie verzichtete doch auf die Ausbildung des Verhältnisses zum Nordbunde, hielt den Gedanken eines Südbundes für nicht geradezu unausführbar und betrachtete die augenblickliche Lage Bayerns als durchaus befriedigend, ja unangreifbar. Weit entfernt aber war der neue Ministerpräsident davon aus diesen Voraussetzungen mit den Patrioten den Schluß zu ziehen, daß Bayern nun entwaffnen könne, und aus den Anträgen, welche Kolb, der Berichterstatter über das Heerwesen, vorbereitete, aus der Forderung die Dienstzeit bei der Infanterie auf acht Monate festzusetzen, die Zahl der Offiziere zu vermindern, die Regimentsverbände aufzulösen, schien sich im Juli 1870 eben ein neuer Konflikt zu entwickeln, als größere Ereignisse alle diese Pläne über den Haufen warfen.

Ministerium Bray.

Der napoleonische Liberalismus.

Daß die neue Ordnung der Dinge in Deutschland über kurz oder lang durch einen Krieg gegen Frankreich werde befestigt werden müssen, war ein Gefühl, in dem nach 1866 die öffentliche Meinung in ganz Europa mit den Diplomaten von Fach durchaus übereinstimmte. Zu leidenschaftlich war die Stimmung jenseits des Rheines gegen Preußen aufgeregt, zu einmütig lechzten alle Parteien nach baldiger „Revanche" für Sadowa, als daß Napoleon, der, von körperlichen Leiden geplagt und nur auf die Befestigung seiner Dynastie bedacht, den Kampf wohl lieber vermieden hätte, ihrem Geschrei hätte Einhalt thun können. Unter diesen Umständen lag für Bismarck die Versuchung nahe es zum Kriege zu treiben, ehe die neue französische Wehrverfassung durchgeführt war und Österreich, voraussichtlich der Bundesgenosse Frankreichs, sich von seinen Schlägen erholt hatte. An Vorwänden und Gelegenheiten dazu würde es nicht gefehlt haben, da Napoleon unablässig seine Versuche

Kriegsgefahr von Frankreich.

erneuerte, den Kanzler zur Preisgabe deutschen oder belgischen Landes zu bewegen. Eine schroffe Ablehnung dieser Zumutungen hätte den Kaiser ohne Zweifel sofort zum Kriege getrieben; denn hinlänglich klar war es, daß diese stets wiederholten Anträge von ihm nur in der Hoffnung gestellt wurden, er könne sich dadurch den Kampf mit Deutschland ersparen; raubte man ihm diese Hoffnung unwiderruflich, so mußte der Krieg auch ihm unvermeidlich erscheinen und dann war der Ausbruch binnen kurzem gewiß. Aber Bismarck verschmähte diesen Weg; er meinte, so sicher durchschaue niemand die Absichten der göttlichen Vorsehung, daß er jede Möglichkeit des Friedens bestreiten dürfe; auch ein siegreicher Krieg erschien ihm als ein Übel, das die Staatskunst den Völkern ersparen müsse; er rechnete mit der Möglichkeit, daß Napoleon selbst durch eine Revolution gestürzt und Frankreich dann durch innere Wirren unfähig zum Angriff gemacht werden könne. Diese Erwägung veranlaßte ihn auch fernerhin alle französischen Anträge hinhaltend und ausweichend zu behandeln, nie auch nur mündlich ein Versprechen zu machen, aber nie auch dem Kaiser die letzte Hoffnung zu rauben. Vier Jahre des Friedens, aber freilich auch der unablässigen Kriegsbefürchtungen, waren die Frucht dieser Politik.

Ausweichende Politik Bismarcks.

Ob Napoleons Herrschaft in Frankreich wirklich ernsthaft gefährdet sei oder nicht, konnte niemand mit Sicherheit sagen. Der Zuwachs an Kraft, den die Opposition gewonnen, war allerdings unverkennbar; aber diese Opposition war doch auch in gewissem Umfange dynastischer geworden. Nicht weil man den Bonapartismus liebte, sondern weil man den beständigen Wechsel für das größte Unglück hielt, fing man an sich mit der Hoffnung zu tragen, es werde das Kaiserreich zu einer liberaleren Politik im Inneren gebracht werden können. Selbst Thiers äußerte sich wohl in diesem Sinne und Ollivier bekannte sich ganz unverhohlen dazu. Napoleon war schon Anfang 1867 nahe daran den letzteren ins Ministerium zu berufen. Allein die liberalen Änderungen, zu denen er bereit war, ein neues Preß- und Vereinsgesetz und die Erteilung des Interpellationsrechtes an Stelle der Adreßdebatte, hielten sich doch noch in zu engen Grenzen um einen so bedeutsamen Personenwechsel zu rechtfertigen. Die bisherigen Minister traten zwar zurück, als der Kaiser am 19. Januar 1867 einen Brief an Rouher richtete, in dem er jene Neuerungen ankündigte; allein die meisten nahmen Kontremarken, wie der endgültig verabschiedete Kriegsminister Randon spöttisch meinte, und der Eintritt Niels, des Reorganisators der Armee, war in der That die einzige erhebliche Änderung des Kabinetts. Für die innere Politik hatte auch sie keine Bedeutung, aber in die Reform des Heerwesens kam wirklich neuer Schwung, und daß daran alles Verdienst ausschließlich Niel zufiel, lehrte späterhin die Thatsache, daß mit dem Tode des Ministers (1869) die bisherige Langsamkeit, Gleichgültigkeit und Entschlußlosigkeit auch in der Armeeverwaltung wieder überhand nahm. Niel brachte vor allem das neue Wehrgesetz zustande, das die Dienstpflicht auf neun Jahre,

Die Reformen vom 19. Jan. 1867.

Die Armeereform Niels.

fünf bei der Fahne, vier bei der Reserve, feststellte und eine Nationalgarde schuf, der jeder Waffentüchtige angehören sollte — Reformen, durch welche man in einigen Jahren gegen 800 000 Linienſoldaten und Reservisten, gegen 400 000 Mobilgardisten zur Verfügung zu haben hoffte; er entwarf außerdem einen vollständigen Mobilmachungsplan, versammelte die Eisenbahndirektoren zu Beratungen über die Truppentransporte in Kriegszeiten, ließ durch den Militärbevollmächtigten in Berlin, den Obersten Stoffel, das preußische Heerwesen gründlich studieren und in umfassenden Berichten für den Kaiser fachgemäß darstellen, kurz that alles, was geeignet war um Frankreich für den Krieg mit Preußen, den er aus ganzer Seele wünschte, auszurüsten.

Parteigruppierungen.

Die keineswegswegs geringen Lasten, welche das neue Wehrgesetz dem Lande auferlegte, veranlaßten auch in der Kammer sehr umfängliche Diskussionen, und ehe es am 1. Februar 1868 vom Kaiser vollzogen werden konnte, war es mannigfachen Umarbeitungen unterzogen. Deutlicher als bei anderen Gelegenheiten ließ sich dabei das Erstarken jener Mittelpartei verfolgen, die keineswegs auf jede Opposition verzichten wollte, aber noch weniger an dem Bestande der Dynastie zu rütteln gedachte. Den alten Bonapartisten war aber schon dieser gemäßigte Widerstand gegen den Willen des Kaisers ein Greuel; daß Napoleon sich auf Zugeständnisse wie die vom 19. Januar einließ, verdroß sie höchlichst, und die äußerste Rechte gab ihrem Schmollen sogar dadurch Ausdruck, daß sie zu einer eigenen Fraktion, die nach ihrem Klublokal in der Rue de l'Arcade den Namen Arkadier erhielt, zusammentrat. Diese mannigfaltigere Parteibildung war ein bedeutsameres Zeichen der Zeit als die lebhaften Plänkeleien zwischen der Opposition und dem Ministerium oder die Kundgebungen des ingrimmigen Hasses gegen das Kaisertum außerhalb der Kammern. Nicht mehr die alten historischen Gegensätze der Legitimisten, der Orleanisten, der Bonapartisten waren es, die in diesen neuen Gruppen zur Geltung kamen, sondern statt ihrer die naturgemäßen Unterschiede derer, die ein parlamentarisches Regiment von größerer oder geringerer Machtfülle, und derer die nach alter Weise eine absolute Herrschaft des Kaisers wollten. Erhielten die neuen Strömungen, die innerhalb der bestehenden Verfassung blieben, Zeit sich zu vertiefen und zu verbreitern, verzichtete der Kaiser darauf sie zu verschütten oder einzudämmen, so konnten sie nach und nach viele Elemente in sich hereinziehen, die bis dahin von dem Bonapartismus noch nichts wissen wollten. Die Maßlosigkeiten der Radikalen mußten dieser Entwickelung sogar förderlich werden, wenn der Kaiser die maßvollen Forderungen der dynastischen Opposition zu befriedigen verstand. Bei der Pariser Arbeiterbevölkerung mochten die bissigen Bemerkungen mit denen Rochefort, der Herausgeber der „Lanterne", den Kaiser verfolgte, lauten Jubel, bei den unzufriedenen Mitgliedern der alten Opposition mindestens unverhohlene Schadenfreude erregen: ernstere Gefahren konnte dieses Strohfeuer von Witz und Bosheit doch selbst

Die Radikalen.

in Frankreich nicht schaffen, und wie unerschöpflich Rocheforts Talent für Anspielungen und Zweideutigkeiten auch sein mochte, am Ende mußte es doch seiner selbst überdrüssig werden und selbst verstummen. Alles kam also darauf an, daß die Regierung ihren Gleichmut bewahrte und daß der Kaiser den liberaleren Ideen, denen er sich zuzuwenden versprochen hatte, unentwegt treu blieb. Aber das war allerdings nicht der Fall und konnte kaum der Fall sein, da Napoleon alsdann mit seiner ganzen Weltanschauung hätte brechen müssen. Oft genug wurden die Gerichte in Anspruch genommen um die allzukecken Angriffe der Radikalen zu strafen; oft genug mischte sich die Polizei oder die Verwaltung ein, wenn die Republikaner mißliebige Kundgebungen veranstalteten. Die Wirkung war doch jedesmal die, daß die an sich unbedeutende Veranlassung, die bald der Vergessenheit anheimgefallen wäre, der Ausgangspunkt neuer, längere Zeit andauernder Erregungen wurde, und daß die radikalen Advokaten, unter denen der junge Léon Gambetta hervorzutreten begann, Gelegenheit fanden die Bewunderung der Menge auf sich zu lenken. Diese Verkettung trat Ende 1868 bei einem geringfügigen Vorfall besonders deutlich zu Tage. Am Allerseelenfeste pilgerten die Republikaner nach dem Montmartre-Kirchhof die Gräber ihrer Parteigenossen nach allgemeiner Sitte zu bekränzen, so auch das Baudins, des Abgeordneten, der beim Kampfe gegen den Staatsstreich auf der Barrikade gefallen war. Die Polizei griff ein und reizte dadurch die republikanischen Blätter zur Eröffnung einer Geldsammlung für ein Grabdenkmal Baudins. Das führte wieder zu einer Reihe von Prozessen, und in diesen fand Gambetta die Gelegenheit zu den bittersten Angriffen auf den Kaiser, dessen Genossen beim Staatsstreich er den Auswurf der Bevölkerung nannte. Nun war alles reif für einen blutigen Zusammenstoß am Todestage Baudins, und der Kaiser selbst fand die Haltung des Ministers des Innern so ungeschickt, daß er ihn entließ und Forcade de la Roquette mit dem schwierigen Amte betraute.

Baudins Grab.

Die Wahlen von 1869.

Dieser zog zwar auch die Blätter, die allzu dreist sich äußerten, zur Verantwortung und ließ die Versammlungen schließen, in denen der Umsturz des Bestehenden, die Ungültigkeit des politischen Eides oder die Vortrefflichkeit der sozialistischen Republik gepredigt wurde; aber er ging doch besonnener damit vor und beschritt einen wirksameren Weg, indem er die maßlosesten Reden dieser Art zu kleinen Traktätlein zusammenstellen und unter die ländliche und kleinstädtische Bevölkerung verteilen ließ, sicher, daß diese dadurch dem Bonapartismus erst recht in die Arme getrieben werde. Für die bevorstehenden Wahlen zog die Regierung daraus keine geringe Unterstützung. Die Mittelpartei aber durfte erwarten, daß der Kaiser, wenn es ihm mit Reformen Ernst sei, sie gewähren lasse, und ihre Kandidaten nicht bekämpfe. Diese Erwartung ging jedoch nicht in Erfüllung. Rouher fürchtete, daß seine Rolle als Vizekaiser dann ausgespielt sei, daß er vor den Häuptern des

tiers-parti, den Buffet, Talhouet, Daru, vielleicht gar vor Ollivier sich werde zurückziehen müssen. Den Anstrengungen der Präfekten und Maires gelang es denn auch etwa 200 Rouheristen durchzubringen; die dynastische Opposition setzte in den Wahlen vom 23. Mai 1869 etwa 60, die radikale gegen 40 ihrer Anhänger durch; die ansehnlichen Minderheiten, deren sich die Mittelpartei fast überall erfreute, konnten beweisen, daß ohne die Gegenwirkung der Regierung der Sieg auf ihrer Seite gewesen sein würde.

Die Interpellation der Mittelpartei.

Diese Thatsache erwies sich nun kräftiger als das bloße Stimmenverhältnis; inmitten der Rouheristen erhob sich der Abfall, noch ehe die Kammer zusammengetreten war. Befand sich doch auch unter ihnen gar mancher, der der Mittelpartei nahe stand und wenig geneigt war sich zu den „Mamelucken", wie der Volkswitz die unbedingten Anhänger der Regierung nannte, zählen zu lassen. Der reaktionäre Eifer der Ministeriellen that ein Übriges. Ihr Wortführer in der Presse, Clément Duvernois, der in persönlichen Beziehungen zum Kaiser stand, verkündete, daß bei diesem Ausfall der Wahlen von einer Vermehrung der Freiheiten nicht die Rede sein könne; und Napoleon selbst schrieb einem der Gewählten, dem Herzog von Mackau, einen Brief, in dem er andeutete, daß er es seiner Ehre schuldig sei gerade jetzt Rouher nicht fallen zu lassen. Er hoffte eine Frist dadurch zu gewinnen, daß er die neue Kammer Ende Juni zu einer sog. kleinen Session berief, in der nur die Wahlen geprüft werden sollten. Allein kaum war dieselbe eröffnet, als die Mittelpartei die Interpellation ankündigte, ob die Regierung dem Lande wirksameren Anteil an den Geschäften zu geben gedenke. Rouher, der bald herausfühlte, daß die Mehrheit sich für diese Interpellation erklären werde, lenkte nun plötzlich ein. Durch einen seiner Getreuen ließ er eine Gegenfrage stellen, die viel weiter ging und ganz bestimmte Rechte forderte, besonders die Wahl des Vorstandes durch die Kammern und die Wiederherstellung der Adresse. Aber die Mittelpartei war nicht willens sich das Heft aus der Hand nehmen zu lassen; sie änderte vielmehr ihre Interpellation um und beanspruchte sogar die Ministerverantwortlichkeit. Und so groß war die Zersetzung unter den Rouheristen, daß binnen wenigen Tagen diese Interpellation 116 Unterschriften zählte, darunter keine einzige aus den Reihen der Linken. Trat diese — wie das zweifellos war — bei der Abstimmung auch auf die Seite der Unterzeichner, so verfügten diese über 156 von 292 Stimmen, d. h. über die Mehrheit. Das Unerhörte stand also bevor: ein bonapartistischer gesetzgebender Körper war im Begriff vom Kaiser eine Verfassungsänderung zu verlangen, die das ganze System, die ausschließliche Verantwortlichkeit des Staatsoberhauptes, in Frage stellte.

Rouhers Rücktritt.

Es wurde Napoleon schwer einen schnellen Entschluß zu fassen: aber den dringenden Vorstellungen Schneiders, des Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung, gelang es ihm wenigstens ein erstes Entgegenkommen abzuringen. Eine Botschaft vom 12. Juli versprach zwar

nicht die Verantwortlichkeit der Minister, wohl aber die Wahl des Kammerbüreaus und andere Erweiterungen der parlamentarischen Rechte; zugleich vertagte sie die Kammer und berief den Senat auf den 2. August um diese Pläne zu genehmigen. Rouher schied aus dem Ministerium und mit ihm die Hälfte seiner Kollegen; doch war unter denen, die Forcade, der neue Präsident, zum Ersatz aussuchte kein Mitglied der Mittelpartei und, noch bezeichnender, Rouher wurde Vorsitzender des Senates. Dieser genehmigte darauf in einer vierwöchentlichen Session zwölf neue Verfassungsparagraphen, deren einer die Abhängigkeit der Minister vom Kaiser und ihre Verantwortlichkeit (aber ohne den Zusatz: vor der Kammer) verfügte. Nur drei Stimmen, unter ihnen die des Prinzen Napoleon, erklärten sich am 6. September gegen diese Änderungen. Zum 29. November wurde der gesetzgebende Körper wieder einberufen, um in den Genuß der neuen Rechte zu treten. Eine Amnestie am 15. August, dem Napoleonstage, und ein Freibrief für Rochefort, der, wegen neuer Preßvergehen nach Belgien geflüchtet, am 21. November bei einer Nachwahl in Paris als Kandidat auftreten wollte und wirklich gewählt wurde, sollten bezeugen, daß der Kaiser den Weg der Versöhnung auch den Unversöhnlichen gegenüber ernstlich betreten wolle.

Verfassungsänderung.

Dazu reichten aber die bisherigen Zugeständnisse nicht aus: vor Allem war ein anderes Ministerium nötig, und der Kaiser, der das einsah, knüpfte daher noch vor Jahresschluß von neuem mit Emil Ollivier an. In einem Briefe vom 27. Dezember 1869 gab er ihm die Vollmacht ein gleichartiges Kabinett, welches das Vertrauen der Kammer genieße, zu bilden, und am 2. Januar 1870 bestätigte er die Liste, die neben Ollivier die Namen Buffet, Daru, Talhouet, Louvet, Richard, Chevaudier de Valdrôme, Segris und von den bisherigen Ministern Leboeuf, Rigault de Genouilly und Vaillant enthielt. Die neuen Männer waren sämtlich der Mittelpartei entnommen; einzelne von ihnen waren persönlich mit dem Kaiser verfeindet gewesen, andere standen Thiers, Guizot, Odilon Barrot nahe, und es war ein vielverheißendes Vorzeichen, daß diese Häupter des Orleanismus das neue Regiment willig anerkannten, ja sich zum Teil in beratende Kommissionen schicken ließen um die reformatorischen Gesetze, mit denen Ollivier sich trug, vorzubereiten. Der Radikalismus schäumte natürlich vor Wut über diese neue Wendung, die seine schönsten Hoffnungen zu knicken drohte. Jetzt galt es alles auf eine Karte zu setzen und zu sehen, ob Paris zur Revolution willig und stark sei. Vielleicht kam ein Zufall ihm dabei zu Hilfe, vielleicht war der scheinbare Zufall selbst schon ein Glied des revolutionären Anschlags. Rochefort und einer seiner Mitarbeiter an dem Blatte, das er jetzt unter dem Namen der Marseillaise herausgab, Paschal Grousset, lagen in einem Federstreit mit dem Prinzen Peter Bonaparte, einem Vetter des Kaisers, dem dritten Sohne Lucians. Dieser lebte in der Vorstadt Auteuil, vermählt mit einer Arbeiterin, ohne Verbindung mit dem Hofe, an dem sein rohes und leidenschaftliches

Ministerium Ollivier.

Ermordung Viktor Noirs.

Wesen ihn unmöglich machte. Am 10. Januar 1870 erschienen bei ihm unerwartet zwei Republikaner, Viktor Noir und Fonvielle, um ihm eine Herausforderung Groussets zu überbringen. Ein Wortstreit, der sich zwischen ihnen entspann, führte zu Thätlichkeiten, von beiden Seiten griff man zum Revolver, und Noir ward von dem Prinzen erschossen. Kaum war diese Mordthat bekannt geworden, als die Radikalen das Volk aufzuhetzen begannen, obgleich Ollivier den Prinzen sofort verhaften ließ. In einem wutschnaubenden Artikel der Marseillaise beklagte Rochefort, daß er die Schwäche gehabt zu glauben, ein Bonaparte könne etwas anderes sein als ein Mörder. Französisches Volk, so schloß er, findest du nicht, daß es genug ist? Er bestellte die Menge in öffentlicher Ansprache zu dem Begräbnis Noirs, zu dem Rendezvous, das über die Zukunft der Demokratie entscheiden werde; er verglich in der Kammer die Bonapartes mit den Borgias und forderte alle Bürger auf die Waffen zu ergreifen um sich selbst Recht zu verschaffen. Wirklich fanden sich an 100 000 Menschen am 12. zu der Beerdigung ein; aber das Ministerium hatte so gute Vorsorge getroffen, daß dem Revolutionär, dessen persönlicher Mut überhaupt für etwas fraglich galt, die Sache bedenklich wurde; er wiegelte ab und es blieb beim Singen der Marseillaise und ähnlichen Kundgebungen. Aufgegeben war die Revolte darum nicht und Ollivier beantragte deshalb bei der Kammer die Erlaubnis Rochefort gerichtlich zu verfolgen und erhielt sie auch, als er mit seinem Rücktritt drohte; die gesamte Linke aber, die Favre, Picard, Crémieux, vor allem in unbeschreiblicher Erregung Gambetta, warfen sich zu Vorkämpfern Rocheforts auf. Der Prozeß begann sofort und nachdem das Urteil, das auf sechs Monate Gefängnis lautete, ergangen war, ließ Ollivier den Verurteilten am 8. Februar verhaften. Die achtunggebietenden Vorkehrungen, die er getroffen, hatten während dieser vier Wochen jeden ernsthafteren Versuch zu Ruhestörungen vereitelt; jetzt aber da der äußerste Moment gekommen war, glaubte Flourens, einer der Genossen Rocheforts, alles wagen zu müssen. Er proklamierte den Aufstand und errichtete Barrikaden, fand aber sowenig Unterstützung, daß er, noch ehe es zu erheblichem Blutvergießen gekommen war, sich auf und davon machte.

Rochefort verhaftet.

Für die Stellung Olliviers wäre ein wirklicher Kampf vielleicht vorteilhafter gewesen: vermieden konnte derselbe auf die Dauer ja doch nicht werden, wenn das Ministerium sich auch fernerhin seiner Aufgabe gewachsen zeigte. Die Verschwisterung der Freiheit mit der Ordnung, die es ins Leben rufen wollte, erforderte aber noch andere Kämpfe. Vor allem mußte die Verfassungsveränderung, die das Senatskonsult vom 8. September 1869 getroffen, vervollständigt werden, und dazu die Einwilligung des Kaisers zu erlangen war nicht leicht. Erst am 21. März gab er in einem Briefe an Ollivier seine Zustimmung dazu, daß der Senat sein Wächterrecht über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze mit der Rolle eines Oberhauses vertauschen solle; aber er behielt sich selbst

Neue Verfassungsänderung.

das Recht vor jederzeit an das Volk Berufung einzulegen und es ohne die Mitwirkung der beiden großen Körperschaften über seine Zustimmung zu weiteren Verfassungsänderungen zu befragen: er ließ sich so die Thür offen, durch die er stets zu seinem alten Systeme zurückkehren konnte, und wollte auch gleich die jetzt in Frage kommenden Neuerungen durch Volksabstimmung bestätigt wissen. Zwei der Minister, Daru und Buffet, konnten sich mit diesen Halbheiten nicht befreunden und schieden daher aus dem Kabinett, das erst einige Wochen später durch den Gesandten in Wien, den Herzog von Gramont, als Minister des Auswärtigen, vervollständigt wurde. Die übrigen Minister nahmen die von dem Kaiser gezogenen Grenzen an, und am 20. April genehmigte der Senat die neue Verfassung in 46 Artikeln, die nunmehr dem Volke zur Bestätigung vorgelegt werden sollten. Umfassende Vorbereitungen, ein Aufruf des Kaisers, ein Rundschreiben des Gesamtministeriums, die angestrengteste Thätigkeit der Präfekten, gingen dem großen Tage voraus, an dem die Nation zum viertenmale darüber abstimmen sollte, ob Napoleon der Mann ihres Vertrauens sei. Auch die feindlichen Parteien legten die Hände nicht in den Schoß, und Agitation und Gegenagitation durchwühlten das ganze Land. Der Sieg der Regierung stand allerdings von Anfang an außer Frage, aber mit welchem Stimmenverhältnis sie siege, war für beide Teile doch von höchster Bedeutung: eine so große Mehrheit, wie sie der 8. Mai dem Kaiser brachte, erwartete man wohl von keiner Seite. $7^1/_2$ Million hatten mit Ja, $1^1/_2$ Million mit Nein gestimmt. Unter diesen Nein befanden sich allerdings Stimmen von schwerem Gewicht: in allen großen Städten, mit Ausnahme Straßburgs, waren die Ja in der Minderheit, in Paris wie 11:15. Noch ernster war die Thatsache, daß über 50 000 Soldaten ein Nein abgegeben hatten. Der Schluß, den die Radikalen daraus zogen, daß die Armee zum Abfall reif sei, war freilich sehr voreilig, und die Tumulte, die sie an den folgenden Abenden vor den Kasernen erregten, deren Insassen sie für Gesinnungsgenossen hielten, wurden durch ebendiese Truppen leicht unterdrückt; aber der Gedanke, daß die Armee unzuverlässig werden müsse, wenn ihr nicht durch einen Krieg Beschäftigung gegeben werde, bemächtigte sich auch des Kaisers, und die Berufung Gramonts, der von jeher der Kriegspartei angehört hatte, war ein Zeichen, daß Olliviers Friedensprogramm nicht mehr allein die Herrschaft hatte. Die Hetzereien gegen Preußen, die sonst in der Presse an der Tagesordnung gewesen, seit Beginn des Jahres aber seltener geworden waren, begannen wieder sich zu mehren; auch in der Kammer regte sich der Chauvinismus aufs neue und nahm, da es an anderen Vorwänden fehlte, den Bau der Gotthardbahn, der mit deutscher und italienischer Unterstützung soeben begonnen wurde, zum Ausgangspunkte. Eine kriegerische Verwickelung gerade aus diesem Friedenswerke herzuleiten war allerdings unmöglich, aber es kam zunächst auch nur darauf an die Gemüter vorzubereiten und sorglich auf einen geeigneten Streitpunkt zu

Ministerwechsel.

Das Plebiszit.

Die Kriegspartei.

achten. Ollivier stand diesen Gedankengängen wohl völlig fern. Er hatte seit 1866 unablässig Freundschaft mit Deutschland gepredigt und sah die innere Lage Frankreichs so hoffnungsvoll an, fühlte sich selbst in der Rolle des Freiheitspenders so glücklich, daß ihm die Erhaltung des Friedens, die Vorbedingung seiner Wirksamkeit, gewiß am Herzen liegen mußte. Während der Marineminister schon in Cherbourg Erkundigungen über die dortigen Schiffsvorräte einzog, erklärte der Ministerpräsident am 30. Juni 1870 noch mit vollkommener Unbefangenheit, daß der Friede nie weniger bedroht gewesen sei als eben jetzt — genau drei Wochen, ehe die Kriegserklärung in Berlin übergeben wurde. Für den Kaiser aber war die Beschäftigung mit kriegerischen Entwürfen nur eine Wiederaufnahme der Gedankenkreise, die er erst seit wenigen Monaten unterbrochen hatte. Eine große Reihe weit ausgesponnener Fäden hatte er damals fallen lassen; sie wiederzuergreifen war nicht schwer, und Gramont, der längst seine Hand dabei im Spiele gehabt, war der richtige Mann dabei behilflich zu sein. Sein mehrjähriger Aufenthalt in Wien gab seinen Urteilen über den Grafen Bray, der soeben in München die Geschäfte übernommen hatte, und über den preußenfeindlichen Geist, der die württembergischen und bayerischen Kammern beherrschte, ein hohes Gewicht; es klang sehr glaublich, wenn er versicherte, daß ein gleich günstiger Zeitpunkt zum Kriege noch nicht dagewesen sei. Österreichs Neigung an Frankreichs Seite gegen Preußen zu kämpfen konnte nach der ganzen bisherigen Politik Beusts nicht zweifelhaft sein, und sein Vorbild war dann sehr geeignet die nationalen Gewissensbedenken der Süddeutschen niederzuschlagen. Im Vertrauen auf diese Allianzen, die so gut wie unfraglich schienen, im Vertrauen auf die von Niel umgestaltete Armee, die Leboeuf für fertig und überfertig zum Kriege erklärte, begann der Kaiser die diplomatischen Intrigen gegen Preußen, die seinen eigenen Sturz und die Vollendung der deutschen Einheit zur Folge haben sollten.

Gramont.

Österreichische Verfassungskämpfe.

Wie feindlich man in Wien auch nach dem Prager Frieden der neuen Ordnung in Deutschland gegenüberstand, war durch die Berufung Beusts unumwunden ausgesprochen. Das glaubte dem leidenschaftlichen Preußenfeinde doch niemand, daß er mit dem Eintritt in den kaiserlichen Dienst sich wirklich von seiner politischen Vergangenheit getrennt habe, wie er das in seinem ersten Rundschreiben am 2. November 1866 erklärte. Wohl aber konnte man nach seiner ganzen Persönlichkeit vermuten, daß er mehr auf geheimen Wegen als durch offenen Angriff seinem Hasse Genugthuung verschaffen werde. Überdies zwang ihn ja nicht allein die Erschöpfung des Kaiserstaates zu großer Zurückhaltung, sondern es lag auch offen zu Tage, daß die dringendste Aufgabe jedes österreichischen Ministeriums die Befriedigung Ungarns sein mußte.

Beust.

Ungarn. Sehr nahe hatte während des preußischen Krieges die Gefahr gelegen, daß eine Streifschar Flüchtiger und Verbannter, die sich unter Klapkas Führung in Schlesien sammelte, einen Aufstand unter den Magyaren anfachte; nur den Bedenken, die gegen die Anwendung dieser Kriegswaffe am preußischen Hofe immer wieder laut wurden, war es zu danken, daß sie auch dann nicht mit Entschlossenheit geführt wurde, als ihr Gebrauch prinzipiell beschlossen war. Die versöhnlichen Ungarn, Deak an der Spitze, hatten in den Tagen der Gefahr sich allerdings von jeder verdächtigen Verbindung ehrenhaft ferngehalten; aber sie hatten darum nicht minder laut ihre alten Forderungen erhoben und in den Verhandlungen, zu denen man sie Mitte Juli 1866 nach Wien lud, die Forderung eines eigenen ungarischen Ministeriums als Vorbedingung jeder Verständigung erneuert.

Die Deutsch-Österreicher. In den deutschen Provinzen empfand man unter den Eindrücken des Krieges jetzt lebhafter als vorher die Notwendigkeit der Versöhnung. Vor allem wollte man aber mit der Sistierungspolitik Belcredis gebrochen sehen; daß dieser zum 19. November alle Landtage einberufen hatte, befriedigte niemanden. Mochte man nun, wie eine Gruppe von Abgeordneten, die sich im Oktober in Wien beriet, streng an dem alten Einheitsprogramm festhalten, oder mochte man, wie andere Versammlungen, die im September in Aussee und im November in Wien stattfanden, dem Dualismus größere Zugeständnisse zu machen bereit sein, in der Verdammung der Sistierungspolitik und der Forderung, daß der engere Reichsrat berufen werden müsse, stimmten alle überein und sprachen das dem Kaiser in den Adressen aus, die alle deutschen Landtage nach ihrem Zusammentritt erließen.

Die Slawen. In Böhmen freilich und in Galizien waren die slawischen Mehrheiten der gerade entgegengesetzten Ansicht; sie wünschten Beharren auf dem betretenen Wege, auf dem allein sie das Ziel erreichen konnten, als das ihnen ein fünffacher Bundesstaat, aus Deutschen, Nordslawen, Polen und Ruthenen, Magyaren und Siebenbürgen und aus Südslawen zusammengesetzt, vorschwebte. Diese letzteren wollten von der Vereinigung mit Ungarn jetzt gar nichts mehr wissen: der kroatische Landtag brach im Dezember die früher in Pest geführten Verhandlungen völlig ab und verlangte direkte Verständigung mit der Wiener Regierung. Hier lagen Beust und Belcredi, der Verfechter des Dualismus und der Verfechter des Föderalismus, bereits in heftigem Kampfe. Den Ausgleich mit Ungarn hatten beide gemeinsam einleiten können, dann aber trennten sich ihre Wege. Als der Pester Reichstag am 19. November 1866

Die Verhandlungen mit Ungarn. zusammentrat, verkündigte ihm ein kaiserliches Schreiben, daß der Monarch entschlossen sei durch Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums und Wiederherstellung der Komitate die Ansprüche des Landes zu befriedigen; als gemeinsame Angelegenheiten der Gesamtmonarchie bezeichnete es das Heer, das Zollwesen, die Monopole und indirekten Steuern sowie die Staatsschulden; das Land stehe an der Schwelle der Erfüllung seiner Wünsche; der Reichstag möge mit Unbefangenheit diese Vorschläge

prüfen und den Mahnruf der Zeit nicht überhören. Die Linke, von Tisza geführt, wollte freilich auch in diesen Anerbietungen noch keine Grundlage zu Verhandlungen erkennen; sie stand unbedingt zu den Gesetzen von 1848, vor deren Bestätigung sie zu keinerlei Versprechungen zu bewegen war. Deak hingegen und mit ihm die Mehrheit gab in einer Adresse vom 15. Dezember die Erklärung ab, daß der Reichstag, sobald die Verfassung wiederhergestellt sei, die kaiserlichen Forderungen berücksichtigen werde. Ging man in Wien auf diesen Antrag ein, so war die Februarverfassung beseitigt; aber es blieb eine offene Frage, ob an ihre Stelle der Beustsche Dualismus oder der Belcredische Föderalismus treten solle. Den Dualismus konnte man bei der Stimmung, die jetzt in den deutschen Ländern herrschte, auf dem engeren Reichsrate, dessen Mehrheit ja deutsch war, durchsetzen; sollte aber der Föderalismus verwirklicht werden, so bedurfte man eines außerordentlichen Reichsrates, in dem durch Einwirkung der Regierung künstlich eine slawische Majorität zuwege zu bringen war. Bei der Entscheidung über diesen doppelten Weg behielt Belcredi noch einmal den Sieg; am 2. Januar 1867 löste ein kaiserliches Patent alle Landtage auf, schrieb Neuwahlen aus und ordnete an, daß die so neu gebildeten Landtage (in welcher Art, das wurde ihnen freigelassen) Abgeordnete zu einem außerordentlichen Reichstag wählen sollten, der auf den 25. Februar einberufen wurde. Dagegen erhoben nun die deutschen Provinzen heftig Protest; zahlreiche Versammlungen beschlossen auf den Landtagen nicht zu dem außerordentlichen, sondern zu dem ordentlichen Reichsrate zu wählen, und wenn in Böhmen, Mähren, Krain, Galizien und Tirol auch die Föderalisten siegten, so ernannten dagegen die übrigen Provinzen fast nur solche Abgeordnete, die entschlossen waren in den außerordentlichen Reichsrat nicht einzutreten. Es ließ sich also keine vollzählige Beschickung desselben erwarten, und doch war diese dringend zu wünschen, da die Verhandlungen, die Graf Andrassy namens der Deak-Partei in Wien führte, den Ausgleich mit Ungarn in nahe Aussicht stellten und man bei Beendigung derselben einer gesetzlichen und vollständigen Vertretung der westlichen Reichshälfte bedurfte um ihr den Ausgleich zur Bestätigung vorzulegen. Beust verlangte daher mit Entschiedenheit, daß der Kaiser den außerordentlichen Reichsrat fallen lasse, die Sistierungsperiode für beendet erkläre und auf Grund der Februarverfassung den ordentlichen Reichsrat berufe um diesem die Verfassungsänderungen vorzulegen, die durch den Ausgleich mit Ungarn nötig würden. Der Entschluß des Kaisers diesen Weg einzuschlagen zwang Belcredi zum Rücktritt; am 7. Februar übernahm Beust an seiner Stelle den Vorsitz im Ministerium und am 18. wurde die Berufung des ordentlichen Reichsrats auf den 18. März angekündigt. In der Zwischenzeit war die volle Verständigung mit den Ungarn erzielt. Deak selbst begab sich nach Wien, und unter seiner Leitung wurden die letzten Schwierigkeiten geebnet. Den Eintritt ins Ministerium lehnte er ab: Andrassy ward mit der Bildung desselben betraut, und am 20. Februar 1867

Beust und Belcredi.

Auflösung der Landtage.

Belcredis Rücktritt.

Ministerium Andrassy.

ward die Liste des neuen Kabinetts veröffentlicht, auf der Eötvös, Lonyay, Wenckheim, Festetics die bekanntesten Namen waren.

Auch mit dem ungarischen Reichstage wurde alles weitere nun leicht geordnet; er begrüßte die neuen Minister mit lautem Hochruf, bewilligte ihnen im März gegen verschwindende Minderheiten die Steuern für das Jahr 1867 und die Aushebung von 48 000 Rekruten und genehmigte im Mai sechs Vorlagen zur Abänderung der Gesetze von 1848; nachdem dann auch die Abdankung des Kaisers Ferdinand und die Thronbesteigung Franz Josefs förmlich anerkannt war, wurde am 8. Juni 1867 die Krönung in Ofen feierlich vollzogen. Eine umfassende Begnadigung aller derer, die den neuen Rechtszustand anerkennen wollten, und der glückliche Entschluß des Kaisers, die 100 000 Dukaten, welche ihm nach alter Sitte als Krönungsgeschenk dargebracht wurden, für die Invaliden der aufständischen ungarischen Armee von 1848 und die Hinterbliebenen der damals Gefallenen zu bestimmen, versöhnte die Gemüter vollends. Daß alle Flüchtlinge mit Ausnahme Kossuths, daß selbst Männer wie Klapka und Perczel die Begnadigung annahmen, war der schönste Erfolg, den der Kaiser sich wünschen konnte.

Die Krönung in Ofen.

Schwierigkeiten genug gab es freilich auch jetzt noch zu überwinden; vor allem galt es mit den tieferbitterten Slawen fertig zu werden. Den ordentlichen Reichsrat der westlichen Länder zum 18. März zu berufen hatte sich bald als unmöglich erwiesen. Die deutschen Provinzen außer Tirol nahmen allerdings die Wahlen ihrer Abgeordneten unter dankbarer Anerkennung des vollzogenen Umschwunges vor; auch in Tirol und Galizien fügte man sich, wenngleich mit Murren; aber in Böhmen, Mähren, Krain verweigerten die slawischen Mehrheiten die Wahl oder richteten klagende Adressen an den Kaiser. Die Antwort darauf war die sofortige Auflösung der widerstrebenden Landtage und der Kaiser selbst benutzte jedes Mittel persönlichen Einflusses um die sogleich angeordneten Neuwahlen im Sinne des Ministeriums zu lenken. Nur in Krain mißlang das; in Böhmen und Mähren dagegen fand sich eine deutsche Mehrheit zusammen und nahm unbeirrt durch das ungeberdige Auftreten der Tschechen die Reichstagswahlen vor, wobei sie rücksichtsvoll genug auch der Minderheit eine angemessene Vertretung gewährte. Als dies geschehen war, wurde am 22. Mai der Reichsrat vom Kaiser eröffnet.

Die Reichstagswahlen.

Es lag keineswegs in der Absicht des Ministeriums den einzelnen Provinzen, besonders den slawischen, dasjenige Maß von Selbständigkeit zu verkümmern, welches mit der Aufrechterhaltung des dualistischen Prinzips vereinbar war. Die unzweideutige Erklärung, welche die Thronrede in dieser Beziehung abgab, wurde denn auch von den Polen gut aufgenommen, und sie versprachen ihre Unterstützung, wenn ihnen ein besonderer Minister für Galizien, polnische Amtssprache, polnische Schulen und ein polnischer Unterrichtsrat zugesichert würden; die Slowenen folgten diesem Beispiele, und beiden wurden ihre Forderungen im wesent-

Verhalten der Slawen.

lichen zugesagt; die Tschechen hingegen enthielten sich trotzig der Teilnahme am Reichsrat, so daß ihre Sitze einige Wochen später für erledigt erklärt werden mußten. Ungarn gegenüber zeigte sich der Reichsrat schon in den Adressen, welche beide Häuser auf die Thronrede erließen, zur Verständigung bereit, und die Entsendung von Deputationen zu der Krönungsfeierlichkeit war eine direkte Bestätigung des Ausgleichs. Um die Bedingungen desselben im einzelnen zu regeln wurden dann in Wien und Pest je 15 Abgeordnete gewählt, die eine Vorlage über das Verhältnis der beiden Reichshälften ausarbeiten sollten; Graf Beust aber, der unzweifelhaft an dem glücklichen Verlauf dieser Entwickelung das größte Verdienst hatte, wurde am 30. Juni 1867 zum Reichskanzler ernannt. Ihm zur Seite standen u. a. Graf Taaffe für das Innere, Becke für die Finanzen, John für den Krieg. Offenbar mußte jetzt eine Scheidung im Ministerium vorgenommen werden; Krieg, Finanzen, Auswärtiges waren gemeinsame Angelegenheiten des ganzen Reichs; der übrigen Verwaltungszweige aber erstreckten sich nur auf die cisleithanischen Länder. Die Bemühungen Beusts eine solche Scheidung zu vollziehen scheiterten jedoch fürerst noch daran, daß die Abgeordneten, denen er die Ministerposten anbot, sich nicht auf alle Bestimmungen des Ausgleiches, wie er ihn den Ungarn zugesagt hatte, verpflichten wollten. Ehe das cisleithanische Ministerium ernannt werden konnte, mußte also das Ergebnis der Delegationsverhandlungen abgewartet werden. Sie begannen am 7. August in Wien und nahmen einen sehr langsamen Verlauf; nur mit Mühe waren die Ungarn dahin zu bringen ihren Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben für Heerwesen und Diplomatie für die nächsten zehn Jahre von 25 auf 30 Prozent der Gesamtsumme zu erhöhen; von den Staatsschulden, die der Finanzminister auf etwas über 3 Milliarden Gulden mit einer Verzinsung und Tilgung von 150 Millionen angab, wollten sie noch weniger hören: alles, was sie bewilligten, war ein fester Beitrag von $30^1/_4$ Million jährlich, also 20 Prozent der Ausgaben. Am 26. September wurden diese Abmachungen von beiden Delegationen endgültig angenommen; sie sollten als unteilbares Ganze gelten und überdies noch durch den Abschluß eines Zoll- und Handelsbündnisses bedingt sein, das gleichfalls für zehn Jahre geschlossen wurde und auf das engste mit den Bestimmungen über die Beitragspflicht zusammenhing, da die gemeinsamen Zölle in erster Linie für die militärischen und diplomatischen Ausgaben verwendet und nur der durch sie nicht gedeckte Rest nach dem Verhältnis von 30 und 70 verteilt werden sollte. In beiden Reichshälften genehmigten im Dezember die Volksvertretungen diese Vorlagen, so daß der Kaiser sie zum Weihnachtsfeste bestätigen und Beust, Becke und John (den aber schon nach 14 Tagen der Feldmarschallleutnant Kuhn ersetzte) zu Reichsministern ernennen konnte. Bis zu demselben Zeitpunkt war auch die Durchsicht der Februarverfassung vollendet; vier besondere Staatsgrundgesetze stellten die allgemeinen Rechte der Staatsbürger fest, ordneten die Ausübung der Regierungs- und der richter-

Der Ausgleich mit Ungarn.

Das gemeinschaftliche Ministerium.

lichen Gewalt und begründeten einen Staatsgerichtshof; ein anderes Gesetz, gleich den übrigen vom 21. Dezember datiert, regelte die Befugnisse und die Zusammensetzung der Delegationen. Beide bestanden aus je 60 Mitgliedern, 20 aus dem Ober-, 40 aus dem Unterhause; unter den letzteren mußten sich für Cisleithanien 10 Böhmen, 7 Polen, 4 Mähren und so im Verhältnis eine bestimmte Anzahl von Vertretern jedes einzelnen Kronlandes befinden, so daß dadurch den Föderalisten eine gewisse Genugthuung bereitet wurde. Den Abschluß dieser Gesetzgebung bildete die Ernennung des cisleithanischen Ministeriums, das unter dem Vorsitz des Grafen Carlos Auersperg aus den Grafen Taaffe und Potocki, dem Edlen von Plener und den Doktoren Giskra, Hasner, Herbst, Berger und Brestel bestand — eine Zusammensetzung, die ihm den Beinamen des Doktoren- oder des Bürgerministeriums eintrug.

Das österreichische Ministerium.

Die Aufgabe, welche diese Männer zu lösen hatten, war weitaus schwieriger als die der ungarischen Minister. Wohl lag auch diesen noch die Pflicht ob in ihrer Reichshälfte das Verhältnis zu Kroatien und Siebenbürgen zu ordnen; aber das war eine Kleinigkeit verglichen mit dem Widerstande, der in Böhmen und anderen Kronländern der westlichen Hälfte zu brechen war. In Siebenbürgen gestattete der Kaiser dem magyarischen Ministerium völlig freies Spiel; die Einverleibung des Landes in Ungarn wurde am 1. Dezember 1868 durch den Reichstag beschlossen, die Regierung in Klausenburg aufgehoben, die Ernennung des sächsischen Nationsgrafen und die Bestätigung der Wahlen zu der Nationsvertretung (Universität) nach Pest verlegt. Daß über diese Behandlung ein tiefer Unwille unter den Sachsen herrschte, machte den Magyaren wenig Sorge; sie waren sicher, daß die Deutschösterreicher sich, wie die Verhältnisse einmal lagen, der Landsleute doch nicht würden annehmen können und wollen. Mit den Kroaten kam man noch viel besser zustande. Der widerspenstige Landtag, der sich geweigert hatte zu der Krönung des ungarischen Königs Abgeordnete nach Pest zu senden, wurde aufgelöst und die Neuwahlen ergaben dank einer willkürlichen Änderung des Wahlgesetzes eine ganz andere Mehrheit. Nun begannen neue Verhandlungen mit dem Pester Reichstage, und am 21. Juli 1868 einigte man sich dahin, daß die Kroaten 45 Prozent ihrer Landeseinnahmen, mindestens aber $2^1/_5$ Million Gulden für eigene Zwecke behielten, 29 Abgeordnete in das Unterhaus, zwei Magnaten (außer den persönlich berechtigten) in das Oberhaus schickten und in dem ungarischen Ministerium einen besonderen Minister für Kroatien erhielten. Diesen Abmachungen gab der Kaiser am 19. November seine Bestätigung und lehnte nur den Wunsch ab, das kroatisch-slawonische Königreich durch Einverleibung der Militärgrenze und Dalmatiens zu vergrößern. Die nationale Partei war über diesen Ausgang zwar äußerst erbittert, hatte aber nicht die Macht sich den neuen Zuständen zu widersetzen, und die transleithanische Reichshälfte genoß daher fortan einer gesetzlichen Ordnung, von der die cisleithanische noch weit entfernt war.

Siebenbürgen.

Kroatien.

Hier gärte es vielmehr an allen Ecken und Enden, und neben der nationalen Opposition, vielfach auch mit ihr verflochten, machte sich ein heftiger Widerstand des Klerus bemerklich. Das neue Ministerium bestand aus Männern, die im Kampfe gegen das Konkordat die vorderste Reihe gebildet hatten. Sie teilten allerdings nicht die Ansicht des ungestümen Mühlfeld, der seinen Antrag von 1862 im Juli 1867 wiederaufgenommen hatte und unter ausdrücklicher Lossagung vom Konkordate ein umfassendes Religionsgesetz durchführen wollte. Aber noch weniger billigten sie das Verfahren des letzten Kultusministers Hye, der ohne Verhandlungen mit der Kurie die kirchliche Gesetzgebung nicht glaubte umgestalten zu dürfen. Herbst, der nunmehrige Justizminister (er war bisher Professor der Rechte in Prag gewesen), hatte demgegenüber im Juli 1867 mit 70 Genossen den Erlaß dreier Gesetze: über das Eherecht, das Verhältnis der Schule zur Kirche und die Gleichstellung aller Bekenntnisse gefordert; diesem Antrage entsprechend war ein Ausschuß niedergesetzt, der ohne Mitwirkung der Regierung die bezüglichen Vorlagen ausgearbeitet hatte; waren diese zum Teil schon vom Reichstage angenommen, so betrieb Herbst die Sache als Minister natürlich noch eifriger, und nach aufgeregten Debatten, besonders im Oberhause, konnten alle drei Gesetze am 25. Mai vom Kaiser veröffentlicht werden. Die klerikale Partei schäumte darüber vor Wut. Von dem Augenblick an, wo das Rütteln am Konkordate begann, hatten die Bischöfe kein Mittel der Gegenwehr unbenutzt gelassen. Ihr erster Schritt war eine Adresse an den Kaiser gewesen, in der die 25 cisleithanischen Bischöfe am 28. September 1867 im Namen von 17 Millionen Katholiken den Monarchen um Schutz des bestehenden Rechtes anflehten. Allein sie riefen dadurch nur eine stürmische Gegenbewegung hervor, zu welcher der Wiener Gemeinderat den Anstoß gab, und der Kaiser antwortete ihnen in einem Handschreiben an den Kardinal Rauscher in milden aber festen Worten, daß er nicht allein die Kirche zu schirmen, sondern auch die Pflichten eines konstitutionellen Herrschers zu erfüllen habe. Als darauf Giskra als Minister des Inneren gegen die priesterlichen Hetzereien in Steiermark und Oberösterreich einen strengen Erlaß veröffentlichte, kündigte der Heißsporn unter den Bischöfen, Rudigier von Linz, am 9. März 1868 feierlich an, daß er den Staatsgesetzen nur soweit gehorchen werde, wie sie nach dem Maßstabe der katholischen Kirchenlehre den göttlichen Satzungen nicht widersprächen. Seinem Vorgange folgten nach dem Erlaß der Gesetze auch die anderen Bischöfe, ermutigt vom Papste, der durch seinen Nuntius Protest gegen den Bruch des Konkordates erhob und am 22. Juni in einer Ansprache an die Kardinäle unter bitteren Klagen über die unselige österreichische Verfassung diese drei abscheulichen, verwerfens- und verdammenswerten Gesetze für gänzlich nichtig und immerdar ungültig erklärte. Die öffentliche Meinung, wiederum geführt von dem Wiener Gemeinderat, wies ebenso kräftig wie eine Note Beusts vom 3. Juli die Anmaßung zurück, daß

Die Ultramontanen.

Die Kurie.

der Papst sich auch über die Verfassung ein so feindseliges Urteil erlaubt habe; auch wurde das Kriegsschiff abberufen, das bisher in Cività vecchia zu seinem Schutze gelegen hatte. Die Bischöfe aber setzten ihren Widerstand fort, indem sie sich weigerten die Eheakten den weltlichen Gerichten auszuliefern oder die Kirchhöfe für die Beerdigung von „Civilehegatten" oder „Civilehekindern" zu öffnen. Daß der Justizminister die Gerichte anwies durch Geldstrafen die widerspenstigen Prälaten zu zwingen, schien anfangs ohne Wirkung zu bleiben. Aber als man beispielsweise beim Olmützer Fürstbischof die Straffumme von 20 000 Gulden erreicht hatte, hielt er es doch für geraten den Widerstand aufzugeben, und seine Amtsbrüder machten es, der eine früher der andere später, ebenso. Der hartnäckigste war wiederum der Bischof von Linz. Sein Hirtenbrief über die Maigesetze hatte die Regierung mit so schweren Beleidigungen überhäuft, daß der Staatsanwalt dagegen einschritt, und da der Angeklagte durch alle möglichen Einwendungen die Entscheidung zu verschleppen suchte und sich weigerte vor den Geschworenen zu erscheinen, ihn durch die Polizei gewaltsam vorführen ließ. Die Gefängnisstrafe, zu der er am 12. Juli 1869 verurteilt wurde, schlug der Kaiser jedoch nieder, ohne daß er darum nachzusuchen brauchte, ein neuer Beweis, wie schwer dem gutkatholischen Fürsten jeder Schritt wurde, der ihm von Rom aus Tadel zuzog.

Die Bischöfe.

Die Finanzen.

Diese Gemütsstimmung des Kaisers machte es auch von vornherein unmöglich die verzweifelte Finanzlage des Staates durch die Einziehung der Kirchengüter zu verbessern. Außer diesem Mittel gab es aber keinen anderen Weg als die eigenmächtige Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld. Auch das Ministerium war dieser Maßregel nicht abgeneigt, doch widersetzte es sich den Anträgen des Finanzausschusses, der im Juni 1868 eine Verminderung der Zinsen um den vierten Teil erzwingen wollte, und erreichte durch die Drohung mit seinem Rücktritt, daß man sich mit einer 16prozentigen Steuer auf die Koupons begnügte, die allerdings immer noch einem wenig verhüllten Staatsbankerott gleichkam.

Böhmen.

Noch größere Not als die Finanzen und der Widerstand des Klerus schufen der Regierung die nationalen Parteien in den Landtagen. Den höchsten Grad erreichte die Gärung in Böhmen, wo sich die Tschechen an Straßentumulten und blutigen Zusammenstößen, an Kundgebungen des Deutschenhasses und Buhlerei mit den Feinden des Kaiserstaates gar nicht genug thun konnten. Allerdings waren sie unter sich selbst nicht mehr ganz einig; die sog. Jungtschechen, deren bedeutendster Führer Sladkowsky war, mißbilligten das Zusammengehen mit der klerikalen Aristokratie, den Thun, Clam-Martinitz und Schwarzenberg, während Palacky und Rieger, die alten Häupter der Partei, sich eng mit diesen verbanden; allein den Deutschen gegenüber hielten beide Gruppen trotzdem fest zusammen. Ein Versuch des Kaisers bei einer Reise nach Prag im Juni 1868 durch Auersperg und Beust eine Annäherung einzuleiten, scheiterte völlig und führte nur zu Mißhelligkeiten

zwischen den beiden Ministern. Bei der Eröffnung des Landtags im August blieben sämtliche Tschechen aus und ließen den Deutschen, die übrigens eine beschlußfähige Mehrheit bildeten, eine Deklaration übergeben, durch die sie den ganzen bestehenden Rechtszustand anfochten, die Vereinigung Böhmens mit Mähren und Schlesien forderten und die bloße Personalunion dieser Länder mit dem übrigen Reiche als ihr historisches Recht verlangten. Genau denselben Schritt that die Partei auch in Mähren; in Schlesien dagegen verfügte sie nur über eine Stimme, und der Landtag verwahrte sich im September ausdrücklich dagegen Schlesien als Anhängsel der Wenzelskrone behandeln zu lassen. Die Regierung schritt gegen Unbotmäßigkeit und offene Auflehnung mit großer Strenge ein; aber sie erzielte dadurch weder eine Beruhigung der Gemüter [noch] einen besseren Ausfall der Wahlen; von den 81 ausgetretenen Deklaranten wurden vielmehr im September des nächsten Jahres 80 wiedergewählt und von einem Einlenken oder Ermatten der Opposition war nichts zu bemerken.

Galizien.

Nicht besser stand es in Galizien. Hier hatte der Landtag von 1867 Delegierte zum Reichsrate gewählt, die in der Voraussetzung, daß ihnen ihre nationalen Forderungen würden erfüllt werden, das Ministerium unterstützten. Ein Antrag Smolkas auf dem Landtage von 1868 die Deputierten wiederzurückzurufen, wurde am 24. September mit großer Mehrheit [abgelehnt], dagegen eine Adresse an den Kaiser beschlossen, die eine ausgedehnte Selbständigkeit für das Königreich forderte. Ja in den Verhandlungen wurde die Hoffnung und der Wunsch sich dereinst wieder von Österreich zu trennen ganz offen ausgesprochen, und selbst der Statthalter Goluchowski wagte auf eine vielleicht nebelhafte, aber doch mögliche Zukunft hinzudeuten, die man sich nicht verrammeln dürfe. Das geschah in dem Augenblicke, wo bereits Vorkehrungen zum Empfange des Kaiserpaares getroffen, wurden, das dem Lande einen längst versprochenen Besuch abstatten wollte. Kaum hatte Franz Josef am 26. September telegraphisch von diesen Vorgängen Kunde erhalten, als er ohne seine Minister zu befragen von Steiermark aus, wo er eben jagte, die Reise abbestellen ließ. Fürst Auersperg, der seines Amtes längst überdrüssig war, entnahm daraus den Anlaß von seinem Posten zurückzutreten und wurde vorläufig durch Graf Taaffe ersetzt; auch Goluchowski, der persönlich nach Wien eilte um den Kaiser umzustimmen, erhielt, nachdem ihm dies mißlungen, die erbetene Entlassung.

Die übrigen Kronländer.

In den reindeutschen Landtagen fand das Ministerium überall die wünschenswerte Unterstützung, außer in Tirol, dessen Klerikale, von dem Pater Greuter geführt, nach wie vor die Verfassung für unvereinbar mit ihren Landesrechten erklärten. Sehr feindlich waren außerdem die Slowenen gesinnt, die in Krain die Mehrheit hatten; sie kamen zwar nicht dazu ihre Forderung eines slowenischen Königreichs, das sich aus Krain, Kroatien, dem Küstenlande und Teilen von Steiermark zusammensetzen sollte, zum Beschluß zu erheben, brachten aber ihre Wünsche

auf einer großen Versammlung in Görz zum Ausdruck. Eine bewaffnete Empörung endlich brach Ende 1869 in Dalmatien aus, allerdings nicht aus nationalen Gründen, sondern weil sich die Bocchesen nicht der allgemeinen Wehrpflicht unterwerfen wollten. Nach mehrwöchentlichen, ziemlich erfolglosen Kämpfen entschloß sich die Regierung es mit Güte zu versuchen und bewog in der That noch im Dezember die Aufständischen durch Geldzahlung und Amnestie zur Unterwerfung.

Zwiespalt im Ministerium.

So war in der westlichen Reichshälfte Verwirrung und Hader in erschreckendem Maße verbreitet, und das Doktorenministerium stand diesem Wirrwar ratlos gegenüber. Man konnte nicht länger den ganzen Verfassungszustand des Landes in der Schwebe lassen, man mußte auf Schritte sinnen um den engeren Reichsrat wirklich zum Organe aller der Länder zu machen, die er vertreten sollte; aber man konnte diesen Fragen doch auch nicht näher treten ohne die Einigkeit inmitten des Ministeriums zu zerstören. Die Mehrheit des Kabinetts war der Ansicht, daß man die Beschickung des Reichsrats aus den widerstrebenden Ländern dadurch erzwingen müsse, daß man den Landtagen das Wahlrecht nehme und es den Bevölkerungen übertrage; kamen dann auch nur Minderheitswahlen zustande, so hatte man doch eine gesetzliche Vertretung und mochte mit dieser über Verfassungsänderungen beraten um die nationale Opposition zu beschwichtigen. Diese Ansicht vertraten fünf Minister: Plener, Giskra, Herbst, Hasner und Brestl; sie entwickelten sie dem Kaiser in einem Gutachten vom 18. Dezember 1869. Taaffe, Potocki und Berger setzten dagegen in einer Denkschrift vom 26. Dezember auseinander, daß durch die Anordnung direkter Wahlen die Lage nur scheinbar gebessert werde; daß man eine aufrichtige Versöhnung nur durch Berufung eines besonderen Reichsrates, dem keine andere Aufgabe gestellt werde als die Anbahnung eines Ausgleiches, erreichen könne; daß ausgedehnte Zugeständnisse an die Tschechen, Polen, Slowenen unerläßlich seien. Zwischen beiden Gruppen mußte der Kaiser wählen. Die Zustimmung des Reichsrats zu dem Programme der Mehrheit entschied

Rücktritt der Minderheit.

deren Sieg. Taaffe, Potocki und Berger wurden am 1. Februar 1870 entlassen und Hasner übernahm den Vorsitz in dem Kabinett, das durch den General von Wagner, Stremayr und Banhans ergänzt wurde. Aber von langer Dauer war dieses Übergewicht der Verfassungspartei nicht. Der Kaiser war persönlich sehr für den Versuch eines Ausgleiches mit den Tschechen eingenommen und Graf Beust entwickelte eine rege Thätigkeit in demselben Sinne, obgleich dieselbe gar nicht in dem Bereich seiner Amtsgeschäfte lag. Giskra sah sich dadurch veranlaßt Rieger und Sladkowski zu Unterhandlungen nach Wien einzuladen; aber er bekam eine abschlägige Antwort. Um so dringender betrieb er nun die Änderung des Wahlgesetzes. Allein auch dabei stieß er auf Widerstand, und nicht nur beim Kaiser, sondern auch bei seinen Kollegen,

Rücktritt Giskras.

welche die Angelegenheit bis zur nächsten Session vertagen wollten. Er forderte deshalb am 20. März 1870 seine Entlassung und erhielt sie, aber

wenige Tage später war es auch mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts vorbei. Die Polen im Reichsrate spielten ihre letzte Karte aus, die sie so lange zurückgehalten: sie erklärten am 31. März ihren Austritt, und die Slowenen folgten ihrem Beispiel. Damit war der Reichsrat zu einem Rumpfparlamente geworden, das fast nur noch aus Deutschen bestand und kaum beschlußfähig war. Gleichwohl verweigerte der Kaiser seine Einwilligung zur Auflösung der Landtage, die doch notwendig erfolgen mußte, wenn man nicht dieselben Abgeordneten wiedergewählt und die Austrittserklärungen binnen kurzem wiederholt sehen wollte. Er berief Potocki am 4. April zur Bildung eines neuen Ministeriums, in das neben dem Grafen Taaffe nur untergeordnete Persönlichkeiten eintraten, und überließ ihm die Sorge einen neuen Versuch zur Begütigung der Polen und Tschechen zu unternehmen.

Ministerium Potocki.

Potocki hätte gern einen Teil der Deutschen auf seine Seite gezogen und machte deshalb Rechbauer, der stets für ausgedehnte Selbständigkeit der Provinzen gesprochen hatte, den Antrag in das Kabinett zu treten. Aber die Forderungen, welche dieser stellte und die der Kaiser schriftlich genehmigen sollte, überschritten weit das Maß der Zugeständnisse, zu denen der Monarch bereit war. Überdies wollte Rechbauer den verfassungsmäßigen Weg nicht verlassen, insonderheit also nicht die Berufung eines außerordentlichen Reichsrates zugeben. Auf der anderen Seite ließen sich aber die Tschechen, mit deren Führern Potocki in Wien und Prag verhandelte, nicht einmal dazu herbei die Beschickung eines solchen außerordentlichen Reichsrates zu versprechen, und die Polen, die sich in diesem Punkte nachgiebig erwiesen, beharrten doch auf allen ihren Forderungen von 1868, so daß auch mit ihnen die Verständigung in weiter Ferne lag. Potocki erreichte nun beim Kaiser Ende Mai die Auflösung des Reichsrats und sämtlicher Landtage; als die letzteren dann aber im August und September neugewählt zusammentraten, war die Mehrheit der von ihnen ernannten Reichstagsmitglieder dem Ministerium entschieden feindlich. Der böhmische Landtag wies sogar eine starke tschechische Mehrheit auf und verweigerte schlechthin die Entsendung von Abgeordneten; auch die direkten Wahlen, die darauf angeordnet wurden, hatten nur ein mißliches Ergebnis: 24 Deutsche traten in den Reichsrat ein und verhalfen der Verfassungspartei zu einer knappen Mehrheit; 36 Tschechen aber erneuerten die Deklaration von 1868 und legten ihr Mandat sodann nieder. Potocki befand sich somit in einer ganz unhaltbaren Stellung, und als Herren- und Abgeordnetenhaus Mitte November sich in Adressen an den Kaiser rückhaltlos gegen die Versuche eines Ausgleiches zwischen Gegensätzen, die doch unvereinbar seien, ausgesprochen hatten, bat er unter gleichzeitiger Vertagung des Reichsrats am 23. November um seine Entlassung. Beinahe ein Vierteljahr blieb dies Gesuch in der Schwebe: es war eine entscheidende Wahl, die der Kaiser zu treffen hatte. Die Erhaltung des Dualismus mit Hilfe der verfassungstreuen deutschen Reichstagsmehrheit — oder

Der außerordentliche Reichsrat.

Potockis Rücktritt.

die Umgestaltung Österreichs in einen lockeren Bundesstaat mit Hilfe der Tschechen und Polen: ein Drittes gab es nicht. Am 4. Februar 1871 fiel die Entscheidung. An Potockis Stelle wurde Graf Hohenwart berufen und dieser bildete ein Ministerium aus Männern, deren keiner dem Reichsrate angehörte: der vormalige Tübinger Professor Schäffle, ein Volkswirtschaftslehrer von sozialistischer Färbung, den sein Preußenhaß selbst in seiner schwäbischen Heimat unmöglich gemacht hatte, zwei Tschechen, Habietinek und Jireček, der bisherige Finanzminister von Holzgethan und ein Generalmajor von Scholl waren die Mitglieder des neuen Kabinetts; am 11. April trat zu ihnen noch der Pole Grocholski. Einen rechtswidrigen Bruch der Verfassung wollte doch auch dieses Ministerium nicht; aber es beabsichtigte Vorlagen zu machen, welche die Forderungen der nationalen Opposition befriedigen und die Verfassung umgestalten sollten; es gedachte die Befugnisse der Landtage auf Kosten des Reichsrates zu erweitern und wagte für diese Politik, die Hohenwart eine echt österreichische nannte, die Unterstützung der Deutschen in Anspruch zu nehmen, derselben Deutschen, denen man ihre freudige Teilnahme an den Siegen über Frankreich amtlich als Illoyalität vorwarf.

Ministerium Hohenwart.

Ausgleich mit Galizien.

Diese Hoffnung wurde allerdings schnell genug enttäuscht. Wie Schmerling als Präsident des Herrenhauses die Ankündigung des neuen Ministeriums mit einer förmlichen Kriegserklärung beantwortete, so zerfetzte im Abgeordnetenhause Herbst als Berichterstatter den ersten Gesetzentwurf der Regierung, der die legislativen Befugnisse der 17 Landtage auf Kosten des Reichstags erweitern sollte, dergestalt daß er mit einer Mehrheit von 30 Stimmen am 4. Mai abgelehnt wurde. Dennoch hielt Hohenwart stand und legte einen Ausgleich mit Galizien vor, der diesem Lande eine ausgedehnte Selbständigkeit gab, zugleich aber seinen Vertretern im Reichsrate das Recht beließ in den Angelegenheiten der anderen Provinzen mitzustimmen. Ganz unverhohlen gab er zu erkennen, daß er ein ebensolches Abkommen mit den Tschechen zu schließen bereit sei, so daß also die slawischen Stämme nicht allein ihre eigenen Angelegenheiten unabhängig in den Landtagen würden geordnet, sondern überdies noch durch ihre Mehrheit im Reichsrat den deutschen Provinzen ihr Gesetz würden auferlegt haben, sofern diese letzteren unter solchen Umständen nicht lieber auf die Existenz eines Reichsrates verzichteten. Bei der Kundgebung dieser Pläne beschloß das Haus sich in einer von Herbst entworfenen Adresse an den Kaiser zu wenden; als dieser aber beim Empfange derselben am 30. Mai sein volles Vertrauen zu dem Ministerium aussprach und nun der Reichstagsmehrheit kein anderes Mittel als die Verweigerung des Budgets übrigblieb, da versagte einigen Abgeordneten doch der Mut: sie enthielten sich der Abstimmung oder legten ihre Mandate nieder, und mit 77 gegen 66 Stimmen wurde Herbsts Antrag die Budgetberatung zu vertagen abgelehnt. Kaum war dieselbe zu Ende geführt, so wurde der

Klagen der Deutschen.

Reichsrat am 10. Juli vertagt und der Ausgleich mit den Tschechen ernstlich in Angriff genommen.

Verhandlungen mit den Tschechen.

Am 5. August empfing der Kaiser die Tschechenführer Rieger und Clam-Martinitz in langer Audienz und erhielt ihr Versprechen Hohenwart zu unterstützen. Den Weg, den dieser einschlagen wollte, bestand darin, daß zunächst die sieben verfassungstreuen Landtage aufgelöst wurden, während die föderalistisch gesinnten bis auf den Tiroler, den man aus anderen Gründen zu erneuern wünschte, in Thätigkeit blieben. Durch starke Beeinflussung der Wahlen hoffte man weiter auch in einigen der deutschen oder der gemischten Länder regierungsfreundliche Mehrheiten zustande zu bringen, eine Erwartung die in Oberösterreich und Mähren glänzend in Erfüllung ging. Infolge davon zählte der nunmehr in Aussicht stehende Reichsrat unter 203 Mitgliedern nur 66 verfassungstreue und die Regierung verfügte über die Zweidrittelmehrheit, die zu Verfassungsänderungen erforderlich war, vorausgesetzt daß die Tschechen sich für dies eine Mal zum Eintritt in den Reichsrat bequemten; und dazu waren sie in der That willig, wenn der Kaiser ihrem Landtage vorher die Gewährung der Deklarationsforderungen zusagte. Den ersten Schritt dazu that Franz Josef in dem Schreiben, mit welchem der böhmische Landtag am 12. September eröffnet wurde; er erkannte darin die Rechte des Königreichs Böhmen an und versprach sie in einem Krönungseide zu bekräftigen. Der Landtag machte sich darauf unter Protest der deutschen Minderheit, die sich jeder Teilnahme enthielt, sofort an den Entwurf einer Verfassung. Ein Ausschuß, an dessen Spitze Clam-Martinitz und Fürst Taxis standen, entwarf im Einverständnis mit Hohenwart die 18 Fundamentalartikel, die dem Königreich Böhmen etwa dieselbe Stellung wie Ungarn gaben; nur wenige Angelegenheiten sollten ihm mit den übrigen cisleithanischen Ländern gemeinsam bleiben und durch einen Delegiertenkongreß der Landtage geordnet werden; zur Genehmigung von Staatsverträgen und Verfassungsänderungen, zur Schlichtung von Kompetenzstreitigkeiten und mit anderen ähnlichen Befugnissen wurde ein Senat in Aussicht genommen. Die Bitte um die Genehmigung dieser Fundamentalartikel ward in einer Adresse vom 10. Oktober dem Monarchen vorgetragen. Der mährische Landtag schloß sich ihr wenige Tage später in allen Stücken an.

Die 18 Fundamentalartikel.

Beusts Eingreifen.

Bis dahin hatte sich sowohl das ungarische wie das Reichsministerium diesen Vorgängen gegenüber sehr gleichgültig verhalten; jetzt scheuchte die mächtige Aufregung, die in den deutschen Erblanden ausbrach, Beust aus seiner Unthätigkeit auf, während Andrassy über das Echo stutzig wurde, das die tschechischen Forderungen bei den Kroaten fanden. Die Kundgebungen nicht der deutschgesinnten Landtage allein und der Minoritäten in den verfassungsfeindlichen, sondern nicht minder das Verhalten der Gemeindebehörden, die Beschlüsse öffentlicher Versammlungen, die rückhaltslose Sprache der Zeitungen, alles zeigte, daß den Deutschen die Geduld ausgehe, und daß sie den Verfassungsbruch, der durch das

Schreiben Franz Josefs an den böhmischen Landtag angebahnt war, nicht ungestört sich vollenden lassen würden. Schon forderten die Tschechen, daß der Reichsrat nach Kremsier berufen werde, weil er in Wien nicht sicher sei; schon dachte das Ministerium an die Verhängung des Belagerungszustandes und traf polizeiliche Vorkehrungen zum Schutze seiner Mitglieder, denen allerdings mit ausgesuchter Rücksichtslosigkeit überall mitgespielt wurde: am schlimmsten dem vielverspotteten Jireček, den die Wiener Studenten bei einer akademischen Festlichkeit am 10. Oktober durch endlose Pereatrufe aus der Aula vertrieben, während Beust die ihm gespendeten Beifallssalven wohlgefällig anhörte und dem feierlichen Akte bis zum Schlusse beiwohnte. So lebhaft aber die Erregung der Deutschen auch war, so hätte sie doch vielleicht nicht die Kraft besessen, den Kaiser schon jetzt zum Einhalten auf dem beschrittenen Wege zu veranlassen, wenn nicht die Vorgänge in Kroatien hinzugekommen wären. Hier erhob einerseits die südslawische Partei in dem sogenannten Septembermanifest die Forderung, daß der Ausgleich mit Ungarn aufgehoben und Kroatien mit Ungarn wie mit der cisleithanischen Reichshälfte nur durch Personalunion verbunden werden solle; andererseits brach am 8. Oktober in der Militärgrenze, von Starzewitz und anderen kroatischen Agitatoren geleitet, eine förmliche Empörung aus, die freilich durch das kräftige Einschreiten des Landeskommandanten von Mollinary in drei Tagen unterdrückt wurde, ohne dasselbe aber, wie alle Anzeichen lehrten, unzweifelhaft eine große Ausdehnung hätte gewinnen können. Gerade in diesen Tagen nun setzte Beust in einer ausführlichen Denkschrift, die er dem Kaiser nach Ischl sandte, die Unzulässigkeit der Fundamentalartikel und ihre Unvereinbarkeit mit dem ungarischen Ausgleich auseinander. Durch alle diese Vorgänge stutzig gemacht, schob Franz Josef seine Antwort auf die böhmische Adresse nun wenigstens hinaus und berief Andrassy am 16. Oktober zu einer Beratung nach Wien. Dessen Auffassung stimmte mit der Beusts durchaus überein und in einem Ministerrate, an dem Beust, Kuhn, Lonyay (der Nachfolger des Anfang 1870 verstorbenen Reichsfinanzministers von Becke), Andrassy und die cisleithanischen Minister teilnahmen, wurde Hohenwart sogar von einigen der letzteren, wie Holzgethan und Scholl, verlassen und der Entwurf einer Antwort an den böhmischen Landtag vereinbart, in der von einer Vorlage der Fundamentartikel an den Reichsrat keine Rede mehr war.

Hohenwarts Sturz.

Für den Kaiser mußte diese Entschließung allerdings sehr peinlich sein, da die Tschechen zu ganz anderen Erwartungen berechtigt waren. Auf seinen besonderen Wunsch kamen Rieger und Clam-Martinitz am 24. Oktober nach Wien um noch einmal eine Verständigung zu versuchen. Natürlich wurde sie nicht erreicht, und am 30. Oktober trat das Ministerium Hohenwart mit Ausnahme Grocholskis und Holzgethans zurück. Diese führten die Geschäfte fort, bis am 20. November Fürst Adolf Auersperg ein verfassungstreues Ministerium zustande brachte,

in das Lasser, Stremayr und Banhans eintraten. Aber Hohenwart und seine Kollegen waren nicht die einzigen Opfer des verunglückten böhmischen Ausgleichs: nicht mit Unrecht machte der Kaiser dem Grafen Beust Vorwürfe, daß er durch sein Verhalten im Frühjahr 1870 das Verfassungsministerium in seiner Stellung wesentlich erschüttert, die Verhandlungen mit den Tschechen selbst in Gang gebracht und dann mit seinem Einspruch solange gewartet habe, bis der Monarch persönlich schon stark kompromittiert war. Der Reichskanzler bat daher am 6. November 1871 um seine Entlassung, die ihm unter Ernennung zum Botschafter in London erteilt wurde. An seinen Platz trat Andrassy, dessen ungarisches Ministerpräsidium Lonyay, der bisherige Reichsfinanzminister, einnahm. In diesen Posten rückte Holzgethan auf, während Depretis, der früher schon Potockis Ministerium angehört hatte, die cisleithanischen Finanzen übernahm. Beusts Rücktritt.

Das Ausscheiden Beusts aus dem auswärtigen Amte, das er fünf Jahre geleitet, war von großer politischer Tragweite, da es endlich eine aufrichtige Freundschaft zwischen Wien und Berlin möglich machte. Wie sehr der frühere sächsische Minister auch seinen Preußenhaß unter schönen Worten verstecken mochte, er hatte doch niemanden täuschen können; man wußte, daß er nur auf die Gelegenheit lauere um diesem Hasse Luft zu machen, und man beobachtete ihn daher auf das sorgfältigste. Besonders waren die ungarischen Staatsmänner durchaus nicht gewillt sich in einen Krieg gegen Deutschland verflechten zu lassen; wenn in den Delegationen alljährlich das Militärbudget und die auswärtige Politik besprochen wurden, fehlte es von magyarischer Seite niemals an Mahnungen zur Friedfertigkeit und an Verwahrungen gegen Versuche den Einfluß Österreichs in Deutschland wiederherzustellen. Aber auch die deutsche Verfassungspartei überwand schnell den Groll, den sie anfänglich gegen den Sieger von Königgrätz hegen mochte; der Neid gegen Preußen wurde zurückgedrängt durch die Einsicht, daß Bismarck ernstlich den Frieden suche, dessen ja kein Staat dringender benötigte als Österreich; hier und da tauchte wohl gar in den trübsten Stunden der Verfassungswirren, als Hohenwarts Ausgleich die Deutschen unter die Füße der Slawen zu bringen drohte, der Gedanke auf, daß die letzte Zuflucht Deutschösterreichs unter dem Scepter der Hohenzollern zu suchen sei. Ernstlich wurden solche Träume freilich weder diesseit noch jenseit der Grenze genährt; vielmehr waren sie eine der beliebtesten Waffen, mit denen verleumderischer Haß die Bismarcksche Politik zu schädigen sich befliß: mit wie geringem Erfolg, konnte ein Blick in die Wiener Zeitungen lehren, in denen das Murren über die Ereignisse von 1866 immer schwächer, die Anerkennung der Größe Bismarcks und die sympathische Teilnahme an der Entwickelung des Norddeutschen Bundes immer lebhafter wurde. Stellung zu Deutschland.

Das hinderte Beust doch nicht seine ganze auswärtige Politik auf die Möglichkeit eines deutsch-französischen Krieges und eines österreichisch- Beust und Napoleon.

französischen Bündnisses zu gründen und dadurch die Kriegsbefürchtungen, von denen Mitteleuropa 1866—70 beunruhigt wurde, zu nähren. In jedem einzelnen Falle suchte er freilich den Ausbruch des Gewitters zu verhüten; aber man kannte den Grund, der ihm diese scheinbar friedfertige Haltung eingab. Weder Österreich noch Frankreich waren nach seiner Schätzung hinreichend gerüstet um Deutschland mit Sicherheit angreifen zu können; hier wie dort sollte erst die neue Heeresverfassung ins Leben getreten sein ehe der Kampf zur Demütigung der Hohenzollern begann. Das war eine Politik, die mit dem innersten Wesen Napoleons zu gut übereinstimmte, als daß sie diesem nicht hätte genehm sein sollen. Auch der französische Kaiser konnte den letzten entscheidenden Entschluß nie über sich gewinnen; er war mit dem Gedanken eines Krieges gegen Deutschland als einer Schicksalsnotwendigkeit vollkommen vertraut, spielte mit den Maßregeln, die den großen Konflikt herbeiführen mußten, und wich dem letzten unwiderruflichen Schritte doch immer wieder aus. Die große Politik Europas zwischen dem Kriege von 1866 und dem von 1870 hatte fast keinen anderen Inhalt, als dies Anfachen der Kriegsgefahr und die darauf folgenden Löschversuche. Neben Österreich wurde dabei ein Volk Europas nach dem anderen in die bonapartistischen Pläne hineingezogen, und Verhältnisse, denen Deutschland völlig fernstand, mußten dazu dienen die Verwickelung vorzubereiten oder wiederzubeseitigen.

Der Niedergang des Papsttums.

Frankreich und der Papst.

Beinahe selbstverständlich erschien es dem französischen Stolze, daß Italien, obgleich es gerade den preußischen Siegen den Erwerb Venetiens verdankte, im Kampfe gegen Deutschland ihm Waffenfolge leiste. Aber dringender noch als Italiens bedurfte man der römischen Kurie, deren Beistand die Bürgschaft für den Vaterlandsverrat der süddeutschen Ultramontanen gewähren, womöglich auch die Treue der preußischen Katholiken erschüttern und überdies den Kriegseifer Frankreichs und Österreichs anfachen sollte. Da fand sich nun Napoleon vor einem schwer lösbaren Widerspruch. Wie bitter man in Rom das neue deutsche Staatswesen hassen, wie aufrichtig sich bei der Kunde von Königgrätz der Schreckensruf: Die Welt geht unter! den Lippen Antonellis entrungen haben mochte, nicht minder verfeindet war man doch mit dem Kronenräuber Viktor Emanuel, und auch mit Österreich lag man in argem Hader. Ein volles Einverständnis mit dem Papste zu erzielen war kaum möglich, wenn ihm nicht wenigstens der Besitz von Rom gewährleistet wurde, und doch konnte das nicht geschehen ohne Italien in die Arme Preußens zu treiben. Kein Kunstgriff konnte diese Schwierigkeit beseitigen, kein Auskunftsmittel über diese Gegensätze hinweghelfen. In dem erfolglosen Bemühen das Unmögliche doch möglich zu machen erschöpfte die französische Staatskunst ihre Kräfte; bald schmeichelte sie dem Papste, bald

buhlte sie mit den Italienern; bald zeigte sie diesen die ewige Stadt als lockenden Kampfpreis, bald vermaß sie sich hoch und heilig zu beteuern, daß niemals, niemals Italien sich Roms bemächtigen solle. Die Folge war Mißtrauen und Lauheit auf beiden Seiten. Der französische Einfluß war stark genug um die Florentiner Staatsmänner von Preußen fernzuhalten, aber er benahm ihnen nicht den ernsten Willen dem Lande zu seiner ersehnten Hauptstadt zu verhelfen; die eigene Politik drängte die Kurie dahin aus Abneigung gegen das protestantische Preußen ihre Sympathien Frankreich zuzuwenden, aber um rückhaltlos auf Napoleons Seite zu treten, dafür hätte der Papst einen höheren Preis gefordert. In der Stunde der Entscheidung fand Frankreich, das die Hilfe Italiens und des heiligen Stuhles zugleich haben wollte, weder hier noch dort die gehoffte Willfährigkeit, und die guten Wünsche, mit denen beide Teile nicht kargten, verhallten wirkungslos in dem Donner der Schlachten.

Italien und der Papst.

In einzelnen Punkten gelang es der französischen Regierung allerdings einen Ausgleich zwischen Rom und Florenz herbeizuführen, obgleich sich der Papst auch in solchen Fällen nie dazu herbeiließ unmittelbar mit Italien zu verhandeln, sondern stets den Weg über Paris einschlug. So ordnete ein Vertrag vom 7. Dezember 1866 den Anteil des Königreichs an den Schulden des Kirchenstaates und belastete die traurigen Finanzen Italiens dadurch wieder mit einer Summe von beinahe 20 Millionen Franken. Es war gleichwohl eine Notwendigkeit diesen Vertrag einzugehen, denn er war die Vorbedingung für den Abzug der französischen Besatzung, die Mitte Dezember sich einschiffte und es Italien überließ etwaige Einfälle von Freischaren durch strenge Grenzbewachung unmöglich zu machen. Ricasoli, der stets eine Verständigung mit dem Papste lebhaft gewünscht hatte, hielt den Augenblick für günstig um eine Annäherung zu versuchen; der Ausgangspunkt, den er dabei nahm, bot aber von vornherein wenig Hoffnung des Gelingens. Das von Steuern überbürdete Land konnte die Mittel zur Deckung der Ausgaben nicht aufbringen; die einzige Quelle, aus der sich noch immer erhebliche Einnahmen schöpfen ließen, waren die liegenden Gründe der Kirche. Diese zu verkaufen, von dem Erlöse 600 Millionen für den Staat zu behalten, den Rest aber den Bischöfen auszuantworten, die außerdem das Recht haben sollten bei dem Verkaufe ihre Güter wiederzuerwerben — eine Operation, welche ihnen dadurch erleichtert worden wäre, daß mit der Ausführung des Verkaufs das Brüsseler Haus Langrand-Dumonceau, die Bankfirma des Papstes, beauftragt werden sollte — das waren die Pläne Ricasolis. Um hierzu die Einwilligung der Kurie zu erlangen ließ er durch einen vertraulichen Gesandten Tonnello den Verzicht des Staates auf die Bestätigung der Bischöfe, der Bullen, der Hirtenbriefe anbieten und gab für den Ernst seiner Absichten auch dadurch eine Bürgschaft, daß er die Kammer, die viel größere Anforderungen an die Kirche erhob, im Februar 1867 auflöste. Als aber fast ganz dieselben Abgeordneten wiedergewählt wurden und Tonnello unverrichteterdinge

Verkauf der Kirchengüter.

zurückkehrte, blieb dem Minister nichts übrig als einem neuen Kabinette die Gelegenheit zu geben sich auf andere Weise dem Ziele zu nähern.

Ministerium Rattazzi.

Die Parteigruppierung der Kammer wies Rattazzi diese Aufgabe zu, und am 11. April 1867 übernahm er die Geschäfte. Einer Verständigung mit Rom legte er keinen Wert bei, sondern stimmte ohne viel Bedenken dem Vorschlag eines Kammerausschusses zu, wonach die sämtlichen Prälaturen, Abteien, Stiftungen u. s. f. ihrer juristischen Persönlichkeit beraubt, die Güter zum Besten des Staates verkauft und die Gehälter und Pensionen der Berechtigten von diesem übernommen werden sollten. Kaum 60 Stimmen von der Rechten (Minghetti, Lanza, Sella, Lamarmora) erklärten sich dagegen, mehr als 200 in der Endabstimmung am 27. Juli dafür. Die gesamte Linke hatte in dieser Frage zu Rattazzi gestanden. Der Verkauf wurde mit möglichster Vorsicht betrieben um die Preise nicht gar zu sehr zu drücken; aber auch so brachte er bis 1876 doch über 508 Millionen ein und schuf der bedrängten Staatskasse dadurch keine geringe Erleichterung.

Als Gegenleistung erwartete die Linke von Rattazzi, daß er in der Weise Cavours ihren Anschlägen auf Rom förderlich sein werde. Seit dem Abzuge der Franzosen hatten die Vorbereitungen dazu nicht geruht.

Garibaldis Anschlag auf Rom.

Garibaldi selbst war seit dem Frühjahr in beständiger Bewegung bald in Venetien, bald in Piemont, bald in Toskana die Gemüter zu schüren und das Unternehmen, dessen Leitung ihm von der römischen Aktionspartei feierlich übertragen war, ins Werk zu setzen. Ricasoli trat ihm dabei offen und mutig entgegen, Rattazzi ließ ihn gewähren und fühlte sich um so sicherer, als Napoleon durch die Luxemburger Frage am Einschreiten gehindert schien. Kaum hatte jedoch der französische Kaiser durch die Londoner Konferenz seine Freiheit wiedergewonnen, so gab er in sehr verletzender Weise den Italienern zu verstehen, daß es noch immer seine Truppen seien, die man in Rom zu bekämpfen habe. Unter den verschiedenen Fremdenregimentern, die der päpstliche Kriegsminister Kanzler hatte anwerben lassen, befand sich nämlich auch ein französisches, nach dem Sammelplatze an der südfranzösischen Küste gewöhnlich die Legion von Antibes genannt. In dieser waren zahlreiche Desertionen vorgekommen, ein Umstand, der Frankreich ohne Zweifel gar nichts anging. Dennoch sprach der Kriegsminister Niel dem Obersten der Legion sein Mißfallen darüber mit der ausdrücklichen Bemerkung aus, daß die Legion durchaus ein Bestandteil der französischen Armee sei; ja er schickte Mitte Juli den General Dumont nach Rom um das Regiment zu besichtigen. Rattazzi verstand den Wink und suchte Garibaldi zu einer Verschiebung seiner Pläne zu bewegen; eine Zeitlang zauderte und schwankte der General; dann aber trug sein Haß gegen die „Vipernbrut" in Rom den Sieg davon. Er begab sich an die römische Grenze, wo die Freiwilligen seiner schon harrten, und wollte dieselbe eben überschreiten, als er in der Frühe des 24. September 1867 auf Rattazzis Befehl in Asinalunga bei Arezzo verhaftet wurde. Man brachte ihn erst auf

Verhaftung in Asinalunga.

die Festung Alessandria, wagte aber bei der Aufregung des Volkes nicht ihn dort zu behalten, sondern schickte ihn auf seine Insel Caprera, wo ihn ein paar Kriegsschiffe bewachten. Währenddessen fuhren seine Anhänger ohne erheblich gestört zu werden in ihren Vorbereitungen fort und Garibaldi ernannte öffentlich seinen Sohn Menotti zu seinem Stellvertreter. Am letzten Tage des Monats überschritt dieser die römische Grenze, besetzte das Städtchen Acqua Pendente und schlug sich dann mit schwankendem Glück vierzehn Tage lang mit den päpstlichen Truppen herum, auf die Erhebung wartend, die verabredetermaßen in Rom stattfinden sollte. Aber das einzige Lebenszeichen, das die dortigen Gesinnungsgenossen von sich gaben, war eine mit 12 000 Unterschriften bedeckte Adresse an den Papst, in der sie diesen baten die Hilfe der italienischen Regierung anzurufen. Nichts würde Rattazzi erwünschter gewesen sein als eine solche Wendung der Dinge; zwischen den Drohungen Napoleons, dessen Flotte in Toulon bereit lag, und der ungestümen Bewegung des italienischen Volkes, das keine Behinderung der Freischaren, ja nicht einmal die Auflösung ihrer Werbestellen oder des Hauptausschusses in Florenz duldete, befand er sich in einer sehr peinlichen Lage; nach langem Zögern entschloß er sich am 15. Oktober die Aktionspartei heimlich zu unterstützen. Aber kaum hatte er diese neue Politik eingeschlagen, als die Nachricht kam, daß der Papst Napoleons Beistand angerufen und zugesichert erhalten habe, während Garibaldi am 14. Oktober von Caprera auf einem Fischerkahn entkommen sei. Jetzt galt es offen Farbe zu bekennen und entweder einem Zusammenstoß mit Frankreich zu trotzen oder selbst die Freischaren zu bändigen. Das eine wie das andere zu thun war Rattazzi nicht der Mann; er nahm seine Entlassung, und für einige Tage gab es in Florenz keine Regierung. Angeblich bemühte sich Cialdini eine solche zu bilden, in Wahrheit aber schien dieser Zwischenzustand nur darauf berechnet zu sein die Entwickelung der Dinge abzuwarten. Garibaldi kam unbehelligt nach Florenz und fuhr unbehelligt von dort an die Grenze; ungehindert entfalteten die Ausschüsse der Bewegungspartei überall die regste Thätigkeit. Auch in Rom selbst wurde auf die Meldung von diesen Ereignissen ein Aufstand versucht; doch die kleine Schar, die den Mut dazu hatte, unterlag sofort am 23. Oktober den päpstlichen Truppen. Garibaldi selbst erfocht in dem Gebiete von Rom bald einige kleine Erfolge und machte die Schlappen wieder gut, die sein Sohn vor seiner Ankunft erlitten; Viterbo zwar vermochte er nicht zu nehmen, dagegen erstürmte er Monte Rotondo, und südlich von Rom verbreitete gleichzeitig ein Haufe unter Nicotera den Aufstand.

Rattazzis Rücktritt.

Weiter durfte Napoleon die Dinge nicht kommen lassen. Daß er ungern eingriff, hatte die wiederholte Rücknahme des Befehls zur Abfahrt der Flotte gezeigt; solange noch irgend welche Aussicht vorhanden war, daß die italienische Regierung das Schergenamt übernehmen werde, war er gern bereit sich selbst die gehässige Arbeit zu ersparen; als er

Französische Expedition.

aber am 26. erfuhr, daß Cialdini den Auftrag ein Ministerium zu bilden zurückgegeben habe, glaubte er nicht mehr zögern zu dürfen und schon am 28. lief seine Flotte in Cività vecchia ein. Failly, der den Befehl über die Landungstruppen führte, war indes auch jetzt noch angewiesen sich möglichst zurückzuhalten; eine thätige Beteiligung am Kampfe mußte ja eine Kluft zwischen Frankreich und Italien reißen, die Napoleon zu scheuen allen Grund hatte. Zweierlei war möglich: entweder bewog Menabrea, der am 27. die Regierung übernommen hatte, Garibaldi auch jetzt noch zum Abzug, oder General Kanzler, der mit den päpstlichen Truppen gegen ihn ausrückte, zwang ihn dazu. Die erste Hoffnung schlug fehl: trotz eines Aufrufs des Königs, trotz des Einmarsches Cialdinis, der überall die päpstlichen Wappen wiederaufrichten ließ, beharrte Garibaldi bei seinem Entschluß. Aber auch die zweite Möglichkeit schwand dahin; denn als Kanzler die Freischaren am 3. November bei Mentana angriff, wurde er trotz tapferen Widerstandes geworfen und wäre verloren gewesen, wenn nicht eine französische Brigade in Reserve gestanden und den Kampf aufgenommen hätte. Trefflich bewaffnet mit den neuen, noch nicht erprobten Chassepotflinten richtete diese unter den mangelhaft gerüsteten Rothemden ein furchtbares Blutbad an, nnd Failly konnte triumphierend nach Paris melden, daß die Chassepots Wunder gethan — ein Jubelruf, der die Erbitterung der Italiener aufs höchste steigerte. In Mentana übrigens hielten sich die Garibaldiner, die dem Tod und der Gefangenschaft entronnen waren, und flüchteten nachts einzeln von dannen. Garibaldi selbst ward auf der Eisenbahn verhaftet und in das Fort Varignano bei Spezzia gebracht; doch diente seine erschütterte Gesundheit der Regierung schon nach drei Wochen als Vorwand ihn wiederum nach Caprera zu entlassen.

Schlacht von Mentana.

Eine tiefe Verstimmung, die bei den fortgeschrittenen Parteien zu wahrem Ingrimm wurde, griff infolge dieser Vorgänge zwischen Frankreich und Italien Platz. Dem schwächeren Teile blieb ja freilich zunächst keine andere Wahl als sich zu fügen, die eigenen Truppen, wie Napoleon es forderte, sogleich aus dem Kirchenstaate zurückzuziehen, das Verbleiben der Franzosen unter Protest über sich ergehen zu lassen und nur etwa in diplomatischen Noten und Parlamentsbeschlüssen feierlich zu bekunden, daß man den Anspruch auf Rom als die Hauptstadt Italiens keineswegs fallen lasse. Napoleon andererseits hätte gern Mittel und Wege gefunden um das beleidigte Nationalgefühl zu versöhnen. Aber was ließ sich thun? In der Sache selbst konnte er nicht nachgeben, ja die lebhaften Debatten, welche die Opposition im gesetzgebenden Körper hervorrief, gestatteten seinen Ministern nicht einmal ein beschwichtigendes Schweigen zu beobachten: sie mußten ihre Politik und die Wunder von Mentana verteidigen und preisen und gaben dabei durch manches scharfe Wort dem Zorn der Italiener neue Nahrung. Wohl versuchte der Kaiser die schwierige Lage Roms einer europäischen Konferenz zu unterbreiten und dadurch die Verantwortlichkeit von seinen Schultern zu wälzen; aber so

Spannung zwischen Italien und Frankreich.

bereitwillig Herr von Dalwigk in Darmstadt auf diese ehrenvolle Einladung einging ohne zu ahnen, daß ein strenger Verweis vom Grafen Bismarck sein Lohn dafür sein werde, so gern Österreich und Spanien bereit waren dem bedrängten Kaiser aus seiner Sackgasse den erwünschten Ausweg zu brechen, so wenig Neigung zeigten England, Rußland und Preußen dazu. Sie wollten nur dann an der Konferenz sich beteiligen, wenn ein Ausgleich zwischen Rom und Italien in Aussicht stehe, und davon war nicht im entferntesten die Rede; Italien stellte außerdem die Bedingung, daß die Franzosen erst aus Rom abziehen und die Septemberkonvention dadurch wieder zur Wahrheit machen müßten; da war es denn unvermeidlich, daß der ganze Plan zu Boden fiel und der Stachel in dem Gemüte des italienischen Volkes zurückblieb. Eine Hinneigung zu Deutschland machte sich bemerklich, wie sie bis dahin, selbst im Jahre 1866, nicht kund geworden war: dem preußischen Kronprinzen, der im Frühjahr 1868 zur Vermählung des italienischen Thronerben als Gast eintraf, wurden begeisterte Huldigungen dargebracht und die Blätter der Linken ergingen sich in Lobpreisungen des preußischen Bündnisses. Die kleinen Mittel, welche die Gegner dagegen ausspielten, verfingen doch nur wenig: Lamarmora, der aus dem Feldzuge von 1866 einen tiefen Groll gegen den glücklicheren Bundesgenossen bewahrt hatte, suchte durch Klagen über die damalige preußische Politik sich selbst rein zu waschen und Mißtrauen gegen Bismarck zu säen, doch vergeblich. Versöhnung mit Frankreich war nur durch die Lösung der römischen Frage zu erzielen. Die leitenden Staatsmänner waren selbstverständlich bemüht die Kluft nicht zu erweitern; hing doch aller Voraussicht nach der Erwerb von Rom für alle Zeit von Frankreichs Zustimmung ab. Menabrea machte sogar Anstrengungen eine Grundlage für ein vorläufiges Abkommen mit dem Papste zu finden; er dachte an eine Zolleinigung, ein gemeinsames Bürgerrecht u. dergl. Aber als er sah, daß diese Vorschläge bei der Kurie keinen Anklang fanden, und daß Napoleon sich höchstens dazu verstand die Brigade in Rom, an deren Spitze General Dumont stand, auf Cività vecchia zurückzuziehen, da gab er die Verhandlungen als unwürdig auf und erwartete geduldig den Zeitpunkt, wo Frankreich seinerseits sie wiederaufnehmen werde.

Hinneigung der Italiener zu Deutschland.

Das Ministerium Menabrea.

Ihm selbst war es nicht vergönnt bis dahin am Ruder zu bleiben; es war schon viel, daß er sich länger als zwei Jahre behauptete, eine Amtsdauer, die kein Ministerpräsident seit dem Frieden von Villafranca erreicht hatte. Auch Menabrea wurde das nur dadurch möglich, daß er seine Kollegen verschiedentlich wechselte; denn auf der einen Seite zwang die Schwierigkeit der inneren Lage, besonders der verzweifelte Zustand der Finanzen, die Regierung zur Vorlage sehr drückender und deshalb leicht angreifbarer Steuerprojekte, an denen zu mäkeln die Opposition niemals unterließ, und andererseits stand die konservative Partei in ihren verschiedenen Gruppen so sehr unter der Herrschaft persönlicher Mißstimmungen und Launen, daß die Linke kaum nötig hatte Zankäpfel

unter sie zu werfen. Menabrea hatte im Mai 1869 den Versuch gemacht die Partei der Permanenten, jene Piemontesen mit ihrem Anhang, die sich seit der Verlegung der Hauptstadt nach Florenz aufs Schmollen geworfen, zu versöhnen; aber nach wenigen Monaten war die Uneinigkeit wiederausgebrochen, und als die Linke dem Führer der Permanenten, Lanza, gegen den Willen des Ministeriums zum Vorsitz in der Kammer verhalf, erbat Menabrea am 19. November seine Entlassung. Erst nach beinahe vier Wochen kam ein neues Kabinett zustande; Lanza übernahm das Präsidium und das Innere, Sella die Finanzen, Visconti Venosta das Äußere, Govone den Krieg.

Finanzlage Italiens.

Trotz der unerquicklichen parlamentarischen Zustände war doch unter Menabreas Leitung manches wichtige Gesetz vereinbart worden; allein in der Session von 1868 hatten die Kammern gegen 150 Millionen neuer Steuern bewilligt. Unglücklicherweise entsprach jedoch deren Ertragsfähigkeit, besonders die der Mahlsteuer, den Erwartungen sehr wenig, und wie man sich gezwungen gesehen hatte durch den Verkauf der Kirchengüter das Vermögen des Landes zur Bestreitung der jährlichen Ausgaben anzugreifen, so griff der Finanzminister Cambray-Digny im Juni 1868 dazu eine der einträglichsten Finanzquellen, das Tabaksmonopol, auf 20 Jahre zu verpachten und sich auf die Pachtsumme 230 Millionen im voraus zahlen zu lassen um damit einen Teil des Defizits zu decken. Solche Maßregeln beseitigten für den Augenblick die Not, aber sie verschlimmerten die Zukunft, auf deren Kosten man vorderhand lebte. Trotzdem war der Steuerdruck schon jetzt so schwer, daß die Bewegungspartei die Unzufriedenheit zu häufigen Putschen in Sizilien, im Neapolitanischen, in der Romagna, selbst in der Lombardei ausnutzen konnte, ein Verfahren, das nicht allein die Leistungsfähigkeit des Landes beständig schwächte, sondern auch neue Ausgaben und Lasten im Gefolge hatte. An der Armee und der Flotte sparte man soviel es irgend zulässig war; während nach der Wehrverfassung, die 1869 beschlossen wurde, jährlich 80 000 Rekruten hätten eingestellt werden sollen, begnügte man sich mit 44 000 um die 140 Millionen des Kriegsbudgets nicht zu überschreiten; noch weiter herabzugehen war angesichts der kriegerischen Zeitläufte nicht möglich: denn alle Parteien stimmten darin überein, daß Italien die erste europäische Verwickelung zur Erwerbung von Rom benutzen müsse, und dazu war ein achtunggebietendes Heer auf alle Fälle erforderlich. Für die Hebung von Handel und Verkehr geschah bedeutendes; die Eisenbahn durch den Mont-Cenis war noch nicht vollendet, als das Ministerium schon für die Gotthardlinie eintrat, an die sich dann wieder eine Reihe lokaler Bahnen anschloß; auch Dampferlinien, wie die durch den Suezkanal, der Ende 1869 eröffnet wurde, erhielten die Unterstützung des Staates; für Hafenbauten, Landstraßen und ähnliche Anlagen wurde nach Kräften gesorgt: alles das konnte erst in der Zukunft Früchte tragen, und für die Gegenwart blieb zuletzt keinem Ministerium etwas anderes übrig,

als immer wieder die Steuern zu erhöhen. Auch Sella begrüßte die Kammern im Frühjahr 1870 mit der unerwünschten Botschaft, daß ein Zuschlag von 12 Prozent zu allen Abgaben für das laufende Jahr unerläßlich sei.

Die Pläne der Kurie.

Die Unterthanen des Papstes waren im Vergleich mit diesen drückenden Lasten fast glücklich daran; da das Defizit in den Kassen der Kurie mit den Peterspfennigen gedeckt werden konnte, die aus der ganzen katholischen Welt zusammenströmten; von 1859—65 waren über 40 Millionen durch solche freiwillige Beisteuern eingelaufen, und daß auch späterhin die Opferwilligkeit der Ultramontanen nicht erkaltete, bewies die Summe der Geschenke, die Pius am 11. April 1869, dem fünfzigsten Jahrestag seiner Priesterweihe, erhielt und die sich auf fast 10 Millionen belief. Dadurch wurde die Kurie befähigt ihre Netze in ganz Europa immer weiter auszubreiten und überall Verbindungen für einen politischen Umschwung im Sinne ihres Systemes anzuspinnen. Es handelte sich für sie dabei keineswegs bloß um die Wiederherstellung des Kirchenstaates, sondern ebensowohl um die Wiederherstellung der päpstlichen Macht in allen übrigen Staaten, und da dieses Ziel nur erreichbar war, wenn der Katholizismus sich überall willenlos der päpstlichen Führung beugte, wenn die Bischöfe des Restes von Selbständigkeit, den sie noch besaßen, beraubt und die Laien aus dem Rachen des Liberalismus, der sie bedrohte oder schon verschlungen hatte, gerettet wurden, so arbeiteten die Jesuiten unermüdlich in dieser Richtung. Mit großer Konsequenz wußten sie überall, wo die staatliche Gesetzgebung in Widerspuch zu ihren Forderungen trat, durch päpstliche Allokutionen, Bullen und Bannflüche die Gläubigen zum Widerspruch gegen die Regierungen aufzuhetzen und das Entstehen ausschließlich katholischer Parteien zu befördern. Streitsüchtiger und mehr mit aller Welt verfeindet war das Papsttum kaum je gewesen als jetzt, wo es der weltlichen Macht fast ganz entkleidet war und in den Händen eines hochbetagten, gutmütigen und unselbständigen Priesters lag; mit Österreich und Italien wie mit der Schweiz und Baden, mit Mexiko und Neugranada wie mit dem Zaren und dem Sultan gab es Streit, und um ein Regiment zu finden, das ganz nach ihrem Herzen war, mußte die Kurie sich bald mit Ecuador begnügen, „der ruhmreichen Republik jenseit des Ozeans, die inmitten des schuldbewußten Schweigens der europäischen Mächte allein ihre Stimme für die Wiederherstellung des Kirchenstaates erhebe."

Encyklika und Syllabus.

Das gesamte politisch-religiöse Programm der Kurie war in dem Rundschreiben und dem Syllabus vom 8. Dezember 1863 zusammengefaßt, die nicht bloß den Bischöfen, sondern auch der Laienwelt unweigerlich die Richtschnur für ihr öffentliches Verhalten vorschrieben. Ob der Papst dazu ein Recht habe, ob nicht vielmehr seinen Entscheidungen, wenn sie keine Glaubens- und Sittenlehren betrafen, Gehorsam und Beipflichtung versagt werden dürfe, das war allerdings ein strittiger Punkt

und die Verdammung, welche das Rundschreiben über die Zweifler aussprach, konnte sicherlich niemand bekehren. Eine notwendige Ergänzung zu dem Erlaß des Syllabus war daher seine Bekräftigung durch einen Ausspruch der gesamten Kirche, und den konnte nur ein Konzil thun. Dessen Berufung war demgemäß fortan das nächste Ziel der Jesuiten, und nur darüber herrschten noch Zweifel, ob man von demselben nur die Bestätigung des Syllabus verlangen oder den Papst für unfehlbar erklären lassen solle. Der erste dieser beiden Wege führte im Grunde genau eben so weit wie der zweite; er war aber in der Form der mildere, da er wenigstens zum Schein die Mitwirkung der Bischöfe zuließ und der päpstlichen Allmacht Schranken zog; Pius selbst wollte kaum mehr als dies; er versicherte häufig, daß er einer Dogmatisierung seiner Unfehlbarkeit nicht bedürfe, da ja niemand gegen deren Ausübung Widerspruch erhebe, und seine erste Erklärung, daß er unfehlbar sei, unangefochten geblieben war, obgleich er sie schon in einer Encyklika vom 9. November 1846 kundgegeben. Ganz anderer Ansicht waren indes die Jesuiten; sie drängten unablässig darauf, daß die Unfehlbarkeit zum Dogma erhoben werde, und bereiteten durch ihre Zeitschrift, die Civiltà cattolica, die Gemüter auf die Entscheidung dieser Frage vor, während in die Katechismen, die bisher zum Teil die Unfehlbarkeit leugneten, der neue Lehrsatz stillschweigend eingeschoben wurde. Unter den Bischöfen herrschte darüber eine weit verbreitete Unzufriedenheit; sie mußten sich sagen, daß ihre Selbständigkeit vollständig werde geknickt werden und daß ihnen dem Staate gegenüber ernstliche Schwierigkeiten aus dem Dogma erwachsen könnten. Als sie daher im Juni 1867 in großer Zahl, beinahe 500, zur Jubelfeier des Apostels Petrus in Rom versammelt waren und den Papst in einer Adresse begrüßten, verwarfen sie den Wunsch einzelner die Unfehlbarkeit ausdrücklich anzuerkennen und schlugen den Mittelweg ein die eigenen Worte des Papstes in der Encyklika von 1864 zu gebrauchen: es sei ihm die göttliche Vollmacht erteilt die gesamte Kirche zu weiden, zu leiten und zu regieren. Den Plan ein Konzil zu berufen nahmen sie so günstig auf, daß der Papst sofort die Ausführung beschloß und ihnen durch den Kardinal Caterini 17 Fragen vorlegen ließ, die zur Verhandlung gestellt werden sollten und unter denen die Unfehlbarkeit sich nicht befand. Auch die förmliche Einladung, die am 29. Juni 1868 in der Bulle Aeterni Patris erging und auf den 8. Dezember 1869 lautete, gedachte derselben mit keinem Worte. Erst als im Winter 1868 auf 1869 in Rom einige Ausschüsse zusammentraten um die Verhandlungen des Konzils vorzubereiten, wurde einem derselben durch den Erzbischof von Edessa, Cardoni, eine Abhandlung vorgelegt, welche die Dogmatisierung der Unfehlbarkeit betraf, und mit allen gegen die eine Stimme des deutschen Theologen Alzog von Freiburg genehmigte der Ausschuß, in dem einige hervorragende Jesuiten wie Perrone und Schrader saßen, diese Anregung. Nun konnte die Sache nicht mehr lange geheim bleiben: die Gegner des

Die Unfehlbarkeitslehre.

Das Jubiläum Petri.

Vorbereitungen zum Konzil.

Vorhabens waren gewarnt. In Deutschland, Österreich und Frankreich machte sich ein wissenschaftlicher Widerstand fühlbar, der an dem pseudonymen „Janus", Döllinger in München, Schulte in Prag, dem französischen Bischof Maret u. a. seine litterarischen Vorkämpfer und an vielen angesehenen Bischöfen einen Rückhalt hatte. Auch die Verteidiger der Unfehlbarkeit, wie Feßler von St. Pölten, Plantier von Nimes, Kardinal Manning u. a., betraten den Kampfplatz, obgleich das kaum nötig war, wenn jener römische Ausschuß recht hatte, der alle geschichtlichen Einwürfe für kraftlos erklärte, sofern ihnen durch einen Konzilsbeschluß widersprochen werde. In Deutschland gab es unter den Kirchenfürsten nur vereinzelte, wie Senestrey von Regensburg oder Martin von Paderborn, die das Dogma herbeiwünschten; andere, wie Ketteler von Mainz, hielten die Anregung desselben für unklug, bezweifelten seine Wahrheit aber nicht; wieder andere, wie Hefele von Rottenburg, gehörten zu den entschiedensten Leugnern und mußten von den eifrigeren Amtsbrüdern bereits die Drohung hören, daß Rom ihnen ihr ketzerisches Fell schon abstreifen werde. Diese verschiedenen Standpunkte zu einer gemeinsamen Ansprache an die deutschen Katholiken zu vereinigen war gewiß nicht leicht; aber die Bischöfe brachten es fertig; sie erließen, neunzehn an der Zahl, am 6. September 1869 auf einer Konferenz in Fulda einen Hirtenbrief, in dem sie beteuerten, daß sie einmütig überzeugt seien, es werde das Konzil kein neues Dogma einführen — kein neues Dogma; denn wenn die Unfehlbarkeit dazu erhoben wurde, so geschah das natürlich unter der Versicherung, daß sie stets und aller Orten gegolten habe, und daß kein historischer Einwurf diese Versicherung entkräften könne. Ein Teil der Prälaten wandte sich auch noch in einem Privatschreiben an den Papst um ihn zu bitten von der Dogmatisierung Abstand zu nehmen; dann machten sich alle auf die Reise nach Rom.

Hirtenbrief der deutschen Bischöfe.

In der politischen Welt sah man dem Konzil im allgemeinen mit Gleichgültigkeit entgegen. Fürst Hohenlohe, der bayerische Minister des Äußeren, wies seine Amtsgenossen in einem Rundschreiben vom 9. April 1869 vergeblich auf die hochpolitische Natur der Unfehlbarkeitsfrage hin; er empfahl auf einer europäischen Konferenz sich über eine gleichartige Haltung zu verständigen und etwa gemeinsam Verwahrung gegen die einseitige Beschlußfassung des Konzils in staatskirchlichen Fragen einzulegen. Allein dieser Vorschlag wurde sehr schlecht aufgenommen; Beust fand vorbeugende Maßregeln eines Verfassungsstaates nicht würdig, Bismarck wollte als Minister eines protestantischen Landes den katholischen Regierungen den Vortritt lassen, Napoleon hoffte durch die französischen Bischöfe, von denen sich außer Maret auch Dupanloup und Darboy gegen das Dogma erklärt hatten, den nötigen Einfluß zu gewinnen ohne durch diplomatische Schritte den Papst überflüssigerweise zu erzürnen. Ein Gedanke, der vielfach besprochen wurde, war der, das Konzil auch von seiten der Fürsten durch besondere Gesandte, Oratoren,

Das Konzil und die Regierungen.

beschicken zu lassen, wie das früher üblich gewesen; unter anderen befürwortete Graf Harry Arnim, der norddeutsche Gesandte in Rom, diesen Plan; Bismarck meinte aber in seiner Antwort vom 25. Mai 1869, da jene Oratoren ja doch kein Veto besitzen würden, sei es vorteilhafter für den Staat das Konzil ganz allein gewähren zu lassen. Ebenso dachte man an den übrigen Höfen, und nur Portugal ernannte wirklich einen Orator, der jedoch starb ohne seine Vollmacht übergeben zu haben. Von deutscher Seite verfiel man endlich noch auf die Idee den greisen König Johann von Sachsen, den gelehrten Kenner der mittelalterlichen Theologie, nach Rom zu entsenden; doch ward auch dieser Vorschlag zum Bedauern des Königs nicht gebilligt.

Eröffnung des Konzils.

Dem Papste waren diese Anstrengungen gegen das Dogma trotz ihrer Geringfügigkeit doch überraschend, und als nun Ende November die Bischöfe in Scharen nach Rom strömten und so viele eifrige Verfechter des Katholizismus ihn bestürmten von seinem Vorsatz abzustehen, geriet er ins Schwanken und meinte sich mit der Bestätigung des Syllabus, besonders des zweiundzwanzigsten unter seinen 80 Artikeln, begnügen zu können, da in diesem bereits die Lehre, als ob je ein Papst seine Befugnis überschritten, sich die Rechte der Fürsten angemaßt oder in Sachen des Glaubens und der Moral geirrt habe, als ketzerisch verflucht war. Die beruhigenden Worte, die er reichlich spendete, übten jedoch nur solange einige Wirkung bis man die Geschäftsordnung kennen lernte, die für das Konzil entworfen war. Danach stand ausschließlich dem Papste das Recht zu Beschlüsse zu beantragen; die Einwände, die bei den Beratungen laut würden, sollten besonderen Ausschüssen überwiesen und von diesen geprüft werden; in der Gestalt, wie die Vorlagen aus diesen Ausschüssen hervorgingen, kamen sie dann abermals an das Konzil, aber nicht zur Beratung, sondern nur zur Abstimmung, bei der die Mehrheit entschied. Dadurch waren der Minderheit die Bürgschaften genommen, die sie bisher in dem nie bestrittenen Satze gefunden, daß ein Konzil nur mit moralischer Einhelligkeit Beschlüsse fassen könne. Wie wenig Rücksicht die Mehrheit zu nehmen gesonnen war, ergab sich schon daraus, daß in die vier Ausschüsse kein Mitglied der Minderheit gewählt wurde. Und doch zählte diese unter den 779 anwesenden Bischöfen über 200 Anhänger; es gehörten ihr die meisten deutschen, österreichischen, ungarischen, französischen Prälaten an, überdies viele aus Oberitalien, Portugal, Nordamerika, während die Mehrheit allein 62 Bischöfe aus dem Kirchenstaate, etwa 100 aus dem übrigen Italien und gegen 120, die gar keinen Sprengel hatten (in partibus infidelium), einschloß. Nach der Zahl der Gläubigen, die sie vertraten, stellte die Minderheit daher beinahe einen größeren Teil der katholischen Welt dar als die Mehrheit; wollte man über ihren Widerspruch flüchtig hinweggehen, so war die Beschlußfassung eine große Täuschung.

Aber freilich war die Opposition in sich keineswegs geschlossen; es gab in ihr kampflustige und gewandte Redner, wie Stroßmayer von

Diakovar, Kenrick von St. Louis, Connolly von Halifax; andere, die besser mit der Feder als mit dem Worte fertig wurden, wie die Kardinäle Schwarzenberg von Prag, Rauscher von Wien, Matthieu von Besançon, oder Bischof Hefele. Sehr zahlreich waren die, welche den Fall der Niederlage nie aus den Augen verloren und sich klüglich den Rückweg frei erhalten wollten. Den Mittelpunkt der Opposition bildete eine kleine Gruppe, die unter Rauschers Vorsitz beriet; außerdem versammelten sich die Deutschen und Österreicher bei Schwarzenberg, die Franzosen anfangs bei Matthieu, dann als diesem der Mut entfiel und er Rom verließ, bei Darboy. Den Heißspornen der Unfehlbarkeit wurde diese Parteibildung bald unbehaglich und um der ganzen Sache schnell ein Ende zu machen baten sie in einer Adresse den Papst um Vorlage des Dogmas. Rauscher antwortete darauf am 12. Januar 1870 mit 136 Bischöfen durch eine Gegenadresse, und da man überdies unter der Hand den Papst wissen ließ, daß die Opposition Rom sofort verlassen werde, wenn man etwa den Versuch mache die Unfehlbarkeit durch Zuruf zu verkünden, so blieb das Verlangen der Mehrheit noch unerfüllt. Bei den Verhandlungen befand sich diese in einer sehr schlimmen Lage, da sie der Beredtsamkeit Stroßmayers keinen ebenbürtigen Gegner entgegenstellen konnte; das bequemste Rettungsmittel war eine neue Geschäftsordnung vom 23. Februar, die dem vorsitzenden Kardinal de Angelis das Recht erteilte jedem Redner das Wort zu entziehen und auf Verlangen von 10 Bischöfen die Debatte ganz zu schließen; überdies sprach sie den Satz, daß Stimmenmehrheit für die Beschlußfassung genüge, noch schärfer als die erste aus. Ein Teil der Opposition wollte von der Rücknahme dieser Geschäftsordnung sein Verbleiben auf dem Konzil und die Anerkennung von dessen Freiheit und Rechtmäßigkeit abhängig machen, aber die meisten konnten sich dazu doch nicht entschließen, obgleich die größeren Kabinette sehr geneigt waren sie zu unterstützen. Bismarck ließ durch Arnim, der mit der Opposition lebhafte Beziehungen unterhielt, die Zusicherung geben, daß die Regierung die Bischöfe nicht im Stich lassen werde; Beust und Daru mischten sich Anfang Februar ein, indem sie gegen die 21 Verfluchungen protestierten, die, aus den Kernsätzen des Syllabus bestehend, dem Konzil soeben zur Annahme vorgelegt waren. Allein die Unsicherheit der Opposition hätte einer stärkeren Stütze bedurft; sie ließ sich auf allerlei Zugeständnisse ein, und nahm am 24. April in der dritten öffentlichen Sitzung (die beiden anderen, am 8. Dezember und 6. Januar, hatten nur zur Erfüllung von Formalien gedient) nicht allein die Verfluchungen an, sondern auch einen Zusatz, kraft dessen der Papst verwerfliche Lehren, auch wenn sie nicht ketzerisch seien, vollgültig verdammen konnte. Nur Stroßmayer fehlte bei dieser Abstimmung, er, der auch allein Verwahrung erhoben und die Freiheit des Konzils bestritten hatte, als ihm am 22. März während einer von dem häufigen Pfui! seiner Amtsbrüder unterbrochenen Rede das Wort entzogen war.

Die Geschäftsordnung.

Mit der Unfehlbarkeit war es inzwischen auch ernst geworden:

Die Unfehlbarkeit.

am 6. März war der Entwurf des Dogmas verteilt, bis zum 17. sollten die Einwendungen bei dem betreffenden Ausschusse eingebracht werden. Nun regte sich noch einmal alles, was der Neuerung widerstand. Schwarzenberg, Rauscher, Hefele, Kenrick, selbst Ketteler ließen historische und theologische Erörterungen darüber drucken; die Gesamtheit der Opposition reichte ihre Bemerkungen ein, in denen sie den Abfall der frömmsten Katholiken voraussagte, den begründeten Zweifel der Regierungen an der staatsbürgerlichen Treue der Unfehlbarkeitsgläubigen hervorhob, die allgemeine Verbreitung des neuen Dogmas bestritt, ja die gerade entgegengesetzte Lehre des christlichen Altertums, die Denkwidrigkeit, die mangelhafte, unredliche, unwürdige Beweisführung seiner Anhänger, die verstümmelten, gefälschten, eingeschobenen, zugestutzten und unechten Belegstellen, auf die sie sich stützen müßten, zur Sprache zu bringen wagte. Es schien, als ob sie damit ihre Schiffe hinter sich verbrannt hätten; auch führten sie in den dreiwöchentlichen Verhandlungen vom 14. Mai bis zum 3. Juni ihre Sache mit Eifer und Geschick. Noch waren 49 Redner zum Worte gemeldet, da beschloß die Mehrheit den Schluß der Generaldebatte und ging über den schriftlichen Protest der 93, die noch zur Opposition hielten, zur Tagesordnung über. Nun beteiligten sich diese nicht mehr an der Einzelberatung, sondern blieben nur deshalb noch in Rom um schließlich ihr Nein zu sprechen. In einer Denkschrift, die letzte Stunde des Konzils, setzten sie die Unzulässigkeit durch Mehrheitsbeschlüsse Dogmen zu schaffen noch einmal auseinander und appellierten von diesem unfreien an ein künftiges freies Konzil; dann kam

Abstimmung am 13. Juli.

der Tag der Abstimmung, der 13. Juli. Nur 601 Bischöfe erschienen in der Sitzung, 451 nahmen das Dogma an, 62 verlangten Abänderungen, 88 stimmten mit Nein. Der Wortlaut des Beschlusses sagte, daß der Papst, wenn er ex cathedra, d. h. in Erfüllung seines höchsten Hirten- und Lehramtes, allen Christen eine von der ganzen Kirche anzunehmende Glaubens- oder Sittenlehre verkünde, mit derselben Unfehlbarkeit ausgestattet sei, welche Christus der Kirche verliehen habe; er sei also aus sich selbst heraus unfehlbar. Nun fehlte nur noch ein Schritt: die Wiederholung des Beschlusses in öffentlicher Sitzung in Gegenwart des Papstes, wo keine andere Abstimmung als Ja und Nein galt. Hier zu erscheinen, hier offen und mutig ihr Nein zu sprechen wagten von der ganzen Opposition nur zwei: die meisten waren vorher entschlossen sich zu beugen. Ein kleines Zugeständnis hofften sie noch von dem Papste zu erlangen: sie baten ihn durch eine Deputation an Stelle der Worte: aus sich selbst heraus unfehlbar, doch wenigstens zu setzen: unfehlbar auf Grund des Zeugnisses der Kirche; Ketteler beschwor den Papst, der ganz unschuldig erklärte, er habe das Dogma noch nicht in seiner jetzigen Fassung gelesen, fußfällig um diese Änderung. Aber die Eiferer wollten auch nicht eines Fingers Breite nachgeben. Manning und Senestrey bewogen vielmehr den Papst nun gerade hinter den Worten: aus sich selbst heraus, noch den Zusatz: und nicht infolge der

Übereinstimmung der Kirche, zu machen, und in dieser Form ward das Dogma am 18. Juli 1870 mit 547 gegen 2 Stimmen beschlossen.

Vertagung des Konzils.

Unmittelbar darauf vertagte der Papst in Rücksicht auf die Sommerhitze und den deutsch-französischen Krieg, der gerade ausgebrochen war, das Konzil bis zum 11. November. Er durfte annehmen, daß bis dahin die ganze Opposition ihre Unterwerfung vollzogen haben würde. Manche thaten das, wie Ketteler, noch vor ihrer Abreise von Rom; die meisten zögerten etwas länger, am längsten Stroßmayer und Hefele, doch endlich gaben sie alle nach und überließen der deutschen Wissenschaft, den Döllinger, Schulte, Friedrich, den ehrenvollen aber hoffnungsarmen Kampf für die altkatholische Lehre gegen die vernunft- und geschichtswidrige Anmaßung der Neuerer — einen Kampf, in den die deutsche Regierung scheinbar entschlossen eintrat um die Ausnutzung des Dogmas zu politischen Zwecken, um die Erneuerung der mittelalterlichen Machtansprüche des Papsttums gegenüber dem Staate und dem Einzelgewissen zu vereiteln. Dem Dogma als solchem den Krieg zu erklären lag für den Staat kein Anlaß vor; doch seine politischen Folgen abzuschneiden war ein dringendes Gebot der Selbsterhaltung. Keine Regierung war besser gerüstet diesen Kampf aufzunehmen als die deutsche, keine weniger als die Napoleons und mit gutem Grunde wandten sich deshalb alle Sympathien der Kurie dem letzteren zu. Es war für sie ein harter Schlag, daß Deutschland den Sieg behielt und daß infolgedessen das Dogma vom 18. Juli der Ausgangspunkt einer ganz anderen Entwickelung zu werden versprach, als in der Absicht seiner Beförderer gelegen hatte.

Fast geringfügig konnte daneben anfangs der Umstand erscheinen, daß Frankreichs Niederlage dem Papste auch den letzten Rest des Kirchenstaates entriß. Für Italien war das freilich die Hauptsache: seine ganze Politik richtete sich nach der Möglichkeit dieses Ziel zu erreichen. Es wäre zu einem Bündnis mit Frankreich bereit gewesen, wenn Napoleon rechtzeitig Rom als Preis geboten hätte: es benutzte die Demütigung des Kaisers um sich gegen seinen Willen der Beute zu bemächtigen. Kaum war die französische Besatzung Anfang August aus Rom abgezogen, so schickte sich die Florentiner Regierung zu einem Gewaltstreich an; eine Depesche vom 7. September teilte den großen Mächten, ein Brief des Königs vom folgenden Tage dem Papste diesen Entschluß mit. Pius verweigerte natürlich die Zustimmung, die Viktor Emanuel erbat, doch entsagte er auch nutzlosem Blutvergießen. Als General Cadorna, der am 11. September die Grenze überschritten, am 20. vor der heiligen Stadt stand, ließ er ihn um die Anwendung der Gewalt zu konstatieren an der Porta Pia Bresche in die Stadtmauer schießen, zog aber dann seine Truppen in die leoninische Stadt zurück und gestattete unter Protest gegen die sündhafte Beraubung ihre Entwaffnung. Eine Volksabstimmung vom 2. Oktober bestätigte in üblicher Weise mit mehr als 130 000 gegen 1500 Stimmen die Einverleibung

Abzug der Franzosen.

Einmarsch der Italiener.

in das Königreich, die das italienische Parlament in den letzten Tagen des Jahres feierlich bekräftigte. Viktor Emanuel selbst besuchte seine künftige Hauptstadt, die vom 1. Juli 1871 ab der Sitz der Regierung werden sollte, am 31. Dezember für wenige Stunden; zu längerem Aufenthalt behagte es ihm dort nicht: er schickte seinen Sohn, den Kronprinzen Humbert um an seiner Stelle den Quirinal zu beziehen, während der Papst im benachbarten Vatikan die Rolle des Gefangenen spielte.

Das Garantiegesetz.

Ein Gesetz vom 9. Mai 1871 sicherte dem Oberhaupte der katholischen Kirche umfassende Vorrechte: es sprach ihm eine Rente von $3^1/_4$ Million Franken zu, gestattete ihm die Haltung einer Leibwache und den gesandtschaftlichen Verkehr, erkannte ihm überhaupt die Stellung eines souveränen Fürsten zu, und verbürgte nicht nur die Freiheit der Konzilien und Konklaven, sondern im allgemeinen die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat im ganzen Königreiche. Unter diesem Schutze konnte der greise Papst sich in den ungemessensten Angriffen gegen die Satanskinder, die Ausgeburten der Hölle, die Trabanten des Teufels in Menschengestalt und welche Ehrentitel er sonst für die italienische Regierung bereit hatte, ergehen, konnte zu Hunderten und Tausenden seine Getreuen empfangen und seinen ganzen Groll gegen die sündhafte Welt auslassen. Vor Behinderungen durch die italienische Regierung war er sicher; sie suchte keinen Streit mit ihm und kümmerte sich auch um die Folgen des Unfehlbarkeitsdogmas nicht; sie hätte auch die Erneuerung des Konzils sehr gern gesehen um aller Welt zu zeigen, wie frei der Papst sei. Aber ebendeshalb verzichtete dieser darauf, und der Orden, der seine Politik leitete, vereinigte alle seine Kräfte dahin unter den Katholiken der einzelnen Länder geschlossene klerikale Parteien zu bilden um mit deren Hilfe die feindlichen Regierungen zu stürzen und einen großen europäischen Kreuzzug vorzubereiten, welcher dereinst auch die weltliche Macht des Papstes wiederherstellen und das mit nichten aufgegebene Ideal der Jesuiten, die unbedingte Herrschaft des Papsttums, d. h. ihre eigene unbedingte Herrschaft über die ganze Christenheit, verwirklichen könnte.

Rußland und der Orient.

Frankreich und Rußland.

Die Beihilfe, welche sich der französische Kaiser von Italien und dem Papste zu seinem Kriege wider Deutschland versprach, erwies sich also thatsächlich als eine trügerische Hoffnung. Nicht besser erging es ihm mit den Versuchen im übrigen Europa Bundesgenossen zu finden. Am erwünschtesten wäre ihm der Beistand Rußlands gewesen; aber freilich konnte er sich gerade auf den am wenigsten Hoffnung machen und mußte zufrieden sein den Zaren durch anderweitige Verwickelungen an der Unterstützung Preußens zu hindern. Das russische Volk war allerdings, soweit es überhaupt politische Meinungen in europäischen Dingen hatte, nichts weniger als deutschfreundlich gesinnt; die panslawistischen Zeitungen in Petersburg und Moskau liebäugelten vielmehr

beständig mit den Franzosen und zehrten von dem unerschöpflichen nationalen Hasse, zu dem der hundertjährige Einfluß deutscher Staatsmänner und Generale den Grund gelegt hatte; aber der Zar selbst und auch sein Kanzler blieben sich in ihrer deutschfreundlichen Politik getreu, ungeachtet aller Versuche Napoleons sie zu sich herüberzuziehen. Es gab eigentlich nur einen Punkt, der für die, welche Mißtrauen zwischen Preußen und Rußland säen wollten, einigermaßen günstig war, und den sie nicht ohne Geschick benutzten: die überwiegend deutsche Nationalität des Adels und der städtischen Bevölkerung in den russischen Ostseeprovinzen. Man suchte daraus den Schluß zu ziehen, daß Bismarcks nationale Politik ihn notwendig dahin drängen werde diese deutschen Provinzen dem Mutterlande wiederzugewinnen. Daß auf etwa 140 000 Deutsche über zwölfmal so viel Bewohner fremden Stammes kamen, daß die Verteidigungsstellung des Nordbundes durch die Erwerbung des schmalen Küstensaumes unendlich geschädigt werden mußte, daß der liv- und kurländische Adel durchaus kein Verlangen trug seine einflußreiche Stellung in Rußland aufzugeben, alles das wurde möglichst in Dunkel gehüllt und auf der einen Seite kein Versuch gescheut den Zaren mit Argwohn gegen Bismarck zu erfüllen — ein Unterfangen, dessen sogar der hessische Minister von Dalwigk beschuldigt wurde — auf der anderen Seite aber die russische Nationalpartei aufzuhetzen ihre Russifizierungskünste, die in Litauen und Polen so eifrig betrieben wurden, auch auf die Ostseeprovinzen auszudehnen. In religiöser Beziehung war dies gegenüber den esthnischen Bauern schon in den vierziger Jahren mit äußerlichem Erfolge geschehen; sie waren durch allerlei Vorspiegelungen verlockt gemeindeweise zur griechischen Kirche übergetreten. Allein die neue Glaubensform hatte bei ihnen so wenig innerlichen Anklang gefunden, daß sie den Kaiser massenhaft mit Bittschriften um die Erlaubnis der Rückkehr zu ihrem alten lutherischen Bekenntnis bestürmten. Die wurde ihnen nunmehr trotz der Empfehlung des kaiserlichen Adjutanten Bobrinski, der 1864 im Auftrage des Zaren die Verhältnisse persönlich studiert hatte, schlechthin verweigert; den Slawophilen aber wurde es klar, daß sie tiefer einschneiden müßten um ans Ziel zu gelangen, und sie begannen daher einen förmlichen Feldzug gegen die deutsche Sprache. Vertragsmäßig stand den Ritterschaften und Behörden der Provinzen das Recht zu sich derselben im amtlichen Verkehre zu bedienen: Nikolaus hatte es freilich 1850 durch einen Ukas aufgehoben, aber derselbe war ein toter Buchstabe geblieben. Jetzt verlangte die russische Presse die Erneuerung und Durchführung jenes Befehles, und der Kaiser genehmigte am 13. Juni 1867 einen entsprechenden Antrag der Minister. Dadurch ermutigt erweiterten die Panslawisten ihren Angriff zu einem wahren Sturm gegen die deutschen „Schmarotzerbarone, die sich von dem Blute ihrer Bauern mästeten und sich von ihren Musikbanden zwanzigmal die preußische Nationalhymne aufspielen ließen". Vergebens wandten sich die Bedrohten persönlich an den Kaiser um von ihm die Erhaltung

Die Ostseeprovinzen.

Ihre Privilegien.

des alten Rechtszustandes zu erbitten; ihr Gesuch wurde abgewiesen und im nächsten Jahre verschlimmerte sich die Lage noch durch die Ernennung neuer Gouverneure, die entweder Russen oder doch griechischer Religion waren, und durch beschränkende Maßregeln gegen die Universität in Dorpat und die übrigen Lehranstalten. Deutschland war nicht imstande seinen Stammesgenossen gegen diese Gewaltthaten Hilfe zu leisten, da es ihm an jedem Recht zur Einmischung gebrach und die Klugheit erfolglose Vermittelungsversuche widerriet. Die öffentliche Meinung billigte daher die Zurückhaltung Bismarcks vollkommen; sie verfolgte mit Teilnahme die erregte litterarische Fehde, die sich zwischen den Vertretern des Deutschtums und den Slawenfreunden erhob; aber sie empfand schon einiges Mißbehagen, als Ende 1867 die Fortschrittspartei die Sache im Reichstage zur Sprache brachte und war sehr zufrieden damit, daß es bei dieser einmaligen Anregung verblieb. Die ganze Frage war unzweifelhaft eine innere Angelegenheit Rußlands und nur ein Umschwung der Parteiverhältnisse oder die bessere Einsicht der Panslawisten konnte den gerechten Beschwerden der Deutschen Abhilfe schaffen.

Bedrängung der Deutschen.

Die Hoffnung, daß dies bald geschehen werde, war freilich sehr schwach, denn die nationalrussische Partei hatte um diese Zeit den Gipfel ihrer Macht erstiegen. Sie erfreute sich eines unbegrenzten Einflusses bei der Kaiserin und dem Thronfolger; die Ministerien waren fast sämtlich mit ihren Führern oder mit Männern, die wie Gortschakoff sich ihr möglichst anbequemten, besetzt; in Polen, Litauen, Finnland, machte die Russifizierung glänzende Fortschritte. Der Sprachenzwang wurde besonders in Polen unerbittlich durchgeführt; selbst den Krämern und Wirten ward der Gebrauch des Polnischen im Verkehr mit ihren Kunden bei willkürlicher Polizeistrafe verboten; der wichtigste Unterricht mußte in den Schulen russisch erteilt werden, die Warschauer Universität sogar ward ihres nationalen Charakters entkleidet, auch für den Gottesdienst die Anwendung der russischen Sprache geboten. Wohl fehlte es demgegenüber nicht an hartnäckigem Widerstande; aber man wußte ihn in Petersburg zu brechen. Besonders gegen die Geistlichkeit kannte man keine Schonung, sondern verfolgte sie um so unbarmherziger, weil man darin zugleich das einzige Mittel fand seinem Groll gegen Rom Luft zu machen. Die persönlichen Anklagen des Papstes gegen den Zaren, der die Kirche Christi quäle und ihre Getreuen bis zum Tod verfolge, hatten schon 1864 zur Abberufung des Gesandten Kisseleff geführt; ein Geschäftsträger blieb noch bis Anfang 1866 in Rom, kehrte aber dann nach einer heftigen Unterredung, die er beim Weihnachtsempfang mit dem Papste gehabt, gleichfalls zurück, und Ende des Jahres, am 4. Dezember 1866, sagte sich Alexander vollständig von den Verträgen los, die Nikolaus 1847 mit der Kurie geschlossen, und verbot am 22. Mai 1867 der polnischen Geistlichkeit jeden anderen Verkehr mit Rom als den durch Vermittelung des geistlichen Kollegiums in Petersburg. Jeder

Rußland und der Papst.

Ungehorsam gegen dieses oder gegen andere Gebote wurde unnachsichtlich gestraft, und nach kurzer Zeit waren fast alle Bischofssitze in Polen verwaist. Zu spät erkannte man in Rom die schweren Wunden, die man in unkluger Heftigkeit der Kirche geschlagen, und zu ungenügend waren selbst dann die Zugeständnisse, die man bot, als daß eine Versöhnung hätte eintreten können. Denn Rußland fühlte durchaus kein Bedürfnis die eingeschlagene Bahn zu verlassen; es hatte richtig genug in dem Katholizismus die Stelle erkannt, an der es das Polentum am tödlichsten verwunden konnte.

Erfolge der Panslawisten.

Der Sturz der Minister Golowwin 1866 und Walujeff 1868 befreite die Panslawisten von ihren einzigen thätigen Gegnern in der Umgebung des Kaisers; nur einen Mann wußten sie trotz der Beihilfe des Thronfolgers lange Zeit nicht zu beseitigen, den Grafen Peter Schuwaloff, den Chef der Geheimpolizei, der des Kaisers höchstes Vertrauen genoß, seit er im Jahre 1866 bei einem Attentate, das ein gewisser Karakosoff unternommen, seinen Scharfsinn bewährt hatte; als es ihnen endlich gelang ihn aus Petersburg zu entfernen, geschah es doch auch nur durch seine Ernennung zum Botschafter in London, von wo sie ihn dereinst als Nachfolger des alternden Gortschakoff zurückerwarten mußten. Dieser wußte seinerseits die nationale Partei geschickt zu benutzen ohne sich ihr gänzlich zu verschreiben. Besonders Österreich gegenüber konnten ihm die Panslawisten treffliche Dienste leisten. Eine im Mai 1867 in Moskau veranstaltete ethnographische Ausstellung, zu der die österreichischen Slawen, deren Hoffnungen gerade durch Belcredis Sturz geknickt waren, Abgeordnete schickten, bot zu sehr verständlichen Kundgebungen gegen den Nachbarstaat bequemen Anlaß: der Zar selbst trug kein Bedenken die Unterthanen des fremden Herrschers als Stammesgenossen sympathisch zu begrüßen. Es war gleichsam die Antwort darauf, daß Beust jenen Vorschlag einer Annäherung an Rußland, den Bismarck ihm durch Tauffkirchen hatte machen lassen, kalt zurückgewiesen und dadurch seine Unversöhnlichkeit von neuem kundgethan hatte. Vielleicht wäre Beust geneigter gewesen sich unter Napoleons Vermittelung mit Gortschakoff zu verständigen, und ein österreichisch-russisch-französischer Dreibund war ein Lieblingstraum auch der französischen Blätter. Aber davon wollte man in Petersburg nichts hören, und der Zar verlor keine Gelegenheit durch Ordensverleihungen, Trinksprüche, Glückwunschdepeschen seine Teilnahme für König Wilhelm und sein siegreiches Heer auszudrücken.

Österreich und Rußland.

Die schleswigsche Frage.

Praktisch bethätigte er diese dankbare Gesinnung in der Zurückhaltung, die Rußland in der schleswigschen Frage bewies. Der fünfte Artikel des Prager Friedensvertrages, der Dänemark die Rückgabe der nördlichsten Bezirke von Schleswig in Aussicht stellte, war bislang noch nicht zur Ausführung gekommen, und Österreich, das allein ein Recht hatte seine Erfüllung zu fordern, ließ diese Frage, wie alle anderen, in denen es Verletzungen des Friedens erkennen wollte, unerörtert um sie

zu gelegener Zeit als Beschwerdepunkt gegen Preußen zu verwerten. Die französische Diplomatie beschäftigte sich dagegen lebhaft damit und suchte wenigstens mittelbar, denn zu direkter Einmischung besaß auch sie das Recht nicht, Preußen Verlegenheiten daraus zu schaffen. Bismarck war seinerseits wohl bereit die Abstimmung der Bevölkerung zu veranlassen, verlangte aber zuvor von Dänemark Bürgschaften für die Schonung der deutschen Sprache und Nationalität in den abzutretenden Bezirken und machte davon den Umfang derselben abhängig. Und als darauf der dänische Minister Frijs am 1. Juni 1867 antwortete, daß er keine andere Bürgschaft als die bestehenden Gesetze bieten könne, ließ er nicht allein die Sache ruhen, sondern verbat sich auch einen Einmischungsversuch Frankreichs so entschieden, daß Napoleon seinen Vertreter verleugnete. Seinen Verdruß gab er durch eine Sendung des Handelsministers Béhic und durch die Reise einiger getreuen Deputierten und Journalisten kund, die im August in Kopenhagen überschwängliche Verbrüderungsfeste mit den Dänen feierten. Trotz der Hoffnungen, die dadurch erweckt wurden, eröffnete der dänische Gesandte von Quaade aber doch im Herbst, als die Kriegsaussichten, die sich an die Salzburger Zusammenkunft geknüpft, geschwunden waren, in Berlin wiederum Verhandlungen, mit denen preußischerseits Lothar Bucher betraut wurde, den Bismarck trotz seiner demokratischen Vergangenheit Ende 1864 als vortragenden Rat ins auswärtige Amt berufen hatte. Dieser stellte 12 Garantiepunkte auf und verhieß dafür die Abtretung des Landes bis zur Gjenner Bucht; Quaade aber forderte auch Alsen und Düppel und brach, als dies verweigert wurde, im März 1868 die Verhandlungen wieder ab. Gleich darauf begab sich der dänische Kriegsminister Raaslöff mit einigen Offizieren nach Paris und wiederholte diese Reise in demselben Monat April zum zweitenmal, eine Drohung, die man in Berlin um so besser verstand, als Anfang März der Prinz Napoleon zu einem zehntägigen Besuche dort eingetroffen war und die alten Forderungen einer Grenzberichtigung oder der Beihilfe zur Eroberung Belgiens erneuert hatte. Die Abweisung, die ihm zu teil wurde, war für den Kaiser ein neuer Antrieb sich mit den Waffen zu erobern, was ihm Bismarck in Güte verweigerte, und eine der beliebten halboffiziellen Broschüren verkündete Frankreich im Mai, daß die jetzige politische Lage, die nach des Kaisers eigenen Worten weder der Friede mit seiner Sicherheit noch der Krieg mit seinen glücklichen Folgen sei, ein Ende nehmen, daß der Friede durch den Krieg erworben werden müsse.

Frankreichs Einmischung.

Griechenland und Kandia.

Auf Rußlands Beistand rechnete man dabei nicht mehr; aber man glaubte sicher zu sein, daß es Österreich nicht am Eingreifen werde hindern können, weil es selbst in der Türkei stark beschäftigt werden sollte. So ziemlich in allen Vasallenländern der Pforte dauerte die nationale Gärung ungeschwächt fort, in Kandia war sie zu hellen Flammen ausgebrochen und konnte, bei geringer Nachhilfe durch eine fremde Macht, leicht zu einem griechisch-türkischen Kriege führen. Als der Aufstand

im Mai 1866 begann, bewies Griechenland allerdings eine große Zurückhaltung: es hatte mit sich selbst nur zu viel zu thun. Die Hoffnungen, die sich an die Revolution von 1862 geknüpft, waren vollständig zu nichte geworden, die Finanzen des Landes lagen so traurig danieder, und die Parteien mit ihren ewig wechselnden Ministerien verfolgten sich so leidenschaftlich wie nur je zuvor. Als aber der kretische Aufstand im Laufe des Sommers Kraft gewann und eine Generalversammlung der Kandioten am 2. September die Vereinigung der Insel mit Griechenland beschloß, trat Deligeorgis, der Minister des Äußeren in dem damaligen Kabinett Bulgaris, den europäischen Mächten gegenüber für die Hilfeflehenden ein, und es begannen der Insel reichliche Unterstützungen vom Festlande aus zuzufließen. Allein auch der türkische Statthalter Mustapha hatte inzwischen bedeutende Verstärkungen empfangen und kämpfte so glücklich, daß er Ende des Jahres die Empörer für bezwungen hielt. Da er jedoch allzuleichtgläubig darauf verzichtete sich die Waffen ausliefern zu lassen, war der Aufruhr binnen wenigen Wochen wieder in vollem Gange, und wenn Omer Pascha, der ihn ersetzte, bald wieder von Siegen berichten konnte, so erhoben gleichzeitig doch auch Frankreich, Rußland, Preußen und Italien ihre Stimmen zu Gunsten der Besiegten. Von Rußland konnte das umsoweniger wunder nehmen, als König Georg von Griechenland sich soeben in Petersburg mit einer Nichte des Zaren verlobt hatte; Frankreichs Haltung aber stimmte sowenig mit seiner früheren Politik und widersprach so sehr der Österreichs, mit dem es sich doch gerade über die orientalische Frage in Salzburg verständigt haben wollte, daß es ein fremdartiges Interesse dabei verfolgen mußte. Es lag dem Kaiser daran den Aufstand in Kraft zu erhalten, und er ging darin soweit, daß er Kriegsschiffe nach der Insel entsandte um gemeinsam mit russischen die Frauen und Kinder der Kandioten nach Griechenland zu bringen. Etwa 60 000 Personen wurden dadurch bis Ende 1867 von der Insel weggeschafft, eine Erleichterung, für welche die Aufständischen sehr dankbar waren. Trotz aller Siege Omers und trotz der Reformen des Großveziers Ali Pascha, der selbst mehrere Wochen auf Kandia verweilte, war von wirklicher Unterwerfung keine Rede, und die Pforte bezeichnete unverhohlen Rußland und Griechenland als die Mitschuldigen.

Die Großmächte.

Von Frankreich schwieg sie dabei vorsichtigerweise, als ob sie wirklich glaube, daß nur menschenfreundliche Beweggründe Napoleons diplomatische Einmischung und die Entsendung seiner Kriegsschiffe veranlaßt hätten. Und doch trat gleichzeitig noch an einer zweiten Stelle das geheime Hetzen französischer Agenten ans Licht, in Bulgarien. Seit Anfang 1868 drangen von Rumänien aus bewaffnete Banden über die Donau in diese Provinz ein und begannen den Aufstand. Rußland bewies durch die Haltung seiner Presse, zumal der von ihm abhängigen Blätter in den Donauländern, daß es der Sache abgeneigt sei; der rumänische Minister Bratiano unterdrückte sogar die Zeitung der Auf-

Bulgarien und Rumänien.

ständischen in Bukarest und lehnte unter dem Beifall der Kammern jede Förderung der Rebellion ab; nur die Journale, die in französischem Solde standen, erwärmten sich für den Aufstand und suchten zugleich den Glauben zu verbreiten, als ob Preußen hinter Rumänien stünde und dieses durch Waffensendungen zu Gunsten der Bulgaren unterstütze. Augenscheinlich sollte dadurch die preußenfreundliche Stimmung der Magyaren, die von den Rumänen das Schlimmste fürchteten, ertötet und die Zustimmung der ungarischen Minister zum Kriege gegen Preußen erschlichen werden. Einige Judenverfolgungen, wie sie in Rumänien nur zu häufig waren, gaben Beust auch unmittelbar Anlaß zu Beschwerden, weil sich unter den Mißhandelten österreichische Unterthanen befanden. Darauf rüsteten die Rumänen denn wirklich, und die Erhaltung des Friedens war ernstlich gefährdet, obgleich die bulgarische Erhebung mittlerweile von Midhat Pascha ohne große Anstrengung erdrückt war.

Serbien. Die allgemeine Aufregung, welche diese Vorgänge in den Donauländern erzeugten, griff natürlich auch nach Serbien hinüber. Die Regierung Michaels Obrenowitsch gab dem Lande eine größere Stärke, als es sie früher besessen; die Erfolge, die der Fürst 1862 davongetragen, als er nach dem Belgrader Bombardement die Beschränkung der Türken auf die Festung von Belgrad und ein paar andere Festen erreicht hatte, waren 1867 dadurch vervollständigt, daß auch diese Punkte von den Truppen des Sultans geräumt wurden; nur das Flattern des Halbmonds neben der serbischen Flagge sollte fortan noch die Oberhoheit der Pforte bekunden. Die nationalen Hoffnungen der Serben, die daraus keine geringe Befriedigung schöpften, wurden in Wien und Pest sehr scheel angesehen, und es schien nicht zweifelhaft, daß die österreichisch-ungarischen Staatsmänner einen Umschwung, der den verbannten Karageorgewitsch wieder auf den Thron erhoben hätte, freudig begrüßen würden; für die Mittel, deren sich der Vertriebene bediente, waren sie freilich nicht verantwortlich. Er stiftete in Belgrad eine Verschwörung an, deren Leiter seine zwei Schwäger waren, und ließ den Fürsten am 10. Juni 1868 im Parke von Topschider ermorden. Die Früchte der That sollte er aber nicht ernten. Eine schnell gebildete Regentschaft versammelte schleunigst die Skuptschina und rief in deren Auftrag den jungen Milan Obrenowitsch, einen Großneffen des Milosch, aus Paris, wo er erzogen wurde, herbei um die Regierung zu übernehmen. Die Pforte war damit einverstanden und von den Großmächten erhob keine Einspruch. Die Verschworenen wurden zum Tode, Karageorgewitsch, dessen Auslieferung die ungarische Regierung verweigerte, abwesend zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Erregung der Gemüter legte sich schneller, als man hoffen durfte, und die Herrschaft des neuen Fürsten, der durchaus in den Bahnen seines Vorgängers wandelte, erwies sich dem Frieden förderlich ohne doch die großserbischen Hoffnungen zu verleugnen.

In Napoleons Absicht lag es aus dem einen oder anderen dieser mannigfachen Zündstoffe einen Brand zu entfachen, der Rußland beschäftigen und von Österreich abhalten sollte, während dieses gemeinsam mit Frankreich und Dänemark Preußen angriffe. Die große Reise des Prinzen Napoleon, die ihn über Wien und Pest im Mai 1868 nach Konstantinopel führte, hing mit diesen Plänen zusammen, und die Ansammlung polnischer Flüchtlinge in Galizien ließ erkennen, daß auch die Insurrektion Polens mit in Aussicht genommen war. Aber die Zurückhaltung Rußlands verzögerte die günstige Gelegenheit von Monat zu Monat, und als im September eine Revolution in Spanien ausbrach und nicht allein die Königin Isabella, auf deren Truppen Napoleon mindestens zur Besetzung von Rom gerechnet hatte, stürzte, sondern auch Frankreich mit gefährlicher republikanischer Nachbarschaft bedrohte, da ließ der Kaiser die Fäden, die er angesponnen, fallen und bot die Hand dazu den Orient wiederzuberuhigen. Das dringendste war die Beseitigung des griechisch-türkischen Konfliktes. Dieser hatte das ganze Jahr 1868 hindurch angedauert; das Ministerium in Athen sprach unverhohlen seine Teilnahme für die Kandioten aus, ja Delyannis, der Minister des Äußeren, erklärte die Erwerbung der Insel rundweg für das Ziel seiner Politik. Das hatte denn auf der einen Seite neue Freiwilligenzüge und Munitionssendungen zur Folge, auf der anderen Seite aber riß jetzt der Pforte die Geduld. Ein Ultimatum vom 11. Dezember forderte die Verhinderung der Freischärlerzüge und die Entwaffnung der drei Privatkriegsschiffe, die den Verkehr mit der Insel vermittelten, und als Griechenland dies Verlangen zurückwies, wurde nicht allein der türkische Gesandte abberufen, sondern auch allen Hellenen geboten binnen 14 Tagen die Türkei zu verlassen. Einige Monate früher würde Napoleon diesen Bruch mit Freuden begrüßt haben; bei der friedfertigen Stimmung, die jetzt in den Tuilerien herrschte, nahm er einen Vorschlag, den Bismarck am 19. Dezember machte und den Rußland sofort unterstützte, an und lud die Unterzeichner des Pariser Friedens auf den 9. Januar 1869 zu einer Konferenz nach Paris ein. Da der griechische Gesandte, Rhizos Rhangabe, der nur Sitz aber keine Stimme haben sollte, sich der Teilnahme völlig enthielt, so wurde der Protokollführer der Konferenz, der jüngere Graf Walewski, nach Athen entsandt um im Namen der Mächte die Erfüllung der türkischen Forderungen zu verlangen; nur das demütigende Versprechen fortan das Völkerrecht beobachten zu wollen wurde den Griechen erlassen; für die übrigen Punkte aber trat der Zar auch noch in einem eigenhändigen Schreiben an König Georg ein. Dieser entließ demgemäß am 2. Februar das Ministerium Bulgaris-Delyannis und beugte sich dem Ausspruch der Konferenz. Das Verhältnis zur Pforte blieb selbstverständlich auch nach der Wiederanknüpfung der diplomatischen Verbindungen sehr kühl, aber vor solch leichtfertigen Herausforderungen wie in der kandiotischen Sache hüteten sich doch die Ministerien der nächsten Jahre, so viel ihrer

Frankreich und der Orient.

Der griechisch-türkische Konflikt.

Die Pariser Konferenz.

waren. Verwickelungen mit anderen Mächten, besonders mit England, das im April 1870 Genugthuung für die Ermordung mehrerer Briten in den Bergen von Marathon verlangte, besonders aber der Stoß, den der unbedingte Glaube an russische Hilfe erlitten, trugen zu dieser vorsichtigen Haltung wohl mehr bei als die klare Einsicht, daß man Ordnung im Inneren schaffen müsse, ehe man eine Vergrößerung des Königreichs erstrebe. An der Politik des Zaren war man ganz irre geworden. Überall hatte Alexander die sonst so eifrig beförderten nationalen Bestrebungen zurückgewiesen; er hatte in Bukarest im Oktober 1868 den Rücktritt des beliebten Ministeriums Bratiano-Golesco und seine Ersetzung durch den konservativen Kogolnitscheano zugegeben; er schlug 1869 dem Fürsten Nikita von Montenegro trotz einer Reise nach Petersburg die Vergrößerung seines Ländchens durch den Hafen von Spizza ab; ja er drängte 1869 durch seinen Gesandten Ignatieff die Pforte zu einem Ferman, durch den sie die Losreißung der Bulgaren von dem griechischen Patriarchat und die Begründung einer selbständigen bulgarischen Kirche genehmigte, und dadurch die griechischen Zukunftsträume um so rauher störte, als die kirchliche Gemeinschaft das einzige war, worauf sich der Anspruch die slawischen Bulgaren dereinst dem großen hellenischen Reiche einzuverleiben stützen konnte.

Rußlands Zurückhaltung.

Türkische Reformen.

Rußland aber ließ sich von der Mißstimmung in Athen umsoweniger beeinflussen, als es in der Stunde der Not doch immer der einzige Helfer war, den Griechenland anrufen konnte. Mit unerschütterlichem Gleichmut sah es den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel zu: alle Reformversuche, die Ali und Fuad Pascha unternahmen, erweckten nicht die Befürchtung, daß sie zu gedeihlichen Ergebnissen führen könnten. In der That hatte die Pforte die böse Wahl zwischen den nützlichen, aber unausführbaren Ratschlägen Frankreichs, und den ausführbaren, aber verderblichen des Petersburger Kabinetts. Frankreich meinte durch die Hereinziehung der Christen in die Verwaltung die Verschmelzung der verschiedenen Stämme zu einem Ganzen befördern zu können; Rußland empfahl in jedem einzelnen Falle den beschwerdeführenden Provinzen eine größere Selbständigkeit zu geben, was den Zerfall des Reiches natürlich beschleunigen mußte. Sultan Abdul Aziz war persönlich ein Alttürke durch und durch und von bitterem Hasse gegen das Abendland erfüllt, das hinderte ihn jedoch nicht aus den militärischen und nautischen Erfindungen der Europäer Nutzen zu ziehen und mit Hilfe immer neuer Anleihen seine Armee vortrefflich zu bewaffnen und eine Panzerflotte von erheblicher Stärke zu erwerben. Weniger geschah für die Ausbildung und Disziplinierung der Truppen; ja anfänglich ließ sich der Sultan durch seinen Haß gegen das Ausland dazu verleiten das Offizierkorps durch die Entfernung der zahlreichen und tüchtigen ungarischen und polnischen Flüchtlinge vollständig zu desorganisieren, eine Maßregel, die der Kriegsminister Mehemed Ruschdi Pascha aber doch wieder rückgängig zu machen verstand. Überhaupt hatte der Sultan das Glück,

daß ihm während des ersten Jahrzehnts seiner Regierung in Ali und Fuad, zwischen denen das Großvezierat wechselte, einsichtige und reformfreundliche Ratgeber zur Seite standen. Beide hielten überdies treu zusammen, so daß der eine stets Minister des Äußeren war, wenn der Sultan den anderen zum Großvezier berief. Eine Menge tiefgreifender Verfügungen im französischen Sinne erging während der Jahre 1867 und 1868. Das ganze Reich wurde in Verwaltungsbezirke eingeteilt, ein oberster Verwaltungs- und Justizrat, im Mai 1868 auch ein Staatsrat begründet und der Eintritt in alle Ämter allen Glaubensbekenntnissen eröffnet. Eine Reise des Sultans zur Pariser Ausstellung von 1867, ein Besuch an den Höfen von London und Wien, eine Zusammenkunft mit dem Könige von Preußen in Koblenz — unerhörte Ereignisse in dem Leben eines Sultans — gewährten dem Herrscher selbst einen Einblick in die europäische Civilisation; auch die späteren Sultane, Murad und Abdul Hamid, seines Bruders Abdul Medschid Söhne, mußten ihn dabei begleiten; aber segensreiche Folgen für seine Unterthanen ergaben sich daraus nicht. Die Kosten der Reise mußten die Beamten bestreiten, denen der sechste Teil ihres Gehaltes abgezogen wurde, und der rettungslose Verfall der Finanzen, der auch durch diese Thatsache beleuchtet wurde, schnitt jede Möglichkeit die widerwilligen christlichen Unterthanen ohne Druck zu regieren und so vielleicht zufrieden zu stellen von vornherein ab.

Ägypten.

Aber auch mit seinem mächtigsten muhamedanischen Vasallen, dem Vizekönig von Ägypten, lag der Sultan fast ununterbrochen in Streit. Ismail Pascha, der seinem Bruder Said im Januar 1863 in der Regierung gefolgt war, entwickelte eine große Rührigkeit um die Beziehungen Ägyptens zu den europäischen Völkern zu mehren und die zu der Pforte abzuschwächen. Er hatte von seinem Vorgänger als Aufgabe die Vollendung des großen Kanales übernommen, den Ferdinand von Lesseps auf Grund eines Vertrages von 1856 zwischen Suez und Port Saïd am Mittelmeer erbaute. Ohne Zweifel versprach das Riesenwerk dereinst zum Aufschwunge Ägyptens in großartigem Maße beizutragen; zunächst aber verschlang es nicht allein die 200 Millionen Franken, die größtenteils in Frankreich auf Aktien gezeichnet waren, sondern noch beinahe 300 Millionen darüber, und diese 300 Millionen wurden nur zur kleineren Hälfte durch nachträgliche Anleihen zu Lasten des Kanals, zur größeren Hälfte aber durch Zuschüsse des Vizekönigs gedeckt, der sich dadurch tief in Schulden stürzte. Der Sultan mochte aus diesem Grunde die Fortsetzung des Baues nicht ungern sehen und ihn als eine Schwächung des ehrgeizigen Vasallen betrachten, die sich bei dem wahrscheinlichen Mißlingen des Unternehmens durch keinen späteren Vorteil wiederausgleichen werde. Längere Zeit hindurch behandelte man daher Ismail in Konstantinopel sehr wohlwollend; man gestattete ihm im Mai 1866 gegen eine Erhöhung des Tributes und reichliche Geldgeschenke die Änderung der Erbfolge in seiner Familie, so daß fortan der älteste

Ismail Pascha.

Sohn und nicht mehr der älteste Verwandte den Thron besteigen sollte; man zeichnete ihn vor den übrigen Paschas durch den Titel Khediv d. h. Herrscher aus und räumte ihm das Recht ein bei besonderen Anlässen unter Aufsicht der Pforte Agenten an die fremden Höfe zu schicken. Diese günstige Stimmung verschlechterte sich aber, je näher die Vollendung des Kanals rückte und je mehr man durch Mustapha Fazyl Pascha, den Bruder des Khediv, der durch die Erbfolgeordnung des Thronrechts beraubt und dadurch bitter mit Ismail verfeindet war, auf die großen Rüstungen aufmerksam wurde, welche dieser trotz seiner Geldnot veranstaltete. Panzerfregatten, Armstrongkanonen, Chassepotgewehre wurden in Frankreich, England und Österreich bestellt, Anleihen gemacht, die bis 1868 die Schuldenlast auf 43 Mill. Pfund brachten, die Armee beständig vermehrt und durch Kriege gegen Darfur, Abessinien und die Völker am oberen Nil in den Waffen geübt. Bei alledem ließ sich doch kein triftiger Grund finden um den Vizekönig zur Verantwortung zu ziehen; denn er überbot sich in Versicherungen der Treue und in Gefälligkeiten gegen den Sultan und wußte schlimmsten Falls den guten Eindruck seines geschmeidigen Benehmens durch wohlangebrachte Bestechungssummen zu unterstützen. Als er aber im Sommer 1869 eine Rundreise an die europäischen Höfe antrat um die regierenden Fürsten zu der Einweihung des Kanals einzuladen, und dabei sowohl persönlich wie durch seinen Minister des Äußeren, Nubar Pascha, die Oberhoheit des Sultans völlig in Vergessenheit zu bringen wußte, riß diesem die Geduld, und Ali Pascha rief dem Pascha nicht allein in einer scharfen Note seine Abhängigkeit ins Gedächtnis zurück, sondern verlangte auch am 29. August die Ablieferung von 200 000 Gewehren, die Aufbestellung der im Bau begriffenen Panzerschiffe, die Herabminderung des Heeres auf die vertragsmäßigen 30 000 Mann, die Einsendung des jährlichen Budgets, das Ismail seit 1866 durch eine Scheinvertretung des Volkes beraten ließ, die Einholung der großherrlichen Erlaubnis bei etwa erforderlichen Anleihen und endlich auch noch die öffentliche Verlesung des Fermans, in dem ihm alles dies befohlen wurde. Der Khediv, dem zu dieser Zeit nichts mehr am Herzen lag als die Eröffnung des Kanals durch die Anwesenheit europäischer Fürsten möglichst zu verherrlichen, machte nichtsdestoweniger Anstalt sich zu widersetzen; er rechnete darauf, daß der Sultan die Heimkehr der christlichen Souveräne abwarten werde, ehe er zur Gewalt seine Zuflucht nehme, und täuschte sich darin auch nicht. Unter der Teilnahme des Kaisers von Österreich, der Kaiserin von Frankreich, des Kronprinzen von Preußen und anderer Fürstlichkeiten konnte er am 16. November 1869 die Eröffnung des Kanals vollziehen. Vor der feierlichen Einweihung beriet ein internationaler Handelskongreß in Kairo über die förderlichsten Bestimmungen zur Hebung des Verkehrs auf der neuen Wasserstraße: obenan stand die Neutralität des Kanals und die Zollfreiheit der Waren; zur Verzinsung der Anlagekosten sollten nur die

Konflikt mit dem Sultan.

Eröffnung des Suezkanals.

Tonnengelder dienen, die auf 10 Franken festgesetzt wurden. Die Höhe dieser Abgabe beeinträchtigte die Benutzung des Kanals allerdings, aber trotzdem stieg sie schnell von etwa 500 Schiffen mit einer halben Million Tonnen im Jahre 1870 auf beinahe 7600 Fahrzeuge mit $13^1/_2$ Millionen Tonnen im Jahre 1876.

Weitaus am stärksten, zu etwa zwei Dritteln, benutzte England die neue Straße, obgleich es sich am wenigsten an dem Bau beteiligt und ihm sogar, wo es nur konnte, Schwierigkeiten in den Weg gelegt hatte. Seine Abneigung gab sich auch äußerlich dadurch kund, daß kein Mitglied des Herrscherhauses der Einweihung beiwohnte; ernsthafter und gefährlicher für den Khediv war es aber, daß der englische Gesandte in Konstantinopel den Sultan zur Aufrechterhaltung aller Forderungen, die Ali Pascha gestellt hatte, ermutigte; wollte Ismail es nicht auf einen Krieg ankommen lassen, so mußte er sich fügen, seine neuen Schiffe und Waffen ausliefern und den Ferman verkündigen. Nach einigem Bedenken entschloß er sich dazu und bereitete sich nur die Genugthuung das Aktenstück in türkischer Sprache verlesen zu lassen, so daß kaum einzelne der Anwesenden den Inhalt verstanden. In der Verfolgung seiner politischen Ziele ließ er sich auch fernerhin nicht im mindesten beirren; selbst der große europäische Umschwung, der seine französischen Freunde außerstand setzte ihm weiter behilflich zu sein, erschreckte ihn nicht, sondern bewog ihn nur sich England mehr zu nähern und auf ein gutes Verhältnis zu Italien, Deutschland und Rußland zu sehen. Einen Augenblick hatte es sogar den Anschein gehabt, als ob der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges auch im Orient die lange verzögerte Katastrophe herbeiführen werde, und in allen Vasallenländern erwachten deshalb neue Hoffnungen. In der That war die russische Diplomatie im Sommer 1870 geschäftiger als je um in Montenegro, Serbien, Rumänien alles für den Kriegsfall vorzubereiten. Allein in Wahrheit wollte sie damit nur Vorsorge für die schlimmsten Möglichkeiten treffen: ihr unmittelbares Ziel war sehr viel bescheidener und bestand nur darin die Beschränkungen zu beseitigen, denen sich Rußland 1856 in betreff seiner Seemacht im Schwarzen Meere hatte unterwerfen müssen. Da England, Österreich und Frankreich sich damals durch den Vertrag vom 5. April verpflichtet hatten alle Bestimmungen des Pariser Friedens mit den Waffen zu verteidigen, so war der Zeitpunkt, in dem Frankreich zur Erfüllung dieser Verpflichtung unfähig war, zu verlockend, als daß Gortschakoff ihn sich hätte entschlüpfen lassen mögen. Während die unruhigen Bewegungen in den Vasallenländern die Pforte einschüchterten, rückte Ignatieff in Konstantinopel mit Anträgen hervor, die in der einen oder der anderen Form die Aufhebung der Neutralität des Schwarzen Meeres bezweckten. Die türkischen Staatsmänner erschraken darüber nicht wenig und suchten Hilfe in London und Wien. Allein so sehr man beiderorten die russischen Pläne haßte, so wenig hatte man den Mut zu ihrer Vereitelung die Waffen zu ergreifen. Besonders

Die Neutralität des Schwarzen Meeres.

in Wien fürchtete man sehr sich dadurch auch mit Deutschland in einen Krieg zu verwickeln. Hatte der Zar doch auf Erkundigungen nach der Bedeutung seiner Rüstungen erwidert, daß dieselben auf alle Fälle nicht gegen Preußen gerichtet seien, während General von Schweinitz, der preußische Gesandte in Wien, dem ungarischen Ministerpräsidenten Andrassy, der sich wiederholt um eine Annäherung zwischen Wien und Berlin bemühte, stets die Bemerkung entgegenhielt: Aber unsere Freundschaft mit Rußland müssen wir beibehalten! Der Gedanke lag also nahe, daß ein förmliches Abkommen zwischen Bismarck und Gortschakoff getroffen sei, und dem die Stirne zu bieten fühlte sich Beust außerstande. Daß England einen Krieg zu Gunsten der Türkei nicht ohne den Beistand einer großen Landmacht unternehmen könne, war selbstverständlich, und so lagen die Verhältnisse also für Rußland ungemein günstig. Gortschakoff verlor daher nicht länger Zeit mit vergeblichen Verhandlungen in Konstantinopel, sondern erklärte in einem Rundschreiben vom 31. Oktober 1870 kurzab, daß sich sein Herr nicht länger an die Bestimmungen über die Neutralität des Schwarzen Meeres gebunden erachte. Obgleich die Diplomatie seit Monaten auf diese Erklärung vorbereitet war, beantwortete sie dieselbe doch mit einer Flut von Drohungen und Protesten; jedermann aber war damit zufrieden, daß Bismarck den Zusammentritt einer Konferenz in London vorschlug, auf welcher die einseitige Maßnahme Rußlands geprüft, und das hieß unter den obwaltenden Umständen nichts anderes als: bestätigt werden sollte. Sie trat im Januar 1871 zusammen. Rußland gab gleich in der ersten Sitzung vom 17. seine Zustimmung zu einer Erklärung, daß keine Macht das Recht besitze sich einseitig von einem Vertrage loszusagen — der beste Beweis, daß es schon jetzt die Gewißheit hatte mit seinen Forderungen durchzudringen. Die Einzelberatungen boten allerdings noch manche Schwierigkeiten, doch kam am 13. März 1871 der neue Vertrag zustande, der die Bestimmungen von 1856 aufhob, die Durchfahrt fremder Flotten durch die Dardanellen und den Bosporus an die Zustimmung des Sultans knüpfte, Rußland aber volle Freiheit zurückgab an den Küsten des Schwarzen Meeres so viele Schiffe zu bauen wie es für angemessen hielt. Der Sultan fügte sich in die unangenehme Zwangslage mit vielem Anstande, und weit entfernt davon mit dem Zaren ob dieser Niederlage zu schmollen zeigte er vielmehr von da ab wieder ein unverkennbares Bestreben sich mit dem Petersburger Kabinett auf guten Fuß zu setzen, während der Einfluß seiner drei Verbündeten, die ihm doch in der Not nicht hatten helfen können, ersichtlich schwächer wurde.

Londoner Konferenz.

England und Belgien.

Englands innere Politik.

Am empfindlichsten war das für England, das sich durch die große Zurückhaltung seiner Staatsmänner in allen auswärtigen Fragen mehr

und mehr um jeden Einfluß auf die politische Entwickelung Europas gebracht sah. Auch der Gang der inneren Politik trug nicht den Stempel eines großen entschlossenen Geistes, sondern den eines Marktens und Feilschens der Parteien, das in der Regel nur zu Halbheiten führte. Für das Gladstonesche Kabinett, das seit Dezember 1868 die Geschäfte leitete, war die dringendste Verpflichtung die Lage der Staatskirche und der Pächter in Irland zu regeln, eine Verpflichtung, die nicht leicht wog, da die Lords mit seinem Programm sehr unzufrieden waren und im Unterhause die beiden Flügel der ministeriellen Mehrheit in gerade entgegengesetztem Sinne daran herumzubessern suchten. Zur Ordnung der kirchlichen Verhältnisse brachte Gladstone am 1. März 1869 eine Bill ein, welche die Entstaatlichung und Entpfründung der irischen Kirche verfügte. Eine königliche Kommission sollte vorübergehend die Verwaltung des Vermögens übernehmen bis die Geistlichen und Gemeinden aus sich heraus eine Vertretung geschaffen hätten, der alsdann — und zwar wurde der 1. Januar 1871 als Termin angenommen — von den 16 Millionen Pfund, auf die das Vermögen der irischen Staatskirche geschätzt wurde, reichlich 6 Millionen übergeben werden sollten; von den übrigen zehn Millionen waren zwei für die Presbyterianer und Katholiken Irlands, acht für gemeinnützige Anstalten wie Krankenhäuser, Taubstummenschulen u. s. w. bestimmt. Nach langwierigen Debatten wurde diese Vorlage am 31. Mai mit 361 gegen 247 Stimmen vom Unterhause genehmigt, während die Lords sich anschickten sie durch Zusätze und Änderungen so zu verstümmeln, daß sie der Unterhausmehrheit nicht mehr zusagen konnte. Die Entrüstung darüber war im ganzen Lande groß; ernstlich wurde die Frage erörtert, ob ein Oberhaus, das so im Widerspruch mit dem Willen des Volkes und der Krone handele, berechtigt sei noch länger zu bestehen: John Bright ließ sich durch seine Stellung im Ministerium nicht abhalten in einem Briefe an seine Wähler das schlechthin zu verneinen. Indes den aristokratischen Elementen in der Unterhausmehrheit wie in der Regierung waren solche Angriffe auf das Haus der Lords nicht minder unlieb als diesem selbst, und daraus entsprang der lebhafte Wunsch nach irgend einer gütlichen Verständigung. Der alte Derby und die strengen Tories verweigerten zwar jedes Entgegenkommen; aber Disraeli und im Oberhause Lord Cairns ließen mit sich handeln und waren bereit die Entstaatlichung der Kirche zuzugeben, wenn ihre Dotation statt auf sechs auf zwölf Millionen gesetzt werde. Das Ministerium ging darauf ein und brachte auch die demgemäß veränderte Bill am 22. Juli 1869 bei den Lords, am folgenden Tage bei den Gemeinen durch. Wirklich befriedigt wurde durch sie jedoch niemand; denn während die Freunde der Staatskirche über ihre gesetzliche Herabwürdigung klagten, fanden die Iren, daß ein Vermögen von 12 Millionen Pfund im Besitz einer religiösen Körperschaft von etwa 600 000 Mitgliedern dieser noch immer eine Macht lasse, gegen die keine andere Religionsgenossenschaft ankämpfen könne.

Die irische Staatskirche.

Die irische Landfrage.

Noch bescheidener als in der Kirchenfrage drohten die Erfolge der Liberalen in der Landfrage auszufallen. Von der gründlichen Revolution der Ackerverhältnisse, die Stuart Mill verlangt, war in Regierungskreisen selbstverständlich keine Rede: als John Bright für die Pächter das Recht forderte ihre Pachtungen gegen eine bestimmte Ablösungssumme in freies Eigentum zu verwandeln wollten seine Kollegen nichts davon wissen. Die Vorlage des Ackergesetzes erfolgte auch nicht mehr in der Session von 1869, sondern erst 1870; die wichtigste Bestimmung war, daß die Pächter bei der Erwerbung eigenen Landes vom Staate unterstützt werden sollten; auch wurde die Form der Pachtverträge zu ihren Gunsten gebessert, die willkürliche Kündigung erschwert und die Erstattung der Aufwendungen für Neubauten u. dergl. bei Ablauf der Pachtzeit gesetzlich verbürgt. Erheblichen Einfluß auf die Beruhigung der öffentlichen Meinung in Irland hatte dieses Gesetz doch nicht. Die Ermordungen von Gutsherren, die Zusammenrottungen, die Kundgebungen für die Losreißung von England dauerten fort, und neben der fenischen Partei, die von der Begründung einer irischen Republik träumte, verstärkte sich die parlamentarische, die unter der Führung von Butt, Sullivan u. a. die selbständige Regierung (home rule) der Insel verlangte und in der föderativen Gestaltung der Schweiz, Österreichs, Deutschlands die Beweise für die Durchführbarkeit ihrer Pläne finden wollte.

Die auswärtige Politik.

Nur für diese Partei, die kein geringes Gewicht besaß, konnte die Zukunft möglicherweise Erfolge im Schoße tragen; für die Fenier war die einzige Hoffnung, die sie hegen konnten, geschwunden, als England und die Vereinigten Staaten sich durch den Alabamavertrag aussöhnten: ohne fremde Hilfe ließ sich die irische Republik nun einmal nicht ins Leben rufen, und sich auf europäische Hilfe Aussicht zu machen dazu waren selbst die Fenier nicht hoffnungsselig genug. Dank seiner Zurückhaltung besaß England zwar kaum irgendwo auf dem Festlande warme Freunde, aber ebensowenig stieg der Unwille über seine laue Politik bis zu erbitterter oder gar kriegslustiger Feindschaft. Man hatte sich daran gewöhnt die britischen Staatsmänner als wohlwollende aber thatenscheue und kaum beachtenswerte Zuschauer bei allen Dingen, die sie nicht ganz unmittelbar betrafen, anzusehen. Wie sehr dies Urteil berechtigt war, bewies Clarendon, der Minister des Äußeren, besonders handgreiflich im Februar 1870, als er sich von Ollivier gewinnen ließ in Berlin eine Entwaffnung vorzuschlagen. Weder das gänzlich verschiedene Wehrsystem der beiden Großmächte noch die Erwägung der Verantwortlichkeit, die er auf sich lud, wenn er Preußen in eine französische Falle lockte, noch die Thatsache, daß Bismarck gleichartige Aufforderungen bereits zweimal zurückgewiesen hatte und der Vorschlag deshalb von vornherein aussichtslos war, hielt ihn zurück in Berlin das Unmögliche zu befürworten. Die Enttäuschung, die ihm der plötzliche Ausbruch des Krieges bereitet haben würde, erlebte er nicht mehr,

Clarendons Abrüstungsvorschlag.

da er ein paar Tage vorher, am 27. Juni 1870, starb. Allein auch aus den Erfahrungen seiner jüngsten Amtsführung hätte er die Unzuverlässigkeit der französischen Politik genugsam kennen lernen können, da Napoleon selbst den einzigen Punkt, an dem die englische Diplomatie trotz aller sonstigen Gleichgültigkeit höchst empfindlich blieb, die Unabhängigkeit Belgiens, versteckterweise anzugreifen sich nicht bedacht hatte.

Die belgischen Eisenbahnverträge.

Im Frühjahr 1868, also noch zur Zeit des letzten Toryministeriums, erwarb nämlich die französische Ostbahngesellschaft das Eigentum der Wilhelmsbahn in Luxemburg und einer Zweiglinie nach Spaa; schon das erregte Aufsehen, weil das Geschäft von seiten der Käuferin ein sehr schlechtes war; aber noch ehe das Jahr zu Ende ging, tauchte das Gerücht auf, daß dieselbe Gesellschaft auch mit mehreren belgischen Kompagnien in Verhandlung stehe und im Begriff sei die Linien von Luxemburg nach Brüssel und von Lüttich an die holländische Grenze zu erwerben. Da auch das bei der schlechten Verzinsung aller dieser Bahnen nur mit großem Schaden geschehen konnte, lag der Argwohn nahe, daß politische Gründe und nicht geschäftliche Interessen dabei maßgebend seien. Der leiseste Zweifel daran schwand, als man vernahm, daß die französische Regierung die Zinsgarantie von $4^1/_2$ Prozent, die sie der Ostbahn für ihre alten Linien leistete, auch auf diese belgischen Strecken, die kaum 3 Prozent trugen, ausdehnen werde. Offenbar hoffte Napoleon durch den Besitz dieser Bahnen einen solchen Druck auf Belgien ausüben zu können, daß es sich dem Eintritt in ein Zollbündnis mit Frankreich nicht zu entziehen vermöge; für den Fall eines Krieges mit Deutschland aber konnte er mittels dieser Linien einen Teil seiner Truppen in die rechte Flanke der preußischen Armee werfen und diese schon durch die bloße Drohung im Vorrücken behindern. Mit der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens war es jedenfalls schlecht bestellt, wenn das scheinbar so unschuldige Projekt zur Ausführung gelangte.

Einspruch der belgischen Regierung.

Das Brüsseler Kabinett faßte die Sache von vornherein so auf und erklärte, daß es diese Kaufverträge nicht zur Ausführung kommen lassen werde. Nichtsdestoweniger schlossen die beteiligten Bahnen am 31. Januar 1869 ihr Geschäft ab. Darauf brachte Frère-Orban, der an der Spitze der Regierung stand, am 13. Februar ein Gesetz ein, das jeden Verkauf von Eisenbahnen von der Genehmigung des Ministeriums abhängig machte, und Abgeordnetenkammer wie Senat nahmen diese Bestimmung mit großen Mehrheiten an. Allerdings fiel nun die französische Presse in gewohnter Heftigkeit über die undankbaren Nachbarn her; aber die Gesetzlichkeit des Verfahrens war in keiner Weise anzutasten, und überdies trat England sofort mit ungewöhnlicher Entschiedenheit für Belgien ein. Alles, was sich erreichen ließ, war daher ein geordneter Rückzug. Den schlug Napoleon ein, indem er die Einsetzung einer belgisch-französischen Kommission befürwortete, die über Betriebserleichterungen auf den fraglichen Bahnen beraten sollte. Das zu verweigern hatte Belgien keinen Grund; es räumte sogar in einer Über-

Der Pariser Vertrag.

einkunft vom 10. Juli der Ostbahn das Recht ein durchgehende Züge mit französischem Personal bis nach Rotterdam zu schicken und baute dadurch dem Feinde eine goldene Brücke, für die er allen Grund hatte dankbar zu sein.

Bismarck hatte sich bei diesen Verhandlungen vollständig zurückgehalten und die Sorge Belgien in seinem Widerstande zu kräftigen den englischen Staatsmännern überlassen. Den leidenschaftlichen Angriffen der französischen Presse entging er dadurch freilich nicht; denn in Paris war es zum Glaubensartikel geworden, daß überall, wo Frankreich etwas unangenehmes widerfahre, der preußische Staatsmann die Hand im Spiele habe. Auf dieser Voraussetzung, die man durch zahlreiche phantastische Beispiele glaubte belegen zu können, baute sich endlich, da man sie auch auf die Wirren, in denen Spanien lag, übertrug, die verleumderische Anklage auf, mittels deren der lange verzögerte Krieg nun doch mutwillig heraufbeschworen wurde.

Die spanische Revolution.

Der marokkanische Krieg.

Spanien hatte während der ersten Hälfte der sechziger Jahre mehr auswärtige Kriege geführt als irgend ein anderer Staat. Erfolgreicher und rühmlicher als die Kriege in Mexiko und San Domingo, in Chile und Peru war der ihnen vorangegangene Feldzug gegen Marokko, den die Riffpiraten im August 1859 durch einen Einfall in das spanische Gebiet von Ceuta provozierten, und den O'Donnell im Februar 1860 durch die Eroberung von Tetuan und am 25. März durch einen ehrenvollen Frieden beendete. Der Eindruck aller dieser kriegerischen Vorgänge war für Spanien durchaus günstig, das Land schien kräftiger und gesünder zu sein, als man bei dem wirren Parteitreiben hätte annehmen sollen; Napoleon verfiel sogar auf den Gedanken es feierlich unter die Großmächte aufzunehmen, indem er hoffte sich an ihm einen treuen Verbündeten zu erwerben. Allein in Wirklichkeit war die Zer-

Parteitreiben.

rüttung des öffentlichen Lebens auch unter O'Donnells straffem Regimente nicht geringer geworden, und als er im Februar 1863 das Staatsruder niederlegen mußte, weil seine mexikanische Politik Napoleons Zorn erregt hatte, begann für reichlich zwei Jahre wieder ein Wettlauf nach den Ministerien, in dem je länger je mehr die Führer der reaktionären Parteien, Miraflores, Arrasola, Mon, Narvaez, den Sieg behielten. Die Königin Isabella war bei alledem ziemlich wenig beteiligt. Sie stand vollkommen unter dem Einflusse ihres Geliebten Marfori und einer frömmelnden Umgebung, in der der Beichtvater Claret und die Nonne Patrocinio die Hauptrolle spielten. Verfolgungen der wenigen Protestanten, die es in Spanien gab, Begünstigung der klerikalen Interessen, Pläne zur Wiederherstellung der päpstlichen Macht, das waren die Bedingungen, unter denen die einzelnen Ministerien sich den Beistand der Camarilla erkauften. Die Wahlen zu den Cortes fielen regelmäßig im Sinne

derjenigen Regierung aus, die sie ausschrieb, ohne daß deren Nachfolger deshalb daran zu verzweifeln brauchten auch für ihre Pläne die Mehrheit zu gewinnen. Politische Gesinnungstreue war äußerst selten zu finden und selbst politischer Ehrgeiz außerhalb des Militärs nicht häufig; einzelne Professoren der Madrider Universität, wie Emilio Castelar, der 1865 darüber seine Stelle einbüßte, bildeten seltene Ausnahmen. Aus dem Schoße der Armee gingen dafür revolutionäre Versuche um so häufiger hervor; einer derselben wurde im Juni 1865 von Narvaez rechtzeitig entdeckt, allein die große Anzahl und Verbreitung der Verschworenen und der Umstand, daß ihr Haupt, der General Prim, sich noch außer Landes befand, bewogen Narvaez zurückzutreten und die Regierung wieder dem Marschall O'Donnell zu überlassen. Dieser räumte mit den reaktionären Gesetzen der beiden letzten Jahre schnell auf, stellte die Preßfreiheit wieder her, erkannte das Königreich Italien an, entfernte Claret und die Patrocinio aus der Nähe der Königin, konnte jedoch durch alle diese Maßregeln die Unterstützung der Progressisten nicht gewinnen, die den Aufstand, den sie gegen Narvaez geplant, jetzt gegen O'Donnell zu wenden gedachten und sich dabei kein geringeres Ziel als die gänzliche Vertreibung der Bourbonen steckten. Prim selbst erhob am 3. Januar 1866 in Aranjuez die Fahne der Empörung und wollte gegen Madrid ziehen. Der geringe Zulauf, den er fand, zeigte ihm aber bald, daß seine Stunde noch nicht gekommen sei; er wandte sich mit seinem Häuflein nach Süden, dann nach Westen und überschritt schon am 20. Januar die portugiesische Grenze um dort die Waffen niederzulegen. Auch in der Verbannung behielt er jedoch seine Verbindung mit den Freunden in Madrid und bewog sie zu einem neuen Aufstand, am 22. Juni. Einige Stunden hindurch schienen die Dinge für die Empörer, deren Haupt der General Pierrod war, günstig zu stehen, die Königin selbst wurde im Schlosse bedroht, und es gelang dem Marschall nicht die Barrikaden zu nehmen. Endlich aber wandte sich der Kampf, Pierrod floh, die Barrikaden wurden erobert, O'Donnells Stellung schien neugefestigt. Allein nachdem so die Bombe geplatzt war ohne Schaden anzurichten, zögerte auch die klerikale Partei nicht länger wieder nach der Regierung zu greifen; die Königin wurde leicht beredet die Ernennung von 25 Senatoren, die O'Donnell forderte, zu verweigern und als der Minister darauf am 11. Juli seine Entlassung einreichte, Narvaez wieder ins Amt zu berufen. Kräftig unterstützt von dem Minister des Inneren Gonzalez Bravo entledigte sich dieser nunmehr nicht allein der progressistischen Empörer vom 22. Juni durch massenhafte Todesurteile und Deportationen, sondern beseitigte auch die gemäßigten Liberalen durch Gewaltakte, ließ die Präsidenten der Cortes und des Senats Rios Rosas und Serrano samt anderen bedeutenden Personen verhaften und aus Madrid wegschaffen und vermochte dadurch auch O'Donnell freiwillig die Verbannung zu wählen, in der ihn Ende 1867 zu Biarritz der Tod ereilte. Narvaez überlebte seinen vieljährigen

O'Donnells letztes Ministerium.

Narvaez.

Gonzalez Bravo.

Gegner nur kurze Zeit; er starb im April 1868, und Gonzalez Bravo trat als sein Nachfolger an die Spitze der Regierung. Für ihn, der keine militärische Vergangenheit besaß, war die Abgunst der liberalen Generale, die in der Armee sich großer Beliebtheit erfreuten, doppelt gefährlich; er wollte sich deshalb mit einem Schlage von ihnen befreien und ließ am 7. Juli Serrano, Dulce, Rodas und andere hervorragende Offiziere verhaften und teils nach den kanarischen Inseln teils nach den Balearen bringen. Auch dadurch fühlte er sich noch keineswegs sicher; als der gefährlichste Mann im Königreich erschien der Herzog von Montpensier, der Schwager der Königin, den die monarchische Opposition zum künftigen Herrscher oder doch zum Regenten für den minderjährigen Thronfolger Alfonso ausersehen hatte; auch er mußte Spanien verlassen und sich mit seiner Gemahlin nach Lissabon begeben. Gegen alle diese Gewaltmaßregeln konnte ein Rückschlag nicht ausbleiben, und Gonzalez Bravo suchte deshalb nach auswärtigem Beistand. In dem Wunsche Montpensiers Regentschaft zu verhindern durfte er auf die volle Zustimmung Napoleons rechnen, dem ein Orleans auf dem spanischen Thron nimmer recht sein konnte; überdies vermochte er ihm einen wertvollen Gegendienst zu leisten, indem er sich anheischig machte den Papst durch spanische Truppen in Rom zu schützen, sobald die französische Besatzung zu größeren Dingen von dort abberufen werde. Ein enges Bündnis sollte auf dieser doppelten Grundlage abgeschlossen werden, und eine persönliche Zusammenkunft der Monarchen war bestimmt es einzuleiten: Isabella begab sich im September nach San Sebastian, der Kaiser verweilte in Biarritz: an einem der nächsten Tage sollte die Begegnung stattfinden.

Der Aufstand von Cadiz.

Da traf plötzlich aus dem Süden die Nachricht ein, daß die verbannten Generale, unter ihnen auch Prim, in Cadiz angekommen seien und in Verbindung mit dem Admiral Topete, der das dortliegende Geschwader befehligte, den Aufstand proklamiert hätten. Schnell bestätigten und erweiterten neue Unglücksbotschaften die Kunde von dem Geschehenen. Am 18. September 1868, einen Tag nach der Veröffentlichung von Topetes Aufruf, hatten sich die Truppen und die Bürger von Cadiz der Empörung angeschlossen, am 19. eine gemeinsame Proklamation der verbundenen Generale die Einsetzung einer vorläufigen Regierung und die Wiedergeburt des Landes durch das allgemeine Stimmrecht als Ziel der Bewegung hingestellt. Mit einer Schnelligkeit, die deutlicher als alles sonst die Mißstimmung gegen das bestehende Regiment zeigte, verbreitete sich der Aufstand im Süden und sprang nach wenigen Tagen auch nach dem Norden über. Die Königin war völlig ratlos; durfte sie Hilfe von Napoleon erbitten? sollte sie nach Madrid zurückkehren? ließ sich von einer Annäherung an Serrano, ihren früheren Günstling, Rettung erhoffen? Daß Gonzalez Bravo jetzt der Sachlage nicht gewachsen war, verstand sich von selbst; du begreifst, so sagte ihm die Königin, daß ich einen General an der Spitze des Ministeriums brauche,

und ernannte dann den General Concha, der sofort militärische Vorbereitungen traf, aber auch Verhandlungen mit Serrano einleitete. Diese scheiterten an der Forderung des Marschalls, daß die Königin Marfori verbannen und zu Gunsten ihres Sohnes Alfonso abdanken sollte. So wenig wie Isabella darauf eingehen wollte, so wenig fanden ihre Hoffnungen auf Waffenerfolge Erfüllung. General Novaliches, dem Concha den Oberbefehl übergeben, stieß am 28. September am Guadalquivir unterhalb Cordova mit Serrano zusammen und wurde bei der Brücke von Alcolea besiegt. Nun erklärte sich auch Madrid für die aufständischen Generale, Concha selbst verlangte die Abdankung Isabellas, und der Gouverneur von Katalonien, Graf Cheste, der infolgedessen zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, konnte nicht einmal in Barcelona sich Achtung verschaffen. Auf alle diese Unglücksbotschaften hin entschloß sich die Königin zur Flucht; am 30. September 1868 verließ sie Spanien und begab sich nach Pau, dessen Schloß ihr Napoleon zur Verfügung stellte. Damit war der Widerstand ihrer Partei vollkommen gebrochen; überall erkannte man die Revolution an und am 8. Oktober trat die vorläufige Regierung, die sich aus Serrano als Präsidenten, Prim für das Heer, Topete für die Marine, Zorrilla, Sagasta, Ayala, Figuerola und einigen anderen teils progressistischen teils liberalen Parteiführern zusammensetzte, ins Leben. Ohne der Entscheidung der konstituierenden Cortes vorzugreifen war die Regierung doch der monarchischen Staatsform zugeneigt; ob man aber den jungen Alfonso oder Montpensier oder Dom Fernando von Portugal oder vielleicht gar dessen Sohn, den König Luiz, auf den Thron erheben solle, darüber gingen die Meinungen völlig auseinander; keine Stimme erhob sich in diesem Kreise für Carlos VII., den Enkel des Don Carlos, der von Paris aus seine Thronansprüche wahrte. Für die Republik erklärte sich zuerst Orense, Marquis von Albaida, indem er die Katalonier sogar für die Umwandlung Spaniens in einen Bundesstaat zu gewinnen suchte; aber er konnte seine Parteigenossen, die Demokraten, die am 11. Oktober in Madrid eine große Versammlung abhielten, nicht davon überzeugen, daß es zweckmäßig sei durch diese Forderung die Einmütigkeit der Revolution schon jetzt zu stören, und Martos, das anerkannte Haupt der Partei, erklärte einige Tage später, daß sie in jedem Falle den Ausspruch der Cortes achten würden. Als er darüber hinaus mit den Progressisten und Unionisten gemeinsam für die konstitutionelle Monarchie zu wirken begann, sagten sich Orense, Castelar und andere von ihm los und bildeten eine besondere föderativ-republikanische Partei, die bald großen Anhang gewann. Doch behielten bei den Wahlen zu den konstituierenden Cortes die Monarchisten so entschieden den Sieg, daß sie reichlich drei Viertel der Abgeordneten zählten und durch einen von Salustiano Olozaga ausgearbeiteten Verfassungsentwurf am 21. Mai 1869 mit 214 gegen 71 Stimmen das Königtum als die Form der Regierung durchsetzten.

Schlacht bei Alcolea.

Flucht Isabellas.

Die Parteien.

Die Verfassung von 1869.

Am 6. Juni fand die feierliche Verkündigung dieser Verfassung

Regentschaft Serranos.

statt. Weil man aber vorderhand noch keinen König hatte, so beantragte Olozaga bis auf weiteres Serrano zum Regenten zu erwählen, was denn auch am 15. Juni mit 193 gegen 45 Stimmen geschah. Die Bemühungen einen geeigneten Herrscher zu finden wurden darum doch nicht minder eifrig fortgesetzt; indes waren die inneren Zustände des Landes nicht geeignet fremde Fürsten zu einem Versuche zu ermutigen. Die Finanzen befanden sich in einer geradezu trostlosen Verfassung; Figuerola machte den Versuch eine Anleihe von zwei Milliarden Realen, d. h. etwa einer halben Milliarde Mark, zur Deckung des noch um die Hälfte höheren Defizits aufzubringen; aber trotz der glänzenden Bedingungen wurde nicht der vierte Teil gezeichnet, und man blieb nach wie vor am Rande des Bankerotts. Dazu kamen beständig revolutionäre Erhebungen in den Provinzen. Die Republikaner machten damit Ende 1868 in Cadiz und Malaga den Anfang und erneuerten nach einer ersten Niederlage den Aufstand mit verstärkter Macht im Herbst 1869 unter General Pierrod in Katalonien, Aragon, Valencia und anderen Provinzen. Kurz vorher hatte Don Carlos in den baskischen Provinzen mit Tristany, Elio und anderen Getreuen einen Aufruhr zu entflammen gesucht; auch ihm war das einstweilen mißlungen, aber gering zu achten war er doch nicht, da er auf den Beistand der Ultramontanen rechnen durfte, welche durch die Austreibung der Jesuiten, die verfassungsmäßige Gewähr der Religionsfreiheit, den Bau protestantischer Kirchen in Madrid und anderen Städten unversöhnlich gereizt, schon auf eigene Hand in Burgos und anderen Orten Pöbelaufstände herbeiführten. Zu alledem mußte der künftige König außer den Ultramontanen und Republikanern auch die Anhänger der übrigen Kronbewerber sich gegenüber zu sehen erwarten. Wenigstens einer von diesen, der Herzog von Montpensier, hatte eine geschlossene Partei, die vormaligen Unionisten, für sich, und einige Minister wie Topete hielten so fest zu ihm, daß sie aus dem Amte schieden, als Prim sich durch Napoleon für den 16jährigen Herzog Thomas von Genua, einen Neffen Viktor Emanuels, gewinnen ließ. Ursprünglich hatte Prim den Vater des Königs von Portugal, Dom Fernando, begünstigt und dazu auch die Zustimmung Serranos und des ganzen Ministeriums erlangt, da man auf diesem Wege die Vereinigung Spaniens und Portugals anzubahnen hoffte. Gerade deshalb fand aber dieser Plan in Lissabon wenig Anklang, Ferdinand wies ihn im April zurück und sein Sohn, der König Dom Luiz, wartete nicht einmal das förmliche Angebot ab, sondern erklärte auf das bloße Gerücht, man wolle ihn erwählen, in einem Briefe an seinen Minister, den Herzog von Loulé, daß er Portugiese sei und bleiben wolle. Noch einen anderen Mann gab es auf der Halbinsel, dem von manchen die Ehre der Krone zugedacht wurde, Baldomero Espartero, der den Vorzug des Alters, wie der Republikaner Garrido spöttisch meinte, mit dem der Kinderlosigkeit verband; aber der 76jährige verriet keine Neigung die schwere Bürde auf sich zu nehmen. So mußte

Revolutionäre Erhebungen.

Thronkandidaten.

man denn im übrigen Europa suchen, und da Viktor Emanuel für den Herzog von Genua nach längerem Schwanken ablehnte, so ging Prim auf den Vorschlag ein, den ihm Salazar y Mazarredo im Februar 1869 machte: dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, dem jüngeren Bruder des Fürsten Karl von Rumänien, die Krone anzubieten. Um diesen Plan in Spanien selbst populärer zu machen, schrieb Salazar im Oktober eine Flugschrift, welche die Verwandtschaft des Prinzen mit den regierenden Häusern von Portugal, Belgien, Frankreich und Preußen, seine persönlichen Eigenschaften und sein katholisches Bekenntnis gebührend hervorhob und die Aussichtslosigkeit aller anderen Kandidaturen grell beleuchtete. Es wurden darauf Verhandlungen mit dem Prinzen angeknüpft, derselbe schickte zweimal Bevollmächtigte nach Spanien um sich die Verhältnisse anzusehen, lehnte dann aber auf Grund ihrer Berichte entschieden ab. Prim ließ sich dadurch nicht entmutigen, sondern erneuerte im Frühjahr 1870 seinen Versuch nochmals und fand jetzt in Sigmaringen bessere Aufnahme, so daß er den Cortes am 11. Juni mitteilen konnte, er glaube eines Kandidaten sicher zu sein, der alle wünschenswerten Eigenschaften besitze; den Namen schon jetzt zu nennen verbiete ihm die Diskretion. Unter der Hand aber machte er sowenig ein Geheimnis daraus, daß der englische Gesandte in Madrid, Layard, seiner Regierung schon im Mai Nachricht davon hatte geben können. Das preußische Ministerium erfuhr von der Sache zuerst im März 1869, als infolge der ersten Anregung Salazars der frühere spanische Gesandte in Berlin, Rancès y Villanueva, von seinem damaligen Posten in Wien auf fünf Tage nach der preußischen Hauptstadt kam und zwei Unterredungen über die Sache mit Bismarck hatte. Dieser betrachtete den Plan als aussichtslos und nahm auch fernerhin keinen Teil an den Verhandlungen Prims mit dem Prinzen; den König persönlich fragte dieser allerdings um Rat, erhielt aber eine abmahnende Antwort; trotzdem entschied er sich, als Salazar Ende Juni zum vierten oder fünften Male ihn in Sigmaringen aufsuchte, für die Annahme und erwirkte sich am 28. Juni 1870 von dem Könige als dem Familienoberhaupte die Zusicherung, daß derselbe sich seinen Wünschen nicht widersetzen wolle. Auf diese Meldung hin beschloß der Ministerrat in La Granja am 4. Juli 1870 unter Serranos Vorsitz dem Hohenzoller die Krone offiziell anzutragen. Vorbehalten blieb dabei die Zustimmung der Cortes, die jedoch in den maßgebenden Kreisen in keiner Weise bezweifelt wurde.

Prinz Leopold von Hohenzollern.

Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges.

So gut wie an den übrigen europäischen Höfen hatte man auch in Paris seit längerer Zeit Kunde von den Verhandlungen, die zwischen dem Prinzen und Prim schwebten: schon Ende März 1869 erkundigte sich Benedetti bei dem Unterstaatssekretär von Thile und einige Monate später bei Bismarck selbst nach der Begründung der umlaufenden Gerüchte,

Frankreichs Stellung.

und erhielt beide Male die Antwort, daß die preußische Regierung nichts mit der Sache zu thun habe. Von neuem machte dann Drouyn de l'Huys am 17. November 1869 den Kaiser brieflich auf die Kandidatur Leopolds aufmerksam. Sah Napoleon darin eine Gefahr für Frankreich, so bedurfte es nur einer nachdrücklichen Erklärung in Madrid, und die spanische Regierung verzichtete auf die Durchführung: wie gehorsam sie den Winken des Kaisers Folge leistete, war ja durch die Preisgabe Montpensiers offenbar geworden. In der That aber ließ sich kein triftiger Grund absehen, weshalb der Tuilerienhof sich gegen einen Prinzen sträuben sollte, der durch seine Mutter Josephine, die Tochter der Großherzogin Stephanie von Baden, ein Abkömmling der Beauharnais und durch seinen Vater, einen Sohn der Prinzessin Antoinette Murat, auch mit dem einstmaligen Könige von Neapel, dem Schwager des ersten Napoleon, verwandt war, während der Stammbaum, der ihn mit dem preußischen Königshause verband, bis in das dreizehnte Jahrhundert zurückreichte. Aber freilich trug er den Namen der Hohenzollern, und diese Thatsache beeinflußte das französische Publikum leichter als die genealogischen Belehrungen, mittels deren man es hätte aufklären können. Dazu kam, daß die Pariser Presse seit zwei Jahren unermüdlich ihren Lesern gepredigt hatte: die ganze spanische Revolution von 1868 sei durch Bismarck angestiftet worden; bisher hieß es, er habe dem Kaiser dadurch eine treue Bundesgenossin entreißen wollen; jetzt lag es auf der Hand, daß seine Absicht noch weit schlimmer gewesen war, daß er es von vornherein darauf angelegt hatte Spanien zu einer preußischen Provinz zu machen. So eignete sich der Vorfall trefflich dazu die öffentliche Meinung aufzuregen, und der Kaiser hatte doch immer noch die Wahl entweder den Rücktritt des Prinzen von der preußischen Regierung zu fordern und so einen Triumph über diese zu feiern, oder durch verletzendes Auftreten einen Bruch herbeizuführen und den zehnmal in Aussicht genommenen Krieg nun wirklich zu beginnen. Daß er von Anfang an beide Möglichkeiten ins Auge faßte und auch, als die Verwickelung ernstlicher wurde, die erste noch nicht fallen ließ, entsprach seinem Charakter; ja Bismarck hatte Grund zu glauben, daß Napoleons eigentliche Absicht gewesen sei nach erfolgter Kriegserklärung noch vor oder nach der ersten Schlacht einen Friedensschluß auf Kosten Belgiens vorzuschlagen. In der Umgebung des Kaisers dagegen brannten die einflußreichsten Personen vor Ungeduld nach dem Krieg, und indem sie Napoleon Schritt für Schritt vorwärtstrieben, brachten sie ihn endlich in eine Lage, aus der es ohne Demütigung keinen anderen Ausweg gab. Den größten Anteil an dieser verhängnisvollen Politik schrieb man der Kaiserin zu, die von ihren ultramontanen Freunden gehetzt und geängstigt wurde; neben ihr wirkten der Minister des Äußeren Gramont und der Kriegsminister Leboeuf eifrig in dieser Richtung, während Ollivier und die meisten seiner Kollegen sich anfangs nur schieben ließen, bis sie zuletzt um nicht selbst als hinderlich beiseite

geworfen zu werden mit in das Kriegsgeschrei einstimmten und ihre anfängliche Lauheit durch verdoppelte Heftigkeit in Vergessenheit zu bringen suchten. Die Senatoren und Abgeordneten betrachteten die Angelegenheit wie jede andere nur unter dem einen Gesichtspunkt, je nach ihrer Parteistellung sich der Regierung angenehm zu machen oder ihr Verlegenheiten zu schaffen. An und für sich hatte gegen den Krieg niemand etwas einzuwenden; nur die Besorgnis eine Niederlage zu erleiden oder, was vielleicht noch unangenehmer war, den Bonapartismus durch einen großen Sieg neu gekräftigt zu sehen bewog die Opposition die Kriegslust der Regierung zu bekämpfen.

Die Note des Constitutionnel.

Die Nachricht, daß der Prinz angenommen habe und daß seine Wahl alsbald an die Öffentlichkeit treten werde, traf in Paris am 3. Juli 1870 ein, am vierten Jahrestag von Königgrätz. Gramont teilte sie sofort der Presse mit, und am nächsten Morgen, noch ehe der Ministerrat von La Granja stattgefunden, meldete der Constitutionnel das Ereignis mit dem Ausdruck der Verwunderung, daß einem preußischen Prinzen, dem Enkel einer Murat, deren Namen nur durch traurige Erinnerungen an Spanien geknüpft sei, das Szepter Karls V. anvertraut werden solle. Eine Reihe anderer Blätter begleiteten die Nachricht mit ähnlichen Bemerkungen, die sich am folgenden Tage zu heftigen Ausfällen gegen die Bismarcksche Politik verschärften. Zugleich kündigte der Abgeordnete Cochery im gesetzgebenden Körper eine Interpellation in dieser Angelegenheit an, und das Ministerium war schon am 6. zur Beantwortung bereit. Unter tumultuarischer Zustimmung der Mehrheit verlas Gramont ein Aktenstück, das an demselben Morgen im Ministerrate unter dem Vorsitze des Kaisers vereinbart war und dessen drohendste Stellen von Napoleon persönlich herrührten; noch am Abend zuvor hatte der Kaiser sich durchaus friedlich geäußert: über Nacht war infolge einer langen Unterredung mit der Kaiserin eine solche Umstimmung mit ihm vorgegangen, daß er trotz der Einwendungen mehrerer Minister die schroffste Sprache gegen Preußen geführt wissen wollte. Frankreich, so hieß es in der Erklärung, sei nicht verpflichtet zu dulden, daß eine fremde Macht das Gleichgewicht Europas störe und, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze, die Interessen und die Ehre Frankreichs in Gefahr bringe; die Regierung hoffe allerdings, daß die Weisheit des deutschen, die Freundschaft des spanischen Volkes es dazu nicht kommen lassen werde; sollte das aber doch der Fall sein, so werde sie, stark durch die Unterstützung der Nation, ihre Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche erfüllen. Vergebens forderte Picard, als der Beifallssturm, mit dem der gesetzgebende Körper diese Worte begrüßte, verrauscht war, die Vorlage der diplomatischen Aktenstücke, vergebens bezeichneten Glais-Bizoin und Arago die Worte Gramonts als eine Kriegserklärung, vergebens warnte Crémieux die Minister nicht den kastilianischen Stolz zu kränken und dadurch die noch unsichere Wahl des Prinzen unwiderruflich zu machen; die Mehrheit übertäubte alle Einwendungen mit wüstem

Gramonts Erklärung.

Geschrei, und die Minderheit ließ wiederum kaum Ollivier zu Worte kommen, als er namens der Regierung versichern wollte, daß sie den Frieden wünsche, mit Leidenschaft wünsche, aber freilich auch nur mit Ehren wünsche. Trotz seiner Beteuerung, daß er den Krieg nicht für unvermeidlich halte und daß Frankreich stets Europa auf seiner Seite habe, wenn es mit Festigkeit und Mäßigung seine rechtmäßigen Ansprüche verteidige, war das Ergebnis der Sitzung bei allen der Eindruck, den Arago in die Worte faßte: Der Minister des Äußeren hat zweierlei gethan: er hat einen König von Spanien ernannt und Preußen den Krieg erklärt.

Die Stimmung in Deutschland.

In Deutschland konnte man sich doch von der Richtigkeit dieser Bemerkung durchaus nicht überzeugen; man betrachtete mit größter Verwunderung die leidenschaftliche Erregtheit, die in die Franzosen gefahren war und begriff entfernt nicht, wie die Wahl eines deutschen Privatmannes auf den spanischen Thron den Vorwand zu einem Kriege geben könne. Während die Sprache der Pariser Zeitungen von Tag zu Tage heftiger wurde, während Emil de Girardin in der Liberté verlangte, daß man die Preußen mit Kolbenstößen über den Rhein treibe, während der Moniteur die „Frage erweitern" wollte und die Räumung von Mainz, die Aufhebung der Bündnisse mit den Südstaaten, die Abtretung Nordschleswigs forderte, begnügte sich die deutsche Presse einmütig mit kurzen, ruhigen, wenn auch deutlichen Abfertigungen, und Granier de Cassagnac klagte in seinem Pays: Unser Kriegsgeschrei bleibt ohne Antwort, die Echos des Rheins sind stumm; hätte Preußen mit uns gesprochen, wie wir mit ihm, wir wären längst schon unterwegs. Auch in den leitenden Kreisen Deutschlands betrachtete man die Verwickelung noch nicht als unheilbar. Als am 4. Juli der französische Geschäftsträger Le Sourd dem Herrn von Thile — denn Bismarck verweilte in aller Ruhe auf seinem Gute Varzin — die Klagen seiner Regierung vortrug, erhielt er die alte Antwort, daß die Angelegenheit dem preußischen Ministerium völlig fremd sei und für dasselbe gar nicht existiere. Ähnlich äußerte sich an demselben Tage der Gesandte in Paris, von Werther, bei einer Besprechung mit Gramont und Ollivier; doch übernahm er es dem Könige, zu dem er sich folgenden Tags auf einer Urlaubsreise nach Ems begeben wollte, Mitteilung davon zu machen, daß die französische Regierung in der Thronbesteigung Leopolds eine Gefährdung des Friedens erblicke, und telegraphisch die Antwort des Königs zu melden. Daraus, daß Gramont diese nicht einmal abwartete, ehe er die Interpellation Cocherys beantwortete, ließ sich allerdings deutlich entnehmen, daß man die Sache gar nicht in Güte beizulegen wünschte. Ganz zweifellos wurde dies, als am 7. Rüstungen in den Seehäfen begannen und am 8. abends Benedetti von Wildbad, wo er die Kur gebrauchte, in Ems eintraf und namens des Kaisers von dem Könige forderte, er solle dem Prinzen verbieten die spanische Krone anzunehmen. Wenn der König darauf eingeht, hatte Gramont an Benedetti geschrieben, so wird das ein

Werthers Reise nach Ems.

ungeheurer Erfolg sein; wenn nicht, so ist es der Krieg. Wir werden dann am Sonnabend die Truppenbewegungen beginnen und in 14 Tagen den Feldzug eröffnen.

Der König und Benedetti.

Der König empfing den Botschafter nachmittags am 9. sehr freundlich, bestätigte, daß seine Regierung mit der Kandidatur gar nichts zu thun, daß nur er persönlich als Familienhaupt sie zugelassen habe, und erklärte, er wolle sich mit dem Prinzen in Verbindung setzen um zu hören, wie dieser über die Sache denke, und danach selbst seinen Entschluß fassen. Über die Gramontsche Erklärung in der Kammer sprach er sich sehr mißbilligend aus; im ganzen machten seine Worte auf Benedetti den Eindruck, daß er ernstlich den freiwilligen Verzicht des Prinzen wünsche; für den Verdacht, daß es nur darauf abgesehen sei einen Vorsprung in den Rüstungen zu gewinnen, konnte der Botschafter, wie er nach Paris meldete, keinen Beweisgrund finden. Gramont dagegen behandelte diesen Verdacht als eine zweifellose Thatsache. In einer wahren Flut von Telegrammen und Briefen bestürmte er den Botschafter auf eine entscheidende Antwort zu dringen; wir warten nur auf Ihre Depesche, hieß es am 10., um 300 000 Mann einzuberufen; um keinen Preis können wir unserem Gegner den Vorsprung einräumen, der 1866 so traurig für Österreich war; will der König den Verzicht nicht anraten, so ist es der sofortige Krieg, und in wenigen Tagen werden wir am Rheine stehen.

In Wahrheit hatten die Rüstungen um diese Zeit doch schon begonnen, und der preußische Monarch verhehlte dem Botschafter am 11. nicht, daß er dies wisse, und daß er seine Vorbereitungen treffe um nicht überrascht zu werden. In der Nacht vom 11. auf den 12. wurde Bismarck von Varzin nach Ems berufen. Den fremden Kabinetten, wenigstens dem englischen, hatte Gramont seine Forderung nicht gleich einzugestehen gewagt; auf die Vorstellungen, die ihm Lord Lyons am 8. Juli wegen der begonnenen Rüstungen machte, gab er die friedlichsten Versicherungen und bat zu dem freiwilligen Verzicht Leopolds als zu der glücklichsten Lösung mitzuwirken; erst nachdem er anderen Tags erfahren hatte, daß der König auf die Forderung Benedettis erklärt habe, er könne dem Erbprinzen sowenig die Annahme der Krone verbieten, wie er sie ihm erlaubt habe, zog er auch Lyons gegenüber den Monarchen in die Frage hinein und forderte, daß derselbe dem Prinzen rate seine Kandidatur zurückzuziehen. Dieser Rat wurde überflüssig, als Leopolds Vater, Fürst Anton von Hohenzollern, am 12. Juli gleichzeitig Prim und dem spanischen Gesandten in Paris Olozaga die Anzeige machte, daß sein Sohn zurücktrete. Damit schien jede Schwierigkeit aus dem Wege geräumt: Ollivier eilte seelenvergnügt in die Kammer um die große Nachricht zu verbreiten, und in die Blätter, die am nächsten Morgen erscheinen sollten, wurden Artikel geschickt, die den Streit für beseitigt, Frankreich für befriedigt erklärten.

Leopolds Rücktritt.

Allein die Kriegspartei dachte nicht daran, das Spiel so schnell

Der Entschuldigungsbrief.

verloren zu geben; war ihr der erste Vorwand entrissen, so mußte ein zweiter geschaffen werden. Unbekümmert darum, daß König Wilhelm wiederholt — auch bei der zweiten Audienz Benedettis am 11. Juli — ausgesprochen hatte, er habe bei der Sache nichts zu verbieten und zu erlauben, verlangte sie nun, da ein eigentliches Verbot widersinnig geworden war, von dem Könige wenigstens das Versprechen, daß er künftighin keinem Hohenzollern gestatten werde den spanischen Thron zu besteigen. Gramont spielte diesen neuen Trumpf aus ohne den Kaiser auch nur zu fragen; wahrscheinlich war die Sache also zum voraus zwischen ihnen abgekartet worden. Der Freiherr von Werther, der am Vormittag des 12. von Ems zurückgekehrt war, befand sich gerade bei dem Minister, als Olozaga mit dem Telegramm aus Sigmaringen kam; sofort erklärte Gramont diese Mitteilung für Nebensache, denn die Thronbesteigung Leopolds würde Frankreich ja doch nie zugelassen haben; worauf es ankomme, das sei die Beschwichtigung der öffentlichen Meinung, und die könne nur erzielt werden, wenn der König dem Kaiser brieflich versichere, er habe die Würde der französischen Nation nicht zunahetreten wollen und schließe sich der Entsagung des Prinzen an. Ollivier, der aus der Kammer zu der Unterredung hinzukam, ergriff diesen Gedanken mit Begeisterung und wollte ihn obendrein durch die Versicherung empfehlen, das Ministerium werde sich sonst weder am Ruder erhalten noch das Verfahren des Königs gegen die Angriffe der Kammer verteidigen können. Alle diese Äußerungen nahm Werther nicht allein geduldig auf, sondern versprach sogar sie seinem Herrn zu melden; nur das Verlangen sich des Telegraphen zu diesem Zwecke zu bedienen ging doch auch ihm zu weit. Die französischen Minister brannten aber so vor Ungeduld die Sache zu beenden, daß sie noch denselben Abend um 7 Uhr nach einer Beratung bei dem Kaiser in St. Cloud Benedetti die Weisung sandten am nächsten Tage dem Könige ihre Forderungen vorzulegen.

Das Verhalten des Königs.

König Wilhelm hatte bis zu diesem Augenblicke eine Versöhnlichkeit und Ruhe an den Tag gelegt, die mit der anmaßlichen Geschäftigkeit der französischen Staatsmänner im schroffsten Widerspruche stand. Tief durchdrungen von der schweren Verantwortlichkeit, wenn er nicht alles thue den Frieden zu wahren; zu vornehm um sich durch das Drängen Benedettis, durch die leichtfertige Sprache der französischen Minister oder gar durch das Geschrei der Pariser Blätter beeinflussen zu lassen; völlig frei von irgend welchem persönlichen Interesse an der Entwickelung der spanischen Thronfolge, die bisher doch der einzige Gegenstand des Streites war, hatte er die Entsagung Leopolds durchaus nicht als eine Niederlage aufgefaßt, sondern wohl mittelbar sie herbeigeführt. Nicht

Die öffentliche Meinung.

überall in Deutschland war man damit zufrieden gewesen; denn über den unablässigen Schmähungen und Drohworten, die über den Rhein herüber klangen, war doch auch diesseits das Blut in Wallung geraten, und mit der Überzeugung, daß der Entschluß zum Kriege in Paris

feststehe, war der Wunsch allgemeiner geworden, es möchte das Oberhaupt der deutschen Nation den hingeworfenen Handschuh aufnehmen und der unerträglichen Unsicherheit ein Ende machen. Bismarck selbst, der bei der neuen Wendung der Dinge seine Reise nach Ems in Berlin unterbrochen hatte, äußerte gegen den englischen Gesandten, Lord Loftus, der ihm am 13. seinen Glückwunsch zu dem Rücktritte des Prinzen und der dadurch scheinbar verbürgten Erledigung des Streites darbrachte: des Königs Mäßigung habe eine allgemeine Entrüstung in Deutschland hervorgerufen, und selbst die besonnensten Blätter meinten, nur die wärmste Friedensliebe, die ernsteste Erwägung der furchtbaren Kalamitäten eines deutsch-französischen Krieges könne sie über das Gefühl der Demütigung trösten, das der Verzicht Leopolds errege.

Interpellation Duvernois'.

In Frankreich waren auf der anderen Seite die Kriegshetzer durch den Rücktritt des Prinzen bitter enttäuscht; die neue Forderung des Ministeriums, die am Abend des 12. nach Ems abging, war ihnen noch nicht bekannt; ihre Blätter strotzten deshalb am folgenden Morgen von Schmähungen gegen dieses Ministerium der Schande, und als Gramont mittags in der Kammer die Erklärung abgab, die Verhandlungen mit Preußen seien noch nicht zu Ende, da genügte diese Andeutung den Heißspornen so wenig, daß Jérôme David sofort eine Interpellation über den greifbaren Widerspruch zwischen der festen ministeriellen Erklärung vom 6. Juli und der lächerlichen Langsamkeit der diplomatischen Verhandlungen ankündigte, während Clément Duvernois, den man des Kaisers Leibjournalisten nannte, schon tags zuvor nach den Bürgschaften gefragt hatte, die Preußen für seine künftige Haltung abgefordert seien. Gramont erbat sich für die Beantwortung beider Fragen Frist bis zum 15., in der Erwartung, daß bis dahin in Ems die Demütigung oder der Bruch erfolgt sein müsse.

Die englische Diplomatie.

Den mahnenden Vorstellungen des englischen Gesandten setzte er die Forderung entgegen, Lord Granville, der seit dem 3. Juli Clarendons Nachfolger war, möge auch seinerseits den König von Preußen zur Leistung des geforderten Versprechens drängen, und der englische Minister ließ sich in der That dazu bereit finden. Der preußische Gesandte in London, Graf Bernstorff, erklärte ihm jedoch kurzab, daß er dergleichen Vorschläge seinem Könige nicht machen könne; ohne Zweifel der telegraphischen Weisung Bismarcks folgend, der am 13. auf Werthers gleichartigen Bericht umgehend geantwortet hatte: er weigere sich solche Eröffnungen seinem königlichen Herrn vorzulegen, der Gesandte müsse die französischen Minister mißverstanden haben; wenn dieselben Mitteilungen dieser Art zu machen hätten, dann möchten sie solche selbst redigieren und durch den kaiserlichen Botschafter in Berlin überreichen lassen; übrigens solle der Gesandte sofort den ihm früher erteilten Urlaub antreten.

Die Entscheidung in Ems.

Während Bismarck so die französische Anmaßung gebührend abfertigte, trat an den König die Aufgabe heran sie persönlich zurückzuweisen. Als er frühmorgens am 13. seinen Brunnen trank, ward ihm

das Extrablatt der Kölnischen Zeitung gebracht, das die Entsagung Leopolds meldete; direkte Kunde hatte er darüber noch nicht empfangen, doch bezweifelte er die Nachricht nicht, sondern teilte sie sofort Benedetti, der ihm begegnete, mit, indem er hinzufügte, nun sei die Sache ja erledigt. Der französische Botschafter aber hatte über Nacht die neuen Forderungen seiner Regierung empfangen und hielt Ort und Zeit für angemessen sie dem Könige auf der Stelle mitzuteilen. Übrigens war von dem Entschuldigungsbriefe dabei denn doch nicht die Rede, sondern nur von dem Versprechen des Königs, daß er niemals wieder seine Einwilligung geben wolle, wenn die Bewerbung Leopolds wiederaufleben sollte. Diese Zumutung aber erdreistete sich Benedetti nicht nur einmal zu stellen, sondern sie nach der bestimmten Ablehnung des Königs noch dringender zu wiederholen, bis ihn der Monarch mit der festen Erklärung, daß er ein solches Versprechen weder geben könne noch geben wolle, und daß hier auf der öffentlichen Promenade nicht der Ort sei solche Dinge zu verhandeln, verabschiedete. Benedetti aber glaubte sich bei dieser unzweideutigen Antwort noch nicht beruhigen zu dürfen, umsomehr, als er im Laufe des Vormittags durch eine neue Depesche Gramonts wiederholt angewiesen wurde auf der Zustimmung des Königs zu dem vorliegenden Verzicht und auf dem Versprechen für die Zukunft zu bestehen. Als ihm daher ein königlicher Flügeladjutant, Fürst Radziwill, mittags um zwei Uhr die formelle Anzeige machte, daß Seine Majestät durch die mittlerweile bestätigte Verzichtleistung des Prinzen diese Angelegenheit als abgemacht ansehe, stellte er gleichwohl das Verlangen nochmals zur Audienz zugelassen zu werden um seine Anträge von der Brunnenpromenade zu wiederholen, sei es auch nur, wie er hinzufügte, um dieselben Worte Seiner Majestät noch einmal zu vernehmen. Radziwill meldete dies dem Monarchen und wurde mit der kurzen Erklärung zurückgeschickt, daß der König nichts dagegen habe, wenn Benedetti nach Paris telegraphiere, er habe den Verzicht Leopolds gebilligt. Damit war dem Gesandten natürlich nichts gedient; er erneuerte seine Bitte um eine Audienz, und darauf ward ihm denn gegen 6 Uhr abends nach Beendigung der Hoftafel die endgültige Antwort: der König billige die Entsagung des Prinzen in demselben Umfange, wie er die Kandidatur desselben gebilligt habe; er lehne es entschieden ab sich über die verlangten bindenden Versicherungen für die Zukunft in weitere Diskussionen einzulassen; was er heute Morgen über diesen Punkt gesagt, sei sein letztes Wort in dieser Sache; alle weiteren Verhandlungen hätten von nun an durch die Ministerien zu gehen.

Freudige Erregung in Deutschland.

So scharf diese Abfertigung der Sache nach war, so bewegte sie sich doch dergestalt in den Formen, welche der königlichen Würde angemessen waren, daß Benedetti sich durchaus nicht beleidigt fühlte. Er erbat sich am nächsten Tage eine Audienz um sich zu verabschieden und erhielt dieselbe nachmittags gegen 4 Uhr von dem Könige, der nach Koblenz fuhr, am Bahnhof. Anders aber faßte die französische Regie-

rung und das deutsche Volk den Vorgang auf. Jene stürzte sich frohlockend auf diese Beleidigung, die dem französischen Botschafter widerfahren sei; dieses jubelte laut auf, als es endlich, endlich nach schweren Tagen die Kunde vernahm, wie sein König dem gallischen Übermute ein Ende gemacht. Mit zitternder Erregung las man an den Straßenecken das Zeitungstelegramm aus Ems mit den verhängnisvollen Schlußworten: Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe! Da war kein Zweifel möglich, was diese Worte bedeuteten. Dem Botschafter, der die eigenste Person des Kaisers Napoleon vertrat, war die Thür gewiesen; die jedes Maß überschreitende Frechheit, eine Frechheit, wie sie der erste Napoleon sich kaum in den Zeiten seines größten Übermuts erlaubt, hatte die gebührende, die einzig mögliche Antwort gefunden; geschäftig malte sich die Phantasie den Vorgang in den grellsten Farben aus; es war, als ob jedem einzelnen eine persönliche Genugthuung geworden wäre, als ob ein lange verhaltener persönlicher Groll sich in einem Zornesausbruch Luft gemacht und die Brust von dem lastenden Alpdruck befreit hätte. Über die aktenmäßige Darstellung des Herganges, wie die preußische Regierung sie bald veröffentlichte, trug die mythenbildende Kraft des Volksgeistes schnell den Sieg davon, und kaum waren die ersten Siege erfochten, so daß der Humor inmitten des ernsten Kriegsgetümmels sein Recht fordern konnte, da schilderte das Lied vom König Wilhelm, der ganz heiter zu Ems saß und nicht weiter an die Händel dieser Welt dachte, die Szene, wie das Volk sie sich ausmalte:

Da sieht unser Wilhelm Rexe
Sich das klägliche Gewächse
Mit den Königsaugen an;
Sagte gar nichts weiter, sundern
Wandte sich, so daß bewundern
Jener seinen Rücken kann.

Patriotische Begeisterung.

Für den Augenblick freilich war von einer scherzhaften Auffassung auch nicht von fern die Rede; ein stolzer Ernst durchzuckte das ganze Volk; man fühlte, daß der Krieg jetzt unvermeidlich sei, und man wußte, daß es ein furchtbarer, blutiger Kampf sein werde. Aber wie groß auch die Opfer sein mochten, die er fordern konnte, die Nation hätte sich selbst nach ihres Dichters Wort für nichtswürdig halten müssen, wäre sie jetzt nicht bereit gewesen ihr alles an ihre Ehre zu setzen. Und sie that das nicht zweifelnd oder zagend, auch nicht tollkühn oder siegestrunken, sondern mit männlichem Ernst, mit heiliger Entschlossenheit, gefaßt auf die Möglichkeit schwerer Schläge, doch durchdrungen von der felsenfesten Gewißheit endlichen Sieges. Unmöglich, so rief Treitschke seinen Zuhörern zu, daß ein tapferes und sittliches Volk wie das unsere im Kampf für sein Recht und seine Unabhängigkeit unterliegen könne;

unmöglich, so erscholl es von allen Seiten, daß diesen gewissenlosen Schürern des Kriegsbrandes, diesen gewerbsmäßigen Hetzern und Unruhstiftern, diesem aus Meineid hervorgegangenen, in ewiger Lüge fortwuchernden Kaisertume der Sieg beschieden sein könnte. Man fühlte das Wehen der göttlichen Allmacht in der Geschichte, und erhoben, gekräftigt, veredelt durch die Ahnung, daß hier nicht Menschenwitz, daß hier eine höhere Fügung zur Wirklichkeit werde, trat das deutsche Volk in die schicksalsschweren Tage ein. Jetzt erbrauste wirklich, wie es in dem Liede hieß, ein Ruf wie Donnerhall, wie Schwertgeklirr und Wogenprall: Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein! Wer will des Stromes Hüter sein? Und dieses Lied Max Schneckenburgers, das dreißig Jahre kaum beachtet ein vergessenes Dasein gefristet, es ertönte urplötzlich in Nord und Süd, vom Rhein bis zu der Memel, und in tausend-, hunderttausendfachem Wiederhall erklang sein Gelübde: Lieb Vaterland, magst ruhig sein, fest steht und treu die Wacht am Rhein. Es erklang im Süden des Maines so gut wie im Norden, zwischen den Felsen des bayerischen Hochgebirges wie in den Dünen der Nord- und Ostsee; die Zwistigkeiten und bitteren Gefühle, die kaum eben noch die einzelnen deutschen Stämme gegeneinander aufgeregt hatten, die kaum eben noch in der bayerischen Kammer in grimmigen Worten zu Tage getreten waren, sie wurden erstickt und erdrückt von der hinreißenden Macht patriotischer Begeisterung, die auch gar manchen Widerwilligen in kurzer Frist eingeschüchtert, gebeugt, überwältigt hatte. Das war ein eitler Traum der Franzosen gewesen, als sie gehofft hatten, daß sie mehr als einzelne verkommene Individuen in ihre Netze verstricken könnten, daß der Schwabe und der Bayer, der Holsteiner und Hannoveraner vor Begierde brenne das preußische Joch von sich abzuschütteln, sich unter die Fittiche des napoleonischen Adlers zu flüchten. Auch wo dem Preußenkönige die Herzen bisher noch verschlossen waren, öffneten sie sich ihm, flogen sie ihm entgegen, als er in der entscheidungsvollen Stunde an die Spitze der Nation trat, und seine Reise von Ems nach Berlin im Laufe des 15. Juli glich dem Triumphzug eines Siegers, nicht bloß in den altpreußischen Städten, sondern nicht minder in Hessen und Hannover. In Berlin vollends konnte die Menge kein Ende finden den heimgekehrten Herrscher zu begrüßen; zu Tausenden wogte sie Kopf an Kopf um das königliche Schloß bis spät in den Abend; doch als gegen 11 Uhr sich die Losung verbreitete, der König bitte um Ruhe, da der Kriegsrat während der Nacht noch schwere Arbeit vor sich habe, da erscholl es plötzlich in dem Gewühl: Nach Hause! und binnen wenigen Minuten war der große Platz still und öde.

Der König nach Berlin.

Mobilmachung.

Der Kriegsrat aber beschloß in dieser Nacht die Mobilmachung des Heeres und die Berufung des norddeutschen Reichstags auf den 19. Juli.

Der Kronprinz, Bismarck, Roon und Moltke waren dem Könige bis Brandenburg entgegengefahren um schon unterwegs die Beratungen

zu beginnen; denn mittags war von Paris die Meldung eingelaufen, daß dort der Krieg endgültig beschlossen sei. Der Tag nach dem Emser Ereignis, Donnerstag, der 14. Juli, war für die Kriegspartei in peinlicher Spannung verstrichen. Benedettis Telegramme meldeten die Antwort des Königs, die Verweigerung der Audienz, die Verweisung aller ferneren Verhandlungen an Bismarck. Ein Vorwand den Krieg sofort zu erklären war darin nicht zu finden, denn der Botschafter fühlte sich in keiner Weise verletzt, und die Erklärung, daß der leitende Minister und nicht der König persönlich weiterhin die gegnerischen Mitteilungen entgegennehmen werde, beseitigte ja nur die formlose Art der bisherigen Verhandlungen und nicht die Verhandlungen selbst. Was war also die nächste Folge? Eine Verzögerung, und eine Verzögerung in demselben Augenblicke, wo Gramont die Interpellationen von Duvernois und David beantworten sollte! Ein gewaltiger Sturm stand demnach für den 15. zu erwarten, und die Minister wußten nicht, wie sie ihm Trotz bieten könnten. Auch der Kaiser schwankte ratlos hin und her; er verweigerte seine Zustimmung zur Mobilmachung, die Leboeuf forderte; als dieser darauf seinen Rücktritt ankündigte, gab er in einem Ministerrate, der um 4 Uhr am 14. zu Ende ging, dem Verlangen nach; aber schon zwei Stunden später besann er sich abermals eines anderen und berief das Kabinett zu einer neuen Sitzung, in der gegen 11 Uhr nachts der Beschluß gefaßt wurde noch nicht zu mobilisieren. Kaum aber war das geschehen, als die Meldung von dem Zeitungstelegramm über die Emser Vorgänge eintraf. Dieses Telegramm war preußischerseits offiziell als richtig anerkannt und den deutschen Regierungen sowie einigen Gesandten zur Benachrichtigung überschickt worden. Zwei französische Agenten machten davon telegraphisch Mitteilung, indem sie berichteten, die preußische Regierung habe sich beeilt die Abweisung Benedettis amtlich zur Kenntnis der europäischen Kabinette zu bringen. Ohne die Sachlage auch nur obenhin zu prüfen ergriff der Ministerrat diese Meldung um sie zu dem zu stempeln, was die Behandlung Benedettis dank den höflichen Formen des Königs nicht war: zu einer Beleidigung. Als bestätigende und erschwerende Umstände wurde noch die Beurlaubung Werthers und das Gerücht von dem Beginne preußischer Rüstungen hinzugezogen, und daraufhin der Beschluß gefaßt, daß jeder weitere Versuch zur Versöhnung eine Hintansetzung der Würde Frankreichs und eine Unklugheit sei, daß die Mobilmachung sofort erfolgen müsse. Der Kaiser unterzeichnete das Dekret, durch welches die Reserven einberufen wurden; mehrere Gesetzentwürfe, die der Regierung Kredite bewilligten und das Recht gaben die Mobilgarde in Aktivität zu setzen, wurden gleichfalls genehmigt und eine Erklärung festgestellt, die am nächsten Tage im Senat und in der Kammer verlesen werden sollte.

Die französische Regierung.

Der Kaiser.

Der Entschluß zum Kriege.

Ollivier selbst übernahm es dem gesetzgebenden Körper gegen $^1/_2$2 Uhr am 15. Juli diese Erklärung mitzuteilen. Sie wurde mit rasendem Beifall begrüßt und die Dringlichkeit der Kreditforderungen wie im Sturme

Die Erklärung in der Kammer.

bewilligt. Dann erst gelang es der Opposition zu Worte zu kommen. Gambetta forderte die Vorlage der Depeschen, besonders jener letzten beleidigenden, von der die Minister natürlich nicht sagten, daß sie ein bloßes Zeitungstelegramm, keine Mitteilung an fremde Regierungen, sondern eine bloße Benachrichtigung der preußischen Gesandten, folglich eine rein innere Angelegenheit des preußischen auswärtigen Amtes sei. Ollivier verlas darauf die Telegramme seiner Agenten sowie einige Depeschen Benedettis über die Emser Vorgänge. Da unterbrach ihn die Opposition von allen Seiten, Thiers, Grévy, Arago, Garnier-Pagès, Glais Bizoin: Alle Welt wird Ihnen Unrecht geben! Das sollen Beweise sein! Das sind Redensarten! Sie wollen den Krieg um jeden Preis! In längerer Rede, doch von dem tobenden Unwillen der Mehrheit unaufhörlich unterbrochen, erhob Thiers eine förmliche Anklage gegen die Regierung. Während Ollivier beteuerte, daß er mit leichtem Herzen den aufgezwungenen Krieg annehme, beschuldigte Thiers ihn aus Laune den Krieg herbeigeführt zu haben. Preußen habe eine Niederlage erlitten, als der Prinz seine Bewerbung zurückzog; es hätte toll sein müssen, wenn es die Absicht gehegt mit dieser selben Bewerbung noch einmal hervorzutreten. Jetzt werde ganz Europa Frankreich Unrecht geben, die Gelegenheit zum Kriege sei schlecht gewählt und das werde sich rächen; er wünsche nicht minder lebhaft als die Regierung Preußen zu demütigen, aber er wolle den Krieg nur um der wahren Interessen Frankreichs willen, nicht wegen der überreizten Empfindlichkeiten und Etikettenfragen, nicht wegen der Fehler des Kabinetts. Erschöpft verließ der kleine beredte Mann endlich die Tribüne, verfolgt von den beleidigenden Zurufen der Mehrheit, die ihm vorwarf eine preußische Sprache zu führen und dem Vaterlande mehr Schaden zu bereiten als viele feindliche Bataillone oder ein paar verlorene Schlachten. Doch hatten seine Worte auch manchen ernüchtert und der förmliche Antrag Jules Favres auf Vorlegung der Depeschen vereinigte doch wenigstens 84 Stimmen auf sich. Dann vertagte sich die Kammer für einige Stunden um dem Ausschusse Zeit zu lassen die Regierungsvorlagen zu prüfen und die Aufschlüsse der Minister anzuhören. Gegen 10 Uhr abends kam man wieder zusammen, und nun begannen noch einmal dieselben tumultuarischen Scenen. Von neuem verlangte Gambetta wenigstens die Mitteilung der letzten beleidigenden Depesche, da es nicht genüge, daß der Ausschuß sie gesehen habe; doch hochmütig wies ihn Ollivier zurück: er wundere sich, daß es so schwer sei einer gewissen Partei einen Ehrenpunkt klar zu machen; er versichere die beleidigende Thatsache auf seine Ehre; der Worte seien nun genug gewechselt, es sei Zeit zum Handeln. Und die Kammer entsprach dieser Aufforderung; sie schrie Grévy und Picard, die noch weiterreden wollten, nieder und bewilligte gegen zehn Stimmen, unter denen sich weder Thiers noch Gambetta befanden, wohl aber Arago, Favre, Garnier, Grévy, Pelletan, den ersten Kredit von 50 Millionen, gegen eine einzige Stimme, die

Glais-Bizoin, die übrigen Gesetzentwürfe. Im Senate hatte sich die Entgegennahme der Regierungsmitteilungen viel ruhiger abgespielt. Nachdem Rouher als Präsident dem jubelnden Beifall seiner Kollegen Worte geliehen und den Degen Frankreichs, der jetzt seine Pflicht thun werde, gefeiert hatte, wurde die Sitzung auf allgemeines Verlangen sofort aufgehoben. Die Annahme der Regierungsvorlagen erfolgte am 16. ohne Debatte und einstimmig, desgleichen der Beschluß sich sofort insgesamt nach St. Cloud zu begeben und den Kaiser der Anhänglichkeit des Senates zu versichern. Rouher führte dabei im Namen des „vor Unwillen und Stolz bebenden" Vaterlandes das Wort; er sprach von den Übergriffen des preußischen Ehrgeizes, den ein Tag großen Glückes überreizt habe; er pries den Kaiser, der hastiger Ungeduld widerstehend doch beseelt von jener stillen Beharrlichkeit, in der die wahre Kraft liege, vier Jahre zu warten und in dieser Zeit die Ausrüstung und die Organisation der Armee so zu vervollständigen gewußt habe, daß Frankreich jetzt fertig dastehe, entschlossen kein vermessenes Unternehmen zu dulden; als den Ausgang des Krieges aber bezeichnete er die Befreiung Deutschlands von der Herrschaft, die es unterdrücke, und die Wiederherstellung des Friedens in Europa. Daß die Kriegslust, die aus seinen Worten wie aus der Haltung der Kammern sprach, der getreue Ausdruck der öffentlichen Meinung wenigstens in einem großen Teil des Landes war, wurde dem Kaiser durch die amtlichen Berichte der Präfekten bestätigt. Wie in Paris lärmende Haufen die Straßen durchzogen und unter den Klängen der bisher verbotenen, jetzt aber gestatteten Marseillaise selbst die preußische Gesandtschaft bedrohten, so kam es in fast allen größeren Städten zu gleich kriegerischen Kundgebungen; mit dem siegesgewissen Rufe: Nach Berlin, nach Berlin! empfing man die Telegramme über die Erklärungen der Minister; die preußischen Konsuln sahen sich gezwungen ihre Schilder einzuziehen; in den Theatern und Konzertlokalen mußte die französische Fahne auf die Bühne gebracht werden, begrüßt von den Klängen nationaler Lieder; selbst die Kreisräte, die eben zu ihren Sitzungen versammelt waren, überboten sich in Adressen an den Kaiser, und die kleine Provinzialpresse wetteiferte mit der Pariser in kühnen Prophezeiungen, wie man die Preußen über den Rhein werfen, den Napoleonstag in Berlin feiern, die französischen Grenzpfähle bis Koblenz und Mainz vorschieben werde. Zu der Prahlerei gesellte sich in erschreckendem Umfang die Gemeinheit und Lüge. Da hieß es, die Preußen hätten noch vor der Kriegserklärung die Grenze überschritten, den heiligen Boden Frankreichs besudelt, da sollten deutsche Stadtbehörden und Vereine den Kaiser gebeten haben seine wohlwollenden Absichten ihren Landsleuten durch Proklamationen kundzuthun, da berichtete man triumphierend, wie die verzweifelten preußischen Landwehrmänner weinend und jammernd von den Gendarmen in die Eisenbahnwaggons hineingezwungen werden müßten. Die badische Infanterie sollte mit Sprenggeschossen versehen sein, Württemberg und Bayern sich

Der Senat.

Die öffentliche Meinung.

auf die Seite Frankreichs gestellt haben, in Berlin binnen einer Woche über 200 Personen aus purer Angst am — Durchfall gestorben sein. Unbekümmert darum, ob der nächste Tag die plumpe Lüge durch Thatsachen widerlegen werde, verbreitete man sie unter das Volk, zufrieden, wenn sie nur einstweilen die Erregung steigerte. Wie das Ministerium sich und andere belogen hatte um einen klanghaften Vorwand zum Kriege zu finden, so belogen die niederen Behörden und die Zeitungen das Volk, und der Masse der Franzosen erschien die ganze Weltlage in einem so rosigen Lichte, daß kein Gedanke an die Wechselfälle des Krieges auftauchte.

Süddeutschland.

Besonders groß war die Täuschung in bezug auf Süddeutschland. Allerdings gab es einige Thatsachen, die geeignet waren falsche Hoffnungen bei den Franzosen zu erregen. Ein Mensch wie Sigl, der Redakteur des Vaterland in München, telegraphierte noch am 17. nach Paris, daß die Patrioten keinen Kreuzer zum Kriege bewilligen würden; in Stuttgart führte der Beobachter eine ähnliche Sprache, und in Darmstadt verbot sogar der Minister Dalwigk eine patriotische Kundgebung dem französischen Gesandten zu Gefallen. Aber was wollten solche vereinzelte Symptome vaterlandsverräterischer Gesinnung gegenüber den großartigen Demonstrationen der Vaterlandsliebe besagen! Mit welchem Jubel wurde der blitzschnelle Entschluß des bayerischen Königs aufgenommen an Preußens Seite in den Kampf zu treten, ein Entschluß, der neben seiner großen politischen Tragweite einen gewaltigen moralischen Einfluß übte; wußte doch nun das bayerische Volk bis in seine untersten Schichten hinein, daß seine patriotischen Gefühle in Einklang standen mit dem Willen seines Herrschers, daß der Afterpatriotismus, der sich in der Kammer breit machte, auch in den Augen des Monarchen ein betrügerisches Aushängeschild sei. Als König Ludwig II., nachdem er auf Schloß Berg schon am 16. die Mobilmachung anbefohlen, am 17. in seiner Hauptstadt eintraf, zogen nachmittags an 30 000 Menschen vor seinen Palast um ihm die Unterstützung anzugeloben, deren er vielleicht gegen die Mehrheit der Kammer bedurfte. Denn diese, die Jörg, Westermayer, Ruland, Huttler, Kolb und Genossen, standen wirklich noch auf dem Standpunkte, daß sie ohne Erröten von der Neutralität Bayerns sprechen mochten, daß sie sich von Napoleon den Besitz der Pfalz garantieren lassen wollten und den Schutz- und Trutzbündnissen bei diesem „spanischen und dynastischen" Streite die Gültigkeit abzusprechen wagten. Als der Kriegsminister von Pranckh am 18. die Bewilligung von etwa 27 Millionen Gulden forderte, verwiesen sie die Vorlage in aller Ruhe an einen Ausschuß, und dieser Ausschuß beantragte in seiner Mehrheit nur 5—6 Millionen und zwar ausdrücklich nur zur Aufrechterhaltung der bewaffneten Neutralität zu gewähren. Mit eisiger Offenheit legten die ultramontanen Führer am nächsten Tage ihre Gleichgültigkeit gegen das übrige Deutschland dar und bewunderten die Macht der nationalen Idee, die trotz aller Abneigung gegen Preußen doch in

König Ludwig von Bayern.

Die bayerischen Patrioten.

keinem von ihnen den Wunsch eines Bündnisses mit Frankreich aufkommen lasse. Heftig erhoben sich gegen sie die Redner der liberalen Minderheit wie Völck und Fischer, aber auch die Minister Graf Bray und Prandh, und ein Teil der bisherigen Mehrheit, dessen Wortführer Sepp war. Durch den Abfall dieser letzteren Gruppe war die Beseitigung des Ausschußantrages gesichert: er fiel mit 89 gegen 58 Stimmen, und mit 101 gegen 47 wurde dann der Antrag der Minderheit angenommen, der für den Fall der Unvermeidlichkeit des Krieges 18 Millionen anwies. Der Reichsrat genehmigte diesen Beschluß am folgenden Tage einstimmig, und mit diesem Zutritt Bayerns war auch für die württembergische Volkspartei die Sache entschieden. Selbst Männer, wie Karl Mayer und Moritz Mohl bewilligten, wenngleich unter verdrießlichen Protesten die Geldforderungen der Regierung. An der patriotischen Haltung der Mehrheiten in Karlsruhe und Darmstadt hatte ein Zweifel natürlich nie bestanden. Württemberg.

So war Süddeutschland infolge der hochherzigen Entschlossenheit des bayerischen Königs mit dankenswerter Schnelligkeit dem Nordbunde zur Seite gesprungen und in den Stand gesetzt in den militärischen Vorbereitungen gleichen Schritt mit ihm zu halten: die Entscheidung in München war an demselben 19. Juli erfolgt, an dem in Berlin der Reichstag vom Könige eröffnet und die Kriegserklärung von dem französischen Geschäftsträger Le Sourd übergeben wurde. Die Thronrede, die König Wilhelm mittags um 12 Uhr verlas, konnte die feierliche Ankündigung des Krieges noch nicht erwähnen, da diese erst eine Stunde später überreicht wurde. König Wilhelm empfing sie, als er von dem Grabe seiner Mutter, der Königin Luise, deren Todestag der 19. Juli war, zurückkehrte; gegen $^1/_2$3 Uhr machte Graf Bismarck dem Reichstage Anzeige davon, und stürmisches Hochrufen und Händeklatschen begrüßte den ernsten Augenblick. Der gehobenen Stimmung des ganzen deutschen Volkes war durch die Thronrede ein würdiger Ausdruck gegeben. Wie sie in schlichter Weise die Entstehung des Zerwürfnisses darstellte und in schwungvollen Worten den Willen und die Kraft Deutschlands zur Abwehr französischer Gewaltthat verkündete; wie sie der Zeiten gedachte, wo unser Volk ähnliche Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre schweigend ertragen mußte, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es sei; so verweilte sie ernst bei der Betrachtung, daß Sieg und Niederlage in der Hand des Lenkers der Schlachten ruhe, erinnerte daran, wie das französische Volk, das der Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleich dem deutschen genieße und begehre, zu einem heilsameren Wettkampfe als zu dem blutigen der Waffen berufen sei, und erhob die schwerwiegende Anklage gegen die französischen Machthaber durch berechnete Mißleitung das Selbstgefühl ihres Volkes für persönliche Interessen und Leidenschaften ausgebeutet und mit derselben Geringschätzung, von der die Geschichte früherer Beherrscher Frankreichs so viele Beispiele biete, das Anrecht der Völker

Die Kriegserklärung.

Der norddeutsche Reichstag.

auf die Segnungen des Friedens mißachtet zu haben. Die Antwort des Hauses, in kleinerem Kreise vorbereitet, von Miquel in der zweiten Sitzung am 20. Juli im Namen aller Parteien beantragt und einstimmig ohne Diskussion durch lauten Zuruf angenommen, war der Widerhall dieser königlichen Worte. Sie dankte dem Monarchen für den sittlichen Ernst und die hohe Würde, mit welcher er die unerhörte Zumutung des Feindes zurückgewiesen, beteuerte den Wunsch des deutschen Volkes in Frieden und Freundschaft mit allen Nationen zu leben, die seine Ehre und Unabhängigkeit achten, und sprach das volle Vertrauen zu der Tapferkeit des Heeres, zu der erfahrenen Führung des greisen Heldenkönigs, zu Gott, dessen Gericht den blutigen Frevel strafen werde, nicht minder aber die entschlossene Opferwilligkeit des deutschen Volkes, dem keine Last zu schwer sein werde, und die frohe Hoffnung aus, auf der behaupteten Wahlstatt den Boden friedlicher und freier Einigung aller Stämme des Vaterlandes zu finden.

Wie bei dem Antrag auf diese Antwortsadresse, so wurden auch bei den übrigen Vorlagen gar keine oder nur kurze Reden gehalten. Graf Bismarck legte nach Annahme der Adresse die Aktenstücke über die Entstehung des Krieges vor, darunter die erste und einzige amtliche Mitteilung, welche er von der napoleonischen Regierung seit dem Bekanntwerden der hohenzollerschen Kandidatur empfangen habe: die Kriegserklärung. In der dritten Sitzung am Nachmittag des 20. berichtete der Präsident Simson über die Audienz, in welcher er um 12 Uhr die Adresse dem Könige übergeben; dann wurde in erster und zweiter Lesung ohne Diskussion eine Anleihe von 120 Millionen Thalern bewilligt; die dritte Lesung fand am 21. vormittags statt und nur die beiden Sozialdemokraten Bebel und Liebknecht enthielten sich der Abstimmung, da sie laut einer dem Präsidenten überreichten schriftlichen Erklärung die verlangten Millionen weder bewilligen noch verweigern könnten. Mittags um 12 am 21. wurde eine fünfte, nachmittags um 2 Uhr eine sechste Sitzung gehalten; dadurch erreichte man, daß der Reichstag 48 Stunden nach seiner Eröffnung schon wieder geschlossen werden konnte: neben kleineren Gesetzen war abgesehen von der Adresse und der Anleihe die Errichtung von Darlehnskassen beschlossen und die Dauer der laufenden Reichstagsmandate für die Dauer des Krieges, doch nicht über den 31. Dezember 1870 hinaus verlängert. Mit begeistertem Hoch auf den obersten Bundesfeldherrn der deutschen Heere ging der Reichstag am 21. Juli $2^1/_2$ Uhr auseinander.

Die Mobilmachung.

Mit derselben Schnelligkeit wie die Gesetzgebung arbeiteten indessen der Generalstab und das Kriegsministerium, und schon drangen die beruhigenden Versicherungen Moltkes in die Öffentlichkeit, daß die Deutschen vor den Franzosen an der Grenze sein würden. Ein Zeitraum von 14 Tagen war für die Konzentration der Truppen in Aussicht genommen; während desselben war Bismarck mit glänzendem Erfolge thätig um die Franzosen auf dem diplomatischen Felde völlig zu schlagen.

Er hatte die Waffen dazu in der Hand, da Benedetti 1866 so thöricht gewesen war ihm den Vertragsentwurf über die Eroberung Belgiens zu lassen. Bismarck sorgte dafür, daß derselbe am 25. Juli von der Times veröffentlicht wurde und gab der zornigen Aufregung, die sich alsbald in Parlament und Presse Luft machte, reichliche Nahrung durch eine zusammenhängende Darstellung aller der französischen Anerbietungen, die er mit so großer Kunst vereitelt hatte. Vergeblich bemühten sich Benedetti, Gramont und Ollivier den Spieß umzukehren und jenes Aktenstück als ein Erzeugnis Bismarcks, das er arglistigerweise dem französischen Botschafter in die Feder diktiert habe, darzustellen; selbst die unabhängigen unter den französischen Blättern ließen sich dadurch keinen Sand in die Augen streuen, und in England erklärte sich die öffentliche Meinung sofort mit aller Entschiedenheit dahin, daß man Belgien schützen müsse. Granville schlug beiden kriegführenden Mächten am 30. Juli den Abschluß eines Vertrages vor, durch welchen sich jede derselben verpflichtete etwaigen Angriffen des anderen Teiles auf das neutrale Königreich gemeinsam mit Großbritannien entgegenzutreten, und so ungern Napoleon darauf einging, so konnte er sein Zögern doch angesichts der Bereitwilligkeit Bismarcks nicht lange aufrechterhalten, sondern mußte diesen Vertrag unterzeichnen, durch den ihm gleich beim Beginn des Krieges ein wesentliches Stück der verhofften Beute entschlüpfte. Übrigens waren schon seit dem Augenblick, wo Gramont trotz der Zurückziehung der hohenzollerschen Kandidatur neue Forderungen gestellt hatte, die unparteiischen Kabinette sowohl wie die öffentliche Meinung aller Länder darüber einig, daß Frankreich der Friedensstörer sei, und die Behauptungen des französischen Ministeriums, daß ganz Europa mit mehr oder weniger Wärme die Gerechtigkeit der französischen Politik anerkannt habe, wurde mit mehr oder weniger Entschiedenheit von allen Seiten Lügen gestraft. Die englische Presse, die Times voran, erklärte rückhaltlos diesen ungerechten, absichtlich angelegten Krieg für das größte nationale Verbrechen, das seit dem ersten Napoleon geplant worden sei, und die englischen Staatsmänner ließen über ihre wahre Meinung auch keinen Zweifel aufkommen. Den Versuch eine Versöhnung zu vermitteln unternahmen sie nur pflichtgemäß ohne den Glauben an sein Gelingen. Ganz ähnlich war die Haltung Gortschakoffs, der in den entscheidenden Tagen gerade durch Berlin reiste und die Sachlage persönlich mit Bismarck besprach. Er wollte sogar der preußischen Politik einen noch größeren Dienst leisten, indem er in London die Unterzeichnung eines Protokolls anregte, in welchem die neutralen Mächte die Erledigung des ganzen Streites konstatieren sollten. Einer so entschiedenen Parteinahme für Deutschland entzog sich Granville jedoch unter dem Vorwande, es sei zu dieser Erklärung jetzt, am 16. Juli, bereits zu spät; in Wahrheit wohl deshalb, weil er Frankreich nicht reizen und für künftige Friedensvermittelungen unzugänglich machen wollte; überdies stand von vornherein fest, daß Österreich und Italien

Diplomatische Enthüllungen.

Das Urteil Europas.

Die Großmächte.

einem solchen Protokolle nicht beitreten würden. Graf Beust hing mit seinen besten Wünschen an der französischen Sache. Wohl mußte er den lebhaften Sympathien, die sich in Deutsch-Österreich wie in Ungarn zeigten, soweit Rechnung tragen, daß er zum Schein wie alle übrigen Mächte die strengste Neutralität verkündete. Insgeheim aber versicherte er dem Pariser Kabinett am 20. Juli, daß diese Neutralität nur den Zweck habe zur Vervollständigung der Rüstungen Zeit zu gewinnen und den Eintritt in den Krieg solange hinauszuschieben, bis die Jahreszeit Rußland an der Zusammenziehung seiner Truppen verhindere. Getreu den Verpflichtungen, welche die beiden Souveräne im Jahre 1869 brieflich ausgetauscht, betrachte Franz Josef die Sache Frankreichs als seine eigene und werde innerhalb der Grenzen der Möglichkeit zu deren Siege beitragen. Ohne Italiens Beistand war das allerdings gefährlich, und Beust bat den französischen Kaiser deshalb dringend seine Truppen aus Rom abzuberufen, indem er versicherte, ein so liberaler Schritt würde auch in Österreich den teutonischen Aufwallungen, d. h. der lebhaften Sympathie für Deutschland, einen Damm entgegenstellen. Zugleich knüpfte er in Florenz Verhandlungen über ein Bündnis an, die von Viktor Emanuel nicht zurückgewiesen wurden, aber die unerläßliche Bedingung war für ihn die Räumung Roms und auf die wollte sich Napoleon, der darin ganz dem Willen der Kaiserin unterwürfig war, nicht einlassen. Der Ungar Türr, der in Gramonts Auftrage mit dem römischen Kabinett verhandelte und dann nach Wien reiste, erhielt hier am 30. Juli die bestimmte Erklärung, daß Frankreich in betreff Roms nicht das Geringste thun könne: wolle Italien nicht marschieren, so möge es daheim bleiben. Überdies war die italienische Linke, besonders die Abgeordneten Laporta und Miceli, eifrig beflissen das Ministerium bei einer aufrichtigen, unbewaffneten Neutralität zu erhalten, ein Bestreben, das auch Garibaldi förderte, indem er es für die größte Schande erklärte, wenn Italien den 2. Dezember unterstützen wollte. Dennoch würde ein österreichisch-italienisches Bündnis mit Frankreich ohne die überraschend schnellen Erfolge der deutschen Waffen wohl nicht ausgeblieben sein; unter dem überwältigenden Eindruck der glänzenden Siege trat aber in Wien und Florenz gar bald große Ernüchterung ein, und beide Kabinette schlossen sich einem Neutralitätsbunde an, den Rußland und England anregten und dessen Zweck war jede Einmischung einer Großmacht, selbst wenn sie nur die Herstellung des Friedens bezwecke, an die Zustimmung der übrigen zu binden. Wie diese Vereinbarung den deutschen Interessen günstig war, so erwies sich der englische Einfluß in Verbindung mit dem russischen auch in Kopenhagen als förderlich. Das dänische Volk begrüßte den Krieg natürlich mit Freuden und hätte ein Büudnis mit Frankreich, zu dessen Abschluß Herr von Cadore am Sunde eintraf, um so lieber gesehen, als das Erscheinen der französischen Flotte in der Ostsee dem Glauben an die Überlegenheit Frankreichs neue Nahrung gab. Es waren dankenswerte

Neutralitätsbündnis.

Dänemark.

Pädagogische Hochschule Historisches Seminar Amsterdam

Dienste, welche England hier durch ernsthafte Vorstellungen der Sache des Friedens leistete, und man durfte sie ihm deutscherseits wohl zu gute rechnen, wenn es andererseits durch die mangelhafte Handhabung seiner Neutralitätsgesetze Frankreich wesentlich begünstigte. Denn nicht ohne Grund erhob schon Ende Juli die deutsche Presse laute Klage wider das Inselreich, daß es mit Wissen seiner Regierung der französischen Infanterie als Patronenfabrik, der Artillerie und Kavallerie als Remontestall, der Flotte als Kohlenmagazin diene, und wenn in der Antwort der englischen Blätter, daß daran die Ohnmacht Deutschlands zur See die Hauptschuld trage, viel wahres lag, so fügte diese Antwort doch zu dem Schaden nur noch den Spott. Es bedurfte langer Verhandlungen, bis das Gladstonesche Kabinett sich endlich entschloß durch das Verbot der Waffenausfuhr vom 21. November ab den dringendsten deutschen Beschwerden eine Ende zu machen; ganz beseitigt wurden dieselben nie, und die Verlängerung des Krieges, zu der diese englischen und die gleichartigen nordamerikanischen Zufuhren die Möglichkeit boten, verwischte das freundliche und dankbare Gefühl, mit dem Deutschland beim Beginn des Krieges die sympathische Haltung der englischen Presse begrüßt hatte.

Die englische Neutralität.

Die Niederlagen der Rheinarmee.

Solange die beiden Heere noch im Anmarsch waren, richtete sich die allgemeine Aufmerksamkeit umsomehr auf die diplomatischen Vorgänge, als die Zeitungen nur spärliche militärische Meldungen bringen konnten. Doch erfuhr man genug um das gänzlich verschiedene Verfahren, das hüben und drüben in der Ansammlung der Truppen befolgt wurde, zu erkennen. Auf deutscher Seite lag der Mobilmachung ein Plan zu Grunde, den Moltke im Winter auf 1869 ausgearbeitet hatte, und der auf Tag und Stunde die Ausrüstung und Bewegung jedes Truppenteiles ordnete. Er ging davon aus, daß von den 13 norddeutschen Armeekorps zunächst drei und ein halbes, das preußische, pommersche schlesische und das halbe schleswig-holsteinsche, zurückbleiben müßten, während die übrigen in der Heimat binnen acht Tagen mobil gemacht und dann auf den sechs vorhandenen Eisenbahnlinien nach einem Fahrplan, der jedes Geleise und jede Stunde auf das Sorgfältigste ausnutzte, an die Grenze geworfen werden sollten. Diese Fahrpläne und Marschordnungen, aus denen jeder Truppenteil die Zeit seines Aufbruchs und Eintreffens genau ersah, lagen fertig da, und wurden in der Nacht zum 16. Juli, sobald der König die Mobilmachung befohlen, den Befehlshabern zugeschickt. Am zehnten Tage mußten danach die ersten Abteilungen unweit der französischen Grenze anlangen, am dreizehnten zwei Armeekorps versammelt sein, am achtzehnten 300 000 Mann zur Verfügung stehen und am zwanzigsten (dem 4. August) auch alle Trains sich eingefunden haben. Auch die Gliederung der Armeekorps zu drei

Der Aufmarsch der Deutschen.

großen Armeen war zum voraus bestimmt. Die beiden Korps, welche zuerst an der Grenze eintreffen sollten, das rheinische (VIII., von Goeben) und westfälische (VII., von Zastrow), wurden als erste Armee unter den Befehl des Generals von Steinmetz (Generalstabschef von Sperling) gestellt; sie hatten als rechter Flügel sich längs der Saar bis Saarlouis zu versammeln und wurden am 10. August durch das preußische Korps (I., von Manteuffel) auf etwa 85 000 Mann gebracht. Östlich an diese erste Armee sollte sich die zweite unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl (Generalstabschef von Stiehle) schließen. Als Frontlinie war derselben der obere Saarlauf von Saarlouis über Saarbrücken bis gegen Saargemünd angewiesen. Diese Armee bestand aus der Garde (Prinz August von Württemberg), den Brandenburgern (III., Generalleutnant von Alvensleben), den Thüringern (IV., General von Alvensleben), den Hannoveranern (X., von Voigts-Rhetz); ferner, doch zunächst als Reserve, dem halben schleswig-holsteinschen Korps, das durch die großherzoglich hessische Division zu voller Korpsstärke ergänzt war, (IX., von Manstein) und dem königlich sächsischen Korps (XII., Kronprinz Albert von Sachsen); dazu kamen später noch die Pommern (II., von Fransecky), so daß diese Armee aus sieben Korps bestand, die eine Stärke von 220 000 Mann darstellten. Der dritten Armee, die den linken Flügel der Gesamtaufstellung bildete und in erster Linie für den Schutz Süddeutschlands zu sorgen hatte, war der Kronprinz (Generalstabschef von Blumenthal) zum Oberbefehlshaber gegeben; er sammelte seine Truppen zu beiden Seiten des Rheines um Landau und Karlsruhe; sie bestanden aus den Posenern (V., von Kirchbach) und Hessen-Nassauern (XI., von Bose), den zwei bayerischen Korps (I., von der Tann; II., von Hartmann), den Württembergern (von Obernitz) und Badensern (von Beyer), die zu einem Korps unter Werders Führung vereinigt wurden, zusammen fünf Korps, zu denen als sechstes weiterhin die Schlesier (VI., von Tümpling) stießen, so daß die Gesammtstärke nicht viel unter 200 000 Mann blieb. Außer diesen drei Armeen standen zur Verteidigung der Küsten, für welche der Generalgouverneur Vogel von Falckenstein in Hannover zu sorgen hatte, die zurückgebliebene schleswig-holsteinsche Division (von Schimmelmann), die Gardelandwehr (von Loën), die erste und zweite Landwehrdivision (Tresckow und Selchow) und erhebliche Ersatz- und Besatzungstruppen, zusammen über 90 000 Mann, zur Verfügung: den Oberbefehl über sie erhielt der Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin. Die Flotte war zum größeren Teil (19 Schiffe mit 93 Geschützen) in der Nordsee, wo Vizeadmiral Jachmann den Oberbefehl führte, während das Ostseegeschwader (11 Schiffe mit 91 Geschützen) der Kontreadmiral Heldt kommandierte; vier Schiffe mit 75 Kanonen waren auf auswärtigen Stationen; sechs andere (und überdies die Segelschiffe) konnten aus Mangel an Mannschaften oder wegen nötiger Reparaturen nicht in den Dienst gestellt werden. Von den in Wilhelmshaven liegenden Schiffen waren überdies die beiden größten, König Wilhelm und

Die deutsche Flotte.

Friedrich Karl, durch Beschädigung des Cylinders oder der Schraube ihrer vollen Schnelligkeit beraubt; doch wäre auch ohne diesen Umstand bei der großen Überlegenheit der französischen Flotte eine defensive Haltung geboten gewesen. Der Aufbau von Strandbatterien, das Versenken von Fahrzeugen, das Auslegen von Torpedos diente dazu den feindlichen Geschwadern das Einlaufen in die Flußmündungen und Häfen zu verleiden; die Leuchtfeuer und Seezeichen waren gleich am ersten Tage der Mobilmachung eingezogen worden.

Alle Vorbereitungen wurden auf deutscher Seite mit größter Sicherheit und ohne jede Verzögerung, so wie sie geplant waren, ausgeführt; nur ließ man bei der Nähe der französischen Streitkräfte die Versammlung der Armeen in größerer Entfernung von der Grenze vor sich gehen, als an und für sich nötig war. Am 2. August traf der König mit dem großen Hauptquartier in Mainz ein, und der Einbruch in Frankreich konnte jeden Tag beginnen.

Das französische Heer.

Ganz anders ward die Versammlung der Truppen auf französischer Seite bewerkstelligt. Der leitende Gedanke Napoleons war, möglichst schnell eine beträchtliche Truppenmasse bereit zu stellen und nach Süddeutschland hineinzuwerfen um dieses zum Abfall von Preußen zu zwingen und womöglich auch Österreichs und Italiens Eintritt in den Krieg zu beschleunigen. Die natürlichen Sammelpunkte waren bei der Lage der Eisenbahnen Metz und Straßburg; dort gedachte der Kaiser 150 000, hier 100 000 Mann zu vereinigen und dann beide Massen bei Maxau über den Rhein zu führen; im Lager von Chalons sollte überdies eine Reserve von 50 000 Mann bereit stehen und die Flotte eine Landungsarmee von 30 000 Mann zur Unterstützung der Dänen an die norddeutsche Küste werfen. Alle diese Pläne scheiterten an der mangelhaften Ausrüstung der französischen Truppen und dem entsetzlichen Wirrwarr, in dem sie an die Grenze kamen. Die einzelnen Regimenter, die zu einem Korps vereinigt werden sollten, machten in Ermangelung eines festen Planes weite Irrfahrten auf der Bahn, ehe sie ihren Bestimmungsort erreichten; wenn sie dort ankamen, standen sie noch auf Friedensfuß, und erwarteten ihre Reserven, ihre Trains, ihre Vorräte tagelang vergebens, so daß sie gänzlich außerstande waren vorzurücken. Als der Kaiser, der seine Gemahlin zur Regentin eingesetzt hatte und selbst den Oberbefehl übernahm, am 28. Juli in Metz eintraf, fand er dort etwa 130 000, um Straßburg nicht einmal 50 000 Mann versammelt; allen fehlte es an Pferden, an Verpflegungskolonnen, an Ärzten und Verwaltungsbeamten; einmal über das andere telegraphierten die Korpsintendanten an das Ministerium ihnen Feldbacköfen und Wägeinstrumente, Zwieback und Hafer, Zucker und Heu, Krankenwagen und Lagerzelte zu schicken; kein einziges Korps war in voller Stärke, kein einziges in wirklich feldtüchtigem Zustande. Mit der Flotte sah es ähnlich aus; nur acht Schiffe fuhren am 24. Juli unter Bouet-Villaumez' Kommando von Cherbourg aus; die Kaiserin selbst begleitete sie

Die Flotte.

in See; aber keine Landungsarmee war an Bord und die Ausrüstung so mangelhaft, daß an größere Unternehmungen gar nicht gedacht werden konnte. Nicht besser stand es mit dem etwa gleich starken Geschwader des Admirals Fourichon, das 14 Tage später auslief und in der Nordsee kreuzte, während Bouet in die Ostsee geschickt war. Abgesehen von der Blokade, die sie verhängten, und der Wegnahme einzelner Handelsschiffe fügte keine der beiden Flotten Deutschland irgend welchen Schaden zu.

Erste Feindseligkeiten.

Von den acht Korps der Landarmee war das zweite, Frossard, das aus dem Lager von Chalons kam, noch am besten zur Eröffnung der Feindseligkeiten gerüstet; es traf am 18. Juli in St. Avold, drei bis vier Meilen südlich von Saarlouis, ebensoweit südwestlich von Saarbrücken, ein, und schob sich in den nächsten Tagen gegen letztere Stadt auf Forbach vor. Ihm gegenüber stand in Saarbrücken nur ein hohenzollernsches Bataillon und einige Schwadronen Ulanen, zusammen 1400 Mann, unter dem Oberstleutnant Pestel; aber selbst diese geringe Macht anzugreifen wagte man nicht, und so kam es nur zu zahlreichen kleinen Scharmützeln. Mittlerweile war das dritte Korps, Bazaine, in St. Avold eingetroffen, das fünfte, Failly, rechts davon bei Saargemünd versammelt, und das vierte, Ladmirault, auf dem äußersten linken Flügel gegenüber Saarlouis eingerückt. Napoleon stellte alle vier Korps, etwas über 100 000 Mann, unter Bazaines Befehl und verlangte, daß er am 31. Juli gegen Saarbrücken vorgehen solle; aber der Marschall sowohl wie die anderen Korpsführer erklärten, das sei bei der mangelhaften Ausrüstung unmöglich. Von der wirklichen Stärke der Preußen hatte man keine Ahnung, da die Kavallerie ihre Pflicht Aufklärung darüber zu verschaffen arg vernachlässigte, während deutscherseits kühne Streifritte wie der des Grafen Zeppelin über die Lauter oder der des Majors Egloffstein gegen Bitsch die wünschenswerte Kenntnis über die Stellung des Feindes gewährten. Um die Ungeduld der Pariser zu beschwichtigen bestand Napoleon endlich am 2. August darauf, daß Frossard eine gewaltsame Rekognoszierung gegen Saarbrücken ausführe. Pestel nahm den Kampf mutig an, natürlich mit dem Entschluß sich im richtigen Augenblicke zurückzuziehen; Napoleon erschien persönlich auf dem Schlachtfelde, mit ihm sein Sohn, der hier die Feuertaufe erhalten sollte und angeblich selbst die erste Mitrailleuse auf die Preußen abschoß. Nach mehrstündigem Gefecht zog Pestel sich nordwärts auf eine Abteilung zurück, die Steinmetz ihm zum Rückhalt geschickt hatte. Der Verlust betrug auf beiden Seiten einige achtzig Mann; das ganze Gefecht ging nicht über die Bedeutung eines Scharmützels hinaus. Die Pariser Blätter aber erhoben einen lauten Jubelruf über diesen ersten Sieg, die Eroberung von Saarbrücken; der Kaiser selbst pries in seinem Telegramme die Kaltblütigkeit und Fassung, durch welche sein Sohn die Soldaten zu Thränen gerührt habe; die Chassepots und die Mitrailleusen wurden in allen Tonarten gefeiert und einzelne Zeitungen verstiegen sich bis zu der

Saarbrücken.

Prophezeiung, daß mit diesem 2. August eine neue Geschichtsperiode begonnen habe.

Über Saarbrücken vorzudringen versuchten die Franzosen nicht; Frossard ließ einige Granaten in die Stadt schießen, schickte um 6 Uhr eine Patrouille hinein und besuchte sie selbst erst anderen Tages. Über die Stärke und Stellung der Preußen war er so klug wie vorher. In der That standen diese mit der ersten wie mit der zweiten Armee noch einige Tagemärsche rückwärts und hatten nur kleinere Abteilungen gegen Saarbrücken und Saarlouis vorgeschoben; erst am 3. August erging aus dem Hauptquartier der Befehl an beide Armeen sich soweit zu nähern um bei einer Schlacht zusammenwirken zu können: eine allgemeine Offensive sei beabsichtigt, die dritte Armee werde schon folgenden Tages in Frankreich einmarschieren.

Weißenburg.

Diese hatte sich gegenüber nur eine Division des I. französischen Korps Mac Mahon, die unter dem Befehl des Generals Abel Douay Weißenburg und den dahinterliegenden Geisberg besetzt hielt; der Kronprinz konnte also mit großer Übermacht vorgehen. Gegen $^1/_2$9 Uhr am 4. August eröffnete nördlich von Weißenburg die bayerische Division Bothmer den Angriff; weiter östlich, die Lauter abwärts, rückten die Posener und Hessen-Nassauer ein und wandten sich nach Überschreiten des Flusses gegen Weißenburg und die südlich nach Hagenau führende Straße um Douays Rückzugslinie abzuschneiden. Da die Artillerie aber auf den durchweichten Wegen nur langsam vorrückte, so waren die Angriffe auf die mit Wall und Graben umgebene Stadt lange vergebens; erst gegen 12 Uhr gelang es von Südwesten her den Bahnhof, anderthalb Stunden später den Ort selbst zu erstürmen und 500 Mann in demselben gefangen zu nehmen. Noch blutiger war der Kampf um den südöstlich gelegenen Geisberg, auf dessen Gipfel das von 15 Fuß hohen Mauern umgebene Schloß aller Infanterieangriffe spottete; erst als gegen 2 Uhr einige Batterien auffuhren, ergab sich die 200 Mann starke Besatzung, während die Hauptmasse des Feindes längst auf dem Rückzuge begriffen war, so daß der Sieger jede Fühlung mit ihr verlor. Mit Einschluß von 1000 unverwundeten Gefangenen hatte der Kampf den Franzosen etwa 2200 Mann, den Deutschen über 1500 Tote und Verwundete gekostet; Douay ward bei einer Explosion getötet, General Kirchbach leicht verletzt. Aber wie blutig der Tag auch gewesen, es war ein glänzender Sieg, den man erfochten: das erste Treffen auf französischem Boden hatte mit der Flucht des Feindes geendet. Helle Begeisterung herrschte unter Bayern und Preußen, die hier zum erstenmal vereint die Bluttaufe empfingen, und aus dem Heere verpflanzte sich der Jubel in die Heimat und befreite die Seelen von der bangen Erwartung, mit der sie dem ersten wirklichen Kampfe entgegensahen. Doch wurde ihnen nicht lange Zeit gelassen sich diesen ersten Eindrücken hinzugeben. Schon der zweite Tag, der 6. August, brachte neue und größere Siegeskunde.

Wörth. Die geschlagene französische Division hatte sich, geführt von General Pellé, südwestlich auf Mac Mahons Korps zurückgezogen. Der Zustand desselben war keineswegs dazu angethan eine Schlacht zu schlagen; allerdings verstärkte es sich durch eine Division des VII. Korps (Felix Douay), die inzwischen im Elsaß eingetroffen war; auch unterstellte der Kaiser dem Marschall das V. (Failly), das von Forbach-Saargemünd längs der bayerischen Grenze bis Bitsch vorgeschoben war um die Verbindung zwischen der Mosel- und der Rheinarmee herzustellen; allein die Gesamtheit dieser Truppen war doch immer noch schwächer als die kronprinzliche Armee und schon dadurch auf die Verteidigung angewiesen; Failly konnte überdies am 6. kaum mit seinem ganzen Korps herankommen — thatsächlich kam er nicht mit einem Mann zu Hilfe —, und ohne ihn verfügte Mac Mahon nur über 45 000 Mann. Er bezog deshalb am 5. August eine Defensivstellung bei Wörth, einem Flecken südwestlich von Weißenburg, am Sauerbach, der hier von Nord nach Süden durch eine Hügellandschaft fließt und eine treffliche Deckung in der Front bildete. Hier fanden ihn am 5. die preußischen Schwadronen, welche zur Aufklärung der Gegend ausgeschickt waren, und ihre Meldung bewirkte den Befehl, daß am nächsten Tage die nach Süden gekehrte Front der III. Armee nach Westen gerichtet und eine Zusammenziehung nach dem rechten Flügel, den die Bayern unter Hartmann bildeten, vollführt werden solle; ein Angriff wurde erst für den 7. August geplant. Doch schon in aller Frühe am 6. kam es bei Wörth und südlich davon zu Scharmützeln, und auch die bayerische Vorhut auf dem äußersten rechten Flügel überschritt die Sauer und bemächtigte sich des Terrains zwischen dieser und dem bei Wörth in sie mündenden Sulzbach, drang dann auch über diesen vor und setzte sich in der linken Flanke des Feindes bei Nehwiller fest. Auf höheren Befehl mußte sie diese Stellung allerdings gegen 11 Uhr wieder räumen und bis an den Sulzbach zurückgehen; doch kaum war diese Bewegung ausgeführt, so kam von General Kirchbach die dringende Aufforderung wieder vorzurücken. Dieser hatte nämlich nach halbstündigem Geschützkampfe um 10 Uhr bei Wörth die Sauer überschritten und lag nun in schwerem Kampfe mit den Franzosen, welche die Dörfer Fröschweiler (gerade westlich über Wörth) und Elsaßhausen (südlich von Fröschweiler) besetzt hielten und die steilen Abhänge nach der Sauer zu aus ihren Schützengräben in den Hopfenpflanzungen erfolgreich verteidigten. Alles Anstürmen der tapferen Posener war vergebens, und doch hätte ihr Rückgang auf das östliche Sauerufer den Franzosen unzweifelhaft das Recht gegeben sich eines Sieges zu rühmen, zumal auch die Hessen unter Bose, die gegen 9 Uhr südlich von Wörth bei Gunstett den Bach überschritten hatten, mit schweren Verlusten zurückgeworfen waren. Unter diesen Umständen faßte Kirchbach den verantwortungsvollen Entschluß trotz der gegenteiligen Befehle des Kronprinzen den Kampf fortzusetzen und Hartmann wie Bose zur Unterstützung aufzufordern. Beide ver-

sprachen ihn nicht im Stich zu lassen; außerdem rückte zwischen Kirchbach und Hartmann das erste bayerische Korps unter von der Tann, hinter Bose die württembergische Division, von Werder geführt, heran; auch der Kronprinz eilte auf die Meldung von diesen Vorgängen herbei und übernahm um 1 Uhr den Oberbefehl. Aber ehe die Hilfe von den Flügeln kommen konnte, hatten die Posener noch schwere Stunden zu überstehen; sie gewannen allerdings an Boden auf den Abhängen, aber nur in geringem Umfang und mit furchtbaren Verlusten. General Bose war mit den Hessen schon um 12 Uhr wieder über die Sauer vorgegangen, hatte das Dorf Morsbronn genommen und dann seine Front nordwestlich gegen Elsaßhausen und den davor liegenden Niederwald gerichtet; einen furchtbaren Angriff der französischen Kavalleriebrigade Michel wies er gegen 1 Uhr siegreich zurück, fast die ganze feindliche Schar ging dabei zu Grunde; aber es wurde $^1/_2$3 Uhr, ehe er des Waldes Herr wurde und Elsaßhausen nahm, das dann gegen einen neuen Vorstoß des Feindes und einen zweiten großen Kavallerieangriff der Division Bonnemains verteidigt werden mußte. Dann erst konnten die Hessen unmittelbar gegen Fröschweiler anrücken, unterstützt von den Württembergern, die um 3 Uhr in Elsaßhausen eintrafen. Fast um dieselbe Zeit gelang es den Bayern, die schon seit 1 Uhr wieder im Kampfe standen, den Höhenrand nördlich von Fröschweiler zu nehmen; sofort drangen auch sie gegen diesen Ort, den Schlüsselpunkt der feindlichen Stellung, vor und waren die ersten, die ihn erreichten. Nicht minder stürmten jetzt die Posener vorwärts und so vereinigten sich Teile aller fünf Korps in der Eroberung des Dorfes, das die Franzosen nach heißem Kampfe Haus um Haus gegen halb fünf in wilder Flucht verließen: ihr tapferer Widerstand war zu lange fortgesetzt, als daß ein geordneter Rückzug möglich gewesen wäre. 9000 Gefangene, 33 Geschütze, ein Adler, vier Turkofahnen bezeugten die Größe des Sieges, der freilich auch den Deutschen über 10 000 Mann — mehr als Königgrätz — gekostet hatte. Die Verfolgung begann sofort nach der Schlacht von beiden Flügeln aus, vornehmlich durch württembergische und bayerische Kavallerie; sie richtete sich über Reichshofen, das gerade westlich von Fröschweiler liegt, längs der Bitscher Bahn nach Niederbronn, wo es spät abends noch zu einem Reitergefechte kam. Andern Tags nahmen auch preußische Kavalleriedivisionen daran teil, und zwar in doppelter Richtung von Niederbronn aus: nordwestlich auf Bitsch, wo man keinen Feind mehr traf, da Failly noch abends am 6. seinen Rückzug auf Lützelstein und Saarburg angetreten hatte, und südwestlich auf Zabern, welchen Weg Mac Mahon eingeschlagen hatte. Doch war der Vorsprung, den er gewonnen, und der Vorteil, daß er die Vogesen überschritten, zu groß, als daß die Verfolger ihn noch hätten erreichen können.

Spichern.

Aber nicht bei Wörth allein war am 6. August gekämpft und gesiegt worden; derselbe Tag, der die Niederlage Mac Mahons gesehen, hatte bei Saarbrücken die Zersprengung des Korps Frossard herbeigeführt.

Auch auf diesem Kriegsschauplatze beabsichtigte die deutsche Heeresleitung am 6. August noch keine Schlacht, doch war der bisher untersagte Übergang über die Saar am Nachmittage des 5. vom großen Hauptquartiere aus erlaubt worden. Infolgedessen rückten die Westfalen und Rheinländer von der I. Armee, die Brandenburger von der II. auf Saarbrücken und die benachbarten Flußübergänge vor, und General Kameke entschloß sich mit der Düsseldorfer Division den Feind, der im Abzuge zu sein und die Spicherer Höhen nur schwach besetzt zu haben schien, von denselben zu vertreiben. Er rückte auf der Straße nach Forbach, welche von Norden kommend jene Höhen bei ihrem nördlichsten felsigen Vorsprung, dem Roten Berge, erreicht und sich dann südwestlich an ihrem Abhange hinzieht, vor und griff gegen Mittag rechts und links von derselben an. Zur Linken galt es die zum Teil senkrecht aufsteigenden Abhänge, vor allem den genannten Roten Berg und den südöstlich daran stoßenden Gifert-Wald zu nehmen; zur Rechten mußte man sich des Stiringer Waldes, zwischen der Straße und dem Damm der Forbacher Eisenbahn, sodann aber auch der Zollhäuser an der Grenze und endlich des Dorfes Stiring bemächtigen. War letzteres gelungen, so konnte man ostwärts durch den Spicherer Wald die Höhen bequemer erklimmen und den Roten Berg von hinten fassen. Der erste Angriff richtete sich jedoch sogleich direkt gegen diese Felsenbastion und den Gifertswald. Mit großen Opfern gelang es einigen Kompagnien sich in dem letzteren festzusetzen; aber die steilen Felsen des Roten Berges spotteten stundenlang aller Angriffe und als es bald nach 3 Uhr dem tapferen General François, der dabei von fünf Kugeln durchbohrt den Tod fand, gelang den Plateaurand zu erreichen, zwang fast gleichzeitig ein Angriff der verstärkten Franzosen zur Räumung des Gifertswaldes. Auch in der Stiringer Niederung war es nicht möglich erhebliche Fortschritte zu machen, so daß die Lage Kamekes zwischen 3 und 4 Uhr äußerst bedenklich wurde. Gerade jetzt aber trafen, von dem Kanonendonner zur höchsten Eile getrieben, rheinische und brandenburgische Regimenter auf dem Schlachtfelde ein und Goeben, der die ersteren führte, übernahm die Leitung der Schlacht, die aber schon eine Stunde darauf an Zastrow als den älteren General überging, während Steinmetz, der gegen 7 Uhr eintraf, das Kommando nicht mehr übernahm. Gleich nach der Ankunft der ersten Verstärkungen wurde der Angriff überall wiederaufgenommen und sowie ein Bataillon oder eine Batterie anrückte, wurde sie ins Feuer geführt. Gleichwohl blieb der Feind dank seinen vortrefflichen Stellungen und seiner Übermacht fast unerschüttert, bis gegen 6 Uhr in der Niederung die Einnahme der Zollhäuser, auf der Höhe die des Gifertswaldes gelang. Um diese Zeit glaubte Goeben dem Könige bereits ein Siegestelegramm schicken zu können; allein ein allgemeiner Vorstoß der Franzosen bedrohte gleich darauf wieder die Stellung an der Stiringer Straße und andererseits scheiterten alle Versuche Reiterei auf die Höhe des Plateaus zu bringen.

Eine volle Stunde hindurch nahm so die Schlacht wieder einen bedenklichen Charakter an, da gelang es durch neue Verstärkungen von der Straße aus in den Spicherer Wald vorzudringen und so die Franzosen zur Räumung der Höhen zu nötigen. Den Rückzug des Feindes ernstlich zu behindern waren die erschöpften deutschen Truppen nicht mehr imstande; sie warfen ihn in der Dämmerung noch aus Stiring heraus und schoben ihre Vorposten gegen Forbach vor; auch traf die westfälische Division Glümer, die mehrere Meilen westlich von Saarbrücken bei Völklingen die Saar überschritten hatte, mit ihren Spitzen noch abends bei Forbach ein und stand für den nächsten Tag bereit, falls die Franzosen, die aus geringer Entfernung bedeutende Truppenmassen heranziehen konnten, den Kampf erneuern sollten. Der Verlust der Deutschen, 4800 Mann, war nicht viel geringer als der des Feindes, der mit Einschluß von 1500 Gefangenen reichlich 5500 Mann betrug. Von ungeheurer Bedeutung aber war die moralische Tragweite des Sieges. Bei Weißenburg und Wörth hatten die Deutschen eine zweifellose Übermacht, durch welche die Gunst der feindlichen Defensivstellungen ausgeglichen wurde; hier bei Spichern dagegen hatte eine kleinere Anzahl die größere aus den glänzendsten Positionen hinausgeworfen; die Überlegenheit des deutschen Heeres war auf das unzweideutigste kund geworden, und so gewaltig war der Eindruck im französischen Hauptquartier, auf das gleichzeitig noch die Kunde von Wörth einstürmte, daß sofort der Rückzug gegen Metz, ja im ersten Schrecken gar über Metz hinaus nach Chalons beschlossen wurde und die deutschen Truppen in den nächsten Tagen kaum noch Fühlung mit dem eiligst abziehenden Feinde gewinnen konnten.

Siegesjubel in Deutschland.

In ganz Deutschland aber erhob sich über den herrlichen Doppelsieg ein unendlicher Jubel. Freudenfeuer und Böllerschüsse, Siegesgesänge und festliche Aufzüge waren an der Tagesordnung; während ein paar Tage früher, am 4. August, die ungenügenden Zeichnungen auf die Bundesanleihe (statt der ausgeschriebenen 100 Millionen liefen nur etwa 68 ein) noch das Vorhandensein ängstlicher Berechnungen wenigstens in den Kreisen der hohen Finanz verraten hatten, schwand nach Weißenburg, Wörth und Spichern die letztere Besorgnis vor einem feindlichen Einfall. Schon fing man an von der Möglichkeit eines baldigen Friedens zu sprechen. Die Schlachten von Skalitz und Trautenau waren geschlagen: in wenigen Tagen mußte Königgrätz folgen. Dann stürzte der napoleonische Thron unrettbar zusammen, und die Männer der Opposition, die sich ja dem Kriege widersetzt hatten, kamen ans Ruder. Die Haltlosigkeit des Bonapartismus war schon jetzt unverkennbar. Nicht bloß im Lager von Chalons beim Korps Canrobert gab es tumultuarische Auftritte, sondern in der Hauptstadt selbst gärte der Abfall. Falsche Siegesnachrichten hatten die Pariser am 5. August in wahre Raserei versetzt: Mac Mahon und Bazaine sollten die dritte Armee erdrückt, den Kronprinzen mit 25 000 Mann gefangen genommen,

Bestürzung in Paris.

Landau erobert haben. Von der Börse verbreitete sich das Gerücht bis in die Gerichtssäle, wo die Verhandlungen unterbrochen, die Depesche von dem Präsidenten verlesen, von Richtern und Advokaten und Publikum einmütig der Jubelruf angestimmt wurde. Als dann die Erkenntnis aufdämmerte, daß alles nur ein Börsenschwindel sei, brach die Wut darüber nicht minder heftig los und Ollivier konnte sich von den Massen, die ihn im eigenen Hause bedrängten, kaum durch das Versprechen befreien, daß künftig alle einlaufenden Telegramme ausnahmslos veröffentlicht werden sollten. Noch ahnte niemand, daß der Minister damit die unverweilte Bekanntmachung der schwersten Unglücksposten verhieß. Als dieselben in der Nacht zum 7. eintrafen, mußte man die bedenklichsten Szenen erwarten. In der ersten Morgenfrühe eilte die Regentin von St. Cloud in die Tuilerien und versammelte den Ministerrat: eine Proklamation ward veröffentlicht, die zum Vertrauen, zur Ruhe, zur Ordnung ermahnte; wer diese störe, der konspiriere mit dem Feinde. Eine Depesche des Kaisers versicherte, daß der Rückzug sich in voller Ordnung vollziehe, daß noch alles gut werden könne. Zwei Dekrete berufen die Kammern, die am 22. Juli auseinandergegangen waren, auf den 11. August wieder ein und verhängten über Paris zur Sicherung der militärischen Vorbereitungen den Belagerungszustand. Alles das besänftigte nicht, es steigerte nur die Erregung. Die oppositionellen Blätter verlangten die allgemeine Bewaffnung, die Entfernung aller regelmäßigen Truppen an die Grenze, die Erhebung des Generals Trochu, der sich 1867 durch ein Schriftchen über die Heeresreform bei den Liberalen sehr in Gunst gesetzt hatte, oder Changarniers zum Ministerpräsidenten. Unter den Pariser Abgeordneten ward der Plan erwogen sich selbst als Verteidigungsausschuß zu konstituieren; auch andere Gruppen von Volksvertretern vereinigten sich und wollten den 11. nicht abwarten. Ein neues Dekret der Kaiserin kam ihnen am 8. entgegen und berief die Kammern schon auf den 9. Auf den Boulevards gab es ernstliche Zusammenrottungen; Mißhandlungen einzelner Personen, Zerstörung von Läden, eine allgemeine Spionenjägerei dauerten von einem Tage zum anderen fort. Als der gesetzgebende Körper am 9. um 1 Uhr zusammentrat, umlagerten Tausende das Sitzungsgebäude. Unter furchtbarem Tumulte gab Ollivier kurzen Bericht von der Sachlage: keine unserer Festungen, rief er aus, ist in Feindeshand, unsere Vorräte sind unangetastet, Paris setzt sich in Verteidigung, die Mobilgarde tritt zusammen, wir können 450 000 Mann ausrüsten, mit Einschluß der Nationalgarde verfügen wir über zwei Millionen Streiter! Aber niemand wollte ihn hören, die Opposition nicht, weil sie durch Favres Mund den Rücktritt der Regierung forderte, die Bonapartisten nicht, weil sie zuverlässigere Männer an der Spitze haben wollten. Ein offenes Mißtrauensvotum ward freilich abgelehnt, aber nun stellte Duvernois den Antrag: die Kammer werde nur ein Kabinett unterstützen, das fähig sei die Nationalverteidigung zu organisieren. Vergebens erklärte Ollivier,

Zusammentritt der Kammern.

Sturz Olliviers.

er werde im Fall der Annahme seine Entlassung einreichen: der Antrag ward angenommen und die Kaiserin genehmigte sofort den Rücktritt des ganzen Kabinetts und übertrug die Neubildung dem 73 jährigen Grafen Palikao.

Ministerium Palikao.

Die Männer, welche sich der Besieger der Chinesen zu Amtsgenossen erwählte, waren zum Teil als Heißsporne des Bonapartismus übel berufen, so Jérôme David und Clément Duvernois, zum Teil durch langjährige Dienste an den Kaiser gekettet, wie Magne oder Granperret. Von den Oppositionsblättern höhnisch als das Kabinett der letzten Stunde begrüßt, erwiesen sie sich jedenfalls kräftiger und mutvoller gegen die feindlichen Stürme in der Kammer als ihre Vorgänger; sie wagten auch dem Kaiser rücksichtslos die Forderungen zu stellen, deren Erfüllung sie für unerläßlich hielten, und entwickelten nach allen Richtungen eine rege Thätigkeit. In der Wahl der Mittel waren sie dabei völlig ohne Skrupeln. Das Verlangen der Opposition nach Mitteilung aller Nachrichten wiesen sie zurück und speisten die patriotische Ungeduld mit den dürftigsten Brocken und den unerhörtesten Fälschungen ab; über die 60 000 Deutschen, die in Frankreich lebten, verhängten sie sofort die Ausweisung und rechtfertigten sie als eine Repressalie für die Mißhandlungen, denen die Franzosen in Deutschland ausgesetzt seien. Dem Kaiser ließen sie keine Ruhe, bis er sich entschloß Leboeuf als Generalstabschef abzusetzen und den Oberbefehl an Bazaine abzutreten, d. h. auf alle Macht zu verzichten; denn auch nach Paris sollte er nicht wiederzurückkehren, sondern die Kaiserin in ihrer Würde als Regentin belassen. Für die Verteidigung der Hauptstadt sorgten sie mit großem Eifer, verhinderten die Ernennung eines Ausschusses, den die Kammer zu diesem Zweck einsetzen wollte, und bildeten statt dessen selbst einen, in dem Thiers, Talhouet, Daru u. a. Platz fanden; der Verproviantierung nahm sich besonders Duvernois mit allem Ernste an und leistete darin Vorzügliches. Das Drängen der Republikaner auf Absetzung des Kaisers wußten sie wenigstens in den öffentlichen Sitzungen zum Verstummen zu bringen, und in den geheimen Beratungen, die daneben stattfanden, war es unschädlich; bei einer neuen Niederlage war das Kaisertum ja doch verloren; es galt nur es wenigstens für den Fall des Sieges möglich zu erhalten. Pöbelunruhen, die in der Vorstadt Belleville ausbrachen, wurden mit Energie erstickt, für die Versammlung und Ausrüstung neuer Truppenteile das möglichste gethan, alle unverheirateten Bürger vom 25.—30. Lebensjahre zur Linie eingezogen, die Waffenübungen der Mobilgarde emsig gefördert. Es war eine fieberhafte und im allgemeinen nicht ungeschickte Thätigkeit, die sie entwickelten, und die Vorwürfe der Lässigkeit und Unfähigkeit, mit denen die Gramont und Leboeuf gerechterweise überhäuft wurden, konnten gegen sie billigerweise nicht gerichtet werden.

Rückzug der Rheinarmee.

Aber freilich kamen alle diese Anstrengungen jetzt viel zu spät und wurden obendrein durch die Fehler der Heeresleitung vollends unfrucht-

bar gemacht. Das französische Hauptquartier schwankte nach dem Doppelschlage vom 6. August ratlos von einem Entschluß zum anderen. Daß an der Saar ein neuer Kampf nicht mehr versucht werden solle, stand sogleich fest; ob man aber am rechten Moselufer standhalten, ob man auf Metz gestützt hinter diesem Flusse Widerstand leisten, ob man auf die Maas bei Verdun oder auf Chalons an der Marne oder gar ganz bis Paris zurückweichen solle, das waren Fragen, die heute so und morgen so entschieden wurden. Am meisten litt darunter Faillys Korps, das in zwecklosen Kreuz- und Quermärschen auf Nancy, Langres, Toul, Paris, Chaumont dirigiert wurde um dann endlich am 21. August im Lager von Chalons einzutreffen. Mac Mahon war zwei Tage früher dort angelangt, Felix Douay kam von Belfort einen Tag später; neugebildet war inzwischen ein Korps, das Trochu befehligen sollte, das aber Lebrun übernahm, als jener an die Spitze der Verteidigung von Paris berufen wurde. Diese vier Korps wurden nun unter den Oberbefehl Mac Mahons gestellt, der sein eigenes Korps dem General Ducrot übertrug. Canrobert, der Anfang August noch in Chalons gestanden, war dagegen nach Metz gerufen, wo außerdem die Korps Bazaine, Ladmirault, Frossard und die Garde versammelt waren; Bazaines Kommando übernahm, als dieser vom Kaiser zum Generalissimus ernannt wurde, Decaen.

Vormarsch der Deutschen.

Die deutschen Armeen setzten währenddessen ihren Vormarsch gegen die Mosel in der Weise fort, daß der rechte Flügel (Steinmetz) sich nur langsam vorwärts bewegte, das Centrum (Friedrich Karl) in stärkeren Märschen, am schnellsten aber der linke Flügel (der Kronprinz), der den weitesten Weg zurückzulegen hatte. Ernsthaften Widerstand fand keine der drei Armeen, doch hatte der Kronprinz auf seinem Wege verschiedene kleine Festungen zu nehmen oder einzuschließen. So ließen die Bayern von Hartmanns Korps eine Abteilung zur Beobachtung von Bitsch zurück und nahmen Marsal; die Württemberger zwangen Lichtenberg, die Posener Lützelstein zur Ergebung; die Schlesier unter Tümpling cernierten Pfalzburg, und Werder mit der badischen Division wurde vor Straßburg zurückgelassen. Die Hauptmasse des Heeres, fünf Korps und die württembergische Division, hatte am 12. August den Durchzug durch die Vogesenpässe vollendet und rückte nun auf die Linie Nancy-Luneville vor; weit voraus streiften die Reiterscharen, besonders die Ulanen, und erfüllten durch ihre Kühnheit die Bevölkerung mit unheimlichem Grausen. Übrigens wurde die strengste Mannszucht gehalten und das Versprechen des Königs, der am 11. von Saarbrücken aus den französischen Boden betrat und dem friedlichen Bürger vollen Schutz verhieß, bei allen Truppenteilen zur Wahrheit gemacht.

Colombey-Nouilly.

Sobald der Kronprinz die Vogesen im Rücken hatte, wurden vom großen Hauptquartier die Anweisungen zum gemeinsamen Vormarsch aller drei Heere erteilt. Man mußte erwarten, daß es an der französischen Nied, hinter der vier feindliche Korps bereit standen, zur

Schlacht kommen werde. Allein Napoleon gab die gut vorbereitete Stellung auf und zog seine Streitkräfte auf und über die Mosel zurück. Bestimmend mochte dabei der Umstand sein, daß Friedrich Karl, der die Übergänge südlich von Metz, besonders Pont-à-Mousson, unbesetzt gefunden hatte, den Fluß zu überschreiten begann; dadurch wurde der Rückzug nach Verdun bedroht und es schien deshalb geraten denselben schleunigst anzutreten und so dem Feinde zuvorzukommen. Deutscherseits erwartete man auch jetzt noch, daß die Franzosen auf dem rechten Moselufer durch einen Vorstoß nach Süden den Übergang der II. Armee stören würden, und für diesen Fall hatte Steinmetz die Weisung anzugreifen; einen eiligen Rückzug, wie ihn Bazaine antrat, hatte man aber nicht vorausgesetzt und deshalb war im allgemeinen der Befehl erteilt sich am 14. ruhig zu verhalten. Als jedoch von 11 Uhr morgens ab die Vorposten immer bestimmter meldeten, daß die Franzosen über den Fluß zurückgingen, entschloß sich von der Goltz sie mit der Vorhut des westfälischen Korps daran zu hindern und griff nachmittags gegen 4 Uhr an. Unmittelbar bei Metz mündet, von Osten kommend, ein Bach in die Mosel, der von zwei Quellbächen, einem von St. Barbe in südwestlicher und einem von Colombey in nordwestlicher Richtung fließenden, gebildet wird. Alle drei Wasserläufe durchschneiden in tiefen Schluchten eine Hochfläche, die nach dem zwischen Colombey und Metz liegenden Dorfe Borny genannt wird. Goltz rückte nun auf Colombey los und entriß das Dorf und den jenseitigen Uferrand den Franzosen; aber seine Lage wurde sehr bedrohlich, als die Feinde darauf den Abmarsch einstellten und sich mit großer Übermacht gegen ihn wandten. Selbst als zur Rechten Manteuffel gegen Noisseville und Nouilly am Bach von St. Barbe vorrückte, und links nach und nach das ganze westfälische Korps ins Gefecht eintrat, blieb der Kampf noch ein ungleicher, und nur sehr allmählich gelang es gegen Borny hin Boden zu gewinnen; erst als von Süden, durch den Kanonendonner gelockt, die schleswig-holsteinische Division Wrangel von der II. Armee anrückte, wichen die Franzosen bei einbrechender Dunkelheit unter den Schutz der Forts Queuleu und St. Julien zurück. Ebenso heiß wie hier war inzwischen von den Spitzen des I. (preußischen) Korps bei Nouilly gekämpft und etwa gleichzeitig auch hier der Feind zum Rückzug gezwungen. Die Deutschen behaupteten das Schlachtfeld, und die Westfalen bivouakierten auch auf demselben, während das I. Korps, bei dem Steinmetz persönlich gegen 8 Uhr eingetroffen war, nur Vorposten zurückließ und dann in seine früheren Stellungen zurückkehrte. Der blutige Nachmittag hatte den Deutschen gegen 5000, den Franzosen 3600 Tote und Verwundete gekostet, unter den letzteren Decaen, der einige Tage später starb und durch Leboeuf ersetzt wurde; Bazaine hatte eine Quetschung erhalten. Nur der Umstand, daß er dadurch gezwungen wurde das Schlachtfeld zu verlassen, hatte den Kampf zu solcher Ausdehnung anwachsen lassen; denn die ausdrückliche Weisung des Oberfeldherrn sich

lediglich verteidigend zu verhalten war von Decaen hinterdrein mißachtet worden, indem er sich aus dem Schutze der Forts angriffsweise vorwagte. Ladmirault unterstützte ihn dabei mit dem vierten Korps, während Bourbaki in richtiger Würdigung der Lage die Hilfe der Garde verweigerte. Da eine Verfolgung des Sieges für die Deutschen wegen der Nähe der Forts unmöglich war und Borny von dem Feinde erst während der Nacht aus freien Stücken geräumt wurde, so glaubten die Franzosen sich den Sieg zuschreiben zu dürfen und Napoleon selbst beglückwünschte Bazaine dazu, daß er den Zauber gebrochen habe. Im preußischen Hauptquartier sah man die Sache natürlich anders an: der Erfolg, den man errungen, lag nicht in dem eroberten Terrain, sondern in der gewonnenen Zeit: der Abmarsch des französischen Heeres war um kostbare Stunden verzögert, und es galt nun jenseit der Mosel die Früchte des 14. August zu ernten.

Vionville-Mars la Tour.

Daß man den Feind noch in der Nähe von Metz erreichen werde, ließ sich freilich nicht annehmen; Moltke rechnete aber darauf ihn durch den schleunigen Vormarsch der II. Armee beim Übergang über die Maas zu ereilen. Die Hauptmasse derselben schlug also diesen Weg ein, nur die Brandenburger und die Hannoveraner mit zwei Kavalleriedivisionen wurden angewiesen nordwärts gegen die Straße Metz-Verdun vorzubrechen. Auf dieser liegen westlich von Metz in etwa gleichen Abständen voneinander die Dörfer Gravelotte, Rezonville, Vionville und Mars la Tours. Wider die Annahme der deutschen Heeresleitung waren die französischen Truppen selbst mit ihren Spitzen am Morgen des 16. noch nicht über das letztgenannte Dorf hinausgekommen; der größte Teil war sogar noch zwischen Gravelotte und Metz; von Gravelotte bis Rezonville und Vionville standen die Korps Frossard und Canrobert, ihnen zunächst Bourbaki mit der Garde; der linke Flügel, Leboeuf und Ladmirault, sollte gar bis Nachmittag noch in den Lagern bei Metz bleiben. Ein kleiner Truppenteil brach in aller Frühe auf einer nordwestlich nach Verdun führenden Straße, die sich bei Gravelotte von der Hauptroute abzweigt, auf um den Kaiser Napoleon zu geleiten, der die Nacht zum 16. in Gravelotte zugebracht hatte. Bazaines Hauptsorge war, daß die Preußen sich zwischen ihn und Metz schieben möchten. Als daher am Morgen des 16. die beiden Kavalleriedivisionen, die eine von Süden her über Gorze gegen Rezonville, die andere von Südwesten über Tronville auf Vionville, rekognoszierend vorgingen und die französische Reiterei, auf die sie trafen, zurückwarfen, als gegen 10 Uhr die beiden Divisionen des brandenburgischen Korps ihnen folgten und den Kampf aufnahmen, da verwandte er gegen sie nur das Korps Frossard und einen Teil von Canroberts Truppen; den Rest derselben und die Garde behielt er um Rezonville und Gravelotte um einen etwaigen Angriff aus den Wäldern südlich dieser beiden Dörfer abzuwehren. Dadurch wurde den Brandenburgern ihre Aufgabe etwas erleichtert, wenngleich sie auch so gegen schwere Übermacht zu kämpfen hatten. Gegen halb zwölf

gelang es ihnen Vionville, das sie von drei Seiten umfaßten, zu nehmen, und etwas später unter schrecklichen Verlusten das südöstlich davon (nicht an der Straße) gelegene Flavigny zu stürmen. Dadurch hatte die nunmehr nach Osten gewendete deutsche Front feste Stützpunkte gewonnen und sich zugleich erheblich verkürzt; allein immer noch entbehrte sie der erforderlichen Tiefe und schwebte in größter Gefahr von dem stärkeren Feinde durchbrochen oder überflügelt zu werden. Alvensleben, der Führer der Brandenburger, und später Friedrich Karl, der auf die Meldung von dem entbrannten Kampf in weniger als einer Stunde einen Ritt von über drei Meilen machte und um halb vier im Walde südöstlich von Flavigny eintraf, suchten dieser Gefahr durch wiederholte blutige Angriffe, vornehmlich der Reiterei, vorzubeugen. Besonders glänzend war der Todesritt der Halberstädter Kürassiere und der altmärkischen Ulanen, die gegen 3 Uhr von Vionville vorbrachen, geführt von Generalmajor von Bredow eine feindliche Batterie nahmen, die dahinterstehende Infanterie niederritten und dann von französischer Kavallerie angegriffen durch die feindlichen Massen zurückschwenkten und mit furchtbaren Verlusten bei Flavigny wiederankamen. Andererseits unternahmen auch die Franzosen gewaltige Vorstöße; es war ein furchtbares Ringen auf engem Raum, und mit jedem Augenblick wurde die Lage der Deutschen bedenklicher, da auf dem rechten Flügel des Feindes allmählich auch Leboeuf und Ladmirault heranrückten. Glücklicherweise kamen aber fast gleichzeitig auch die Hannoveraner unter Voigts-Rhetz heran und marschierten zwischen Vionville und Mars la Tour über die Straße nach Verdun hinweg gegen Leboeuf. Einen Augenblick stand hier alles auf dem Spiele; denn gleichzeitig traf die Division Cissey vom Korps Ladmirault ein, und nur ein ungestümer Angriff der deutschen Kavallerie machte den Hannoveranern wieder Luft. Für die tapferen Brandenburger war die Lage durch die Ankunft des neuen Korps wesentlich besser geworden; auch trafen ein paar rheinische und rheinhessische Regimenter und Batterien ein und gaben die Kraft zu Vorstößen gegen Rezonville und Gravelotte, wodurch Bazaine in seiner Besorgnis für seinen äußersten linken Flügel wieder bestärkt wurde und seine Reserven dort zurückhielt statt sie gegen den Feind zu führen. So brach allmählich die Dämmerung herein, von den Deutschen freudig als hilfreiche Freundin begrüßt; denn ihre Kräfte waren erschöpft und neue Verstärkungen so bald nicht zu erwarten. Noch einmal unternahm Friedrich Karl um 7 Uhr mit einer brandenburgischen und einer hannoverschen Division von Vionville einen Angriff auf Rezonville; er hatte keinen Erfolg, aber der letzte Schwertstreich war von deutscher Seite gefallen und damit der Beweis geliefert, daß die deutsche Armee nicht geschlagen war. Dann senkte sich die Nacht auf das Schlachtfeld und die Truppen biwouakierten erschöpft von den fast übermenschlichen Anstrengungen auf dem blutgetränkten eroberten Boden.

Die Verluste waren auf beiden Seiten etwa gleich, je 16 000

Gravelotte-St. Privat.

Mann; auch hatte die Wage des Sieges bis zum Abend unentschieden hin- und hergeschwankt. Es gelang den Deutschen nicht den doppelt überlegenen Feind aus seinen Hauptstellungen zu vertreiben, und ebensowenig gelang es den Franzosen Vionville zu nehmen und sich die Straße über Mars la Tour zu öffnen. Damit hatte die Schlacht aber für sie den einzigen Zweck verfehlt, den sie haben konnte, und so räumten sie über Nacht ihre Stellungen und bereiteten sich zum Abzug auf der nördlichen Straße, die bei Gravelotte abzweigt. Deutscherseits war man in erster Linie auf einen neuen Angriff für den 17. gefaßt, und in Erwartung desselben eilte der König frühmorgens auf das Schlachtfeld; allein die Franzosen verhielten sich still, und so glaubte man den linken Flügel des Feindes nach Nordwesten abmarschiert, während man in der Zurückziehung des rechten auf Gravelotte ein Anzeichen sehen konnte, daß auch er auf der nördlichen Straße abrücken solle. Mit den ermatteten Brandenburgern und Hannoveranern konnte man ihm nicht folgen, es galt also zunächst frische Korps heranzuziehen und diese in die vordere Reihe zu schieben. Das geschah im Laufe des Tages, und früh am 18. marschierten die Sachsen unter ihrem Kronprinzen Albert von Mars la Tour nordwärts auf Jarny, die Garde unter dem Prinzen August von Württemberg auf das östlich davon gelegene Doncourt, Manstein endlich mit seinen Rheinhessen und Holsteinern rechts davon auf Caulre Ferme. Als zweites Treffen folgten die Brandenburger und Hannoveraner mit den beiden Kavalleriedivisionen, die mit ihnen den Ruhm von Vionville und Mars la Tour geteilt. Zur Rechten schlossen sich die Rheinländer und Westfalen von der I. Armee an, so daß sieben Armeekorps den Vormarsch begannen. Immer noch glaubte man den Feind in seiner Hauptmasse links vorwärts auf der Straße nach Verdun, doch behielt man auch die andere Möglichkeit im Auge und erkannte bald, daß sie den Thatsachen entspreche. Das französische Heer hatte sich nämlich auf einem Höhenrücken aufgestellt, der von St. Privat (gerade nördlich von Gravelotte) südöstlich nach der Mosel zuläuft und in der Front durch die Schlucht des Mance-Baches, der ein wenig östlich von Gravelotte die Straße kreuzt, eine gute Deckung hatte. Zwischen der Mosel und der Straße, an der oberhalb der Schlucht das gut befestigte Gehöft St. Hubert und etwas weiter rückwärts ein zweites, Point du jour, lag, stand das Korps Frossard; daran schloß sich Leboeuf auf die gleichfalls befestigten Höfe Moskau, Leipzig, La Folie gestützt; dann folgte um das Dorf Amanvillers herum Ladmirault, endlich bei St. Privat, das wegen seiner hohen Lage den Beinamen la Montagne führt, und noch nördlich darüber hinaus bis Roncourt Canrobert; die Garde war hinter Leboeuf bei dem Fort Plappeville als Reserve aufgestellt, übrigens durch eine zweite Schlucht, die des Chatel-Baches, die hinter dem ganzen Rücken des französischen Heeres parallel mit der des Mance-Baches sich hinzog, von den übrigen Korps getrennt.

Sobald man deutscherseits diese Aufstellung wenigstens bis Aman-

villers kennen gelernt hatte, erfolgte eine große Schwenkung, bei der das westfälische Korps südlich von Gravelotte stehen blieb, das rheinische nördlich von diesem Dorfe auf die Höfe Mogador und Malmaison (an der Straße nach Doncourt-Jarny) einschwenkte, während Manstein nach Verneville in der Höhe von Leipzig und La Folie, die Garde nach Habonville und St. Ail (Amanvillers gegenüber), die Sachsen endlich nach St. Marie aux Chênes (westlich von St. Privat) gerichtet wurden. Brandenburger und Hannoveraner blieben in der Reserve; auf dem rechten Flügel wurden die Pommern unter Fransecky von Gorze her als Rückhalt für Zastrow und Goeben erwartet. Da die Garde und vor allem die Sachsen erst einen weiten Marsch zu machen hatten, so mußte dem deutschen Hauptquartier daran liegen den Beginn des Kampfes zu verzögern; als aber Manstein gegen 12 Uhr das Korps Ladmirault in tiefster Ruhe bei Amanvillers lagern sah, glaubte er es, obgleich er nur erst seine holsteinische Division zur Stelle hatte, durch einen heftigen Artillerieangriff überraschen zu sollen und eröffnete so die Schlacht. Die Lage, in welche er dadurch kam, wurde bald sehr bedrängt, zumal auf seinem rechten Flügel auch Leboeuf, auf seinem linken Canrobert sich am Kampfe betheiligte; trotz aller Tapferkeit konnte es nicht verhindert werden, daß der Feind sich zweier Geschütze bemächtigte, die erst durch die Kapitulation von Metz wieder in den Besitz der Deutschen kamen, und daß andere Batterien schwer beschädigt abfahren mußten. Etwas erleichtert wurde diese Lage, als um 1 Uhr Prinz Ludwig von Darmstadt mit seiner Division links bei Habonville einrückte; aber stundenlang war die Gefahr noch groß und erst das Herbeieilen der brandenburgischen Artillerie, das die Zahl der deutschen Geschütze an dieser Stelle auf 106 brachte, zwang gegen 5 Uhr die feindlichen Batterien ihr Feuer einzustellen. Ganz entsprechend stand es auf dem linken deutschen Flügel. Die preußische Garde, Division Pape, die links an Mansteins Korps schloß, war seit 1 Uhr von Habonville nördlich gegen St. Ail vorgegangen, hatte dieses Dorf und zwei Stunden später auch das noch weiter gelegene St. Marie aux Chênes genommen und einen lebhaften Geschützkampf gegen St. Privat begonnen. Eine sächsische Division, die auch bei dem Sturm auf St. Marie erfolgreich mitgewirkt hatte, drang gegen den äußersten rechten Flügel des Feindes bei Roncourt vor und stand hier in hartem Kampfe. Die gewaltige Entwickelung der deutschen Artillerie — 180 Geschütze von Habonville an nordwärts — brachte auch hier die feindlichen Batterien gegen 5 Uhr zum Schweigen, und so herrschte um diese Stunde im Centrum und in der linken Flanke verhältnismäßig Ruhe, die Ruhe vor dem Sturm.

Auf dem rechten Flügel der deutschen Armee hatte Steinmetz, sobald er den Kononenschall von Mansteins Korps vernahm, zwischen 12 und 1 Uhr auch die Artillerie von Zastrows und Goebens Korps ins Gefecht eintreten lassen, so daß bald 132 Geschütze gegen die französischen Batterien bei Point du jour und Moskau losdonnerten. Auch waren

rheinische Regimenter rechts und links der Straße von Gravelotte nach Point du jour in die Schlucht des Mance-Baches hinabgestiegen, hatten unter furchtbaren Verlusten den jenseitigen Abhang erklommen und erstürmten um 3 Uhr St. Hubert. Aber von dort aus gegen Point du jour oder Moskau vorzudringen erwies sich als ganz unmöglich; Kavallerie und Artillerie, die man vorzog, vermochten sich nicht zu halten, und nur mit äußerster Anstrengung wurde die gewonnene Stellung behauptet. Ganz rechts, hart an der Mosel, drang eine westfälische Brigade gegen den äußersten linken Flügel des Feindes vor und bedrohte ihn von Jussy aus; doch war ihre Aufgabe nicht weiter anzugreifen, sondern nur den Gegner auch hier in Besorgnis zu setzen. Das Gefecht stand seit 5 Uhr und konnte nur durch das Eintreffen neuer Infanteriemassen wieder in Gang gebracht werden. Der König, der aus der Gegend von Malmaison die Schlacht leitete, stellte deshalb nunmehr das pommersche Korps (Franseckỳ) Steinmetz zur Verfügung. Aber ehe dieses herankam, unternahmen auch die Franzosen einen heftigen Vorstoß, und alle Kräfte mußten neu eingesetzt werden diesen abzuwehren. Darüber vergingen die letzten Abendstunden, und als gegen 9 Uhr die Feinde auf Moskau und Point du jour zurückgeworfen waren, verbot die Dunkelheit jeden ferneren Kampf. Bereit am anderen Morgen das begonnene Werk fortzuführen standen die Pommern in vorderster Linie, während Rheinländer und Westfalen in die Reserve traten.

Allein es sollte zu keiner neuen Schlacht mehr kommen, denn auf dem linken Flügel war um dieselbe Zeit die Entscheidung schon gefallen. Während in der Mitte Manstein, durch eine Gardebrigade verstärkt, in fortgesetztem heißen Kampfe mit dem Gegner um Amanvillers und die südlich davon gelegenen Höfe rang, suchte ihm Prinz August von Württemberg, noch ehe die Sachsen von Norden her mit eingreifen konnten, gegen $^1/_2$6 durch einen verfrühten Sturm auf St. Privat Luft zu machen. Auf dem flachen Abhang stürmten die tapferen Garderegimenter von St. Marie und von Südwesten auf die Höfe los, doch war es unmöglich in dem furchtbaren Feuer an das befestigte Dorf heranzukommen. Der Angriff kam mittwegs zum Stehen: hier aber hielten sich die gelichteten Bataillone und warteten die Zeit zum neuen Draufgehen ab. Canrobert sah sich dadurch veranlaßt, seinen rechten Flügel von Roncourt her einzuziehen, so daß die Sachsen keinen erheblichen Widerstand fanden, als sie sich dem letzteren Dorfe näherten. Sofort gingen sie gegen St. Privat weiter und es erfolgte der letzte Sturm um sieben Uhr. Wiederum floß das Blut in Strömen, aber unterstützt durch das furchtbare Feuer von 24 Batterien, gelang es bis an die Häuser des brennenden Ortes vorzudringen und denselben im wirren Einzelgefecht zu erobern. Damit war die Schlacht entschieden. Der größere Teil von Canroberts Korps eilte in Auflösung dem Moselthale zu; einzelne Truppen, dazu die erst jetzt von Plappeville herangezogene Garde und das Korps Ladmirault bei Amanvillers hielten jedoch wacker Stand, bis

die hereinbrechende Dunkelheit ihnen gestattete sich unbehelligt zurückzuziehen. Bazaine hatte an diesem Tage seinem Rufe sehr wenig entsprochen. Erst gegen halb vier war er zu Pferde gestiegen; Canroberts Bitte um Unterstützung wollte er anfangs durch Entsendung einer Gardedivision erfüllen, unterließ es dann aber, als ihm gemeldet wurde, daß alles gut gehe; zehn Kavallerieregimenter und 90 Geschütze kamen gar nicht zur Verwendung. Schon um 7 Uhr kehrte der Marschall von dem Plateau von Plappeville in seine Wohnung zurück und gab den Korpsführern Befehl sich auf die Forts zurückzuziehen.

Die drei Schlachten um Metz.

Der Verlust der Deutschen war ungeheuer; über 20 000 Mann, darunter von der Garde 8200 mit Einschluß von über 300 Offizieren. Die Franzosen hatten nach ihren Angaben viel weniger gelitten und angeblich nur 13 000 Mann verloren. Betrachtete man die drei Schlachten von Colombey-Nouilly, von Vionville-Mars la Tour, von Gravelotte-St. Privat als ein zusammenhängendes Ganze, wie sie das wirklich waren, so mochte man wohl im Hinblick auf die 40 000 Deutschen, die sie mit Tod und Wunden erkauft, ausrufen: Ein Schlachten wars, nicht eine Schlacht zu nennen. Unter den Thränen, die diese Siege kosteten, erstickte auch in der Heimat der laute Jubel, der die ersten Kämpfe begrüßt, und der furchtbare Ernst des Krieges klopfte vernehmlich an alle Herzen. Er steigerte die ohnedies schon große Bereitwilligkeit der daheim Gebliebenen den Opfern des Krieges ihre Leiden nach Kräften zu erleichtern, aber er verminderte in keiner Weise die patriotische Entschlossenheit. Vielmehr wuchs die Bewunderung für die deutsche Heeresleitung und für die unübertreffliche Bravour der deutschen Truppen durch diese Tage noch mehr. War doch ganz Ungeheures erreicht worden, und erreicht worden unter den schwierigsten Umständen. Bazaines Heer, an die 180 000 Mann, wie sich später ergab, saß eingezwängt zwischen den Forts von Metz, und wenn die deutschen Korps jetzt um die Festung herum sich eingruben, dann bürgte ihre Tapferkeit dafür, daß der Feind nicht eher aus diesem eisernen Ringe entlassen wurde, als bis der Hunger ihn zur Übergabe trieb. Wie lange das dauern werde, davon hatte man keine Ahnung; denn jede Angabe über die Verproviantierung der Festung fehlte. Auf verzweifelte Durchbruchsversuche war man natürlich gefaßt, und sofort ging es deshalb an die Arbeit um durch Verschanzungen, Schützengräben, Verhaue jeden Ausgang zu versperren. Der Feind störte diese Vorkehrungen nur wenig und ließ den letzten Tag des Monats herankommen, ehe er zum erstenmal den Versuch machte sich nach Norden und Nordosten Bahn zu brechen.

Der Zusammenbruch des Kaisertums.

Umbildung der deutschen Armeen.

Mit der Aufgabe Metz zu bewachen und zu bezwingen wurden vom Könige die I. und II. Armee betraut, die später, am 15. September, unter Friedrich Karls Oberbefehl vereinigt wurden; dagegen schieden die

Garde, die Thüringer und Sachsen aus dem Verbande der I. Armee und wurden als IV. oder als Maasarmee unter den Befehl des Kronprinzen Albert von Sachsen gestellt, der sein Korpskommando seinem Bruder Georg übertrug. Steinmetz verließ den Kriegsschauplatz und ging nach Posen als Gouverneur. Die drei selbständigen deutschen Armeen, die nunmehr im Felde standen, zählten also: die II. (Friedrich Karl) sieben Korps und die inzwischen eingetroffene Reservedivision Kummer, die III. (der Kronprinz) fünf Korps und die württembergische Division, die IV. (Kronprinz von Sachsen) drei Korps. Den beiden letzten lag es ob Mac Mahon zu suchen, von Metz fern zu halten und zu schlagen.

Mac Mahons Flankenmarsch.

Von dem wirklichen Stande der Dinge um Metz hatte man weder in Paris noch im französischen Hauptquartier genügende Kenntnis. Man schwankte deshalb ratlos hin und her, ob man Mac Mahons Armee, die sich in Chalons sammelte, zum Entsatz Bazaines vorschicken oder zum Schutze von Paris zurückziehen solle. Ein Kriegsrat am 17. hatte das letztere beschlossen: Trochu war zum Gouverneur von Paris ernannt und eilte dorthin mit der Meldung, der Kaiser und die Armee werde ihm folgen. Dagegen erhob jedoch Palikao sofort telegraphisch Einspruch und die Kaiserin unterstützte ihn, da sie Napoleons Rückkehr für sehr gefährlich hielt. Nicht einmal das wollte sie zugeben, daß Trochu in seiner Proklamation sage, er sei vom Kaiser ernannt; Napoleons Namen zu erwähnen sei bedenklich. Mac Mahon fügte sich nun und war bereit Bazaine entgegenzuziehen, zumal die Meldungen über die Schlacht von Vionville das baldige Vorrücken der Rheinarmee in Aussicht stellten; dann aber blieb mehrere Tage jede Nachricht aus und erst am 22. traf in Reims, wohin der Marschall um sich beide Wege noch frei zu erhalten sein Hauptquartier verlegt hatte, die Meldung Bazaines ein, daß er sich auf Montmédy (unweit der belgischen Grenze) zurückziehen und nötigenfalls zwischen der Maas und der Grenze bis auf Sedan, ja bis Mezières marschieren werde, wenn die südwärts führenden Straßen von den Preußen zu stark besetzt seien. Mac Mahon antwortete darauf, daß er ihm nach Montmédy entgegenrücken werde, und begann diesen Marsch

Der Kronprinz.

am 23. Damit gab er dem Kronprinzen von Preußen, der an diesem Tage sein Hauptquartier schon halbwegs zwischen Maas und Marne in Ligny hatte, den Weg nach Paris frei, und kaum waren am 24. mittags die letzten Regimenter aus Chalons aufgebrochen, so sprengten schon die ersten preußischen Ulanen zur Stadt hinein. Der Kronprinz von Sachsen mit der IV. Armee erreichte am 24. August bei Verdun und südlich davon die Maas. Ein Angriff auf die Festung mißglückte, gerade wie die II. Armee vergeblich auf ihrem Wege von Nancy her Toul zu überrumpeln gesucht, oder die I. Armee schon am 15. August einen erfolglosen Handstreich gegen Diedenhofen gemacht hatte; man mußte sich damit begnügen diese festen Punkte zu umschließen, denn zu einem ernsthaften Angriff mußte erst das Belagerungsgeschütz aus Deutschland

herbeigeschafft werden. Die Hauptmassen der Heere ließen sich dadurch nicht aufhalten. Die Preußen marschieren mit unerschütterlicher Sicherheit, schrieb ein belgischer Berichterstatter in diesen Tagen; sie gleichen einem Meere, dessen Flut nichts hemmen kann: sie steigt und steigt, was man ihr auch entgegenstellt! Marschziel beider Heere war Chalons, wo sie zusammentreffen sollten, möglicherweise um sich mit Mac Mahon zu messen. Der unerwartete Linksabmarsch des Feindes änderte aber diesen Plan. Schon am 25. erhielt man im deutschen Hauptquartier durch eine französische Zeitung Kunde von der neuen Sachlage; und während die französische Reiterei, deren Aufgabe es hätte sein müssen den Zug nach der Maas zu verschleiern, sich auch hier unthätig und ungeschickt erwies, hatten die deutschen Reiter, meilenweit ihren Truppenteilen voraussprengend, bald die veränderte Marschrichtung des Feindes bestätigt. Wenn irgendwo, so hing aber hier von ein paar Tagen alles ab. Leicht konnte die Entfernung zwischen Mac Mahon und den westwärts marschierenden deutschen Heeren so groß werden, daß jener unbehelligt sich von Norden auf den Prinzen Friedrich Karl werfen konnte, während Bazaine gleichzeitig aus Metz hervorbrach. Die schleunige Rechtsschwenkung der III. und IV. Armee beseitigte diese Gefahr. Sie wurde in der Nacht zum 26. angeordnet, und der König folgte ihr sofort, indem er das große Hauptquartier von Bar le Duc nordwärts nach Clermont in den Argonnen verlegte. Eben hier war am Tage zuvor der Kronprinz von Sachsen mit dem sächsischen Korps angelangt, das nunmehr nordwärts geschoben die Führung übernahm und mittels seiner vorausgesandten Reiterei am 27. bei Buzancy zuerst wieder auf den Feind stieß. In einem glänzenden Gefecht wurden die feindlichen Schwadronen geworfen. Diese Begegnung belehrte nun aber auch Mac Mahon über seine Lage, und da er den ganzen Flankenmarsch nie recht gebilligt hatte, so entschloß er sich schnell ihn noch jetzt aufzugeben und sich nach Mezières zurückzuziehen. Auch Napoleon billigte diesen Entschluß; doch als von Paris, wohin man ihn sofort telegraphisch meldete, in der Nacht strenger Gegenbefehl eintraf, wagten weder der Kaiser noch der Marschall ihrer besseren Einsicht zu folgen; allzudeutlich hatten Palikao und die Kaiserin zu wiederholtenmalen erklärt: Bazaine im Stiche lassen heiße Paris zur Revolution treiben. Über die wahre Stimmung der Hauptstadt gestattete auch diese Depesche keine Täuschung, denn sie schloß mit den Worten: Was sich auch ereignen möge, führen Sie den Kaiser nicht nach Paris zurück; es bedeutet die Revolution.

Rechtsschwenkung der III. und IV. Armee.

So marschierte denn Mac Mahon auch am 29. weiter: sein linker Flügel auf den Maasübergang von Mouzon, südöstlich von Sedan, der rechte noch etwas weiter südwärts auf Stenay. Jenen bildeten Ducrot und Lebrun, diesen Douay und Failly; an des letztgenannten Stelle wurde Wimpffen aus Afrika erwartet; auch stand als Verstärkung das neugebildete Korps Vinoy in Aussicht, das sich über Mezières in

Nouart und Beaumont.

Bewegung setzte. Doch die Entscheidung war näher, als daß diese Hilfe noch hätte zur Geltung kommen können. Bereits am 29. erfuhren die Franzosen, daß der Maasübergang bei Stenay besetzt sei, daß sie nur weiter nordwärts den Fluß überschreiten könnten. Bei Nouart, westlich von Stenay, stießen nämlich Truppen von Faillys Korps auf den Vortrab der Sachsen und wurden nordwärts auf Beaumont geworfen, das zwischen Stenay und Mouzon unweit der Maas liegt. Hier hielten sie sich merkwürdigerweise für so sicher, daß sie die gewöhnlichsten Vorsichtsmaßregeln versäumten und sich am 30. in ihrem Lager erst durch die Schüsse der unvermerkt am Waldesrande aufgefahrenen Batterien des IV. Korps aufschrecken ließen. Hinter Beaumont hielten sie jedoch Stand, und es begann ein heftiges Gefecht, das auf dem linken deutschen Flügel durch von der Tanns Bayern, in der Mitte vom IV. Korps (Alvensleben), rechts von den Sachsen (Prinz Georg) geführt wurde und die Franzosen immer weiter auf Mouzon zurückdrängte. Da Lebrun und Ducrot den Fluß an dieser Stelle bereits am Abend vorher und am Morgen des 30. überschritten hatten, standen nur Failly und Douay im Gefecht; von Stunde zu Stunde weiter nach Norden gedrängt, gerieten sie mehr und mehr in Unordnung und vermochten nur teilweise bei Mouzon und weiter abwärts bei Remilly und Bazeilles das andere Ufer zu gewinnen; beträchtliche Massen blieben diesseits und zogen sich in der Richtung auf Sedan zurück, nachdem sie mehr als 40 Geschütze und 5000 Mann verloren hatten. Mouzon ward noch den Abend von den Deutschen besetzt und die Sachsen samt der Garde angewiesen anderen Tags auf das rechte Ufer überzutreten, während das vierte Korps bei Mouzon stehen blieb. Die Bayern wurden nach Remilly geschickt, die Hessen und Posener gegen Sedan, die württembergische Division noch etwas weiter westlich als äußerster linker Flügel gegen Donchéry; die Schlesier waren noch erheblich zurück.

Rückmarsch Mac Mahons.

Eine Möglichkeit mit seiner ganzen Armee zwischen den Deutschen und der belgischen Grenze hindurch nach Metz zu gelangen gab es unter diesen Umständen für Mac Mahon nicht mehr; rückte er mit seinen vordersten Korps, Lebrun und Ducrot, weiter, so schob sich die deutsche Armee zwischen diese und den Rest seines Heeres und rieb beide Teile einzeln auf. Um alle Truppen wiederzuvereinigen war es nötig zurückzugehen und den Marsch auf Metz aufzugeben. Noch am Abend erhielt Ducrot, bei dessen Korps sich der Kaiser befand, den Befehl dazu und zog sich von Carignan, das östlich von Mouzon am Chiers liegt, gegen Sedan zurück. Die Meldung von dieser Bewegung rief bei den Ministern in Paris die größte Aufregung hervor; sie ahnten auch ohne von der Schlacht von Beaumont Kenntnis zu haben, daß ein Unglück geschehen sein müsse, und wagten nicht den Befehl zum Vormarsch zu erneuern. Übrigens würde kein Befehl Mac Mahons Entschluß mehr haben beeinflussen können; er war gar nicht mehr Herr seines Willens und konnte unter der Umstrickung der deutschen Korps nichts anderes mehr thun

als in dem engbegrenzten Raume, der ihm blieb, eine möglichst vorteilhafte Verteidigungsstellung aufsuchen.

Sedan. Er erwählte dazu den inselartigen Raum, der bei Sedan von der nordwestlich fließenden Maas, dem oberhalb der Festung von Norden her in sie mündenden Givonne-Bach und dem unterhalb von Osten her kommenden Bach von Illy umschlossen wird. Hinter letzterem stellte er bei den Dörfern Floing (unweit der Maas) und Illy (nordöstlich von Floing) mit der Front nach Norden das Korps Douay auf; daran schloß sich im rechten Winkel nach Süden zu, also Front nach Osten, hinter dem Givonne-Bach bei den Dörfern Givonne und Daigny das Korps Ducrot, und als dessen Verlängerung in derselben Richtung bei den Dörfern Moncelle und Bazeilles das Korps Lebrun. In Sedan selbst und im Inneren des eingeschlossenen Raumes stand Wimpffen (Failly) teils um die Maaslinie zu verteidigen, teils um als Reserve zu dienen. Der deutsche Angriffsplan ging dahin, oberhalb und unterhalb dieser französischen Stellungen die Maas zu überschreiten und die beiden Heereshälften in dem Scheitelpunkt des französischen rechten Winkels zusammentreffen zu lassen, so daß sie einen Halbkreis bildeten, der rechts und links an die Maas gelehnt den Rückzug nach der belgischen Grenze verwehrte. Um diesen Plan durchzuführen mußte der linke Flügel des deutschen Heeres einen weiten Marsch machen. Die Maas verläßt nämlich gleich unterhalb der Illy-Mündung ihren nordwestlichen Lauf und wendet sich in scharfer Biegung nach Süden, bis sie bei Donchéry, gerade westlich von Sedan, eine ebenso scharfe Wendung nach Westen macht. Hier nun überschritt das hessische und nach ihm das posensche Korps den Fluß, während die Württemberger und eine zahlreiche Kavallerie daselbst zurückblieben, und eine gewaltige Artillerie auf dem Höhenrande auffuhr, der sich von Donchéry südöstlich nach Remilly hinzieht. Auf einem besonders günstig gelegenen Punkte bei Frénois unweit Donchéry nahm der König mit Moltke, Bismarck und Roon seine Aufstellung; nicht weit davon hielt der Kronprinz mit seinem Generalstabe.

Während der linke Flügel seinen Marsch von mehreren Meilen antrat, eröffneten die Bayern (von der Tann) in der nebeligen Frühe des 1. September, unterstützt durch eine furchtbare Kanonade der Batterien links der Maas, die Schlacht mit einem Angriff auf Bazeilles. Die Marinetruppen vom Korps Lebrun leisteten heldenmütigen Widerstand, auch die Bevölkerung beteiligte sich daran, den Pfarrer an der Spitze. Das Dorf wurde genommen und wiedergenommen und ging dabei vollständig in Flammen auf. Entschieden war der Kampf um dasselbe erst nach sechs Stunden zwischen 10 und 11 Uhr, und die dritte bayerische Division (vom Korps Hartmann) ging nun nordwestlich gegen Sedan auf das Dorf Balan vor, das sie nahm und gegen heftige Ausfälle aus der Festung behauptete. Schon bald nach halb sieben waren aber rechts von den Bayern die Sachsen in den Kampf eingetreten, hatten gegenüber den vorgeschobenen Truppen Ducrots Boden

bis gegen die Givonne hin gewonnen und nach der Abwehr eines heftigen Vorstoßes der Franzosen etwa zu derselben Zeit, wo der Kampf um Bazeilles erstarb, Moncelle genommen. Bei dem Angriff, den sie darauf gegen das nördlich davon gelegene Daigny richteten, lösten sie die Garde ab, deren Spitzen seit 9 Uhr das Schlachtfeld erreicht hatten, und die sich nun weiter rechts thalaufwärts schob, während die Sachsen Daigny um Mittag eroberten. Mittlerweile waren auf dem westlichsten Ende des Schlachtfeldes seit 9 Uhr die Hessen und etwas später links die Posener eingetroffen und hatten zunächst einen heftigen Artillerieangriff gegen die französische Stellung zwischen Floing und Illy eröffnet. Erst um 1 Uhr ging die Infanterie gegen das erste Dorf vor, wies die verzweifelten Kavallerieangriffe der Franzosen mit vernichtender Wirkung zurück und bemächtigte sich gegen 3 Uhr des Ortes, worauf der Feind auch das benachbarte Illy nicht mehr zu behaupten vermochte, sondern durch den Wald von Garenne auf Sedan zurückging. Hatte sich so der westliche Flügel der Deutschen dem östlichen erheblich genähert, so war dieser, zunächst die Garde, gleichfalls seit Mittag von Daigny und Givonne aus gegen Illy vorgedrungen und reichte um 3 Uhr den Posenern die Hand; in die Lücke aber, die zwischen der Garde und den Sachsen entstand, war das vierte Korps eingerückt, so daß nunmehr der ganze Kreis geschlossen war. Wie eine lebendige Mauer umklammerten die deutschen Truppen die feindliche Heeresmacht, der sich in der Festung Sedan kein brauchbarer Stützpunkt bot. Ungenügend verproviantiert und nach veralteteter Weise befestigt, wurde sie von den deutschen Batterien vollständig beherrscht und konnte jeden Augenblick mit einem Hagel von Kugeln und Granaten überschüttet werden. Aber da man im deutschen Hauptquartier mit Sicherheit die baldige Anknüpfung von Verhandlungen erwartete, machte man von dieser Waffe zunächst keinen Gebrauch. Während sich die französischen Regimenter fechtend und flüchtend auf Sedan zurückzogen und große Scharen von Gefangenen in den Händen der Deutschen ließen, verstummte der Donner der Geschütze: es trat eine Pause im Kampfe ein. In Sedan herrschte unterdessen die größte Verwirrung, nicht bloß bei den Truppen, die sich erschreckt durch die engen Thore in die schmalen Gassen der Stadt drängten, sondern nicht minder bei der Heeresleitung. Mac Mahon war bereits früh morgens zwischen Bazeilles und Moncelle von einem Granatsplitter verwundet worden und hatte den Oberbefehl an Ducrot übertragen. Dieser faßte sofort den Entschluß die ganze Armee bei Illy zu konzentrieren und sich von da aus nach Mezières durchzuschlagen, schlimmsten Falls aber, was unzweifelhaft noch möglich war, die belgische Grenze zu gewinnen. Nur widerstrebend gehorchte Lebrun, der zu dieser Stunde bei Bazeilles noch erfolgreich standhielt, dem Befehle des Oberstkommandierenden. Kaum aber hatte er begonnen ihn auszuführen, als Wimpffen, der sich gleichfalls noch mit den kühnsten Hoffnungen trug, eine Vollmacht Palikaos vorzeigte, die ihn zum Nach-

folger Mac Mahons ernannte, Ducrot die Leitung abnahm und allen Korpskommandanten befahl die kaum oder noch gar nicht begonnene Konzentrierung auf Illy zu unterlassen. Sein Rettungsplan ging dahin, die Bayern in die Maas zu drängen und sich gegen das Centrum der Deutschen zu wenden, ein Vorhaben, das mit der thatsächlichen Lage schlecht genug stimmte. Wenig vertraut mit der Armee, bei der er kaum 24 Stunden verweilte, war er überdies weniger als jeder andere befähigt ihr einen moralischen Halt zu geben. Dennoch that er während der Schlacht wie nach derselben sein Möglichstes und bot dem Kaiser, als er endlich erkannte, daß alle Hoffnung auf Sieg eitel sei, noch nach 3 Uhr an ihn inmitten aller Truppen, die man zusammenraffen könne, über Carignan nach Montmédy zu führen. In richtiger Erkenntnis der Unmöglichkeit dieses Vorhabens lehnte Napoleon das ab; er ließ sogar eine weiße Fahne aufziehen, die aber schnell wieder entfernt wurde. Wimpffen machte trotzdem mit 2—3000 Mann seinen Durchbruchsversuch, überzeugte sich aber bei Balan schnell von der Unausführbarkeit desselben. Darüber war es gegen 5 Uhr geworden, und da man von Frénois aus noch immer keine Zeichen der Übergabe wahrnahm, so begannen die bayerischen Batterien Granaten, die sofort zündeten, in die Stadt zu werfen. Nun ließ Napoleon ohne Wimpffens Zustimmung von neuem die weiße Fahne aufziehen und sandte einen Parlamentär ins deutsche Hauptquartier. Gleichzeitig war von König Wilhelm der Oberstleutnant von Bronsart nach Sedan geschickt um die Kapitulation zu fordern. Er wurde zum Kaiser geführt, der ihn an Wimpffen verwies und betreffs seiner eigenen Person den General Reille an den König sandte. Von Bronsart gemeldet traf derselbe gegen 7 Uhr auf dem Hügel bei Frénois ein und übergab dem Könige einen kurzen Brief Napoleons: Da er nicht inmitten seiner Truppen habe sterben können (in der That hatte der Kaiser während mehrerer Stunden auf dem Schlachtfelde umherirrend ersichtlich den Tod gesucht), so bleibe ihm nichts übrig als seinen Degen in die Hände Sr. Majestät zu überliefern. Nach kurzer Beratung mit dem Kronprinzen, Bismarck, Moltke und Roon schrieb der König sofort seine Antwort: Indem er die Umstände bedauerte, unter denen er den Kaiser wiedertreffe, nahm er dessen Degen an und bat ihn einen Offizier zu bevollmächtigen um über die Kapitulation der Armee zu verhandeln, die sich so tapfer unter seinem Befehle geschlagen habe: er seinerseits habe zu diesem Zwecke den General Moltke ernannt. Mit diesem Schreiben eilte Reille zurück, während der König sich in sein Hauptquartier Vendresse begab. Napoleon beauftragte Wimpffen mit den Verhandlungen und nach einem vergeblichen Versuche jetzt noch seine Entlassung als Oberbefehlshaber zu erhalten nahm die General die Sendung an. Er traf Moltke und Bismarck, der für den Fall, daß politische Fragen auftauchen sollten, zur Stelle geblieben war, gegen 10 Uhr abends in Donchéry und die Verhandlungen wurden bis 1 Uhr nachts geführt. Die deutschen Bedin-

Napoleon.

Kapitulationsverhandlungen.

gungen: Kriegsgefangenschaft der ganzen Armee, Übergabe alles Kriegsmaterials und der Festung Sedan, Freilassung der Offiziere, welche ihr Ehrenwort geben würden nicht ferner gegen Deutschland zu kämpfen, erschienen dem Franzosen unannehmbar; er meinte noch den Abzug über die belgische Grenze fordern zu können, wo dann die Entwaffnung durch den kleinen Nachbarstaat erfolgt sein würde. Moltke ließ ihm keine Hoffnung, daß an den Bedingungen etwas geändert werden könne, bewilligte ihm aber eine Frist bis 9 Uhr morgens am 2. September. In die Festung zurückgekehrt, berief Wimpffen einen Kriegsrat, der mit 30 gegen 2 Stimmen ferneren Widerstand für unmöglich erklärte und die Kapitulation billigte. Der Kaiser selbst wartete diese Entscheidung nicht ab. Früh 5 Uhr verließ er Sedan in einem offenen Wagen, begleitet von Reille, Castelnau und vier anderen Adjutanten. Reille sprengte voran nach Donchéry, wo er den König vermutete, und ersuchte, da er ihn nicht fand, Bismarck um eine Zusammenkunft mit dem Kaiser. Der Kanzler stieg sogleich zu Pferd und traf den besiegten Gegner etwa halb sieben auf der Landstraße vor Donchéry. Er stellte ihm sein Quartier in diesem Städtchen zur Verfügung, doch zog der Kaiser es vor zunächst in einem Arbeiterhäuschen diesseit der Maas abzusteigen. Hier hatte Bismarck in dem engen Stübchen eine einstündige Unterredung mit ihm, aus der sich ergab, daß der Kaiser, wie man deutscherseits vorausgesetzt, sich zu Friedensverhandlungen als Gefangener nicht für befugt erachtete, sondern in dieser Beziehung auf die Regentschaft verwies. Seine dringende Bitte um günstigere Kapitulationsbedingungen veranlaßte die Berufung Moltkes und dessen sofortigen Ritt nach Vendresse zum König; doch wurde dem Kaiser nicht verschwiegen, daß die Absicht dabei nicht sei seine Wünsche zu befürworten. Bis gegen 10 Uhr verblieb Napoleon mit Bismarck teils in, teils vor dem Arbeiterhäuschen, dann fuhr er nach dem nahegelegenen Schlößchen Bellevue bei Frénois, das Bismarck seinem Könige als Ort der Begegnung vorgeschlagen hatte. Eben dort war inzwischen auch Wimpffen angelangt und hatte, da Moltke noch nicht zurück war, die Verhandlungen mit dem General Podbielski begonnen. Die schwache Hoffnung durch des Kaisers Bitten doch noch eine Milderung der Bedingungen zu erreichen schwand, als ein Offizier die Meldung brachte, der König werde Napoleon erst nach Unterzeichnung der Kapitulation besuchen. Bald darauf kam auch Moltke, dem Bismarck entgegengeritten war, zurück, und um halb zwölf wurde die Kapitulation von ihm und Wimpffen unterzeichnet.

Die Kapitulation.

Es waren noch etwa 84 000 Mann, darunter fast 3000 Offiziere, die so in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten; während der Schlacht waren gegen 21 000 Mann gefangen; die Zahl der Toten und Verwundeten betrug etwa 13 000, auf deutscher Seite nicht ganz 10 000; ungefähr 3000 Franzosen waren über die belgische Grenze entkommen, einige Tausend sammelten sich außerdem in Mezières; die Gesamtstärke der Armee Mac Mahons hatte also am Tage der Schlacht noch an

125 000 Mann betragen, denen freilich fast 100000 Deutsche mehr gegenüberstanden. An Geschützen waren mit Einschluß der Festungsartillerie gegen 600 erbeutet. Es war ein Sieg, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gekannt hatte, und — so fügten die jubelnden deutschen Berichte hinzu — wie sie ihn vielleicht niemals wiedersehen werde. Was ihm aber ganz besonderen Glanz verlieh, obgleich es politisch von geringem Belang schien, das war die Gefangennahme des Kaisers. Der saß während der Vormittagsstunden in trüber Stimmung in dem Schlößchen Bellevue und erwartete seinen Besieger. Der König Wilhelm empfing die Urkunde der Kapitulation bald nach 12 Uhr aus Moltkes Händen auf der Höhe von Donchéry, umgeben von einer großen Anzahl deutscher Prinzen; er ließ sie durch den Adjutanten von Treskow verlesen und knüpfte daran warme Worte des Dankes für seine Armee und seine Bundesgenossen; dann begab er sich nach Bellevue, wo er gegen 2 Uhr eintraf. Napoleon eilte ihm an der Thür entgegen und beide hatten dann eine viertelstündige Unterredung unter vier Augen, die den gedemütigten Kaiser zu Thränen rührte; er nahm das Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel, das ihm der König zum Aufenthalte vorschlug, an und sprach den Wunsch aus unter starker militärischer Bedeckung durch Frankreich geleitet zu werden. Am Morgen des nächsten Tages trat er die Reise an.

König Wilhelm.

Der König aber kehrte nach einem fünfstündigen Umritt bis Givonne, dann über Bazeilles im Wagen, erst nachts um 1 Uhr in sein Hauptquartier Vendresse zurück, mit unbeschreiblichem Jubel von all den Truppenteilen begrüßt, denen er auf auf seinem Wege begegnete. Schon am Abend des vorigen Tages hatte ihn das siegestrunkene Heer in tief ergreifender Weise gefeiert. Überall, wo er sich zeigte, stürmische Hurras, überall die brausenden Klänge des Preußenliedes und der Wacht am Rhein, oder das Lichtmeer einer schnell hergestellten Illumination. Dieselben Scenen wiederholten sich nun auch am Nachmittag und Abend des 2. September. Und wie das Heer dem Könige, so huldigte der König dem Heere und seinen bewährten Ratgebern. Bei der Tafel am nächsten Tage trank er auf das Wohl der braven Armee, auf den Minister Roon, der die Waffen geschärft, auf Moltke, der sie geleitet, auf Bismarck, dessen Politik Preußen auf diesen Höhepunkt gebracht habe. In würdevoller Bescheidenheit verteilte er die Anerkennung für all das Errungene auf seine treuen Gehilfen. Der Königin aber schrieb er an diesem Tage: Wenn ich mir denke, daß nach einem großen glücklichen Kriege ich während meiner Regierung nichts Ruhmreicheres mehr erwarten konnte, und ich nun diesen weltgeschichtlichen Akt erfolgt sehe, so beuge ich mich vor Gott, der allein mich, mein Heer und meine Mitverbündeten ausersehen hat, das Geschehene zu vollbringen und uns zu Werkzeugen Seines Willens bestellt hat: nur in diesem Sinne vermag ich das Werk aufzufassen um in Demut Gottes Führung und Seine Gnade zu preisen!

Jubel in Deutschland.

Unsäglicher Jubel aber verbreitete sich durch das ganze deutsche Land, als in den Morgenstunden des 3. September die große Siegeskunde erscholl. Gewaltig war alles das gewesen, was man in dem großen Augustmonat erlebt hatte; aber gewaltiger, zündender, berauschender als alles war diese märchenhafte Botschaft: Der Kaiser, der Kaiser gefangen! Mit zitternden Lippen rief es der eine dem anderen zu, die überwallenden Gefühle ertöteten in jeder Brust jeden anderen Gedanken, ein Herzschlag des ausgelassensten patriotischen Freudentaumels durchzuckte die ganze Nation. Stunden wie die hatte das deutsche Volk noch nicht erlebt, konnte es nicht wiedererhoffen. In den flaggengeschmückten Straßen drängten sich die jubelnden Scharen auf und nieder, aus den Schulhäusern strömten die frohlockenden Kinderscharen, aus den Fabriken die feiernden Arbeiter, auf den Marktplätzen sammelten sich die Hunderte und Tausende, und in mächtigem Chorus erscholl das Nun danket alle Gott und die Wacht am Rhein, löste ein donnerndes Hoch und Hurra das andere ab, verhallten Glockenklang und Böllerschüsse in dem brausenden Jubel der Menschenstimmen. Über den blutgetränkten Gefilden an der Mosel und Maas sah man in stolzer Herrlichkeit die Morgenröte des neuen Deutschen Reiches emporsteigen, und ungezählte Segenswünsche begrüßten den greisen Sieger als den Herzog, König, Kaiser der Deutschen.

Patriotische Forderungen.

Schon vor Sedan hatte es in der großen Mehrheit unseres Volkes festgestanden, daß die blutigen Opfer von Spichern und Wörth, von Vionville und Gravelotte nicht nutzlos gebracht sein dürften. Ein Aufruf, den hervorragende Männer in Berlin, der Oberbürgermeister Seidel, die Abgeordneten Lasker, Miquel, Löwe, Duncker, Bernuth u. a., am 30. August an das deutsche Volk erlassen, eine Adresse, die sie an den König gerichtet hatten, erneuerten das Gelöbnis keine Anstrengung zu scheuen bis die Begründung eines freien, einigen Reiches und die Erwerbung gesicherter Grenzen gelungen sei. In der begeisterten Erregung, welche der Schlacht von Sedan folgte, reiften die Wünsche zu unbedingten Forderungen: die Vereinigung des Südens mit dem Norden zu staatlicher Einheit, die Abtretung von Elsaß und Lothringen mit Straßburg und Metz waren vor den Thoren von Sedan entschieden. Ja, die Hoffnungen flogen noch höher: man hielt auch den Abschluß des Friedens für nahe bevorstehend, und selbst im Hauptquartier und in der Diplomatie teilte man diesen Glauben.

Das französische Volk.

Das erwies sich denn freilich als ein Irrtum, der dem französischen Volke weniger Ausdauer und verzweifelte Widerstandskraft zutraute, als es aus seinem bewunderungswürdigen Patriotismus zu schöpfen vermochte. Hatte der französische Soldat trotz der schlechten Führung und der mangelhaften Vorsorge, die ihm zu teil geworden, sich fast ausnahmslos durch glänzende Tapferkeit hervorgethan, so sollte jetzt die Zeit kommen, wo der französische Bürger trotz der Vergeblichkeit des Ringens und der niederschmetternden Wucht des Unglücks eine Leistungsfähigkeit und Opferwilligkeit zeigte, die auch dem Gegner gerechte Anerkennung abzwang. Freilich traten in dem Sturm

der Leidenschaften auch die schlechten Seiten des Volkscharakters grell zu Tage: Verlogenheit, Prahlerei, Selbstüberschätzung, Maßlosigkeit jeder Art verdunkelten den Glanz der begeisterten Vaterlandsliebe und beraubten sie der Reinheit, die sie allein zu einem Bade der Wiedergeburt, zu einem Quell der inneren Gesundung hätte machen können. Die Erkenntnis der eigenen Schuld, die dazu erforderlich gewesen wäre, wurde sogar geflissentlich zurückgedrängt und alle Verdammnis ausschließlich auf das Haupt des gefangenen Kaisers und seiner Gehilfen gehäuft. Aber das war vielleicht unerläßlich, wenn der Widerstand gegen den äußeren Feind wirklich Kraft gewinnen solle: ein büßendes, sich selbst erkennendes Volk wäre zu einem gewaltigen, Erfolg versprechenden Aufschwung nicht fähig gewesen. Erst wenn auch dieser Aufschwung furchtbar zu Boden geschmettert war, konnte die Nation den Weg zur Einkehr in sich selbst und zur Umkehr auf der betretenen Bahn finden; auf die Besiegung des Kaiserreichs mußte die Besiegung der Republik folgen um Frankreich zur Selbstbesinnung, zu dem Läuterungsprozeß, dessen es bedurfte, auch nur die Möglichkeit zu gewähren. Ob es dieselbe nachher benutzen werde, war eine andere Frage, deren Beantwortung erst von einer späteren Zeit erwartet werden konnte.

Die Revolution in Paris.

Gegen die ersten dumpfen Nachrichten über den Unglückstag von Sedan suchte man sich in Paris mit dem alten Rüstzeug zu wappnen: man verkleinerte, leugnete, verschwieg, was man vernahm, und sprach sich Mut ein durch die abenteuerlichsten Lügengerüchte; selbst einen Freischärlereinfall in Deutschland wagte man den Gläubigen vorzuspiegeln und ihnen zu erzählen, wie jeder Mann zwei Flaschen Petroleum mit sich führe und dank diesem neuen Kriegsmittel der Schwarzwald, dieser furchtbare Bundesgenosse der Deutschen, in hellen Flammen stehe. Palikao hatte den Kammern erst am 31. August versichert, daß die Preußen schon über 200 000 Mann verloren hätten; auf französischer Seite, so beteuerte er weiter am 3. September, würden binnen fünf Tagen 500 000 Kämpfer bereit stehen. Noch einmal gelang es ihm den Vorschlag Favres, Trochu an die Spitze der Verteidigung zu stellen, zurückzuweisen; aber am Abend wurde Wimpffens Kapitulation bekannt, und nun ergriff eine grenzenlose Aufregung die Pariser Bevölkerung. In großen Massen wälzte sie sich durch die Straßen, die Rufe Absetzung und Republik wurden immer ungestümer, Trochu und Gambetta wurden in lärmenden Ovationen gefeiert, hier und da kam es auch zu blutigen Zusammenstößen, bei denen einige Personen den Tod fanden. Der Präsident Schneider berief, gedrängt von einzelnen Abgeordneten, eine Nachtsitzung, die nach 1 Uhr früh am 4. September stattfand. Palikao erschien in derselben, völlig ratlos; er ließ es ohne Einspruch geschehen, daß Jules Favre die Absetzung des Kaisers, die Ernennung eines Verteidigungsausschusses, die Bestätigung Trochus als Gouverneur von Paris beantragte. Schweigend ward der Antrag angehört, schweigend die Sitzung aufgehoben und für 1 Uhr mittags eine neue anberaumt.

In der Zwischenzeit vereinigte sich das Ministerium mit der Kaiserin zu dem Gegenantrage, daß ein Regierungs- und Verteidigungsrat von fünf Mitgliedern unter dem Präsidium Palikaos die Leitung des Landes übernehme. Der Anblick, den der Eintrachtsplatz und die Brücke, die von ihm über die Seine zu dem Palaste des gesetzgebenden Körpers führt, den dieser Palast selbst und seine Umgebungen in der Mittagsstunde boten, lehrte schon, daß es für dieses Auskunftsmittel zu spät sei. Trotz des starken Aufgebotes von Truppen drängte sich das Volk in wilden Massen um den Palast zusammen und versperrte den Abgeordneten beinahe den Zugang. In dem Sitzungssaale empfing den Ministerpräsidenten wirrer Lärm und das ungestüme Verlangen nach Absetzung des Kaisers. Kaum hatte er seinen Antrag verlesen, so forderte Favre, daß die Abstimmung über den seinigen vorangehe, erhob sich Thiers um die Ernennung eines Verteidigungs- und Regierungsausschusses durch die Kammer und, sobald die Ereignisse es gestatteten, die Berufung einer neuen verfassunggebenden Versammlung zu fordern. Alle drei Anträge wurden auf Gambettas Vorschlag sofort an eine Kommission verwiesen und die Sitzung auf einige Zeit vertagt. Währenddessen wuchs der Lärm und das Gedränge in dem Palaste; die Zuhörer eilten von den Tribünen herunter und verkündeten den draußen Stehenden, die Absetzung sei beschlossen. In Wahrheit entschied sich die Kommission währenddessen für den Antrag von Thiers, der die kaiserliche Dynastie mit Stillschweigen überging und die Frage der Regierungsform einer späteren Zeit vorbehielt: es war ein geschickt gewählter Mittelweg, welcher der bonapartistischen Mehrheit die Schande ersparen sollte offen von ihrem Kaiser abzufallen, und der zugleich die Erneuerung des Orleansschen Königtums noch möglich erhielt. Aber die Kommission sollte mit diesem Vorschlage nicht mehr zu Worte kommen. Als der Präsident die Sitzung um 3 Uhr wiedereröffnete, wimmelte der Saal von Blusenmännern und Nationalgardisten: vergebens bemühte sich selbst Gambetta Ordnung und Ruhe herzustellen, es blieb nichts übrig als die Sitzung aufzuheben. Nun teilten sich die Scharen, und während ein Haufe nach dem Gefängnis von St. Pelagie zog um Rochefort aus demselben zu befreien, wandten sich andere mit Gambetta, Favre, Ferry nach dem Stadthause, der geheiligten Geburtsstätte aller revolutionären Regierungen. Um die gesetzlichen Körperschaften, um Ministerium, Senat und Kammer, kümmerte man sich nicht mehr. Der Senat saß unter Rouhers Präsidium seit 12 Uhr bei einander, vernahm die Meldungen, die ihm von draußen über die Ereignisse im gesetzgebenden Körper zukamen, und hörte mit lebhaftem Beifall die ehrenhaften Worte an, mit denen einzelne seiner Mitglieder, Chabrier, Poniatowski, Ségur, Nisard, ihre unverbrüchliche Anhänglichkeit an den Kaiser versicherten. Man war auf einen Sturm der Volksmenge gefaßt und wollte sich deshalb nicht trennen; doch als sich herausstellte, daß Paris nicht von fern an den Senat denke, empfahl Baroche mit einem Protest gegen die Vergewal-

tigung des gesetzgebenden Körpers auseinanderzugehen, damit jeder einzelne draußen nach Kräften die Dynastie verteidige. Aber diese hatte in der Person der Kaiserin um dieselbe Stunde ihre Sache schon als rettungslos verloren erkannt und das Feld geräumt. Entschlossen es nicht auf einen Bürgerkrieg ankommen zu lassen verließ die Regentin gegen 1 Uhr die Tuilerien und entkam in einem bescheidenen Fuhrwerk aus Paris um sich auf beschwerlicher Flucht nach Trouville in der Normandie zu retten, wo einige Getreue eine englische Yacht ausfindig machten, auf der die Kaiserin sich nach England einschiffte, das auch ihrem Sohne seit einigen Tagen einen Zufluchtsort bot. Das Ministerium war seit der Mittagssitzung der Kammer so gut wie nicht mehr vorhanden, und ein Versuch, den die Mehrheit des gesetzgebenden Körpers am Nachmittag machte um nach dem Antrag ihres Ausschusses die Vorschläge von Thiers zur Ausführung zu bringen, erwies auch deren Ohnmacht. Sie schickte Abgesandte, Daru, Buffet, Grévy, Martel, in das Stadthaus um mit den dortigen Machthabern sich zu verständigen. Aber hier waren die Dinge bereits so weit gediehen, daß man von keinem Zugeständnis mehr hören wollte. Die sämtlichen Abgeordneten von Paris mit Ausnahme von Thiers, der seine Mitwirkung verweigerte, waren zu einer Regierung der nationalen Verteidigung zusammengetreten und hatten Trochu bewogen an ihre Spitze zu treten. Ein Aufruf verkündete dies den Parisern und proklamierte die Republik. Jules Favre wurde Minister des Äußeren, Gambetta des Inneren, Crémieux der Justiz, Picard der Finanzen, Simon des Kultus; Ferry, Arago, Garnier Pagès, Glais-Bizoin, Pelletan, Rochefort gehörten der Regierung an ohne besondere Verwaltungszweige zu übernehmen; Leflô für den Krieg, Fourichon für die Marine, und ein paar andere wurden zu Ministern ernannt ohne Mitglieder der Regierung zu sein; die Polizeipräfektur erhielt Kératry. Gegen diese Thatsachen war die Kammer ohnmächtig. Abends um 8 Uhr trat sie noch zu einer letzten Sitzung zusammen: nicht Schneider oder einer der Vizepräsidenten, sondern Thiers führte den Vorsitz. Ihm zuliebe erschienen Favre und Simon um von dem Vorgefallenen Mitteilung zu machen; wenn Sie Ihre Zustimmung dazu geben, meinte Favre, so werden wir Ihnen erkenntlich sein; wenn nicht, so werden wir die Entscheidung Ihres Gewissens achten, aber uns die Freiheit des unserigen wahren. Alles, was Thiers unter diesen Umständen noch erreichen konnte, war, daß er sowohl die Zustimmung der Kammer als den Protest verhinderte, der von mehreren Seiten beantragt wurde. Er wollte der neuen Regierung kein Hemmnis in den Weg legen, weil er die Einigkeit der Parteien für das dringendste Erfordernis des Augenblicks erkannte; er wollte ihr aber auch keine gesetzliche Stellung verschaffen und nicht in sie eintreten, weil er seine monarchischen Hoffnungen für die Zukunft aufrechterhielt. So that die Kammer, was er ihr vorschlug: ohne einen Beschluß zu fassen ging sie um 10 Uhr auseinander und trat damit für immer vom Schauplatze ab.

Flucht der Kaiserin.

Die Regierung der nationalen Verteidigung.

Die Rüstungen der Republik und der Fall von Metz.

Jules Favres Rundschreiben.

Die neue Regierung entwickelte sofort eine rege Thätigkeit. Bei den europäischen Kabinetten führte sie Jules Favre durch ein Rundschreiben vom 6. September ein, das allerdings nicht den besten Eindruck machte. Er betonte darin die Unschuld der Republikaner an dem entbrannten Kriege, gab aber in demselben Atemzuge dessen Volkstümlichkeit zu, indem er sagte, er selbst habe sich ihm um den Preis seiner Popularität widersetzt; er fand, daß die Armee nach ihren Niederlagen größer dastehe als nach den glänzendsten Siegen, und versicherte, daß Frankreich keinen Zoll breit von seinem Boden, keinen Stein von seinen Festungen abtreten werde; er erwartete von dem Könige Wilhelm, daß er den Frieden anbieten werde, da er ja erklärt habe, er führe den Krieg nur gegen den Kaiser nicht gegen Frankreich, und nahm für die Sache seines Landes den Ruhm in Anspruch die des Rechtes und der Gerechtigkeit zu sein. Alles das ließ eine fruchtbare Thätigkeit nach praktischen Gesichtspunkten von dem neuen Minister nicht erwarten: ganz wie Napoleon trug er sich ausschließlich mit dem Gedanken irgendwo doch noch eine Allianz zustande zu bringen oder wohl gar Europa zu veranlassen dem siegreichen Deutschland den Frieden aufzuzwingen. Der leichtwiegende Beifall, den die Republikaner in den Vereinigten Staaten, in Spanien, Italien und der Schweiz der neuen Staatsform entgegentrugen, wurde maßlos überschätzt; daß Garibaldi sofort umsprang und den Freunden in Paris jede Unterstützung versprach, galt für ein großes Ereignis. Die tiefe Bestürzung über die Katastrophe von Sedan, die sich in den skandinavischen Ländern kundgab, belebte auch die Hoffnung auf ein nordisches Bündnis wieder, und selbst bei England, Rußland, Österreich wagte man noch einmal anzuklopfen und um Hilfe zu bitten. Wirklich hatte Granville, der angelegentlich um seine Vermittelung bestürmt wurde, trotz aller Abmahnungen der englischen Presse sogleich die Gefälligkeit durch Lord Lyons bei Bismarck anzufragen, ob er zu mündlichen Verhandlungen über einen Waffenstillstand bereit sei. Die mittelbare Antwort darauf gab ein Rundschreiben des Bundeskanzlers datiert Reims, 13. September, in dem unverhüllt ausgesprochen wurde, daß Deutschland die Festungen, mit denen Frankreich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze bedrohe, als defensive Bollwerke in seine Gewalt bringen müsse. Granville, von Thiers, der in außerordentlicher Sendung am 13. September in London eintraf, zu entschiedenerem Auftreten gedrängt, verhieß nun wirklich seine Vermittelung, empfahl aber dringend, daß Favre sich persönlich ins deutsche Hauptquartier begeben möge.

Zusammenkunft in Ferrières.

Als berechtigter Vertreter Frankreichs dort empfangen zu werden konnte er freilich nicht erwarten: Bismarck war der Ansicht, daß die Herren vom Pflaster, wie er sie in Privatgesprächen bezeichnete, keine Bürgschaft für die Dauer der mit ihnen geschlossenen Verträge bieten könnten.

Doch verwahrte er sich andererseits in einem Rundschreiben vom 16. September auch gegen die Annahme, als ob eine andere Regierung bessere Bedingungen erhalten werde; jede Regierung werde den Frieden nur als Waffenstillstand betrachten und bei günstiger Gelegenheit ebenso händelsüchtig und ruchlos wie in diesem Jahre den Krieg wiederbeginnen; dagegen müsse Deutschland sich schützen. Obgleich nun Favre den Mangel einer regelmäßigen Vollmacht dadurch zu beheben suchte, daß er in einem Rundschreiben vom 17. September auf den Entschluß der Regierung hinwies sobald als möglich eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, so konnte er mit Bismarck unter diesen Umständen doch nur eine private Unterredung haben und verließ, da sich der Bundeskanzler zu einer solchen bereit erklärte, ohne sich mit seinen Kollegen zu beraten am 18. Paris um das deutsche Hauptquartier aufzusuchen. Dasselbe war an diesem Tage bis in die unmittelbare Nähe der Hauptstadt vorgerückt; die erste Konferenz der beiden Staatsmänner fand am Nachmittag des 19. in dem Schlößchen Haute Maison bei Montry, die beiden folgenden am selben Abend und am Mittag des 20. in Ferrières, dem Landsitze des Barons Rothschild, statt. Eine Verständigung zu erzielen war bei der Verschiedenheit der Standpunkte und der beiden Naturen doch nicht möglich. Wenn Bismarck hinwarf, der Pöbel könne die bestehende Regierung ebenso schnell stürzen, wie er sie erhoben, so beteuerte Favre, daß es in Paris keinen Pöbel gebe sondern nur eine verständige, ergebene Bevölkerung; wenn Bismarck Straßburg als den Schlüssel zu unserem Hause bezeichnete, den er haben müsse, und als Umfang der Abtretung die Departements des Ober- und Niederrheins und (wenigstens teilweise) der Mosel angab, so drohte Favre mit Europa, das diese „Vernichtung" Frankreichs verhindern werde, und rief die neuen Ideen, die Fortschritte der Sitten, an, die es nicht gestatteten wider ihren Willen über die Bewohner dieser Gegenden zu verfügen. Alle Erörterungen über die Bedingungen des Friedens waren in Bismarcks Augen von vornherein bloß akademischer Art; es gab für ihn nur eine Frage, die praktisch gelöst werden konnte: das war die, ob man einen Waffenstillstand von 2—3 Wochen schließen wolle, währenddessen das Land Abgeordnete mit dem Auftrag eine regelmäßige Regierung zu ernennen erwählen solle. Er beriet darüber mit dem Könige und knüpfte die Gewährung an die Bedingung, daß Straßburg, Bitsch, Toul und — falls die Versammlung in Paris tagen solle — auch das Fort des Mont Valérien den Deutschen übergeben werde; bei Straßburg, dessen Einnahme ohnedies bevorstehe, müsse sich außerdem die Besatzung in Kriegsgefangenschaft begeben. Das erschien Favre unerträglich. Sie vergessen, Herr Graf, so fuhr er auf, daß Sie zu einem Franzosen reden! Es wäre eine Feigheit diese heldenmütige Besatzung zu opfern! Dann nahm er unter vergeblichen Anstrengungen seine Thränen zu ersticken Abschied und berichtete nach der Rückkehr seinen Kollegen und den Parisern in einem langen Aktenstücke über die Erfolglosigkeit seiner

Reise. Der Fall Touls an demselben Tage und Straßburgs eine Woche später ließ die großen Worte des unglücklichen Diplomaten in einem doppelt ungünstigen Lichte erscheinen.

Thiers Rundreise.

Thiers fuhr inzwischen mit dem ganzen jugendlichen Eifer seines rüstigen Alters fort die Neutralen für Frankreich zu gewinnen. Die Reise nach London, zu der er sich durch Favre hatte bestimmen lassen, war nur das erste Glied einer umfangreicheren Sendung: es galt alle die Kabinette, welche dem Neutralitätsbündnisse beigetreten waren, zu gemeinsamem Handeln zu bewegen, da sie ja auf selbständiges Eingreifen verzichtet hatten. Am schwierigsten war diese Aufgabe in Petersburg, wo Thiers am 27. September ankam. Gortschakoff und der Kaiser selbst nahmen ihn sehr wohlwollend auf, aber die einzige Hoffnung, die sie ihm machten, war, daß König Wilhelm sich beim Friedensschluß ebenso edelmütig zeigen werde, wie groß und glücklich im Kriege. Ungefähr denselben Sinn hatte eine Note Granvilles vom 4. Oktober; sie lehnte die Erwartung, als ob die neutralen Mächte ihre Vorstellungen Deutschland gegenüber mit Drohungen unterstützen würden, entschieden ab und erhoffte den Frieden nur von dem moralischen Mute des Besiegten und der Mäßigung des Siegers. Noch viel zurückhaltender war Graf Beust geworden: er meinte am 3. Oktober, Österreich sei am wenigsten in der Lage mit Aussicht auf Erfolg Preußen zum Frieden zu raten und müsse sich begnügen England und Rußland dazu aufzufordern; und als er von diesen Mächten ablehnende Antworten erhielt, schrieb er zwar an seinen Gesandten in Berlin am 13. Oktober eine Note voll bitterer Anklagen gegen Preußen, wagte aber doch nicht ihm eine Einmischung aufzutragen. Daß Italien sich nicht veranlaßt fand für die Republik Frankreich mehr zu thun als für das Kaiserreich, war selbstverständlich; der Prinz Napoleon hatte noch in den letzten Augusttagen vergeblich alle Beredsamkeit aufgeboten um seinen Schwiegervater in den Krieg hineinzuzerren; dann löste ihn ein außerordentlicher Gesandter Favres ab; aber obgleich die vertriebene Kaiserin, die auch an die Herrscher von Österreich und Rußland zur Befürwortung von Thiers' Sendung flehentliche Briefe schrieb, ihn dabei unterstützte, hatte er keinen Erfolg. Viktor Emanuel zog es vor nach Rom zu gehen und auf diese Weise sich seinen Anteil an der Katastrophe von Sedan zu sichern. Als endlich Thiers, der in der ersten Oktoberwoche nach Wien gekommen war, sich von da nach Florenz begab, mußte er es nach acht Tagen mit der Gewißheit verlassen, daß Frankreich von keiner der großen Mächte bewaffneten Beistand erwarten dürfe.

Burnside und Regnier.

Ein paar andere Versuche den Frieden zu fördern wurden in halb privater Weise unternommen, so von dem amerikanischen General Burnside, der am 1. Oktober aus dem preußischen Hauptquartier in das umschlossene Paris ging, und durch einen sonderbaren Abenteurer, namens Regnier, der sich bei Bismarck Gehör zu verschaffen wußte und dann in Metz eingelassen wurde; hier bewog er Bourbaki sich zur Kaiserin nach

England zu begeben, und machte es dadurch dem General möglich in diesem Kriege später noch eine beklagenswerte Rolle zu spielen.

Die Außenregierung in Tours.

Erfolgreicher als in ihrer diplomatischen Thätigkeit war die nationale Regierung in der Organisation neuer Streitkräfte und in der Aufstachelung des Landes. Da man voraussah, daß die Verbindung der Hauptstadt mit den Provinzen in kurzer Zeit unterbrochen sein werde, verlegte sie einen Zweig der Regierung von Paris nach Tours und bestimmte dazu anfangs nur Crémieux, dann auch Glais-Bizoin und den Admiral Fourichon, denen Vertreter der verschiedenen Ministerien, besonders Chaudordy für das Äußere, zur Seite standen. Aber bei dem besten Willen war die Außenregierung ihrer Aufgabe nicht gewachsen; dazu bedurfte es einer Kraft, die rüstiger war als die beiden alten Oppositionsmänner und populärer als der wenig bekannte Admiral. Die Opferwilligkeit war in den meisten Gegenden so groß, daß eine feste Leitung not that, wenn nicht wertvolle Kräfte in ungeordneter Weise vergeudet werden sollten; nur ein Diktator, der durch rücksichtslose Gewaltthätigkeit das ersetzte, was ihm an gesetzlicher Berechtigung abging, konnte hier helfen, und der fand sich in Leon Gambetta. Als er in der umzingelten Kapitale die Nachricht erhielt, daß die Außenregierung das Heft aus den Händen verliere, schlug er den einzigen Weg ein, welchen ihm die deutschen Truppen offenließen: ein Luftballon trug ihn am 6. Oktober aus Paris hinaus, und sofort kam Nachdruck und Einheit in die Rüstungen, die bereits an einer verhängnisvollen Zersplitterung litten. Die Radikalen der großen Städte fühlten sich nämlich durchaus nicht verpflichtet den Befehlen der Pariser Machthaber zu gehorchen; in Marseille, Lyon, Toulouse zogen sie die rote Fahne auf und setzten Wohlfahrtsausschüsse und Gemeinderäte (Kommunen) ein, deren Abgeordnete zu einem Konvente in Lyon zusammentreten sollten. Nicht mit den vormals kaiserlichen Beamten allein sondern, wo ihre Macht hinreichte, auch mit den republikanischen Präfekten und Maires machten sie wenig Umstände: Challemel-Lacour, den die Pariser Regierung nach Lyon geschickt hatte, und Hénon, der Maire der Stadt, mußten ins Gefängnis wandern, und Crémieux war schwach genug um größeren Wirren vorzubeugen die rote Fahne in Lyon anzuerkennen. Das große Wort führte in der zweiten Stadt des Landes der General Cluseret, der seinen Rang sich im amerikanischen Sonderbundskriege geholt und nach dem Sturz des Kaiserreiches sofort in Paris einen Zeitungskampf gegen Gambetta, der sich besser als Steinmetz um König Wilhelm verdient mache, eröffnet hatte. Was es an ausländischen Sozialisten und Revolutionären in Frankreich gab, schloß sich der Lyoner Kommune an, sei es um wie Bakunin, der Russe, eine politische Rolle zu spielen, sei es um wie der Pole Dombrowski unter dem roten Banner ins Feld zu ziehen. Das ganze Rhonethal mit Einschluß von Marseille war von dieser Bewegung derart beherrscht, daß die Vertreter von dreizehn Departements eine Liga des Südens abschlossen, die ihre Waffen zunächst

Gambetta.

Parteiungen in den Provinzen.

zwar gegen die Deutschen kehrte, zugleich aber die Wirksamkeit der Pariser Regierung völlig aufhob. Andererseits ließen in den westlichen Landesteilen die königlich und katholisch Gesinnten ihre Stimme vernehmen. Schon ertönten in der Bretagne die Kampflieder im Namen des Grafen von Chambord:

Ja, von des vierten Heinrichs Blut
Fließt noch ein Tropfen, rein und gut,
Daß unser Frankreich wieder werde
Nächst Gottes Himmelreich das schönste Reich der Erde;
Drum mutig, treibt die Bösen fort:
Heinrich der Fünft' ist unser Hort!
Voran, daß man den Weg ihm bahne,
Ihm, Frankreichs wahrem Herrn, und seiner weißen Fahne!

In der Vendée bildeten die Cathélineau, Charette und andere Führer der Ultramontanen auf eigene Hand Freischaren, in Rennes vereinigten sich die Präfekten von elf Departements um eine Liga des Westens zu bilden. Die Gefahr, welche der Pariser Regierung von dieser Seite drohte, war wohl minder groß als die, welche im Rhonethal und an der Südküste aufstieg; aber verhängnisvoll mußte auch sie werden, zumal wenn der Westen und der Süden, die Legitimität und der Radikalismus, aneinander gerieten: es war kaum wahrscheinlich, daß dann die gemäßigte Mitte, als deren Vertreter man Favre und selbst Gambetta betrachten mußte, sich am Ruder zu behaupten vermochte. Daß die Verteidigung des Landes in jedem Falle gelähmt wurde, sobald sie hier von der einen, dort von der anderen Seite zur Parteisache gemacht ward, lag nicht minder klar auf der Hand, und es war somit dringendste Pflicht der nationalen Regierung nicht bloß um ihrer Selbsterhaltung, sondern um der wahren Interessen des Landes willen die sektiererischen Regungen so schnell wie möglich zu ersticken.

Die beabsichtigten Wahlen.

Das beste Mittel dazu konnte man aber schon nicht mehr gebrauchen: es hätte darin bestanden das Land zu befragen und von ihm die Bestätigung der Regierung einzuholen. Anfänglich lag das in der Absicht Favres und seiner Kollegen: bedurften sie doch auch dem Auslande gegenüber dieser Bestätigung. Demgemäß bestimmte ein Dekret vom 8. September, daß am 16. Oktober die Wahl von 764 Abgeordneten zur verfassunggebenden Nationalversammlung stattfinden solle; auch wurden etwas später für die letzten Septembertage die Neuwahlen der Gemeinderäte angeordnet. Allein bei dem leidenschaftlichen Parteitreiben, das in weiten Teilen des Landes die Herrschaft gewonnen hatte, stiegen der Regierung denn doch Bedenken auf: sie mußte fürchten sich einer feindlichen Mehrheit gegenüber zu finden, die ihrerseits wieder aus den unvereinbarsten Elementen gemischt wäre. Am 24. September erging also ein neues Dekret, welches die Gemeinde- sowie die Abgeordnetenwahlen aufschob. Doch die Außenregierung hatte nicht die Kraft es durchzusetzen. Da sie nur durch Nachgiebigkeit und Kompromisse ihr

Ansehen in Lyon und Marseille zu erhalten vermochte, so stellte sie den 16. Oktober als Wahltag wieder her und beschwichtigte die Schreier überdies durch Maßregeln der gefährlichsten Art. So entsandte Crémieux Kommissare in die einzelnen Departements, gab ihnen Vollmacht Generale ein- und abzusetzen, ließ den kommandierenden General Mazure in Lyon verhaften und übernahm, als Fourichon infolgedessen seine Entlassung forderte, er, der 74jährige, des Krieges ganz unkundige Mann auch noch das Kriegsministerium. Wenige Tage darauf erschien Gambetta und nahm diese Last auf seine eigenen Schultern; bezüglich der Wahlen brachte er ein Dekret der Pariser Regierung mit, kraft dessen die Vertagung derselben von neuem angeordnet wurde, und trotz der Schritte, die auch von gemäßigten Republikanern wie Grévy dagegen gethan wurden, hielt er fest daran. Gegen die radikale Wirtschaft in Marseille, Toulouse und anderen Städten ergriff er die entschlossensten Mittel, und das Gewicht seines Namens, der Ruf unbeugsamer Energie, der ihm voranging, die Unterstützung Garibaldis, Castelars, Orenses und anderer ausländischer Republikaner, die mit ihm zugleich in Tours eintrafen und sich ihm zur Verfügung stellten, gaben ihm die Kraft der feindlichen Strömungen Herr zu werden. Durch prahlerische, von erlogenen Siegen und erdichteten Regimentern strotzende Proklamationen wußte er den Mut anzustacheln und sich selbst mit dem Nimbus des Retters zu umgeben; dabei arbeitete er in der That unaufhörlich an der Organisierung der Wehrkraft des Landes, zog anfangs wenigstens unterschiedslos die Männer aller Parteien heran und beanspruchte und behauptete dennoch über sie alle ein diktatorisches Ansehen. Wären ihm nicht militärische Kenntnisse völlig abgegangen, so hätte die Politik des unbedingten Widerstandes keinen geeigneteren Vertreter finden können als ihn.

Gambettas Diktatur.

Die Grundlagen des von Niel entworfenen Heersystems blieben natürlich auch für Gambetta maßgebend; seine Neuerungen bestanden darin, daß er einerseits immer neue Jahrgänge der Mobilgarde dem Linienheer überwies und dafür neue Jahrgänge der Nationalgarde mobilisierte, andererseits außerordentliche Korps schuf, die teils, wie die Fremdenlegion Garibaldis, zum geordneten Kampfe, teils, wie die Freischützenbanden, nur zum Kleinkrieg verwandt werden sollten. Ihren Gipfelpunkt erreichte diese Thätigkeit durch das Dekret vom 2. November, das nach dem Vorbilde der ersten Revolution das Massenaufgebot anordnete. Die rechte Hand Gambettas bei allen seinen Maßregeln war der Ingenieur Freycinet, der besonders den Bureaudienst, die Anfertigung von Karten u. dgl. musterhaft leitete, auf der anderen Seite aber von einer noch größeren Hast und Ungeduld war als sein Meister, und den kommandierenden Generalen das Leben sehr schwer machte. Abgesehen von den Heeren in Metz und Paris zerlegte Gambetta am 12. Oktober Frankreich in vier Militärkommandos, von denen das des Nordens (Lille) Bourbaki, das des Westens (Le Mans) Fiérek, das der Mitte (Bourges)

Seine Rüstungen.

Polhès, das des Ostens (Besançon) Cambriels leiten sollte. Die organisierten Truppen, die ihnen als Kern für ihre Neubildungen dienen konnten, waren überall geringfügig; nur in dem Kommando der Mitte durfte die Loire-Armee unter General Lamotterouge für einen tüchtigen Ansatz gelten. Gerade hier aber griffen Gambetta und Freycinet auch am rücksichtslosesten dazwischen und erschwerten den Fachmännern ihre Arbeit in beispielloser Weise.

Belagerung von Metz.

Die deutsche Armee hielt unterdessen Paris wie Metz mit eisernen Armen umschlossen. Bazaine hatte zuerst am 26. August nach Norden hin durchbrechen wollen. Das Regenwetter hielt ihn aber zurück und ein Kriegsrat, dem er von der Armee Mac Mahons keine Kenntnis gab, entschied in der Meinung, daß die Munition ungenügend und Metz nach dem Abzug verloren sei, für das Verbleiben in der Festung. Nach Empfang der Nachricht, daß Mac Mahon auf Metz marschiere, machte Bazaine dann doch noch, fast in denselben Stunden, wo um Sedan gekämpft wurde, einen großen Versuch die Reihen der Belagerer zu durch-

Noisseville.

brechen. Am Morgen des 31. August bemerkten die deutschen Beobachtungsposten, wie das ganze französische Heer die Mosel überschritt und auf dem rechten Ufer aufmarschierte. Es standen ihm dort nur das I. Korps unter Manteuffel und die Division Kummer gegenüber: ein sofortiger energischer Vorstoß bot daher die besten Aussichten des Gelingens. Allein ohne ersichtlichen Grund verzögerte sich der Angriff bis 4 Uhr nachmittags, und wenn es der großen Übermacht auch jetzt noch gelang die Deutschen zurückzudrängen, auf dem rechten Flügel (Leboeuf) Noisseville, im Centrum (Ladmirault) wenigstens vorübergehend Servigny, und links (Canrobert) die Höhen nordwestlich von Failly zu nehmen, so war darüber doch die Nacht hereingebrochen und bis zum anderen Morgen war den Deutschen genügende Unterstützung gewiß. Manstein mit seinen Holsteinern und Hessen, Teile des westfälischen, des brandenburgischen und des hannoverschen Korps waren herangeeilt, der Großherzog von Mecklenburg, der mit einem neugebildeten Korps (der zurückgelassenen holsteinischen Division und Landwehrtruppen) anrückte, mußte im Laufe des Tages das Schlachtfeld erreichen. Manteuffel, dem Friedrich Karl auch am 1. September den Oberbefehl beließ, eröffnete den Kampf schon bald nach 4 Uhr morgens. In heißem Angriffe gelang es ihm das verlorene Terrain, gegen 11 Uhr auch Noisseville wiederzunehmen, und ehe es Mittag war, befand sich der Feind überall im vollen Rückzug in die Festung. Auch diesmal hatte Bazaine nicht die Entschlossenheit gehabt seine volle Kraft für den Sieg einzusetzen; mehr als die Hälfte seiner 140 000 Mann war gar nicht ins Feuer gekommen. Die Verluste waren auf beiden Seiten etwa gleich, 3500 Franzosen gegen 3000 Deutsche.

Fortdauer der Belagerung.

Nach diesem ersten unglücklichen Durchbruchsversuche verhielt sich der Marschall wochenlang fast unthätig. Von der Außenwelt war er so völlig abgeschlossen, daß er die Nachricht von Sedan und von der

Revolution in Paris erst durch die Auswechselung von Gefangenen, die Meldung, daß Straßburg gefallen sei, erst durch einen Parlamentär erhielt. Den Sturz des Kaisers teilte er der Armee am 10. September mit und erinnerte sie daran, daß ihre Pflichten gegen das Vaterland von der Form der Regierung unabhängig seien. Allein unsicher über die politische Rolle, die er jetzt spielen solle, und durch den sinkenden Mut seiner Leute sowie durch den Mangel an kräftigen Pferden täglich unfähiger zu Operationen in offenem Felde, glaubte er sich abwartend verhalten zu müssen um dadurch vielleicht Metz für Frankreich und die Armee für mögliche innere Kämpfe nach dem Friedensschlusse zu erhalten. Am 24. September schlug er dem Prinzen Friedrich Karl sogar durch Regnier vor ihm freien Abzug zu gewähren und die Armee bis zum Frieden zu neutralisieren; auch dem Grafen Bismarck ließ er am 29. ähnliche Anträge zugehen. Die deutsche Heeresleitung fuhr währenddessen fort die Umzingelung zu verstärken. Wohl kamen mit der schlechteren Jahreszeit schlimme Wochen, wo der Regen die Leichenhügel zerstörte und die aufgespülten Kadaver die Luft verpesteten, wo die Lager in Sümpfe verwandelt waren und die dürftigen Laubhütten keinen Schutz mehr gewährten, wo der fünfte Teil der Belagerer in den Lazaretten lag und zu dem Ausbruch verheerender Krankheiten sich Schwierigkeiten der Verpflegung gesellten. Indessen auch diesen Leiden bot der deutsche Soldat ausdauernd Trotz und seitens der Vereine, die sich in Deutschland gebildet hatten, geschah alles, was möglich war um die Intendantur in ihrer mühsamen Aufgabe zu unterstützen. Zu einer wirklichen Belagerung überzugehen und die schweren Geschütze von Toul und Straßburg nach der Einnahme dieser Plätze gegen die Forts von Metz zu richten erwies sich bei näherer Prüfung als nutzlos; ebenso der großartige Plan die Mosel unterhalb der Stadt bei Argancy durch einen Steindamm aufzustauen um die feindlichen Lager zwischen den Forts unter Wasser zu setzen — eine Arbeit, die gegen vier Monate erfordert haben würde. Man mußte schlechterdings warten, bis der Hunger den Feind zur Übergabe trieb, und die häufigen kleinen Ausfälle, die Ende September zu dem ersichtlichen Zweck der Fouragierung stattfanden, ließen hoffen, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr allzufern sei.

Ausfälle.

Immerhin war es möglich, daß Bazaine noch durch eine letzte große Anstrengung zu entkommen suchte, und als er sich in der Nacht zum 2. Oktober durch einen Überfall in den Besitz des Schlosses Ladonchamps, gerade nördlich von Metz, setzte, erwartete man hier, wo Kummer mit der Landwehr stand, einen heftigen Angriff. Mehrere Tage verstrichen unter unaufhörlichem Geplänkel, erst am 7. erfolgte wirklich ein Ausfall. Aber da man deutscherseits darauf gefaßt war, so stießen die Franzosen bald auf kräftigen Widerstand; von rechts her griff eine hannoversche, von links eine brandenburgische Brigade ein, und bei Einbruch der Dämmerung war der alte Besitzstand wiederhergestellt; der Kampf hatte den Deutschen fast 1800, den Franzosen über 1200 Mann gekostet. Von

Kapitulationsverhandlungen.

seiten Bazaines war es auf einen wirklichen Durchbruch gar nicht abgesehen; der Ausfall sollte nur die Waffenehre retten und Verhandlungen einleiten. Noch am 7. berief der Marschall einen Kriegsrat auf den 10. Oktober, und in diesem wurde beschlossen sofort, ehe die Not den höchsten Gipfel erreicht habe, Unterhandlungen mit dem Feinde zu beginnen, und nur wenn dieser ehrenhafte Bedingungen verweigere, noch einmal einen Ausweg zu suchen. Der Abgesandte Bazaines, General Boyer, der sich infolgedessen am 12. Oktober ins große Hauptquartier begab, fand Bismarck bereit gegen Übergabe der Festung Metz der Armee freien Abzug zu gewähren, falls dieselbe sich verpflichte für die Sache der Kaiserin einzutreten, letztere aber in die deutschen Friedensbedingungen willige und nach dem Orte, wohin die Armee sich begebe, eine Nationalversammlung berufe, die über die künftige Regierungsform zu entscheiden habe. Als Boyer mit dieser Auskunft zurückkehrte, beschloß ein neuer Kriegsrat am 18. Oktober den Unterhändler nach Chiselhurst zu senden, wo die Kaiserin ihren Aufenthalt genommen hatte; er sollte sich davon überzeugen, ob sie einen solchen Vertrag mit dem Feinde schließen wolle und sie anderenfalls bitten die Armee des Eides für den Kaiser zu entbinden. Weder zu dem einen noch zu dem anderen konnte die vertriebene Fürstin sich entschließen; statt dessen versprach sie die größten Anstrengungen zu Gunsten der Armee zu machen und veranlaßte dadurch Bismarck zum völligen Abbruch der politischen Verhandlungen und zu der Mitteilung an Bazaine, daß die Lage wieder eine ausschließlich militärische geworden sei; in demselben Sinne antwortete König Wilhelm der Kaiserin in einem Briefe vom 25. Oktober. Der französische Marschall konnte nun nicht länger zaudern; auf seine Bitte gewährte Friedrich Karl am 25. mittags dem 80jährigen Changarnier, der sich mit in Metz befand, eine Audienz und bevollmächtigte dann seinen Generalstabschef Stiehle zu Unterhandlungen, die abends in dem Schlößchen Frescaty südlich von Metz am rechten Moselufer begannen: französischerseits führte sie General Cissey. Nach langen vergeblichen Versuchen das Schicksal der Festung von dem der Armee zu trennen kam ein Vertrag zustande, der die Übergabe des Platzes und des Heeres bestimmte; nur über untergeordnete Punkte, besonders darüber, ob allen Offizieren, oder nur denen, welche auf ihr Wort nicht mehr gegen Deutschland zu kämpfen die Freiheit erhielten, ihre Waffen gelassen werden sollten, wurde noch keine Verständigung erzielt. Da nach der Kapitulation von Sedan verschiedene Offiziere ihr Wort gebrochen oder, wie General Ducrot, durch Deuteleien umgangen hatten, war vom Könige der ausdrückliche Befehl erteilt worden diese Ehrenbezeugung nur in der angegebenen Beschränkung einzuräumen. Der neue Kriegsrat, den Bazaine auf diese Nachrichten hin am 26. früh abhielt, beschloß nochmalige Verhandlungen darüber zu fordern; sie fanden abends in Frescaty zwischen Stiehle und dem französischen Generalstabschef Jarras statt, zogen sich bis 1 Uhr nachts hin und bewogen den preußischen Unterhändler den Prinzen Friedrich Karl um

nochmalige Anfrage beim Könige zu bitten. Ein paar Stunden später traf eine zustimmende Antwort ein, und nun wurde am späten Abend des 27. Oktober die Kapitulationsurkunde in Frescaty von Jarras und Stiehle unterzeichnet. Die Ausführung ward auf den 29. angesetzt: 173 000 Mann, darunter 6000 Offiziere und drei Marschälle von Frankreich (Bazaine, Canrobert, Leboeuf) gerieten in Gefangenschaft. Die vollständige Auslieferung der Adler und Fahnen wurde durch einige französische Generale vereitelt, die trotz der Bestimmung der Kapitulation mit der Vernichtung begannen, an der Vollendung dieses Vertragsbruches aber durch Bazaine verhindert wurden. Die materielle Tragweite der Übergabe übertraf noch die von Sedan, die moralische Bedeutung jenes großen Tages konnte freilich nur noch ein Ereignis erreichen, der Friedensschluß. König Wilhelm verlieh seinem Danke für den neuen Erfolg dadurch Ausdruck, daß er den Kronprinzen und den Prinzen Friedrich Karl zu Feldmarschällen ernannte und Moltke in den Grafenstand erhob. König Ludwig von Bayern aber gab dem obersten Heerführer der Deutschen seine Freude in einem Telegramme kund, das mit den Worten schloß: Wenn einst die Nachwelt die glänzenden Erfolge überblickt, welche die deutschen Heere unter Ihrer Führung unaufhaltsam erfochten, so wird sie mit Recht Ihnen den Namen „Wilhelm der Siegreiche" beilegen!

Die Kapitulation.

Versuche zum Entsatz von Paris.

Zeit zur Rast ließ die deutsche Heeresführung auch nach diesem neuen Triumphe weder sich selbst noch den Truppen. Galt es doch jetzt mit aller Kraft den gewaltigen Anstrengungen entgegenzutreten, die Gambetta zum Entsatz von Paris machte. Bereits vor dem Abschluß der Kapitulation war ein Befehl eingetroffen, der die vormals von Steinmetz geführte I. Armee wiederherstellte und Manteuffel das Kommando übertrug; das preußische Korps übernahm General von Bentheim. Aufgabe der I. Armee wurde es im Norden Frankreichs zu operieren, insbesondere auch die zahlreichen Festungen an der Maaslinie zu nehmen; die II. Armee dagegen wurde bestimmt in das Herz Frankreichs an die Loire zu ziehen, wo die schwierigsten Kämpfe ihrer harrten. Gegen die Truppenkörper, welche Cambriels in den östlichen Departements sammelte, war schon seit dem Fall Straßburgs General von Werder mit der badischen Division und den zu dieser gestoßenen Landwehrregimentern verfügbar; die Rüstungen im Westen, die an Fiéreks Stelle jetzt Kératry leitete, mußte man schon aus geographischen Gründen einstweilen ungestört lassen; übrigens waren sie auch noch am weitesten im Rückstande.

Verteilung der Belagerungsarmee.

Die Belagerung der elsässischen Hauptstadt war in Deutschland mit einer Teilnahme verfolgt, der selbst die soviel größeren Ereignisse

Straßburg.

auf den Hauptschauplätzen des Krieges keinen Abbruch thaten. Anfangs hatte man auf einen schnellen Erfolg gehofft, doch zeigte sich bald, daß der Kommandant, General Uhrich, zum ausdauernden Widerstande entschlossen war. Er verfügte über etwa 25 000 Mann, darunter freilich fast ein Drittel wenig brauchbarer Nationalgarden und zu wenig Pioniere. Angreifbar war die Stadt nur von Nordwesten, da die anderen Seiten durch Überschwemmungen gedeckt waren. Werder suchte zuerst vom 24. bis 27. August durch ein Bombardement, das große Verheerungen anrichtete, unter anderen auch die kostbare Bibliothek zerstörte und das Münster vielfach beschädigte, die Bevölkerung einzuschüchtern und zu einem Druck auf den Kommandanten zu treiben; die heftigen Anklagen, daß eine solche Kriegführung barbarisch sei, konnten ihn umsoweniger beeinflussen, als von der Citadelle von Straßburg aus schon ein paar Tage früher das gegenüberliegende unbefestigte Kehl beschossen war, von Saarbrücken ganz zu schweigen. Doch stand er von dem Bombardement ab, als sich zeigte, daß es seinen Zweck nicht erreiche, und begann nun die regelrechte Belagerung mit solchem Eifer, daß schon in der Nacht zum 30. August die erste Parallele vor dem Steinthore eröffnet wurde. Durch heftiges Artilleriefeuer und wiederholte Ausfälle suchten die Franzosen den Feind von dort wiederzuvertreiben oder doch wenigstens den Bau der zweiten Parallele zu verhindern; allein beides mißlang. Am Morgen des 9. September war die zweite, früh am 12. die dritte Parallele fertig; acht Tage später fanden die Belagerer zwei Vorwerke der Festung geräumt, und alles wurde nun für einen Sturm vorbereitet. Schon war Bresche in den Hauptwall geschossen, da erschien am Abend des 27. September die weiße Fahne auf dem Münsterturm; die Verhandlungen wurden eingeleitet und führten schnell zum Abschluß auf Grund der üblichen Bedingungen: über 17 000 Mann, 1200 Geschütze, große Vorräte an Kriegsmaterial und Baarbestände von 10 Millionen Franken fielen dem Sieger in die Hände.

Der Festungskrieg.

Während nun Werder südwestwärts vormarschierte, wurde die Eroberung der anderen elsässischen Festungen einer Reservedivision unter General Schmeling anvertraut, die am 24. Oktober Schlettstadt, am 7. November Fort Mortier und am 10. Neubreisach bezwang. Von den lothringischen Festungen hatte sich Toul schon am 23. September dem Großherzog von Mecklenburg ergeben, der am 16. Oktober auch Soissons nahm; Verdun hielt sich bis zum 8. November, Pfalzburg gar bis zum 14. Dezember, Diedenhofen war der erste Platz, den die westfälische Division Kameke, die vornehmlich den Festungskrieg im Norden führte, zum Kapitulieren nötigte (am 24. November); Montmédy folgte am 14. Dezember, Mézières am 2. Januar 1871, Rocroy am 5., Longwy am 25., alle unter den Bedingungen der Kapitulation von Sedan. Die Belagerung und Einnahme einiger anderen Festen wie Laon, La Fère, Péronne hing mit größeren Unternehmungen zusammen und wird im Zusammenhange damit erwähnt werden.

Die größte und gewaltigste aller Festungen aber war Paris, auf das die beiden kronprinzlichen Armeen sofort von Sedan losgerückt waren. Zur Bewachung der kriegsgefangenen französischen Truppen, die nur allmählich nach Deutschland übergeführt werden konnten, blieben die Korps von Bose und von der Tann einstweilen bei Sedan zurück; die übrigen deutschen Streitkräfte langten in der Stärke von 147 000 Mann mit 622 Geschützen am 19. September vor Paris an. Unter den Zwischenfällen des Anmarsches war nur einer von größerer Bedeutung: als sich am 9. September die Citadelle von Laon dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg ergeben hatte, sprengte ein französischer Soldat das Pulvermagazin in dem Augenblicke, wo die Räumung vollzogen war, in die Luft; mehr als 100 Deutsche und etwa die dreifache Zahl von Franzosen wurden die Opfer der Schandthat; die Pariser Blätter aber frohlockten über den Heldenmut des neuen Leonidas und priesen die Katastrophe von Laon als ein kleines Vorspiel dessen, was die Preußen in Paris erwarte. Umzingelung von Paris.

Von der Widerstandskraft der Hauptstadt sich im voraus ein zuverlässiges Bild zu machen war für Freund und Feind gleich unmöglich. Seitdem Thiers im Jahre 1840 die Erbauung der Umwallung und der Forts durchgesetzt hatte, waren die Verhältnisse vielfach andere geworden, so daß die damaligen Voraussetzungen nicht mehr zutrafen. Einerseits war die Artillerie in den letzten dreißig Jahren so sehr vervollkommnet, daß die Entfernung der Forts von der Umwallung, die etwa 2500 Meter betrug, nicht mehr ausreichte um dem Feinde die Besetzung der Stellungen zu verwehren, von denen aus er die Stadt selbst beschießen konnte. Auch hatte der Ausbau des Eisenbahnnetzes die Möglichkeit geschaffen nicht allein für die Belagerungsarmee den Proviant Tag für Tag herbeizuführen, sondern auch in verhältnismäßig kurzer Frist die Belagerungsgeschütze kommen zu lassen. War man also 1840 von der Erwartung ausgegangen, daß Paris für zwei Monate mit Lebensmitteln versorgt werden könne, während es dem Feinde nicht möglich sei eine Armee von 400 000 Mann (denn soviel hielt man zur Einschließung für erforderlich) auf die Dauer zu ernähren, so waren diese Voraussetzungen jetzt hinfällig. Allein auch zu Gunsten der Belagerten war manches anders geworden: dank der gewachsenen Bevölkerungszahl von Paris war die Zahl der Verteidiger eine viel größere geworden; die in der Stadt aufgehäuften Waren überstiegen bei weitem das 1840 vorausgesetzte Maß; die Eisenbahnlinien hatten überdies solche Massen von Nahrungsmitteln in kürzester Frist herbeigeschafft, daß die gesammelten Vorräte trotz der verdoppelten Einwohnerzahl statt für 60 für 132 Tage ausreichten. Im ganzen und großen erfüllte daher die Befestigung von Paris doch den Zweck, den man durch sie erreichen wollte: eine starke feindliche Armee, wenn nicht 400 000, doch im Durchschnitt 200 000 Mann, wurde nicht zwei, sondern vier Monate an diesen Punkt gefesselt und dadurch den Provinzen Zeit gelassen neue Armeen Die Verteidigung der Hauptstadt.

zu schaffen, den fremden Mächten Gelegenheit geboten mit ihrer Friedensvermittelung einzutreten.

Die Bevölkerung und die Truppen.

Die Verteidigung der Hauptstadt lag in den Händen Trochus, den das Vertrauen der großen Mehrzahl der Einwohner stützte. Allerdings fehlte es in Paris ja nicht an zahlreichen radikalen Elementen, die vom ersten Augenblick an selbst ans Ruder zu kommen trachteten und denen die Bewaffnung der unruhigen Vorstädter von Belleville und La Villette eine gefährliche Macht gab. Die Tumulte, die sie wiederholt anstifteten, lähmten die Verteidigung aber doch nicht erheblich: Trochu besaß mindestens 200 000 Mann, die den Verlockungen der Radikalen nicht zugänglich waren; etwa 80 000 derselben waren Linientruppen mit Einschluß der Marineinfanterie, der Rest Mobilgarden und Freischützen, die zum Teil aus den konservativsten Provinzen, der Bretagne und Normandie, stammten. Die Pariser Nationalgarde, die in 266 Bataillonen formiert und den Befehlen des Generals Tamisier unterstellt wurde, war allerdings zum großen Teil ebenso unzuverlässig in ihren politischen Gesinnungen wie unbrauchbar zum Kampfe; ihre Stärke belief sich (mit Ausschluß der Mobilgarden) auf gleichfalls 200 000 Mann. Die im Felde verwendbaren Truppen wurden in zwei Armeen geteilt, deren eine Ducrot, die andere Trochu selbst befehligte; unter den Korps- oder Divisionsgeneralen befanden sich Vinoy und mehrere Admirale, Saisset, La Roncière, Pothuan. Ausschüsse aller Art sollten für die Vervollständigung der Verteidigung sorgen; in vorzüglicher Weise wurde die Verbindung mit der Außenwelt durch die Tauben- und Ballonpost organisiert; eine besondere Barrikadenkommission tagte unter dem Vorsitze Rocheforts; ein wissenschaftlicher Ausschuß erhielt den Auftrag neue Zerstörungsmittel zu ersinnen und erfreute sich dabei der Konkurrenz zahlreicher Privatleute, die durch ihre Petroleumspritzen, Dampfmitrailleusen und Satansraketen die ganze deutsche Armee mit der Vernichtung bedrohten. Wenn der Patriotismus der Pariser schon in diesen Erfindungen vielfach eine lächerliche Gestalt annahm, so war das noch mehr der Fall in den hochtrabenden Redensarten, mit denen sie in Zeitungen und Klubs um sich warfen. Das heilige Paris wurde hunderttausendmal für uneinnehmbar erklärt, die Vermessenheit der Deutschen, die diese Hauptstadt des Weltalls, diese Sonne des Menschengeschlechts, diesen Brennpunkt der Civilisation anzugreifen wagten, galt für eine Sünde wider den heiligen Geist der Menschheit. Glaubt es nicht, rief Viktor Hugo, der sofort nach dem Sturze Napoleons von Brüssel nach Paris eilte, der Masse zu, die ihn begrüßen wollte, glaubt es nicht, daß diese Stadt, ein solcher Herd des Lichtes, ein solcher Mittelpunkt der Geister, Herzen und Seelen, ein solches Gehirn des allgemeinen Gedankens entweiht, zerschmettert, gestürmt werden könnte — und durch wen? durch einen Haufen von Wilden! das war die Tonart, die durchschlug, und die mit weniger Phantasie, aber gleich großem Behagen von Journalisten und Klubrednern nachgeahmt wurde. Cimbern und Teutonen, Vandalen

und Hunnen, Samojeden und Irokesen wurden die üblichen Ehrentitel für die Deutschen, und es wirkte wie eine wohlthätige Abwechselung, als Viktor Hugo in einer neuen Musterrede verkündete, daß Deutschland für den Occident sei, was Indien für den Orient, eine Art von — Urgroßmutter, und als er mit dem ganzen Feuer seiner Leidenschaft diese Urgroßmutter warnte, daß sie sich nicht mit der Schande bedecken möge Paris zu erobern.

Gefecht von Clamart.

Der Brand der Wälder und Gehöfte, durch den Trochu die Hauptstadt mit einem Wüstengürtel umgeben wollte, verkündete inzwischen den Parisern, daß der Feind näher rücke. Um die Einschließung womöglich zu verhindern wurde am 19. September ein erster Ausfall nach Süden hin unternommen und das 5. Korps, das gegen Versailles vorrückte, von Ducrot mit vier Divisionen bei Petit-Bicêtre angegriffen; sehr bald aber kam das bayerische Korps Hartmann zur Unterstützung heran und übernahm schon gegen 11 Uhr allein das Gefecht, während die Posener auf Versailles weitermarschieren konnten, da Ducrot durch eine Panik, die auf seinem linken Flügel bei einem Zuavenregimente ausbrach und auch andere Truppenteile ergriff, zum Rückzug genötigt wurde. Die Bayern nahmen darauf ohne Kampf noch eine Batterie in der Schanze von Moulin de la Tour, zwischen Clamart und Sceaux, in Besitz, und am Abend war die Umschließung vollendet.

Die Cernierung.

Die Seine durchfließt Paris in einem nach Süden geöffneten Bogen, dessen Verlängerung oberhalb der Stadt in einer langen nord-südlichen Linie besteht, während der Fluß abwärts bei Sèvres, nachdem er kaum aus der Umwallung herausgetreten ist, in scharfer Krümmung sich nordostwärts parallel der Umwallung zurückbiegt, um dann bei St. Denis in ebenso scharfem Bogen wieder die Richtung nach Südwesten einzuschlagen, die er bei Bougival, nordwestlich von Sèvres, wieder mit einer nordöstlichen vertauscht. Die Halbinsel zwischen Bougival, Sèvres und St. Denis wurde durch das stärkste aller Forts, den Mont Valérien, gedeckt; sie von Süden her zu beobachten waren die Posener unter Kirchbach bestimmt. Die Südfront, von Sèvres bis Choisy le Roi an der oberen Seine, fiel den Korps Bose, Hartmann und Tümpling zu. An diese schlossen sich auf dem rechten Seineufer die Württemberger, deren linke Flanke zwischen Neuilly und Noisy an die Marne stieß, die unterhalb Choisy von Osten her unter vielfachen Krümmungen in die Seine mündet. Die Nordost- und Nordfront, von Noisy an der Marne bis St. Denis an der Seine, bewachten die Sachsen und die Garde, während das 4. Korps von St. Denis bis Bougival die Halbinsel des Mont Valérien von Westen umschloß und den Posenern die Hand reichte.

Es war ein Kreis von ungeheurem Umfange, nicht weniger als 11 Meilen auf der Vorpostenlinie gemessen, den so die deutschen Truppen bildeten; statt der drei bis vier Mann, die man sonst auf jeden Schritt der Umschließungslinie zu rechnen pflegt, kamen hier ihrer

kaum zwei. Um so nötiger war es möglichst schnell Verteidigungsstellungen einzurichten und dadurch den Anprall des Feindes, der leicht auf jeden einzelnen Punkt weit überlegene Massen werfen konnte, ungefährlicher zu machen. Jeden Gedanken an einen gewaltsamen Angriff, wie ihn die Pariser wohl erwarteten, verwarf man im deutschen Hauptquartier; die dreifache Überlegenheit des Feindes, die feste Umwallung der Stadt und das Kreuzfeuer der Forts hätten das heldenmütigste Sturmlaufen der bravsten Truppen vereiteln müssen. Für den artilleristischen Angriff dagegen traf man die Vorbereitungen schon jetzt, obwohl Wochen verstreichen mußten, ehe das nötige schwere Geschütz in genügender Anzahl und mit ausreichender Munition eintreffen konnte; als erstes Ziel wurden die beiden westlichen Forts der Südfront, Issy und Vanves, in Aus-
Ausfälle. sicht genommen. Einstweilen konnte man sich deutscherseits lediglich verteidigend verhalten, und es lag also in der Hand Trochus, wie oft er zur Belebung des kriegerischen Mutes der Belagerten Zusammenstöße herbeiführen wollte. Die ersten Ausfälle ließ er gegen Süden unternehmen: nach kleineren Vorstößen brach Vinoy am 30. September von dem dritten und vierten Fort der Südfront, Montrouge und Bicêtre, gegen die Schlesier vor; rechts und links wurde der Angriff durch Scheinmanöver unterstützt; allein das Ergebnis waren nur schwere Verluste auf französischer Seite, während die Deutschen wie bei den meisten folgenden Ausfällen in ihren gedeckten Stellungen verhältnismäßig wenig litten. Ebenso ging es am 13. Oktober, wo Vinoy gegen das zweite bayerische Korps vorbrach und gleichzeitig die Kanonen des Mont Valérien das Schloß von St. Cloud, nördlich von Sèvres, gründlich zerstörten; — oder am 21. als Ducrot auf der Halbinsel des Mont Valérien in der Richtung auf Bougival vordrang und von den Posenern und der Gardelandwehr, die nach dem Fall von Straßburg zur Verstärkung herangezogen war, zurückgeworfen wurde. Nach Norden hin glückte den Franzosen am 28. Oktober der Überfall des Dorfes Le
Le Bourget. Bourget, östlich von St. Denis; die einzige Gardekompagnie, die den Punkt besetzt hielt, mußte ihn der Übermacht preisgeben, und General Bellemare, der das Unternehmen geleitet, wurde in Paris hoch gefeiert. Aber schon am 30. ging das Gewonnene wiederverloren; General Budritzki erstürmte das in der Zwischenzeit gut verbarrikadierte Dorf mit einem Verlust von etwa 500 Mann und machte dabei 1200 Gefangene; die Masse der Franzosen eilte in voller Auflösung nach Paris zurück und je größer vorher der Jubel gewesen war, um so heftiger war jetzt die Aufregung und das Geschrei über den Rückschlag.

Die Radikalen. Auf solche Unfälle aber lauerten in der Hauptstadt selbst die Radikalen, von der Art der Blanqui, Flourens, Grousset, denen die herrschenden Parteihäupter bei weitem nicht entschieden genug waren. Schon einmal hatten sie am 1. Oktober einen kläglichen Versuch gemacht jene zu stürzen; jetzt traten zu dem Verlust von Le Bourget andere Ereignisse hinzu, die ihnen den Mut zu einer neuen Erprobung ihrer Kräfte

gaben: am 27. Oktober war Metz gefallen, und der die Nachricht nach Paris brachte, war kein geringerer als Thiers, der Orleanist, der Befürworter eines Waffenstillstandes. Nach der Beendigung seiner Rundreise an die europäischen Höfe hatte er sich am 21. Oktober nach Tours begeben und bei Gambetta durchgesetzt, daß ihm gestattet wurde im deutschen Hauptquartier, das seit dem 6. Oktober in Versailles war, den Durchlaß nach Paris zu erbitten um dort Bericht von seiner Reise abzustatten und Vollmacht zum Abschlusse eines Waffenstillstandes zu fordern, den Granville in einer Note vom 20. dringend empfohlen und die anderen Großmächte samt Spanien und Türkei befürwortet hatten. Da man in Versailles keinen Anstand nahm ihm den Weg nach Paris zu öffnen, so hatte er den Tag von Le Bourget in Besprechungen mit der Regierung zugebracht und kehrte am 31. Oktober früh nach Versailles zurück um Verhandlungen mit Bismarck zu eröffnen. Er fand bei diesem ein weitgehendes Entgegenkommen; 28 Tage hindurch sollten die Feindseligkeiten eingestellt werden, obgleich dadurch die Franzosen eine kostbare Zeit zur Vervollständigung ihrer Rüstungen gewannen; auch gegen die Teilnahme von Vertretern des Elsaß und Lothringens an der zu berufenden Nationalversammlung wollte Bismarck nichts einwenden. Selbstverständlich aber beharrte er bei der Forderung, daß während der Waffenruhe Paris nicht verproviantiert werden dürfe, es sei denn, daß die Deutschen dafür eine militärische Gegenleistung, etwa den Mont Valérien, erhielten. Nach mehrtägigen erfolglosen Verhandlungen über diesen Punkt entschloß sich Thiers am 5. November nochmals nach Paris zu gehen um dort Nachgiebigkeit zu empfehlen. Unbestimmte Meldungen der deutschen Vorposten hatten aber mittlerweile schon die Nachricht gebracht, daß in der Stadt eine Revolution ausgebrochen und die Regierung gestürzt sei. Erwies sich das gleich als übertrieben, so war es doch in Thiers' eigenem Interesse geboten sich nicht über die Vorpostenlinie hinauszuwagen, und die Besprechung, zu der Jules Favre und Ducrot erschienen, fand deshalb in einem zerfallenen Pavillon des Boulogner Wäldchens statt. Hier erfuhr Thiers die Vorgänge der letzten Tage. Bald nachdem er am 31. Oktober die Stadt verlassen, hatten sich große Pöbelmassen in den Umgebungen des Stadthauses, wo die Regierung ihre Beratungen hielt, versammelt. Unter dem ungestümen Ruf: Die Kommune, die Kommune! forderten sie die Abdankung der Regierung und ihre Ersetzung durch sieben Männer: Dorian, Louis Blanc, Felix Pyat, Viktor Hugo, Blanqui, Flourens und Delescluze. Andere riefen andere Namen dazwischen, wieder andere wollten erst die 80 Mitglieder der Kommune gewählt wissen und aus deren Mitte dann die Regierung ernennen. Am ungebärdigsten von allen war Flourens; er drang mit seinen Banden in den Sitzungssaal ein und nahm die Regierung gefangen; nur Picard entkam durch eine List, indem er die Erlaubnis in ein Nebenzimmer zu treten erwirkte, dessen Thür schnell hinter sich verschloß und durch einen anderen Ausgang

Thiers in Paris.

Der Aufstand vom 31. Oktober.

forteilte. Vom Finanzministerium aus setzte er dann das gemäßigte Paris in Bewegung. Das erste Bataillon Nationalgarde, das seinen Befehlen nachkam, traf gegen 6 Uhr vor dem Stadthaus ein; es gelang ihm nicht sich desselben zu bemächtigen; aber es konnte doch, als es sich vor der Übermacht der Belleviller zurückziehen mußte, Trochu, Ferry und Arago in seiner Mitte mit wegführen. Jules Favre mit den übrigen blieb dagegen noch bis nach Mitternacht in der Gewalt der „einsichtsvollen und ergebenen Bevölkerung", die er dem Grafen Bismarck gegenüber so eifrig in Schutz genommen hatte. Endlich in den ersten Stunden des ersten November waren die Anhänger der Regierung stark genug um trotz der Barrikaden in das Stadthaus zu dringen und die Gefangenen zu befreien; gekämpft wurde dabei nicht, denn die Pöbelhaufen waren meist nicht mehr in der Verfassung dazu: sie hatten den Weinfässern und Vorratskammern des Stadthauses nach Kräften zugesprochen und ließen jetzt schlaftrunken alles über sich ergehen. Die Verhaftung von Blanqui, Pyat, Flourens und einigen anderen war übrigens fast die einzige Vorsichtsmaßregel, welche die gerettete Regierung zu ergreifen wagte; außerdem berief sie das Volk von Paris auf den 3. November zur Abstimmung über ein Vertrauensvotum, das ihr mit etwa 560 000 Ja gegen 60 000 Nein erteilt wurde, und ließ am 5. November neue Maires wählen, wobei sie in mehreren Bezirken Niederlagen erlitt. Rochefforts Austritt aus ihrer Mitte, die Ernennung Ferrys zum Maire von Paris an Aragos Stelle, die Ersetzung Tamisiers als Oberbefehlshaber der Nationalgarde durch den General Thomas und ein paar andere Personaländerungen bildeten das Nachspiel: das Gefühl der Sicherheit gewann die Regierung durch alle diese Schritte nicht wieder, und was die brennende Frage des Tages, den Waffenstillstand, anging, so war es ihr unter den gegebenen Umständen völlig unmöglich ihn zu genehmigen, wenn sie ihn durch irgend welches Zugeständnis erkaufen sollte.

Mit diesen Nachrichten also kehrte Thiers nach Versailles zurück: natürlich hütete er sich sie Bismarck mitzuteilen und brach die Verhandlungen einfach ab. Der Krieg nahm somit seinen Fortgang und es mußte sich nun zeigen, welche Früchte die unermüdliche Thätigkeit Gambettas bisher gezeitigt habe.

Die Provinzialarmeen.

An Menschenmassen, die er seinen Generalen zur Verfügung stellen konnte, fehlte es dem Diktator nicht; schon war die Wehrpflicht für die Nationalgarde bis zum 60., für die Mobilen bis zum 40. Jahre ausgedehnt; die Altersklassen bis zum 35. Jahre waren den Linienregimentern zugewiesen, die Freischützenscharen hatten eine große Ausdehnung gewonnen und behinderten die Post- und Kurierverbindung der Deutschen, ihre Verpflegung und ihren Vorpostendienst in hohem Grade. Für die Ausrüstung der Truppen, besonders für den Ankauf von Waffen und Munition in England und Amerika, waren von vielen Departements freiwillig bedeutende Summen bewilligt worden, mit denen bereits erhebliches geleistet war. Der Geist der neueingestellten Krieger war zwar

nicht gleichmäßig, aber im allgemeinen doch gut, zum Teil vortrefflich. Besonders ernteten die Mobilen aus den nördlichen und westlichen Landesteilen hohes Lob; hier ging der Bauer mit warmem Patriotismus und tiefgewurzelter, wenn auch vielfach abergläubischer Religiosität in den Kampf. Schon die Kriegslieder, die man in diesen Reihen sang, konnten zeigen, daß ein anderer Geist in ihnen lebte, als da wo die Marseillaise der stereotype Schlachtgesang war:

An jedem Morgen erst Gebet,
Dann drauf mit Teufelswut,
Und schlagt sie tot, wo ihr sie seht:
Das ist kein Christenblut!

Die Hölle hat sie ausgesandt!
Zermalmt sie! Ihr Gebein
Soll einst noch fürs Bretagnerland
Der beste Dünger sein!

* * *

Die Kugeln sausen überall
Und schwirren durch die Luft.
In Feuersglut erstrahlt der Wall
Und Gruft reiht sich an Gruft.

Juchhei! das ist mein Hochzeitstag,
Mein rotes Blut der Wein,
Kanonenhall und Trommelschlag
Soll Festmusik mir sein.

Leb wohl, leb wohl! und noch einmal
Reich deinem Schatz die Hand:
Der stirbt, wie seine Brüder all,
Für Glaub' und Vaterland.

Wenn Truppen, in deren Reihen solche markige und wahr empfundene Weisen entstanden und ertönten, Zeit gehabt hätten sich tüchtig einzuüben und in den Dienst hineinzuwachsen, so würden sie gefährliche Gegner haben werden müssen. Diese Zeit ließ ihnen aber weder Gambetta noch die deutsche Heerführung. Am weitesten vorgerückt in der Organisation war das Korps des General Lamotterouge an der Loire, das schon Fourichon in seiner kurzen Ministerlaufbahn eifrig gefördert hatte. Allein schon Anfang Oktober ins Feld zu rücken, wie man ihm zumutete, war trotz der ansehnlichen Stärke von 60 000 Mann zuviel verlangt. Und doch zwangen die Verhältnisse dazu. Als nämlich in den ersten Oktobertagen die preußischen Kavalleriedivisionen, welche die im Rücken der Belagerungsarmee liegenden Departements durchstreiften um sie von Freischützen zu säubern und den Anmarsch feindlicher Truppen zu beobachten, Meldung von dem Auftauchen französischer Streitkräfte an der Loire machten, wurde von der Tann, der von Sedan vor Paris angekommen war, mit seinem eigenen Korps, der 22. Division (Wittich) und reichlicher Kavallerie, zusammen 28 000 Mann mit 160 Geschützen, süd-

Artenay. wärts vorgeschickt. Schon am 10. Oktober stieß er bei Artenay, nördlich von Orléans, auf den Feind, warf ihn ohne selbst erhebliche Verluste zu erleiden zurück und nahm ihm über 1000 Gefangene ab; doch unterblieb trotz der zahlreichen Reiterei eine energische Verfolgung. Ernstlicher war der Kampf am anderen Tage, wo Lamotterouge sein ganzes Korps vereinigt hatte und in sehr günstiger Stellung vor Orléans
Orléans. die Schlacht annahm. Sie währte von morgens 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr; von Abschnitt zu Abschnitt mußte der Feind aus den Weinbergen, Gärten und Parks vertrieben werden; erst als er zum Rückzug in die Stadt gezwungen wurde, gab er den Widerstand auf und ging über den Fluß, so daß die Bayern noch am selben Abend in Orléans einziehen konnten.

Gambetta enthob infolgedessen Lamotterouge seines Kommandos und ersetzte ihn durch den General Aurelles de Paladines, einen alten, sehr besonnenen und vorsichtigen Mann, der entschlossen war seine Truppen erst besser auszurüsten und einzuüben, ehe er sie wieder in den Kampf führte. Moltke hätte auch ihm am liebsten dazu nicht Zeit gelassen. Er stellte von der Tann anheim über die Loire bis Bourges vorzudringen und die dortigen großen Arsenale und Fabriken zu zerstören. Da der General dies aber bei der Schwäche seiner Truppen und der Ungunst des seenreichen Terrains am linken Loire-Ufer für unausführbar hielt, wurde die Division Wittich statt dessen nach Westen geschickt, wo Freischützen und Mobilgarden ihr Wesen trieben. Der nächtliche Überfall einer Husarenabteilung in dem Dorfe Ablis war an den Bewohnern, mit deren Hilfe er ausgeführt war, schon am 8. Oktober
Chateaudun. durch die Zerstörung des Ortes gesühnt worden. Jetzt war das nächste Ziel Chateaudun, wo Graf Lipowski mit etwa 1000 Mann sich durch höchst kunstvolle Barrikaden zum großen Kummer der Stadtbehörden festungsmäßig eingerichtet hatte. Der Ort wurde am Nachmittag des 18. Oktober angegriffen und mit schweren Opfern erstürmt; erst um 3 Uhr nachts erstarb der erbitterte Kampf in der Stadt, die dabei selbstverständlich schlimm mitgenommen ward. Der Vormarsch nach Chartres, das von den Mobilgarden geräumt wurde, und die Entsendung einer Abteilung über Dreux hinaus gaben dem General Wittich die Gewißheit, daß er keine kampffähigen Gegner mehr sich gegenüber habe, und so trat auch auf dieser nach Westen gerichteten Front Ende Oktober Ruhe ein.

Der Osten. Im großen Hauptquartier hatte man währenddes den Wunsch bis Bourges vorzudringen, den Tann nicht erfüllen konnte, auf andere Weise zu erreichen gesucht: am 19. Oktober erhielt Werder ein Telegramm Moltkes, das ihn anwies den Feind, welchen er sich gegenüber hatte, bis Besançon zu verfolgen und dann westlich über Dijon nach Bourges zu marschieren. Dem General Cambriels, der die Organisation der französischen Streitkräfte im Osten leitete, war es noch weniger als Lamotterouge möglich gewesen einen festen Kern für die lockeren Anhängsel

der Freischützen und Mobilgarden zu bilden. Denn gleich nach dem Fall von Straßburg hatte Werder den Generalmajor von Degenfeld mit etwa 6000 Badensern über die Vogesenpässe in das südliche Lothringen geschickt, und dieser hatte an der oberen Meurthe am 5. Oktober bei Raon l'Etape, besonders aber am 6. südlich davon bei Etival, was sich Etival. ihm an Feinden entgegenstellte, geworfen und dadurch die ganze Gegend so gesäubert, daß Werder selbst fast ohne einen Gegner zu treffen über Epinal an der oberen Mosel nach Vesoul, etwa 5 Meilen nördlich von Besançon, hatte vorrücken können. Hier traf ihn das Telegramm Moltkes. So gefährlich der Auftrag war den 50 Meilen langen Weg nach Bourges anzutreten und sich dort ohne gesicherte Rückzugslinie mit einem Feinde zu messen, der selbst dann, wenn von der Tann zur Mitwirkung von Orléans herbeikam, eine große Überlegenheit haben mußte, so war Werder doch zur Ausführung bereit; nur mußte Cambriels vorher noch einmal kräftig auf Besançon zurückgeschlagen sein. Dieser Absicht dienten die Gefechte am Ognon, einem Nebenfluß der Saône, der parallel dem Ognon. Doubs (an welchem Besançon liegt) in südwestlicher Richtung fließt. An demselben standen, etwa zwei Meilen von der Festung, die Franzosen. Werder griff sie am 22. Oktober an, warf sie über den Fluß und drängte sie bis unter die Mauern der Stadt zurück. Dann trat er seinen Marsch nach Westen an und überschritt am 24. bei Gray die Saône.

Der Fall von Metz befreite ihn von dem gefährlichen Weitermarsch. Jetzt, wo man im großen Hauptquartier über die Armee des Prinzen Friedrich Karl verfügen konnte, dachte man nicht mehr daran das kleine Korps auf das gewagte Unternehmen auszuschicken. Werder erhielt den Dijon. neuen Auftrag nach Dijon, der alten burgundischen Hauptstadt vorzustoßen und im übrigen die II. Armee bei ihrem Vormarsch in der linken Flanke zu decken. Nachdem General Beyer den ersten Teil dieser Aufgabe am 31. Oktober durch die Erstürmung Dijons gelöst hatte, nahm das Korps Aufstellung auf der 12 Meilen langen Linie Dijon-Vesoul. Etwa 22 000 Mann stark hatte es mindestens 60—70 000 Feinde im Schach zu halten, die von General Michel, den Gambetta zu Cambriels Nachfolger ernannte, und von Garibaldi organisiert wurden. Zu ernsteren Gefechten kam es vorerst nicht; bei einem Vorstoß gegen Dôle, unweit der Doubsmündung, konnte man Anfang November keinen Feind entdecken.

Um so regsamer wurden die Franzosen jetzt aber an der Loire. Die Loirearmee. Aurelles hatte die Ausrüstung seiner beiden Korps (Paillères und Chanzy) südlich der Loire unbelästigt vollziehen können, da es ihm gelungen war die Ungeduld Gambettas, der schon Ende Oktober zum Angriff auf von der Tann Befehl gab, eine Zeitlang zu zügeln. Als aber der Fall von Metz bekannt wurde, ließ sich der Diktator, der in leidenschaftlichen Proklamationen den gefangenen Bazaine des Verrats beschuldigte, nicht mehr halten. Der bayerische General hatte für den Fall eines Angriffs

den Befehl erhalten Orléans nur gegen überlegene Streitkräfte zu räumen; da er aber seine Kavallerie und Artillerie in dem unebenen Terrain bei der Stadt nicht gut verwerten konnte, so beschloß er den Coulmiers. Versuch, ob er dem Gegner gewachsen sei, weiter westlich bei Coulmiers zu machen. Mit 19 000 Mann und 110 Geschützen erwartete er hier die Franzosen, die am 9. November mit 70 000 Mann und 160 Geschützen angriffen. Auf dem rechten Flügel vermochten sie seine Stellung nicht zu erschüttern; in der Mitte und links aber mußte er nach sechsstündigem Kampfe und einem Verlust von 1500 Mann weichen; die Franzosen hatten ihren ersten Sieg errungen. Der blutige Widerstand und der musterhafte Rückzug der Bayern benahm ihnen aber alle Lust zur Verfolgung; vielmehr beschloß ein Kriegsrat, an dem Gambetta und Freycinet teilnahmen, vor Orléans in einem großen verschanzten Lager den Angriff der Deutschen abzuwarten; von einem Vormarsch gegen Paris wagte selbst der Diktator kaum zu sprechen. In der That würde dieser auch auf ernstlichen Widerstand gestoßen sein. Da man in Versailles die gefährdete Lage der Bayern wohl kannte, war der Division Wittich Befehl erteilt sich wieder mit von der Tann zu vereinigen und außerdem noch die holsteinische Division Tresckow und eine dritte Kavalleriedivision südwärts entsandt; alle diese Truppen (45 000 Mann mit 200 Geschützen) versammelten sich am 12. November bei Toury an der Straße Paris-Orléans unter dem Befehl des Großherzogs von Mecklenburg, stark genug dem Vorrücken des Feindes Halt zu gebieten. Als dieser nun infolge des erwähnten Kriegsrates sich still verhielt, glaubte man deutscherseits, er habe einen Linksabmarsch vollzogen und beabsichtige über Chartres und Dreux von Westen her auf Paris loszugehen. Kaum waren daher die Spitzen von Friedrich Karls Armee von Metz her nahe genug herangekommen um die Straße Paris-Orléans decken zu können, so wurde der Großherzog am 15. November westwärts geschickt um den Feind zu suchen. In mühseligen Märschen durch Kreuz und Quer wurde die Gegend bis Le Mans aufgeklärt, vom Feinde aber nur schwache Abteilungen gefunden. Nun überzeugte man sich, daß die Loirearmee vor Orléans geblieben sei und dort in voller Stärke dem Prinzen Friedrich Karl entgegentreten werde. Der Großherzog wurde deshalb angewiesen schleunigst dorthin zurückzukehren und sich unter den Oberbefehl des Prinzen zu stellen, der mit etwa 60 000 Mann (Hessen, Holsteinern, Brandenburgern und Hannoveranern) seinen Marsch von der Mosel an die Loire vollendet hatte und nunmehr über 85 000 Mann Infanterie, 20 000 Reiter und 480 Geschütze verfügte. In weitem Bogen von Orgères, westlich der Straße Paris-Orléans, über Toury (an dieser Straße) und Pithiviers bis Beaune la Rolande standen dieselben zu Abwehr und Angriff bereit.

Aber auch die Loirearmee hatte sich in der Zwischenzeit verstärkt, ja verdreifacht; auf ihrem linken Flügel war ein Korps unter General

Durrieu, auf dem rechten deren zwei unter Crouzat und Billot eingerückt; Freycinet berechnete die Gesamtstärke aller fünf Korps, freilich übertreibend, auf 250 000 Mann. Ungeduldig forderten er und Gambetta jetzt von Aurelles die Offensive: Paris hungere und fordere Hilfe; Trochu wolle mit 150 000 Mann ausfallen; von Norden her rücke eben jetzt eine Armee zum Entsatz der Hauptstadt vor. Trotz alledem beharrte Aurelles auf der Weigerung seine festen Stellungen zu verlassen. Da riß den Strategen in Tours die Geduld, und weil sie den Sieger von Coulmiers doch nicht abzusetzen wagten, gab Freycinet den Generalen der neuen Korps unmittelbare Befehle. Durrieu widersetzte sich und wurde alsbald entfernt; sein Nachfolger Sonis gehorchte, verließ seine feste Stellung auf dem linken Flügel um Chateaudun zu besetzen und wurde infolgedessen von dem Großherzog von Mecklenburg so übermanövriert, daß er sich schleunigst südlich auf Marchenoir zurückziehen mußte, wo er nach einem beschwerlichen Nachtmarsche am 29. November morgens ohne gekämpft zu haben in großer Unordnung ankam. Noch viel schlimmer lief die Sache auf dem rechten Flügel ab. Crouzat sollte mit seinem und Billots Korps die Hannoveraner (Voigts-Rhetz) bei Beaune la Rolande angreifen. Mit rühmlichem Feuer gingen die jungen Truppen am 28. ins Gefecht und bereiteten durch ihre große Zahl den Deutschen schwere Stunden: Juranville und andere Dörfer gingen verloren, Beaune la Rolande war ernstlich gefährdet. Als aber zur Linken die Brandenburger eintrafen und so den Hannoveranern den Dienst von Vionville vergalten, wendete sich der Kampf, und nur der aufgeweichte Lehmboden, welcher der Kavallerie die Verfolgung unmöglich machte, rettete den geschlagenen Feind. Vergebens wollte Freycinet die Schlacht für einen Sieg ausgeben und Crouzat zu neuem Vorgehen drängen; weder dieser noch Billot, dem darauf der Oberbefehl über beide Korps übertragen wurde, konnten ihren Truppen ohne Ruhetage einen neuen Kampf zumuten: sollte etwas geschehen, so mußte jetzt Aurelles mit den beiden Korps des Centrums vor. In einem Kriegsrat vom 30. November erklärte er sich dazu bereit und Ballonnachrichten aus Paris, die anderen Tages meldeten, Ducrot habe die preußischen Linien durchbrochen, erhöhten die Zuversicht auf das Gelingen. Am 1. Dezember rückte demnach Chanzy gegen den rechten Flügel der Deutschen, die Bayern bei Orgères, heran; eine vorgeschobene Brigade derselben nahm bei Villepion den Kampf auf, konnte sich aber nicht gegen die Übermacht behaupten, sondern ging abends auf Orgères zurück. Früh am 2. jedoch drang das ganze bayerische Korps wieder vor, auf seiner Linken bei Bazoches von der Division Treskow unterstützt, während noch weiter links, bei Poupry, an der Straße Paris-Orléans, die Division Wittich und Teile des Korps Manstein gegen Paillères kämpften. Die hartbedrängten Bayern wurden durch einen glänzenden Vorstoß Treskows aus ihrer bedenklichen Lage befreit und warfen Chanzy südwärts zurück; bei dem Dorfe Loigny wurde dieser von seiner Reserve, dem Korps Sonis,

Beaune la Rolande.

Loigny und Bazoches.

aufgenommen, das bis zur Dunkelheit den Widerstand fortsetzte, dann aber, ebenso wie Paillères, den Rückzug antreten mußte; bei allen diesen Truppen zeigten sich nach der Schlacht, in der sie große Tapferkeit bewiesen hatten, die Mängel ihrer ungenügenden Ausbildung; den Regimentern fehlte der Zusammenhang, sie irrten kompagnieweise auseinander; die einzelnen Soldaten kannten keine Disziplin: viele ließen sich gefangen nehmen, viele trieben sich betrunken in Orléans und der Umgegend herum. Noch einmal, am 3. Dezember, die Offensive zu ergreifen war Aurelles deshalb außer stande; er hätte selbst Orléans geräumt, wenn er dadurch bei dem schnellen Vordringen der Deutschen nicht gar zu große Truppenteile preisgegeben hätte. So hielt er seine Stellungen am Rande des Waldes von Orléans unter lebhaftem Kampfe besonders bei Artenay noch einen Tag fest; als dann aber am 4. Dezember die ganze Armee Friedrich Karls, im Centrum auf der Straße selbst Manstein, westlich derselben der Großherzog, östlich Alvensleben und Voigts-Rhetz, vorrückte, nahm er seine Truppen fechtend zurück und räumte in der Nacht zum 5. die Stadt, die sofort von Manstein besetzt wurde. Mehr als 10000 Gefangene waren während der zweiten Schlacht vor Orléans in die Hände der Deutschen gefallen.

Orleans.

Beaugency.

Die II. Armee hatte sich auf diese Weise des Centrums der feindlichen Stellung bemächtigt, und die französischen Flügel mußten ihren Rückzug in entgegengesetzter Richtung antreten: die Korps Crouzat, Paillères und Billot die Loire aufwärts gegen Gien, Chanzy und Sonis den Fluß hinab gegen Tours. Da Aurelles nach seiner Niederlage des Kommandos enthoben wurde, so bildete die Loirearmee nun zwei selbständige Heere, deren eines Bourbaki übergeben wurde, den Gambetta schon einige Tage früher von Lille nach Orléans gerufen hatte, während das andere Chanzy befehligte. Das letztere wurde durch zwei neue Korps, die im Lager von Conlie hinter Le Mans durch Kératry gebildet waren, verstärkt und war so imstande wenige Meilen unterhalb Orléans, bei Beaugency und Marchenoir, wieder haltzumachen. Die Aufgabe ihm zu folgen war dem Großherzog von Mecklenburg zugefallen, und obgleich auch dessen Truppen in den letzten Wochen arg zusammengeschmolzen waren (von der Tanns Korps beispielsweise auf 10000 Mann), so war er doch bereits am 7. Dezember wieder am Feinde, und es begann die dreitägige Schlacht von Beaugency. Trotz der fünffachen Überlegenheit verloren die Franzosen von Tag zu Tag an Boden und als vollends Friedrich Karl, der selbst wieder den Oberbefehl übernahm, die Hannoveraner zur Unterstützung herbeiführte, während Manstein am linken Ufer der Loire vordrang und den Rücken der Franzosen bedrohte, gab Chanzy endlich die tapfer verteidigte Stellung auf und zog sich nordwestlich auf Le Mans zurück. Der Deckung von Tours war er überhoben, da die Außenregierung die Stadt am 9. verließ und ihren Sitz nach Bordeaux verlegte. Noch fast eine Woche, bis zum 16. Dezember hin, stand aber ein neuer Kampf fast täglich in Aussicht. Chanzy

Räumung von Tours.

hielt sich in sehr fester Stellung bei Vendôme hinter dem Loir, einem der Loire fast parallel laufenden Nebenflusse; Friedrich Karl mußte eilen ihn von dort zu vertreiben, denn oberhalb Orléans bei Gien wurde das Anrücken Bourbakis beobachtet, dem von der Tann mit den paar tausend Mann, denen in Orléans endlich eine Erholungspause gegönnt war, unmöglich widerstehen konnte; es drohte die Gefahr, daß die deutsche Heeresmacht von hinten und von vorn zugleich mit weit überlegenen Massen angegriffen werde. Der plötzliche Abmarsch Chanzys und die Umkehr Bourbakis machten dieser peinlichen Lage ein unerwartetes Ende; mit dem 17. Dezember begann für die Deutschen eine Ruhezeit, deren sie dringend bedurften. Ihre Reihen waren furchtbar zusammengeschmolzen, die Munition reichte für große Unternehmungen nicht mehr hin, Ausrüstung und Bekleidung, besonders das Schuhzeug, befand sich im übelsten Zustande: wenige zähe Gemüter ausgenommen hatte jedermann selbst die glücklichsten Gefechte satt. Die Hannoveraner blieben am Loir und besetzten am 19. auch Tours; der Großherzog von Mecklenburg, durch neue Kavalleriedivisionen verstärkt, übernahm die Deckung gegen Westen bei Chartres und Dreux; die übrigen Korps wurden auf Orléans zurückgezogen und dorthin auch das Hauptquartier des Prinzen verlegt. Die Bayern, die in den ersten zehn Dezembertagen an 6000 Mann verloren hatten, rückten bald darauf nach Paris ab und ergänzten hier ihre Lücken, so daß sie kaum zwei Monate später mit etwa 26 000 Mann ihre ursprüngliche Stärke fast wiedererreicht hatten.

Die Lage vor Paris.

Die furchtbaren Opfer und Anstrengungen der deutschen Loirearmee waren ihres Preises wert gewesen: alle Hoffnungen, die man in Paris auf Aurelles setzte, hatte ihre zähe Tapferkeit vereitelt. Nach den ereignisvollen Tagen zu Ende Oktober war vor der französischen Hauptstadt eine längere Ruhe eingetreten; die amtlichen Telegramme aus dem deutschen Hauptquartier hatten der Ungeduld der daheim Gebliebenen wenig anderes zu melden als das einförmige: Vor Paris nichts Neues. Im Inneren der Stadt machten sich die unangenehmen Wirkungen der Einschließung allmählich fühlbar; die Preise der Nahrungsmittel nahmen eine schwindelnde Höhe an, frisches Fleisch wurde immer seltener und beschränkte sich schon Ende November fast gänzlich auf Pferdefleisch. Trotzdem machte sich wenigstens äußerlich in der Stimmung der Einwohner kein Wechsel bemerklich; ein paar kleinmütige Zeitungsartikel, die gegen Mitte des Monats eine Wendung einzuleiten schienen, wurden durch die Nachricht von Aurelles' Sieg bei Coulmiers vollständig aufgewogen. Mit unbeschreiblicher Freude verkündete Favre die großartig aufgebauschte Siegesbotschaft den Parisern, und die Loirearmee war von nun an der feste Hoffnungsanker, an dem sich Paris hielt. Da der Verkehr mit der Außenregierung dank der Ballon- und Taubenpost regelmäßig genug war um mit annähernder Sicherheit gemeinsame Unternehmungen für dieselbe Zeit verabreden zu können, so galt es nun ein

Zusammenwirken ins Leben zu führen. An demselben Tage, wo der rechte Flügel der Loirearmee bei Beaune la Rolande gegen die Hannoveraner losstürmte, verkündete Ducrot, den Trochu mit der Leitung eines großen Ausfalles betraut hatte, seinen Truppen, daß die Stunde gekommen sei den eisernen Ring der Deutschen zu durchbrechen und daß er persönlich entschlossen sei und es vor der ganzen Nation schwöre entweder tot oder als Sieger nach Paris zurückzukehren. Um die Richtung des Hauptausfalles zu verhüllen wurde nach verschiedenen Seiten hin demonstriert, um die artilleristischen Unterstützungen zu verstärken der

Mont Avron.

Mont Avron vor der Ostfront von Paris am 28. November besetzt und mit Geschützen bepflanzt. Derselbe liegt gerade nördlich von jener Stelle des Marnelaufes, wo dieser Fluß kurz vor seiner Mündung seine westliche Richtung verläßt, um erst ein Stückchen nach Süden zu fließen, dann die Gestalt eines großen lateinischen S nachzuahmen, und endlich den unteren Bogen dieses S durch eine plötzliche Wendung nach Norden fast zur Insel zu machen, ehe er mit einer letzten westlichen Krümmung

Champigny und Brie.

sich in die von Süden kommende Seine ergießt. Am ersten Tage des Ausfalles, am 29. November, drang Vinoy am linken Seineufer gegen die Schlesier vor; doch ward er so ungenügend unterstützt, daß er die beim ersten Anprall genommenen Ortschaften wiederräumen mußte; der eigentliche Angriffspunkt lag denn auch ganz wo anders: in dem oberen Bogen des Marne-S. Die offene Seite desselben wird durch das Dorf Champigny geschlossen; nördlich davon liegt Brie, östlich mittwegs von beiden Villiers. Alle diese Dörfer, wie überhaupt den ganzen unteren Marnelauf, hatten die Württemberger zu verteidigen; rechts auf dem anderen Marneufer schlossen sich die Sachsen an, links an der Seine die Pommern; jene hatten in aller Frühe des 30. November ein Bataillon zur Unterstützung der Württemberger nach Champigny geschickt; allein dasselbe wurde von den Franzosen, die auf acht Brücken über den Fluß setzten, überrascht und mußte das Dorf räumen. Da Ducrot eine fast zehnfache Übermacht auf der Durchbruchslinie zu entwickeln vermochte, bedurfte es von seiten der Württemberger der zähesten Ausdauer um sich zu behaupten. Brie mußten sie noch fahren lassen, aber aus Villiers konnte kein Ansturm der Franzosen sie vertreiben; vielmehr gingen sie selbst zur Offensive über, wenn auch mit keinem besseren Erfolge als die Sachsen, die wiederholt vergeblich gegen Brie vorstürmten. Die Pommern und ein Teil der Württemberger hatten bei den Dörfern Bonneuil und Mesly (südlich von dem unteren Marnebogen) abgesondert zu kämpfen und konnten keine Hilfe bringen. So endete der Tag damit, daß Champigny und Brie in den Händen des Feindes blieben, ohne daß dieser damit eine Lücke in die Umzingelung gerissen hätte. Die Nachrichten, welche Trochu sofort an Gambetta sandte, stellten den Erfolg im glänzendsten Lichte dar, und da sie auch der gänzlich gleichgültigen Besitznahme von Epinai, einem Dörfchen an der Seine unterhalb St. Denis, erwähnten, ohne die Lage desselben beizufügen, so glaubte man

in Tours nicht anders, als dieses Epinai sei ein etwa 20 Kilometer südlich von Paris gelegener Ort dieses Namens, und schloß daraus, daß der Durchbruch vollständig gelungen sei. Ungestüm forderte Gambetta nun den sofortigen Vormarsch der Loirearmee um den Parisern die Hand zu reichen: die Niederlagen von Bazoches, der Verlust von Orléans waren die Folge. Ducrot aber ruhte einen vollen Tag auf seinen bescheidenen Lorbeeren und gestattete den Deutschen pommersche und schlesische Regimenter heranzuziehen und für den 2. Dezember alles zur Wiedereroberung der vorlorenen Dörfer vorzubereiten. Noch ehe es hell wurde, erstürmten die Sachsen Brie, die Württemberger Champigny; und wenn beide die gewonnenen Stellungen auch noch einmal wiederräumen und dann stundenlang bei Villiers und dem südlich davon gelegenen Coeuilly in der Verteidigung verharren mußten, so begann doch nachmittags wieder die Angriffsbewegung, und als der kurze Wintertag zu Ende ging, war nur noch Brie in der Hand des Feindes. Damit war die Leistungsfähigkeit der Pariser erschöpft; am 3. Dezember nahmen sie den Kampf nur noch auf um den Rückgang über die Marne zu decken; über 6000 Mann, die sie selbst, gegen 5000, welche die Deutschen verloren hatten, waren dem verunglückten Versuche zum Opfer gefallen.

Gleich darauf ließ Graf Moltke Trochu Meldung von den Vorgängen an der Loire machen; die Hoffnung ihn dadurch zum Einlenken zu bewegen schlug aber fehl, obgleich niemand weniger als er sich aus der Unmöglichkeit einer erfolgreichen Verteidigung ein Hehl machte. Hatte er doch den Widerstand der Hauptstadt von Anfang an im engeren Kreise als eine heldenmütige Narrheit bezeichnet und höchstens daran geglaubt mit einem Teile der Besatzung nach Westen hin durchbrechen zu können. Weil ihm aber von dort aus kein Ersatzheer entgegenkam, so unternahm er auch jetzt keinen Versuch in dieser Richtung, sondern bestimmte zum nächsten Angriffspunkt die Nordfront, obgleich die Aussichten dort mit dem französischen Nordheere Fühlung zu gewinnen auch nur sehr gering waren. Der Ausfall, von Admiral Roncière und Ducrot geleitet, fand am 21. Dezember statt; der Verlauf entsprach den bisherigen Erfahrungen: zuerst drangen die Franzosen ein paar Kilometer in die preußischen Vorpostenstellungen ein, besetzten Stains, Dugny, Le Bourget und andere Ortschaften östlich von St. Denis, dann erlahmte ihr Angriff an den festen Positionen des Gardekorps, endlich ging dieses zum Angriff über und nahm auch das anfangs verlorene Terrain wieder. Mehr als 1000 Gefangene und eine große Anzahl Toter und Verwundeter waren der Preis des unglücklichen Tages. Le Bourget.

An ernstlichen Versuchen der bedrängten Hauptstadt von Norden her zu Hilfe zu kommen fehlte es allerdings nicht. Ungestört hatte Bourbaki mehrere Wochen lang seine Organisationsarbeiten betreiben können, ehe Manteuffel nach Beendigung der Metzer Gefangenentransporte am 7. November mit der I. Armee westwärts aufbrach und am Die Nordarmee.

21. bei Compiègne die Oise erreichte. Der Schauplatz auf dem er zu wirken hatte, war im wesentlichen das Viereck, das im Südosten von der Oise, im Nordosten von der Somme, im Nordwesten von der Meeresküste, im Südwesten von der Seine eingeschlossen wird. An der Oise hielt der Feind nur noch einen festen Punkt, La Fère, besetzt, und auch dieser kapitulierte schon am 27. November; an der Somme waren St. Quentin (zwei bis drei Meilen nördlich von La Fère) und dann abwärts La Péronne, Amiens und Abbéville die hauptsächlichsten Stützpunkte; Amiens insbesondere mußte wegen seiner zahlreichen Eisenbahnverbindungen für äußerst wichtig gelten. Manteuffel wandte sich zunächst dorthin und stieß nach kleineren Gefechten am 27. November auf die Truppen des Generals Farre, der einstweilen an Bourbakis Stelle
Amiens. getreten war. Man hatte deutscherseits erwartet, der Feind werde hinter der Somme Aufstellung nehmen und deshalb erst für den 28. auf eine Schlacht gerechnet; statt dessen fand man ihn nun schon südlich des Flusses in wohlvorbereiteten Stellungen und mußte ihn obendrein mit getrennten Kräften angreifen; denn Goeben mit dem rheinischen Korps marschierte links, Bentheim mit einigen ostpreußischen Regimentern und die Kavalleriedivision von der Groeben rechts von der Avre, einem von Süden kommenden Nebenflusse der Somme, der eine gegenseitige Unterstützung unmöglich machte. Die Rheinländer drangen langsam aber sicher von Dorf zu Dorf vor, erstürmten bei Anbruch der Dunkelheit Dury, eine Meile südlich von Amiens, mußten dem Feinde aber die dahinterliegenden Schanzen lassen; die Ostpreußen waren bei ihrer geringen Zahl in weit schlimmerer Lage und vermochten besonders nach links hin nicht Boden zu gewinnen, so daß Manteuffel hier persönlich die Bedeckung des Hauptquartiers ins Gefecht führte, damit der Feind sich nicht zwischen seine beiden Flügel dränge. Und doch fiel gerade bei dem ersten Korps die Entscheidung. In Verbindung mit Groebens Kavallerie erstürmte es auf dem rechten Flügel gegen 4 Uhr das Dorf Villers-Bretonneux und nahm dem Feinde, der sich fluchtartig zurückzog, über 1100 Gefangene. Der Verlust an Toten und Verwundeten betrug auf beiden Seiten je 1200 Mann, die französischen Mobilgarden waren zum Teil in völlige Auflösung geraten. Zur Verfolgung fehlte es Manteuffel an Mitteln; überdies war ihm als eigentliches Angriffsziel Rouen zugewiesen. Er wartete deshalb nur die Kapitulation der Citadelle von Amiens (am 30. November) ab, ließ dann von der Groeben mit ein paar Regimentern hier zurück und marschierte selbst mit 30 000 Mann gegen die untere Seine, wo General Briaud ein Heer von 44 000 Mann gesammelt hatte.

Rouen. Wider Erwarten hielt dieser jedoch nicht stand, so daß Rouen am 6. Dezember besetzt und auch Dieppe und andere Städte eingenommen werden konnten. Weiter nach Westen vorzudringen und etwa gar einen Angriff auf Havre zu wagen war um so weniger thunlich, als zahlreiche Anzeichen lehrten, daß Faidherbe, der von Farre das Kommando

der Nordarmee übernommen hatte, östlich von Amiens über Péronne und St. Quentin auf Paris losrücke. Er änderte diesen Plan zwar und wandte sich gegen Amiens, das von der Groeben infolgedessen zu Manteuffels größtem Mißfallen am 16. Dezember räumte. Aber auch hier konnten die Deutschen nur dann auf erfolgreichen Widerstand sich Hoffnung machen, wenn sie den 60 000 Mann, auf die man die Franzosen schätzte, alle nur irgend verfügbaren Kräfte entgegenstellten. Amiens selbst wurde noch vor Ankunft des Feindes am 18. schleunigst wiederbesetzt; bei Rouen blieb Bentheim mit nur 13 Bataillonen stehen; reichlich 20 000 Mann wurden am 22. Dezember an der Somme vereinigt um dem fast dreifach überlegenen Feinde die Stirne zu bieten. Dieser hatte eine vortreffliche Stellung hinter der Hallue, einem oberhalb Amiens Hallue.
von Norden her in die Somme mündenden Flüßchen. Früh am 23. rückte Goeben mit den Rheinländern darauf los und entriß dem Feinde in heißem Kampfe alle Dörfer an den Flußübergängen; ganz vergeblich aber waren seine Versuche die steilen jenseitigen Thalhänge zu erstürmen. Schon hatte die Dunkelheit der Schlacht ein Ende gemacht, da brachen die Franzosen um 5 Uhr noch einmal vor und bedrohten die deutschen Stellungen; aber mit Hilfe der Reserven gelang es sie alle ohne Ausnahme zu behaupten, um 6 Uhr war der Vorstoß auf der ganzen Linie siegreich abgewiesen. Deutscherseits bereitete man nun für den 25. eine Umgehung des rechten französischen Flügels vor, und da auch der Feind nicht ernstlich angriff, verstrich der 24. fast ohne Kampf: erst in der Frühe des Weihnachtsfestes erkannte man, daß Faidherbe die ganze Stellung geräumt hatte. Sofort begann die Verfolgung in nordöstlicher Richtung, die bis Bapaume fortgesetzt wurde, während andere Truppenteile ostwärts zur Umschließung von Péronne abgingen und wieder andere zur Unterstützung Bentheims nach Rouen zurückgeschickt wurden.

Dort war es in der Zwischenzeit zwar zu keinem herzhaften Angriff der Franzosen gekommen, aber das kleine deutsche Häuflein hatte sich doch sehr zusammenhalten müssen um die überlegenen Scharen des Feindes auf beiden Seineufern und die 30 000 brotlosen Arbeiter der Stadt in Schach zu halten. Die Verstärkung, welche Bentheim nach der Schlacht an der Hallue erhielt, benutzte er schleunigst zu einem Vorstoße: durfte er doch nicht darauf rechnen sie lange zu behalten. Am 31. Dezember erstürmte er am linken Seineufer das feste Schloß Robert le Diable, am 4. Januar 1871 warf er den Feind bei Bourgachard zurück, schon am 7. mußte er wieder sechs Bataillone nach Amiens schicken. Denn inzwischen war der überaus rührige Faidherbe schon wiedervorgedrungen und hatte bei Bapaume eine neue Schlacht geliefert. Bapaume.
Die schwachen deutschen Truppen, wenig mehr als 10 000 Mann, über die Goeben in Manteuffels Abwesenheit den Oberbefehl führte, hatten sich vor ihm am 2. Januar 1871 auf Bapaume zurückziehen müssen und dort am 3. in neunstündigem Kampfe zwar ausdauernd Widerstand geleistet, aber doch so gelitten, daß Goeben für den 4. bereits den Rückzug

angeordnet hatte. Daß derselbe gleichwohl nicht zur Ausführung kam, verdankte man der geringen Zähigkeit Faidherbes und seiner jungen Truppen: noch ehe die Preußen am anderen Morgen ihre Stellungen räumten, ging der Feind aus den seinen zurück und gab dadurch den Anspruch auf den Sieg selbst preis. Der Fall von Péronne brachte am 9. Januar die ganze Sommelinie in die Hand der Deutschen.

Sehr gefährdet blieb die Lage der Nordarmee aber auch jetzt noch, und der Wunsch Verstärkungen heranzuziehen war sehr natürlich. Am bequemsten bot sich dazu die westfälische Division Kameke dar, welche die Eroberung von Mezières und Rocroy in diesen Tagen vollendete und dadurch verfügbar wurde. Allein das große Hauptquartier bestimmte sie und das ganze westfälische Korps erst für Paris, wo dann Kameke persönlich zur Leitung der Ingenieurarbeiten auch zurückblieb, dann für den südöstlichen Kriegsschauplatz, auf dem in diesen Wochen sich so ernste Ereignisse vorbereiteten, daß man dort die Bildung einer neuen Armee unter Manteuffels Kommando für nötig erachtete. Der Nordarmee, deren Führung nun Goeben übernahm, konnte aber die Unterstützung, deren sie bedurfte, doch auch in Aussicht gestellt werden, da inzwischen die Loirearmee Chanzys vollständig zusammengebrochen und dadurch der Großherzog von Mecklenburg in den Stand gesetzt war von Süden gegen Rouen zu marschieren und Bentheim zu ersetzen.

Die Loirearmee.

Am 1. Januar 1871 hatte Prinz Friedrich Karl den Befehl erhalten den Vormarsch gegen Le Mans wiederaufzunehmen. Da man über das Verbleiben Bourbakis noch immer keine Kunde hatte und daher einen Angriff auf Orléans gewärtigte, wurde Fransecky mit den Pommern von Paris dorthin entsandt, während von der Tann, wie erwähnt, in die Pariser Linie eingerückt war. Der Prinz richtete seinen Vormarsch so ein, daß am 6. Januar seine Armee in der Stärke von 73 000 Mann am Loir stehen sollte, rechts der Großherzog, dann Manstein mit seiner holsteinschen Division (während die hessische oberhalb Orléans bei Gien verblieb), darauf Alvensleben mit den Brandenburgern, endlich links Voigts-Rhetz mit den Hannoveranern. Bei einer Kälte von 8—10 Grad, heftigen Schneestürmen und Glatteis begann der Vormarsch unter be-

Le Mans.

ständigen Kämpfen. In dem durchschnittenen, von niederem Gehölz bedeckten, an Dörfern, Höfen und Schlössern reichen Lande hatte der Feind die beste Gelegenheit die Deutschen ohne eine große Schlacht anzunehmen durch unaufhörliche Gefechte zu ermüden. Allein es gelang ihm nicht das Vordringen des Prinzen dadurch aufzuhalten; am Abend des 10. stand das deutsche Heer in einem großen Bogen um Le Mans, der Großherzog nordöstlich um Conerré an beiden Ufern der Huisne, die bei Le Mans in die Sarthe mündet, die übrigen Korps am Südufer dieses Flusses, während Chanzy sich zwischen beiden Flüssen vor der Stadt aufgestellt hatte. Entschlossen hier standzuhalten kam er am 12. den Deutschen selbst durch einen Angriff entgegen; aber während er ihnen auf dem rechten Flügel und im Centrum mühsam den Boden streitig machte,

drangen die Hannoveraner gegen 4 Uhr nachmittags fast ohne Kampf von Süden in die Stadt und bedrohten seinen Rückzug, so daß er schnell das Gefecht abbrach und sich zur Flucht auf Alençon und Laval wandte. Die einbrechende Nacht begünstigte ihn dabei, aber seine Armee war fast aufgelöst. An Gefangenen allein hatte sie in der letzten Woche 18 000 Mann verloren und ihr Verlust an Toten und Verwundeten war jedenfalls viel größer als der der Deutschen, die etwa 3500 Mann eingebüßt hatten. Die nächsten Tage brachten noch an 6000 Gefangene in die Hand des Siegers, der dem Feinde in allen Richtungen, nach Alençon, Conlie, Angers, Tours, folgte. Erst nach völliger Zersplitterung der Loirearmee sammelten sich Ende des Monats die Hannoveraner und Brandenburger wieder bei Le Mans, während Manstein nach Orléans und der Großherzog nach Rouen abzog.

Die Nordarmee.

Noch ehe des letzteren Ankunft sich fühlbar machen konnte, war auch Faidherbe gegenüber die letzte Entscheidung gefallen. Verstärkt durch Zuzüge, die er seewärts erhalten, nahm der französische General Mitte Januar nochmals den Versuch auf gegen Paris vorzurücken. Die Ankunft seines Vortrabs bei St. Quentin, das von der schwachen deutschen Besatzung geräumt werden mußte, verriet seinen Plan, und Goeben zog nun mit größter Schnelligkeit alle seine Truppen zwischen Péronne und La Fère zusammen um so von Westen und Süden dem französischen Heere Halt zu gebieten. Faidherbe nahm vor der Stadt Aufstellung und erwartete den Angriff, der am 19. Januar erfolgte. Obgleich er mit seinen 40 000 Mann den Deutschen erheblich überlegen war, gelang es diesen doch nicht allein im Centrum die feindlichen Positionen zu nehmen, sondern sie auch von beiden Seiten so zu überflügeln, daß Faidherbe sich zum Rückzug entschloß, den er gegen 2 Uhr durch einen letzten Offensivstoß zu decken suchte. Allein er vermochte die Niederlage dadurch nicht mehr abzuschwächen. Während nach den übrigen Schlachten, bei Amiens, an der Hallue und bei Bapaume, die Hauptmassen der französischen Nordarmee stets in leidlicher Ordnung abgezogen waren, lösten sie sich jetzt in wilder Flucht auf, und nicht allein die 10 000 Gefangenen, die in des Siegers Hände fielen, sondern auch die Möglichkeit dem geschlagenen Feinde bis in seine Festungslinien, über Arras, Cambrai, Landrecy hinaus, zu folgen bewies die Wucht des Schlages, den er erlitten hatte. Zur Belagerung dieser Festungen zu schreiten war den Deutschen allerdings nicht möglich, da sie weder ihre schwachen Kräfte derart zersplittern durften, noch auch das nötige schwere Geschütz zur Hand hatten. Sie begnügten sich also damit die Eisenbahnen und Telegraphen gründlich zu zerstören und dann vom 25. Januar ab wieder hinter die Somme zurückzugehen.

St. Quentin.

Die Entscheidung.

Beschießung von Paris.

Hier traf denn, noch ehe sie alle wiederversammelt waren, die Nachricht ein, daß es endlich mit Paris zu Ende sei. Die Not in der Stadt war seit dem letzten Ausfalle vom 21. Dezember in schnellem Steigen; für den Reichen gab es allerdings gegen hohe Preise immer noch genügende Lebensmittel von guter Beschaffenheit, aber für die Armen waren Pferde, Hunde, Katzen, Ratten längst zu Leckerbissen geworden: die Zahl der öffentlich Unterstützten belief sich Ende des Jahres auf fast eine halbe Million; die Sterblichkeit nahm furchtbar zu; hatte sie in der ersten Woche der Umlagerung etwa 1600 betragen, so stieg sie in der letzten Dezemberwoche auf reichlich das doppelte, im Monat Januar auf 17 000, während der ganzen Zeit der Cernierung auf mehr als 64 000 gegen kaum 22 000 in derselben Periode des Vorjahres. Einen neuen Schrecken fügte die ungewöhnliche Kälte der Weihnachtswoche den übrigen Leiden hinzu; dagegen sah man die ersten deutschen Bomben, die in die Stadt flogen, mit ziemlich großem Gleichmut an: besonderen Schaden konnten sie in der massiv gebauten, ungeheuren Stadt nicht anrichten; wohl aber riefen sie ein neues Gefühl des Stolzes hervor, und mit geschäftiger Phantasie malte sich der Pariser die Bewunderung aus, die Europa ob seiner heldenmütigen Haltung ergreifen müsse. Die Deutschen begannen ihren Artillerieangriff nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, auf der Südfront, sondern im Osten gegen den Mont Avron, dessen vorgeschobene Batterien ihnen bei den Ausfällen sehr unbequem geworden waren. Am 27. Dezember eröffneten sie die Beschießung, und schon in der folgenden Nacht wollte Oberst Stoffel, der dort kommandierte, in richtiger Erkenntnis die unhaltbare Stellung räumen. Trochu fürchtete jedoch den moralischen Eindruck dieses Schrittes und ließ den Widerstand noch 24 Stunden fortsetzen; in der Nacht zum 29. mußte er aber um schlimmeres zu verhüten doch den Rückzug gestatten und die Sachsen nahmen die Stellung in Besitz. Wenige Tage darauf, durch den dichten Nebel etwas verzögert, begann auch im Süden die Beschießung der Forts Issy und Vanves; drei Wochen hindurch wurde sie fortgesetzt und 53 000 Granaten und Shrapnels verfeuert. Die Forts schwiegen allmählich, blieben aber verteidigungsfähig. Etwas erfolgreicher war man im Norden, wo die Beschießung erst am 21. Januar begann, aber schon nach wenigen Tagen zwei Werke, die Double Couronne und La Briche vor St. Denis, ernstlich gefährdete. Im ganzen verfeuerte man auf der Ost- und Nordfront über 56 000 Geschosse.

Unzufriedenheit mit Trochu.

Nach einer Richtung hin beschleunigte diese Beschießung aber doch den Fall von Paris. Die Unzufriedenheit mit Trochu, die sich bisher nur in den sozialistischen Schichten kundgegeben hatte, stieg in die höheren Klassen der Bevölkerung hinauf und gewann selbst in der

Regierung an Boden. Der Präsident mußte es sich nach der Räumung des Mont Avron gefallen lassen, daß ihm ein Kriegsrat (Ducrot, Vinoy u. a.) zur Seite gestellt wurde, ohne dessen Zustimmung er keine militärische Maßregel mehr ergreifen durfte. Die Zeitungen drängten eifriger auf einen Ausfall und Durchbruch. Ziemlich unverhüllt gab sich dabei die Berechnung kund, daß, wenn die 200 000 Soldaten und Mobilen sich ihren Weg in die Provinzen gebahnt und sich für Frankreich erhalten hätten, die weitere Verteidigung von Paris überflüssig sei und eine Kapitulation ehrenhalber möglich werde. In den Kreisen, wo man so dachte, erregte es gar keinen Beifall, als Trochu in einer Proklamation vom 6. Januar wieder einmal verkündete: der Gouverneur von Paris wird nicht kapitulieren! Die kleinen Ausfälle, die man am 10. und 13. von Issy gegen Clamart, oder im Norden gegen Le Bourget machte, blieben völlig wirkungslos. Trochu mußte sich überzeugen, daß, so unmöglich das Beginnen auch sei, ein letzter großer Durchbruchsversuch ihm nicht geschenkt werde. So bestimmte er denn für den 19. etwa 100 000 Mann unter Ducrot, Bellemare und Vinoy zu einem Ausfall auf der Halbinsel des Mont Valérien. Der von Vinoy geführte linke Flügel hatte verhältnismäßig den größten Erfolg; er nahm die vor St. Cloud gelegene Schanze von Montretout; aber schon das Centrum unter Bellemare konnte nicht über die preußische Vorpostenstellung bei Garches vordringen, und der rechte Flügel unter Ducrot bewerkstelligte seinen Anmarsch so langsam und in solcher Verwirrung, daß er gar nichts ausrichtete. Gegen 2 Uhr gingen die Deutschen, die inzwischen Verstärkungen herangezogen hatten, selbst wieder zum Angriff über, warfen beim Anbruch der Dunkelheit die Franzosen vor Garches zurück und besetzten nachts um 11 Uhr auch die wiedergeräumte Schanze von Montretout, so daß der Feind nicht den geringsten Vorteil in der Hand behielt und gegen 7000 Mann, zehnmal mehr als die Deutschen, nutzlos geopfert hatte. Damit war Trochus Rolle ausgespielt: am 21. Januar wurde er von seinen Kollegen seines Amtes als Gouverneur von Paris enthoben und Vinoy an seinen Platz berufen; seine Stellung an der Spitze der Regierung behielt er bei. Den Radikalen war damit aber lange nicht genug geschehen: der Augenblick schien ihnen günstig die Kommune ins Leben zu rufen. Am 21. bemächtigten sie sich des Gefängnisses von Mazas, in dem Flourens und andere ihrer Leute seit den Oktobertumulten saßen, befreiten dieselben und führten sie nach der Mairie von Belleville. Hier nahmen sie Besitz von den Brotrationen und dem Wein, den sie fanden, und verabredeten ihre Revolution für die Mittagsstunde des 22. Beim Stadthause, das sie in großen Haufen umströmten, stießen sie zwar auf energischen Widerstand und mußten, nachdem auf beiden Seiten mehrere Personen getötet und verwundet waren, zurückweichen; aber unterdrückt war der Aufstand damit nicht, und die Regierung konnte unmöglich zugleich nach außen und nach innen sich verteidigen; ein paar drohende Maßregeln, die Schließung

Der letzte Ausfall.

Unruhen in Paris.

aller Klubs, die Unterdrückung der sozialistischen Blätter Pyats und Blanquis, die Einsetzung neuer Kriegsgerichte, sollten ihre Entschlossenheit kundgeben, und dienten in jedem Falle dazu um den schwierigen Augenblick zu erleichtern, in welchem das Geständnis gemacht werden mußte, daß die Lebensmittel erschöpft seien. Der war aber jetzt hereingebrochen, die Berechnungen ergaben, daß die alleräußerste Frist, bis zu der die Vorräte reichten, mit der ersten Februarwoche zu Ende gehe; da Tage erforderlich waren um neue Nahrungsmittel herbeizuschaffen, so durfte man nicht länger zaudern. Favre machte noch einen Versuch die Maires von Paris zu bewegen, daß sie an Stelle der Regierung die Verhandlungen mit den Deutschen übernehmen möchten; da sie sich dessen weigerten, ließ er sich Vollmacht von seinen Kollegen geben und fuhr am Abend des 23. Januar über Sèvres nach Versailles, wo er sofort, bald nach 7 Uhr, eine Unterredung mit Bismarck erhielt.

Kapitulationsverhandlungen.

Aber es schien fast, als ob der Kanzler auf politische Verhandlungen mit ihm nicht mehr eingehen wolle; wenigstens empfing er ihn mit der unerwarteten Nachricht, daß er mit Napoleon in Friedensverhandlungen stehe, die Aussicht auf Erfolg böten; von einer neugewählten Nationalversammlung sei bei dem Schreckensregimente Gambettas kein gedeihlicher Beschluß zu erwarten; vielmehr werde man auf den Senat und den gesetzgebenden Körper des Kaiserreichs zurückgreifen, die ja nur auseinandergesprengt, nicht aufgelöst seien. In der That waren von dem Prinzen Napoleon, dem Kardinal Bonnechose, von Persigny und Palikao Verhandlungen mit Bismarck angeknüpft, und ein napoleonischer Agent Duparc befand sich in ebendiesen Tagen in Versailles. Auf Favres dringliche Vorstellungen gegen diese Pläne versprach Bismarck jedoch sie ruhen zu lassen, wenn sich die Möglichkeit einer Verständigung mit der republikanischen Regierung zeige. Es handelte sich dabei wesentlich um die Frage, ob Gambetta einen Waffenstillstand und die Wahlen zu einer Nationalversammlung zugeben werde, und das glaubte Favre verbürgen zu können. Was Paris anlangte, so drehten sich die Verhandlungen hauptsächlich darum, ob die Nationalgarde ihre Waffen behalten und ob die Deutschen einen Teil der Stadt besetzen sollten oder nicht. Erst am 26. waren alle Schwierigkeiten beseitigt, und Favre kehrte nach Paris zurück um die Genehmigung der Regierung einzuholen: um Mitternacht fielen von beiden Seiten die letzten Schüsse und am 28. Januar um 7 Uhr abends wurde die Konvention in Versailles unterzeichnet. Sie setzte die Dauer des Waffenstillstandes bis zum 19. Februar mittags fest und bezeichnete genau durch die einzelnen Departements hindurch die Grenzlinie, von der sich die Truppen beider Teile 10 Kilometer entfernt halten sollten; für die Wahlen wurde deutscherseits jede Erleichterung versprochen, nicht minder für die Reise der Gewählten nach Bordeaux. Während die Forts von Paris überliefert, die Umwallung abgerüstet und die Lafetten der Kanonen sowie die Waffen in die Forts geschafft werden sollten, verzichtete das deutsche Heer darauf

Die Kapitulation.

während der Waffenruhe in die Stadt einzurücken; die kriegsgefangene Armee durfte innerhalb der Umwallung bleiben, eine Division behielt sogar zur Erhaltung der Ordnung ihre Waffen, ebenso die Nationalgarde, da Favre die Gefahr, welche ihm selbst und den besitzenden Klassen dadurch bereitet wurde, trotz Bismarcks Warnung nicht zugeben wollte. Die Verproviantierung der Stadt sollte deutscherseits nach Kräften erleichtert werden; eine Kontribution von 200 Millionen Franken diente gleichsam als Ersatz für die Naturalverpflegung der deutschen Truppen, zu der die Hauptstadt außer stande war.

Die Kämpfe im Osten.

Die Ausführung aller dieser Bedingungen ging ohne Hindernisse von statten; dennoch dauerten die Feindseligkeiten auf einem Kriegsschauplatze noch fort und führten noch zu einer gewaltigen Katastrophe: das war in den Departements Doubs, Jura und Côte d'or, die ausdrücklich von dem Waffenstillstande ausgeschlossen blieben. Die militärischen Operationen der Franzosen in diesen Gegenden unterschieden sich von denen der Nord- und Loirearmee dadurch, daß sie nicht unmittelbar den Entsatz von Paris, sondern in erster Linie die Unterbrechung der rückwärtigen Verbindungen des Feindes und selbst den Einfall in Süddeutschland zum Ziele hatten. Nach den lebhaften Kämpfen im Oktober war während des folgenden Monats der Krieg auf kleine Gefechte beschränkt geblieben, die den Deutschen viel zu schaffen machten ohne dem Feinde Vorteil zu bringen. Inzwischen verstärkten sich aber seine Reihen, und es ballte sich eine Macht zusammen, die Werders Streitkräften weit überlegen war. Außer dem Korps Michel (früher Cambriels), das bei Besançon stand, hatte der deutsche Heerführer Garibaldi mit seiner Fremdenlegion von mindestens 20000 Mann und einen der wortbrüchigen Offiziere von Metz, Cremer, mit etwa 30000 Mobilgarden und Freischützen sich gegenüber. Ihm selbst standen dagegen nur die 16000 Badenser bei Dijon unmittelbar zur Verfügung; von der Goltz war mit einer preußischen Brigade nach Langres entsandt, Schmeling deckte mit seiner Landwehr die Verbindung nach dem Elsaß, Tresckow umlagerte mit einer anderen Landwehrdivision Belfort; die nächste Unterstützung hätten Zastrows Westfalen bringen können, die an der oberen Seine angekommen waren; da sie aber Mitte Dezember den Befehl erhielten nach der Loire aufzubrechen, durfte Werder auch auf sie nicht rechnen. Er beschloß nun einen Vorstoß gegen Cremer zu machen, den General Glümer mit der badischen Division am 18. Dezember auch ruhmvoll ausführte; der Feind wurde vor Nuits, südlich von Dijon, mit einem Verlust von über 2500 Mann geworfen und die Stadt erstürmt; allein weiter vorzudringen oder auch nur in Nuits zu bleiben war für das kleine Häuflein nicht thunlich, und so ward am nächsten Tage der Rückmarsch nach Dijon angetreten. Selbst hier durfte man aber nicht stehen bleiben, als in den Weihnachtstagen verläßliche Nachrichten meldeten, daß Bourbaki mit dem rechten Flügel der vormaligen Loirearmee von Bourges heranrücke. Werder räumte daher am 27. Dezember Dijon,

zog Goltz von Langres her an sich und nahm Stellung bei Vesoul. Auch im großen Hauptquartier erkannte man die Gefahr und befahl Zastrow nach Westen umzukehren um sich mit Werder zu vereinigen; als aber gleich darauf Meldungen einliefen, die alles, was von Bourbakis Zuge berichtet war, als Fabel erscheinen ließen, nahm man den Befehl an Zastrow wieder zurück und wies Werder an von neuem auf Dijon loszugehen. Auf Grund seiner besseren Kenntnis begnügte sich dieser jedoch südwärts über den Ognon zu gegen, wodurch er die vollste Sicherheit gewann, daß Bourbaki in der That zwischen Ognon und Doubs
Villersexel. auf Belfort marschiere. Nun kam alles darauf an vor den Franzosen die belagerte Festung zu erreichen und in die Stellung einzurücken, die man hinter der Lisaine, einem Flüßchen, das eine Meile westlich von Belfort in südlicher Richtung dem Doubs zufließt, zu einer Verteidigungsschlacht ausgesucht hatte. Um das zu ermöglichen mußte man den vorrückenden Feind durch einen Flankenangriff aufhalten; dies geschah am 9. Januar durch die Schlacht von Villersexel am Ognon. Während die Hauptmacht Werders nach der Lisaine eilte, stürzte sich von der Goltz auf den Feind und hielt ihn in einem sechzehnstündigen Kampfe, der zu den erbittertsten des ganzen Krieges gehörte, fest; erst 2 Uhr morgens am 10. erstarb das Gefecht, und die Deutschen räumten nun sofort Villersexel um gleichfalls hinter die Lisaine zu eilen. Hier galt es jetzt standzuhalten, bis Hilfe kam. Im großen Hauptquartier hatte man nicht sobald seinen Irrtum erkannt, als auch schon Zastrow und Fransecky die Weisung erhielten in Eilmärschen nach Westen zu ziehen; mit Werders Korps vereinigt sollten sie die Südarmee bilden, deren Führung Manteuffel übertragen wurde. Aber lange Tage mußten verstreichen, ehe diese Truppen ihre weiten Märsche zurücklegen konnten, und währenddessen stand Werder mit 43 000 Mann den 150 000 gegenüber, die Bourbaki heranführte, während im Rücken das starke Belfort lag, dessen
Belfort. Besatzung stündlich in die Schlacht eingreifen konnte. Selbst die Vorteile der trefflichen Stellung, die Werder ausgesucht, wurden durch den heftigen Frost dieser Tage, der die Lisaine mit einer festen Eisdecke überzog, erheblich geschwächt. Aber alles das erschütterte den Mut der tapferen Badener und Preußen nicht, und in dreitägigem heißem Kampfe trotzten sie mit dem äußersten Aufgebot ihrer Kräfte dem feindlichen Ansturm, ein Widerstand, den der König selbst in seinem Glückwunsch an Werder den größten Waffenthaten aller Zeiten zugesellte. Der Hauptkampf begann am 15. Januar und dauerte den 16. und 17. fort. Im Centrum der Deutschen, bei Héricourt, wo Schmeling kommandierte, gelangen dem Feinde auch nicht die geringsten Fortschritte; wenig erfolgreicher war er auf seinem rechten Flügel, wo er die Stadt Mömpelgard (an der Mündung der Lisaine in den Doubs) allerdings schon am 14. besetzt hatte, aber trotz aller Anstrengungen nicht einmal das von allen Seiten umzingelte, von nur zwei Kompagnien ostpreußischer Landwehr besetzte Schloß zu erstürmen vermochte. Am ernsthaftesten wurde die Lage auf dem rechten deutschen Flügel bei Frahier und Chenebier; drei

Batterien wurden hier am zweiten Tage von 15 000 Mann unter Cremer angegriffen und mußten gegen Abend ihre Stellungen räumen. Aber auch so entstand keine Lücke in dem lebendigen Wall der deutschen Krieger; in ihren rückwärtigen Positionen hielten sie die Nacht Wache und, verstärkt durch die badische Brigade Keller, ging es schon vor 4 Uhr morgens am 17. wieder gegen den Feind vor, dem vorübergehend selbst ein Teil von Chenebier durch Überrumpelung wiederentrissen wurde. Übrigens hatte Bourbaki trotz des Erfolges am Abend des 16. schon in der Nacht den Abmarsch beschlossen, sei es, weil er sich von der Überlegenheit der deutschen Artillerie überzeugt hatte, sei es, weil ihm die Nachricht von dem Anrücken Manteuffels gebracht war. Wenn er am 17. den Kampf noch wiederannahm, so hatte das nur die Bedeutung den Rückzug zu decken. Bis zum Nachmittage ward noch in furchtbarem Kampfe gestritten, bis auf beiden Seiten die Kräfte schwanden und nur die Artillerie noch thätig blieb. In drei blutigen Tagen, die ihm 3—4000 Mann gekostet hatten, war Bourbaki kaum einen Schritt breit vorwärts gekommen; überdies trat jetzt Thauwetter ein, das dem Angreifer seine Aufgabe in jeder Beziehung erschwerte, insbesondere bei strömendem Regen die Wege unergründlich machte: er trat also den Rückzug an und tröstete sich mit der Hoffnung, der Feind werde ihm folgen; es wäre zum Entzücken, meldete er nach Bordeaux, wenn er uns so die Möglichkeit gäbe ihn unter günstigeren Bedingungen anzugreifen. Aber Werder unterließ am 18. die Verfolgung nicht allein aus Klugheitsgründen, sondern vor allem, weil seine Truppen das äußerste geleistet hatten, was man von Menschen verlangen konnte. Mindestens zwei Drittel derselben hatten auch nachts unter Waffen gestanden, zum Teil ohne Holz, Stroh und Feuer biwakiert, seit vier, fünf Tagen nichts warmes gegessen und überdies vielfach nur schmale Portionen bekommen. Ein Ruhetag war deshalb, zumal auch die Munition verschossen war, von selbst geboten, und erst am 19. konnte die Verfolgung angetreten werden.

Manteuffels Vormarsch.

Zu dieser mitzuwirken war jetzt auch Manteuffel bereit. Er war in Eilmärschen von Chatillon an der oberen Seine in der Richtung auf Vesoul mit den Pommern und Westfalen herangerückt und erfuhr am 18. den Rückzug Bourbakis. Sofort beschloß er die bisherige Marschrichtung aufzugeben, den Doubs unterhalb Besançon zu überschreiten und dem geschlagenen Heere die Straßen zu verlegen, die auf der 12 Meilen breiten Strecke zwischen der schweizer Grenze und dem Doubs von Besançon nach Lyon, dem Rückzugsziele Bourbakis, laufen. Folgte dann Werder dem Feinde von Norden, so mußte es gelingen diesen in dieselbe Lage wie Mac Mahon bei Sedan zu bringen, d. h. ihn zu einer Schlacht mit dem Rücken nach der Grenze zu nötigen. Allerdings war das Unternehmen gewagt, denn Bourbaki war noch doppelt so stark wie Manteuffel ohne Werder, und bei Dijon stand Garibaldi mit seinem Korps, das den Deutschen in die Flanke fallen konnte. Aber auch Moltke billigte den Plan und bat den König im voraus im Fall des Mißlingens Manteuffel nicht zu tadeln; denn um große Erfolge

zu erzielen müsse etwas gewagt werden. Französischerseits setzte man auf Bourbaki noch tagelang so große Hoffnungen, daß Favre es war, der den östlichen Kriegsschauplatz von dem Waffenstillstande auszunehmen vorschlug. Auch Gambetta erwartete von dem Angriff auf Manteuffel große Dinge. Er hielt diesen allerdings für schwächer als er war, da ihm aus Dijon gemeldet wurde, die Hälfte der preußischen Armee habe sich dorthin gewandt um Garibaldi anzugreifen. In Wahrheit aber war nur eine Brigade unter General Kettler zu diesem Zweck entsandt worden und hatte am 21. und 23. tapfer gegen den Italiener gekämpft, allerdings ohne ihm die Stadt entreißen zu können; dies gelang erst am 1. Februar dem General Hann von Weyhern, der mit zwei Brigaden zur Unterstützung Kettlers nachgeschickt wurde. Bourbaki versäumte unterdessen die letzte Frist, die ihm gelassen war nach Westen durchzubrechen; fast einstimmig teilte sein Kriegsrat die Ansicht, daß ein solcher Versuch, wie Gambetta ihn forderte, hoffnungslos sei, und beschloß den Abmarsch nach Pontarlier an der schweizer Grenze. Am 26. ward derselbe angetreten; Gambetta beantwortete die Meldung mit der telegraphischen Entsetzung des Oberfeldherrn und der Ernennung des Generals Clinchant zu seinem Nachfolger: Bourbaki aber war so völlig zerschlagen, daß er abends durch Selbstmord sein Leben zu enden versuchte. Da die Wunde nicht tödlich war, blieb ihm der Schmerz den trostlosen Ausgang seines Feldzuges zu erleben nicht erspart. Clinchant konnte die eingeleiteten Bewegungen nicht mehr rückgängig machen und marschierte auf Pontarlier, während südlich von ihm das Manteuffelsche Heer sich in Parallelmärschen bewegte und Schmeling von Norden heranrückte. Am 29. erreichten die Westfalen eine Meile diesseit Pontarlier, bei Sombacourt und Chaffois, den feindlichen Nachtrab; auch die Pommern waren bis auf einen Tagemarsch herangekommen; jeder Ausgang war Clinchant verlegt. Da zeigten die Franzosen den Deutschen den Abschluß des Waffenstillstandes an, den Gambetta ihnen gemeldet hatte, und da man im deutschen Lager noch nichts davon wußte, also auch die Ausschließung dieses Kriegsschauplatzes nicht kannte, so wurden in der That die weiteren Bewegungen eingestellt. Anderen Tages war der Irrtum durch Telegramme aus Versailles aufgeklärt; die Franzosen aber beharrten bei ihrer Behauptung, daß der Waffenstillstand ein allgemeiner sei, und protestierten gegen den Bruch desselben. Favre hatte nämlich wirklich versäumt, die einschränkende Klausel mit nach Bordeaux zu telegraphieren und dadurch die Verwirrung veranlaßt. Von Einfluß auf die Operationen war diese falsche Annahme übrigens nicht: das Schicksal Clinchants war vorher schon unabänderlich. In einer Reihe von Gefechten, in denen er insgesamt 15000 Gefangene verlor, deckte er seinen Rückzug an die Grenze, und schloß dann morgens am 1. Februar einen Vertrag mit dem schweizer General Hans Herzog, kraft dessen er mit 90000 Mann und 266 Geschützen auf das schweizer Gebiet übertrat um sich entwaffnen zu lassen. Nur etwa 20000 Mann waren von der großen Ostarmee in kleineren Abteilungen entkommen und für den

Kämpfe um Dijon.

Bourbakis Absetzung.

Katastrophe der Ostarmee.

Fall, daß der Friede nicht aus dem Waffenstillstand hervorging, zu neuen Kämpfen verwendbar.

Militärische Lage.

Unter solchen Umständen konnten auch die hitzigsten Heißsporne nicht daran denken den Krieg fortzusetzen. 385 000 französische Krieger befanden sich in Deutschland, 150 000 in Paris in Gefangenschaft, an 100 000 waren in Belgien und der Schweiz entwaffnet. Von den französischen Festungen hielten die Deutschen 22 besetzt, 25 Departements waren in ihrer Hand; sie hatten das Kriegsmaterial von drei großen Armeen, über 1800 Feld- und dreimalsoviel Festungsgeschütze, dazu an 600 000 Gewehre erbeutet. Gegen die 250 000 Mann, die Frankreich noch auf dem Papiere unter Waffen hatte, standen ihrerseits (nach dem Heeresausweis vom 1. März) 570 000 Mann Infanterie, 63 000 Mann Kavallerie und 1742 Feldgeschütze auf feindlichem Boden, d. h. unter Zurechnung der Offiziere und Beamten, der Artillerie, der Pionniere und des Trains nicht viel weniger als eine Million Köpfe, zu der in Deutschland selbst noch eine Viertelmillion Ersatz- und Besatzungstruppen kamen. Auch ohne die moralische und militärische Überlegenheit des einzelnen deutschen Kriegers in Anschlag zu bringen wäre eine Erneuerung des Kampfes geradezu Wahnsinn gewesen. Dieser Sachlage trug Favre dadurch Rechnung, daß er am 15. Februar den Waffenstillstand durch eine Zusatzkonvention auch auf den Osten ausdehnen ließ und dabei die Festung Belfort gegen freien Abzug der Besatzung unter Oberst Denfert den Deutschen räumte.

Gambettas Rücktritt.

Gambetta freilich träumte noch einen Augenblick davon den Krieg fortzusetzen. In einer wutschnaubenden Proklamation vom 31. Januar klagte er die Pariser Regierung der sträflichen Leichtfertigkeit an, mit der sie ohne sein Wissen den Waffenstillstand abgeschlossen hätte, ergoß die ganze Schale seines Zornes über die deutschen Barbarenhorden und forderte zu neuen Rüstungen, zu neuen Kämpfen auf. Allein er wagte doch schon nicht mehr die Wahlen zu verhindern, welche die Pariser Regierung ausschrieb, und gedachte sie nur dadurch zu beeinflussen, daß er durch willkürliches Dekret alle Minister und Präfekten, Staatsräte, Senatoren und offiziellen Kandidaten des Kaiserreichs der Wählbarkeit beraubte. Da hierdurch der Nationalversammlung gerade die konservativsten und friedlichsten Elemente entzogen worden wären, erhob Bismarck sofort Einspruch dagegen, und die Pariser Regierung stellte sich so entschieden auf seine Seite, daß Gambetta am 6. Februar seine Entlassung forderte und erhielt. Zwei Tage darauf fanden die Wahlen statt, und bereits am 13. konnte Favre die Vollmachten der Regierung in die Hände der soeben eröffneten Nationalversammlung von Bordeaux niederlegen.

Die Nationalversammlung.

Die Zusammensetzung dieser Körperschaft bewies, sowenig sich die Parteistellung jedes einzelnen Mitgliedes auch jetzt schon übersehen ließ, doch unzweifelhaft, daß die große Mehrheit der Franzosen des Krieges überdrüssig und nach der Republik zum mindesten nicht begierig war. Die ersten Schätzungen bezeichneten 400 Mitglieder als Orleanisten,

150 als Republikaner, 150 als Legitimisten, 20 als Anhänger Napoleons. In der That aber waren die Orleanisten durchaus keine geschlossene Partei mit festem Programm; auch scharten sie sich nicht um den ältesten Prinzen des Hauses, den Herzog von Aumale, oder um seinen Bruder Joinville, die beide gewählt waren, sondern um Thiers, den 26 Departements ernannt hatten. Dessen Wünsche aber gingen dahin die Verfassungsfrage auf sich beruhen zu lassen und nicht durch ihre Behandlung den Parteigeist zu wecken, eine Auffassung, der sich auch Aumale in seiner Wahlproklamation angeschlossen hatte. War somit die zahlreichste Partei bereit die republikanischen Formen vorderhand beizubehalten, so konnte über den Mann, den sie an die Spitze der Regierung zu berufen hatte, gar kein Zweifel sein: durch die Stimme der Nation nicht minder als durch die Verhältnisse war Thiers dazu erkoren. Durch den sogenannten Pakt von Bordeaux ernannte ihn die Nationalversammlung am 17. Februar, „in Erwartung der Entscheidung, die Frankreich über die endgültige Regierungsform treffen werde", unter Wahrung ihres eigenen Aufsichtsrechtes zum Haupte der ausführenden Gewalt der französischen Republik, mit dem Rechte die Minister selbst zu ernennen. Er behielt Dufaure, Favre, Picard, Simon, Leflô in seinem Rate bei, nahm aber auch einen Legitimisten, de Larcy, auf und forderte in der Rede, mit welcher er sein Amt am 19. antrat, alle Parteien auf mit ihm an der Wiederherstellung des Friedens und der Wohlfahrt zu arbeiten. Nur eine Partei, die bonapartistische, ward von Anfang an wie der Auswurf der Nation behandelt. Obgleich der Kaiser von Wilhelmshöhe aus in einer Proklamation vom 4. Februar erklärt hatte, daß er, gebeugt durch so viele Ungerechtigkeiten und bittere Enttäuschungen, jene Rechte nicht in Anspruch nehmen wolle, die das Volk ihm viermal binnen 20 Jahren freiwillig übertragen, so fühlte doch die Mehrheit der Versammlung instinktiv, daß der Bonapartismus mit der Zeit wieder mächtig werden könne und daß selbst jetzt seine Anhänger in Frankreich viel mehr Boden besäßen, als es nach ihrer schwachen Vertretung in Bordeaux scheinen konnte. Die erste Gelegenheit, die sich am 1. März bei der Beratung des Friedensvertrages bot, wurde deshalb benutzt um den Sturz der Dynastie durch ein feierliches Votum zu bekräftigen und Napoleon für alles geschehene Unglück verantwortlich zu machen — ein sprechender Beweis, wie wenig man noch zu der Erkenntnis gelangt war, daß der Ausbruch des Krieges, unbeschadet aller Schuld des Kaisers und seiner Regierung, doch nur durch den Ehrgeiz, die Ruhmsucht und die Eroberungslust des ganzen Volkes möglich geworden war.

Thiers Chef der Regierung.

Die Bonapartisten.

Von diesen Kundgebungen gegen das Kaisertum und einigen persönlichen Zänkereien abgesehen, schwiegen während der ersten Sitzungen in Bordeaux die Parteirufe; auch die Legitimisten und die Radikalen, die letzteren besonders zahlreich unter den 43 Abgeordneten von Paris vertreten, sonderten sich nicht auffällig von der großen orleanistisch-republikanischen Mischpartei ab. Zum Präsidenten der Versammlung

Die Friedensverhandlungen.

wurde mit 519 von 529 Stimmen Grévy erwählt; während der Dauer der Friedensverhandlungen wurden die Sitzungen unterbrochen: die Führung derselben, die Thiers persönlich in Gemeinschaft mit Favre und Picard übernahm, sollte nur durch einen Ausschuß von 15 Mitgliedern die sich nach Paris begaben, überwacht werden. Ein Versuch des elsässischen Deputierten Keller die Versammlung vorher zu dem Entschlusse zu treiben, daß sie in die Abtretung von Elsaß und Lothringen nicht willigen werde, scheiterte an den ernsten Erklärungen, die Thiers abgab, und endete mit der Erteilung eines Vertrauensvotums für die Unterhändler. Über diesen Verhandlungen war indes der Waffenstillstand abgelaufen, und es erwies sich mehrfach eine Verlängerung als nötig, die deutscherseits stets nur für wenige Tage zugestanden ward. Am 21. Februar traf Thiers endlich in Versailles ein und die Verhandlungen begannen. Die deutschen Forderungen bestanden in dem Elsaß mit Belfort, Deutsch-Lothringen mit Metz und 6 Milliarden Franken Kriegsentschädigung; die französischen Bemühungen waren darauf gerichtet Metz, Belfort und einige Milliarden zu retten, und in dem letzteren Punkte gelang es Thiers auch sich die Fürsprache des englischen Kabinetts zu verschaffen, bei dem er in aller Eile den Herzog von Broglie als Botschafter beglaubigt hatte. Die Verhandlungen nahmen zum Teil einen sehr lebhaften Charakter an, so daß Bismarck, der ebensoviel Ruhe wie Rücksicht zeigte, zeitweise zum Gebrauch der deutschen Sprache überging, da er des Französischen nicht mächtig genug sei um die von Thiers gebrauchten Ausdrücke (Gemeinheit, Beraubung u. dergl.) zu verstehen. Das Ergebnis des heißen Kampfes war endlich am 26. Februar, daß Deutschland eine Milliarde nachließ und auf Belfort verzichtete, dagegen die Besetzung eines Teiles von Paris bis zu dem Augenblicke, wo die Nationalversammlung den Frieden genehmigt haben werde, sich ausbedang. Die Zahlung der ersten Milliarde sollte im Laufe des Jahres 1871 erfolgen, für den Rest wurde eine weitere Frist von drei Jahren gewährt; als Bürgschaft für diese Schuld blieb ein Teil Frankreichs von 50 000 Mann deutscher Truppen besetzt; den abgetretenen Gebietsteilen wurden gewisse Handelserleichterungen, ihren Bewohnern das Recht nach Frankreich auszuwandern zugestanden. An der Unterzeichnung dieser Urkunden nahmen deutscherseits neben Bismarck die süddeutschen Minister Graf Bray, Wächter und Jolly teil, französischerseits neben Thiers nur Jules Favre. Zur Abfassung des endgültigen Friedensvertrages wurden fernere Konferenzen in Brüssel verabredet.

Der Friedensschluß.

Die Besetzung von Paris wurde von 30 000 Mann am 1. März ausgeführt; sie erstreckte sich nur auf den südwestlichen Teil der Stadt, der am rechten Seineufer liegt und nordwärts durch die Linie von den Tuilerien über den Triumphbogen bis zur Umwallung begrenzt wird, so daß kaum ein Zehntel der ungeheueren Stadt betreten wurde. Auch erfolgte die Räumung sehr schnell, da die Nationalversammlung sich nach Kräften beeilte der Hauptstadt ihren „großen Schmerz", wie Thiers sich ausdrückte, zu verkürzen. Sofort nach seiner Ankunft in Bordeaux hatte

Die Deutschen in Paris.

sich der Präsident, nachmittags am 28. Februar, in die Versammlung begeben um ihr die Friedensurkunde vorzulesen; schon nach den ersten Worten aber versagte ihm die Stimme, und sein Kabinetschef Barthélemy de St. Hilaire mußte ihn ablösen. Anderen Tages fand die Beratung statt. Während Viktor Lefranc namens des Friedensausschusses die Annahme empfahl, forderte die Linke durch Edgar Quinet die Verwerfung. Viktor Hugo unterstützte ihn in einer Rede, die einzig darauf berechnet schien die Unerläßlichkeit der deutschen Forderungen zu bestätigen. Er verkündete den Tag, wo das unbesiegbare Frankreich sich wiedererheben und zu Elsaß und Lothringen die Rheinlande mit Mainz und Köln sich nehmen werde, wo es dem deutschen Volke die Republik der Brüderlichkeit, den Frieden und die Freiheit in den Vereinigten Staaten Europas anbieten, wo es ihm den Gegendienst leisten und, wie es jetzt selbst durch Deutschland von seinem Kaiser befreit sei, auch das deutsche Volk von dem seinigen befreien werde. Die Worte des überschwänglichen Redners fanden indes in dieser Versammlung, die im Grunde ihres Herzens monarchisch und notgedrungen friedliebend war, mehr Widerspruch als Beifall. 546 Stimmen erklärten sich für die Bestätigung des Vertrages, nur 107 konnten sich nicht dazu entschließen: manche, wie Buffet, hielten es für erlaubt sich der Stimmabgabe ganz zu enthalten. Unter den Verwerfenden befanden sich die Abgeordneten des Elsaß und Deutsch-Lothringens, für die während der Verhandlungen Bamberger von Metz das Wort geführt hatte und zum Schluß Keller einen leidenschaftlichen Protest abgab: zwei Tage darauf erklärten sie den Verhältnissen gemäß ihren Austritt aus der Versammlung. Diese zog nun die Frage in Beratung, wo sie fortab ihre Sitzungen halten solle. An Paris war so lange nicht zu denken, wie die Deutschen einen Teil der Forts besetzt hielten; überdies aber war der Mehrheit die Hauptstadt aus guten Gründen sehr verdächtig: der Ausfall der Wahlen hatte gezeigt, welch ungeheuren Einfluß die Sozialisten dort besaßen. Man ging deshalb gern auf Thiers' Vorschlag ein, Versailles, das von dem deutschen Hauptquartier am 7. März verlassen war, zum Sitz der Versammlung und der Regierung zu machen. Noch ehe man dort die in Bordeaux am 11. März unterbrochene Thätigkeit wiederaufgenommen hatte, brach der sozialistische Sturm los, dessen Nahen sich seit dem Falle von Paris täglich deutlicher angekündigt hatte.

Die Opposition in Bordeaux.

Der Pariser Kommuneaufstand.

Die Stimmung in Paris.

In der That konnte für den Versuch die sozialistischen Träume zu verwirklichen keine Zeit und kein Ort geeigneter sein als die französische Hauptstadt nach dem Ende der Belagerung. Nach Zehntausenden zählten in ihr die Existenzen, die sich während der letzten Monate daran gewöhnt hatten auf Staatskosten ernährt zu werden, und die in den Waffen, welche ihnen für den Dienst in der Nationalgarde übergeben waren, das Mittel besaßen um sich die Fortdauer des bisherigen faulen

Bummlerlebens auch für die Zukunft zu erhalten. Die gewaltigen Aufregungen der jüngst verflossenen Zeit, die überschwänglichen Schmeicheleien, die unverantwortlichen Hetzreden, mit denen Regierung, Presse und Klubredner das Volk um die Wette überschüttet hatten, mußten unendlich viele schwache Gemüter, die in gewöhnlichen Zeiten ruhig in ihrem Gleise geblieben wären, aus ihrer Bahn werfen und für die verwegensten Entschlüsse zugänglich machen. Man hatte so unerhörtes erlebt, so völlig ungeahnte Zustände hereinbrechen sehen, daß kaum noch etwas unmöglich erschien, daß eine ganz neue Ordnung der Dinge herzustellen manchem nicht schwerer däuchte als die Rückkehr in die alten Verhältnisse. Dazu waren Tod und Verstümmelung, Brand und Zerstörung so lange der Stoff des täglichen Gesprächs, der Gegenstand der persönlichen Erfahrung gewesen, daß Verstand und Gefühl dagegen abgestumpft waren und eine Rohheit der Empfindung auch da großgezogen war, wo früher, wenn nicht tiefere sittliche Regungen, doch die Macht der Gewöhnung und der überlieferte Glaube die roheren Triebe niederhielten. Man hatte eine Autorität nach der anderen sinken sehen, eine Institution nach der anderen verlästern hören; man war daran gewöhnt worden den Glauben an die Gottheit, die Heiligkeit der Ehe, die Rechtmäßigkeit des Besitzes, die Ordnung der Stände, den Vorrang des Geistes als Ammenmärchen verspotten zu lassen und selbst zu verspotten; man hatte aus seiner eigenen Mitte Männer aufsteigen sehen, die mit zuversichtlichen Worten ungestraft den Umsturz des Bestehenden forderten, den Anbruch einer neuen Zeit verkündeten — weshalb sollte man jetzt nicht Hand anlegen diese Worte zur Wahrheit zu machen und die glorreichen Zeiten der ersten Republik, die Tag für Tag mit so mancher klangvollen Phrase verherrlicht wurden, zu erneuern? Von seiten dessen, was man jetzt Regierung nannte, war ein ernstlicher Widerstand ja nicht zu befürchten; die Departements um Paris herum waren noch für geraume Zeit in den Händen der Deutschen; die hatten zu oft erklärt, daß sie sich in die inneren Angelegenheiten Frankreichs nicht mischen würden, und sehnten sich zu sehr nach Frieden und Heimkehr, als daß man von ihnen einen Angriff hätte zu besorgen brauchen. Und wenn ja wider Erwarten die Regierung oder das deutsche Heer Paris angreifen sollte, nun, Paris war ja unüberwindlich, das hatte man tausendmal gesagt und tausendmal gehört: nur der Verrat der Regierung, die Feigheit Trochus hatte den Fall verursacht: wenn aber die Barrikadenkämpfer zum todesmutigen Widerstande entschlossen in den Straßen und Häusern den Kampf aufnahmen, wenn sie dem Brande und der Sprengung trotzboten und kein Mittel der Vernichtung verschmähten, dann mußte der Ausgang ein anderer werden und die französischen Provinzler, die deutschen Landwehrleute konnten doch am Ende auch nicht so borniert sein, daß sie nicht die Herrlichkeit der allgemeinen Völkerrepublik erkennen und trotz Thiers und trotz Wilhelm Verbrüderung mit dem heldenmütigen Volke von Paris schließen sollten. Nationale Gesichtspunkte waren der großen Masse der Sozialisten fast ganz abhanden gekommen;

Die Internationalen.

der Haß gegen die Deutschen dauerte freilich fort, aber er hinderte doch schon nicht mehr, daß man bei den Pariser Wahlen neben anderen sozialistischen Größen auch Liebknecht als Kandidaten aufstellte. Vollends die Führer der Bewegung huldigten durchaus den Grundsätzen, die in den sechziger Jahren unter den sozialistischen Flüchtlingen in London den Bund der Internationale hervorgerufen hatten, deren Programm keine Scheidewand der Völker mehr anerkannte, sondern durch Beseitigung der Religion, der Ehe, des Erbrechts eine allgemeine Völkerverbrüderung, oder, wie die Gegner sich ausdrückten, einen unterschiedslosen Urbrei von Individuen herbeiführen wollte. Ungeduldig hatten die Führer, ein Blanqui, Pyat, Assy, zu wiederholtenmalen schon während der Belagerung das Heft an sich reißen wollen; aber wenn auch das Kaiserreich ihnen schon eine Menge gelehriger Schüler herangebildet hatte, so waren die Massen doch erst durch den Krieg und die Katastrophe für ihre Pläne reif geworden. Auch jetzt bedurfte man für sie noch manchmal des nationalen Aushängeschildes, und um den Ausbruch der Revolution vorzubereiten, kannte man kein schicklicheres Mittel als den Deutschenhaß, durch den man sich immer noch Tausende dienstbar zu machen wußte, die des Köders nicht ganz entbehren konnten. Der bevorstehende Einzug der Preußen, die ausbedungene Übergabe der Kanonen dienten als Handhaben um die Sache in Gang zu bringen: diese Kanonen mußte man retten: man rettete sie auf den Montmartre, man befestigte den Montmartre mit Barrikaden, und nun hatte man die Burg, die dem Aufstande zum Hauptquartier und den Rädelsführern als uneinnehmbares Bollwerk dienen sollte.

Wegführung der Kanonen.

Schon am Abend des 26. Februar nahmen diese Vorgänge ihren Anfang; trotz des Anmarsches von drei Linienbataillonen wurde der Artilleriepark der Nationalgarde vom Wagramplatze nach dem Montmartre geschafft, Gefangene wurden befreit, Munition unter die Bataillone von Belleville, Montmartre und anderen revolutionären Vierteln verteilt, die Autorität der Regierung und des Generals Vinoy vollständig mißachtet. Die Leitung der Bewegung ging von zwei verschiedenen Komitees aus; das eine, an dessen Spitze Assy stand, war aus Mitgliedern der Internationale gebildet; das andere aus Männern wie Flourens oder Delescluze zusammengesetzt, wollte durch freie Wahl aus dem Schoße der Nationalgarde hervorgegangen sein. Beide wirkten zunächst Hand in Hand und betrieben ihre Wühlerei um so ungescheuter als die Regierung nicht einmal öffentlich davon zu reden wagte. Erst nach dem Abmarsch der Deutschen, als die Aufständischen schon gegen 200 Kanonen und Mitrailleusen bei einander hatten und an die 100 000 Mann reichlich mit Gewehren und Patronen versorgt den Befehlen der geheimen Komitees gehorchten, gestand sie sich die Gefahr der Lage und suchte nicht allein durch Ansprachen und Aufrufe, sondern auch durch die Vermehrung der Linientruppen in der Stadt einer schlimmen Wendung vorzubeugen. Aurelles de Paladines, der am 3. März zum Oberbefehlshaber der Pariser Nationalgarde ernannt wurde, sollte

durch eine Umbildung der gefährlichen Truppe, besonders durch weitgreifende Änderungen im Offizierkorps, Wandel schaffen; allein er beschleunigte dadurch nur die Organisation der Meuterer, deren Centralkomitee sich eine Delegiertenversammlung der 200 Bataillone, auf die es rechnen konnte, zur Seite stellte und außerdem in jedem Bataillon und jeder Legion einen beratenden Ausschuß bilden ließ. Einige Dekrete, die der bisher noch immer fortgesetzten Soldzahlung ein plötzliches Ende machten und die Prorogation der kleinen Wechsel, die am 13. November beschlossen war, wiederaufhoben, dazu der Beschluß der Nationalversammlung, nicht nach Paris zu gehen, führten den Meuterern mit einem Schlage Tausende zu; auch auf die Pariser Mobilgarden, die jetzt aus der Armee entlassen wurden und größtenteils in die Hauptstadt eilten, durften sie zählen. Trotzdem unterschätzte man die wirkliche Größe der Gefahr auch jetzt noch und wiegte sich vollends in trügerische Sicherheit, als Vinoy am 11. März eine Musterung über angeblich 40 000 Mann Linientruppen halten konnte und an demselben Tage nicht nur das Todesurteil, welches von einem Kriegsgerichte über Blanqui, Flourens und andere Führer des Aufstandes vom 30. Oktober gefällt wurde, sondern auch die Unterdrückung von sechs radikalen Blättern ohne große Aufregung hingenommen wurde. Mehrere Tage verlor man noch mit Vorbereitungen aller Art, ehe man sich zu dem unerläßlichen Hauptschritt entschloß den Verschwörern ihre Kanonen wiederzuentreißen. Gegen 2 Uhr morgens am 18. März besetzte endlich der General Lecomte ganz unerwartet mit einigen Linienregimentern den Montmartre ohne von seiten der überraschten Nationalgardisten den geringsten Widerstand zu finden. Aus Mangel an Bespannung konnte er jedoch die Kanonen nicht fortschaffen, und kaum war es Tag geworden, so strömten aus allen Richtungen die Aufständischen zum Angriff herbei, die Linientruppen verweigerten den Gehorsam und ließen ihren General und einen Teil der Offiziere von den Meuterern gefangen wegführen. Dasselbe Schicksal erlitt der frühere Befehlshaber der Nationalgarden, Clément Thomas, der sich in bürgerlicher Kleidung auf den Schauplatz des Kampfes begab und bald erkannt von den Wütenden verhaftet wurde. Beide Generale wurden wenige Stunden darauf durch den Spruch eines sogenannten Kriegsgerichtes zum Tode verurteilt und sofort erschossen. Auf Widerstand stießen die Empörer zunächst nirgends. Nachmittags besetzten sie das Stadthaus, wo die beiden Komitees, die sich nun unter Assys Präsidium verschmolzen, ihren Sitz nahmen, und abends waren sie Herren des ganzen rechten Seineufers, bis auf einzelne, allerdings wichtige Gebäude wie Bank und Börse, die ein paar von den alten konservativen Nationalgardebataillonen schützten. Thiers und Vinoy zeigten sich ganz unfähig den Strom der Empörung einzudämmen; sie räumten am 19. auch das linke Seineufer und zogen sich mit den Truppen nach Versailles zurück; nicht einmal die Forts der Südseite wurden behauptet, nur auf dem Mont Valérien wehte noch die dreifarbige Fahne. Innerhalb der Stadt versuchten die Maires der 20 Bezirke, obgleich

Gegenmaßregeln der Regierung.

Der 18. März.

Vermittelungsversuche.

auch sie zu den fortgeschrittensten Republikanern gehörten, den Aufruhr durch Zugeständnisse zu entwaffnen; besonders erwies sich der Maire von Montmartre, Clémenceau, sehr eifrig und bewog seine Kollegen sich dem Stadthauskomitee gegenüber als die gesetzliche Obrigkeit hinzustellen und in dieser Eigenschaft den Admiral Saisset am 22. März an Aurelles' Stelle zum Befehlshaber der Nationalgarde zu ernennen. Allein ihr Einfluß reichte nicht weit und eine friedliche Kundgebung der ihnen ergebenen Bürger, die in großem Zuge gegen die starken Massen der aufständischen Bataillone auf dem Vendômeplatz anrückten, wurde von diesen mit einer vollen Salve begrüßt, die den erschreckten Haufen sofort auseinandersprengte. Dennoch kam es zu Unterhandlungen zwischen dem Stadthause und den Maires, die bereit waren sich vor einer neugewählten Gemeindevertretung zurückzuziehen, und schon hoffte man eine Verständigung erreicht zu haben, als der Centralausschuß die Verhandlungen plötzlich abbrach und die Bürger von Paris auf den 26. einseitig zur Wahl des Gemeinderates, der Kommune, berief. Nun gab auch Saisset das Spiel verloren, löste die treu gebliebenen Bataillone auf und ging nach Versailles: die Ordnungspartei war so völlig entmutigt, daß sie selbst an der Wahlurne nur spärlich zu erscheinen wagte, obgleich ihr dort der Sieg vollkommen sicher gewesen wäre. Denn von der halben Million Wähler, die Paris zählen mochte, kamen nur 180 000 zur Stimmabgabe und von diesen waren nur etwa zwei Drittel Anhänger der Kommune: eine allgemeine Beteiligung hätte also den Gemäßigten die Mehrheit verschafft, während jetzt beinahe die ganze Liste des Stadthauses durchging, und von Blanqui, Assy, Pyat, Flourens, Delescluze an alle ihre Häupter, zum Teil noch wenig oder gar nicht bekannte Namen, gewählt wurden; nur etwa 15 gemäßigte Republikaner befanden sich unter den 86 Gewählten. Am 28. März trat die Kommune zusammen, konstituierte sich und bildete zehn Ausschüsse, deren Vorsitzende die Obliegenheiten der Minister wahrzunehmen hatten: Pascal Grousset leitete die auswärtigen Geschäfte, Raoul Rigault besorgte die Polizei; Platzkommandant von Paris wurde „General" Bergeret; unter den häufig wechselnden Kriegsministern war Cluseret der bekannteste; der Oberbefehl über das Heer wurde unter drei Generale Eudes, Brunet und Duval geteilt, da Garibaldi, dem schon der provisorische Ausschuß diese Ehre zugedacht hatte, sie in einem übrigens sehr wohlwollenden Schreiben ablehnte. Seine allerdings fruchtlose und wenig glänzende Thätigkeit auf dem Kriegsschauplatze ward ihm nämlich sehr schlecht gelohnt; von seiner Vaterstadt Nizza als Abgeordneter nach Bordeaux entsandt, wurde er dort als Fremder gar nicht zugelassen und überdies von der Rechten so gröblich durch leidenschaftliche Angriffe beleidigt, daß auch sein Freund und Lobredner Viktor Hugo infolgedessen nicht länger in der Nationalversammlung sitzen wollte; auf die Nachricht, daß die Pariser ihn an ihre Spitze berufen hätten, wurde nun gar von der Versailler Regierung ein Verhaftsbefehl gegen ihn und seinen Sohn Menotti, der zum Generalstabschef ausersehen war, erlassen, so daß er vorzog auf

Die Wahl der Kommune.

Garibaldi.

Caprera zu bleiben. Neben der Kommune bestand übrigens der Ausschuß der Internationale ruhig fort, und Assy, der im Gemeinderate nicht so zur Geltung kam, wie er gehofft haben mochte, geriet dadurch bald in ernstliche Händel mit seinen Genossen. Es dauerte nicht lange, so wurde er durch Raoul Rigault verhaftet und wanderte in die Gefängnisse, in die ihm nach und nach noch manche seiner Kollegen folgten. Die wenigen Mitglieder der Kommune, die der Partei der Maires angehörten, nahmen die auf sie gefallene Wahl entweder gar nicht an, oder traten bald wieder zurück, so daß der schrankenloseste Radikalismus im Stadthause herrschte. Gleich die ersten Maßregeln der Kommune bestanden in der Niederschlagung aller Mieten und Zinsen für die letzten drei Vierteljahre, in der Aufhebung der Konskription und der Einführung der allgemeinen Dienstpflicht für die Nationalgarde, deren Mitglieder jetzt einen Sold von täglich $2^1/_2$ Franken bezogen. In 20 Legionen und 254 Bataillone geteilt, zählte die kommunistische Armee 183 000 Mann mit 8000 Offizieren, ungerechnet die 28 Freikorps, die fernere 11 000 Mann mit 500 Offizieren stark waren, aber trotz ihrer pompösen Benennungen keine anderen Heldenthaten als Plünderungen und Brandschatzungen ausführten. Auch für die Frauen, legitime wie illegitime, schuf man wohlbesoldete Stellen als Krankenwärterinnen und Marketenderinnen, und setzte den Witwen und Kindern der Gefallenen reichliche Pensionen (600, resp. 360 Franken für den Kopf) aus. Um Geld zu schaffen wurden die Kirchengeräte mit Beschlag belegt, Klostergüter eingezogen, Zwangsanleihen und Vorschüsse bei den Versicherungsgesellschaften, den Eisenbahnkassen, der Bank und bei Privaten erhoben und so dem Kommunismus praktisch vorgearbeitet. Bis zum 1. Mai waren auf diese Weise nach dem Bericht des Finanzdelegierten Jourde 26 Millionen eingenommen und 25 Millionen (davon 20 für den Krieg) ausgegeben, eine Summe, die sich bis zum Ende des Aufstandes verdoppelt haben mochte.

Parteiungen in der Kommune.

Die ersten Maßregeln der Kommune.

Dem übrigen Frankreich suchte man durch Proklamationen und Sendlinge den Gedanken annehmlich zu machen, daß es sich in eine große Föderation selbständiger Gemeinden nach dem Vorbilde der Pariser zerlegen möge. In Marseille, Lyon, St. Etienne, Toulouse und anderen großen Städten fand das Anklang und gab zu lärmenden und blutigen Putschen Anlaß, die aber doch alle in wenigen Tagen bezwungen wurden. Damit war im Grunde auch schon das Todesurteil der Pariser Kommune gesprochen, denn nur durch die Verpflanzung ihrer Einrichtungen in die übrigen Städte des Landes konnte sie hoffen den Sieg zu erringen. Es war doch ein völlig hoffnungsloses Unternehmen, wenn sie ohne solche Unterstützung den Versuch machte mit Waffengewalt sich weiteren Boden zu verschaffen. Aus den Bataillonen der Nationalgarde wurden Marschregimenter gebildet und gegen Versailles in Bewegung gesetzt. Allein die 6000 Mann, die am 2. April bei Neuilly die Seine überschritten, wurden von den Regierungstruppen leicht zurückgeworfen, und als die drei Generale der Kommune am nächsten Tage den Angriff mit ihrer

Kämpfe gegen die Versailler.

gesamten Macht, einem Haufen von 100 000 Menschen, wiederholten, feuerten die Kanonen des Mont Valérien so erbarmungslos in die wirre Menge, daß zahllose Opfer die Ebene bedeckten und Tausende sich gefangen nehmen ließen; unter den Toten war Flourens, unter den Gefangenen Duval, den ein Kriegsgericht in Versailles sofort erschießen ließ. Die Kommune entnahm daraus natürlich das Recht in gleicher Weise vorzugehen, und da sie keine Gefangenen hatte, so nahm sie Geiseln aus der Mitte der „Verdächtigen", die in Paris geblieben waren, vor allem den Erzbischof Darboy und andere Priester, und drohte für jede fernere Erschießung in Versailles drei von diesen zu töten; gegen Thiers, Favre u. a. wurde überdies Anklage vor einem Volksgericht erhoben und ihr Vermögen eingezogen; Thiers' Haus wurde einige Wochen später von Grund aus zerstört. Die Kämpfe zwischen Paris und Versailles dauerten inzwischen Tag für Tag fort: die Unfähigkeit des einen wie des anderen Teiles erhebliche Fortschritte zu machen und der schreckhafte Eindruck, den die Erschießungen und Verhaftungen hervorriefen, ermutigten indes die versöhnlicheren Elemente zu neuen Vermittelungsversuchen, obgleich doch ernstlich von einer Verständigung zwischen so unvereinbaren Gegensätzen unmöglich gesprochen werden konnte. Es bildete sich aus dem Anhange Clémenceaus und der übrigen Maires ein „republikanischer Bund zur Verteidigung der Rechte von Paris", der sich am 11. April durch Abgesandte mit Thiers in Verbindung setzte. Aber der Präsident wollte weder die Unabhängigkeit der Pariser Gemeinden anerkennen, noch darauf verzichten die Stadt mit Linientruppen zu besetzen; er versprach allen außer den Mördern der beiden Generale Verzeihung und den arbeitslosen Nationalgardisten überdies für einige Wochen die Weiterzahlung des Soldes; aber er weigerte sich ebensowohl mit den Aufständischen wie mit Kriegführenden einen Waffenstillstand zu schließen, wie der Stadt Paris irgend welche Vorrechte vor den übrigen Städten einzuräumen. In wie schroffem Gegensatze er sich selbst zu den verhältnismäßig gesunden Gedanken, die in der Kommunebewegung versteckt lagen, befand, zeigte er gerade in diesen Tagen, als er die Nationalversammlung, die über ein neues Gemeindegesetz beriet, durch die Drohung mit seinem Rücktritt zwang einen schon gefaßten Beschluß wiederumzustoßen und die Ernennung der Maires in allen Städten von mehr als 20 000 Einwohnern der Regierung zu überlassen; die straffe Zusammenfassung der Regierungsgewalt, die Unterdrückung der bescheidensten Ansprüche auf Selbstverwaltung hatten in Thiers einen weit eifrigeren Vorkämpfer als früher in Napoleon III. Die Kommune ihrerseits machte sich das Scheitern der Vermittelungsversuche natürlich zu nutze; noch einmal lud sie in einem geschickten Aufruf Frankreich ein sich dem heldenmütigen Paris anzuschließen; nur verstohlen schimmerten die sozialistischen Pläne durch, wenn es an einer Stelle als Wunsch der Kommune hingestellt wurde die Gewalt und das Eigentum zu verallgemeinern; der ganze Nachdruck des Aufrufes war auf die Verfechtung der Gemeindefreiheit gelegt, die Paris nicht für sich allein, sondern für das ganze

Neue Vermittelungsversuche.

Land fordere. Frankreichs Sache sei es jetzt Versailles zu entwaffnen; die Hauptstadt aber betrachte es als ihre Aufgabe ihre Gemeinderevolution, die fruchtbarste von allen, die je die Geschichte geschmückt, siegreich durchzuführen oder unterzugehen.

Neue Kämpfe.

Der Ton des Schriftstücks ließ im ganzen noch keine Entmutigung erkennen und der weitere Verlauf der Kämpfe vor Paris hätte auch keinen Anlaß dazu gegeben. Mac Mahon, der am 3. April an Vinoys Stelle mit dem Oberbefehl betraut war, hatte bisher nicht eben glücklich gekämpft; am 12. April war es dem Polen Dombrowski sogar gelungen beträchtliche Erfolge über die Truppen Ladmiraults, der auf der Halbinsel des Mont Valérien befehligte, zu erringen, und wenn diese seitdem wieder zerronnen waren, so behauptete die Kommune sich doch in ihren alten Stellungen, und erst am 25. April fühlte man sich in Versailles imstande den förmlichen Angriff auf die Forts zu beginnen. Nicht weniger als 128 Batterien eröffneten in den nächsten Tagen ihr Feuer gegen Issy, Vanves, Montrouge und die Umwallung; ein Bombardement der Stadt, das vom Mont Valérien leicht ausführbar gewesen wäre, unterblieb selbstverständlich. Nur langsam gewann Cissey, der auf der Südfront kommandierte, an Boden: eine günstige Gelegenheit das zeitweilig unbesetzte Fort Issy zu nehmen ließ er sich am 30. April entgehen; erst am 9. Mai, nachdem es zum zweitenmal geräumt war, zogen die Versailler ein; fünf Tage darauf ward auch Vanves, wieder zwei Tage später Montrouge besetzt. Jedes derartige Mißgeschick führte in Paris zu Absetzungen, Verhaftungen und Gewaltthätigkeiten. Der ersten Räumung von Issy folgte noch an demselben Tage die Verhaftung Cluserets, dessen Nachfolger Rossel wiederum nach dem endgültigen Verluste desselben Forts selbst um eine Zelle in Mazas bat, da er weder Lust habe den gegenwärtigen Wirrwarr länger mit anzusehen, noch allein die Verantwortlichkeit übernehmen wolle die unthätigen Legionsführer der Nationalgarde erschießen zu lassen. Zwischendurch war vom 2. Mai an auch ein Wohlfahrtsausschuß in Thätigkeit getreten, zu dessen fünf Mitgliedern Pyat gehörte, obgleich er eben vorher der Kommune seinen Austritt erklärt hatte und kaum der Verhaftung entgangen war; und neben diesem Wohlfahrtsausschuß fuhr auch das alte Centralkomitee fort sich in alles zu mischen, so daß von einheitlicher Leitung nirgends die Rede war. Um so einmütiger erscholl aber die Klage, daß Verräter von dem Golde der Reaktion erkauft seien und eine weitverbreitete geheime Verschwörung gegen die Kommune bestehe. Die natürliche Folge war, daß jetzt die wildesten und wütendsten unter den Führern die einflußreichsten wurden. Zerstörungsmaßregeln, die lange hingehalten waren, wie die Zertrümmerung der Vendômesäule oder die Zerstörung von Thiers' Wohnung, wurden nun in aller Eile ausgeführt; zehn gemäßigte Blätter, die bis dahin noch geduldet waren, mußten an einem Tage aufhören zu erscheinen; von einem „Korps der Rächer" wurden die Verhaftungen Verdächtiger zu Hunderten vollzogen; das Revolutionstribunal eröffnete unter dem Vorsitz Raoul Rigaults seine Thätigkeit und

Innere Zwietracht der Kommunalen.

Extreme Maßregeln.

auf den Antrag von Delescluze beschloß die Kommune am 20. Mai beim Eindringen der Regierungstruppen alle öffentlichen Gebäude in Brand zu stecken. Das Gefühl von dem nahen Ende der Schreckensherrschaft stachelte alle Leidenschaften zum höchsten Aufruhr an: wenn es denn zu sterben gelte, so wolle man, hieß es, der Freiheit wenigstens eine würdige Leichenfeier bereiten. Zum letztenmal wurde von Dombrowski am 19. noch ein Ausfall versucht; er scheiterte völlig, und am 21. überfielen die Regierungstruppen das Thor von St. Cloud, zu dem sie ein Bürger Jules Ducatel in einem Augenblick führte, wo dasselbe gerade unbesetzt war. Anderen Tags drangen sie auch weiter westlich zum Thore von Montrouge herein und nun begann ein erbitterter Straßenkampf, der vier Tage und fünf Nächte dauerte. Als Mac Mahon des rechten Seineufers Herr geworden war, machten sich die wutschnaubenden Kommunisten an ihre greulichsten Racheakte, die der Marschall nicht zu verhindern wußte, obwohl er in den gefährdeten Stadtteilen der Herr war. Kolonnen von Brandstiftern wurden abgesandt um das stolze Paris in Asche zu legen; die Flammenglut, die abends am 23. von den Tuilerien und dem Louvre aufstieg, gab das Zeichen; rasende Männer und Weiber, die Petroleurs und Petroleusen, trugen aufgestapeltes Öl und andere Brennstoffe herbei, und bald standen das Palais Royal, das Stadthaus, die Polizeipräfektur, eine lange Reihe von Ministerien, Klöstern, Kirchen, Theatern, Bahnhöfen, Magazinen, Museen in Flammen. Auch an den unglücklichen Geiseln kühlte der verbrecherische Wahnsinn noch seine Wut: der Erzbischof Darboy, der Abbé Deguerry, der Bankier Jecker und viele andere wurden auf Delescluze' Befehl von Raoult Rigault zum Tode geführt; Delescluze selbst, vielleicht der größte Fanatiker unter der ganzen Mordbande, fand in den letzten Stunden des Widerstandes den gesuchten Tod auf einer Barrikade. Außer ihm fielen im Kampfe oder wurden auf der Stelle erschossen Dombrowski, La Cecilia, Rigault und viele andere; eine große Zahl der Kommunemitglieder aber ertrug es zu leben und suchte sich durch die Flucht zu retten; vielen gelang es, andere wurden entdeckt und verhaftet, mit ihnen auch Rochefort, der gleich beim Beginn des Aufstandes nach Paris geeilt war und durch journalistische Hetzreden die Kommune unterstützt hatte. Die Zahl der Getöteten wird bis zu 17 000 angegeben; Mac Mahons Truppen hatten etwa 1000 Tote und über 6000 Verwundete; gefangen eingebracht wurden nach Versailles an 25 000, eine Zahl, die durch nachträgliche Verhaftungen mehr als verdoppelt wurde. Von bekannten Männern waren darunter Assy, Cluseret, Rossel, der Maler Courbet, Groussет. Daß sie auf keine Gnade zu rechnen hatten, verstand sich von selbst. Die ungeheure Menge der Verhafteten machte es freilich nötig Tausende schließlich ohne Strafe laufen zu lassen; aber über die Häupter wurden von den Kriegsgerichten das Todesurteil gefällt, und über Tausende wurde die Deportation nach Australien verhängt. Nach Verlauf eines Jahres waren über 10 000 Urteile gesprochen, von denen über 70 auf Tod, über 200 auf lebenslängliche Zwangsarbeit,

Der Kampf in Paris.

Mord und Brand.

Die Kriegsgerichte.

gegen 4000 auf Deportation oder Verbannung, etwa ebensoviel auf Festung oder Gefängnis, und nur etwas über 2000 auf Freisprechung lauteten. Erledigt war die Arbeit damit noch nicht; selbst Todesurteile kamen auch fernerhin noch in erheblicher Zahl vor; doch wurden sie großenteils gegen Abwesende gefällt und kamen also nicht zur Vollstreckung. Die Gesamtzahl der Verurteilten stieg schließlich auf 10 137; nur etwa 600 erhielten auf dem Wege der Gnade gänzlichen Erlaß, etwa 2000 eine Milderung ihrer Strafe; die Zahl derer, gegen welche das gerichtliche Verfahren eingestellt wurde, belief sich auf 20 000. Den Flüchtlingen bot sich auch jetzt wieder in England eine schützende Zuflucht, und die Internationale setzte von London aus ihre wühlende Thätigkeit mit einer Unbefangenheit fort, als ob alle die Greuelthaten der Kommune für sie ebensoviele Ruhmestitel wären.

Kaiser und Reich.

Die deutschen Truppen hatten im Besitze der Nordforts von Paris während des Aufstandes strenge Neutralität bewahrt. Bismarck verhehlte sich nicht, daß ein Augenblick kommen könne, in dem es für ihn geboten sein werde einzuschreiten; allein er vermied sorgfältig alles, was ein solches Einschreiten näher gerückt hätte; wir würden, so meinte er, dadurch die beiden Parteien sich nur wieder in die Arme treiben und hätten zu gewärtigen, daß sie vereint über unsere verminderten Truppen herfielen. Er gestand der republikanischen Regierung allerdings das Recht zu, die 40 000 Mann, die sie nach dem Friedensvertrage in Paris halten durfte, in Versailles zu versammeln und sie dort zu verdoppeln und zu verdreifachen; aber er ließ auch keine Maßregel versäumen, welche die Vorsicht zum Schutze der Deutschen gebot; auf das strengste wurde darauf gehalten, daß die Kommunisten die neutrale Zone vor den Nordforts nicht überschritten, die Entlassung der Kriegsgefangenen wurde eingestellt, der Abzug der deutschen Truppen verlangsamt. Wenn das der Regierung von Versailles nicht eben lieb sein konnte, so bot sie doch andererseits auch Anlässe genug um dem Verdacht, daß sie es nicht ganz ehrlich meine, Nahrung zu geben. Untergeordnet war es vielleicht, daß sie im März und April alle Verpflegungsgelder für die deutschen Truppen nicht zahlte, obgleich sich nicht einsehen ließ, warum sie die verhältnismäßig geringen Summen nicht durch Ausgabe von Papiergeld berichtigte, das Bismarck anzunehmen bereit war, da es ja sofort wieder in Frankreich verausgabt wurde; aber ernsthafter waren die Hindernisse und Zögerungen, die sie bei den Brüsseler Friedensverhandlungen schuf, so daß diese, obgleich schon am 28. März eröffnet, den ganzen April über zu keinem Abschluß führten. Deutscherseits leitete sie Graf Harry von Arnim, bisher Gesandter beim Papste, französischerseits Baude, Goulard und Declerq. Thiers' Ziel war die Zahlung der fünf Milliarden in französischen Renten zu erreichen, während Arnim auf barem

Die Deutschen und die Kommune.

Die Brüsseler Konferenzen.

Gelde oder unzweifelhaft guten Papieren bestand. Nach wochenlangen Verhandlungen war man sich Ende April noch um nichts näher gekommen, so daß Bismarck endlich am 2. Mai im deutschen Reichstage die Sachlage skizzierte und den Schluß daraus zog, daß Deutschlands Streitkräfte in Frankreich stark genug bleiben müßten um jeder Möglichkeit gewachsen zu sein. Daraufhin entschloß sich Thiers zum Nachgeben; er nahm die abgebrochenen Verhandlungen wieder auf und schickte Jules Favre und den Finanzminister Pouyer-Quertier nach Frankfurt, wohin sich auch Bismarck am 5. Mai begab. Anderen Tags wurden die Verhandlungen, an denen auch Arnim und Goulard beteiligt blieben, wiederaufgenommen und am 10. Mai 1871 mittags konnte das Friedensdokument unterzeichnet werden. Die süddeutschen Regierungen genehmigten es am 15., Kaiser Wilhelm für den Norddeutschen Bund am 16., die französische Nationalversammlung am 18., so daß die Ratifikationen verabredetermaßen am 20. Mai im Gasthof zum Schwan in Frankfurt am Main von Bismarck und Favre ausgetauscht werden konnten.

Der Frankfurter Friede.

So war denn der letzte Federzug vollzogen, der die Früchte des gewaltigen Krieges völkerrechtlich sicherte. Allerdings waren es nur untergeordnete Momente, meist Geldfragen, gewesen, die den Abschluß so lange hinausgezögert hatten: die größeren, wahrhaft historischen Erfolge, die Wiedererwerbung der linksrheinischen Lande, die Einigung Deutschlands an Haupt und Gliedern, sie waren längst vorher verbürgt und keine französischen Zauberkünste hatten sie mehr in Frage stellen können. Immerhin war doch nun erst die Sicherheit geboten, daß die Kanonen nicht noch einmal zu reden brauchten. Die Zahlung der fünf Milliarden wurde in der Weise geordnet, daß die ersten 500 Millionen dreißig Tage nach der Unterwerfung von Paris, die zweiten und dritten im Laufe des Jahres 1871, die vierten am 1. Mai 1872 fällig werden sollten; für die übrigen drei Milliarden wurde Frist bis zum 2. März 1874 gegeben; als Zahlungsmittel sollten Gold, Silber, preußische, englische, holländische und belgische Banknoten, Anweisungen und Wechsel ersten Ranges dienen; 325 Millionen kamen in Abrechnung für die französische Ostbahn, die Deutschland erwarb. Die Verzinsung mit 5 Prozent lief vom 2. März 1871 ab; dem Maße der Zahlungen entsprach die allmähliche Räumung des französischen Gebiets durch die deutschen Truppen; die Forts vor Paris blieben bis zur Erledigung der dritten Halbmilliarde besetzt.

Die fünf Milliarden.

In der Begrenzung des abgetretenen Gebietes wurden durch den Frankfurter Frieden einige unerhebliche Änderungen getroffen: ein paar Dörfer bei Belfort blieben französisch, ein paar andere bei Metz wurden zu Deutschland geschlagen. Der Gesamtumfang der Abtretungen belief sich auf 264 Quadratmeilen mit 1 550 000 Einwohnern. An der Größe Frankreichs oder Deutschlands gemessen war das kein allzuerhebliches Gebiet; aber es war der „Schlüssel zu unserem Hause", es war ein Beutestück Frankreichs, das stets von neuem an Deutschlands tiefsten Verfall erinnerte, es war ein Land, bewohnt von deutschen Stämmen,

Elsaß-Lothringen.

die der Gefahr vollständiger Verwelschung entrissen wurden. Darum war es ein so einstimmiges Verlangen der ganzen Nation gewesen, daß diese Lande wiedergewonnen werden müßten, darum klang der Jubel so hell in tausend Siegesliedern:

Was uns entriß des Feindes Trug,
Als Zwietracht uns mit Ohnmacht schlug.
Des Elsaß' rheindurchströmte Au,
Lothringens städtereichen Gau,
Ein neues Band
Knüpft sie ans alte Vaterland!

Wohl machte man sich kein Hehl daraus, daß diese Gefühle der Freude von den Wiedergewonnenen noch nicht geteilt würden, daß sie zum weitaus größten Teile leidenschaftlich an Frankreich hingen; aber man vertraute der Macht der Zeit und dem deutschen Blute, das in den Adern der neuen Landsleute floß; man vertraute auch der Zauberkraft des wiedererstandenen Reichs, seiner inneren Gesundheit, seiner verfassungsmäßigen Freiheit, die es hoch über die schweren Kämpfe hinaus hob, in denen Frankreich sich jetzt die Formen seines neuen Daseins erstreiten mußte. Und wie vor wenigen Jahren noch die Bewohner der neuen preußischen Provinzen ihren Übergang in das neue Staatswesen sich vielfach dadurch erleichterten, daß sie den oppositionellen Elementen, die sie vorfanden, besonders also der Fortschrittspartei sich anschlossen, so mochte man es immerhin den Elsässern zu gute halten, wenn sie an dem Ultramontanismus, als dem widerstrebendsten Elemente in dem neuen Staatswesen, einen Anhalt suchten. Das allmähliche Wachsen und Erstarken der deutschen Gesinnung hatte zur Voraussetzung die Beteiligung und das Interesse an den Kämpfen der politischen Parteien in Deutschland; traten die neuen Landsleute nur überhaupt erst in diese Kämpfe ein, so war damit schon ein wichtiger Schritt gethan. Nur durfte man freilich nicht gleich greifbare Früchte erwarten, den Kindern gleich, die den Kern in die Erde legen und sie alle Tage zwieder umwühlen um zu sehen, ob er schon Keime getrieben. Man durfte auch nicht verlangen, daß gleich die ersten Sprossen des neuen politischen Lebens die Formen des deutschen Nationalgefühls an sich trugen, sondern mochte ihnen gestatten, daß sie ebensowohl erst ein fremdartiges, ein lokal-elsässisches Gepräge zeigten, wie die ersten Keimblätter nicht denen des ausgewachsenen Baumes gleichen. Den Lokalpatriotismus zu wecken, das Franzosentum durch das elsässische Heimatsgefühl zu ersticken, das war die Aufgabe, welche jedes bewußte Eingreifen von deutscher Seite zu fördern hatte; und dieser Aufgabe wurde von allem Anfang an dadurch entsprochen, daß man die neuen Lande nicht, wie es wohl erwartet wurde, mit Preußen vereinigte oder gar teilweise zu Bayern schlug, sondern daß man ihnen eine partikulare Existenz als deutsche Reichslande gönnte.

Die Einigung Deutschlands.

Daß sie aber deutsche „Reichslande" werden konnten, daß es nun wieder ein wirkliches, wahrhaftes Deutsches Reich und einen deutschen

Kaiser gab, das war von allen Früchten des Krieges doch die edelste. Die Bewegung im deutschen Volke, die schon vor der Schlacht von Sedan die Beseitigung der Mainlinie forderte, hatte sich unter dem ersten Eindruck der großen Entscheidungsschlacht mächtig, besonders auch durch Süddeutschland, verbreitet. Die Unerläßlichkeit dieser Forderung war auch den süddeutschen Regierungen vollkommen klar; allein in dem Maß der Sonderrechte, die man glaubte retten zu können und zu dürfen, in dem Umfang der Machtvollkommenheit, den man der Centralgewalt zugestehen wollte oder mußte, lag doch noch eine Fülle von Schwierigkeiten. Nur Baden war getreu seiner bisherigen Politik, unbedingt bereit die Verfassung des Norddeutschen Bundes anzunehmen, ja selbst für eine noch größere Kräftigung der Centralgewalt zu wirken. In Hessen war die Freudigkeit des Entschlusses erheblich geringer, aber der Entschluß selbst konnte doch nicht wesentlich anders ausfallen. In Württemberg machten sich die Wünsche zu retten, was irgend zu retten sei, schon bemerklicher; doch stand seit dem 31. August nicht mehr Varnbüler an der Spitze des Ministeriums, sondern Mittnacht; der Kriegsminister Suckow war ein entschiedener Freund des engsten Anschlusses, und die Bevölkerung, die bei den letzten Wahlen sich so partikularistisch gezeigt hatte, war durch die patriotische Aufregung wie umgewandelt, so daß die Neuwahlen im Oktober 1870 eine glänzende Niederlage der Volkspartei zur Folge hatten. Die feste Burg des Partikularismus war naturgemäß Bayern. Wies ihm seine Größe, seine Vergangenheit, die Zusammensetzung seines Landtags schon diese Rolle an, so waren die Staatsmänner, die der Sturz des nationalgesinnten Fürsten Hohenlohe ans Ruder gebracht hatte, durchaus dazu geneigt sie mit soviel Ausdauer, wie irgend angänglich war, festzuhalten. Andererseits konnten doch auch sie sich der mächtigen Strömung der Zeit nicht entziehen; sie konnten vor allem nicht königlicher sein als der König, ihr Herr, und bei diesem hatte das stark ausgeprägte dynastische Gefühl doch seine sehr scharfe Begrenzung nicht allein in der richtigen Würdigung der Lage, sondern auch in einem warmen, schwerlich bloß durch die Umstände erzwungenen Patriotismus. Vielleicht erschwerte dieser letztere in gewissem Sinne die Verständigung. Gerade weil der König sich seiner vaterländischen Gesinnung bewußt war und sie durch die That bewiesen hatte, mochten ihm manche Beschränkungen seiner Souveränität durch kein allgemeines Interesse geboten erscheinen, während Bismarck doch darauf zu sehen hatte, daß die Wohlfahrt des neuen Bundes nicht von der guten Gesinnung einzelner Fürsten abhängig blieb, sondern verfassungsmäßig gewährleistet wurde. Gleichwohl wünschte der Kanzler nicht den vorhandenen Widerstand durch rücksichtslosen Druck zu beseitigen und ihn so vielleicht in eine fortwuchernde Mißstimmung umzuwandeln. Er gab deshalb dem Minister Delbrück, den er auf Wunsch der bayerischen Regierung Mitte September nach München sandte, keine andere Weisung mit als die, sich jeder Äußerung zu enthalten, die so gedeutet werden könnte, als ob Preußen auf die freien Entschließungen eines treuen und bewährten Bundes-

Die süddeutschen Staaten.

König Ludwig von Bayern.

Delbrück in München.

genossen auch nur den entferntesten Druck ausüben wolle. Die nächste Folge davon war allerdings, daß Bayern nun sein Angebot mit einer wahren Mauer von Klauseln umgab. Nicht weniger als 80 Punkte wurden aufgestellt, in denen die Bundesverfassung geändert oder das süddeutsche Königreich von ihr ausgenommen werden sollte. Mit dem Heerwesen wollte man es ganz lassen wie bisher, an der Flotte sich nicht beteiligen; die auswärtige Politik sollte Bayerns Kontrolle unterliegen, jede Verfassungsänderung seiner Zustimmung bedürfen; in der Justizgesetzgebung, dem Verkehrswesen, der Besteuerung des Bieres, der Freizügigkeit und anderem mehr wollte Bayern vollständig unabhängig bleiben. Demgegenüber konnte denn freilich Delbrück nur erklären, daß Preußen eine derartige Lockerung der norddeutschen Verfassung nicht zugeben könne, und auch Herr von Mittnacht, der von Stuttgart zu den Beratungen herübergekommen war, mochte diese Forderungen nicht unterstützen. Delbrück verließ also am 28. September 1870 nach achttägigem Aufenthalt die bayerische Hauptstadt unverrichteter Dinge. Allein in Wahrheit war man doch schon ein gutes Stück weitergekommen. Preußen hatte nichts gefordert, nur abgelehnt: der Norddeutsche Bund konnte warten. Das konnte Bayern aber nicht. Die öffentliche Meinung drängte selbst im eigenen Lande ungestüm nach einer Verständigung; das Münchener Kabinett war dadurch gezwungen auf neue Vorschläge zu denken, und es mußte sich darauf gefaßt machen, je länger es säumte, umsomehr an sich selbst die Geschichte der sibyllinischen Bücher zu erleben. Denn wenn Preußen mit den anderen Staaten abschloß und Bayern Miene machte sich abzusondern, dann war ein Sturm des öffentlichen Unwillens zu erwarten, dem keine Regierung hätte standhalten können. Baden, Hessen und selbst Württemberg waren aber schon im besten Zuge ihren Eintritt in den Nordbund zu vollziehen. Aus Karlsruhe erging am 2. Oktober das Angebot des bedingungslosen Anschlusses nach Versailles, die beiden anderen Kabinette folgten mit einigen Vorbehalten dem Beispiele. Bismarck lud sie darauf ein Bevollmächtigte ins Hauptquartier zu schicken und machte davon in München Anzeige. Wollte das bayerische Ministerium nicht in den Nachtrab gedrängt werden, so durfte es nicht zögern. Das erkannte man denn auch vollkommen, und fast gleichzeitig mit Jolly und Freydorf, Mittnacht und Suckow, ja noch vor Dalwigk und Hofmann, reisten Graf Bray und Lutz am 20. Oktober als bayerische Bevollmächtigte nach Versailles ab. Hier begannen nun zwischen Roon und Delbrück einerseits und den genannten Vertretern andererseits Verhandlungen, die für jeden einzelnen Staat gesondert geführt wurden; über das Maß der Zugeständnisse, das die öffentliche Meinung im Norden den Südstaaten einzuräumen geneigt sei, hatte Bismarck sich vorher mit den Abgeordneten Bennigsen und Friedenthal verständigt, die er als die befugten Wortführer der beiden maßgebenden Parteien, der nationalliberalen und der freikonservativen, nach Versailles berufen hatte; die Ansichten der norddeutschen Regierungen brachte der sächsische Minister von Friesen zur Geltung, der an den Verhandlungen teilnahm.

Verhandlungen in Versailles.

Die Verträge mit Baden und Hessen.

Mit den kleineren Staaten wurde eine Verständigung binnen acht Tagen erzielt; Bayerns Angebote blieben aber noch immer hinter den Erwartungen Bismarcks zurück. Als nun der Kanzler sich zum Abschluß mit jenen anschickte und am 6. November gemeinschaftliche Konferenzen, bei denen nur Bayern fehlte, eröffnete, machte dieses einen letzten Versuch seine Stellung dadurch zu verbessern, daß es Württemberg auf seine Seite zöge. Wirklich erreichte es, daß am 13. ein Telegramm aus Stuttgart den Ministern gebot den Vertrag nicht zu unterzeichnen, sondern sich mit den bayerischen Bevollmächtigten im Einverständnis zu erhalten. Erschreckt über diese plötzliche Wendung brachen Mittnacht und Suckow die Unterhandlungen ab und reisten sofort nach Hause um dem Könige ihr Entlassungsgesuch zu überreichen. Baden und Hessen aber unterzeichneten am 15. November ein Protokoll, durch welches sie vom 1. Januar 1871 ab sich auf Grund der norddeutschen Verfassung mit dem bisherigen Nordbunde zu einem neuen Deutschen Bunde vereinigten; die Vorbehalte, die dabei gemacht wurden, waren im ganzen unbedeutend; zum Teil waren sie nicht einmal auf Wunsch der beiden Staaten gemacht, sondern gehörten zu den für die beiden Königreiche eingeräumten Sonderbestimmungen und waren nur der gleichmäßigen Behandlung wegen auf die Nachbarstaaten übertragen.

mit Bayern und Württemberg.

Der Abschluß mit Baden und Hessen und die dringenden Vorstellungen der heimgekehrten Minister genügten um die rückläufige Strömung in Stuttgart zu besiegen, und dieses Einlenken Württembergs mochte dann wieder dem Sträuben in München ein Ende machen. Schließlich kam der Vertrag mit Bayern, dessen Vertreter in Versailles geblieben waren, sogar noch früher zum Abschluß als der mit den württembergischen Ministern, die erst wieder dorthin reisen mußten. Bismarck war in dem Maße seiner Zugeständnisse bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was man in Norddeutschland für zulässig hielt. Für 26 Paragraphen der Verfassung hatte er Abänderungen zugestanden, die freilich zum Teil nur formell waren; 25 weitere Paragraphen aber, die sich auf Eisenbahnen, Post, Telegraphie und Heerwesen bezogen, wurden für Bayern überhaupt außer Kraft gesetzt. Auf dieser Grundlage wurde der Vertrag am 23. November unterzeichnet; Württemberg schloß den seinigen am 25. ab und vollzog gleichzeitig nach dem Vorgange Badens eine Militärkonvention, durch die seine Truppen zu einem besonderen Armeekorps formiert wurden. Am 8. Dezember endlich wurden alle diese Einzelverträge von den beteiligten Staaten gegenseitig anerkannt und dadurch, unter Vorbehalt der parlamentarischen Bestätigung, die Arbeit der Diplomatie beendet.

Bundesrat und Reichstag.

Der Bundesrat bestand nach diesen neuen Vereinbarungen aus 58 Mitgliedern, indem 2 hessische, 3 badische, 4 württembergische und 6 bayerische Stimmen zu den bisherigen 43 hinzutraten. In dem Ausschuß für das Heerwesen wurde Bayern und Württemberg, wie früher schon Sachsen, ein ständiger Sitz zugesichert; überdies wurde ein neuer Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten gebildet, der unter bayeri-

schem Vorsitz aus Vertretern der drei Königreiche und zwei vom Bundesrate gewählten Mitgliedern bestehen sollte; auch die Angelegenheiten des Reichslandes leitete ein besonderer Ausschuß. Dem Reichstage traten 48 bayerische, 17 württembergische, 14 badische und 6 südhessische Mitglieder hinzu, so daß die Gesamtzahl der Vertreter sich auf 382 belief. Der eigenen Gesetzgebung der drei Südstaaten blieb die Besteuerung des inländischen Bieres und Branntweins vorbehalten, wogegen sie natürlich jeden Anspruch an die Einnahme aus den entsprechenden Bundessteuern verloren. In derselben Weise hatten die beiden Königreiche keinen Anteil an den Erträgnissen der Post und Telegraphie, behielten dafür aber die Verwaltung dieser Anstalten für ihren eigenen, internen Verkehr. Das Eisenbahnwesen unterlag der Aufsicht und Einwirkung des Bundes, die aber für Bayern nur in einem Punkte Geltung erhielt: in dem Recht für die Anlegung und Ausrüstung solcher Bahnen, die für die Landesverteidigung wichtig seien, einheitliche Normen zu erlassen. In bezug auf das Heerwesen behielt Württemberg, ähnlich wie Sachsen und Braunschweig im Norddeutschen Bunde, die eigene Verwaltung seines Korps, während Baden und Hessen gleich den kleineren Bundesgenossen im Norden auf alle verfassungsmäßig zulässigen kriegsherrlichen Rechte zu Gunsten des Kaisers verzichteten; Bayern dagegen wahrte sich seine volle Kriegsherrlichkeit in Friedenszeiten und ließ sie nur dadurch beschränken, daß es die Zuständigkeit der Bundesgesetzgebung für gewisse Materien anerkannte, Gleichmäßigkeit in der Ausrüstung und Organisation der Truppen herzustellen versprach und die Festsetzung der Schlußsumme seines Militärbudgets den Bundesgewalten überließ, während es die Verwendung im einzelnen selbst regeln wollte. An die Stelle des ursprünglich von Bayern verlangten Vetos gegen Verfassungsänderungen trat die Bestimmung, daß 14 Stimmen (also beispielsweise Bayern, Württemberg und Sachsen zusammen) ein solches Einspruchsrecht erhalten sollten, während zur Aufhebung der einzelnen Staaten bewilligten Sonderrechte natürlich die Einwilligung ebendieser Staaten erforderlich blieb.

Die Reservatrechte.

Noch ehe die Verträge, welche diese Bestimmungen enthielten, die Genehmigung des norddeutschen Reichstages und der Kammern des Südens erhalten konnten, ließ sich König Ludwig von Bayern bewegen ihre Abänderung in einem zwar nur formellen, aber trotzdem hochwichtigen Punkte anzuregen. Mit einem Briefe Bismarcks war am 26. November Graf Holnstein aus dem großen Hauptquartier nach Hohenschwangau gereist und hatte den jungen Fürsten eingeladen die Erneuerung des Kaisertitels vorzuschlagen. Ganz frei in seinem Entschlusse war König Ludwig nicht; denn wenn er ablehnte den ersten Schritt zu thun, mußte er gewärtig sein, daß der König von Sachsen sich dazu bereit finden lasse. Die Klugheit gebot also lieber selbst die Initiative zu ergreifen und so richtete denn der König am 30. November ein Schreiben in dem gewünschten Sinne an seine sämtlichen Bundesgenossen. Lange schon hatte sich die öffentliche Meinung mit dieser Frage befaßt, und wenn gar manche gewichtige Stimme sich gegen die Wiederbelebung eines Titels aussprach, der mit

Der Kaisertitel.

Erinnerungen an das heilige römische Reich oder an napoleonische Willkürherrschaft untrennbar verknüpft schien, so waren diese gelehrten politisch-historischen Bedenken doch dem allgemeinen Gefühle fremd: das Volksbewußtsein hörte aus dem Kaisernamen nichts Anstößiges heraus, es empfand ihn aber als den höchsten, den ein Herrscher tragen, als den einzigen, der das Oberhaupt des deutschen Volkes über die Könige und Herzöge der Einzelstaaten nach Gebühr erheben könne. Und eines solchen Titels bedurfte man in der That umsomehr, als der geschäftsmäßig nüchterne Charakter der Verfassungsverträge gebieterisch eine Ergänzung forderte, die unmittelbar die Phantasie und das Gemüt des Volkes zu packen vermochte. Der Präsident des Deutschen Bundes konnte nimmermehr den Platz in den Vorstellungen und Gedankenkreisen der Menge beanspruchen, der dem Kaiser ganz ohne weiteres zufiel. Darum war die Anregung des bayerischen Königs ein Verdienst, das manche unliebsame Bestimmung der Verfassungsverträge aufwog. Ein Widerspruch gegen den Vorschlag, der von dem mächtigsten und selbständigsten der Bundesfürsten ausging, war für die übrigen Genossen des Bundes von vornherein unmöglich; und König Ludwig konnte daher ihre Zustimmung versichern, als er am 3. Dezember 1870 durch seinen Oheim, den Prinzen Luitpold, den König von Preußen in Versailles zur Annahme der Kaiserkrone einladen ließ.

Genehmigung der Verträge durch den norddeutschen Reichstag.

Inzwischen war der norddeutsche Reichstag zur Genehmigung der Verträge einberufen und von Delbrück am 24. November eröffnet worden. An lebhaftem Widerspruch gegen die Sonderrechte, die Bayern eingeräumt waren, fehlte es nicht; abgesehen von den Sozialdemokraten und den Ultramontanen Windthorst und Mallinckrodt suchte besonders die Fortschrittspartei der Annahme dadurch Schwierigkeiten zu schaffen, daß sie die Berufung eines neuen gesamtdeutschen Reichstages zur Beratung der Verfassung verlangte. Die Nationalliberalen beschränkten sich darauf Verbesserungen zu beantragen, erklärten aber offen, daß ihnen das Zustandekommen der Verträge höher stehe als diese oder jene Einzelbestimmung. Die Mitteilungen, die Delbrück am 5. Dezember über das Schreiben des bayerischen Königs machte, beschwichtigten auch manche Bedenken, und so wurden denn am 9. alle Verträge, auch der bayerische, angenommen. Unmittelbar darauf legte Delbrück einen Gesetzentwurf vor, der den Titel Deutscher Kaiser und die Bezeichnung Deutsches Reich einführte. Auch der wurde sofort angenommen und vor Schluß des Reichstages am 10. Dezember noch die Entsendung einer Deputation nach Versailles beschlossen, die unter Führung des Präsidenten Simson, desselben Mannes, der 22 Jahre früher an der Spitze der Frankfurter Deputierten Friedrich Wilhelm IV. vergebens die deutsche Kaiserkrone angeboten hatte, dem Könige eine Adresse überreichen sollte, die, von Lasker verfaßt, den Wunsch der Fürsten durch den Wunsch des Volkes bekräftigte. König Wilhelm empfing die 30 Abgesandten am 18. Dezember im Kreise der Fürsten, die im großen Hauptquartier weilten, umgeben von seinen Staatsmännern und Generälen, und erklärte sich

zur Annahme des Kaisertitels bereit, sobald die Verträge auch von den süddeutschen Landtagen genehmigt seien.

durch die süddeutschen Landtage.

In Karlsruhe war dies eben vorher, am 16. Dezember, von der zweiten Kammer fast einstimmig geschehen; die erste Kammer folgte am 19. nach, und die hessischen und württembergischen Volksvertretungen gaben gleichfalls noch vor dem Schluß des Jahres ihre Zustimmung.

Bayern.

In Bayern aber war man, dank den absichtlichen Zögerungen der Patrioten, nicht weiter als bis zu weitschweifigen Beratungen in einem Fünfzehnerausschuß gekommen, den die zweite Kammer zu diesem Zwecke niedergesetzt hatte. Die große Mehrheit desselben, 11 Patrioten und der Demokrat Kolb, erklärte sich endlich gegen die Annahme der Verträge und bestellte Jörg zum Berichterstatter; die Minderheit, aus M. Barth, Crämer und Louis bestehend, beantragte die Zustimmung des Landtages. Da eine Zweidrittelmehrheit zur Annahme erforderlich war, so standen die Aussichten sehr mißlich; aber angesichts der Spaltung der Patriotenpartei beim Beginn des Krieges brauchte man doch die Hoffnung nicht fahren zu lassen. Der König that persönlich alles, was ihm möglich war, die Verträge zu stützen. Nachdem der Reichsrat dieselben angenommen hatte, schrieb er dem Erzbischof von München, der sich der Mehrheit zugesellt hatte, einen Dankbrief, und bat ihn auch in anderen Kreisen im gleichen Sinne zu wirken. Auch das Volk unterstützte durch Adressen und Petitionen die nationale Sache, und gerade aus den ultramontanen Wahlbezirken liefen die zahlreichsten Vorstellungen ein. Die Debatten begannen am 11. Januar und dauerten zehn Tage; neben den Ministern und den bewährten nationalen Führern, Stauffenberg, Völk, Barth, traten von den Patrioten Sepp, Schleich, Huttler u. a. für die Genehmigung ein, während Jörg, Mahr, Pfahler, Kolb ihre ganze Beredtsamkeit gegen die Verträge aufboten. Unter ungeheuerer Spannung fand am 21. die Abstimmung statt: 54 Patrioten hatten sich, wie es hieß, im Klub verpflichtet mit Jörg zu stimmen; hielten sie Wort, so bildeten die übrigen 100 Abgeordneten nicht die Zweidrittelmehrheit. Aber sie hielten nicht Wort; einer legte sein Mandat nieder, drei wurden krank, zwei sprangen um: mit 102 gegen 48 Stimmen wurden die Verträge genehmigt und mit einem jubelnden Hoch auf den deutschgesinnten König — nicht auf den Kaiser — begrüßt. Am 29. Januar tauschten die bayerischen Minister Lutz und Pranckh in Berlin mit Delbrück die Ratifikationen aus, und am 1. Februar 1871 wurde der Eintritt Bayerns in das Deutsche Reich vollzogen.

Die Kaiserproklamation.

In Versailles hatte man die Proklamation des Kaisertums am 1. Januar 1871 unterlassen, weil in München die Entscheidung noch nicht gefallen war; man nahm statt dessen den 18. Januar, an dem vor 170 Jahren der erste König von Preußen sich die Krone aufs Haupt gesetzt hatte, in Aussicht und hielt daran auch fest, als die bayerischen Patrioten selbst bis dahin noch nicht fertig geworden waren. Deputationen aller Regimenter, die in erreichbarer Nähe standen, waren mit ihren Fahnen in die französische Königsstadt berufen worden um Zeugen

des feierlichen Aktes zu sein. In dem Spiegelsaale des Versailler Schlosses versammelten sie sich in der Mittagsstunde des 18. Januar und erwarteten den König, der, umgeben vom Kronprinzen und 30—40 deutschen Fürsten, darunter acht seiner regierenden Bundesgenossen, begleitet von dem glänzenden Kreise seiner Minister und Generale, in ihrer Mitte erschien. Nach einem feierlichen Gottesdienst mit Liturgie und Gesang, Predigt und Segen trat der König an den vorderen Rand der erhöhten Bühne, auf welcher die Fürsten und im Hintergrunde die 56 Fahnenträger mit ihren wallenden Bannern standen, verkündete, daß er zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches die Kaiserwürde für sich und seine Nachfolger übernehme, und forderte den Kanzler Grafen Bismarck auf die Proklamation, die er an das deutsche Volk gerichtet, zu verlesen. „Wir übernehmen, so schloß sie, die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands zu stützen und die Kraft des Volkes zu stärken. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß es dem deutschen Volke vergönnt sein wird den Lohn seiner heißen und opferwilligen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherheit gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren wird. Uns aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen allzeit Mehrer des Reichs zu sein, nicht in kriegerischen Eroberungen, sondern in den Werken des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.“ Kaum hatte der Kaiser geendet, so trat der Großherzog von Baden vor, schwenkte den Helm und stimmte das Hoch dem Kaiser! an, in das die begeisterte Versammlung unter den Klängen des preußischen Königsliedes jubelnd einfiel.

Der erste deutsche Reichstag.

Zwei Monate später war der Kaiser siegreich in seine Hauptstadt zurückgekehrt und eröffnete am 21. März 1871, am Tage vor seinem 74. Geburtsfeste, den ersten deutschen Reichstag, der unter den anderen wichtigen Aufgaben, die ihm oblagen, auch die Verarbeitung der Verträge und der norddeutschen Bundesverfassung zu einer neuen Verfassungsurkunde zu genehmigen hatte. Diese ging aus den Verhandlungen in der Form hervor, wie der Bundesrat sie vorgeschlagen hatte, und mit ihrer Publikation am 16. April 1871 war der letzte Stein in das stolze Gebäude des neuen Reiches gefügt, unter dessen schützendem Dach das deutsche Volk nach den Worten der Thronrede die Aufgabe lösen sollte sich auch in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen und dem deutschen Reichskriege, den es so ruhmreich geführt, einen nicht minder glorreichen Reichsfrieden folgen zu lassen.

Universitätsbibliothek Potsdam
08911978